BREMISCHES JAHRBUCH

In Verbindung mit der
Historischen Gesellschaft Bremen
herausgegeben vom

STAATSARCHIV BREMEN

BAND 100 · 2021

Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen

Das BREMISCHE JAHRBUCH erscheint seit 1863.

REDAKTION:

Konrad Elmshäuser

REDAKTIONSAUSSCHUSS:

Jörn Brinkhus, Brigitta Nimz, Bettina Schleier

Die Redaktion bittet, Zuschriften, Manuskripte und Rezensionsexemplare an das Staatsarchiv Bremen, Am Staatsarchiv 1, 28203 Bremen, zu richten.

Sie finden Band 1 (1863) bis Band 97 (2018) des Bremischen Jahrbuchs vollständig im Internet unter:
http://brema.suub.uni-bremen.de

Anmeldungen zur Mitgliedschaft in der Historischen Gesellschaft Bremen, die zum freien Bezug des Jahrbuchs berechtigt, nimmt die Geschäftsstelle unter derselben Adresse und über info@historische-bremen.de gerne entgegen. Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 30,– Euro.

Die Historische Gesellschaft Bremen dankt der Sparkasse Bremen für die Gewährung großzügiger finanzieller Unterstützung zum Druck des Bremischen Jahrbuchs.

Satz und Lithografie: taips. Bremen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier von Geffken & Köllner, Bremen

ISSN 0341-9622 – ISBN 978-3-925729-92-8

Inhalt

Bremisches Jahrbuch · Band 100 – Zum Geleit
Von *Konrad Elmshäuser* 9

Titelbild und Erläuterung

Curt Wittenbechers Bilderfries von 1966 im Staatsarchiv Bremen – »Eine sich über dem Weserstrom staffelnde Stadtlandschaft«
Von *Eva Determann* 12

Aufsätze

Das Siegel des Bremer Erzbischofs Hartwig II.
Von *Alfred Löhr* 35

Königsmorde, Pferde und eine Hypothese. Zur Datierung der Bremer Bilderhandschrift der Sächsischen Weltchronik
Von *Manuel Kamenzin* 40

Zum Heilgenberger Siegeltypar mit einer »Judensau«: Das Siegel eines Christen, nicht das eines Juden
Von *Andreas Lehnertz* und *Markus J. Wenninger* 52

Piraterie auf Weser, Elbe und Nordsee im 13. und 14. Jahrhundert. Der Bremer Seeräuber Johann Hollemann
Von *Ulrich Weidinger* 79

Der Musiker-Nachlass Carl Martin Reinthaler
Von *Arne Langer* 112

Dietrich Schäfer (1845–1929) – ein Historiker aus Bremen
Von *Hans Kloft* 120

»Es beginnt jetzt scheinbar das große Sterben«. Die Spanische Grippe von 1918 in Bremen
Von *Hartmut Müller* 138

Fotografie als Frauenberuf – eine Spurensuche in Bremen bis zum Zweiten Weltkrieg
Von *Karin Walter* 161

»Ein Mann, der Jahrzehnte im geistigen Mittelpunkt des kulturellen Lebens unserer Stadt stand.« Rudolf Alexander Schröder und Wilhelm Kaisen – Aspekte einer Beziehung (1947 bis 1962)
Von *Thomas Elsmann* 180

Die Kampfmittelbeseitigung in Bremen – eine Bilanz nach 80 Jahren
Von *Bernhard Springfeld* 214

Alltag in der großen Stadt.
Zum Quellenwert der Aktenüberlieferung von Polizei und Ordnungsbehörden in Bremen im 20. Jahrhundert
Von *Bettina Schleier* 248

Sammlungen im Staatsarchiv Bremen als Quellen zur zeitgeschichtlichen Forschung
Von *Brigitta Nimz* 270

Privatunternehmen im Fokus der archivischen Überlieferungsbildung – mit Beispielen aus der maritimen Wirtschaft und anderen Branchen
Von *Jörn Brinkhus* 302

Nachruf

Dr. Elisabeth Klatte (31.12.1930 – 20.11.2020)
Von *Konrad Elmshäuser* 323

Rezensionen und Hinweise

Angele, Elias: »Schützt die Revolution!« Die Stadtwehr Bremen 1919–1921: Geschichte und Quellen (Hans Rudolf Wahl) 326

Dolle, Josef (Bearb.): Papsturkunden in Niedersachsen und Bremen bis 1198 (Konrad Elmshäuser) 327

Ehlers, Corinna: Konfessionsbildung im Zweiten Abendmahlsstreit (1552–1558/59) (Friedrich Seven) 329

Ellebrecht, Karsten: »Ihr habt hier keinen Namen mehr!« Die Geschichte des KZ-Außenlagers Bremen-Blumenthal (Eva Determann) 331

Focke, Harald: Die Fusion. Wie der Norddeutsche Lloyd und die Hapag zusammenfanden (Christian Ostersehlte) 332

Graber Majchrzak, Sarah: Arbeit – Produktion – Protest. Die Leninwerft in Gdańsk und die AG »Weser« in Bremen im Vergleich (1968–1983) (Jörn Brinkhus) 333

Hofmeister, Adolf E. und van de Kamp, Jan (Bearb.): Das Denkbuch des Bremer Bürgermeisters Daniel von Büren des Älteren 1490–1525 (Thomas Elsmann) 337

Knauf, Diethelm und Voigt-Köhler, Inge: Mit Stöckelschuh und Krawatte im Paddelboot. Bremen am Wasser – Von den Goldenen Zwanzigern bis in die 1970er Jahre (Konrad Elmshäuser) 339

König, Johann-Günther: Friedo Lampe. Eine Biographie (Thomas Elsmann) 340

Kurze, Peter und Völker, Bernhard: Borgward Rennsportwagen. Einsatz und Technik (Konrad Elmshäuser) 342

Mindermann, Arend (Bearb.): Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden, Bd. 4 (1426–1470) (Adolf E. Hofmeister) 343

Niehoff, Lydia: Stadt gestalten. Bremens Stadtentwicklung von 1945 bis morgen (Bettina Schleier) 344

Olbers-Gesellschaft e.V. Bremen (Hrsg.): 100 Jahre Olbers-Gesellschaft in Bremen (Maria Hermes-Wladarsch) 346

Pawlik, Peter-Michael: Von der Weser in die Welt. Bd. IV. Die Geschichte der in England und Wales gebauten Segelschiffe, die an der Weser beheimatet waren (Christian Ostersehlte) 347

Ders., Von der Weser in die Welt. Bd. V. Die Geschichte der in Schottland und Irland gebauten Segelschiffe, die an der Weser beheimatet waren (Christian Ostersehlte) 347

Pophanken, Hartmut und Wixforth, Harald (Hrsg.): Technik und Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven nach 1945 (Karl Marten Barfuß) 350

Steffens, Helmut: Die Geschichte der Bremer Presse. »... erlauchten Gästen ein würdiges Haus zu bereiten« (Thomas Elsmann) 352

Van den Heuvel, Christine, Steinführer, Henning und Steinwascher, Gerd (Hrsg.): Perspektiven der Landesgeschichte. Festschrift für Thomas Vogtherr (Konrad Elmshäuser) 354

Wellbrock, Kai und Fischer, Norbert (Hrsg.): Die Entwicklung der Wasserwirtschaft im Elbe-Weser-Dreieck und im Alten Land (Jörn Brinkhus) 355

Wittheit zu Bremen (Hrsg.): »Heimat und Identität. Der Bremer Heimatpreis – Beiträge und Dokumentation« (Anna Czech) 356

Wixforth, Harald: Vernetzt – Verflochten – Vertraut. Das personelle Netzwerk der maritimen Wirtschaft in Bremen (1908–1968) (Karl Marten Barfuß) 357

Denkmalpflege in Bremen. Bd. 18, 2021 360
Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte. Bd. 106, 2020 .. 360
Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF). Bd. 110, 2020 361
Oldenburger Jahrbuch. Bd. 120, 2020 361
Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Bd. 92, 2020 361
Hansische Geschichtsblätter – Hanseatic History Review.
Bd. 138, 2020 362
Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte
und Landeskunde 363

Historische Gesellschaft Bremen
157. Jahresbericht (2020) 365

Anschriftenverzeichnis zum Aufsatz- und Rezensionsteil 370

Bremisches Jahrbuch · Band 100

Zum Geleit

Das Jahr 2021 ist für das Bremische Jahrbuch und für das Staatsarchiv Bremen als Herausgeber der landeshistorischen Zeitschrift der Freien Hansestadt Bremen ein bemerkenswertes Datum. 2021 erscheint der 100. Band des Bremischen Jahrbuchs, das seit dem ersten Band im Jahr 1864 in mehr als 150 Jahren in einhundert Einzelbänden neueste Forschungen zur bremischen Geschichte publiziert und damit den an der Geschichte der Stadt und des Landes Bremen Interessierten kontinuierlich ein Forum zur Verfügung gestellt hat.

Auf ein sehr viel weiter in die Stadtgeschichte zurückreichendes Datum blickt im Jahr 2021 das Staatsarchiv Bremen zurück. Zum Jahr 1221, also vor 800 Jahren, wurde erstmals die Vorgängerinstitution des Staatsarchivs, die Urkundentrese des Bremer Rats als Verwahrungsort für die Pretiosen der Stadt erwähnt. Die Stadtchronik von Rinesberch und Schene verzeichnet dies im Zusammenhang eines frühen Triumphes der Stadt gegenüber ihrem erzbischöflichen Herrn. Die Stadt hatte eine erzbischöfliche Zollstelle an der Weser niedergelegt und dabei eine Kette in ihre Gewalt gebracht, mit der Erzbischof Gerhard II. die Weser sperren und Zoll erheben ließ. Die frühe Heldentat im Konflikt mit dem geistlichen Stadtherrn war der patriotischen städtischen Chronistik noch fast 200 Jahre später der stolzen Erinnerung wert. Die Kette, so vermerkt die Chronik, habe man danach als Trophäe in die Tresekammer, also die Urkunden- und Schatzkammer der Stadt im Turm der Ratskirche Unser Lieben Frauen verbracht.[1] Dem Rat galt sie ähnlich wie die Privilegien der Stadt als Beweis städtischer Autonomie. Ihr Verwahrungsort verweist auf den im Mittelalter evidenten Zusammenhang von Rechtstiteln mit politischer Autonomie und Selbstbestimmung. Ein auf dem ältesten Treseschrank der Stadt von 1559 angebrachter Sinnspruch brachte dies sinnfällig zum Ausdruck. Dort heißt es, falls die Stadt angegriffen würde, sollte man zunächst nach den hier verwahrten Urkunden von Fürsten, Herren und Rittern suchen. Verbriefte Privilegien schufen Rechtssicherheit, auch und gerade in bedrängten Zeiten.[2]

Die in der Trese verwahrten Urkunden und Rechtstitel der Stadt haben sich im Gegensatz zu der legendären Kette zum Glück in großer Zahl erhalten.

1 Hermann Meinert (Bearb.), Die Chroniken der niedersächsischen Städte – Bremen (Die Chroniken der deutschen Städte. Bd. 37), Bremen 1968: Die Bremer Chronik von Rinesberch, Schene und Hemeling, S. 75f., c. 277: »*desse sulve kedene de lach in der stadt tresekamere*«.

2 Karl H. Schwebel, Das Staatsarchiv Bremen 1968. Behörde – Dokument – Geschichte (VStHB 36), Bremen 1968, S. 13f. und Abbildung der Inschrift auf dem Umschlag.

Heute verwahrt sie das Staatsarchiv, das in der funktionalen Nachfolge der Trese und des Ratsarchivs steht und 2021 auf eine achthundertjährige Tradition als Archiv der Stadt zurückblicken darf. Bis 1909 wurden die Bremer Urkunden in der Tresekammer verwahrt! Erst dann zog das Staatsarchiv, das bis dahin im dem Rathaus benachbarten Stadthaus untergebracht war, in ein eigenes Gebäude. Ein solches war durch den Abriss des Stadthauses für den Bau des Neuen Rathauses von 1913 notwendig geworden.[3] Dem an der Tiefer gelegenen ersten Bremer Archivbau war jedoch keine lange Lebensdauer vergönnt. 1944/45 wurde das Gebäude mehrfach von Fliegerbomben getroffen und völlig zerstört.[4] Glücklicherweise betraf der Verlust nicht die Archivalien, die zuvor ausgelagert worden waren. Doch wurden sie nach Kriegsende zu großen Teilen an Standorte in der damalige DDR und UdSSR verschleppt und kehrten erst bis Anfang der 1990er Jahre – überwiegend – wieder nach Bremen zurück.[5] Dort hatte das Staatsarchiv bis 1967 ein Ausweichquartier in einem Luftschutzbunker Am Dobben beziehen müssen, bevor 1968 der moderne Neubau am Präsident Kennedy-Platz eingeweiht wurde.[6] Dieser, dem ehemaligen amerikanischen Generalkonsulat und den Wallanlagen benachbarte Bau gehört mittlerweile selbst als Leitbau der Moderne zum historisch bedeutsamen Baubestand der Freien Hansestadt. 2008 wurde er mit seiner markanten Magazinfassade aus rotem Travertin in die Bremer Denkmalliste aufgenommen.[7] Für sein Magazin sah man bereits 1968 einen späteren Erweiterungsbau vor. Als dieser Anfang der 1990er Jahre notwendig wurde, richtete man jedoch wieder den Bunker am Dobben als Behelfsmagazin her. Da sich dessen Raumreserven nun ebenfalls erschöpfen, wurden die Pläne für einen Magazinneubau am Staatsarchiv in den letzten Jahren wieder aufgenommen und 2020 in den Wettbewerb »Nationale Projekte des Städtebaus« des Bundesministeriums für Inneres, Bau und Heimat eingebracht. Mit Erfolg – im Frühjahr 2021 erfolgte eine Förderzusage des Bundes über die Hälfte der Baumittel. Für die bremische Überlieferungssicherung war dies das sicher erfreulichste Signal dieses Jahres.[8]

Der 100. Band des Bremischen Jahrbuchs soll mit mehreren Arbeiten zu archivischen Themen und mit einem Titelbild zum zentralen künstlerischen Ausstattungsstück des Staatsarchiv-Neubaus von 1968 auf dieses besondere Jahr Bezug nehmen.

Zweifellos wird 2021 ansonsten auch für das Staatsarchiv und seine Nutzerinnen und Nutzer mit den pandemiebedingten Einschränkungen in eher

3 Konrad Elmshäuser, Die Trennung des Staatsarchivs Bremen von der Senatskanzlei und das Neue Rathaus von Gabriel von Seidl, in: Archivalische Zeitschrift 88, 2006 (FS Hermann Rumschöttel), Teilbd. 2, S. 121–142.

4 Vgl. Schwebel, Das Staatsarchiv Bremen (wie Anm. 2), S. 40ff.

5 Hartmut Müller, »... for safekeeping« – Bremer Archivschutzmaßnahmen im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, in: Brem. Jb. 66, 1988, S. 409–422.

6 Vgl. hierzu ausführlich Schwebel, Das Staatsarchiv Bremen (wie Anm. 2), S. 49–70.

7 Georg Skalecki, Denkmalpflege am Staatsarchiv Bremen, in: Brem. Jb. 91, 2012, S. 294–298.

8 Weser-Kurier, 18. März 2021, S. 8 und 19. Juli 2021, S. 9.

zweifelhafter Erinnerung bleiben. Dennoch: Trotz vieler Einschränkungen gingen auch 2021 die Forschungen zur Bremer Geschichte weiter und Band 101 ist bereits in der Vorbereitung. Redaktionsausschuss und Redaktion nehmen zugleich die Gelegenheit wahr, den am Gelingen des Jahrbuchs und an seinem regelmäßigen Erscheinen Beteiligten – allen voran den Autorinnen und Autoren, aber auch unseren Leserinnen und Lesern – herzlich zu danken.

Konrad Elmshäuser

Abbildung umseitig:
Curt Wittenbecher, Bilderfries Bremen und Bremerhaven, 1966, Ausschnitt Tafel 4 (Foto: Joachim Koetzle 2020)

Curt Wittenbechers Bilderfries von 1966 im Staatsarchiv Bremen – »Eine sich über dem Weserstrom staffelnde Stadtlandschaft«

Von Eva Determann

Einleitung

Wer im Staatsarchiv Bremen den Lesesaal betritt, wird ihn sogleich entdecken: Gegenüber der Fensterfront zieht sich über die gesamte Länge des Raums unterhalb der Decke ein Bilderfries. (Abb. 1) Mit 14 Metern Gesamtlänge ist er unübersehbar. Der Fries zeigt auf acht miteinander verbundenen Holztafeln (jeweils 175 x 80 cm) eine Stadtlandschaft, die sich von Bremerhaven bis Bremen entlang der Weser zieht. In zarten grau-weiß-ocker Tönen sind historische Gebäude wie Rathaus und Kirchen, aber auch Nachkriegsbauten wie Stadthalle oder Weserstadion zu erkennen. Dazwischen liegt viel Unbestimmtes: Häuserzeilen, Uferpromenaden, Brücken, Schiffe und immer wieder die Weser als verbindendes Element. Die Darstellung wirkt insgesamt eher skizzenhaft als ausgearbeitet und verbreitet gleichzeitig den Charme naiver Malerei. Am rechten äußeren Bildrand ist die Signatur »CW« zu erkennen.

Der Ort der Aufstellung, das ungewöhnliche Motiv Stadt/Land Bremen, die unkonventionelle Farbgebung und Malweise und schließlich der heute

Abb. 1: Staatsarchiv Bremen, Lesesaal (Foto: StAB)

weitgehend unbekannte Künstler, der für die Gestaltung des zentralen öffentlich zugänglichen Raums im Staatsarchivs sorgte, machen neugierig darauf, sich näher mit Kunstwerk und Künstler zu befassen.

Der Wandfries von Curt Wittenbecher (1901–1978) ist Bestandteil des mittlerweile selbst unter Denkmalschutz stehenden Neubaus des Bremer Staatsarchivs von 1968. Er weist – ähnlich wie das Gebäude – zeittypische Elemente auf, die sich aus heutiger Sicht nur teilweise erschließen lassen. In der Festschrift, die anlässlich der Eröffnung des Archivs am 9. Mai 1968 von Dr. Karl Schwebel herausgegeben wurde, beschreibt der damalige Archivleiter voller Begeisterung die Vorzüge des neuen Gebäudes: »Erfreut sind nicht nur die Bediensteten des Staatsarchivs, die nach zweiundzwanzig Jahren aus ihrer Notunterkunft im Hochbunker Am Dobben 91 in menschenwürdige Arbeitsräume umziehen konnten, sondern mit ihnen auch alle geschichtsbewussten und wissenschaftlich interessierten Bremer, denen im Erdgeschoss des Hauses gut ausgestattete Räume für Forschungen, Ausstellungen und Vorträge zu Verfügung stehen.«[1] Architekt Alfred Meister sei mit dem Neubau (Bauzeit 1964–1967) innerlich wie äußerlich ein »Werk von künstlerischem Rang gelungen.«[2] Als Herzstück der Einrichtung galt damals wie heute der Lesesaal:

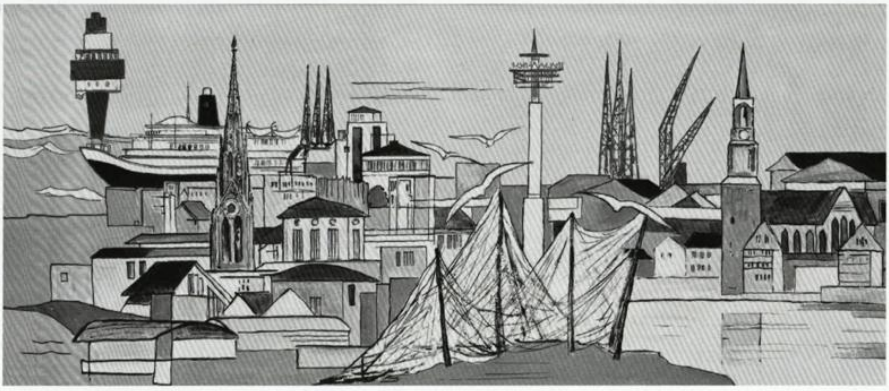
»Dem Benutzersaal beschert die Lage am Gartenhof Geborgenheit. Durch gestaffelte lichte Kulissen aus Glas und Pflanzen sind die Arbeitsplätze vom Straßengetriebe abgeschirmt. Am 18 Tischen finden 36 (!) Benutzer Platz. Eine Handbibliothek ist unmittelbar zugänglich. (...) Ein Bilderfries schmückt die Höhe der Rückwand des Benutzersaals. In farbig-graphischer Manier, Proportionen und Dimensionen frei abgewandelt, sind auf acht Tafeln die Städte Bremen und Bremerhaven als eine sich über dem Weserstrom staffelnde Stadtlandschaft dargestellt. Der Fries ist eine Arbeit des in Bremen lebenden Malers und Graphikers Curt Wittenbecher.«[3]

Das ist jedoch schon alles, was über das Kunstwerk ohne weitere Recherchen zu erfahren ist. Bevor jedoch auf den Künstler, das Sujet der Stadtansichten und den zeitgeschichtlichen Kontext näher eingegangen werden soll, erfolgt zunächst zum besseren Verständnis eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Bildtafeln. Die Aufnahmen erstellte Joachim Koetzle, der im Jahr 2020 den Bilderfries für das Staatsarchiv fotografisch dokumentierte.

Der Fries

Tafel 1 Wesermündung – Bremerhaven – St. Stephani
Eine Besonderheit, die den Wittenbecher-Fries von bekannten Bremen-Ansichten unterscheidet, ist die inhaltliche und geografische Ausweitung des Themas. Passend zum Aufstellungsort einer Landesbehörde werden die

1 Karl H. Schwebel (Hrsg.), Das Staatsarchiv Bremen 1968. Behörde – Dokument – Geschichte, VStAB Bd. 36, Bremen 1968, S. 9.
2 Ebd.
3 Lothar Diemer, Neubau, in: ebd., S. 59.



Tafel 1: Wesermündung – Bremerhaven – St. Stephani

Städte Bremen und Bremerhaven abgebildet. Die erste Bildtafel deckt somit nicht nur geografisch das größte Gebiet ab, sondern weist auch die originellste Form der Umsetzung auf. Sie beginnt mit dem Leuchtturm Alte Weser[4], erkennbar an der sich nach unten verjüngenden Turmform. Dieser wurde 1964 als Ersatz für den beliebten Leuchtturm Roter Sand in der Wesermündung, circa 50 Kilometer Luftlinie von Bremerhaven entfernt, errichtet.

Das Stadtzentrum von Bremerhaven markieren zwei historische und stark kriegsbeschädigte Wahrzeichen. Der Turm der wiederaufgebauten Großen Kirche, jetzt: Bürgermeister-Smidt-Gedächtniskirche war lange Zeit eines der höchsten Gebäude der Innenstadt. Daneben ist am klassizistischen weißen Rundbau das Stadttheater zu erkennen. Beide Gebäude stehen für das geistig-kulturelle Bremerhaven wie auch für die Belebung des neuen Stadtzentrums Mitte. Markante Gebäude, die eindeutig auf die ehemaligen Städte Lehe und Geestemünde sowie auf zentrale Wirtschaftszweige (Werftindustrie, Militär) verweisen, fehlen. Unterhalb der Kirche fällt ein Gebäude mit verlängertem Dach auf. Es zeigt die Petruskirche. Sie wurde 1965 nach einem Entwurf von Carsten Schröck im neu angelegten Ortsteil Grünhöfe gebaut, der etliche Parallelen zur Neuen Vahr aufweist. Das Kirchenschiff besitzt ein vom Boden aufstrebendes Satteldach, das von Betonpfeilern gehalten wird. Allerdings fehlt der freistehende Kirchturm. Am Horizont sieht man den Bug eines Ozeandampfers, der an der Columbuskaje liegt. Wittenbecher hat dieses Motiv oft und gerne z. B. in seinen Bremen-Grafiken verwendet. Bremerhaven, auch als »Bahnhof am Meer« oder »Brücke nach Übersee« umschrieben, ist zu dieser Zeit größter Passagierhafen im Überseeverkehr. Die überregional bekannte Columbuskaje steht für Komfort und Modernität im Reisen. Daneben sind drei spitz aufragende Verladekräne an der Kaje. Die benachbarten, turmähnliche Bauten könnten den Wasserturm von Lehe

4 Vgl. Karl-Heinz Hofmann, Die Außenweser, in: Hartmut Roder (Hrsg.), Bremen – Handelsstadt am Fluß, Bremen 1995, S. 314.

Tafel 2: Stephaniviertel bis Brill

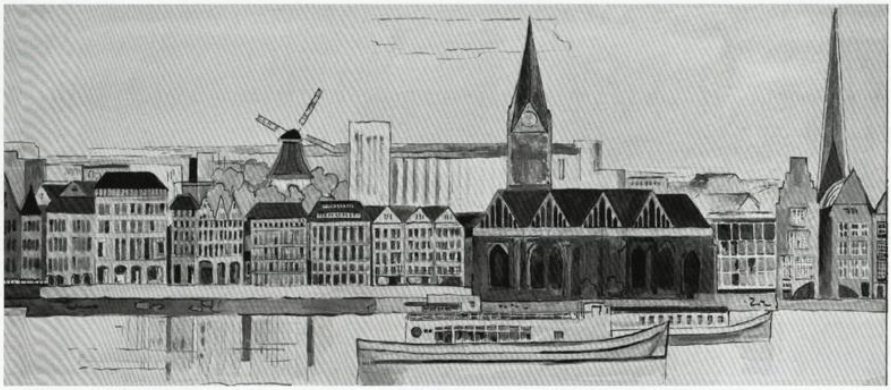
(1909) und den Kopf der Brückenanlage zwischen Altem und Neuem Hafen (1927) darstellen, aber auch freiere Assoziationen zu Hafenanlagen, Silos und Eiswerken sind denkbar. Im Bildvordergrund symbolisieren perspektivisch überhöhte Fischernetze den Komplex Fischfang und Fischverarbeitung, der im Süden der Stadt angesiedelt ist. Die pittoresk zum Trocknen aufgestellten Netze (ebenfalls ein beliebtes Motiv bei Wittenbecher) haben jedoch wenig mit der industriell geprägten Realität im Fischereihafen zu tun. Eingerahmt wird die Stadt durch den neuen Richtfunkturm von 1965 an der Schleuse zum Alten Hafen. Bildlich nicht erfasst werden sodann die Stadtteile Farge, Blumenthal und Vegesack, aber auch die Werften und Hafenanlagen in Gröpelingen und Walle. Vielmehr nehmen die Spitzen von Ladekränen und die Dächer von Schuppen am Horizont hinter der Stephanikirche das Thema Hafenumschlag mehr emblematisch auf und verbinden so die Unterweserhäfen direkt mit den stadtbremischen Überseehäfen.

Tafel 2 Stephaniviertel bis Brill

Tafel 2 zeigt die westliche Innenstadt bis zum Brill. Die (wiederaufgebaute) St. Stephani-Kirche am Weserufer sieht man schon auf der ersten Bildtafel. Mit ihr beginnen die meisten der bekannten Bremen-Ansichten.[5] Die Kirche steht inmitten des in Folge von Krieg und Abbruch komplett zerstörten Stephaniviertels, welches erst in Teilen wiederaufgebaut ist. Dennoch wirken die Häuserzeilen – im Gegensatz zum zeitgenössischen Eindruck auf Fotografien – geschlossen.[6] Als Einzelbauwerk erkennbar am weißen Turm wird das ehemalige Geschäftshaus Julius Bamberger in der Faulenstraße hervorgehoben. Davor befindet sich mit charakteristischem Flachdach die

5 Herbert Schwarzwälder, Bremen im Wandel der Zeiten. Die Altstadt, Bremen 1970, S. 214.

6 Zur Identifizierung der Bauwerke vgl. ebd. und Carl Thalenhorst (Hrsg.), Bremen und seine Bauten 1900–1951, Bremen 1952.

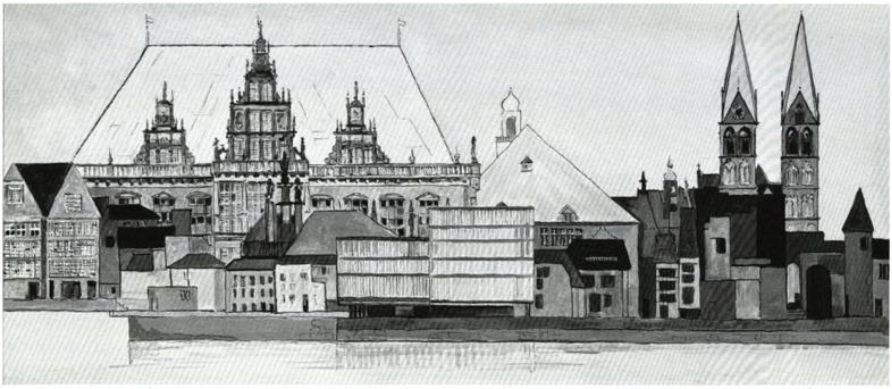


Tafel 3: Schlachte bis St. Martini

neue Jugendherberge (gebaut 1955), die als einer der wichtigsten Innenstadtbauten der Nachkriegsmoderne gilt.[7] Den Horizont prägt der Fernsehturm an der Neuenstraße mit dem Fernmeldeamt. Damit erweitert Wittenbecher die bekannte Stadtsilhouette der Kirchtürme um industrielle Bauten. Der Brückenkopf der schlichten Bürgermeister-Smidt-Brücke im Vordergrund (gebaut 1951/52) führt zur Kreuzung am Brill. Linker Hand befindet sich das graue Geschäftshaus von Betten-Wührmann, dahinter – erkennbar an den Fensteröffnungen – das Gebäude der Sparkasse von 1906 (noch ohne Aufstockung). Die Kriegszerstörungen waren Voraussetzung für eine autofreundliche Gestaltung des ehemaligen Brill-Platzes hin zur Kreuzung mit untertunnelter Fußgängerpassage. Dahinter liegt die 1961 fertig gestellte Hochgarage an der Ansgariitorstraße. Wie aus der Zeit gefallen – und gleichzeitig als Motiv sehr zeittypisch – wirken die vertäuten Segelboote und Kähne im Vordergrund, die auf die historische Bedeutung des innerstädtischen Hafens und des Fischfangs in Bremen verweisen.

Tafel 3 Schlachte bis St. Martini
Die dritte Tafel entspricht dem Gebiet der laut Herbert Schwarzwälder seit dem 16. Jahrhundert am meisten abgebildeten Stadtansicht – der Schlachte.[8] Wie an einer durch den Fluss verbundenen Kette reihen sich ehemalige Speicher- und Kontorhäuser entlang der Weser auf und spiegeln sich reizvoll im Wasser. Auch in diesem Bereich war die historische Bebauung fast vollständig zerstört, was die Neuanlage einer Uferpromenade ermöglichte. Der Wiederaufbau der stadtbildprägenden Schlachte galt als politisch stark umstritten. Als gelungen wurde das Beispiel des Geschäftshauses Gollücke und

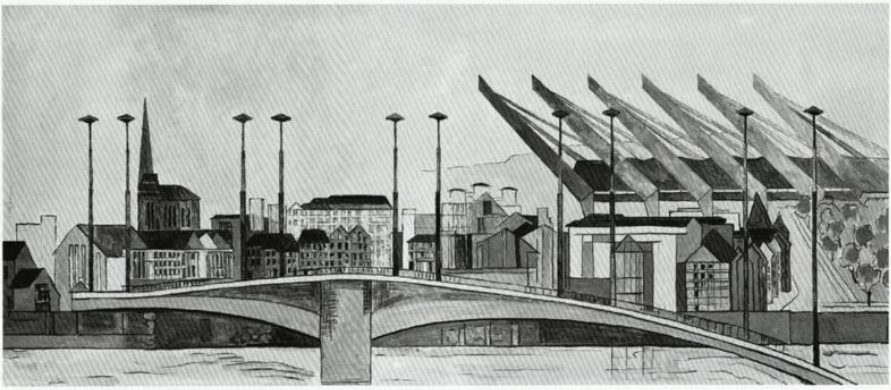
7 Vgl. Eberhard Syring, Der Disput zwischen Traditionalisten und Modernisten in der bremischen Wiederaufbauphase, in: Denkmalpflege in Bremen, Heft 12, 2015, S. 22.
8 Schwarzwälder, Bremen im Wandel (wie Anm. 5), S. 214.



Tafel 4: Stadtmitte – Rathaus und Dom

Rothfos (erkennbar an den drei Giebeln links von St. Martini) empfunden. Der Backsteinneubau von 1951 nimmt die charakteristische Speicherform wieder auf. Links daneben befinden sich die eher schlichten wiederaufgebauten Geschäftshäuser der Hansa-Linie und der Druckerei Schünemann. Wittenbecher homogenisiert das Stadtbild nicht nur farblich. Er füllt existierende Baulücken mit Durchsichten in die dahinter verlaufenden Straßen wie Martini- und Langenstraße. Ein Effekt, der sich tatsächlich bei Betrachtung aus der Ferne einstellte: »So unerfreulich die Weserfront an einzelnen Stellen sein mag, so uneinheitlich und unfertig manches noch wirkt, im ganzen und über den Fluss hinweg betrachtet hat sie den eigenartigen Reiz lebendiger Historie.«[9] Am Horizont markiert die Windmühle am Herdentorwall die ehemalige Befestigungsanlage der Altstadt. Der Ring der Wallanlagen wird auf Tafel 5 und 6 wieder aufgenommen. Mit der hellen Silhouette des Hertie-Kaufhauses greift Wittenbecher seiner Zeit etwas voraus. Um die Innenstadt zur Einkaufszone umzuwandeln, wurden die Ruinen der kriegsbeschädigten St. Ansgarii-Kirche und das Verwaltungsgebäude des Norddeutschen Lloyds, ein monumentaler Bau im Stil des Historismus, bis 1969 komplett abgetragen. Der Turm gehört zum elfgeschossigen »Finke-Hochhaus« (gebaut 1956), welches als Ersatz für den zerstörten Kirchturm fungieren sollte. In der Bildmitte liegt am Fluss der dunkel gehaltene Quergiebel der St. Martini-Kirche aus dem 14. Jahrhundert. Unterhalb befindet sich der Martini-Anleger mit Ausflugsschiffen für Unterweser- und Hafenrundfahrten. Rechts erkennt man den noch unverbauten Eingang zur Böttcherstraße gerahmt von zwei Häusern, deren Arkaden symmetrisch einen Halbkreis bilden. Das neben der Kirche stehende Geschäftshaus der Schiffsmaklerfirma Oltmann, ein moderner Bau mit Rasterfassade, deutet an, welche bauliche Entwicklung für die Innenstadt vorgesehen ist.

9 Ebd., S. 216.



Tafel 5: Domsheide – Stadthalle

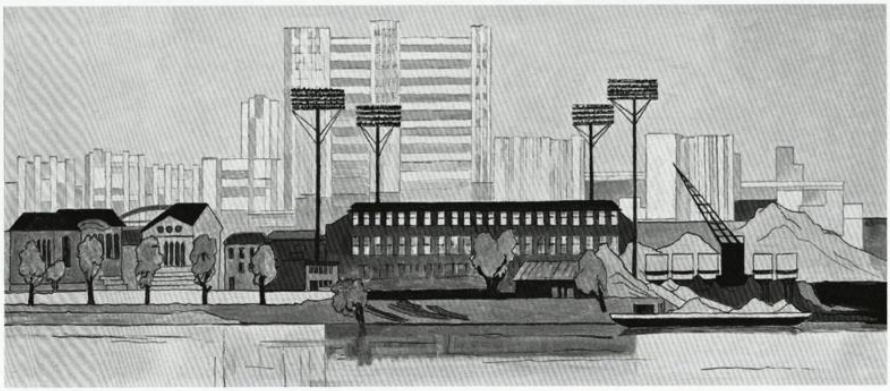
Tafel 4 Stadtmitte – Rathaus, Dom
Mit dieser Darstellung wendet Wittenbecher einen Kunstgriff an. Um das Stadtzentrum mit dem Rathaus als Regierungssitz sichtbar in der Bildmitte zu platzieren, musste die Perspektive geändert werden. Das Rathausgebäude wird überhöht und – anders als die umliegenden Bauten – in der Schauseite detailliert ausgearbeitet. Das Neue Rathaus von 1913 schließt sich rechter Hand nahtlos an. Eingerahmt wird das Gebäudeensemble im Westen von der Liebfrauenkirche (erkennbar am spitzen Turm) und dem St. Petri-Dom im Osten, der einzigen Innenstadtkirche ohne massive Kriegszerstörungen. In der Gegenansicht ist ein zum Schütting gehörender Treppengiebel zu erkennen. Rechts davor spiegelt sich die transparent erscheinende Glasfassade des Firmensitzes der Spedition Kühne und Nagel (August-Kühne-Haus von 1962) im Wasser. Wittenbecher nimmt hier sowohl perspektivisch als auch proportional eine sehr freie Interpretation der Weserfront vor. In dunklen Farben ist das Gebiet rund um die Wachtstraße abgebildet, welches durch den Neubau der Großen Weserbrücke und die veränderte Verkehrsführung erheblich an Bedeutung verlor. Der Turm im Vordergrund verweist auf die nicht mehr existenten Vereinsräume der Gesellschaft »Union«, ein traditioneller Treff bremischer Kaufleute. Bemerkenswert ist jedoch auch das, was fehlt. Der Bremer Marktplatz wird ohne das städtebaulich umstrittene neue Haus der Bremischen Bürgerschaft (Bauzeit 1962–66), den Roland oder die Plastik der Bremer Stadtmusikanten – inzwischen unverzichtbare Bestandteile eines jeden Bremen-Panoramas – gezeigt.

Tafel 5 Domsheide – Stadthalle
Tafel 5 markiert den Übergang von der Altstadt zur (ehemaligen) Vorstadt, von der überwiegend historischen Bebauung hin zur Architektur der Nachkriegszeit. Zwei auffällige Neubauten aus den 1960er Jahren dominieren den Bildausschnitt. Beide gelten sowohl technisch als auch gestalterisch als Vorzeigeprojekte bremischer Nachkriegsbauten. Die 1960 eingeweihte Große

Tafel 6: Kulturmeile – Osterdeich

Weserbrücke (heute: Wilhelm-Kaisen-Brücke) öffnet die Altstadt nach Süden hin. Die elegant geschwungene Spannbetonkonstruktion verzichtet im Unterschied zur Vorgängerbrücke ganz auf dekorative Aufbauten. Der Brückenverlauf wirkt in dieser Darstellung jedoch eher unbeholfen und die grazilen Masten der Straßenbeleuchtung extrem wuchtig. Unterhalb der Brücke sind rechts noch Reste der alten Zollschuppen-Arkaden zu erkennen. Die Brücke mündet in den neuen Verkehrsknotenpunkt Domsheide. Dort erheben sich über den niedrigen Dächern des Schnoorviertels die Kirche St. Johann und der helle klassizistische Bau des Alten Gymnasiums an der Dechanatstraße. Von der Uferstraße am Tiefer biegt links der Altenwall ab. Dort lassen sich im Umriss die Türme des Polizeihauses und des Gerichts erkennen. Der Wall verläuft im Anstieg auf den markanten Baukörper der neuen Stadthalle (gebaut 1958–64) zu, deren spektakuläre Hängedachkonstruktion aus Sichtbeton an einen Schiffsbug oder eine Zeltstadt erinnern soll. Bremen leistete sich mit dem 30 Millionen Mark teuren Neubau einen modernen Ort für Großveranstaltungen und ein neues architektonisches Wahrzeichen.

Tafel 6 Kulturmeile – Osterdeich
Ostertor und Osterdeich bilden den Rahmen für die Tafel 6 und die Entwicklung der östlichen Vorstadt. Zwischen Altstadt und Ostertor befinden sich am Rande der parkähnlich gestalteten Wallanlagen verschiedene kulturelle Einrichtungen. Die Reihe beginnt mit der Kunsthalle. Abgebildet wird die der Weser zugewandte weniger bekannte Südseite des Gebäudes, welche von Gildemeister um 1900 gestaltet wurde. Daneben ist das 1949 wiederaufgebaute Theater am Goetheplatz und oberhalb eines der beiden ehemaligen Torhäuser am Ostertor – weiterhin in Nutzung als Untersuchungsgefängnis – zu sehen. Eventuell ist in Verlängerung der Wallanlagen links von der Kunsthalle der Umriss des neuen Staatsarchivs zu erkennen. Unterhalb des Ensembles wird in straffierter Fläche das Ehrenmal auf der Altmannshöhe angedeutet.

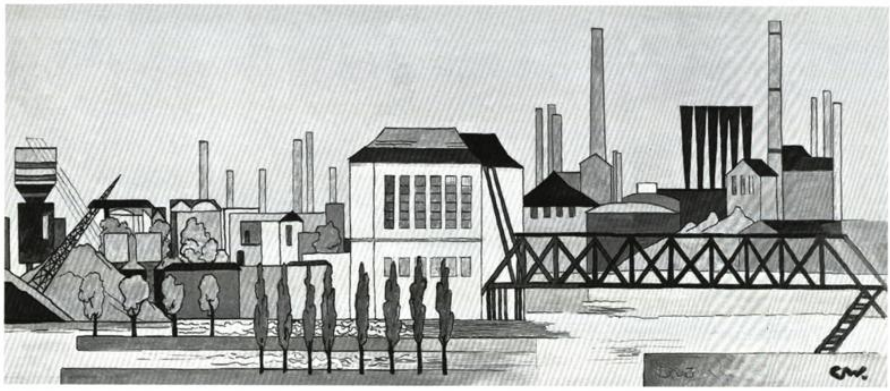


Tafel 7: Weserstadion – Neue Vahr

Schnurgerade bis zum Ende des Frieses verläuft über drei Bildtafeln der Osterdeich in seiner Funktion als Straße und Hochwasserschutz. Die Anlage eines neuen Deichs war Voraussetzung für die rasche Entwicklung und Bebauung der östlichen Vorstadt ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Im vorderen Abschnitt zwischen Altenwall und Sielwall bauten vor allem wohlhabende Bremer Familien sich ihre Villen im Geschmack der Zeit (Historismus, Jugendstil). Die meisten dieser Häuser haben den Krieg relativ unbeschadet überstanden, jedoch durch die zunehmend starke Befahrung des Osterdeichs als Teil der Bundesstraße 75 an Exklusivität eingebüßt. Parallel zur Deichkuppe verläuft ein circa drei Kilometer langer Promenadenweg gesäumt von Bäumen. Entlang der traditionell beliebten Flaniermeile finden sich am Flussufer mehrere Badeanstalten (angedeutet durch den Rundbau auf Höhe des Sielwalls) und Möglichkeiten, die Weser per Fähre zu überqueren. Der östliche Teil des Osterdeichs, 1953 in Hastedter Osterdeich umbenannt, zeichnet sich durch schlichtere Bebauung und industrielle Prägung aus.

Tafel 7 Weserstadion – Neue Vahr
Auf Tafel sieben zeigt sich das neue Bremen: heller, moderner und höher. Das Weserstadion, die Sportstätte des SV Werder Bremen, seit 1963 Gründungsmitglied der Bundesliga, steht im Zentrum. Die prominente Platzierung des Stadions mit überdimensionalen Flutlichtmasten ist sicherlich auch dem Gewinn der Deutschen Fußballmeisterschaft 1965 geschuldet. Das Motiv weist auf die wachsende Bedeutung von Sport- und Freizeiteinrichtungen für die Stadtgesellschaft hin. Flussaufwärts bietet sich ein ungewohnter Anblick: die Sandberge gehören zur ansässigen Kiesbaggerei und Flussschifffahrtgesellschaft Röhrs & Co. Hinter dem Stadion staffelt sich die helle Silhouette mehrgeschossiger Gebäude der Neuen Vahr. Diese galt als das »größte geschlossene Wohnungsbauprojekt der Bundesrepublik«.[10] In nur vier Jahren

10 Weser-Kurier 11. 8. 1971, S. 12.



Tafel 8: Weserwehr – Hemelinger Hafen

Bauzeit (1957–1961) wurde mit städtischer Förderung Wohnraum für 40.000 Menschen geschaffen. Architektonisches Aushängeschild ist das dargestellte 22-stöckige »Feierabendhochhaus« von Alvar Aalto. Das Gebiet sei innenstadtnah, gut angeschlossen und deswegen nicht als »Trabantenstadt« zu bezeichnen, betonte Bremens Bausenator Blase. Als »Musterbeispiel des modernen Wohnungs- und Städtebaus«[11] fand die Neue Vahr bundesweit Anerkennung, obwohl die Architektur nach »Baukastensystem« auch als beliebig kritisiert wurde.

Tafel 8 Weserwehr – Hemelinger Hafen
Das industrielle Bremen ist Thema der letzten Tafel, die gleichzeitig wieder an die Bedeutung der Weser als Wasserstraße erinnert. Um die Fahrtrinne der Unterweser auszubaggern und den gesamten Fluss befahrbar zu halten, verpflichtete sich Bremen 1906 zum Bau einer Wehr- und Schleusenanlage. Das Weserwehr mit Fußgängerbrücke (im Vordergrund) wurde 1911 errichtet. Über zwei Schleusen (entlang der Baumreihen) wurden Schiffe über eine Staustufe geführt. Zur Ausnutzung der Wasserstaus baute man oberhalb des Wehrs ein Wasserkraftwerk, welches zeitweise die Hälfte des Energiebedarfs der Stadt abdeckte. Seine Schornsteine (Türme links) wurden im Volksmund liebevoll »die sieben Raben« genannt. Die Kriegsschäden von Weserwehr und Wasserkraftwerk konnten nach 1945 rasch beseitigt werden, jedoch ließ sich das einst geschlossene architektonische Bild der Anlage nicht wiederherstellen. Das Kraftwerk blieb noch bis Anfang der 1980er Jahre in Betrieb, bevor es mangels Effizienz und beschädigt vom Hochwasser abgerissen wurde.

Von ehemaligen beliebten Ausflugszielen in Hastedt wie der »Weserlust«, dem »Wehrschloss« oder dem botanischen Garten am Osterdeich ist in der Darstellung nichts zu sehen. Der Fokus liegt auf Industriebauten bzw. neuen Industriezweigen, die sich am östlichen Stadtrand Richtung Hemelingen und

11 Ebd.

Sebaldsbrück ausbreiten. Wittenbecher verzichtet hier auf eindeutige Formen, die Automobilproduktion bei Borgward war bereits 1963 durch Konkurs beendet, stattdessen verwendet er Schornsteine und Baukörper als grafische Zeichen.

Der Künstler

Im Gegensatz zu heute war Curt Wittenbecher im Bremen jener Zeit kein Unbekannter. Er galt als feste Größe im Kulturbetrieb, verfügte über zahlreiche Kontakte, die bis in Regierungskreise reichten, und stellte regelmäßig in der Bremer Kunsthalle aus. Dass er im Nachhinein (fast) in Vergessenheit geriet, erscheint auf den ersten Blick unverständlich. Doch wer war Curt Wittenbecher und wie kam er dazu, ein Bilderfries für das neue Staatsarchiv zu fertigen?

Kurt Ernst Wittenbecher wurde am 1. August 1901 in Magdeburg geboren.[12] Kindheit und Jugend verbrachte er laut eigener Beschreibung »im Hunger« (wortwörtlich und im übertragenden Sinne),[13] zeigte jedoch schon in jungen Jahren künstlerisches Interesse, so dass er bis zum Abitur als Halbtagsschüler die Kunstgewerbeschule Magdeburg besuchte. Von 1921 bis 1924 studierte er bei Prof. Moritz Heymann und Walter Thor in München Grafik, anschließend bei Prof. Harold Bengen an der Städtischen Kunstgewerbeschule Berlin-Charlottenburg und bei Prof. Ernst Hoffmann und Richard Winkel an der Kunstgewerbeschule in Magdeburg. Parallel dazu begann Wittenbecher selbst als Dozent für Laienzeichnung und Kunstbetrachtung zu unterrichten.[14]

Zurück in Magdeburg ließ sich Wittenbecher als freischaffender Maler und Grafiker nieder. Er wurde Mitglied lokaler Künstlervereine wie »Sankt Lukas« und der Magdeburger »Börde«. 1935 heiratete er die ebenfalls aus Magdeburg stammende Hildegard Marquardt, die nach seinem Tod als Nachlassverwalterin fungierte. Die Ehe blieb kinderlos.

Ab Anfang der 1930er Jahre beteiligte sich Wittenbecher regelmäßig an Ausstellungen des Kunstvereins zu Magdeburg.[15] Nach Auflösung der »Börde« schloss er sich 1939 der gleichgeschalteten »Künstlerkameradschaft des

12 StAB 4,82 /1-4469 (28). Der Künstlervorname Curt findet erstmals Ende der 1930er Jahre Verwendung. Vgl. Kunstausstellung 1939, Magdeburg 1939, S. 28.

13 Vgl. Curt Wittenbecher, Gemälde und Handzeichnungen, Kunsthalle Bremen, Bremen 1972. Wittenbechers Vater war Eisenbahn-Sekretär.

14 Zur Biografie von Wittenbecher vgl. Hans Vollmer (Hrsg.), Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts, Bd. 5, Leipzig 1961, S. 154; Sabine Liebscher, Curt Wittenbecher, in: Magdeburger Biographisches Lexikon unter: http://www15.ovgu.de/mbl/Biografien/1521.htm; Peter Groth, Curt Wittenbecher – Ein vergessener Maler, 2017, in: Worpsweder Internetzeitung unter: https://www.freunde-worpswedes.de/archiv/272.

15 Kunstverein zu Magdeburg 1835–1935. Magdeburg 1935. Ausstellungsbeteiligungen Wittenbechers 1930 mit Franz Rohde und Änne Schäfer, 1934 Gruppenausstellung »Deutsche Landschaft«. Eine angebliche Ausstellung Wittenbechers zusammen mit namhaften Expressionisten wie Emil Nolde, Erich Heckel,

Gaus Magdeburg e.V.« an und übernahm deren Leitung.[16] In dieser Funktion organisierte er gemeinsam mit dem Reichspropagandaamt die jährliche Magdeburger Kunstausstellung – »ein Beweis für die urwüchsige und siegessichere Kraft unseres Volkes«[17] – und betätigte sich als Gutachter im Prüfungsausschuss. 1942 wurde ihm für sein Porträt »Der Verwundete« der Kunstpreis der Stadt Magdeburg verliehen. Dass sich Wittenbecher zu diesem Zeitpunkt im Wehrmachtseinsatz beim Sanitätsdienst in den Niederlanden befand, wurde bei der Verleihung lobend hervorgehoben. 1944 siedelte er aus gesundheitlichen Gründen nach Hindelang im Allgäu. Dort knüpfte er Kontakte zur Familie Otto Modersohn, die 1930 ein Allgäuer Bauernhaus als Zweitwohnsitz erworben hatte und befreundete sich mit Sohn Christian. Im Januar 1945 wurde bei einem Luftangriff auf Magdeburg Wittenbechers Wohnung in der Kölner Straße samt Atelier und darin befindlicher Arbeiten komplett zerstört.

Der Verlust seiner Magdeburger Wohn- und Arbeitsstätte ermöglichte Wittenbecher sich nach 1945 auch seiner Vergangenheit zu entledigen bzw. diese hinter dem Eisernen Vorhang des Kalten Kriegs zu lassen. Wittenbecher orientierte sich fortan gen Westen und stilisierte sich als »von Natur aus ewig Vertriebener«.[18] Der freundschaftliche Kontakt zur Familie Modersohn führte 1949 zum Umzug der Wittenbechers nach Worpswede. Dort bewohnte das Ehepaar einen Teil der Villa von Hans am Ende. Seinen Briefkopf beschränkte Wittenbecher auf das Wesentliche: »Curt Wittenbecher. Worpswede. Fernruf 430«.[19]

Rasch gelang es Wittenbecher persönlich und künstlerisch im Nachkriegsbremen Fuß zu fassen. Bereits 1948 war er mit eigenen Werken in einer Wanderausstellung vertreten, die unter anderem Station in der Kunsthalle Bremen machte und vom ehemaligen Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums in Magdeburg, Walther Greischel, organisiert wurde. Im April 1949 zeigte die Bremer Kunsthalle Wittenbechers Zeichnungen und Aquarelle aus Hindelang. In Worpswede stellte er Porträts und Landschaften aus.

Künstlerisch experimentierte er nun stärker mit verschiedenen Stilen und Techniken. Bis dahin hatte sich Wittenbecher vorwiegend mit naturalistischer Landschaftsmalerei und Genredarstellungen befasst. In Worpswede änderte sich sein Ausdruck hin zum Expressiven und zu mehr Farbigkeit. Wittenbecher entdeckte das Aquarell neu und entwickelte es auf ausgedehnten Studienreisen durch Europa, besonders nach Griechenland und Island, zu seiner bevorzugten Technik. Er fertigte *Porträts* jeglicher Art von Menschen, Stillleben, Städten, Landschaften, aber auch von Volksfesten,

Karl Schmidt-Rottluff und Ernst Ludwig Kirchner im Kaiser-Friedrich-Museum 1934 ließ sich nicht belegen.

16 Kunstausstellung des Gaues Magdeburg-Anhalt 1940. Freundliche Information von Sabine Liebscher, Kulturhistorisches Museum Magdeburg.

17 Ebd.

18 Ostdeutsche Künstler schaffen in Bremen, Bremen 1960, S. 6.

19 Schreiben Wittenbecher vom 20. 5. 1955, StAB 4,111/5-831.

Theateraufführungen, Musikveranstaltungen. Themen, die dem Geschmack des zeitgenössischen Publikums entsprachen, an denen er seinen virtuosen Umgang mit Farbe demonstrieren und gleichzeitig gegenständlich (»bewusst begrenzte Abstraktion«[20]) bleiben konnte. Das lokale Feuilleton feierte den fast Fünfzigjährigen wie eine hoffnungsvolle Neuentdeckung: »Den außerordentlich anregenden Landschaftsbildern und freien in abstrakte Bereiche vorstoßenden Kompositionen haftet noch das Signum des Experimentierens an. (...) Vielleicht reift in der Größe und Ruhe der Worpsweder Ebene etwas Gültiges heran.«[21]

Abb. 2: Curt Wittenbecher, Selbstporträt 1965, Kohlezeichnung (Foto: Weser-Kurier)

1955 verließen Wittenbechers Worpswede und zogen nach Bremen. Sie wohnten weiterhin zur Miete, zunächst in der Carl-Schurz-Straße, dann in der Hartwig- und der Brahmsstraße in Schwachhausen.

Um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, betätigte sich Wittenbecher wieder als Kunstdozent. 1955 scheiterte zwar der Versuch am Mädchengymnasium Kippenberg eine »fliegende Dozentur« einzurichten, Schülerinnen wie Lehrerinnen konnten mit seinem instruktiven Vortrag wenig anfangen,[22] dafür gastierte Wittenbecher regelmäßig als Referent an der Bremer Kunsthalle oder der Volkshochschule, wo er einem Laienpublikum unter intensivem Einsatz des Diaprojektors Themen der Kunstgeschichte vermittelte. Begleitende Presseberichte machten seinen Namen bekannter. Hinzu kamen überregionale Einzelausstellungen in Aachen, Münster, Witten, Bielefeld und staatliche Aufträge. In Bremen wurden seine Arbeiten nicht nur in der Kunsthalle, meist im Graphischen Kabinett (1949, 1952, 1959, 1970), sondern auch in Stadtbibliotheken, Privatgalerien und regelmäßig im eigenen Atelier gezeigt. Wittenbecher gehörte seit Gründung 1954 der Künstlervereinigung

20 Curt Wittenbecher, Ausstellung 1959/60, Kunsthalle Bremen, S. 2.
21 Weser-Kurier 6. 5. 1959, Beiblatt.
22 Vgl. Schreiben der Kippenberg-Schule vom 20. 10. 1955, StAB 4,111/5-831.

»Neues Forum« Böttcherstraße an, einer progressiv aufgestellten Initiative zur »Förderung und Verbreitung moderner Kunst«[23] und bekleidete dort lange Zeit den Posten des Schatzmeisters.

Der als »Fremder in der niederdeutschen Landschaft«[24] umschriebene Wittenbecher war in Bremen bestens vernetzt. Er wusste freundliche Förderer in Politik, Wirtschaft und Medien um sich, allen voran Dr. Eberhard Lutze (1908–1974). Der promovierte Kunsthistoriker und ehemalige Nürnberger Museumsdirektor leitete von 1951 bis 1973 die Abteilung »Kunst und Wissenschaft« beim Senator für Bildung. Ab 1965 war Lutze auch für das Aufgabengebiet »Museen, Archive, Büchereien, Orchester, Wissenschafts- und Denkmalpflege, Theater, Künstlerförderung« zuständig. Lutze, der den Beinamen »Musensohn mit Beamtenstatus«[25] trug, gefiel sich in der Rolle des Kunstliebhabers im staatlichen Auftrag. Wittenbecher erfuhr durch ihn intensive Förderung in Form von Reisestipendien, Werksankäufen oder staatlichen Aufträgen. Er fertigte eine Reihe von Bremer Senatorenporträts an, unter anderem 1957 zwei großformatige Ölbilder von Bürgermeister und Stadt für die Bremische Landesvertretung in Bonn. Lutze hielt regelmäßig die Laudatio auf Wittenbechers Ausstellungseröffnungen und publizierte sogar darüber in der Presse. Daneben verfolgte Lutze weiterhin eigene kunsthistorische Ambitionen. 1953 erschien im deutschen Kunstverlag in der Reihe »Deutsche Lande. Deutsche Kunst« der Band »Bremen« zusammengestellt von Eberhard Lutze (in Neuauflage 1965). Darin findet sich eine bebilderte Programmatik der stadtgeschichtlichen Entwicklung Bremens bis zur Gegenwart und indirekt eine inhaltliche Blaupause für den Bilderfries im Staatsarchiv.

Kritische Berichte im Jahr 1968 ließen den bis dato geschätzten Verwaltungsbeamten in neuem, alten Licht erscheinen. Ein von Lutze initiierter Disput um die Theaterintendanz Kurt Hübners mündete in einer öffentlichen Debatte um Lutzes NS-Vergangenheit und seine Beteiligung an nationalsozialistischem Kunstraub.[26] Die Personalie erregte bundesweit Aufmerksamkeit, führte jedoch in der Konsequenz lediglich zur Frühpensionierung Lutzes 1973.[27]

In diesem Fahrwasser wurde es für Wittenbecher in den 1970er Jahren in Bremen deutlich schwieriger. Die Presse berichtete zwar nach wie vor regelmäßig über seine Arbeiten und widmete ihm zu runden Geburtstagen Retrospektiven, aber die staatliche Förderung in Form von Aufträgen und Stipendien blieb aus.

Ähnlich wie Lutze inszenierte sich auch Wittenbecher als jemand, der sein Leben einer höheren Sache, eben der Kunst, weihte. Konkret wurde er dabei nie: »Wer in den Beginn unseres Jahrhunderts hineingeboren wurde, dem

23 Weser-Kurier 25. 3. 1955, S. 9.
24 Bremer Nachrichten 10. 12. 1953, S. 5.
25 Weser-Kurier 3. 4. 1968, S. 18.
26 Vgl. Hans-Joachim Manske, Birgit Neumann-Dietzsch-Manske, »Entartet« – Beschlagnahmt. Bremer Künstler im Nationalsozialismus, Bremen 2009, S. 39–45.
27 Vgl. Der Spiegel, Heft 44, 1968, S. 216.

waren der Zweifel und das Suchen in die Wiege gelegt. Er geriet in eine Welt, die schon vor den Kriegen umwittert, ungewiss und voller Ahnung neuer Erkenntnisse war.«[28]

Das Narrativ des Künstlers »zwischen den Zeiten« und des Angehörigen einer »verschollenen«, »vergessenen« oder gar »verlorenen Generation« fand sich zuletzt in einer Ausstellung der Lilienthaler Kunstschau 2016/2017 wieder, die Werke von Wittenbecher in diesem Kontext präsentierte.[29]

Nach Wittenbechers Tod am 2. Januar 1978 vermachte seine Witwe 1986 den künstlerischen Nachlass bestehend aus circa 100 Ölbildern, 600 Aquarellen und 1000 Zeichnungen der Bremer Heimstiftung, die diese zur Ausstattung von Altenheimen und Mitarbeiterbüros verwendete.[30] Die Zerstreuung des Werks in Privatsammlungen und nicht fachgerecht ausgestattete Einrichtungen beförderte das Verschwinden Wittenbechers als Person und Künstler aus dem Gedächtnis der Stadt.

Die Vorarbeiten

Stadtansichten in verschiedenster Form als Wandmalereien, Ölbilder oder Grafikarbeiten waren kontinuierlicher Bestandteil von Wittenbechers künstlerischem Schaffen. Bereits 1937 fertigte er für das Restaurant »Zum Bodensteiner« einen Fries der Magdeburger Vorstadt an.[31] 1952 präsentierte er bei einer Gemeinschaftsausstellung in der Bremer Kunsthalle eine Bremen-Darstellung in Öl, die die Stadt »aus kreisender Höhe im Zustand zwischen Zerstörung und Neubeginn«[32] zeigte und anschließend von der Bremer Landesbank erworben wurde: »Aus einer Vielzahl von Studien erwachsen repräsentiert es sich, teppichhaft stilisiert, in der Vielbildigkeit eines Luftbildes. Die dynamischen Kräfte der Stadt – Altstadtraum, Stadt am Strom, Hafen und Tor zu Welt – klingen unter Sonnenlicht und Regenwolken zu einem Bildganzen zusammen, das durch die Aufhebung der Statik einen erregenden Kreislauf aktiver Bewegung auf den Beschauer überströmen lässt,«[33] so Eberhard Lutze im Weser-Kurier.

1960 brachte Wittenbecher pünktlich zur Vorweihnachtszeit eine Mappe mit acht Bremen-Motiven im Offsetdruck-Verfahren heraus. Die Mappe enthielt reproduzierte Federzeichnungen von Marktplatz, Schütting, Böttcherstraße, Schoppensteel, Gartenstadt Vahr, Überseehafen, Columbuskaje und der Weserpartie. Zielgruppe war der Kreis der Bremensien-Sammler. 1961 gab es wieder eine Mappe mit ähnlichen Motiven: Rathaus, Dom, Obernstraße, Stephaniviertel, Überseehafen, Neue Vahr und Weserbrücke. 1963 erhielt

28 Wittenbecher, Ausstellung 1959/60 (wie Anm. 20), S. 3.
29 Vgl. »Selten gezeigt – Kunst der verschollenen Generation«, Ausstellung im Kunstverein Lilienthal 2016/17; Weser-Kurier 9. 11. 2016, S. 23.
30 Vgl. BN 14. 6. 1986. Der Verbleib des gesamten Nachlasses konnte nicht geklärt werden. Einige Bilder sind bis heute in den Häusern der Bremer Heimstiftung ausgestellt.
31 StA Magdeburg B 0072-168. Freundlicher Hinweis von Sandra Lenz.
32 Weser-Kurier 8. 8. 1963, S. 18.
33 Weser-Kurier 15. 1. 1952, S. 1.

Wittenbecher den Auftrag, für das Foyer der Bremer Landesbank ein maßgefertigtes Panorama im Querformat (2,50 x 1,30 Meter) zu erstellen, welches das neue Gesicht der Hansestadt zeigt. In der Presse wird das Werke folgendermaßen beschrieben: »Der Betrachter steht gewissermaßen am jenseitigen Weserufer und schaut auf den Stadtkern zwischen den Brücken. Die Spuren der Zerstörung sind getilgt. So erweckt Curt Wittenbecher bewusst den Eindruck einer festgefügten, beruhigten Häuserfront. Es geht ihm nicht um die Vollständigkeit und Genauigkeit der Landschaft, (...) sondern darum, die charakteristischsten Gebäude, die Wahrzeichen im Kern von ›Bremen 63‹ in einer Art Fresko oder ›moderner Vedute‹ überzeugend zusammen[zu]fassen. (...) Wittenbecher hat das Werk geradezu für den Raum komponiert, der ein breites Querformat verlangt.«[34] All diese Arbeiten können als Vorform für den Bremenfries im Staatsarchiv angesehen werden.

Der Auftrag

In den Dienstakten des Bremer Staatsarchivs ist wenig über die Entstehungsgeschichte des Wittenbecherfrieses im Lesesaal zu erfahren.[35] Den Auftrag, eine Bremen-Ansicht für das neue Gebäude anzufertigen, erhielt Wittenbecher vermutlich direkt von der Kulturbehörde respektive Dr. Lutze. Dieser rief bereits im Februar 1965 eine Besprechung mit Vertretern des Bausenators und des Hochbauamtes ein, um »über etwaige Künstleraufträge für den Neubau des Staatsarchivs«[36] zu sprechen. Als zuständiger Ressortleiter für Künstlerförderung konnte Lutze eigenständig Auftragsarbeiten vergeben.[37] Ein Bericht der Bremer Bürger-Zeitung aus dem Jahr 1966 lässt jedoch vermuten, dass sich Wittenbecher ebensogut über eine Ausschreibung für den Auftrag qualifiziert haben könnte: »Letzthin hat Wittenbecher vorzüglich seine Begabung als Grafiker für das Konterfei der Stadt am Strom aktiviert, mit Erfolg, und so fiel ihm legitim der Auftrag zu, im Neubau des Staatsarchivs am Fedelhören einen bildlichen Querschnitt des Landes Bremen von heute zu gestalten.«[38] Wie detailliert die Vorgaben der Behörde zu Thema und Ausführung ausfielen, lässt sich im Nachhinein nicht nachvollziehen. Bei einem Atelierbesuch im August 1966 durch eine Behörden-Delegation der Herren Lutze, Schwebel und Diemer war man zumindest einhellig der Auffassung, dass »die Aufgabe technisch und künstlerisch gut gelöst« sei.[39]

34 Weser-Kurier 8. 8. 1963, S. 18.

35 Laut Erinnerung von Zeitzeuge Dr. Hartmut Müller waren die Mitarbeitenden vornehmlich mit dem für die Behörde komplexen Umzug und der Neuaufstellung der Archivalien und weniger mit der Ausstattung der neuen Räume befasst. Im Vorfeld des Neubaus besuchte eine Bremer Delegation Archive in Aarhus und Kopenhagen. Skandinavische Bauten galten im Bildungsbereich als vorbildlich.

36 Schreiben Hochbauamt vom 26. 2. 1965, StAB 4,111/8-496.

37 StAB 4,111/8-A.135.

38 Bremer Bürger-Zeitung 20. 8. 1966.

39 Schreiben Lutzes an Bausenator vom 17. 8. 1966. Freundlicher Hinweis von Ingmar Lähnemann, Städtische Galerie Bremen.

Eine Ausweitung des Auftrags wäre laut Schwebel mit höheren Honorarkosten verbunden und nicht vorgesehen. So war das neue Kunstwerk bereits zwei Jahre vor Eröffnung des Archivneubaus fertiggestellt und wurde anlässlich des 65-jährigen Geburtstags Wittenbechers bereits in der Presse erwähnt: »Sein umfangreicher Fries, ein Schaubild von Bremen bis Bremerhaven, wird den Benutzersaal des neuen Staatsarchivs zieren.«[40]

Für Wittenbecher war mit dem Auftrag mehr als eine finanzielle Förderung seines künstlerischen Schaffens verbunden. Er ermöglichte ihm eine weitere zeitgenössische Stadtansicht von Bremen zu kreieren und damit einen repräsentativen Raum in einer modernen staatlichen Einrichtung künstlerisch zu gestalten.

Die Stadtansicht als Konstruktion

Stadtansichten Bremens von der Weser spielen sowohl für die Wahrnehmung als auch für die Erforschung der Stadtgeschichte seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle, die nicht zuletzt durch die Überlieferung im Staatsarchiv bewahrt wird.[41] Als »das vertraute Gesicht der Heimat«[42] bezeichnete Denkmalpfleger Rudolf Stein die Abbildung der Stadt als Panorama auf der rechten Weserseite.

»Für Bremen ist die Weser das Kernstück, das Motiv der Stadtansichten, was am häufigsten dargestellt wurde, nicht nur, weil es das malerischste ist, sondern weil das rechte Weserufer zugleich die einzige Schauseite der Stadt bietet, die von allen anderen Richtungen her nur stückweise sichtbar wird. Alles Wesentliche liegt hier dicht beieinander: die Schlachte, die Packhäuser, die Brücke und die Reihe der Kirchtürme, die aus dem Meer der Dächer herausragen. Wie sich das Gesicht der Stadt gewandelt hat, wird aus der Folge der Weserbilder am deutlichsten sichtbar«[43].

Waren die frühen Stadtansichten vornehmlich als Holzstiche gefertigt und dienten zur Buchillustration,[44] erfolgte durch die Technik des Kupferstichs im 17. Jahrhundert und vor allem durch die Einführung der kostengünstigen Lithographie im 19. Jahrhundert eine Verbreiterung des Sujets nun auch zu dekorativen Zwecken. Dabei unterstanden diese Abbildungen zu keiner Zeit dem Anspruch, ein wirklichkeitstreues Abbild der Stadt abzugeben: »Den tatsächlichen visuellen Oberflächen der Städte stehen die Bilder von Stadt

40 Weser-Kurier 1. 8. 1966, S. 11.

41 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Blick auf Bremen. Ansichten – Vogelschauen – Stadtpläne vom 16. bis 19. Jahrhundert, Bremen 1985.

42 Rudolf Stein, Das vergangene Bremen: der Stadtplan und die Stadtansicht im Wechsel der Jahrhunderte, Bremen 1961, S. 121. Steins detaillierte, zeichnerische Rekonstruktion der Weserfront im 19. Jahrhundert als Bilderband dürfte ebenfalls als Inspiration gedient haben.

43 Hans Wegener (Hrsg.), Schönes altes Bremen in Stichen und Lithographien, Bremen o. J., S. 6.

44 Die älteste bekannte Panoramaansicht Bremens ist ein Holzschnitt des Nürnberger Monogrammisten M.W. von 1560. Sie zeigt von St. Stephani bis Ostertor die wichtigsten Türme und Tore der Stadt.

gegenüber, die Identität stiften. Die Stadtansicht wurde zum Symbol des Lokalstolzes, Macht und Einfluss ehrgeiziger Städte sollten sich in ihrer Erscheinung zeigen. Das führte zu einer häufig idealisierenden Darstellungsweise, die sich als Kommunikationsmedium und Propaganda-Instrument etablierte. Heute werben Städte mit ikonischen Skylines oder Panoramen,«[45] so die Historikerin Monica Rüthers über die Funktion der Stadtansicht als Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung von Städten.

Zur Umsetzung und Rezeption

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs gehörten die bekannten Bilder Bremer Stadtansichten unwiderruflich der Vergangenheit an. Die viel beschriebene und abgebildete historische Weserfront mit ihren »Kirch- und Tortürmen, den gestaffelten Giebeln und zerklüfteten Straßenmündungen«[46] war zerstört. In der Nachkriegszeit gelang es jedoch in einer als rasant empfundenen Entwicklung die Stadt baulich und infrastrukturell nicht nur wieder auf-, sondern auch auszubauen. Nicht ohne Stolz konstatierte Bremens Bausenator Wilhelm Blase Mitte der 1960er Jahre: »In der langen Geschichte Bremens ist noch niemals in zwei Jahrzehnten soviel gebaut worden wie seit dem Ende des verheerenden Krieges 1945. Noch nie zuvor hat sich das Stadtbild Bremens in so kurzer Zeit so sehr gewandelt.«[47] Es sei jedoch »irrig anzunehmen, eine möglichst enge Anlehnung an frühere gute Vorbilder könnte das Wagnis der Entscheidungen verringern. Was für die Politik der Staaten und Gemeinden gilt, ist in gleicher Weise auf die Baupolitik anwendbar, denn die Wandlungen in der Gesellschaftsordnung und der Lebensgewohnheit werden im Standbild in Stein, Beton, Stahl und Glas dargestellt.«[48]

In diesem Sinn illustriert Wittenbecher Bremen im Jahr 1966 als modernen Stadtraum ohne Verweis auf die Zerstörungen des Krieges. Er versinnbildlicht damit die Selbstvergewisserung einer wirtschaftlich und demographisch aufstrebenden Stadt als farblich harmonisches Miteinander von historischen und zeitgenössischen Bauten, Kirchen, Verwaltungsgebäuden und Wohnanlagen, gesäumt von Fluss und Himmel, ausgewogen gestaffelt und »sinfonisch angelegt«.[49] Personen werden nicht abgebildet, Spuren menschlicher Nutzung sind nur indirekt vorhanden, denn sie werden »im Standbild in Beton, Stahl und Glas« (s.o.) festgehalten.

Für die Fertigung des Frieses griff Wittenbecher inhaltlich auf Bekanntes wie die Motive seiner Bremen-Grafiken zurück. Technisch ging er ein ge-

45 Monica Rüthers, Städte im Wandel unter: https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216894/geschichte-der-stadtentwicklung?p=all.
46 Eberhard Lutze, Bremen, München 1965, S. 33.
47 Senator für das Bauwesen (Hrsg.), Schriftenreihe Die Neugestaltung Bremens, Heft 11, 1966, S. 3.
48 Ebd.
49 Bremer Bürger-Zeitung 20. 8. 1966.

wisses Wagnis ein, indem er eine »neuentwickelte«[50] abwaschbare Außenwandfarbe verwendete, die er auf Spanholzplatten auftrug. Zusätzliche Quarzbeimischungen und unterschiedliche Pinselstärken sollten der Darstellung einen reliefartigen Charakter verleihen. Diese Idee erwies sich in der Umsetzung als schwierig, dem Pinselstrich fehlt im Vergleich zur Federzeichnung die Leichtigkeit, der Farbauftrag zerfließt partiell unregelmäßig. Die Reduktion auf die Grundfarben Schwarz und Weiß, angereichert durch Grün, Ocker und Grau trägt zur Homogenisierung des Dargestellten bei. Bei der Befestigung im Lesesaal wurde nachträglich noch ein einfacher, hellgrauer Holzrahmen zur Einfassung angebracht.[51] Das Farbschema passt einerseits zum kühlen, offensichtlich skandinavisch inspiriertem Archivbau, andererseits zur Atmosphäre des Lesesaals, die von Ruhe und Konzentration bestimmt sein soll. So könnte Wittenbecher als bekennender Musikliebhaber auch seiner Maxime »Farbe ist Klang und Klänge sind wie Farben« zusätzlich Ausdruck verliehen haben.

Zur Rezeption des Bremenfrieses ist wenig bekannt. Im Gegensatz zu anderen Werken des Künstlers und entgegen den Vorankündigungen in der Presse, fand der Fries bei der Berichterstattung über die Einweihung des Archivneubaus 1968 nur am Rande Erwähnung.[52] Es bleibt fraglich, ob die Zeitgenossen dem Rezensenten der Bürgerzeitung folgen konnten, der lobt, die »romantisierende Naivität des Stils erhöht noch das Vergnügen an dieser kompletten Information«.[53] Vielleicht hatte man sich von einem Kunstwerk Wittenbechers aufgrund seiner Vorarbeiten mehr erwartet als eine vergnüglich »romantisierende Naivität des Stils«.

Ausblick und Schluss

Der Fries zeigt Bremen 1966 als eine »alte wie neue Stadt«[54] auf dem Weg zu einer modernen Metropole. Der Abriss historisch gewachsener, kriegsbeschädigter Viertel (Stephani, Martini) und die Bebauung von Freiflächen am Stadtrand verlaufen zeitgleich und scheinbar harmonisch. Hinter den Giebeln der Gründerzeithäuser am Osterdeich erhebt sich die Silhouette moderner Wohnanlagen wie der Neuen Vahr. Handelshäuser und Repräsentationsbauten, Arbeits- und Freizeitstätten, Gebäude der Renaissance und der Nachkriegsmoderne ergänzen sich. Die Grenzen zwischen Wohnanlagen, Fabrikgebäuden, Silos und Schuppen sind zuweilen fließend, was die konkrete Zuordnung erschwert. Einzelne Bauwerke lassen sich jedoch aufgrund ihrer Lage und ihrer charakteristischen Form eindeutig identifizieren, andere scheinen eher der Rhythmik der Gesamtkomposition geschuldet zu

50 Ebd.
51 Vgl. StAB 10, B-Dia-14 Nr. 153.
52 Vgl. Bremer Bürger-Zeitung 11. 5. 1968, Bremer Nachrichten 10. 5. 1968, S. 4.
53 Bremer Bürger-Zeitung 20. 8. 1966.
54 Ebd.

sein. Funktürme, Lichtmasten, Schornsteine und Ladekräne ragen neben historischen Kirchtürmen wie Skulpturen in den Himmel und durchschneiden die horizontale Ausrichtung des Frieses. Bedeutendster Verkehrsweg ist und bleibt der Fluss als viel zitierte Lebensader der Stadt, der Wirtschaft, Handel und Gesellschaft miteinander verbindet. Schiffe unter Segeln und motorisiert, geruhsam fahrend oder fest vertäut unterstreichen das Selbstbild Bremens als lebendige Handels- und Hafenstadt. Dass erhebliche Teile von Bremens Weserfront, so eigentlich alles von der Stephanikirche bis Bremen-Nord fehlen, während dem Osterdeich bis zum Weserwehr viel Raum gewidmet wird, mag neben der Orientierung am klassischen Sujet des Altstadtpanoramas auch einer gewissen Vernachlässigung, womöglich auch Geringschätzung der nicht zum Innenstadtbereich zählenden Stadtteile geschuldet sein. Sicher ergab sich auch schon allein daraus, dass Rathaus und Dom das Zentrum des Frieses bilden, eine sehr ungleiche Raumverteilung.

55 Jahre nach Fertigstellung ist die einst zeitgenössische Darstellung Bremens selbst zur historischen Reminiszenz geworden. Etliche markante Gebäude, darunter auch viele Neubauten, sind mittlerweile wieder aus dem Stadtbild verschwunden. Andere wurden unter Denkmalschutz gestellt, jedoch baulich stark verändert. Der Bilderfries von Curt Wittenbecher war jedoch nie als historische Abbildung der Stadt gedacht, sondern immer eine in künstlerischer Formensprache umgesetzte subjektive Sicht auf Bremen. Ob diese gelungen ist, darüber lässt sich heute noch diskutieren.

Mit Wittenbecher, dessen Namen weitgehend in Vergessenheit geraten ist, wurde ein in Bremen ansässiger, anerkannter, jedoch auch NS-belasteter Künstler beauftragt. Vielleicht trägt die Beschäftigung mit dem Fries dazu bei, diese Aspekte wieder stärker ins Bewusstsein zu holen – und sei es nur in einer Pause während des Aktenstudiums im Lesesaal des Bremer Staatsarchivs.

Das Siegel des Bremer Erzbischofs Hartwig II.

(für Andreas Röpcke zum 19. April 2021)

Von Alfred Löhr

Unter den bremischen Erzbischofssiegeln ragt eines durch seine außerordentliche künstlerische Qualität besonders heraus. Ausgeformt in weißem Wachs hängt es mit roten Seidenfäden an einer Urkunde von 1206, worin Hartwig II. (1185–1207) bestimmt, dass von den Bürgern in Bremen eine bestimmte Abgabe nicht mehr erhoben wird.[1] Das 78 mm hohe Siegel ist von leicht hochovaler Form.[2] Von der Umschrift ist kaum mehr als »... DEI GRATIA ...« zu lesen. Füße und Mitraspitze überschneiden zwanglos den inneren Randstrich. Da ein anderer Abdruck, an einer Urkunde von 1185[3], zwar nur fragmentarisch erhalten ist, aber eindeutig vom gleichen Typar ausgeformt wurde, hatte Hartwig den Stempel gleich nach Amtsantritt oder nach Empfang des Palliums in diesem Jahre schneiden lassen. (Abb. 1)

Das Siegelbild zeigt den Erzbischof mit der Rechten segnend, links den Bischofsstab haltend und in vollem Ornat auf einem Faldistorium sitzend. Von diesem Thron, dem seit der Antike bekannten, im Mittelalter nur höchsten weltlichen und geistlichen Würdenträgern vorbehaltenen Klappmöbel, sind in Höhe der Sitzfläche die seitlichen Drachen- oder Löwenköpfe zu erkennen und auf dem Boden die Andeutung wenigstens eines Tatzenfußes. Die äußerst feine Modellierung lässt auch andere Details in aller wünschenswerten Deutlichkeit erkennen: die segnende Hand mit deutlich konkaver Innenfläche, die Mitra mit den beiden Pendilienbändern, das Y-förmige Pallium, darunter die Kasel mit dem in schwächerem Relief angedeuteten Kaselkreuz, den Bischofsstab mit volutenförmiger, nach innen gewendeter Krümme und rundem Knauf, von dem der Pannisellus, ein fähnchenartiger textiler Schmuck

Abb. 1: Siegel des Bremer Erzbischofs Hartwig II., Stempel von 1185, Abdruck von 1206 (Foto: StAB)

1 Bremisches Urkundenbuch (BUB) I, Nr. 103, S. 122.
2 Die Maße zwischen den inneren Randlinien betragen H. = 70 mm und B. = 63 mm.
3 BUB 1, Nr. 63 von 1185.

herabhängt. Auch die Gesichtszüge des Oberhirten sind in so minutiösem Relief ausgeformt, dass sogar noch die Augenlider und Tränensäcke im Wachsabdruck erkennbar sind. Man ist versucht, in dem breiten Kopf porträthafte Züge zu erkennen, doch wir wissen, dass um 1200 physiognomische Ähnlichkeiten im Bildnis nicht erwartet werden können, es vielmehr noch bis ans Ende des 14. Jahrhunderts dauerte, dass aus dem zunehmenden künstlerischen Bedürfnis heraus, Verlebendigung und Naturnähe darzustellen, auch wirklich Ansätze zur Porträtähnlichkeit ermöglicht wurden.[4] Bis dahin erwuchs die Individualität ausschließlich aus Beischriften, Attributen, Gesten, Maßstäblichkeit, standestypischer Haltung und Kleidung. Immerhin: Dem, der dieses Wachssiegel auf die Seidenschnur der Urkunde drückte, war es wichtig, dass die so fein ausziselierten Einzelheiten des Gesichtes sich auch gut vom Typar auf den Abdruck übertrugen. Auf dem Wachssiegel ist das deutlich abzulesen. Was auf den ersten Blick irritierend an einen Nimbus erinnert, kann nicht vom Stempel herrühren, wie am Original noch deutlicher erkennbar ist, sondern ist eine Materialfuge, die im Wachs fast kreisförmig um den Kopf verläuft. Sie muss dadurch entstanden sein, dass zunächst ein kleines, mehr oder weniger rund geformtes Flöckchen Wachs an dieser Stelle in den Stempel geknetet wurde. Dann erst setzte der Siegelnde mit einer darüber aufgedrückten dünnen Scheibe Wachs den Vorgang fort, legte die roten Seidenschnüre ein und beendete schließlich mit einer weiteren, rückseitig abschließenden Scheibe aus weichem Wachs den Besiegelungsakt.[5]

Vergleicht man das Siegel mit der freilich nicht lückenlos überlieferten Folge bremischer Bischofssiegel und der anderer norddeutscher Bistümer, fällt die herausragende künstlerische Qualität des Hartwig-Siegels ins Auge. In nahezu allen anderen Fällen kehrt ein konventioneller Typus ohne große Veränderungen konstant wieder: Der Oberhirte sitzt hier zwar auch, angetan mit Ornat und Insignien frontal auf dem Thron, hält in einer Hand den Bischofsstab und erhebt die andere zum Segensgestus oder um das aufgeschlagene Evangelium zu halten. Aber alle Einzelheiten sind durchweg sehr schematisch wiedergegeben. Gleichartige, parallele, symmetrisch und V-förmig angeordnete Falten nehmen die Vorderansicht ein, Körperlichkeit und Sitzmotiv sind nur wenig angedeutet, die Unterschenkel sind unorganisch vor die Figur gestellt.[6] Ganz anders auf dem Siegel von 1185/1206: Den fein modellierten Zügen des fülligen Gesichtes entsprechen die stofflich-weich

4 Peter Cornelius Claussen, Bildnis im hohen Mittelalter, in: Ausstellungskatalog Der Naumburger Meister, Naumburg 2011, Bd. 2, S. 811–818.

5 Vgl. zum Vorgang des Siegelns, bei dem nicht wie bei Lacksiegeln der Stempel auf den Siegellack gedrückt wurde, sondern das Wachs in die liegende Stempelplatte geknetet wurde: Erich Kittel, Siegel, Braunschweig 1970, S. 133.

6 Vgl. etwa die Siegel Hartwigs I.: Andreas Röpcke, Das Siegel des Erzbischofs Hartwig I. (1148–1168), in: Brem. Jb. 87, 2008, S. 284 ff. oder auch später noch: Dieter Hägermann, Ulrich Weidinger und Konrad Elmshäuser, Bremische Kirchengeschichte im Mittelalter, Bremen 2012, Abb. S. 143, 159, 177, 271.

charakterisierten Falten der Kasel, die von den erhobenen Unterarmen in natürlicher Schwingung über Oberschenkel und Schoß fallen, dabei in Breite, Verlauf und Profil realistisch variieren. Unter Wahrung der dem Repräsentationstyp geschuldeten Symmetrie geben leichte Verschiebungen der Figur Lebendigkeit, zum Beispiel das plastisch über die darunterliegenden Falten geführte, zur Seite ausschwingende Pallium.

Das kleine Format des Siegels darf nicht dazu verleiten, seine kunsthistorische Bedeutung zu unterschätzen. In der Geschichte der hochmittelalterlichen Plastik von ottonischer Zeit bis um 1250 spielt die »Kleinkunst« der Bronzegießer, Elfenbeinschnitzer und Goldschmiede eine führende Rolle, man denke an Nikolaus von Verdun und seine teils mit unserem Siegel gleichzeitigen, stilprägenden Reliquienschreine. Goldschmiede waren, so wird gemeinhin angenommen, auch die zur Anfertigung von bronzenen oder silbernen Siegelstempeln (Typaren) herangezogenen Künstler. Um der künstlerischen Herkunft des Bremer Siegels nachzugehen, müssen wir uns der Person seines Auftraggebers zuwenden.

Hartwigs II. Episkopat, das von 1185 bis 1207 währte, fällt in die Zeit des großen Streits zwischen Staufern und Welfen um die Hegemonie im Reich.[7] Die Machtverhältnisse im Erzstift waren wechselnd und entsprechend verworren. Hartwig stammte aus einer in Uthlede ansässigen Familie von Ministerialen des Erzstiftes, diente zeitweise Heinrich dem Löwen als Notar und war Domherr in Bremen. Als er 1185 von seinen Mitkapitularen zum Erzbischof ausersehen wurde, erschien seine Wahl als Sieg der welfischen Parteigänger. Doch Hartwigs Loyalität war wenig beständig und er lavierte Zeit seines Lebens zwischen den Parteien. 1190, nach Rückschlägen für die Welfen, wurde Hartwig von Heinrich VI. seines Amtes enthoben und sah sich gezwungen, für fast ein Jahr nach England zu fliehen. Auch nach seiner Rückkehr wandte er sich nicht nach Bremen, dessen Bürger ihm feindselig gegenüberstanden, zurück, sondern ging an den Hof des Löwen in Braunschweig. Im Herbst 1192 wurde Hartwig vom Bremer Kapitel förmlich abgesetzt. 1194 ins Amt zurückgekehrt, hatte er aber weitgehend seine Macht verloren, nicht nur gegenüber der Domgeistlichkeit, auch im Verhältnis zur selbstbewusster werdenden Bürgerschaft. Die Urkunde, mit der unser Bischofsbild besiegelt ist, macht den bremischen Bürgern 1206 das Zugeständnis, eine auf den Nachlass von Bürgerfrauen erhobene Abgabe, die *wyffgerade*, nicht weiter einzufordern.[8] Schon im Jahr darauf starb der Erzbischof.

Wenn wir nach den künstlerischen Wurzeln für die Darstellung Hartwigs auf dem Siegel suchen, liegt es nahe, sich im welfischen Kunstkreis und der Hofkultur Heinrichs des Löwen umzusehen. Als Notar des Herzogs waren Hartwig dessen Siegelstempel und die materielle Provenienz anderer

7 Günter Glaeske, Die Erzbischöfe von Hamburg-Bremen als Reichsfürsten, Hildesheim 1962, S. 193–209. – Bremische Kirchengeschichte (wie Anm. 6), S. 160–167.

8 Albert Hermann Post, Über Heergewette und Nistelgerade nach Bremischem Rechte. In: Brem. Jb. II., S. 48ff.

Abb. 2: Siegel Kaiser Ottos IV., Stempel und Abdruck von 1209. Wolfenbüttel, Nds. Staatsarchiv, 25 Urk 46 (Foto: NSLA)

Typare sicher nicht unbekannt. So wird der Blick gelenkt auf das kaiserliche Siegel Ottos IV., eines Sohnes Heinrichs des Löwen, das dieser 1209 vor seiner Krönung hatte anfertigen lassen, als der deutsche Thronstreit zwischen Staufern und Welfen vorübergehend zugunsten der Braunschweiger entschieden worden war. (Abb. 2) Auch dieses Siegelbild bewegt sich weg von den Konventionen voraufgehender Majestätssiegel, man vergleiche es nur mit Ottos 1198 gefertigtem Königssiegel.[9] Vor allem die organische Körperbetonung und die natürlich fließenden Faltenbewegungen zeugen von einer Vertrautheit des Siegelstechers mit den aktuellsten Stilentwicklungen. Vorbilder sind ausgemacht worden in den beiden Siegeln des englischen Königs Richard Löwenherz, einem Verwandten und Förderer Ottos, vor allem in dem zweiten, das um 1195 entstand. Und so hat man auch den Stempel Ottos dem »Umkreis des angevinischen Hofes«,[10] also dem englisch-normannischen Kunstkreis zugeordnet. Dies fand zwar Widerspruch mit dem Argument, der zeitliche Abstand von über zehn Jahren lasse einen solchen Einfluss nach den politischen Umbrüchen in der europäischen Entwicklung nicht zu und eher sei eine sächsische Herkunft anzunehmen,[11] doch in Stil und Motiven ist eine enge Vergleichbarkeit mit den englischen Siegeln nicht zu leugnen und für eine regionale Herkunft können nur Vergleiche aus der Buchmalerei herangezogen werden, die ihrerseits englische Voraussetzungen aufweisen.

Zurück zum Bild Hartwigs: Wo liegen die Gemeinsamkeiten mit dem Kaisersiegel? In beiden Fällen sind die Figuren höchst differenziert ausmodelliert, tragen individuell charakterisierte Gesichter, die Gewandfalten fallen nicht schematisch parallelisiert, sondern in natürlichem Fluss und betonen

9 Ausstellungskatalog Heinrich der Löwe und seine Zeit, Braunschweig 1995, Bd. 1, Nr. E 6, S. 332.

10 Rainer Kahsnitz in: Ausstellungskatalog Die Zeit der Staufer, Stuttgart 1977, Bd. 1, Kat. Nr. 39.

11 Ausstellungskatalog Otto IV. – Der Traum vom welfischen Kaisertum, Petersberg 2009, Kat. Nr. 83.

die Körperformen ihrer Träger. Kasel und Kaisermantel sind ganz gleichartig vom rechten Arm aus über den Oberschenkel geführt. Eine leichte Asymmetrie (beim Erzbischof das schräg fallende Pallium, beim Kaiser das leicht hochgesetzte Bein und die seitlich verschobene Mantelschließe) gibt den streng frontal Sitzenden eine bewegte Leichtigkeit.

Stilistische Unterschiede bestehen allenfalls in der Faltenführung. Wo der Kaisermantel den Körper schönlinig umspielt, ist das Bischofsornat noch wirklichkeitsnäher und variationsreicher im Detail ausgeformt, gleichwohl ist beiden gemeinsam die Vorliebe für langgezogene, nebeneinandergelegte Röhrenfalten.

Ob daher beide Siegel von der gleichen Hand stammen, bleibe dahingestellt; unwahrscheinlich ist aber, dass der von Hartwig beauftragte Künstler nicht in engster Beziehung zum Schöpfer des Kaisersiegels stand. Wenn dieses im Umfeld des englischen Hofes entstand, kann angesichts der Kontakte und Aufenthalte Hartwigs in diesem Machtbereich auch sein Siegelstempel durchaus dort geschaffen worden sein. Doch genau so gut ist eine Herkunft aus dem Umkreis des Welfenhofes von der Hand eines englisch geschulten oder beeinflussten Goldschmieds und Siegelstechers denkbar.[12]

Auch wenn man Bremen selbst als Entstehungsort wohl eher ausschließen muss, fügt sich das Siegel durchaus als besonderes Kleinod in die Kette jener Kunstwerke ein, die für die Zeit von Hartwig I. bis Gerhard II., also in den Jahrzehnten um 1200 den hohen Anspruch und die weitreichenden Kontakte nachweisen, die am Metropolitansitz Bremen gepflegt wurden.[13]

Angesichts der immer noch hoch umstrittenen Diskussion um Chronologien und Stilbeziehungen in der Skulptur des frühen 13. Jahrhunderts, also in jener spannenden Anfangsphase der deutschen Gotikrezeption, bekommt das Hartwig-Siegel eine besondere Bedeutung für die Kunstgeschichte. In ihrer auf die Großplastik fokussierten Sicht könnte eine Berücksichtigung des erstaunlich fortschrittlichen Bremer Siegels wegen des sicheren Datums seiner Entstehung einen wichtigen Fixpunkt setzen und zu den Fragen um die englischen Einflüsse auf die norddeutsche Kunst beitragen.

12 Zu diesen Beziehungen siehe: Robert Suckale, Zur Bedeutung Englands für die welfische Skulptur um 1200. In: Heinrich der Löwe (wie Anm. 9), S. 440–451; zu den Berührungspunkten mit der Kunst in der Ära Gerhards II.: Georg Skalecki, Die Kirche Unser Lieben Frauen in Bremen. Ein frühgotischer Zentralbau von 1220. In: INSITU, Zeitschrift für Architekturgeschichte, Jg. 12, 2020, Heft 2, S. 168, 175 und Alfred Löhr, Frühe Bildhauerkunst in Bremen. In: Brem.Jb. 2020, S. 36.

13 Siehe den Überblick bei Skalecki, edb., S. 167–170.

Königsmorde, Pferde und eine Hypothese. Zur Datierung der Bremer Bilderhandschrift der Sächsischen Weltchronik

Von Manuel Kamenzin

»Eine schöne geschriebene Pergamenthandschrift [...], mit gemalten und vergoldeten Anfangsbuchstaben, vom Anfange der Welt beginnend bis z. J. 1260 in niedersächsischer Sprache [...].«[1] Mit diesen Worten beschrieb Johann Martin Lappenberg in einem 1838 erschienen Aufsatz die in Bremen liegende Bilderhandschrift der Sächsischen Weltchronik. Einige Jahre zuvor hatte der Bremer Stadtbibliothekar Heinrich Rump die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde brieflich von der Handschrift unterrichtet.[2] Rump hatte Lappenberg die Handschrift nun zugänglich gemacht und dieser berichtete im Archiv der Gesellschaft.

Lappenberg identifizierte den in der gereimten, in goldener Schrift niedergeschriebenen Vorrede genannten *gert van holtseten* mit Graf Gerhard I. von Holstein und datierte die Handschrift »in das Ende des dreizehnten Jahrhunderts«.[3] Da er das Todesjahr Gerhards I. falsch mit 1281 angab (statt 1290),[4] sah er dies als *terminus ante quem* für die Entstehung der Bilderhandschrift an. Dieser Datierung folgten sowohl Hans Ferdinand Massmann in seiner Edition der Bremer Handschrift für die Bibliothek des Litterarischen Vereins in Stuttgart (1859) als auch Ludwig Weiland in der bis heute maßgeblichen Edition aller bis dahin bekannten Handschriften in den *Monumenta Germaniae Historia* (1877).[5] Kombiniert mit Überlegungen zur weiteren

1 Johann Martin Lappenberg, Von der Chronik des Grafen Gerhard von Holstein und der Repgowischen, so wie der sogenannten Lüneburger Chronik, in: Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 6, 1838, S. 373–389, hier S. 374.

2 Heinrich Rump, Schreiben vom 27. August 1821, abgedruckt in: Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde 3, 1821, S. 632–640, zur Handschrift S. 638 f. Zur Person siehe Andrea Schulz, Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880 (Stadt und Bürgertum 13), München 2001, S. 62 f., 170, 223.

3 Lappenberg, Chronik (wie Anm. 1), Zitat S. 374, Identifizierung S. 376.

4 Siehe zur Person Wilhelm Koppe, Art. »Gerhard I.«, in: NDB 6, Berlin 1964, S. 265–266.

5 Hans Ferdinand Massmann, Das Zeitbuch des Eike von Repgow. In ursprünglich niederdeutscher Sprache und in früher lateinischer Übersetzung (Bibliothek des Litterarischen Vereins in Stuttgart 42), Stuttgart 1857, S. 589. Ludwig Weiland, Einleitung, in: Monumenta Germaniae Historica. Deutsche Chroniken 2, Hannover 1877, S. 1–64, hier S. 12.

handschriftlichen Überlieferung der Sächsischen Weltchronik wurde Lappenbergs Einschätzung – wenn auch mit korrigiertem Todesjahr – seither oftmals angegeben.[6] Wenig beachtet wurde, dass der Bremer Lehrer und Kunsthistoriker Hermann Alexander Müller bereits 1863 Zweifel an der von Lappenberg vertretenen Zuordnung äußerte.[7] Alfred Stange vertrat 1934 aufgrund seiner kunsthistorischen Einordnung der Miniaturen schließlich eine Datierung in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts.[8] Ähnlich urteilte Karin Schneider, die eine paläographischen Analyse der Schrift vornahm. Sie sah das erste Viertel des 14. Jahrhunderts als wahrscheinlich an. Beide räumten dabei ein, dass auch eine Entstehung um 1300 möglich sei.[9] Neuere Beiträge

6 Hermann Ballschmiede, Die sächsische Weltchronik, in: Jahrbuch des Vereins für Niederdeutsche Sprachforschung 40, 1914, S. 81–140, hier S. 104; Hubert Herkommer, Überlieferungsgeschichte der Sächsischen Weltchronik. Ein Beitrag zur deutschen Geschichtsschreibung des Mittelalters (Münchener Texte und Untersuchungen zur deutschen Literatur des Mittelalters 38), München 1972, S. 96; Schätze der Stadt Bremen in der Universitätsbibliothek. Miniaturen und Handschriften des Mittelalters. Sonderausstellung im Focke-Museum vom 11. April bis 19. Mai 1975, hg. v. Dorette Forst, Horst Görke und Gerhard Knoll (Hefte des Focke-Museums 42), Bremen 1975, S. 40–42 (Nr. 36). Die Zeit der Staufer. Geschichte – Kunst – Kultur. Katalog der Ausstellung. Bd. 1: Katalog, hg. v. Reiner Hausherr, Stuttgart 1977, S. 245 (Nr. 341). Michael Menzel, Die Sächsische Weltchronik. Quellen und Stoffauswahl (Vorträge und Forschungen. Sonderband 34), Sigmaringen 1985, S. 279; Renate Kroos, Art. »Sächsische Weltchronik«, in: Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650. Landesausstellung Niedersachsen 1985. Ausstellungskatalog Bd. 1, hg. v. Cord Meckseper, Stuttgart-Bad Cannstatt 1985, S. 548–550 (Nr. 474). Dieter Hägermann, Sächsische Weltchronik (Staats- und Universitätsbibliothek Bremen, Ms. a. 33). Farbmikrofiche-Edition, München 1989, S. 11 vermutet den Zeitraum zwischen 1280 und 1290 für das Anfertigen und die direkte Übergabe der Handschrift an einen Holsteiner Grafen. Michael Menzel, Art. »Sächsische Weltchronik«, in: Heinrich der Löwe und seine Zeit. Herrschaft und Repräsentation der Welfen 1125–1235. Katalog der Ausstellung Braunschweig 1995, Bd. 1: Katalog, hg. v. Jochen Luckhardt und Franz Niehoff, München 1995, S. 268–269 (D 75), hier S. 268 (»vor 1290«). Eva Horváth/Hans-Walter Storck, Art. »Sächsische Weltchronik« (Nr. 69), in: Goldgrund und Himmelslicht. Die Kunst des Mittelalters in Hamburg. Katalog zur Ausstellung der Hamburger Kunsthalle in Zusammenarbeit mit dem Museum für Hamburgische Geschichte, dem Museum für Kunst und Gewerbe, der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky und dem Staatsarchiv Hamburg, Hamburg 1999, S. 302–303, hier S. 302 geben »2. Hälfte des 13. Jahrhunderts« an.

7 Hermann Alexander Müller, Die Bilderhandschriften des Mittelalters in den Bibliotheken der Stadt und der Hauptschule zu Bremen, in: Programm der Hauptschule zu Bremen 1863, S. 3–18, hier S. 10 f.: »[...] die Schriftzüge des ganzen Buches [weisen] unbedingt ins XIV. Jahrhundert [...], während der Stil der Malereien und das Costüm der dargestellten Personen wohl eben so gut den letzten Decennien des XIII., als auch den ersten des XIV. Jahrhunderts angehören kann.«

8 Alfred Stange, Deutsche Malerei der Gotik. Bd. 1: Die Zeit von 1250 bis 1350, Berlin 1934, S. 100.

9 Karin Schneider, Gotische Schriften in deutscher Sprache. Bd. 1: Vom späten 12. Jahrhundert bis um 1300, Wiesbaden 1987, S. 264 Anm. 241. Dieser Datierung

beschränken sich darauf, die Spanne der möglichen Datierungen – vor 1290 oder 1300 bis 1325/1350 – zu nennen.[10] Im Folgenden wird dieser Diskussion mit einer Beobachtung zum Inhalt einer Miniatur ein weiteres Indiz hinzugefügt. Hierzu soll jedoch zunächst der Überlieferungsweg der Handschrift, soweit bekannt, kurz referiert werden.

In dem bereits angesprochenen Widmungsgedicht wird angegeben, dass ein *iohan van dem berghe* den Codex *gert van holtseten* geschenkt habe.[11] Roderich Schmidt hat aufgrund der Überlieferungen zu den Grafen von Holstein und der Familie vom Berge / de Monte herausgearbeitet, dass drei Grafen (Gerhard I. [† 1290], Gerhard II. [† 1312] oder Gerhard III. [† 1340]) und drei Angehörige der Familie (Johannes filius Ecberti [† zw. 1257–1266], Johannes senior [† 1328] oder Johannes iunior [† zw. 1324–1336]) hierfür in Frage kommen.[12] Im 15. Jahrhundert wurde die Chronik entweder vom Lübecker Chronisten Detmar oder vom Kompilator einer Detmar-Handschrift benutzt.[13] Die Handschrift dürfte somit aus dem Besitz der Holsteiner Grafen nach Lübeck gelangt sein. Im 16. Jahrhundert führte Reimar Kock das Widmungsgedicht unter den benutzten Quellen seiner dem Stadtsenat überreichten Chronik auf – und lieferte dabei auch eine frühe Beschreibung der Handschrift.[14] In

folgt Franziska Schäfer, Art. »Sächsische Weltchronik« (Nr. VII.5), in: Der Magdeburger Dom und die späte Stauferzeit. Landesausstellung Sachsen-Anhalt aus Anlass des 800. Domjubiläums. Bd. 2: Katalog, hg. v. Matthias Puhle, Darmstadt 2009, S. 424–427.

10 Jürgen Wolf, Die Sächsische Weltchronik im Spiegel ihrer Handschriften. Überlieferung, Textentwicklung, Rezeption (Münstersche Mittelalter-Schriften 75), München 1997, S. 93–95 allerdings mit deutlicher Stellungnahme für eine Datierung nach 1300; Irene Stahl, Katalog der mittelalterlichen Handschriften der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (Die Handschriften der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen 1), Wiesbaden 2004, S. 24–28; Gabriele von Olberg-Haverkate, Zeitbilder – Weltbilder. Volkssprachige Universalchronistik als Instrument kollektiver Memoria. Eine textlinguistische und kulturwissenschaftliche Untersuchung (Berliner Sprachwissenschaftliche Studien 12), Berlin 2008, S. 210. Maria Hermes-Wladarsch, Art. »IV. 29 Die Sächsische Weltchronik«, in: Die Kaiser und die Säulen ihrer Macht. Von Karl dem Großen bis Friedrich Barbarossa, hg. v. der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz und Bernd Schneidmüller, Darmstadt 2020, S. 420: »Ende 13. Jahrhundert«. Siehe auch die von Barbara Stiewe, Joachim Heinzle und Jürgen Wolf zusammengetragenen Informationen auf handschriftencensus.de zu dieser Handschrift: https://handschriftencensus.de/3141. Alle Links wurden zuletzt am 01.12.2020 geprüft.

11 Weiland, Einleitung (wie Anm. 5), S. 11.

12 Roderich Schmidt, Zu den Bilderhandschriften der Sächsischen Weltchronik, in: Sprache und Recht. Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Ruth Schmidt-Wiegand zum 60. Geburtstag, hg. v. Karl Hauck u. a., Bd. 2, Berlin / New York 1986, S. 742–779, hier S. 756–758. Siehe auch Heinrich Reincke, Das Geschlecht der vom Berge (de Monte) in Hamburg. Ein Beitrag zu Geschichte und Wesen des Patriziats, in: Zeitschrift für Niedersächsische Familienkunde 31, 1956, S. 81–94.

13 Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 258.

14 Auszüge aus der Chronik des Reimar Kock [...], in: Chronik des Franciscaner Lesemeisters Detmar [...], hg. v. Ferdinand Heinrich Grautoff (Lübeckische

der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gelangte der Codex nach Gotland und verblieb bis zum 18. Jahrhundert in dänischem Besitz. Zuletzt gehörte er dem dänischen Offizier und Landdrost in Minden Christoph von der Osten († 1730), dessen Witwe 1755 in Bremen verstarb. Ab 1834 lässt sich die Handschrift in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen nachweisen.[15]

Über die Entstehungsumstände der Handschrift ist genau genommen nichts bekannt.[16] Im Widmungsgedicht finden sich weder Hinweise auf den Anlass der Schenkung, noch auf die Schreibwerkstatt. Die Bebilderung an sich und die Ausgestaltung auf Goldgrund legen allerdings eine repräsentative Verwendung nahe.[17] Dieter Hägermann ging ohne wirklichen Grund davon aus, dass es sich bei Schreiber und Maler um eine Person handelte.[18] Der Text entspricht der von Weiland als Rezension B bezeichneten Fassung, die sich durch Nachrichten aus dem norddeutschen Raum auszeichnet. Allerdings weist die Handschrift den bis 1260 verlängerten Schluss der Rezension C auf.[19]

Chroniken in niederdeutscher Sprache 1), Hamburg 1829, S. 453–498, hier S. 461: *Eine olde up Pargamene geschrevene Chronicke mit schonen Figuren unde Golde geschmucket [...].*

15 Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 258–261.

16 Bremen, Staats- und Universitätsbibliothek, msa 0033, fol. 4^{r} (künftig: HS Bremen) zeigt einen Regenbogen, der wohl gemalt wurde, bevor der Text darum herum geschrieben wurde. Hägermann, Weltchronik (wie Anm. 6), S. 12 überträgt diese Beobachtung auf die gesamte Handschrift. – Von den beiden Foliierungen der Handschrift (siehe Stahl, Katalog [wie Anm. 10], S. 24) richte ich mich nach der älteren, da sich die Menüführung des Digitalisats (siehe Anm. 23) ebenso daran orientiert. Um Eindeutigkeit zu gewährleisten, ergänze ich die neuere Foliierung in eckigen Klammern, hier somit [6^{r}].

17 Die Zuschreibung am Ende des Widmungsgedichts *De diz horen lesen* (Weiland, Einleitung [wie Anm. 5], S. 11) könnte anzeigen, dass die Chronik vorgelesen werden sollte und die Bilder für die Leseunkundigen gedacht waren. – Über die künstlerische Qualität der Miniaturen gibt es verschiedene Ansichten. Lappenberg, Chronik (wie Anm. 1), S. 374: »Sehr sauber und für die Zeit der Abfassung [...] schön sind die zahlreichen Miniaturen auf wohl erhaltenem Goldgrund [...].« Müller, Handschriften (wie Anm. 7), S. 11: »Die Bilder [...] sind sämmtlich auf Goldgrund gemalt; die Composition derselben ist noch höchst einfach, die Haltung der Körper noch vielfach eckig und geschroben, namentlich in dem Ausdruck einer gewissen Feierlichkeit und Würde.« Weiland, Einleitung (wie Anm. 5), S. 12: »ziemlich roh gemalte bildchen«. Hägermann, Weltchronik (wie Anm. 6), S. 12 f.: »Die Bilder sind in Deckfarbenmalerei ausgeführt; es dominieren Rot, Blau, Schwarz und Grün. Der stets vorhandene Goldgrund macht die Illustrationen ausgesprochen kostbar und zeigt, daß der Miniator [...] sich an liturgischen Prachthandschriften orientiert hat. Die Einschätzung dieser Miniaturen als ›ziemlich roh gemalte bildchen‹ [...] ist zumindest teilweise unzutreffend, finden sich doch durchaus virtuos durchkomponierte Szenen, die auch in ihrer künstlerischen Ausführung keine Wünsche offenlassen [...]. Der Eindruck des Primitiven, Ungeschickten stellt sich immer dann ein, wenn der Illustrator versucht, seine zumeist relativ kleinformatigen Bilder mit bewegten Inhalten, gar mit einem Nebeneinander von zeitlich Ungleichem zu versehen.«

18 Hägermann, Weltchronik (wie Anm. 6), S. 12.

19 Weiland, Einleitung (wie Anm. 5), S. 4–20, zur Bremer Handschrift S. 11 f.

Direkte Vorlagen sind nicht bekannt. Der Bilderschmuck steht im Bezug zu den beiden anderen vollständig erhaltenen Bilderhandschriften, heute verwahrt in Gotha (1270er Jahre) und Berlin (1. Viertel des 14. Jahrhunderts).[20] In allen bebilderten Handschriften sind die Miniaturen oftmals an derselben Stelle angebracht und ähneln sich vielfach in der groben Anordnung der dargestellten Elemente.[21]

In der konkreten Ausgestaltung gibt es jedoch Unterschiede. So zeigen beispielsweise alle drei Handschriften je eine Miniatur zum Tod Friedrichs I. Der Kaiser starb 1190 auf Kreuzzug im Rahmen einer Flussüberquerung.[22] Die Miniaturen aus den Handschriften der Sächsischen Weltchronik stellen den Kaiser alle im Wasser dar. Während die Handschrift Gotha ihn allerdings eindeutig schwimmend zeigt,[23] ist dies in der Berliner Handschrift unklar und in der Bremer Handschrift ist er durch die herunterhängenden

20 Zur Handschrift in Gotha siehe Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 115–118, Herkommer, Überlieferungsgeschichte (wie Anm. 6), S. 126 f. und Olberg-Haverkate, Zeitbilder (wie Anm. 10), S. 131–196 sowie die anonym zusammengetragenen Titel auf handschriftencensus.de zu dieser Handschrift: https://handschriftencensus.de/1152. Zur Handschrift in Berlin siehe Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 99 f., Herkommer, Überlieferungsgeschichte (wie Anm. 6), S. 100 f. und Olberg-Haverkate, Zeitbilder (wie Anm. 10), S. 245–258 sowie die von Barbara Stiewe auf handschriftencensus.de zusammengetragenen Titel zu dieser Handschrift: https://handschriftencensus.de/3079. – Es ist noch ein Fragment mit sieben beschädigten Miniaturen bekannt, heute Berlin, Staatsbibliothek, Ms. germ. fol. 1387. Beschrieben bei Herkommer, Überlieferungsgeschichte (wie Anm. 6), S. 99, Olberg-Haverkate, Zeitbilder (wie Anm. 10), S. 208 f. und Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 96. Die Miniaturen des Fragments sind hier nicht von Belang.

21 Die genauen Abhängigkeitsverhältnisse sind nicht geklärt. Ballschmiede, Weltchronik (wie Anm. 6), S. 102 ging von einem von ihm postulierten ›Stammbuch‹ aus, dass 1248 am welfischen Hof kopiert worden sei. Dabei seien genaue Anweisungen eingefügt worden, an welchen Stellen beim Abschreiben Platz für Illustrationen gelassen werden solle. Diese Kopie sei die Vorlage für die Bremer und Berliner Handschrift gewesen. Die Gothaer Handschrift sei hingegen direkt vom ›Stammbuch‹ mit den Anmerkungen abgeschrieben worden. Diese Ansicht gilt als widerlegt. Siehe hierzu auch Schmidt, Bilderhandschriften (wie Anm. 12), S. 753 f.

22 Zum Tod Friedrichs I.: Manuel Kamenzin, Die Tode der römisch-deutschen Könige und Kaiser (1150–1349) (Mittelalter-Forschungen 64), Ostfildern 2020, S. 350–380.

23 Die Miniaturen: Gotha, Forschungs- und Landesbibliothek Schloß Friedenstein, Ms. Memb. I 90 (künftig: HS Gotha), f. 139^{v}/HS Bremen (wie Anm. 16), f. 89^{r} [91^{r}] / Berlin, Staatsbibliothek, Ms. germ. fol. 129 (künftig: HS Berlin), f. 113^{v}. Die Bremer Handschrift ist durch die Staats- und Universitätsbibliothek digitalisiert: https://brema.suub.uni-bremen.de/ms/content/pageview/1615906. Die Berliner Handschrift ist durch die Staatsbibliothek digitalisiert: https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht?PPN=PPN756662478&PHYSID=PHYS_0001&DMDID=. Für die Gothaer Handschrift muss auf das Faksimile zurückgegriffen werden: Das Buch der Welt. Kommentar und Edition zur ›Sächsischen Weltchronik‹. Ms. Memb. I 90 Forschungs- und Landesbibliothek Gotha, hg. v. Hubert Herkommer, Luzern 2000.

Gliedmaßen als tot gekennzeichnet. Auf den Miniaturen Gotha und Bremen sind Gebäude in unterschiedlicher Anzahl zu sehen, während die Berliner Handschrift eine Personengruppe zeigt, um die Trauer der Christenheit zu symbolisieren. Es ließen sich noch weitere Unterschiede anführen.[24] Die grobe Anordnung – der Kaiser im Fluss – ist in allen Handschriften gleich, die Ausgestaltungen unterscheiden sich jedoch. Dies lässt sich bei einer Fülle von Miniaturen beobachten. Die Handschriften in Bremen und die Berlin setzen sich dabei von der älteren Handschrift Gotha ab, da ihre Miniaturen sich stärker ähneln und auf Goldgrund gemalt sind, was einenrepräsentativen Verwendungszweck nahe legt.[25]

Abb. 1: Gotha, Forschungs- und Landesbibliothek Schloß Friedenstein, Ms. Memb. I 90, f. 142^{v}.

Alle drei bebilderten Handschriften weisen eine Miniatur zum Mord an König Philipp II. 1208 auf (Abb. 1–3).[26] In allen Handschriften wird damit die gleiche Notiz zum Mord an dem

24 Zu den Miniaturen in allen drei Handschriften, die Friedrichs Herrschaftszeit illustrieren, siehe Henrike Manuwald, Formen der bildlichen Memoria: Barbarossa in der Bilderhandschrift der »Sächsischen Weltchronik«, in: Repräsentation und Erinnerung. Herrschaft, Literatur und Architektur im Hohen Mittelalter an Main und Tauber, hg. v. Peter Rückert, Monika Schaupp und Goswin von Mallinckrodt, Stuttgart 2016, S. 68–90. Zur Herstellung und Gestaltung mittelalterlicher Miniaturen allgemein: Jonathan James Graham Alexander, Medieval Illuminators and their Methods of Work, New Haven/London 1962, Johann Konrad Eberlein, Miniatur und Arbeit. Das Medium Buchmalerei, Frankfurt a. M. 1995 sowie die Beiträge aus Wege zum illuminierten Buch. Herstellungsbedingungen für Buchmalerei in Mittelalter und früher Neuzeit, hg. v. Christine Beier und Evelyn Theresia Kubina, Wien 2014.

25 Olberg-Haverkate, Zeitbilder (wie Anm. 10), S. 211–216. Horváth/Sorck, Art. »Weltchronik« (wie Anm. 6), S. 302 sowie Wolf, Weltchronik (wie Anm. 10), S. 93 geben bebilderte Handschriften aus ähnlichem geographischen Raum zum Vergleich an.

26 Die geläufige, jedoch irreführende Bezeichnung ›Philipp von Schwaben‹ wird hier nicht genutzt, da sie den König auf einen Herzog von Schwaben reduziert. Stattdessen wird die in den Urkunden genutzte Eigenbezeichnung ›Philipp II.‹ verwendet, siehe Andrea Rzihacek/Renate Spreitzer, Einleitung, in: Die Urkunden Philipps von Schwaben, hg. v. Andrea Rzihacek und Renate Spreitzer (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata 12), Wiesbaden 2014, S. XI–CVII, hier S. LXXVII sowie Kamenzin, Tode (wie Anm. 22), S. 250 Anm. 1438. – Zur Miniatur in der Berliner Handschrift siehe künftig auch Manuel Kamenzin, Alte Knochen, alte Schriften. Was uns die sterblichen Überreste Königs Philipps ›von Schwaben‹ (nicht) über seinen Tod sagen können, in: Death Matters – Dead Matter. Materialität und Immaterialität des Todes im Mittelalter, hg. v. Romedio Schmitz-Esser und Katharina Zeppezauer-Wachauer [im Druck].

Abb. 2: Bremen, Staats- und Universitätsbibliothek, msa 0033, f. 91^{v}.

Staufer illustriert: *Des anderen jares quam de koning Philippus to Bavenberch, dar sloch ene de palenzgreve van Wetelingesbach binnen guoden truwen* [...].[27] Zunächst halten sich die Abbildungen an ein bereits in der Gothaer Handschrift beobachtbares Grundschema: Das Mordopfer in grünem Gewand wird mit erhobenen Händen dargestellt, entweder wird der tödliche Hieb gerade ausgeführt oder es wird dazu ausgeholt (Abb. 1–3). Die Bremer Handschrift weicht allerdings deutlich von den beiden anderen ab: Mörder und Opfer werden nicht allein gezeigt, sondern je in einer von zwei sich gegenüberstehenden Gruppen positioniert. Alle Figuren werden zu Pferde dargestellt und durch die Hügel in der unteren Bildhälfte wird eine Szenerie auf offenem Feld suggeriert (Abb. 2). Dies ist ein deutliches Überschreiten der oben dargelegten Varianz, da hier der Kontext komplett geändert wird.[28]

27 Sächsische Weltchronik, hg. v. Ludwig Weiland, in: Monumenta Germaniae Historica. Deutsche Chroniken 2, Hannover 1877, S. 1–258, hier S. 238.

28 Darüber hinaus weist die Miniatur Unstimmigkeiten auf: Vom Schwertschlag gleichermaßen wie der gekrönte Philipp getroffen wird, auch der Kopf einer weiteren Figur, deren Körper allerdings nicht vollständig ausgeführt ist. Das angedeutete Gewand dieser Figur und ein Paar Pferdebeine in der linken, unteren Bildhälfte weisen dabei dieselbe Farbe auf, die links aus nicht einsichtigen Gründen einen Bereich der Miniatur ausfüllt.

Warum gerade die hinzugefügten Pferde das übliche Ausmaß der Abweichungen deutlich übersteigen, sei durch den Abgleich mit möglichen Gegenbeispielen kurz dargelegt. Es gibt auch andere Miniaturen in den drei Handschriften, die sich in diesem Detail voneinander unterscheiden. So weisen alle drei Exemplare eine Miniatur zum sog. Gänsekreuzzug auf. Es handelt sich dabei um eine wohl von Ekkehard von Aura übernommene Kritik am sog. Volkskreuzzug: Einige Teilnehmende seien töricht gewesen und hätten eine Gans mit sich geführt, von der sie glaubten, sie sei vom Heiligen Geist beseelt.[29] Wenn in den Miniaturen hierzu nun fallweise Pferde mit aufgenommen werden oder nicht, passt dies in den Kontext, da die Personen auf der Reise dargestellt werden. Die Handschrift Gotha zeigt hier Pferde, während die Bremer und Berliner Handschrift Reisende zu Fuß darstellen (Abb. 4–6). Pferde sind in dieser Szenerie plausibel wahlweise hinzufüg- oder entfernbar. Dies gilt auch für rituell-festliche Kontexte: Hier ist zum Beispiel auf die Darstellungen vom Kniefall Friedrichs I. Barbarossa zu verweisen. 1176 soll der Kaiser vor seinem Vetter Heinrich ›dem Löwen‹ auf die Knie gegangen sein, um ihn um militärische Unterstützung anzuflehen.[30] Der Kniefall wird in der Bremer und der Berliner Handschrift illustriert, mit einem entscheidenden Unterschied: In der Bremer

Abb. 3: Berlin, Staatsbibliothek, Ms. germ. fol. 129, f. 117^{v}.

29 Sächsische Weltchronik, hg. v. Weiland (wie Anm. 27), S. 180. Hierzu Annette Seitz, Das lange Ende der Kreuzfahrerreiche in der Universalchronistik des lateinischen Europa (1187–1291) (Historische Studien 497), Husum 2010, S. 34 f. – Zu den Miniaturen in den drei Handschriften ebenfalls Klaus Schreiner, Gregor VIII., nackt auf einem Esel. Entehrende Entblößung und schandbares Reiten im Spiegel einer Miniatur der ›Sächsischen Weltchronik‹, in: Ecclesia et regnum. Beiträge zur Geschichte von Kirche, Recht und Staat im Mittelalter. Festschrift für Franz-Josef Schmale zu seinem 65. Geburtstag, hg. v. Dieter Berg und Hans-Werner Goetz, Bochum 1989, S. 155–202. Siehe auch Renate Kroos, Über die Zeichnungen auf der Ebstorfkarte und die niedersächsische Buchmalerei, in: Ein Weltbild vor Columbus. Die Ebstorfer Weltkarte. Interdisziplinäres Colloquium 1988, hg. v. Hartmut Kugler in Zusammenarbeit mit Eckhard Michael, Weinheim 1991, S. 223–244. – Gemeinsam mit Daniela Wagner (Tübingen) bereite ich eine Studie zum Tod bei Tisch in Text und Bild vor, die auch Miniaturen aus den bebilderten Handschriften der Sächsischen Weltchronik behandeln wird.

30 Siehe hierzu Knut Görich, Friedrich Barbarossa. Eine Biographie, München 2011, S. 483–485.

Abb. 4: Gotha, Forschungs- und Landesbibliothek Schloß Friedenstein, Ms. Memb. I 90, f. 102^{v}.

Handschrift ist Heinrich der Löwe zu Pferde dargestellt. Doch auch hier passt das Ergänzen des Pferdes in den Kontext, denn hierdurch wird der Kniefall des Kaisers besonders tief und die Unterwerfung somit besonders deutlich.[31] Acht Jahre nach dieser eindrücklichen Szene hielt der Kaiser einen Hoftag in Mainz ab, der als großes ritterliches Fest inszeniert wurde.[32] Zu diesem Ereignis finden sich wiederum Miniaturen in allen drei Handschriften: Hier fällt die Berliner Handschrift aus dem Rahmen, ihre Miniatur stellt als einzige keine Pferde dar, dafür allerdings Zelte. Sowohl Zelte als auch Pferde entsprechen dem Kontext eines ritterlich-höfischen Festes mit Reiterspielen. Das Hinzufügen oder Entfernen von Bildelementen passt also auch hier in den Kontext.[33]

In der Bremer Handschrift finden sich insgesamt 14 Miniaturen, auf denen Pferde dargestellt werden.[34] Bei lediglich vier Fällen unterscheiden sich diese Miniaturen in diesem Detail von den übrigen Handschriften. Ein Beispiel aus der mittelalterlichen Geschichte wurde mit dem Kniefall Friedrichs I. oben bereits vorgestellt. Die beiden folgenden Beispiele aus der antiken Geschichte zeigen hingegen wiederum Todesfälle: So wird bei der Miniatur zum Mord an Kaiser Elagabal († 222) und seiner Mutter in der Bremer Handschrift im Unterschied zu den Handschriften Gotha und Berlin ein Pferd dargestellt.[35] Der Grund hierfür liegt im Text, der Kaiser soll nach seinem Tod *alse en hunt durch de straten* [Roms] *getogen* worden sein.[36] Folgerichtig findet sich unterhalb des Pferdes auf dieser Miniatur eine kleine gekrönte Figur, die vom Pferd wohl hinterher geschleift wird. Da hier also der Mord und die darauffolgende Leichenschändung auf einem Bild vereint wurden, ist auch in diesem Fall der Kontext gewahrt. Beim Tod Kaiser Carus' († 283)

31 So auch Görich, Friedrich (wie Anm. 30), S. 484, Text zu Abb. 34.

32 Zum Mainzer Fest: Gerhard Lubich, Das Kaiserliche, das Höfische und der Konsens auf dem Mainzer Hoffest (1184). Konstruktion, Inszenierung und Darstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts am Ende des 12. Jahrhunderts, in: Staufisches Kaisertum im 12. Jahrhundert. Konzepte, Netzwerke, politische Praxis, hg. v. Stefan Burkhardt u. a., Regensburg 2010, S. 277–293.

33 Siehe zu den Miniaturen auch Manuwald, Formen (wie Anm. 24), S. 76–79.

34 HS Bremen (wie Anm. 16), f. 9^{r} [11^{r}]/15^{v} [17^{v}]/28^{v} [30^{v}]/30^{v} [32^{v}]/32^{r} [34^{r}]/39^{v} [41^{v}]/48^{v} [50^{v}]/65^{v} [67^{v}]/79^{r} [81^{r}]/86^{v} [88^{v}]/88^{r} [90^{r}]/91^{v} [93^{v}]/96^{r} [98^{r}]/100^{v} [102^{v}]. Einzig die letzte Miniatur ist dabei in keiner der beiden anderen bebilderten Handschriften vertreten.

35 HS Bremen (wie Anm. 16), f. 28^{v} [30^{v}], siehe zum Abgleich HS Gotha (wie Anm. 23), f. 40^{r} und HS Berlin (wie Anm. 23), f. 33^{v}.

36 Sächsische Weltchronik, hg. v. Weiland (wie Anm. 27), S. 109.

Abb. 5: Bremen, Staats- und Universitätsbibliothek, msa 0033, fol. 7[r].

Abb. 6: Berlin, Staatsbibliothek, Ms. germ. fol. 129, f. 96[v].

zeigt die Miniatur in der Bremer Handschrift im Unterschied zu den anderen ebenfalls ein Pferd.[37] Da dieser Kaiser im Rahmen eines Feldzuges überraschend gestorben sein soll, muss das Pferd allerdings auch in diesem Fall als Ergänzung innerhalb des vorgegebenen Kontextes gesehen werden. Das Ergänzen oder Unterschlagen einzelner Bildelemente wie beispielsweise der Pferde erfolgte somit keinesfalls vollkommen frei, die Beziehung zum Kontext blieb stets gewahrt. Die Abweichung in der Miniatur zum Mord an Philipp – der vierten Miniatur, die sich beim Bildelement »Pferd« von den anderen beiden Handschriften unterscheidet – geht deutlich weiter, da durch die Pferde der Kontext geändert wird.

Die Darstellungsweise im Freien und zu Pferde ist mit Blick auf die restliche Überlieferung zu diesem Mord sehr ungewöhnlich. König Philipp II. soll 1208 im Bamberger Bischofspalast erschlagen worden sein, in einem Gebäude also. In der historiographischen Überlieferung spielt gerade die Beschaffenheit dieses Ortes eine große Rolle.[38] In der Gothaer Handschrift wird dieser Umstand durch Gebäude im Hintergrund der Darstellung und das sitzende Opfer zumindest angedeutet (Abb. 1). Pferde spielen in der gesamten

37 HS Bremen (wie Anm. 16), f. 32[r] [34[r]], siehe zum Abgleich HS Gotha (wie Anm. 23), f. 43[r] und HS Berlin (wie Anm. 23), f. 37[v].

38 Zur Überlieferung siehe RI V,1,1 Nr. 185a, URI: http://www.regesta-imperii.de/id/1208-06-21_1_0_5_1_1_349_185a. Die Regesten der *Regesta Imperii* werden hier in ihrer digitalen Form zitiert, da hier Nachträge möglich sind. – Die Bedeutung des Raumes wird kurz angesprochen bei Andreas Bihrer, Historiker als Attentäter. Zeitgenössische Wahrnehmung, narrative Ausgestaltung und diskursive Instrumentalisierung der Ermordung König Philipps von Schwaben, in: Philipp von Schwaben. Beiträge der internationalen Tagung anlässlich seines 800. Todestages, Wien, 29. bis 30. März 2008, hg. v. Andrea Rzihacek und Renate Spreitzer (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters 20), Wien 2009, S. 9–24, hier S. 18. Künftig: Kamenzin, Tode (wie Anm. 22), S. 250–278. Peter Csendes, Philipp von Schwaben. Ein Staufer im Kampf um die Macht (Gestalten des Mittelalters und der Renaissance), Darmstadt 2003 führt die hier besprochene Miniatur auf dem Umschlagtitel und bietet ebd., S. 189 nochmals einen Abdruck, geht allerdings nicht auf das Dargebotene ein.

Überlieferung zum Mord an Philipp II. nur in der Miniatur aus der Bremer Handschrift eine Rolle.[39]

Anders verhält es sich jedoch bei einem anderen Königsmord, der sich 1308 und damit im möglichen Entstehungszeitraum der Bremer Handschrift ereignete. Albrecht I. wurde von einer Gruppe um seinen Neffen Johann ermordet. Als Gelegenheit für ihre Tat nutzte die Gruppe in irgendeiner Form die Überquerung eines Flusses, als sie gemeinsam mit dem König zu Pferde unterwegs waren.[40] Laut dem Chronisten Matthias von Neuenburg soll einer der Verschwörer kurz vor der Tat ausgerufen habe: »Wie lange wollen wir diesen Kerl noch reiten lassen?«.[41] In dieser Überlieferung ist der Mord in einer Gruppe zu Pferde auf freiem Feld ein zentraler Bestandteil.

Die Miniatur zum Mord an Philipp II. in der Bremer Handschrift fällt somit deutlich sowohl aus dem textlichen und bildlichen Traditionskontext der Sächsischen Weltchronik, als auch aus der Überlieferung zum Mord an Philipp II. heraus. Zur Überlieferung zum Mord an Albrecht I. passt sie jedoch exakt. Daher stellt sich die Frage, ob der Hintergrund für die Gestaltung dieser Miniatur nicht tatsächlich im Mord an Albrecht I. zu sehen ist. Die Kunde vom Mord an Albrecht hat sich im Reich schnell verbreitet. 1309 wurden die Königsmörder auf einem großen Hoftag in Speyer geächtet und Albrecht sowie sein Vorgänger König Adolf unter großer Aufmerksamkeit

39 Dabei sind die dargestellten Inhalte gerade bei ungewöhnlichen Todesfällen recht stabil, siehe bspw. den nur in dieser Text- und Bildtradition am Tisch verorteten Tod Konrads II., HS Gotha (wie Anm. 23), f. 94^{v}, HS Bremen (wie Anm. 16), f. 71^{v} [73^{r}] und HS Berlin (wie Anm. 23), f. 88^{v} – hierzu künftig der in Anm. 29 angekündigte Aufsatz. Ein weiteres Beispiel wäre die Vergiftung Ottos III. mit einem Handschuh: HS Gotha (wie Anm. 23), f. 91^{v}, HS Bremen (wie Anm. 16), f. 68^{v} [70^{v}] und HS Berlin (wie Anm. 23), f. 81^{v}. Zur Textüberlieferung siehe Rudolf Schieffer, Über die Ehe, die Kinder und die Ermordung Kaiser Ottos III. Ein Beispiel für die Dynamik historischer Phantasie, in: Von Sachsen bis Jerusalem. Menschen und Institutionen im Wandel der Zeit. Festschrift für Wolfgang Giese zum 65. Geburtstag, hg. v. Hubertus Seibert und Gertrud Thoma, München 2004, S. 111–121, der allerdings die Miniaturen nicht kennt. Zum Tod Ottos III. siehe künftig auch Manuel Kamenzin, Von Herrschertoden, Buchgrenzen und Erkenntnismöglichkeiten. Die Tode der ottonischen Könige und Kaiser bei Thietmar von Merseburg, in: Band zur Tagung »Historiographie der Grenzwelten – Thietmar von Merseburg« [im Druck].

40 Zur Überlieferung siehe Die Regesten des Kaiserreiches unter Heinrich Raspe, Wilhelm, Richard, Rudolf, Adolf, Albrecht und Heinrich VII.: Von 1246–1313, hg. v. Johann Friedrich Böhmer, Stuttgart 1844, S. 251 f. – Zum Mord zunächst aus der Vielzahl der Publikationen: Andreas Bihrer, Mord als Argument. Zum Umgang mit der Ermordung König Albrechts I. in der spätmittelalterlichen Chronistik, in: Gewalt und Widerstand in der politischen Kultur des späten Mittelalters, hg. v. Martin Kintzinger, Frank Rexroth und Jörg Rogge (Vorträge und Forschungen 80), Ostfildern 2015, S. 291–317. Künftig Kamenzin, Tode (wie Anm. 22), S. 278–309. Vgl. hier auch Abb. 2 unten links, einer der Hügel ist bläulich-türkis eingefärbt. Könnte dies der Fluss sein?

41 Mathias von Neuenburg, Chronica, hg. v. Adolf Hofmeister (Monumenta Germaniae Historica. Scriptores rerum Germanicarum, Nova series 4), Hannover 1940, Rez. B., cap. 36, S. 71 f.: *Quam diu iste cadaver equitare permitemus?*

nach Speyer umgebettet.[42] Zu Beginn des 14. Jahrhunderts dürfte der Mord zu Pferde an Albrecht I. den Zeitgenossen deutlich präsenter gewesen sein als der Mord im Bischofspalast an Philipp II. Ob dies dazu führte, dass der Mord an Philipp in der Miniatur der Bremer Handschrift bewusst nach dem Mord an Albrecht gestaltet wurde oder ob dies unbewusst erfolgte, muss offenbleiben. Es bleibt allerdings der Befund, dass die Miniatur eher den Mord an Albrecht als den Mord an Philipp zeigt.

Sollte diese Hypothese zutreffen, würden sich daraus zwei direkte Schlüsse ergeben:

1. Da alle Miniaturen in der Bremer Handschrift von einer Hand zu stammen scheinen und sich keine unterscheidbaren Bearbeitungsphasen erkennen lassen, wäre damit 1308 als *terminus post quem* für Datierung der Handschrift zu bedenken. Dies ließe sich mit den oben aufgeführten paläographischen und kunsthistorischen Befunden vereinen. Als Identifikation des im Widmungsgedicht genannten *gert van holtseten* würde Gerhard I. († 1290) damit ausscheiden, Gerhard II. († 1312) wäre knapp denkbar, aber möglich. Gerhard III. († 1340) käme ohne Weiteres in Frage. Gleichermaßen könnte Johannes filius Ecberti († zw. 1257–1266) als Identifikation des genannten *iohanes van dem berghe* wegfallen, übrig blieben Johannes senior († 1328) oder Johannes iunior († zw. 1324–1336). Da die auf Ballschmiede zurückgehenden Überlegungen zur Entstehung und den Abhängigkeitsverhältnissen der Bilderhandschriften auf dem angenommenen Datum ›vor 1281‹ (richtig wäre zumindest 1290) beruhen,[43] müsste bei einem neuen Versuch, die Abhängigkeiten der Bilderhandschriften zu rekonstruieren, hier neu nachgedacht werden.

2. Die Miniatur würde darüber hinaus eine eigentümliche Lücke zumindest in Ansätzen füllen: Obwohl es in der Geschichte des hoch- und spätmittelalterlichen Reiches nur zwei Königsmorde gab und diese mit 1208 und 1308 in nahezu symbolträchtigem Abstand zueinander erfolgten, gibt es kein bekanntes Zeugnis einer Bezugnahme. Wurde der Mord an Philipp II. 1208 in einer Quelle noch als »seit Jahrhunderten bei den Deutschen nicht vernommenes Verbrechen«[44] bezeichnet und damit in zeitlichen Bezug gestellt, erfolgte 1308 kein schriftlicher Rückbezug auf den ersten Königsmord, der nun 100 Jahre zurücklag. Vielleicht zeigt die Miniatur im Bremer Codex allerdings an, dass zumindest assoziativ eine Verbindung hergestellt wurde.

42 Kamenzin, Tode (wie Anm. 22), S. 453–457. – Wenn auch die Nachricht vom Tod des Königs nicht immer so schnell und weit verbreitet wurde, wie die moderne Forschung annehmen mag, lässt sich die Kunde vom Mord an Albrecht im Entstehungsraum der Handschrift nachweisen, so bspw. in den ca. 1330 entstandenen Annales Lubicenses, hg. v. Johann Martin Lappenberg, in: Monumenta Germaniae Historica. Scriptores 16, Hannover 1859, S. 413–429, ad a. 1308, S. 420.

43 Siehe hierzu Anm. 21.

44 Cronica S. Petri Erfordensis moderna, hg. v. Oswald Holder-Egger, in: Monumenta Germaniae Historica. Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum separatim editi [42], Hannover 1899, S. 117–369, ad a. 1208, S. 205: *a Teutonicis seculis scelus inauditum.*

Zum Heiligenberger Siegeltypar mit einer »Judensau«: Das Siegel eines Christen, nicht das eines Juden

Von Andreas Lehnertz und Markus J. Wenninger

Das zuletzt im Bremischen Jahrbuch 2020 veröffentlichte Siegeltypar mit der Darstellung einer »Judensau«[1] kann in vielerlei Hinsicht als »Sensationsfund«[2] bezeichnet werden. Es gibt zahlreiche Rätsel auf, die nach unserer Meinung noch nicht gelöst sind. Auch dieser Beitrag wird keine endgültigen Antworten bieten können. Wir sind aber überzeugt, dass die bisherige(n) Interpretation(en)[3] des Typars in wesentlichen Punkten zu korrigieren sind. Hierzu zählt insbesondere unsere Auffassung, dass es sich *erstens* um das Typar eines Christen und nicht um das eines Juden handelt. Grund dafür ist nicht zuletzt der Bei- bzw. Familienname des Siegelführers Jakob, welcher eindeutig als »PIL« zu lesen ist, ein Name, der in dieser oder ähnlicher Form seit dem 13. Jahrhundert in der Region um Bremen mehrfach für Christen nachzuweisen ist. *Zweitens* datieren wir das Typar deutlich früher als dies bisher geschah, nämlich in die Mitte des 13. Jahrhunderts. Bei den Gründen für die Wahl des Siegelbildes durch Jakob Pil schließlich können auch wir nur mutmaßen.

Der folgende Beitrag wird sich den genannten Punkten systematisch nähern. Zunächst beschreiben wir das Typar sowie seine Fundumstände und erläutern kurz, was gegen die bisherige Interpretation dieses schwierig zu deutenden Fundes spricht. Daraufhin widmen wir uns der zeitlichen Einordnung des Typars nach sphragistischen und paläographischen Kriterien, erläutern das Motiv sowie die möglichen Gründe für die Verwendung der »Judensau« und lassen Argumente für die Identität des Siegelführers Jakob Pil als Bremer Bürger und/oder Ministerialen des Bremer Umlandes folgen.

1 Konrad Elmshäuser, Ein Pfandleiher, sein Siegel und eine »Judensau« – Antijudaismus im spätmittelalterlichen Bremen, in: Brem.Jb. 99, 2020, S. 54–89. Wir danken Herrn Elmshäuser sehr herzlich für die Übermittlung von Fotografien und einem Abdruck des Typars sowie für sachliche Hinweise und die Bereitschaft, unseren Beitrag für das Brem.Jb. anzunehmen. Ganz besonders danken wir Toni Diederich für zahlreiche Hilfen, auch Hannah Teddy Schachter, Birgit Wiedl und Maria Stürzebecher für wertvolle Hinweise. Andreas Lehnertz dankt ferner der Martin Buber Society of Fellows an der Hebräischen Universität von Jerusalem, wo er derzeit eine PostDoc-Stelle hat.

2 So im Blog »Archivalia« mit entsprechenden Verlinkungen zu weiteren Beiträgen online via https://archivalia.hypotheses.org/128625 (16.01.2021).

3 Der Plural bezieht sich darauf, dass die Interpretation des Typars in den bisherigen Veröffentlichungen erhebliche Unterschiede aufweist. So wurde es in einer ersten Einschätzung als »das kleine Siegel einer Jakobsbruderschaft zu

Beschreibung des Typars und seiner Fundumstände

Bei Ausgrabungen im gut 40 km südlich von Bremen gelegenen Heiligenberg unter Leitung von Simone Arnhold wurde im Jahr 2019 das spitzovale »Judensau«-Typar (s. Abb. 1) gefunden.[4] Es wird heute im Kreismuseum Syke ausgestellt[5] und besteht aus einer im Detail noch nicht genau bestimmten Kupferlegierung, wahrscheinlich Messing.[6] Seine Maße sind 39 x 24 mm. Auf der Rückseite befindet sich am oberen Ende mittig ein Steg mit einer runden Öse, um das Typar an einem Band oder einer Kette um den Hals tragen zu können. Das ist auch ein Indikator für die Echtheit des Siegelstempels, da sich Fälscher keine Mühe mit der für die Besiegelung irrelevanten Rückseite eines Typars machen würden.[7]

Abb. 1: »Judensau«-Typar von Heiligenberg, Siegelseite; Sign.: Homfeld, NLD H, 2019-093 (Foto: W. Köhne-Wulf, NLD)

Bremen« bezeichnet (siehe Simone Arnhold, Die Ausgrabungen in Heiligenberg 2019. Weitere Untersuchungen im Umfeld des Prämonstratenserstifts, in: Fan Post 2020. Mitteilungen des Freundeskreises für Archäologie in Niedersachsen e.V., S. 30–41, hier S. 40), später als das Siegel eines jüdischen Pfandleihers (Konrad Elmshäuser, Ein Bremer Pfandleiher und sein Siegel: Die »Judensau« vom Heiligenberg, in: Heiligenberg – Ausgrabungen, Funde, Geschichte [Forum Gesseler Goldhort], hg. v. Simone Arnhold, Syke 2020, S. 109–130, sowie ders., Ein Pfandleiher [wie Anm. 1]).

4 Zu Grabungsberichten vgl. Arnhold, Ausgrabungen 2019 (wie Anm. 3); Heiligenberg – Ausgrabungen (wie Anm. 3); zum Kloster Heiligenberg siehe auch Söhnke Thalmann, Zur Frühgeschichte des Prämonstratenserstifts Heiligenberg in der Grafschaft Bruchhausen. Ein Annäherungsversuch, in: Oldenburger Jahrbuch 110, 2010, S. 11–29.

5 Signatur Homfeld, NLD H 2019-093.

6 Das Material wird in den bisherigen Berichten teilweise als Kupferlegierung (Arnhold, Ausgrabungen [wie Anm. 3], S. 40; Elmshäuser, Ein Pfandleiher [wie Anm. 1], S. 54 und 56), teilweise als Bronzelegierung (ebd., S. 55 und 57 zu Abb. 1 und 2) bezeichnet. Simone Arnhold vermutet Messing, weil die vorhandene Patina »untypisch für Bronze im trockenen Mileu« wäre (mit herzlichem Dank für diese Mitteilung). Zur genauen Bestimmung ist jedoch eine technische Analyse erforderlich. Vgl. etwa Werner Otto, Analysen mittelalterlicher Bronzen und Messinge; Teil I, in: Archäologie und Naturwissenschaften 1, 1977, S. 144–220; Teil II, in: Archäologie und Naturwissenschaften 2, 1981, S. 106–170; Otto Werner, Zusammensetzung neuzeitlicher Nachgüsse und Fälschungen mittelalterlicher Messinge und Bronzen, in: Berliner Beiträge zur Archäometrie 5, 1982, S. 11–35; Gabriel Meyer, Matthias Nuding, Markus Raquet und Roland Schewe, Als Replikat erkannt. Der Siegelstempel der Universität Heidelberg von 1386 im Germanischen Nationalmuseum, in: Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums, 2013, S. 127–135; zur Röntgenfluoreszenz-Analyse ebd., S. 131.

7 Zu entsprechenden Kriterien siehe Toni Diederich, Siegelkunde. Beiträge zu ihrer Vertiefung und Weiterführung. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 221–249.

Gefunden wurde das Typar nicht innerhalb eines Gebäudes, sondern im Umfeld der ehemaligen Klostergebäude, in abgelagertem Bauschutt, der auf Umbauarbeiten im späteren 14. Jahrhundert zurückgeht.[8] Damit ist einerseits ein eindeutiger Terminus *ante quem* für die Entstehung des Typars gegeben, zum anderen ist der Schluss erlaubt, dass es zu einem unbekannten Zeitpunkt innerhalb der älteren Klostergebäude verlorenging oder so unglücklich in irgendeine Öffnung fiel – vielleicht in eine Spalte zwischen zwei Bodenbrettern –, dass es nicht mehr geborgen werden konnte und beim späteren Abbruch dieser Gebäude zusammen mit dem Bauschutt verlagert wurde.

Das Siegelbild (s. Abb. 2) zeigt, wie unten noch näher erläutert wird, trotz des künstlerisch etwas missglückten bären- oder hundeähnlichen Kopfes eindeutig ein Schwein ohne erkennbare Geschlechtsmerkmale, das vor einem glatten Hintergrund auf einem durch leichte Unebenheiten angedeuteten Erdboden steht. Hinter ihm kniet, optisch etwas in den Vordergrund gerückt, ein am *pileus cornutus*, dem typischen »gehörnten Hut«, zu erkennender Jude. Dieser hält das Schwein am linken Hinterlauf, um dessen deutlich erkennbare Exkremente mit seinem Mund aufzufangen. Seine Füße ragen in den Raum der Umschrift hinein, was ihn nicht nur besonders plastisch erscheinen lässt, sondern auch eher ungewöhnlich ist.[9] Die sich zwischen zwei Perlreihen befindende Umschrift ist eine Mischmajuskel ohne Abstände oder Trennungszeichen zwischen den einzelnen Wörtern und lautet: + SECRETVM IACOBI PIL BREMENSIS.[10]

Abb. 2: Siegelabguss vom »Judensau«-Typar (Foto: StAB)

8 Persönliche Mitteilung von Simone Arnhold an die Autoren; vgl. dazu Arnhold, Die Ausgrabungen (wie Anm. 3), S. 39; dies., Die Grabungskampagnen 2018 und 2019, in: Heiligenberg – Ausgrabungen (wie Anm. 3), S. 71–87, hier S. 80 f.

9 Vgl. aber z. B. das Rücksiegel Bischof Nikolaus' I. von Schleswig aus dem ersten Drittel des 13. Jahrhunderts, in dem die Beine des knienden Bischofs in ähnlicher Art in das Schriftband ragen, siehe Die Zeit der Staufer. Geschichte – Kunst – Kultur. Katalog der Ausstellung Stuttgart 1977, 5 Bde., Stuttgart 1977–1979, hier Bd. 3, Tafel LXIX, Abb. 97; zahlreich sind dagegen die zeitgenössischen Siegel, in denen Kopf und Füße von stehenden oder Kopf und Thronfuß von thronenden Personen oben und unten mittig in den Raum der Umschrift ragen; Vergleichbares gilt auch für viele Reitersiegel des Mittelalters.

10 Zum Terminus »Mischmajuskel« in Siegelumschriften vgl. etwa Isabelle Guerreau, Klerikersiegel der Diözesen Halberstadt, Hildesheim, Paderborn und Verden im Mittelalter (um 1000–1500), Hannover 2013, S. 205; Toni Diederich, Siegeldatierung nach der Schrift – Möglichkeiten und Grenzen, in: Herold-Jb. N. F. 20, 2015, S. 33–72, insbes. S. 55 und 68.

Nach einer ersten Lesung des Zunamens in der Umschrift als PIL[11] gibt die weitere bisherige Literatur die Lesung PIG an und interpretiert das als Abkürzung für PIG(NATORIS), was den Beruf des Siegelführers Jakob als Pfandleiher benennen würde.[12] Daraus wurde wiederum der Schluss gezogen, der Siegelführer Jakob sei ein Jude gewesen. In der weiteren Interpretation führte das Siegelbild mit dem eindeutig antijüdischen Motiv beinahe zwangsläufig zum Schluss, dass der (angebliche) jüdische Pfandleiher Jakob das Motiv der »Judensau« wie auch die Umschrift oktroyiert bekommen habe, wahrscheinlich vom antijüdischen Bremer Rat, weil ein Jude wohl kaum freiwillig dieses Motiv für das Siegelbild seines persönlichen Siegels gewählt hätte. Das ist aber schon allein deshalb unwahrscheinlich, weil ganz allgemein in Siegeln positive Repräsentationen eindeutig vorherrschen. Dass die Abkürzung PIG darüber hinaus das englische Wort für Schwein ergebe, sei möglicherweise durchaus beabsichtigt gewesen.[13]

Dagegen spricht zunächst, dass die in der älteren Literatur weit verbreitete Ansicht, Siegel von Juden oder Judengemeinden, die einen oder mehrere Judenhüte zeigen, seien den jüdischen Siegelführern aufgezwungen worden, heute nicht mehr haltbar ist.[14] Darüber hinaus wirft eine Interpretation des Typars als das Siegel eines Christen namens Jakob Pil auch in anderen Belangen deutlich weniger Probleme auf, als wenn man in ihm einen Juden vermuten würde. Aus welchen Gründen auch immer dokumentierte und präsentierte dieser Jakob Pil seine antijüdische Einstellung in Form der »Judensau« in seinem persönlichen Siegel.

Aus dieser unserer Neuinterpretation resultieren freilich mehrere Fragen, etwa: Lässt sich ein Jakob Pil in Bremen oder in einem engen Verhältnis zu Bremen ausfindig machen? Warum wählte er das Motiv der »Judensau«? Was sagt dieses völlig außergewöhnliche Typar über die früheste Zeit der bürgerlichen oder kleinadeligen Siegelführung aus? Was über das Motiv der »Judensau«? Wir werden uns diesen Fragen im Verlauf dieses Beitrags systematisch nähern.

Datierung des Typars

Zunächst möchten wir unsere Beobachtungen für eine Datierung des Typars mithilfe einer Analyse von (1.) Form, (2.) Größe, (3.) Bild und (4.) Inschrift des Siegels erörtern. Alle vier Kriterien zusammen erlauben es, eine recht

11 Und zwar durch Elmshäuser in Arnhold, Die Ausgrabungen 2019 (wie Anm. 3), S. 40, dort aber noch interpretiert als das »kleine Siegel der Jakobsbruderschaft zu Bremen, die die Pilgerfahrten zum Grab des Apostels Jakobus nach Santiago de Compostela in Galicien organisierte«.

12 Elmshäuser, Ein Pfandleiher (wie Anm. 1 und Anm. 3).

13 Elmshäuser, Ein Pfandleiher (wie Anm. 1), S. 64 f.

14 Zum Judenhut in Siegelbildern siehe Andreas Lehnertz, Judensiegel im mittelalterlichen Reichsgebiet. Beglaubigungstätigkeit und Selbstrepräsentation von Jüdinnen und Juden, 2 Bde. (Forschungen zur Geschichte der Juden A 30), Wiesbaden 2020, hier vor allem Bd. 1, S. 71–77.

genaue Datierung vorzunehmen, welche entscheidend für die Beantwortung der weiterführenden Fragen ist.

(1.) Form:
Die spitzovale Siegelform erfreute sich insbesondere bei geistlichen Personen und Institutionen großer Beliebtheit, taucht aber schon seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert auch bei weltlichen Siegelführern und Siegelführerinnen auf.[15] Zu Siegeln von Bürgerinnen und Bürgern gibt es bisher erst wenige Studien; allerdings bieten die zur Verfügung stehenden Siegelwerke für das 13. Jahrhundert eine beachtlich große Zahl von Bürgersiegeln, die eine spitzovale Form aufweisen.[16] Schon im 13. Jahrhundert, durchwegs dann seit dem 14., weist die große Masse der Bürgersiegel, insbesondere die der Schöffen,

15 Vgl. Wilhelm Ewald, Siegelkunde (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte Abt. IV), München u.a. 1914, S. 179–181; Erich Kittel, Siegel (Bibliothek für Kunst- und Antiquitätenfreunde 11), Braunschweig 1970, S. 187; Andrea Stieldorf, Rheinische Frauensiegel. Zur rechtlichen und sozialen Stellung weltlicher Frauen im 13. und 14. Jahrhundert (Rheinisches Archiv 142), Köln u.a. 1999, S. 61; Toni Diederich, Imposant und interessant für die Siegelforschung – die Zülpicher Schöffensiegel von 1297 bis 1634, in: Neue Beiträge zur Geschichte Zülpichs. Von der Römerzeit bis zum Ende des Kurstaats (Geschichte im Kreis Euskirchen 34, 2020), hg. v. Bernhard Wißmann, Weilerwist 2020, S. 119–134 (mit Tafeln 37–46), hier S. 123, Anm. 24 f.

16 Chronologisch lassen sich folgende, anhand von Abdrücken an Urkunden datierte Belege finden, deren Zahl auch erweitert werden könnte: der Kölner Bürger Wilhelm im Jahr 1226 (vgl. Toni Diederich, Prolegomena zu einer neuen Siegel-Typologie, in: AfD 29, 1983, S. 242–284, hier Taf. I, Nr. 1); Biggo Ymmenzoon im Jahr 1260 (vgl. Corpus Sigillorum Neerlandicorum. De Nederlandsche zegels tot 1300, Tekst. Platen, 2 Bde., bearb. von Hajo Burgmans und Klaas Heeringa, 's-Gravenhage 1937–1940, Nr. 729); Johan Ymmenzoon im Jahr 1260 (vgl. ebd., Nr. 973 – Johans Sohn führte dann schon ein rundes Siegel, das im Jahr 1292 unter ebd., Nr. 974 belegt ist!); Hendrik zoon van Nicolaas van Duvenee im Jahr 1260 (vgl. ebd., Nr. 828); Boudewijn Florszoon, Schöffe in Hulst, im Jahr 1269 (vgl. ebd., Nr. 764); Konrad *dictus Vuz*, Schöffe zu Kaiserswerth, im Jahr 1279 (vgl. Wolfgang Pagenstecher, Burggrafen- und Schöffensiegel von Kaiserswerth, in: Düsseldorfer Jb. 44, 1947, S. 117–154, hier S. 132, Abb. 6); Hendrik Braen, Schöffe von Bergen op Zoom, im Jahr 1287 (vgl. Corpus Sigillorum Neerlandicorum [wie oben], Nr. 766); Gijsbert van Ossendrecht im Jahr 1290/91 (vgl. ebd., Nr. 1114); Bernard van Breda im Jahr 1291 (vgl. ebd., Nr. 790); Gilles uit den Tuin, Schöffe von Aardenburg, im Jahr 1292 (ebd., Nr. 1265); Hendrik Bogaert, Schöffe von Osterwijk, im Jahr 1296 (ebd., Nr. 734); Gottfried de Campo, Schöffe zu Zülpich, im Jahr 1297 (vgl. Bernhard Wißmann, Katalog der Zülpicher Hochgerichtsschöffen und ihrer Siegel – Biogramme, Siegelbeschreibungen und -abbildungen, in: ders., Neue Beiträge [wie Anm. 15], S. 145, Nr. 1); Heinrich dictus Remplin, Schöffe zu Zülpich, im Jahr 1297 (vgl. ebd., Nr. 4); Johann de Juliaco, Schöffe zu Zülpich, im Jahr 1297 (vgl. ebd., Nr. 5); Gottfried filius Alberti, Schöffe zu Zülpich, im Jahr 1297 (vgl. ebd., Nr. 7); Arnoud zoon van Bernard van Breda im Jahr 1298 (vgl. Corpus Sigillorum Neerlandicorum [wie oben], Nr. 791).

eine runde Form auf.[17] Im seit etwa 1250 einsetzenden Corpus der Regensburger Bürgersiegel – dabei handelt es sich um das bisher umfassendste Werk zu den Bürgersiegeln einer deutschen Stadt – existieren zwar vier spitzovale Siegel von Regensburger Bürgerinnen, allerdings gibt es keinen einzigen Beleg für ein spitzovales Siegel eines Bürgers.[18] Besser steht es um die Literatur zu den Schöffensiegeln. Aber auch im 50 Siegel umfassenden und von 1253 bis 1300 reichenden Corpus der Maastrichter Schöffensiegel sind keine spitzovalen Formen belegt.[19] Dasselbe gilt für das Corpus der 48 von 1269 bis 1443 datierenden Trierer Schöffensiegel,[20] für das 47 Siegel umfassende und von 1286 bis 1342 reichende Corpus der Duisburger Schöffensiegel,[21] für die 15 Düsseldorfer Schöffensiegel aus der Zeit von 1305 bis 1395,[22] und schließlich für die 291 von 1311 bis 1798 reichenden Aachener

17 Nur vereinzelt lassen sich auch andere Formen finden, etwa schildförmig, dreieckig oder sechseckig. Die Siegel von weltlichen bzw. adeligen Frauen und Bürgerinnen hingegen nutzten die spitzovale Siegelform auch im 14. Jahrhundert noch regelmäßig; vgl. Stieldorf, Frauensiegel (wie Anm. 15), S. 61; Claudia Feller, Frauensiegel im hochmittelalterlichen Österreich, in: Urkunden – Schriften – Lebensordnungen. Neue Beiträge zur Mediävistik. Vorträge der Jahrestagung des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung aus Anlass des 100. Geburtstags von Heinrich Fichtenau (1912–2000) (Wien, 13.–15. Dezember 2012), hg. v. Andreas Schwarcz und Katharina Kaska, Wien 2015 (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 63), S. 273–291.

18 Vgl. Peter Urbanek, Wappen und Siegel Regensburger Bürger und Bürgerinnen im Mittelalter (bis 1486): ein Katalog der Wappen und Siegel mit einer Untersuchung zum Siegelrecht und zum Wappen- und Siegelgebrauch (Regensburger Studien 7), Regensburg 2003. Ein von Urbanek als spitzoval bezeichnetes Bürgersiegel ist tatsächlich rund (vgl. ebd., S. 103, Siegel des Marquart Kölner). Die vier spitzovalen Siegel von Regensburger Bürgerinnen sind diejenigen von Irmgart Gumprecht in einem ersten Abdruck vom Jahr 1326 (vgl. ebd., S. 320), Agnes Straubinger in einem Abdruck vom Jahr 1341 (ebd., S. 328), Cäcilia Woller in einem Abdruck vom Jahr 1341 (ebd., S. 330) und Elisabeth Weintinger in einem ersten Abdruck vom Jahr 1349 (ebd., S. 329). Bedauerlicherweise beachtet Urbanek Jüdinnen und Juden, die in Regensburg ebenfalls Formen des Bürgerrechts besaßen, nicht. Doch auch von diesen ist in Regensburg kein spitzovales Siegel bekannt; vgl. Lehnertz, Judensiegel (wie Anm. 14), worin immerhin das spitzovale Siegel des Schaffhausener Juden Jakob vom Jahr 1343 belegt ist (vgl. ebd., Bd. 2, JS01, Nr. 41).

19 Vgl. Gerard H. A. Venner, Maastrichtse schepenzegels uit de dertiende eeuw, in: Achter de Minderbroeders. Opstellen over bijzondere stukken en voorwerpen van het Rijksarchief in Limburg, hg. v. dems., Régis de la Haye und J. H. M. M. van Hall (Publicaties Rijksarchief Limburg 4), Maastricht 1996, S. 155–177.

20 Vgl. Theresia Zimmer, Trierer Schöffen im Siegelbild vom 13. bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts, in: Jb. für westdeutsche Landesgeschichte 19, 1993, S. 189–204.

21 Vgl. Joseph Milz, Siegel und Wappen der alten Duisburger Schöffenfamilien im 13. und 14. Jahrhundert, in: Duisburger Forschungen 23, 1976, S. 12–22.

22 Vgl. Friedrich Küch, Die ältesten Düsseldorfer Schöffensiegel, in: Beiträge zur Geschichte des Niederrheins 9, 1895, S. 1–16.

Schöffensiegel.[23] Damit besitzen wir ein, wenn auch nicht für das gesamte Reichsgebiet, so doch für den Westen und Nordwesten des Reichs relativ aussagekräftiges und repräsentatives Corpus von Bürger- und Schöffensiegeln, das spitzovale Siegelformen für diese spezifische Gruppe von Siegelführern nur für das 13. Jahrhundert belegt.

Wir befinden uns mit dem 13. Jahrhundert auch in der Frühphase der bürgerlichen Siegelführung im Reichsgebiet mit dem frühesten Beleg für ein Bürgersiegel – und zwar spitzoval – in Köln vom Jahr 1226.[24] Nach 1300 aber dominieren eindeutig die Rundsiegel bei Bürgern und Schöffen, während spitzovale Bürgersiegel nach 1300 bisher nicht nachgewiesen werden konnten.[25]

Daraus folgt als erstes Ergebnis, dass das »Judensau«-Typar aufgrund seiner spitzovalen Form mit hoher Wahrscheinlichkeit im 13. Jahrhundert entstanden ist. Das gilt jedenfalls unter der Voraussetzung, dass es sich um ein Bürgersiegel handelt, aber wahrscheinlich auch für den Fall, dass es einem Ministerialen gehört haben sollte – wofür es, wie unten noch zu erläutern ist, gewisse Anhaltspunkte gibt –, der gleichzeitig auch Bremer Bürger gewesen sein könnte.

(2.) Größe:
Aus den wenigen schon erwähnten Werken zu Bürger- und Schöffensiegeln des Reichsgebiets geht deutlich hervor, dass diese Siegel während des 14. Jahrhunderts in ihrer Größe signifikant abnehmen. So verkleinert sich etwa die durchschnittliche Höhe der schildförmigen Regensburger Bürgersiegel von 45 mm im 13. Jahrhundert auf 30 mm im 14. Jahrhundert.[26] Gleichzeitig ist das Typar Jakob Pils mit 39 x 24 mm für ein bürgerliches Siegel auffällig groß, was erneut für das 13. Jahrhundert und damit für die Frühzeit der bürgerlichen Siegelführung spricht, in der vieles noch nicht festgelegt war.[27] Die Bürgerinnen und Bürger orientierten sich in dieser Zeit an den Siegeln der schon länger siegelführenden Geistlichen und Adeligen. Sofern unsere noch zu erläuternde These von einem »bürgerlichen Ministerialensiegel« zutrifft, wäre eine entsprechend frühe Siegelführung umso plausibler.

23 Vgl. Luise Freiin von Coels von der Brügghen, Die Schöffen des Königlichen Stuhls von Aachen von der frühesten Zeit bis zur endgültigen Aufhebung der reichsstädtischen Verfassung 1798, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 50, 1928, S. 1–596.

24 Siehe dazu Anm. 16.

25 Eine Ausnahme mag das in Anm. 18 erwähnte Judensiegel sein, wobei hier nicht bekannt ist, ob der Siegelführer Bürgerstatus besaß.

26 Vgl. Urbanek, Wappen (wie Anm. 18), S. 36. Diese Beobachtung gilt auch für andere Siegelführergruppen. Zum Niederadel vgl. Wolfhard Vahl, Fränkische Rittersiegel. Eine sphragistisch-prosopographische Studie über den fränkischen Niederadel zwischen Regnitz, Pegnitz und Obermain im 13. und 14. Jahrhundert, 2 Bde. (Veröffentlichung der Gesellschaft für Fränkische Geschichte 9/44), Neustadt a. d. Aisch 1997, Bd. 1, S. 42, der eine deutliche Verkleinerung der Siegel ab dem Jahr 1310 verzeichnet.

27 Vgl. hierzu Diederich, Siegelkunde (wie Anm. 7), S. 142 f.

(3.) Bild:
Die Darstellung des Schweins erlaubt keine nähere zeitliche Einordnung des Siegels. Hausschweine hatten im Mittelalter ganz allgemein noch eine relativ große Ähnlichkeit mit Wildschweinen: Sie waren relativ schlank und hochbeinig und am ganzen Körper behaart, hatten insbesondere vom Nacken über den gesamten Rücken bis zum Schwanz einen Borstenkamm, und entsprechen damit abgesehen vom nicht sehr schweineähnlichen Kopf recht genau dem hier dargestellten Tier. Nach Ausweis entsprechender Bilder zeigen sich zwar teilweise schon im Spätmittelalter Merkmale, die in die Richtung moderner Hausschweine weisen, wie ein niedrigerer und gestreckterer Körperbau, eine Abnahme der Behaarung gegenüber einer Zunahme an Speck und Hängeohren,[28] aber noch Bilder des 16. Jahrhunderts zeigen gelegentlich denselben Typus Schwein wie er auf dem »Judensau«-Typar zu sehen ist.[29]

Anders sieht es mit der Kleidung und insbesondere mit dem Hut des hinter dem Schwein knienden Juden aus. Der sogenannte Judenhut oder *pileus cornutus* (»gehörnter Hut«) war ein aus älteren Kopfbedeckungen entwickelter spezifisch geformter Hut, der von den jüdischen Männern des aschkenasischen Raums (England, Nordfrankreich, Norditalien, Deutschland und die östlich angrenzenden Gebiete) vom 11. Jahrhundert bis ins 14. oder 15. Jahrhundert getragen und in dieser Zeit sowie in diesem Raum auch – unabhängig von der Frage, ob die betreffenden Juden in der jeweiligen Situation tatsächlich einen Judenhut getragen hatten oder nicht – zur Kennzeichnung von männlichen Juden in bildlichen Darstellungen verwendet wurde.[30] Diese Kennzeichnung war ursprünglich neutral, also ohne pejorative Konnotation.[31] In

28 Vgl. z.B. die Schweine links vorne auf dem Bild von Jörg Breu d. Ä. »Salzstreuung des hl. Bernhard für Haustiere« (Flügelaltar in der Stiftskirche von Zwettl, Niederösterreich, um 1500, https://realonline.imareal.sbg.ac.at/detail/nr-000405/ [18.07.2021]).

29 Vgl. z.B. https://realonline.imareal.sbg.ac.at/detail/nr-000952/ (Votivbild von 1513 in der Pfarrkirche von Großgmain, Salzburg [18.07.2021]); die Beispiele lassen sich beinahe beliebig vermehren.

30 Vor allem in der englischsprachigen Literatur gibt es eine Tendenz, den Judenhut weniger als real getragenes Kleidungsstück als vor allem als Marker für Juden in diversen – christlichen wie jüdischen – Bilddarstellungen zu sehen, siehe dazu Birgit Wiedl, Jews and Anti-Jewish Fantasies in Christian Imagination in the Middle Ages, in: Albrecht Classen (Hg.), Imagination and Fantasy in the Middle Ages and Early Modern Time. Projections, Dreams, Monsters, and Illusions, Berlin/Boston 2020 (Fundamentals of Medieval and Early Modern Culture 24), S. 573–606.

31 Der aktuelle Forschungsstand und weitere Literatur zum Judenhut bei Lehnertz, Judensiegel (wie Anm. 14), hier Bd. 1, S. 71–77; Markus J. Wenninger, Von *fideles nostri [...] Iudaei* zu *Jud!* Der soziale Abstieg des deutschen Judentums im späteren Mittelalter am Beispiel ausgewählter Problembereiche, in: Kurt Andermann und Gustav Pfeiffer (Hg.), Soziale Mobilität in der Vormoderne. Historische Perspektiven auf ein zeitloses Thema. Akten der internationalen Tagung Brixen, Bischöfliche Hofburg und Priesterseminar 11. bis 14. September 2019, Innsbruck 2020 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 48),

durchaus anachronistischer Art wurden deshalb oft auch Propheten, alttestamentarische Juden, Juden der Zeit Jesu und manchmal sogar Jesus selbst (in der Emmaus-Szene, in der er sich zunächst unerkannt als Jude unter Juden bewegt) mit einem Judenhut dargestellt,[32] gelegentlich auch Heilige, vor allem Josef. Sehr ungewöhnlich ist diesbezüglich das im Jahr 1300 erstmals belegte erste Siegel der Stadt Toul, das die Steinigung des hl. Stephanus zeigt. Bei diesem wegen der weiten Verehrung des Stephanus oft ins Bild gesetzten Thema wird häufig die gemäß der Bibel (Apg 6,8–7,60) jüdische Identität der Steinigenden betont. Auf dem ersten Siegel von Toul trägt aber, möglicherweise als singuläres Beispiel, Stephanus einen Judenhut, der ihn steinigende Jude (in diesem Bild ist es nur einer) dagegen anscheinend nicht.[33] Auf dem zweiten Siegel ist dann die übliche Bekleidungsordnung wieder hergestellt.[34]

Wie alle Kleidungsstücke durchlief auch der Judenhut verschiedene modebedingte Entwicklungsstufen, und auch mit regionalen Unterschieden ist zu rechnen. Eine genauere Aufarbeitung der verschiedenen Formen und ihrer Entwicklung ist zwar noch ein Desiderat der Forschung, aber die wesentlichen Entwicklungslinien können doch gezeichnet werden. So zeigt sich, dass die im 11. Jahrhundert noch eher rundlichen Kappen der Juden, wie sie in den Prophetenfenstern des Augsburger Doms zu sehen sind, im 12. Jahrhundert am Scheitel zunehmend spitzer werden, während sie am unteren Ende häufig eine zunächst noch schmale, dann aber breiter werdende Krempe erhalten. Typisch für diese Entwicklung sind die Hüte der im Kreuzigungsbild des Bremer Lombardus-Psalters aus dem Jahr 1166 – der allerdings nicht in Deutschland, sondern in Nordfrankreich oder England hergestellt wurde – zahlreich dargestellten Juden.[35]

S. 145–171, hier S. 147 und 165f.; siehe auch Heinz Schreckenberg, Die christlichen Adversus-Judaeos-Texte (11.–13. Jh.). Mit einer Ikonographie des Judenthemas bis zum 4. Laterankonzil (Europäische Hochschulschriften XXIII, 335), Frankfurt am Main u.a. 1988, S. 629–635 (»Zur Vorgeschichte des mittelalterlichen Judenhutes«).

32 Vgl. etwa die Emmaus-Szene, in der nicht nur die beiden Jünger, sondern auch Jesus einen Judenhut tragen, im sogenannten Psalter Ludwigs des Heiligen der Universitätsbibliothek Leiden, fol. 27^{r} (https://digitalcollections.universiteitleiden.nl/view/item/1611833 [18.07.2021]); der Psalter war zwar später im Besitz Ludwigs, wurde aber schon in den 1190er Jahren in England hergestellt.

33 Das Siegel ist leider nicht optimal erhalten; ein Schatten, der um den Kopf des Juden zu sehen ist, könnte der Rest der Krempe eines Judenhuts sein. Zum Siegel vgl. Manfred Groten, Vom Bild zum Zeichen. Die Entstehung korporativer Siegel im Kontext der gesellschaftlichen und intellektuellen Entwicklungen des Hochmittelalters, in: Markus Späth (Hg.) und Saskia Hennig von Lange (Bearb.), Die Bildlichkeit korporativer Siegel im Mittelalter. Kunstgeschichte und Geschichte im Gespräch (Sensus. Studien zur mittelalterlichen Kunst 1), Köln u.a. 2009, S. 65–88, hier S. 82f. (mit Abb. 5), und http://www.sigilla.org/sceau-type/toul-premier-sceau-80440 (18.07.2021).

34 Siehe http://www.sigilla.org/sceau-type/toul-deuxieme-sceau-80442 (19.07.2021).

35 Siehe die Abb. 5 bei Elmshäuser, Ein Pfandleiher (wie Anm. 1), S. 79.

Abb. 3: Juden aus der Reihe der Verdammten am ehemaligen Westlettner im Mainzer Dom, um 1239; jetzt Dommuseum, Inv.-Nr. PS 00091 (Foto: M. J. Wenninger)

Der genannte Trend verstärkte sich in den folgenden Jahrzehnten, sodass noch im 12. Jahrhundert die in weiterer Folge typische, wenn auch in vielen Variationen vorkommende Form mit dem namengebenden Horn auf dem Scheitel und einer mehrheitlich flachen und breiten, manchmal aber auch fehlenden Krempe erreicht wurde (s. Abb. 3). Die häufigste Form des Judenhuts im 13. Jahrhundert entsprach jener, wie sie auf einigen der um 1250 angefertigten Glasfenster der Stiftskirche Bücken zu sehen ist. Der Hut des dort im Bild von der Gefangennahme Jesu gezeigten bewaffneten jüdischen Knechts[36] kommt mit seiner etwas aufgebogenen Krempe und dem Horn der Form des Judenhuts auf dem Heiligenberger Siegeltypar schon recht nahe. Auch die etwa knielangen, langärmligen und kittelartigen Obergewänder der beiden Juden auf dem Glasfenster und dem Siegel entsprechen sich recht gut. Für eine sichere Datierung reichen diese Ähnlichkeiten allerdings nicht.

36 Abgebildet bei Elmshäuser, Ein Pfandleiher (wie Anm. 1), S. 78, Abb. 4.

Denn obwohl im 14. Jahrhundert die Judenhüte überwiegend jene kegelähnliche Form annahmen, die sich im Bückener Glasfenster schon andeutet, und überdies dem Horn des Hutes meistens ein Knauf aufgesetzt wurde, kamen daneben auch die alten runden Formen noch lange vor. Das ist an der etwa 1325–1330 im alemannischen Raum entstandenen ältesten Bilderhandschrift des *Speculum humanae salvationis*[37] gut zu demonstrieren: Fol. 24^{v} zeigt zwei Bilder von der Dornenkrönung und Verspottung Jesu mit zahlreichen Juden (siehe Abb. 4). Die Mehrzahl von ihnen trägt verschiedene Varianten der alten runden Form des Judenhuts, daneben ist aber auch die jüngere geschweifte Kegelform zu sehen (zweiter von links). Weitere Bilder im Codex zeigen zu dieser Zeit moderne Formen des Judenhuts mit Knauf auf dem Horn.[38] Der Judenhut des Typars weist damit tendenziell zwar in das 13. Jahrhundert, kann aber zumindest für das erste Drittel des 14. Jahrhunderts nicht ausgeschlossen werden. Dasselbe gilt für das Obergewand des Juden auf dem Typar, das in sehr ähnlicher Form noch von den Juden des *Speculum humanae salvationis* getragen wird.

Abb. 4: Speculum humanae salvationis, ca. 1325–1330: Juden mit Judenhut bei der Dornenkrönung und Verspottung Jesu, Stiftsbibliothek Kremsmünster, Cod. Cremifan. 243, fol. 24^{v} (s. Anm. 37)

Auch die auf den Wangen des Bremer Chorgestühls dargestellten Juden, insbesondere die an der Steinigung des hl. Stephanus beteiligten[39], zeigen, dass sich alte Judenhutformen sogar bis in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts fortsetzen konnten. Deutliche Unterschiede gibt es allerdings doch: Die Hüte der steinigenden Juden haben keine Krempe, jene auf den anderen

37 Heute als Codex Cremifanensis 243 in der Stiftsbibliothek Kremsmünster; Faksimile-Ausgabe Graz 1972 (Codices Selecti 32), in verkleinertem Format Graz 1997 (Glanzlichter der Buchkunst 7).

38 Z. B. fol. 11^{v}, 21^{v}, 22^{r}, 35^{r}, 36^{v} und öfter.

39 Siehe Elmshäuser, Ein Pfandleiher (wie Anm. 1), S. 85, Abb. 8.

Chorgestühlwangen, die offensichtlich von einem anderen Künstler gefertigt wurden, ähneln sehr viel mehr Helmen in der Art von Eisenhauben und sind nur durch das aufgesetzte Horn als Judenhüte kenntlich.[40] Im Hinblick auf diese großen Unterschiede stellt sich freilich die Frage, ob die Künstler aus der Realität ihrer Lebenswelt überhaupt Judenhüte kannten oder nicht nur ein altes Stereotyp zur Kenntlichmachung der Juden verwendeten, während zumindest in ihrer norddeutschen Umgebung zu dieser Zeit tatsächlich gar keine Judenhüte (mehr?) getragen wurden.

(4.) Inschrift:
Die beiden kräftig ausgeführten Perlreihen, welche die Umschrift einrahmen, bieten keine Möglichkeit für eine Datierung.[41] Das als *invocatio dei* zu deutende Kreuz hingegen entspricht ganz der Mode der Zeit um 1240/50.[42] Auch die fehlende Trennung der Wörter in der Umschrift deutet auf die Frühzeit der bürgerlichen Siegelführung hin: Einzelne Wörter der Umschrift wurden schon relativ bald entweder durch kleine Abstände, durch die Verwendung von Punkten in der Mitte der Zeile (·), durch Doppelpunkte (:) oder – auch schon im 13. Jahrhundert – durch Dreifachpunkte (⁝) kenntlich gemacht.[43] Die altertümliche Verfahrensweise ohne Distinktionen in der Umschrift des Heiligenberger Siegels ist deshalb ein Argument für eine sehr frühe Entstehung des Typars, also eher in der ersten als in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Eine Umschrift ohne Worttrennung wäre im 14. Jahrhundert jedenfalls ganz unzeitgemäß.

Sekretsiegel wurden vor allem als Rücksiegel zum Hauptsiegel des Siegelführers benutzt, verschiedentlich aber auch selbständig.[44] Als Rücksiegel waren sie meistens kleiner als Hauptsiegel; die Bezeichnung als Sekretsiegel weist daher erneut auf seine außergewöhnliche Größe hin, die nicht zu den Bürgersiegeln des 14. und 15. Jahrhunderts passt. Ferner stimmen die Beobachtungen der sphragistischen Forschungen zum Sekretsiegel mit einer

40 Ebd., S. 81f., Abb. 6 und 7. Zu verschiedenen Formen des Judenhuts im 12. und 13. Jahrhunderts siehe auch Heinz Schreckenberg, Die Juden in der Kunst Europas. Ein historischer Bildatlas, Göttingen 1996, S. 79–89, zu Formen des 14. und 15. Jahrhunderts ebd., S. 89–121.

41 Vgl. Harald Drös, Siegelepigraphik im Umfeld des ältesten Kölner Stadtsiegels, in: AfD 39, 1993, S. 149–200, hier S. 156–158, 161f.; Diederich, Siegeldatierung (wie Anm. 10), hier S. 64f. mit Anm. 145.

42 Vgl. Toni Diederich, Zur Bedeutung des Kreuzes am Anfang von Siegelumschriften, in: Graphische Symbole in mittelalterlichen Urkunden. Beiträge zur diplomatischen Semiotik (Historische Hilfswissenschaften [Sigmaringen] 3), hg. v. Peter Rück, Sigmaringen 1996, S. 157–166. Für Juden sind Kreuze in Siegelumschriften selbstverständlich nicht üblich, können aber nicht völlig ausgeschlossen werden, vgl. Lehnertz, Judensiegel (wie Anm. 14), S. 51.

43 Im Spätmittelalter wurden ferner kleine Kreuzchen, Rosetten oder andere Zeichen zur Absetzung der einzelnen Wörter in der Umschrift benutzt. Vgl. hierzu insgesamt Vahl, Rittersiegel 1 (wie Anm. 26), S. 198–210.

44 Vgl. Toni Diederich, Geschäftssiegel. Untersuchungen zur Verbreitung, Funktion und Bedeutung des Sigillum ad causas im Rheinland, in: AfD 21, 1975, S. 459–498, hier S. 487f.

Verwendung des Typars im 13. Jahrhundert überein.[45] Solche Sekretsiegel sind mit dem einleitenden Wort SECRETVM und nachfolgender Namensnennung etwa beim Adel im deutschen Nordwesten seit 1203 und über das ganze 13. Jahrhundert hinweg verbreitet. Für Geistliche sind sie in dieser Zeit seltener belegt.[46] Wichtig ist, dass spitzovale Sekretsiegel für das 13. Jahrhundert mehrfach überliefert sind. Damit gab es seit dem frühen 13. Jahrhundert durchaus Vorbilder für das Sekretsiegel Jakob Pils. Es gibt ferner wenig Zweifel daran, dass das Heiligenberger Sekretsiegel als selbständiges Siegel konzipiert und verwendet wurde. Wäre es lediglich als Gegensiegel – solche gibt es auch bei Bürgern gelegentlich[47] – geschaffen worden, so hätte das entsprechende Hauptsiegel nochmal deutlich größer sein müssen, was sehr unwahrscheinlich ist.

Abkürzungen weist die Siegelinschrift keine auf. Dass das richtig als PIL zu lesende Wort keine Abkürzung für PIG(NERATORIS) ist, geht aus mehreren Beobachtungen hervor, vor allem daraus, dass es sich bei dem dritten Buchstaben um ein L und nicht um ein G handelt. Außerdem wären, wenn man in der Umschrift Kürzungen hätte vornehmen wollen, vorrangig andere Wörter gekürzt worden;[48] offenbar war aber genug Raum für das Ausschreiben aller Wörter in der Siegelumschrift vorhanden.

Als sicherste Methode zur Datierung des Typars aber gilt der paläographische Vergleich. Hierfür existieren sehr gute Vorarbeiten nicht nur für die allgemeine Epigraphik,[49] sondern auch explizit für die Siegel-

45 Vgl. Kittel, Siegel (wie Anm. 15), S. 145–156; ders., Siegelstudien. I. Briefverschlußsiegel, Rücksiegel, Sekrete, in: AfD 5–6, 1959–1960, S. 430–478, hier S. 430–440.

46 Vgl. etwa das selbständig, also nicht als Rücksiegel genutzte, spitzovale Sekretsiegel Christians, Kanonikers zu St. Maria in Utrecht, in einem Abdruck vom Jahr 1265 mit einer Größe von ca. 36 x 22 mm (Corpus Sigillorum Neerlandicorum [wie Anm. 16], Nr. 208).

47 Für ein frühes Beispiel vgl. Urbanek, Wappen (wie Anm. 18), S. 62 (Hainrich von Auwe, Abdruck von 1272), S. 121.

48 Nämlich anstelle des auf Siegeln völlig unüblichen Wortes PIG(NERATORIS) zweifellos eher das gut bekannte SECRETVM – und zwar als SECRET(VM), SECRETV(M) oder gar als S(ECRETVM), wie mehrfach belegt – oder der Ort BREMENSIS – etwa als BREMEN(SIS) oder BREM(ENSIS); PIG aber erscheint für Adressaten des Siegels, selbst mit Hinweis auf einen Zusammenhang mit dem Bildprogramm des Schweins, ungleich schwerer zu verstehen und wäre, wenn überhaupt, wohl zumindest als PIGN(ERATORIS) oder eher PIGNER(ATORIS) abgekürzt worden. Außerdem existieren in der Siegelumschrift keine Abkürzungszeichen, wie sie etwa bei S'(IGILLVM) (findet sich z.B. auf dem Siegel des 1261 in einem Abdruck belegten Siegel des Bremer Bürgers Heinrich Doneldey; vgl. Andreas Röpcke, Die ältesten Bremer Bürgersiegel, in: Brem.Jb. 57, 1979, S. 9–14) oder SIGILLV̄(M) und anderen Wörtern tausendfach nachgewiesen sind und auch hier mit einiger Wahrscheinlichkeit erwartet werden können.

49 Vgl. etwa Rudolf M. Kloos, Einführung in die Epigraphik des Mittelalters und der frühen Neuzeit (Die Kunstwissenschaft), Darmstadt 1980; Walter Koch, Inschriftenpaläographie des abendländischen Mittelalters und der frühen Neuzeit. Bd. 1: Früh- und Hochmittelalter, Wien 2007.

kunde.[50] Die Schrift des »Judensau«-Typars ist, wie schon erwähnt, als Mischmajuskel zu bezeichnen.[51] Da sich die Entwicklung der Schrift auf den Siegeln im Reichsgebiet im Wesentlichen gleichmäßig entwickelt hat, können die Ergebnisse entsprechender sphragistisch-epigraphischer Studien gut zur Datierung des von uns diskutierten Typars herangezogen werden. So deutet der Schriftduktus auf die späte Stauferzeit hin: Das unziale E (viermal im Heiligenberger Typar), war – sogar mit leicht geschwungenem Abschlussstrich – zu dieser Zeit schon seit Jahrzehnten etabliert.[52] Gerade in Bezug auf das E lohnt sich übrigens auch ein Vergleich mit dem ersten Siegel der Stadt Bremen von etwa 1230.[53] Denn während die ersten drei E des Heiligenberger Typars eine relativ gerundete Form zeigen, ist das vierte, also das zweite E in BREMENSIS, deutlich eckiger ausgeführt. Dafür scheint das Stadtsiegel Vorbild gewesen zu sein, denn in dessen Umschrift sind im Wort BREMENSIS die beiden E ebenfalls ungleich gestaltet. Die Unterschiede – zuerst ein fast kreisförmig rundes E etwa in der Form eines modernen G, dann ein sehr eckiges, sind dort sogar in beide Richtungen noch deutlich stärker ausgeprägt (s. Abb. 5).

Abb. 5: Erstes Siegel der Stadt Bremen aus der Zeit um 1230, Abguss (Foto: StAB)

50 Vgl. Diederich, Siegeldatierung (wie Anm. 10), S. 33–72 (mit weiterer Literatur); Drös, Siegelepigraphik (wie Anm. 41).

51 Die Mischung geht so weit, dass sowohl kapitales wie auch unziales E, H, M, N und T in ein und derselben Inschrift vorkommen können. Dies erlaubte dem Siegelstecher, unter Berücksichtigung des für die Siegelinschrift zur Verfügung stehenden Raums die Buchstabenformen frei zu wählen; vgl. Diederich, Siegeldatierung (wie Anm. 10), S. 46.

52 Vgl. Rainer Kahsnitz, Siegel und Goldbullen, in: Die Zeit der Staufer (wie Anm. 9), hier Bd. 1, S. 64 f., Nr. 96, mit Abb. Bd. 3, Tafel LXV, Nr. 91: Siegel des Abts Siegfried von Hersfeld vom Jahr 1180; Bd. 1, S. 65 f., Nr. 98, mit Abb. Bd. 3, Tafel VXVII, Nr. 93: Siegel des Erzbischofs Johann I. von Trier vom Jahr 1190.

53 Abbildung in: Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Franzosenzeit (1810), erw. und verb. Aufl. Bremen 1995, S. 48.

Das unziale M in seiner charakteristischen Form, bestehend aus einem geschlossenen Bogen (in Form eines O) links und einem angehängten offenen runden Bogen mit nach rechts abgebogenem Ende (in Form eines Fragezeichens ohne Punkt) ist im Reichsgebiet schon im Siegel König Ottos IV. von 1198 belegt.[54] Für die Datierung aber ist wichtig, dass es daneben noch zwei andere unziale Formen des M gibt, nämlich das symmetrisch aufgebaute M mit Bögen links und rechts, in einer Form unten offen, in der anderen unten mit Abschlussstrich geschlossen. Die letztgenannten Formen kommen beide in dem Siegel der Stadt Blankenberg vor, das ziemlich genau auf 1245/1246

54 Vgl. Kahsnitz, Siegel und Goldbullen (wie Anm. 52), Bd. 1, S. 25f., Nr. 36, mit Abb. Bd. 3, Tafel X, Nr. 10. In Frankreich ist es schon in dem ab 1137 geführten Siegel König Ludwigs VII. (1137–1180) belegt (vgl. Martine Dalas-Garrigues, Corpus des sceaux français du Moyen Âge, Bd. 2: Les sceaux des rois et de égence, Paris 1991, S. 146). Zahlreiche weitere Beispiele häufen sich seit etwa 1220, so etwa das Siegel der Abtei St. Eucharius und Matthias in Trier um 1219 (vgl. Kahsnitz, Siegel und Goldbullen [wie Anm. 52], Bd. 1, S. 76f., Nr. 114, mit Abb. Bd. 2, Nr. 44); das Siegel der Stadt Halberstadt vor 1223 (vgl. ebd., Bd. 1, S. 90f., Nr. 136, mit Abb. Bd. 2, Nr. 65); das Siegel der Stadt Mühlhausen (Thür.) vor 1231 (vgl. ebd., Bd. 1, S. 92, Nr. 138, mit Abb. Bd. 2, Nr. 67); das zweite Siegel der Stadt Speyer zwischen 1212 und 1231 (vgl. ebd., Bd. 1, S. 93f., Nr. 140, mit Abb. Bd. 2, Nr. 69); das Siegel der Stadt Doetinchem (NL) vom Jahr 1228 (vgl. Corpus Sigillorum Neerlandicorum [wie Anm. 16], Nr. 583, mit Beleg von 1236; Toni Diederich, Rheinische Städtesiegel [Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Jb. 1984/85], S. 238, mit Abb. 47, mit Beleg von 1228); das zweite Siegel der Stadt Boppard zwischen 1228 und 1234 (vgl. Kahsnitz, Siegel und Goldbullen [wie Anm. 52], Bd. 1, S. 95, Nr. 142, mit Abb. Bd. 2, Nr. 71); das Siegel der Stadt Recklinghausen, bald nach 1236, jedoch erst 1253 erstmals belegt (vgl. Julia König, Das mittelalterliche Siegel Recklinghausens im Kontext früherer rheinisch-westfälischer Städtesiegel, in: Vestischer Kalender 77, 2006, S. 177–122, hier S. 120, mit Abb.); das Siegel der Stadt Essen, kurz vor 1244 (vgl. Rainer Kahsnitz, Das große Essener Stadtsiegel im Germanischen Nationalmuseum zu Nürnberg, in: Das Münster am Hellweg 23, 1970, S. 25–42, hier S. 35; Diederich, Rheinische Städtesiegel [wie oben], S. 232); das Siegel der Stadt Konstanz von 1246 (vgl. Volker Steck, Das Siegelwesen der südwestdeutschen Reichsstädte im Mittelalter, Esslingen 1994, S. 70, mit Abb. 63); das Sekretsiegel Wilhelms von Dampierre vom Jahr 1248 (vgl. René Laurent, Les sceaux des princes territoriaux Belges du X^{e} siècle à 1481, Tome 2, Bruxelles 1993, Taf. 35, Nr. 43); das Siegel der Schleswiger Knutsgilde, um die Mitte 13. Jahrhunderts (vgl. Kahsnitz, Siegel und Goldbullen [wie Anm. 52], Bd. 1, S. 104, Nr. 157, mit Abb. Bd. 2, Nr. 87); das Siegel der Stadt Rottweil von vor 1280, mit urkundlicher Ersterwähnung schon vor 1251 (vgl. ebd., Bd. 1, S. 99, Nr. 149, mit Abb. Bd. 2, Nr. 78); das zweite Siegel der Stadt Bingen, 1253 erstmals belegt (vgl. Diederich, Rheinische Städtesiegel [wie oben], S. 180–183, mit Abb. 16); das Siegel der Stadt Wismar von vor 1256 (vgl. Heino Wiechell, Das Schiff auf Siegeln des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, Lübeck 1971, S. 36, Abb. 29); das Siegel Wilhelms von Aichach, Ministeriale des Hochstiftes Brixen vom Jahr 1256 (vgl. Siegel und Macht. Mittelalterliche Siegel aus dem Staatsarchiv Bozen [Ausstellungskatalog], Bozen 2002, S. 94f., mit Abb.); das Siegel der Stadt Prag von 1264 (vgl. Jarmila Krejčíková, Introduction à la sigillographie tchèque. Les premiers siècles du sceau en Bohème, in: AfD 39, 1993, S. 79).

datiert werden kann.[55] Dieses charakteristische unziale M kommt im Heiligenberger Siegel zweimal vor, allerdings in zwei deutlich unterscheidbaren Varianten. Während beim M im Wort SECRETVM der rechte (offene) Bogen oben auf gleicher Höhe mit dem linken (geschlossenen) Bogen abschließt, aber unten ein wenig tiefer gezogen ist, ist beim M im Wort BREMENSIS der gesamte rechte Bogen gegenüber dem linken, der sich in das Zweilinienschema der Umschrift gut einfügt, deutlich höhergestellt (s. oben Abb. 2).

Besonders auffällig im Siegel Jakob Pils ist die im Verhältnis zum Raum des Bildfeldes recht große und zugleich kräftige, ja geradezu massige Umschrift. Sie erhält damit ein optisches Gewicht, das in dieser Weise nicht oft anzutreffen ist. Die Hauptbestandteile der Buchstaben, d.h. Schäfte, Balken und Bögen, sind in weitgehend gleicher, ungewöhnlicher Dicke ausgeführt, Fett-Fein-Gegensätze nur in Ansätzen vorhanden, weil der Feinstrich sich im Wesentlichen auf die Abschlussstriche bei C und unzialem E, den Mittelbalken des E, den Mittelteil des B, in dem beide Bögen zusammenlaufen, und vor allem den Schrägschaft des N beschränkt. Aufschlussreich für die Datierung der Schrift sind einige Buchstaben, die sich schon wenige Jahrzehnte später wesentlich anders präsentieren, nämlich das O, die geschlossene Bogenverbindung im unzialen M, das P und das C im Wort IACOBI, ferner das L im Wort PIL. Das O und die geschlossene Bogenverbindung im M sind in nahezu gleichmäßiger Dicke und zudem recht breit, fast kreisartig ausgeführt. Von der Höhenerstreckung und den Fett-Fein-Gegensätzen mit den kräftigen Bogenschwellungen, wie sie uns in den oben angeführten Siegeln der Stauferzeit teils ansatzweise, teils aber auch schon sehr deutlich begegnen (und sich in der Folgezeit noch steigern), ist im Siegel Jakob Pils nichts zu sehen. Gleiches gilt für die seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu beobachtenden zunehmenden Bogenschwellungen bei C und unzialem E. Das P des Heiligenberger Siegels lässt die harmonische Rundung des Bogens gänzlich vermissen, denn statt der späteren Bogenschwellung erscheint hier ein nur leicht gebogener fetter Strich. Das C in IACOBI ist ohne elegante Rundung, ja fast eckig und in fast einheitlicher Stärke, zudem auch ohne den im Wechselspiel zu der späteren Bogenschwellung angebrachten feinen Abschlussstrich (mit seinen später immer als Zierelement verwendeten Sporen) ausgeführt. Die Schaftenden bei B, N, P, R und – hier besonders deutlich – I sind mit kräftigen, spitz auslaufenden Serifen versehen, welche zu dem angenehmen, ruhigen Gesamtcharakter der Schrift beitragen. Als Vergleichsbeispiele für das Heiligenberger Siegel seien aus der obigen Liste der Siegel mit dem charakteristischen unzialen M hier genannt: das Siegel des Kölner Bürgers Wilhelm vom Jahr 1226; das Siegel der Stadt Doetinchem vom Jahr 1228; das Siegel der Stadt Bingen vom Jahr 1253 und das Siegel der Stadt Prag vom Jahr 1264. Die fehlende Worttrennung und die fehlenden Abkürzungen lassen an einen frühen Ansatz um 1230 denken, zumal die beiden

Die Beispiele ließen sich leicht vermehren. Das charakteristische M im Siegel Jakob Pils wurde in der folgenden Zeit zum festen Bestandteil der Siegelepigraphik. Allerdings bleibt auch das kapitale M im Formenvorrat der Siegelstecher.

55 Vgl. Diederich, Rheinische Städtesiegel (wie Anm. 54), S. 186–189, mit Abb. 21.

Siegel von 1228 (Doetinchem) und 1253 (Bingen) schon Ansätze zur Leichtigkeit und Eleganz des Schriftbildes der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts aufweisen. Auch das Stadtsiegel von Prag (1264) ist gegenüber dem Heiligenberger Siegel moderner, weil die Buchstaben etwas gestreckter sind, vor allem bei dem geschlossenen Bogen des unzialen M, der nicht mehr kreisartig ausgeführt ist, sondern eher ein Oval bildet. Das A im Prager Siegel weist zudem eine Zierform auf, eines der Elemente, die in der Folge auch bei anderen Buchstaben immer beliebter werden. Für den Buchstaben L lässt sich ferner das Deutzer Stadtsiegel aus der Zeit um 1230 heranziehen.[56] Darin enthalten ist auch das charakteristische unziale M sowie das unziale E.

Allgemein ist die Entwicklung der Siegelepigraphik um 1280 schon so weit fortgeschritten, dass sich nun die Einzelbuchstaben und damit auch der Gesamtduktus von der um 1250 verwendeten Schrift deutlich unterscheiden. Wohin die Reise nach der Mitte des 13. Jahrhunderts geht, wird sichtbar an der stärkeren Höhenerstreckung der oft enger zusammengerückten Buchstaben (bedingt durch den umfangreicheren Text der Umschriften), den Interpunktionszeichen zwecks Gliederung und besserer Lesbarkeit der Umschrift, den Zierelementen (zu denen auch die Schaftspaltungen gehören) und den Fett-Fein-Gegensätzen, welche mit Bogenschwellungen einerseits und Haarstrichen andererseits der Schrift eine neue Lebendigkeit und Ästhetik verleihen.[57]

Die für die charakteristischen Buchstaben, insbesondere für das unziale M, angeführten Vergleichsbeispiele legen damit eine Datierung des »Judensau«-Typars auf ca. 1240/1250 nahe – freilich mit einem Unsicherheitsfaktor von bis zu zwei Jahrzehnten.

Das Motiv der »Judensau« und sein Kontext

Unter einer »Judensau« versteht man einen um 1230 erstmals belegten Bildtypus, der sich seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts vor allem in Deutschland verbreitete. Er zeigt einen oder mehrere Juden, die, teilweise gemeinsam mit Ferkeln, an den Zitzen eines Mutterschweines saugen oder sich in anderer Art mit ihm beschäftigen, wobei vor allem der After und Exkremente des Schweins eine wesentliche Rolle spielen.[58] Die älteste derartige

56 Vgl. Diederich, Rheinische Städtesiegel (wie Anm. 54), S. 208–210, Abb. 31. Nachweise zu den Stadtsiegeln von Doetinchem, Bingen und Prag vgl. ebenfalls in Anm. 54; zum Siegel des Kölner Bürgers Wilhelm vgl. Anm. 16.

57 Frühe Beispiele für diese Entwicklung, die um 1300 allenthalben festzustellen ist, gibt es in Frankreich, sichtbar am Siegel König Philipps III. von 1267 (siehe Dalas-Garrigues, Corpus des sceaux français [wie Anm. 54], S. 160) und am Siegel des Domkapitels von Uppsala aus dem Jahre 1278 (siehe Clara Nevéus, Siegfried Heim und Lena Westling Karlsson, Medeltida Småkonst. Sigill i Riksarkivet [Stockholm] 1997, S. 17).

58 Siehe vor allem Isaiah Shachar, The *Judensau*. A Medieval Anti-Jewish Motif and its History, London 1974 (Warburg Institute Surveys 5); zur Verbreitung – außerhalb des mittelalterlichen deutschen Reichs finden sich nur vier Exemplare (Uppsala, Gnesen, Posen und Bratislava) – siehe die Karte ebd. vor dem

Figur ist im Kreuzgang des Doms zu Brandenburg erhalten und stammt aus der Zeit um 1230, die nächstjüngere im Chor des Doms von Xanten aus den 1260er Jahren.[59] Alle anderen stammen vom Ende des 13. Jahrhunderts oder aus späteren Jahrhunderten. Die Bremen nächstgelegene Darstellung in der Kirche St. Marien in Lemgo in Westfalen ist von Bremen ca. 150 km entfernt, stammt aus den Jahren um 1310/20 und entspricht außerdem nicht dem beschriebenen üblichen Typ, sondern zeigt einen Juden, der ein Schwein, oder eher ein Ferkel, umarmt.[60]

Das Schwein ist in der christlichen Theologie ein altes Symbol für Sünde(n) und Sündhaftigkeit.[61] Wenn nun gerade die älteren »Judensau«-Darstellungen

Titelblatt. Zu den angeblichen »Judensau«-Bildern von Aerschot in Belgien (ebd., S. 40 mit Pl. 36b) und am Chorgestühl von Erfurt (ebd., S. 33 und Pl. 28), die tatsächlich keine sind, siehe Wenninger, *Von fideles nostri* (wie Anm. 31), S. 167 f., Anm. 89. Zur Einordnung des »Judensau«-Themas in einen weiteren Rahmen und mit aktueller Literatur siehe Birgit Wiedl, Laughing at the Beast: The *Judensau*: Anti-Jewish Propaganda and Humor from the Middle Ages to the Early Modern Period, in: Laughter in the Middle Ages and Early Modern Times. Epistemology of a Fundamental Human Behavior, its Meaning, and Consequences, hg. v. Albrecht Classen (Fundamentals of Medieval and Early Modern Culture 5), Berlin/New York 2010, S. 325–364; zur symbolischen Bedeutung der »Judensau« und anderer Tiere im Zusammenhang mit Juden dies., Jews and Anti-Jewish Fantasies (wie Anm. 30), S. 599–605. Auf mehrere bisher unbekannte einschlägige Darstellungen in Böhmen hat jüngst hingewiesen Jan Dienstbier, The Metamorphoses of the *Judensau*, in: Visual Antisemitism in Central Europe. Imagery of Hatred, hg. v. Jakub Hauser und Eva Janáčová, Berlin/Boston 2021, S. 1–34.

59 Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), S. 15–17, mit Abb. 5, 9 und 10; zu Brandenburg siehe auch Renate Johne, Zu einer frühen Darstellung der sog. Judensau im Dom St. Peter und Paul zu Brandenburg, in: Jahresbericht über den Historischen Verein zu Brandenburg 7, 1997/98, S. 147–151.

60 Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), S. 16 f., mit Pl. 7 f., gibt die Bauzeit der Kirche etwas zu früh an; siehe auch https://www.bildindex.de/document/obj20272306?medium=fmd458582 (18.07.2021). Shachar bringt den Juden dieser Darstellung mit einem etwa gleichzeitigen Geißelungsbild im Langhaus der Kirche (Foto ebd., Abb. 8b) in Verbindung, bei dem die beiden Geißelknechte ebenfalls Judenhüte tragen. Dazu muss aber darauf hingewiesen werden, dass aus derselben Zeit, ebenfalls im Langhaus angebracht, auch ein Bild von der Geburt Jesu stammt, das Josef mit einem gleichartigen Judenhut zeigt. Wie in einer Reihe anderer Kirchen sind also auch hier negative und positive Konnotationen des Judenhuts unmittelbar benachbart.

61 Wilfried Schouwink, Der wilde Eber in Gottes Weinberg. Zur Darstellung des Schweins in Literatur und Kunst des Mittelalters, Sigmaringen 1985; Claudine Fabre-Vassas, The singular beast. Jews, Christians, and the pig, New York 1997; Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), S. 4–14; Irven M. Resnick, The Pig and Messianism in Medieval Jewish-Christian Polemics, in: Essen und Fasten. Interreligiöse Abgrenzung, Konkurrenz und Austauschprozesse = Food and Fasting. Interreligious differentiations, competition and exchange, hg. v. Dorothea Weltecke, Köln-Weimar-Wien 2017, S. 75–88; zu den theologischen Wurzeln auch Jamie Kreiner, Legions of pigs in the early medieval west, New Haven and London 2020.

des 13. und früheren 14. Jahrhunderts in erster Linie an den Zitzen eines Mutterschweins saugende Juden zeigen oder wie im Fall von Lemgo einen Juden, der ein Schwein geradezu liebevoll umarmt, soll das nicht nur zeigen, dass die Juden die Sünde lieben und schon mit der Muttermilch in sich aufnehmen, sondern auch die Sündhaftigkeit des Jude-Seins als solchem verdeutlichen.[62]

Dass ein Schwein für die Juden als das unkoschere Tier schlechthin galt (und gilt), war auch im Mittelalter ihren christlichen Zeitgenossen bewusst. Trotzdem war der Zweck, oder zumindest der Hauptzweck, der »Judensau«-Bilder ursprünglich nicht eine Beleidigung und Herabwürdigung der Juden. Denn fast alle bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts erhaltenen einschlägigen Darstellungen – ausgenommen nur ein Wasserspeier in Wimpfen und die »Judensau« an der Stadtkirche von Wittenberg – befinden sich im Inneren von Kirchen und zugehörigen Gebäuden und wurden daher von Juden im Normalfall gar nicht wahrgenommen.[63] Ihre Botschaft richtete sich also nicht an die Juden, sondern an die Christen, denen zunehmend drastisch das Sündhafte des Jude-Seins vor Augen gehalten werden sollte. Verdeutlicht wird das auch durch den Zusammenhang, in den besonders die »Judensau«-Darstellungen des 13. Jahrhunderts gestellt werden: In ihrer unmittelbaren Nähe finden sich Kampfszenen, die den ewigen Kampf des Menschen gegen die Sünde verdeutlichen. Nicht immer erweist sich dabei der Mensch als der Überlegene, wie an dem von einem Drachen besiegten Ritter in Brandenburg zu sehen ist.[64] Berücksichtigen müssen wir dabei auch, dass in Predigten oft auf die in einer Kirche vorhandenen Bildwerke Bezug genommen wurde. Dass ein solches Verhalten nur im Klima der spätmittelalterlichen sozialen Abwertung der Juden möglich war und eine weitere Abwertung zur Folge haben musste, steht freilich außer Frage.

Diese überwiegend religiöse Stoßrichtung der »Judensau«-Darstellungen änderte sich seit der Mitte des 14. Jahrhunderts. Die Bilder wurden nun häufiger auch an der Außenseite von Gebäuden, mehrfach auch an Privathäusern, angebracht und zunehmend negativ konnotiert, auch die Fäkalkomponenten bekamen immer größeres Gewicht. Ab dem fortgeschrittenen 15. Jahrhundert wurden sie außerdem mit anderen antijüdischen Motiven wie Teufel und Ritualmordvorwurf in Verbindung gebracht und in Form von Holzschnitten verbreitet.[65]

In diese Entwicklung und Erklärung fügt sich das Heiligenberger Typar allerdings nicht ein. Zwar finden wir auch schon bei der Brandenburger »Judensau« als der ältesten derartigen Darstellung einen klaren Fäkalbezug, indem der hinter der Sau stehende Jude sich bereit macht, das, was unter ihrem emporgehobenen Schwanz zu erwarten ist, in einem Gefäß oder Sack aufzufangen,[66] und auch bei der ebenfalls noch im 13. Jahrhundert angefer-

62 Weiteres dazu bei Wenninger, *Von fideles nostri* (wie Anm. 31), S. 168 f.
63 Vgl. Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), S. 15–29 und 65.
64 Siehe die Fotos bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 6; zum Thema Wiedl, Laughing at the Beast (wie Anm. 58), S. 328–333.
65 Wiedl, Laughing at the Beast (wie Anm. 58), S. 339–342.

tigten Magdeburger »Judensau« steht ein Jude in deutlicher Erwartungshaltung auf das Kommende hinter dem Schwein,[67] aber der Schwerpunkt lag auch bei diesen Darstellungen klar auf der Säugefunktion des Schweins. Das änderte sich ab der Mitte des 14. Jahrhunderts: Bei der »Judensau« im Dom von Gnesen (Mitte 14. Jahrhundert) küsst ein Jude das Schwein vorne auf das Maul und ein anderer hinten auf den After.[68] Im 15. Jahrhundert und vor allem auf den bis weit in die Neuzeit angefertigten einschlägigen Holzschnitten, die zu einem großen Teil das Bild am Turm der Frankfurter Mainbrücke als Vorbild haben, wird diese Art der Darstellung immer häufiger und der Kuss auf den After auch zunehmend durch das betonte Aufnehmen von Exkrementen ersetzt.[69] Man muss freilich dazu anmerken, dass solche rüden Darstellungen kein antijüdisches Spezifikum waren, sondern im Rahmen sogenannter Schandbilder auch gegen säumige Schuldner, religiöse Gegner oder andere missliebige Personen eingesetzt wurden.[70]

Im Gegensatz zu allen genannten Bildern spielt das Säugen auf dem Heiligenberger Typar überhaupt keine Rolle. Die Darstellung beschränkt – man könnte auch sagen: konzentriert – sich vielmehr auf das Schwein und den hinter diesem knienden Juden, der die Exkremente des Schweins mit dem Mund auffängt. Das Schwein selbst ist dementsprechend quasi geschlechtslos dargestellt, zumindest fehlt jedes geschlechtsanzeigende Merkmal. Der ursprüngliche theologisch-symbolische Gehalt des Sujets – das Schwein als Symbol und Nährmutter der Sünde auf der einen Seite, das als-Jude-die-Sünde-mit-der-Muttermilch-Aufnehmen auf der anderen und im Endeffekt die Darstellung der Sündhaftigkeit des Jude-Seins als solchem – bleibt damit auf der Strecke und wird ersetzt durch eine bloße Verächtlichmachung der Juden und des Judentums.

Daraus ergeben sich einige Fragen. Zunächst: Ein Siegel beinhaltete immer auch eine Selbstaussage. Was sollte oder könnte das in diesem Fall, in dem nicht das Selbst, sondern ein negativ gesehenes Gegenüber betont wird, gewesen sein? Wir müssen zugeben, dass wir auf diese Frage keine Antwort wissen, sondern dazu nur weitere Fragen stellen können.

66 Siehe die beiden aus unterschiedlichen Blickwinkeln aufgenommenen Fotos bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 5 a+b); dass sich unter dem Schwanz des Schweins ein Gefäß oder ein Sack befindet, ist Shachar entgangen (vgl. ebd., S. 15).

67 Foto bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 13 f.

68 Foto bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 23.

69 Vgl. die Fotos bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 30, 39, 41–45 und 52.

70 Einige Beispiele bei Shachar, *Judensau* (wie Anm. 58), Pl. 37, 47 b, 57 a; siehe auch Matthias Lentz, Konflikt, Ehre, Ordnung. Untersuchungen zu den Schmähbriefen und Schandbildern des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit (ca. 1350 bis 1600) mit einem illustrierten Katalog der Überlieferung, Hannover 2004; ders., Rechtsstreit, Kommunikation und Öffentlichkeit im späten Mittelalter. Das Beispiel der Schmähbriefe und Schandbilder, in: Propaganda, Kommunikation und Öffentlichkeit (11.–16. Jahrhundert), hg. v. Karel Hruza, Wien 2002 (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters 6 / Denkschriften / Österreichische Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse 307), S. 189–208.

Könnte es sich bei dieser nicht nur für das 13. Jahrhundert, sondern insgesamt einmaligen Heraushebung des Fäkalaspekts des Sujets »Judensau« um eine Art »Versuchsobjekt« handeln, um ein Stück, an dem Anwendungsmöglichkeiten des zur Zeit der Herstellung des Typars um 1240/50 neuen Motivs der »Judensau« ausgelotet werden sollten, die aber in weiterer Folge nicht fortgesetzt wurden? Oder sollte es dieses Sujet im Kleinkunstbereich und/oder der Alltagskultur des Hoch- und Spätmittelalters öfter gegeben haben, aber nur dieses eine Objekt auf uns gekommen sein? Angesichts der Einzigartigkeit des Stücks sind diese Möglichkeiten, wenn auch beide eher unwahrscheinlich, so doch nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wichtig ist auch, wer eigentlich der Adressat dieser Verächtlichmachung sein sollte? Wenn an Juden gedacht war, muss es solche nicht nur im Umfeld des Siegeleigners gegeben haben, sondern sie mussten auch regelmäßig mit von ihm ausgestellten Siegelurkunden zu tun gehabt haben. Das ist aber für diese frühe Zeit städtischer Schriftlichkeit nur unter zwei Voraussetzungen denkbar: Zum einen im sehr unwahrscheinlichen Fall, dass Jakob Pil selbst eine große Zahl von Krediten bei Juden aufnahm, zum anderen für die eher denkbare Möglichkeit, dass Pil als Vertreter der Stadt mit Juden abgeschlossene Geschäfte (Kredite und/oder Liegenschaftstransaktionen) besiegelte, wie das später in vielen Städten Vorschrift war. Einzigartig wäre aber der Fall, dafür ein ausgesprochen judenfeindliches Siegelbild zu verwenden.

Wenn andererseits Christen als Adressaten gedacht waren, müsste es unter diesen ein gewisses Einverständnis von Judenfeindschaft gegeben haben, sodass der Siegelführer damit rechnen konnte, bei seinen Standesgenossen auf ein positives Echo zu stoßen. Auch das ist aber eher unwahrscheinlich, denn gerade die Führungsschichten der Christen und Juden hatten im Allgemeinen relativ gute Beziehungen miteinander.

Oder könnte es sein, dass der Siegeleigner den Fäkalaspekt nur als einen etwas deftigeren Teilaspekt der theologischen Symbolik sah? Schließlich ist noch eine weitere Möglichkeit nicht auszuschließen: Vielleicht erlaubte sich der Siegeleigner in erster Linie einen »schlechten Witz« mit der Mehrdeutigkeit des Wortes SECRETVM, das ja neben der Bedeutung »Sekretsiegel« (bzw. Gegen- oder Geheimsiegel) noch mehrere andere Bedeutungen aus dem Wortumfeld geheim, heimlich, abgesondert, hatte, darunter »Abort« und, wenn auch wenig belegt, Körperausscheidungen.[71] Angesichts der nicht seltenen Drastik mittelalterlicher Text- und Bildsprache halten wir auch das für möglich. Allerdings kommen wir damit auch wieder zur vorhin gestellten Adressatenfrage zurück, sodass wir uns bei der Suche nach Antworten teilweise im Kreis bewegen.

71 Eduard Brinckmeier, Glossarium Diplomaticum, Bd. 2, Gotha 1863 (Nachdr. 1967) nennt dazu in schamhafter Diktion des 19. Jahrhunderts u. a.: »3) S. naturae, die Ausleerung des Körpers, oder auch das geheime Gemach selbst«; ähnlich auch bei Charles Du Cange, Glossarium mediae et infimae Latinitatis, s.v. *Secretum naturae*; vgl. auch https://www.dwds.de/wb/Sekret (19.07.2021).

Zur Frage von Juden in Bremen im 13. Jahrhundert

Das Wissen um die Geschichte der Juden ist für das mittelalterliche Bremen ebenso wie für den gesamten Norden Deutschlands sehr bescheiden.[72] Erste eindeutige urkundliche Nachweise für in Bremen lebende Juden stammen aus den Jahren 1314 und 1316.[73] Juden waren damals offensichtlich als die einzigen hauptberuflichen Pfandleiher in Bremen etabliert, und im beruflichen Verkehr mit ihnen war unter anderem eine Geschäftsmethode üblich, die weiter im Süden als »Schadennehmen« oder »etwas auf Judenschaden nehmen« bezeichnet wurde.[74] In der genannten Urkunde von 1314, einer Ordnung des Bremer Rats für die Schmiede, wird sie in einer Art beschrieben, die sie als selbstverständlich geübte Geschäftsmethode erkennen lässt: Wenn ein Meister mit dem Lohn für seine Knechte im Rückstand war, hatte er ein Pfand im doppelten Wert zu stellen. Löste er dieses nicht binnen 14 Tagen aus, konnte es *inde de joden vor dat ghelt* versetzt werden. Das Pfand im doppelten Wert ist für das Schadennehmen insofern typisch, als die beruflichen Pfandleiher – Juden, Lombarden oder andere – verpflichtet waren, ihnen verpfändete Wertsachen für eine bestimmte Frist zu behalten, bevor sie sie, falls sie nicht eingelöst wurden, verkaufen durften. Diese Frist, meistens ein Jahr, entsprach faktisch jener Zeit, in der die auflaufenden Zinsen 100 % des Darlehens erreichten. Da der Wert eines Pfandes das Darlehen und die für die verpflichtende Behaltezeit anfallenden Zinsen abdecken musste, ergab sich daraus der Usus, Darlehen durch Pfänder im doppelten Wert zu besichern.[75]

Wenn im frühen 14. Jahrhundert Juden in Bremen eine etablierte Gruppe und außerdem die einzigen hauptberuflichen Pfandleiher – darauf deutet der

72 Vgl. Max Markreich, Die Beziehungen der Juden zur Freien Hansestadt Bremen von 1065 bis 1848, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 71, 1927, S. 444–461; George Anton Löning, Juden im mittelalterlichen Bremen und Oldenbourg, in: Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt. 58, 1938, S. 257–274; Germania Judaica, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hg. v. I. Elbogen, A. Freimann und H. Tykocinski, Tübingen 1963, S. 130 f.; Bd. 2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, hg. v. Zvi Avneri, Tübingen 1968, S. 126.

73 Bremisches Urkundenbuch, hg. v. D. R. Ehmck und W. v. Bippen, Bd. 2, Bremen 1876, S. 156, Nr. 147, und S. 173, Nr. 163; Germania Judaica II (wie Anm. 72); Markreich, Beziehungen (wie Anm. 72), S. 447; Löning, Juden (wie Anm. 72), S. 260–262.

74 Ausführlich dazu Guido Kisch, Das Schadennehmen. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen mittelalterlichen Vollstreckungsrechtes, in: Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozessrecht 5, 1913, S. 477–506; auch in: ders., Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte des Mittelalters (= Guido Kisch, Ausgewählte Schriften 3), S. 296–325.

75 Diese bei Kisch, Das Schadennehmen (wie Anm. 74) nicht behandelten praktischen Seiten des Schadennehmens ergeben sich aus der Analyse zahlreicher einschlägiger Urkunden und Judenordnungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Das Thema bedarf aber noch einer näheren Untersuchung.

Wortlaut der genannten beiden Urkunden hin – waren, kann in Anbetracht der Größe und wirtschaftlichen Bedeutung Bremens im Vergleich mit anderen Städten die Zahl der dort lebenden Juden nicht ganz klein gewesen sein. Von der Existenz einer eigenen Gemeinde, deren Geschichte zumindest weit ins 13. Jahrhundert zurückreicht, ist daher auszugehen. In früheren Zeiten mag vielleicht noch keine jüdische Gemeinde in Bremen existiert haben, aber zumindest einzelne Juden lebten sicher dort, z. B. am Hof des Erzbischofs Adalbert (1045–1072).[76] Und es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass die Anwesenheit von Juden in Bremen bis ins 10., vielleicht sogar bis ins 9. Jahrhundert zurückreicht. Denn schon im 9. Jahrhundert besaß der – damals noch Hamburger – Erzbischof für Bremen Markt-, Münz- und Zollrechte, und im Jahr 965 erteilte Kaiser Otto I. Erzbischof Adaldag von Hamburg ein weiteres Marktprivileg, das auch den königlichen Schutz und andere Bestimmungen für die dortigen Kaufleute enthielt.[77] Unter den Kaufleuten des 10. und 11. Jahrhunderts bildeten aber die Juden eine wichtige Gruppe, und trotz für die meisten Orte fehlender konkreter Quellen ist insbesondere in Bischofsstädten in dieser Zeit mit der Anwesenheit von Juden auch dann zu rechnen, wenn sie in den Quellen nicht ausdrücklich genannt werden.[78]

Ziemlich sicher kannte Jakob Pil also Juden aus eigener Anschauung, vielleicht war er sogar persönlich mit welchen bekannt. Aber selbst, wenn das nicht der Fall war, hatte er jedenfalls eine Vorstellung von »den Juden«, aus der Bibel, aus Predigten, aus Erzählungen, wahrscheinlich auch von Bildern aus dem Kirchenraum, obwohl bei diesen als solche deutlich kenntliche – bzw. durch einen Judenhut gekennzeichnete – Juden erst seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine Rolle spielten und zwar eine überwiegend negative.[79] Wahrscheinlich kannte Jakob Pil, wie aus dem folgenden Kapitel geschlossen werden kann, auch die oben erwähnten Fenster der Stiftskirche Bücken; allerdings ist sein Siegel mit einiger Gewissheit ein wenig älter als diese Fenster.

76 Vgl. Germania Judaica I (wie Anm. 72), S. 130 f.; die von Markreich, Beziehungen (wie Anm. 72), S. 446, ad Anm. 5, angeführten kirchlichen Urkunden von 1199 und 1213 sind kein Beleg für die Anwesenheit von Juden in der Erzdiözese oder gar in der Stadt Bremen, weil sie pauschal in sehr ähnlicher Form für alle Kirchenprovinzen ausgestellt wurden.

77 Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt (wie Anm. 53), S. 28–30; die Urkunde von 965 in: MGH O I, Nr. 307; Regest http://www.regesta-imperii.de/id/0965-08-10_1_0_2_1_1_723_409 (19.07.2021).

78 Ausführlicher begründet bei Markus J. Wenninger, *Iudei et ceteri* ... Bemerkungen zur rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Juden in karolingischer und ottonischer Zeit, in: Aschkenas 30, 2020, H. 2, S. 217–244, bes. S. 237–239.

79 Dazu Markus J. Wenninger, How Come the Jews Ended up amongst the Damned? The Appearance of Anti-Jewish Ecclesiastical Propaganda in Large-Scale Medieval Sculpture, in: Medieval Ashkenaz. Papers in Honour of Alfred Haverkamp, Presented at the 17th World Congress of Jewish Studies, Jerusalem 2017, hg. v. Christoph Cluse und Jörg R. Müller, Wiesbaden 2021 (Forschungen zur Geschichte der Juden A 31), S. 382–399; siehe auch oben ad Anm. 31–34.

Ein Bremer Bürger und/oder Ministeriale als Besitzer des »Judensau«-Typars? Gewissheiten und Möglichkeiten zum Siegelführer

Aufgrund der bisher dargelegten Untersuchungen sind wir sicher, dass es sich beim Siegelführer um einen Christen gehandelt hat. Seine Selbstnennung als BREMENSIS lässt dabei vorrangig an einen Bremer Bürger denken, sodass wir uns zunächst dieser Möglichkeit zuwenden.

In Bremen scheinen sich, obwohl im 13. Jahrhundert noch häufig Einnamigkeit besteht, schon früh bürgerliche Bei- und Familiennamen herausgebildet zu haben. Dies wird besonders eindrücklich durch das bis vor kurzem noch als ältestes Bremer Bürgersiegel geltende Siegel Heinrich Doneldeys in einem Abdruck vom Jahr 1261 demonstriert.[80] Weitere Nach- und Beinamen Bremer Bürger lassen sich für die Zeit um die Mitte des 13. Jahrhunderts zahlreich nachweisen.[81] Der Name Pil – in seinen verschiedenen Schreibformen wie etwa Piel, Piehl, Pihl, Pyl usw. – kann in Bremen und seiner unmittelbaren Umgebung erst seit dem 14. Jahrhundert nachgewiesen werden – dann aber regelmäßig. Unter den über 400 Bremer Ratmannen der Zeit bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts wird nicht nur kein Pil, sondern bemerkenswerterweise auch nur ein einziger Jakob genannt.[82] Das älteste Bremer Bürgerbuch von 1289–1519 nennt aber zwischen 1352 und 1512 vier Bremer Neubürger als Träger des Namens Pyl (Pyell). Für den ersten Neubürger dieses Namens im Bürgerbuch, Hinricus Pyl, bürgte im Jahr 1352 der Bremer Bürgermeister; 1365 wird dann in einem notariell beglaubigten Schiedsspruch über Zehntpflichten einer Wurth in Utbremen noch ein Dedekindus Pyl erwähnt.[83]

Fündig werden wir auf der Suche nach einem früheren Pil möglicherweise, wenn wir den Blick etwas über Bremen hinaus richten und uns außerdem

80 Röpcke, Bremer Bürgersiegel (wie Anm. 48), S. 11: S(IGILLVM) HEINRICI DONELDEY. Zur Familie ebd., S. 12f. (mit Literatur). Zur Entwicklung der Familiennamen in Bremen ab dem 13. Jahrhundert vgl. Ulrich Weidinger (Bearb.), Bremer Bürgerbuch 1289–1512 (Bremisches Jahrbuch, Zweite Reihe, Vierter Band), Bremen 2015, S. 44–46.

81 Vgl. die umfangreiche Liste der Ratmannen der Stadt Bremen bei Hans G. Trüper, Ritter und Knappen zwischen Weser und Elbe. Die Ministerialität des Erzstifts Bremen. 2., erw. u. verb. Aufl., Stade 2015 (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden 45), S. 899–912, die von 1225 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts über 400 Namen aufweist, die weitaus meisten davon – auch schon im 13. Jahrhundert – mit Bei- oder Nachnamen; vgl. dazu auch Werner Hennig, Die Ratsgeschlechter Bremens im Mittelalter. Ein Beitrag zur hansischen Sozialgeschichte. [Diss. masch.] Göttingen 1957, insbes. S. 185–196.

82 *Jacobus filius Berneri*, gen. 1247–1275, siehe Trüper, Ritter und Knappen (wie Anm. 81), S. 901, Nr. 78.

83 Hinricus (1352), Johan (1490, 1496), Reyneke (1512) und Tibbeke, Johans Frau (1490). Weidinger, Bremer Bürgerbuch (wie Anm. 80). Bremisches Urkundenbuch, hg. v. D. R. Ehmck und W. v. Bippen, Bd. 3, Bremen 1880, S. 250, Nr. 243. 1365 März 12. Ein Peter Pil ist im Jahr 1375 als Kommissar des Osnabrücker Bischofs Melchior, und hier mit seinem Kommissariatssiegel, belegt. NLA, OS, Rep. 3 Nr. 416a+b (1375 Juni 2), ermittelt über die Archivsuche online.

nicht nur auf Bürger beschränken. Denn im 13. Jahrhundert scheint es eine zum Stift Bücken gehörige Ministerialenfamilie Pil gegeben zu haben. Jedenfalls wird in einer von Propst Burchard von Bücken im Jahr 1265 ausgestellten Urkunde unter den bezeugenden *servis* ein *Cristiano Pilo* genannt.[84] Da die Nennung in der Urkunde im Ablativ erfolgt und außerdem im Hinblick auf die Endung anscheinend eine latinisierte Namensform vorliegt, wird man von einem deutschen Namen Pil ausgehen können. Nur 12 km von Bücken entfernt liegt am Weg nach Bremen Heiligenberg, der Fundort des Typars; beide Orte gehörten zum enger mit Bremen verbundenen Umland.[85] Eine gute Beziehung zwischen dem Stift Bücken und dem Chorherrenstift Heiligenberg liegt also nahe und könnte erklären, wie das Typar nach Heiligenberg kam.

Zu klären bleibt dann freilich, warum sich Jakob Pil, wenn er denn der genannten Familie angehörte, als BREMENSIS bezeichnete. Diese Frage kann schon allein deshalb nicht definitiv beantwortet werden, weil es zu dieser vermutlich zur Bückener Gefolgschaft gehörenden Familie Pil nur diese eine Nennung gibt. Allerdings hatte das reiche Kollegiatsstift Bücken, das 882 vom Bremer Erzbischof Rimbert gegründet worden war, nach wie vor enge Beziehungen dorthin, und die Bückener Pröpste wurden vom Bremer Domkapitel eingesetzt.[86] Zudem gibt es gerade für das 13. Jahrhundert zahlreiche Beispiele aus dem gesamten deutschen Raum zum fließenden Übergang von städtischen Oberschichten und der Ministerialität des Umlandes bzw. des Stadtherrn, wobei ein und dieselbe Person auch beide Funktionen gleichzeitig einnehmen konnte.[87] Es wäre also durchaus möglich, dass diese Familie Pil

84 Hoyer Urkundenbuch, hg. v. Wilhelm von Hodenberg, Abt. 3: Archiv des Stiftes Bücken, Hannover 1848, S. 31, Nr. 43; siehe auch Trüper, Ritter und Knappen (wie Anm. 81), S. 392 und 715 f.

85 Vgl. Thomas Hill, Die Stadt und ihr Markt. Bremens Umland- und Außenbeziehungen im Mittelalter (12.–15. Jahrhundert), Stuttgart 2004 (VSWG, Beih. 172), bes. S. 114 f. und 122.

86 Nicolaus Heutger, 1100 Jahre Bücken. Das Stift Bücken in Geschichte und Kunst, Hildesheim 1982.

87 Allgemein siehe Eberhard Isenmann, Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150–1550. Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Köln-Weimar-Wien 2014, S. 217–220; eine weitgehende Identität der führenden Bürgerschicht mit Ministerialen sieht Andreas Schlunk, Stadt ohne Bürger? Eine Untersuchung über die Führungsschichten der Städte Nürnberg, Altenburg und Frankfurt um die Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Hochfinanz, Wirtschaftsräume, Innovationen. Festschrift für Wolfgang von Stromer, hg. v. Uwe Bestmann, Franz Irsigler und Jürgen Schneider, Trier 1987, Bd. 1, S. 189–243; weitere ausgewählte Beispiele: Harald Rainer Derschka, Die Ministerialen des Hochstifts Konstanz, Stuttgart 1999 (Vorträge und Forschungen, Sonderband 45), hier bes. S. 441–477; Werner Goez, Über die Rindsmaul von Grünsberg. Studien zur Geschichte einer staufischen Ministerialenfamilie, in: Hochfinanz (wie oben), Bd. 3, S. 1227–1249, hier bes. S. 1229; Petrus Becker, Die »de Ponte/von Merzig«. Zur Geschichte einer Trierer Ministerialenfamilie, in: Kurtrierisches Jahrbuch 39 (1999), S. 145–165, hier bes. S. 154 ff.; Klaus Richter, Von Ministerialen zu Bürgern: Die von Wilstorf in Wilstorf und Hamburg 1203–1337, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 83 (1997),

eine gehobene Stellung in der Bremer Bürgerschaft einnahm und gleichzeitig der Ministerialität des Umlandes angehörte[88] oder aber, dass es sich um Ministeriale des Bremer Erzbischofs oder Domkapitels handelte, die auf der Basis dieser Stellung auch Aufgaben im oder für das Stift Bücken wahrnahmen.

Für Konstanz stellte Derschka fest, dass sich die Hochstiftsministerialen seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts – und damit zeitgleich mit den ersten Bürgern im Reichsgebiet – Siegel zulegten.[89] Darunter finden sich auch spitzovale Siegel, so das des Heinrich von Homburg in einem Abdruck vom Jahr 1278 und das des Geistlichen Heinrich von Zurzach in einem Abdruck vom Jahr 1296.[90] Eine entsprechend frühe Siegelführung eines möglichen Jakob Pil als Ministerialen, der sich als BREMENSIS bezeichnete oder Bremer Bürger war, wäre damit auch hier wiederum plausibel.

Fazit

Siegel sind von der Forschung als ein Medium herausgearbeitet worden, das nicht selten die frühesten künstlerischen, epigraphischen und heraldischen Trends widerspiegelte und vielen anderen Medien oft weit voraus war.[91] Darüber hinaus sind Siegelstempel ein viele andere Fachbereiche miteinbeziehender Forschungsgegenstand und fester Bestandteil der *material culture*; eine Beschäftigung mit ihnen kann, wie wir unseres Erachtens in diesem

S. 133–149; Werner Vogler, Ein spätmittelalterliches Verzeichnis der Ministerialen und Burgen des Klosters St. Gallen, in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte 76 (1982), S. 71–89, hier S. 80, zu Anm. 45; Markus J. Wenninger, Die Bürger und Einwohner Friesachs im Mittelalter. Mit Quellenanhang »Anschlag des 10. Mannes« in Friesach 1456, in: 800 Jahre Stadt Friesach, hg. v. Johannes Grabmayer, Klagenfurt 2015 (Schriftenreihe der Akademie Friesach N. F. 5), S. 209–251, hier S. 217–219.

88 Beispiele für solche doppelten Zugehörigkeiten von Bremer Bürgern im 13. Jahrhundert bei Trüper, Ritter und Knappen (wie Anm. 81), S. 538 f.

89 Derschka, Die Ministerialen (wie Anm. 87), S. 288–289. Zur Frage der bürgerlichen Ministerialität, die durchaus gelegentlich existierte, aber keineswegs die Regel war, vgl. zusammenfassend ebd., S. 460–477, wo insbesondere für Konstanz gegen die Existenz bischöflicher Ministerialen in der Stadt argumentiert wird: »Es hat allen Anschein, als wäre der rechtliche Status eines Hochstiftsministerialen mit der Etablierung in der Bürgerstadt Konstanz unvereinbar gewesen« (Derschka, Die Ministerialen [wie Anm. 87], S. 475); anders mag dies für die Reichsministerialen in Konstanz ausgesehen haben, die vielleicht Bürger in Konstanz sein konnten. Zumindest aber konnten Konstanzer Bürger gleichzeitig auch ministeriale Ämter innehaben, ohne Ministerialen zu sein. Siehe auch Volker Rödel, Siegel und Wappen der Ministerialität und des Niederadels im Bereich der Pfalz, in: Der Herold 30, 1987, H. 4, S. 89–109.

90 Siehe Derschka, Die Ministerialen (wie Anm. 87)., S. 289, Anm. 9. Heinrich von Homburg ist ferner als *miles* bezeugt.

91 Vgl. etwa Toni Diederich, Grundzüge des Siegelwesens im ausgehenden 13. Jahrhundert, in: Der Name der Freiheit 1288–1988, Aspekte Kölner Geschichte von Worringen bis heute, hg. v. Werner Schäfke, Köln 1988, S. 83–104.

Beitrag zeigen konnten, auch dann sehr lohnend sein,[92] wenn im Endeffekt mehr Fragen offen bleiben als beantwortet werden können.

Bei dem zweifellos als echt einzustufenden »Judensau«-Typar des Bremer Bürgers und/oder Ministerialen Jakob Pil haben wir es jedenfalls mit einem für die Zeit neuen Ausdruck antijüdischen Ressentiments zu tun, auch wenn unklar bleibt, ob wir es als neuen Ausdruck der alten theologischen Judenfeindschaft sehen sollen oder als frühes Zeichen der im Spätmittelalter aufkommenden sozialen Judenfeindschaft. Auch eine Anspielung auf die Mehrdeutigkeit des Wortes SECRETVM können wir nicht ausschließen. Der Siegelstempel selbst lässt sich anhand vielfacher Argumente aus unterschiedlichen Untersuchungsmethoden auf die Zeit um 1240/50 – mit einem Unsicherheitsfaktor von maximal zwei Jahrzehnten – datieren. Damit gehört das Typar Jakob Pils wahrscheinlich zu den frühesten bekannten Bürgersiegeln und/oder Ministerialensiegeln des Reichsgebiets und wäre dann gleichzeitig das älteste noch erhaltene Typar eines Bürgers.[93] Darüber hinaus erscheint hier das Motiv der »Judensau« mindestens eineinhalb Jahrhunderte früher außerhalb von Kirchenräumen und -fassaden als bei den ältesten bisher bekannten Beispielen. Der Siegelführer war mit seiner Motivwahl also seiner Zeit deutlich voraus. Wie problematisch das Sujet als solches ist und wie kontrovers Bilder der »Judensau« und der Umgang mit ihnen noch heute gesehen werden, zeigen diverse Debatten der letzten Jahre.[94]

92 Vgl. Toni Diederich, Siegelstempel als Forschungsgegenstand. Zu einer neuen Publikation über eine der ältesten und größten Siegelstempelsammlungen Englands, in: Herold-Jb. N. F. 21, 2016, S. 301–307; ders., Siegelkunde (wie Anm. 7), S. 221–249.

93 Als frühesten Beleg für einen Bremer Bürger galt bisher das 1261 in einem Abdruck belegte Siegel Heinrich Doneldeys (vgl. Röpcke, Die ältesten Bremer Bürgersiegel [wie Anm. 48]).

94 Vgl. zuletzt Julius H. Schoeps, Vergiftetes Kulturerbe. Die Debatte um die Entfernung der Judensau-Skulpturen aus den Kirchen etwas weitergedacht, in: ZRGG 72,4, 2020, S. 390–411; Reinhard Hoeps, Bildersturm im Dom zu Köln? Vom Umgang mit der »Judensau« im Chorgestühl des Kölner Domes, in: Der Kölner Dom und ›die Juden‹ (Kölner Domblatt. Sonderband), hg. v. Bernd Wacker und Rolf Lauer, Köln 2018, S. 249–256; zu aktuellen Debatten braucht man nur »Judensau« zusammen mit »Cadolzburg«, »Regensburg« und verschiedenen anderen einschlägigen Orten zu googeln.

Piraterie auf Weser, Elbe und Nordsee im 13. und 14. Jahrhundert. Der Bremer Seeräuber Johann Hollemann

Von Ulrich Weidinger

1. Seeraub der Friesen auf der Weser und im Bereich der südlichen Nordseeküste (13. und 14. Jahrhundert)

Bremens Fernhandel nahm im 13. und 14. Jahrhundert einen spürbaren Aufschwung, in jener Zeit mehren sich die Anzeichen für ein weiträumiges Ausgreifen bremischer Handelsaktivitäten. Wichtigstes Indiz für die Zunahme und räumliche Ausweitung der von Bremen ausgehenden Wirtschaftsbeziehungen sind die zahlreichen Handelsprivilegien, die den Bremer Kaufleuten seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts im nordeuropäischen Ausland zuteil wurden und ihnen den Zugang zu den dortigen Märkten eröffneten. In diesen Privilegien wurden der bremischen Handelsschifffahrt auf den auswärtigen Märkten weitreichende Handelsvergünstigungen (z. B. Strandrechtsbefreiung, freier Handel und Durchgangsverkehr, sicheres Geleit, Vorzugsbehandlung) eingeräumt, so etwa in England (1213), Holland (1252), Flandern (1255), Dänemark (1228, 1265, 1283, 1284) und Norwegen (1279).[1] Die von der Stadt Bremen erworbenen Handelsprivilegien weisen somit die Nordsee einschließlich des Ärmelkanals als den zentralen Verkehrsraum des Bremer Seehandels aus, Handelskontakte in den Ostseeraum oder an die Atlantikküste spielten demgegenüber nur eine untergeordnete, marginale Rolle.[2]

Hauptexportgut Bremens in der frühen Hansezeit (13./14. Jahrhundert) war das in den städtischen Brauhäusern hergestellte Bier. Bremens Ruf als Handelsstadt von überregionaler Bedeutung beruhte damals in erster Linie auf seiner Bierausfuhr, der mittelalterlichen Stadtchronik von Rinesberch und Schene zufolge nahm das Bremer Bier um 1220 auf den ausländischen Märkten nahezu eine Monopolstellung ein.[3] Die Hauptabsatzmärkte befanden sich in

1 Bremisches Urkundenbuch (BUB) I, Nr. 107 (England), 149, 320, 411, 419 (Dänemark), 253, 254 (Holland), 264 (Flandern), 393 (Norwegen).

2 Vgl. dazu Ulrich Weidinger, Mit Koggen zum Marktplatz. Bremens Hafenstrukturen vom frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung, Bremen 1997, S. 144 f.; ders., Aufnahme, Wiederaufnahme oder angeborene Mitgliedschaft? Bremens Weg in die Hanse, in: Brem. Jb. 88, 2009, S. 27 ff.; Wilhelm von Bippen, Geschichte der Stadt Bremen, Bd. 1, Bremen, Halle 1892, S. 125 f.

3 Die Bremer Chronik von Rinesberch, Schene und Hemeling (Die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis zum 16. Jahrhundert, Bd. 37), hrsg. von Hermann Meinert, Bremen 1968, cap. 276, S. 75: *wente se hadden grote neringe by der sehe*

Ostfriesland, Holland und Flandern, aber auch in Skandinavien und England fand das gehopfte Bier aus Bremen seine Abnehmer. In dem flandrischen Handels- und Verkehrszentrum Brügge wurde 1298 Bier aus Deutschland geradezu mit *breemsch bier* gleichgesetzt, dieses soll dort unter den ausländischen Biersorten den größten Absatz gefunden haben.[4] In Anbetracht der großen Bedeutung des Bierhandels verwundert es nicht, dass sich in den Schadensverzeichnissen der von Seeräubern oder Kaperfahrern aufgebrachten bremischen Handelsschiffe fast immer auch Bremer Bier als mitgeführtes Handelsgut verzeichnet findet.[5] Unter den wichtigsten Importgütern, die dem Bremer Markt zugeführt wurden, sind vor allem hochwertige Tuche aus Flandern, Brabant und Holland sowie seit der Intensivierung des Norwegenhandels ab 1279 auch norwegischer Fisch – insbesondere Stockfisch aus Bergen – zu nennen.[6] Daneben versorgte die friesische Weidewirtschaft den städtischen Markt in Bremen mit Vieh, Wolle, Häuten, Butter, Käse und anderen viehwirtschaftlichen Produkten, den Chronisten Rinesberch und Schene zufolge warfen die Geschäfte mit den friesischen Küstenbewohnern großen Gewinn ab.[7]

Um in die Nordsee zu gelangen und dort Anschluss an die hansischen Fernhandelsrouten zu bekommen, mussten die Bremer Handelsschiffe auf der etwa 65 km langen Unterweser nordwärts segeln, um dann über die ca. 40 km lange Außenweser das offene Meer zu erreichen. Die Unterweser und die Wesermündung waren gewissermaßen das Nadelöhr, das der bremischen Seeschifffahrt den Zugang in den hansischen Handelsraum eröffnete. Dementsprechend war hier der bremische Fernhandel – z. B. durch Zollerhebung, Piraterie und herrschaftlichen Burgenbau – besonders leicht verwundbar.[8]

mit eren bere, wente men newuste by den tyden by der see van anders nenen bere to seggende.

4 Vgl. Rudolf Häpke, Brügges Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt (Abhandlungen zur Verkehrs- und Seegeschichte, Bd. 1), Aalen 1975, S. 94 f.; R. W. Unger, Beer imports into the Low Countries, in: Hansekaufleute in Brügge, Teil 4: Beiträge der internationalen Tagung in Brügge April 1966 (Kieler Werkstücke, Reihe D: Beiträge zur europäischen Geschichte des späten Mittelalters, Bd. 13), Frankfurt a. M. 2000, S. 205.

5 Zum Bremer Bierexport vgl. Lydia Niehoff, Der Handel mit dem Bremer Bier, in: Bremen als Handelsstadt am Fluß, hrsg. von Hartmut Roder, Bremen 1995, S. 235–238; dies., Bier in Bremen vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, in: Katarina Vatsella, Bremens Handelsgüter: Bier, Bremen 1998, S. 20–32; Johanna Müller, Handel und Verkehr Bremens im Mittelalter, Teil 2, in: Brem. Jb. 31, 1928, S. 1–107, hier S. 50 f.; Karl Hoyer, Das Bremer Brauereigewerbe, in: Hansische Geschichtsblätter (HGbll) 19, 1913, S. 193–232.

6 Vgl. dazu Johanna Müller, Handel und Verkehr Bremens im Mittelalter, Teil 1, in: Brem. Jb. 30, 1926, S. 204–262, hier S. 239, Teil 2 (wie Anm. 5), S. 55 f.; Weidinger, Mit Koggen (wie Anm. 2), S. 145 f.

7 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 276, S. 75: *unde hadden ock alto grote neringe ute Vreschland van vetten queke unde schaep, botteren, kese unde eigere alto grotes kopes.*

8 Vgl. Weidinger, Mit Koggen (wie Anm. 2), S. 243.

Wenn Bremen etwa 1307 über die weitgehende Stilllegung von Schifffahrt und Handel auf der Unterweser infolge der räuberischen Attacken der rüstringischen Friesen Klage führte, dann zeigt dies in aller Deutlichkeit, wie wirksam der Bremer Handelsverkehr hier zu treffen war.[9] Da an beiden Ufern der Unterweser und entlang der südlichen Nordseeküste eine Vielzahl friesischer Volksstämme beheimatet war, waren die Nordsee und damit der Anschluss an den hansischen Seehandelsverkehr für Bremen und seine Handelsflotte praktisch nur in Freundschaft mit den Friesen oder im Kampf gegen sie zu erreichen.[10] Für die Friesen ergab sich daraus die Möglichkeit, durch den gewaltsamen Zugriff auf die Bremer Handelsschiffe ihre einseitig auf die Produktion landwirtschaftlicher Güter ausgerichtete Wirtschaft durch Handelsgüter aus dem hansischen Bereich zu ergänzen.[11] Und die Friesen haben von dieser Möglichkeit offenbar ausgiebig Gebrauch gemacht.

In der wissenschaftlichen Literatur überwiegt im Allgemeinen die Ansicht, dass die Zeit der freien, genossenschaftlich verfassten friesischen Landesgemeinden während des 11. bis 14. Jahrhunderts vergleichsweise ruhig und friedlich war.[12] Erst im Zuge der sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ausbreitenden Häuptlingsherrschaft sei dieser Zustand beendet worden. Denn die Aufnahme der aus der Ostsee vertriebenen Vitalienbrüder als Hilfstruppen der ostfriesischen »Bauernhäuptlinge« habe zu Versorgungsproblemen geführt, die man nunmehr durch räuberische Überfälle auf Handelsschiffe und die gewaltsame Aneignung hansischer Handelsgüter zu lösen versuchte.[13] Als untrüglicher Nachweis für den weitgehend friedfertigen Charakter der der Häuptlingsherrschaft vorausgehenden Zeit galten nicht zuletzt die zahlreichen vertraglichen Abmachungen, die die autonomen friesischen Landesgemeinden (*terrae, universitates*) im 13. und 14. Jahrhundert mit der Stadt Bremen trafen. Da diese Verträge ausnahmslos den Schutz und die Sicherung des beiderseitigen Handelsverkehrs zu Wasser und zu Land zum Inhalt hatten (z.B. Geleitschutz, Aufhebung des Strandrechts, Verfolgung von Straftaten)[14], schienen sie – so jedenfalls die vorherrschende Lesart – das Interesse der Friesen an einem friedfertigen, gewaltfreien Güteraustausch eindrucksvoll zu bestätigen. Doch hält diese Sichtweise einer kritischen Überprüfung nicht stand. Ganz im Gegenteil liefern gerade

9 BUB II, Nr. 77.

10 Von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 5.

11 Vgl. Ute Scheurlen, Über Handel und Seeraub im 14. und 15. Jahrhundert an der ostfriesischen Küste, Diss. Hamburg 1974, S. 104.

12 Zu den freien friesischen Landesgemeinden im Hochmittelalter vgl. Heinrich Schmidt, Politische Geschichte Ostfrieslands (Ostfriesland im Schutze des Deiches, hrsg. von Jannes Ohling, Bd. 5), Leer 1975, S. 24–62.

13 So die Argumentation bei Ute Scheurlen, Bremen und die Seeräuber, in: Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos, Bd. 1, hrsg. von Jörgen Bracker, Hamburg 1989, S. 620–626, hier S. 620.

14 Vgl. dazu Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1, Hamburg ^{2}1985, S. 60; Thomas Hill, Die Stadt und ihr Markt: Bremens Umland- und Außenbeziehungen im Mittelalter (12.–15. Jahrhundert), Stuttgart 2004, S. 130ff.

diese zwischen der Stadt Bremen und den friesischen Völkerschaften abgeschlossenen Handelsverträge bei genauem Hinsehen eine Vielzahl von Belegen dafür, dass Gewaltanwendung und (see-)räuberische Überfälle bei den Friesen auch schon in der Vorhäuptlingszeit weit verbreitet waren und ein selbstverständliches Mittel des Gütererwerbs darstellten. Nicht selten gingen gewalttätige friesische Übergriffe auf Bremer Handelsschiffe den Abkommen zur Sicherung des Handelsverkehrs unmittelbar voraus und gaben damit – zumindest aus Bremer Sicht – den eigentlichen Anlass für den Abschluss eines solchen Vertrages. Schon das erste derartige Abkommen, das die Stadt Bremen vor 800 Jahren im Juni 1220 mit den Rüstringer Friesen abschloss – der erste auswärtige Vertrag der autonom gewordenen Stadt überhaupt –, lässt diese Zusammenhänge deutlich erkennen.

Der friesische Gau Rüstringen umfasste im 13. Jahrhundert neben den Landschaften Butjadingen und Stadland auch noch das Gebiet des heutigen Jadebusens, der erst im Verlauf des Spätmittelalters durch mehrere Sturmfluteinbrüche (zuletzt 1511 die sog. Antoniusflut) entstand.[15] Das Siedlungsgebiet der rüstringischen Friesen grenzte also im Osten und im Norden unmittelbar an Unter- und Außenweser, weshalb die Rüstringer Friesen für den bremischen Seehandelsverkehr eine besondere Bedrohung darstellten. Es ist deshalb wenig verwunderlich, dass die Stadt Bremen als erstes mit dieser friesischen Landesgemeinde eine vertragliche Vereinbarung zur Absicherung ihres Seehandels anstrebte.[16]

Auch wenn der bremisch-rüstringische Vertrag vom 9. Juni 1220 (Abb. 1) eine Reihe von Regelungen enthält, die sich auf einen friedlichen Handelsaustausch beziehen – so zum Beispiel Darlehensvergabe, Gleichbehandlung, Schadensersatz, allgemeine Handelsfreiheit –, so entspricht er insgesamt im Hinblick auf seinen Duktus und seine intendierte Stoßrichtung keineswegs einem normalen, die Regeln des friedlichen Güteraustausches reflektierenden Handelsabkommen. Vorherrschend sind vielmehr detaillierte Bestimmungen über die Verfolgung und Bestrafung von Rechtsbrechern, und bei den inkriminierten Straftaten handelt es sich überwiegend um schlimmste Kapitalverbrechen. So wird gleich zu Beginn des Vertrages der Straftatbestand des Totschlags ausführlich und in seinen möglichen Varianten behandelt: Lässt sich der Täter eindeutig ermitteln, dann hat er seine Tat mit 20 Mark Silber zu sühnen; bestehen Zweifel hinsichtlich der Täterschaft, dann kann sich ein zu Unrecht Beschuldigter mit Hilfe von 60 Eideshelfern der Bestrafung entziehen; befindet sich der Täter auf der Flucht, dann soll das fällige Bußgeld aus seinem zurückgelassenen Vermögen aufgebracht werden; sollte der flüchtige Täter jedoch vermögenslos sein, dann soll dieser durch seine Ächtung an der Rückkehr in seine Heimat gehindert werden; und für den Fall, dass die Verwandten oder die dem Täter Nahestehenden diesem Schutz gewähren, sollen diese zur Rechenschaft gezogen werden und für ihn einstehen; wenn der Täter aber gefangen genommen und bestraft wurde,

15 Zu Rüstringen vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 60–63; dies., Bremen und die Seeräuber (wie Anm. 13), S. 620.

16 BUB I, Nr. 119.

Abb. 1: Vertrag zwischen der Stadt Bremen und den Rüstringern zur Festsetzung des zwischen ihnen gültigen Kriminalrechts und zur Regelung des Handelsverkehrs. Anhängend an gelb-roter Seidenschnur das älteste Siegel des Landes Rüstringen mit dem thronenden Kaiser. StAB 1-F 1220 Juni 9. (Foto: StAB)

dann darf dieser unter keinen Umständen begnadigt werden. Der nächste im Vertragswerk angesprochene Straftatbestand betrifft die Verletzung und Verstümmelung von Gliedern: Ging jemand – offenbar infolge einer Kampfhandlung – seines Auges, seines Fußes oder seiner Hand verlustig, dann können der oder die Täter den Schaden durch die Zahlung eines Bußgeldes von 10 Mark Silber wieder gutmachen; waren Hand oder Fuß infolge einer bewusst herbeigeführten Verletzung künftig nur noch eingeschränkt

benutzbar, dann soll dies mit 5 Silbermark gebüßt werden; wurden Fuß oder Hand verletzt, ohne dass dadurch dauerhafte Folgeschäden entstanden, dann werden 2 ½ Mark fällig. Schließlich enthält der Vertrag auch noch Vorschriften, wie bei Raubüberfällen zu verfahren ist: So soll der Geschädigte auch dann einen Anspruch auf Aushändigung seiner geraubten Güter haben, wenn der Räuber bei der Verfolgung durch dessen Hand den Tod fand. Wenn sich nicht einwandfrei klären lässt, wer den Raub begangen hat, dann kann sich ein zu Unrecht Beschuldigter wiederum durch Eidesleistung schadlos halten.[17]

All das hat mit friedlichem Handelsverkehr wenig zu tun. Was 1220 zwischen Bremen und den Rüstringer Friesen verhandelt wurde, war die willkürliche Anwendung von Gewalt, die sich offenbar nicht nur gegen Sachen, sondern auch gegen Menschen richtete. Dabei kann es nicht verborgen bleiben, dass die angesprochenen Straftatbestände des Totschlags, der Verstümmelung und des Raubes dem vertrauten Bild der Piraterie entsprechen. Auf jeden Fall muss in den Beziehungen zwischen der Stadt Bremen und den Rüstringer Friesen der Rückgriff auf offene Gewalt neben dem friedlichen Handelsverkehr, den es daneben sicherlich auch gab, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Die Gewalttätigkeiten müssen sogar ein so großes Ausmaß angenommen haben, dass man 1220 vereinbarte, zweimal im Jahr in Elsfleth an der Weser (ca. 30 km unterhalb Bremens) ein neutrales Schiedsgericht tagen zu lassen, auf dem die in der Zwischenzeit angesammelten Klagen verhandelt und entschieden werden sollten.[18]

Trotz der einmütigen Verurteilung der angeprangerten Delikte und der rigorosen Strafandrohungen beruhigte sich die Lage an der Unterweser nicht dauerhaft, die Gewaltexzesse im Verhältnis zwischen Rüstringern und Bremern flackerten vielmehr immer wieder von Neuem auf. Die Stadt Bremen sah sich deshalb auch weiterhin veranlasst, diesbezüglich Vorkehrungen zu treffen. Vor allem seit dem Ende des 13. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurden die diplomatischen Bemühungen zur Reduzierung der Konflikte mit den Rüstringern deutlich intensiviert. 1291 wurde der »Handelsvertrag« von 1220 deshalb erneuert und zugleich um einige wenige Zusätze ergänzt. Auch diesmal war es unmittelbar zuvor zu Feindseligkeiten gekommen, in deren Verlauf wiederum Tote zu beklagen waren. Die Ergänzungen, die man 1291 in das Vertragswerk eingefügt hatte, betrafen vor allem die Wiedergutmachung des entstandenen Schadens sowie das Prozedere bei einer Klageerhebung vor dem Schiedsgericht in Elsfleth.[19] 1312 schloss Bremen mit den drei rüstringischen Gemeinden Blexen, Waddens und Abbehausen nach der Beilegung einer Fehde einen Vertrag, in dem die drei Gemeinden versprachen, die Beraubung von Bremer Kaufleuten künftig zu unterlassen bzw. angemessen zu bestrafen.[20] Auch hier war es also zu gewalttätigen Übergriffen auf Bremer Handelswaren gekommen.

17 Siehe die entsprechenden Bestimmungen in BUB I, Nr. 119.
18 Vgl. ebd.
19 BUB I, Nr. 472.
20 BUB II, Nr. 122.

Drei Jahre später, 1315, wurden die rüstringischen Gemeinden Langwarden und Burhave in diesen Vertrag einbezogen, so dass jetzt ganz Butjadingen in einem vertraglichen Verhältnis mit Bremen stand. Das zweimal im Jahr tagende Schiedsgericht sollte ab jetzt in Hagerhorn anstatt wie bisher in Elsfleth zusammenkommen.[21] 1324 beurkundeten die an der friesischen Versammlungsstätte Upstalsboom bei Aurich tagenden friesischen Gemeinden das Vertragsverhältnis der Rüstringer mit Bremen. Aller Streit sollte beigelegt werden und die alten Verträge in Kraft bleiben.[22] (Abb. 2) Zehn Jahre später, 1334, kam es zu einer erneuten Bekräftigung der früheren Verträge durch die Richter des Rüstringerlandes.[23] Ein weiterer Vertrag zum Schutz der Kaufleute vor Raubüberfällen kam 1348 mit den Rüstringer Friesen zustande. Auch diesmal wurde die Gültigkeit der früheren Verträge aufs Neue beschworen.[24] Schließlich schloss der Bremer Rat 1402 noch einmal einen Vertrag mit dem Land Rüstringen, der den Bremer Kaufleuten für drei Jahre Frieden zusicherte.[25] Doch fällt dieser Vertrag bereits in die Zeit der friesischen Häuptlingsherrschaft.

Abb. 2: Das große friesische Siegel an der von der friesischen Gesamtgemeinde auf dem Upstalsboom ausgestellten Urkunde zwischen der Stadt Bremen und den Rüstringern. Zwischen zwei friesischen Kriegern Maria mit dem Kind. StAB 1-Bo 1324 Juni 5 (2). Foto: StAB)

Die autonome friesische Landesgemeinde Rüstringen und die Stadt Bremen haben seit 1220 also ein dichtes Netz vertraglicher Beziehungen gewoben. Doch blieben die bremischen Aktivitäten zur Sicherung ihres Handelsverkehrs nicht auf Rüstringen beschränkt, auch wenn dieser friesische Gau aufgrund seiner exponierten geografischen Lage an Unter- und Außenweser für Bremen zweifelsohne von besonderer Bedeutung war.

21 BUB II, Nr. 153. Zu den fünf ostrüstringischen Kirchspielen in Butjadingen vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 62.
22 BUB II, Nr. 246.
23 BUB II, Nr. 370.
24 BUB II, Nr. 576.
25 BUB IV, Nr. 290.

Vielmehr traf die Stadt Bremen im 13. und 14. Jahrhundert auch mit allen anderen friesischen Landesgemeinden vertragliche Abmachungen zur Beruhigung der Lage, für die fast immer der Vertrag mit den Rüstringer Friesen von 1220 als Vorbild diente.

Er bildete in den folgenden Jahrzehnten die Vorlage für eine Vielzahl weiterer vertraglicher Abmachungen, die die Stadt Bremen mit verschiedenen anderen friesischen Landesgemeinden abschloss. Bereits 1237 kam es mit dem Harlingerland[26] um Esens zum Abschluss eines Vertrages, der weitgehend, zum Teil wortwörtlich, an die Vereinbarung mit dem Land Rüstringen von 1220 anschloss. Wiederum nehmen die Straftatbestände des Totschlags, der Verstümmelung bzw. Verletzung sowie des Raubes neben der Regelung der alltäglichen Handelsbeziehungen einen breiten Raum ein. Sogar das zweimal im Jahr zur Schlichtung von Streitfällen in Elsfleth tagende Schiedsgericht wurde übernommen.[27] Dieser Vertrag wurde 1289 erneuert. 1310 einigte man sich dann auf einen neuen Vertrag mit dem Harlingerland,[29] der seinerseits 1358 erneuert wurde.[30]

Links der Weser waren unter den friesischen Landschaften neben Rüstringen und dem Harlingerland vor allem noch das Norderland, das Emsigerland und Östringen für Bremen von Bedeutung. Insbesondere das Norderland, das sich entlang der Küste von der Leybucht über Norden bis nach Dornum erstreckte, unterhielt regelmäßige Handelsbeziehungen mit Bremen, zu dessen Erzbistum es auch gehörte.[31] Eng mit dem Norderland verbunden war das sich an der westlichen Küste hinziehende Emsigerland mit seinem Hauptort Emden.[32] Wohl aufgrund ähnlich gerichteter Interessen gestalteten die Nordener und die Emsgauer ihre vertraglichen Beziehungen zu Bremen zumeist gemeinsam, so bereits 1255 in einem ersten Vertrag zur Wahrung des Friedens und Sicherung des Verkehrs,[33] der 1269 nach zwischenzeitlichen Streitigkeiten erneut beschworen wurde.[34] Dem Vertrag von 1269 schloss sich auch der nördlich des Emsgaus gelegene, an die Leybucht grenzende Federgau an.[35] Der im Juni 1367 nach Beilegung aller Zwistigkeiten getroffenen Vereinbarung Bremens mit dem Norder-

26 Zum Harlingerland, das als Bindeglied zwischen den Emsfriesen im Westen und den Weserfriesen im Osten fungierte, vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 53–55; Almuth Salomon, Geschichte des Harlingerlandes bis 1600 (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands 41), Aurich 1965, passim.

27 BUB I, Nr. 203; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 9.

28 BUB I, Nr. 453; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 14.

29 BUB II, Nr. 106; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 17.

30 BUB III, Nr. 119; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 28.

31 Zum Norderland siehe Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 51–53.

32 Zum Emsigerland siehe ebd., S. 39–46.

33 BUB I, Nr. 265; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 10.

34 BUB I, Nr. 340; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 12.

35 BUB I, Nr. 341; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 13. Zum Federgau siehe ebd., S. 40.

land[36] trat drei Tage später wiederum auch das Emsigerland bei.[37] Auch ein Schutzversprechen zugunsten der Bremer Kaufleute gaben Nordener und Emdener 1378 in gewohnter Weise gemeinsam ab.[38] Nur den Vertrag von 1310 zur gegenseitigen Sicherung des Handelsverkehrs schloss das Norderland allein mit Bremen ohne Beteiligung des Emsigerlandes ab.[39] Was das Land Östringen anbetraf, das im Nordosten der ostfriesischen Halbinsel lag und dessen Hauptort Jever damals über das schiffbare Hooksiel mit der Jade verbunden war,[40] so vereinbarten dessen 16 Richter (*conjudices*) 1306 nach erfolgtem Raub und Totschlag einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Bremen, der den freien Handel zwischen beiden Gemeinwesen sichern sollte.[41] Auch dieser Vertrag wurde unter Bezugnahme auf aktuelles Geschehen 1318 erneuert.[42] Das Bremen am linken Weserufer am nächsten gelegene Stadland mit seiner gemischt friesisch-sächsischen Bevölkerung unterhielt keine vertraglichen Beziehungen zu Bremen. Allerdings urkundete die Gemeinde Rodenkirchen im Stadland 1375 über ihre Aussöhnung mit der Stadt Bremen,[43] nachdem schon 1367 ein Abkommen Husseke Hayens mit Bremen durch die Gemeinde Rodenkirchen urkundlich bekräftigt worden war.[44] Diese Verträge fallen bereits in die Zeit der wachsenden Häuptlingsmacht, Husseke Hayen konnte sich damals als Häuptling von Rodenkirchen durchsetzen.[45]

Auch am rechten Unterweserufer siedelten in den Ländern Würden und Wursten Friesen,[46] die dem Bremer Handelsverkehr mitunter schwer zusetzten. Deshalb strebte Bremen auch hier eine vertragliche Regelung der gegenseitigen Beziehungen an. Den Anfang machte 1269 das nördlich der Geeste an der Außenweser gelegene Land Wursten mit einem Vertrag, der neben Absprachen über die Sicherung des Handelsverkehrs und über die Festsetzung der geltenden Kriminalstrafen erstmals auch detaillierte Bestimmungen zum Schutz schiffbrüchigen Gutes enthielt.[47] Seither bildete die Strandrechtsbefreiung einen festen Bestandteil fast aller Verträge Bremens mit den friesischen Landesgemeinden. 1291 sanktionierte die Landesgemeinde von Wursten einen Vergleich des Dorfes Weddewarden (heute nördliches Stadtgebiet von Bremerhaven) mit Bremen, in dem die Dorfbewohner gelobten,

36 BUB III, Nr. 286, 295; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 29.
37 BUB III, Nr. 297; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 31.
38 BUB III, Nr. 542; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 33.
39 BUB II, Nr. 105; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 16.
40 Zu Östringen vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 56–60.
41 BUB II, Nr. 58; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 15.
42 BUB II, Nr. 179; Scheurlen, Über Handel und Verkehr (wie Anm. 11), A 22.
43 BUB III, Nr. 471.
44 BUB III, Nr. 315.
45 Vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), 106 f.; dies., Bremen und die Seeräuber (wie Anm. 13), S. 622.
46 Vgl. Benno Eide Siebs, Die Friesen am rechten Weserufer, in: Niedersächsisches Jb. 31, 1960, S. 63–77.
47 BUB I, Nr. 342. Vgl. auch von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 153. Zum Land Wursten siehe Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 63 f.

die Beraubung von Bremer Kaufleuten einzustellen und sich künftig vertragstreu zu verhalten.[48] Weitere vertragliche Vereinbarungen, die die Sicherheit auf allen Land- und Wasserwegen garantieren sollten, kamen 1304, 1338 und 1369 zwischen der Stadt Bremen und dem Land Wursten zustande.[49] Der Vertrag von 1369 erneuerte zugleich alle früher abgeschlossenen Verträge. Das südlich der Geeste an die Unterweser grenzende Land Würden,[50] das damals unter der Herrschaft der Oldenburger Grafen stand, schwor der Stadt Bremen 1285 in der Kirche zu Elsfleth Urfehde, die einen längeren Fehdezustand beendete.[51] Obwohl der Bruch des Vertrages mit einer hohen Strafzahlung von 400 Bremer Mark geahndet wurde, hielt der Frieden nicht lange an, bereits 1291 musste die Urfehde, diesmal in der Ochtumer Kirche (am linken Weserufer bei Altenesch), erneuert werden.[52] Und noch ein drittes Mal schwor die Gemeinde des Landes Würden 1324 nach einer erneuten Störung des Friedens der Stadt Bremen Urfehde.[53] Südlich des Landes Würden breitete sich entlang der Unterweser das von Stedingern besiedelte Land Osterstade aus. Hier waren es vor allem die beiden Dörfer Rechtenfleth und Sandstedt, die dem Bremer Handel Schaden zufügten. Deshalb mussten sich diese beiden Dörfer auf Druck Bremens 1335 (Sandstedt und Rechtenfleth) und 1375 (Rechtenfleth) zu einem Friedensschluss bereit erklären und versprechen, für den Bremen zugefügten Schaden Genugtuung zu leisten.[54]

Bis zum Beginn der Häuptlingszeit in Ostfriesland um 1380/1390 hatte Bremen somit ca. 30 Verträge mit friesischen Landesgemeinden bzw. mit einzelnen ihrer Dorfschaften abgeschlossen, und aus jedem dieser Verträge geht mehr oder weniger deutlich hervor, dass gewaltsame Übergriffe der Friesen auf den hansestädtischen Fernhandel damals offenbar zum alltäglichen Erscheinungsbild gehörten. Als klassische Handelsverträge zweier an der Ausweitung ihrer Wirtschaftsbeziehungen interessierter Handelspartner sind diese Vertragsurkunden deshalb nur sehr unzureichend beschrieben. Vielmehr ging es bei diesen Abkommen aus Bremer Sicht vor allem darum, die widerrechtliche Aneignung bremischer Kaufmannsgüter durch die Friesen so weit wie möglich zu unterbinden und so einen störungsfreien, ungehinderten Handelsverkehr sicherzustellen.

Was aber den Charakter der vom Bremer Rat inkriminierten friesischen Gewalttaten anbetrifft, so spricht nahezu alles dafür, dass es sich dabei um seeräuberische Attacken auf Handelsschiffe Bremer Kaufleute handelte. Dies ist allein schon deshalb naheliegend, weil der Bremer Fernhandel in den Nordseeraum so gut wie ausschließlich mit dem Schiff auf dem Wasserweg

48 BUB I, Nr. 471.
49 BUB II, Nr. 37, 439, BUB III, Nr. 360.
50 Zum Land Würden siehe Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 64 f.
51 BUB I, Nr. 426.
52 BUB I, Nr. 470. Vgl. auch von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 157 f.
53 BUB II, Nr. 247.
54 BUB II, Nr. 390, BUB III, Nr. 475.

abgewickelt wurde.[55] Zahlreiche direkte wie indirekte Hinweise in den vertraglichen Vereinbarungen bestätigen dies in aller Deutlichkeit.

Eindeutig ist die Sachlage überall dort, wo die Weser als Ort des Raubüberfalls direkt genannt wird. So fanden beispielsweise die 1269 den Wurstern zur Last gelegten Straftaten (Raub, Verletzungen, Totschlag) zweifelsfrei auf der Weser statt, denn als Zeugen des Geschehens werden ausdrücklich die beteiligten Seeleute (*hoc per connautas probari poterit*) genannt. Als Konsequenz dieser seeräuberischen Attacken verpflichteten sich die Bremer und die Wurster gemeinsam, die Weser zu befrieden, *weil sie für die Seefahrenden eine freie und königliche Straße ist.*[56] Wortwörtlich dieselbe Formulierung findet sich 1304 in dem Vertrag mit dem Land Wursten, und auch hier wird auf die Schiffsgenossen als in Frage kommende Augenzeugen der Kampfhandlung verwiesen. Auf Druck Bremens hin mussten sich die Wurster durch Eid verpflichten, Seeräuber, die auf der Weser ihr Unwesen trieben (*raptores spoliantes supra Weseram*), nicht in ihrem Land aufzunehmen bzw. diese innerhalb von acht Tagen von dort zu vertreiben.[57] Zwei Jahre später, 1306, wurden die Bewohner des Landes Würden und des Neuenlandes beschuldigt, auf der Weser an den Bremer Kaufleuten Seeraub begangen zu haben. In der durch Vermittlung Erzbischof Giselberts von Bremen und der Oldenburger Grafen herbeigeführten Versöhnung versprachen die Friesen, künftig die Bremer Bürger nicht mehr zu berauben und auch fremden Räubern keinen Unterschlupf zu gewähren.[58]

Überhaupt scheint sich das Piratentum auf der Weser zu Anfang des 14. Jahrhunderts stark ausgebreitet zu haben. Jedenfalls beklagten sich die Bremer 1307 bitter darüber, dass die Räubereien und Gewalttätigkeiten der Rüstringer Friesen auf der Weser und der Ahne[59] in jüngster Zeit so sehr zugenommen hätten, dass der gesamte Handelsverkehr im Flussgebiet der Weser mehr oder weniger zusammengebrochen sei. Die Bremer Kaufleute hätten ihre Handelsgeschäfte aufgrund der unzumutbaren Verhältnisse vorübergehend ganz eingestellt, so dass sie die Weser und die übrigen Flüsse verlassen und verödet zurückgelassen hätten.[60] Als die Stadt Bremen 1312 und 1315 mit den rüstringischen Gemeinden in Butjadingen (Blexen, Waddens, Abbehausen, Langwarden und Burhave) Frieden schloss, wird ausdrücklich festgehalten, dass bei den Raubüberfällen der Friesen auf Bremer Kaufleute Schiffe zum Einsatz kamen. Als Schiffe, die die Seeräuber bei ihren Raubzügen benutzten, werden Eken und Bortschiffe genannt.[61] Eken

55 Vgl. dazu Hill, Die Stadt (wie Anm. 14), S. 183–233.
56 BUB I, Nr. 342: *quia Wisera est libera et regia strata navigantibus.*
57 BUB II, Nr. 37.
58 BUB II, Nr. 67, 68.
59 Die Ahne war im Mittelalter ein Mündungsarm der Weser zwischen Esensham und Nordenham. Vgl. Friedrich Glaebe, Die Unterweser. Chronik eines Stromes und seiner Landschaft, Bremen 1968, S. 17f.
60 BUB II, Nr. 77. Vgl. dazu auch von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 177.
61 BUB II, Nr. 122, 153.

waren flachbodige Flussschiffe aus Eichenholz, mit den Bortschiffe sind vermutlich Flussschiffe mit erhöhten Bordwänden gemeint.[62]

Auch überall dort, wo sich die Friesen verpflichten mussten, in Zukunft keine Räubereien mehr auf der Weser zu begehen, liegt indirekt ein Eingeständnis dafür vor, dass sie sich in der Vergangenheit sehr wohl seeräuberischer Methoden bedient hatten. Derartige Verzichtserklärungen finden sich in den vertraglichen Vereinbarungen Bremens mit den oldenburgischen Strandfriesen (1275: *de cetero nullum spoliabunt in Wisera*), mit dem Land Würden (1324), mit Rüstringen (1334 und 1348), mit den osterstadischen Dörfern Sandstedt und Rechtenfleth (1335), mit dem Land Wursten (1338, 1369 und 1390) sowie mit den Emdenern und Nordenern (1378).[63] In dem Vertrag mit den Wurstern von 1369 sagten die Richter und die Gemeinde des Landes die Vertreibung der Weserpiraten (*pyratas seu spoliatores super Wyseram*) zu und ließen damit nicht den geringsten Zweifel an der Art der inkriminierten Straftaten.[64] 1343 wurde auch dem Einzeltäter Alverich von Mennighausen das Versprechen abverlangt, künftig keine Raubzüge oder andere Gewalttaten auf der Weser zu unternehmen, auch er hatte offensichtlich schon zuvor Piraterie auf dem Fluss und dessen Mündungsarmen Heete, Ahne und Lockfleth betrieben.[65]

Auch bezüglich der Art und Weise, wie die Friesen bei ihren seeräuberischen Attacken auf Bremer Schiffe vorgingen, lässt sich den Verträgen einiges entnehmen. 1312 einigte sich die Stadt Bremen mit den rüstringischen Gemeinden Blexen, Waddens und Abbehausen auf einen Freundschaftsvertrag, dem drei Jahre später auch die Gemeinden Langwarden und Burhave beitraten.[66] Aus dem Vertragstext lässt sich unschwer erschließen, dass es sich bei den fünf rüstringischen Gemeinden um typische »Piratendörfer« handelte. Offensichtlich lauerten die Bewohner in ihren ufer- und küstennah gelegenen Dörfern den Bremer Handelsschiffen auf, um bei günstiger Gelegenheit mit ihren flachen, aber wendigen Eken und Bortschiffen die in unmittelbarer Nähe vorbeifahrenden Schiffe anzugreifen und auszurauben. Nach vollbrachter Tat zogen sie sich wieder in ihre Dörfer zurück, um hier in der Dorfbevölkerung unerkannt unterzutauchen. Die seeräuberischen

62 Vgl. Karl Schiller, August Lübben, Mittelniederdeutsches Wörterbuch, Bd. 1, S. 401 (Bortschiff) und S. 649 (Eke). Zu den Schiffen der Piraten vgl. auch Christian Peplow, »Klar zum Entern«? Über den Alltag auf See zur Zeit der Hanse, in: Störtebeker & Konsorten. Piraten der Hansezeit?, hrsg. vom Europäischen Hansemuseum, Lübeck 2019, S. 55–63, hier S. 56.

63 BUB I, Nr. 365 (Strandfriesen), II, Nr. 247 (Würden), II, Nr. 372, 576 (Rüstringen), II, Nr. 390 (Sandstedt, Rechtenfleth), II, Nr. 439, III, Nr. 360, IV, Nr. 120 (Wursten), III, Nr. 524 (Emden, Norden).

64 BUB III, Nr. 360.

65 BUB II, Nr. 504. Zu den Mündungsarmen der Weser im Mittelalter vgl. Glaebe, Die Unterweser (wie Anm. 59), S. 17f.; Ulrich Weidinger, Der Kampf mit dem Fluss. Vorschläge, Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrwassers der Unterweser im 17. und 18. Jahrhundert, in: Brem. Jb. 95, 2016, S. 19–74, hier S. 19.

66 BUB II, Nr. 122, 153.

Überfälle wurden also in den Dörfern geplant und gelangten von hier aus zur Ausführung, die Dörfer dienten den Piraten zugleich als Ausgangspunkt wie auch als Rückzugsort. Das gleiche Muster wird auch in den beiden am rechten Ufer der Unterweser gelegenen osterstadischen Dörfern Sandstedt und Rechtenfleth erkennbar. Auch hier nahmen die Raubzüge in den ufernahen Dörfern ihren Ausgang, und das Beutegut wurde anschließend in diesen Dörfern versteckt bzw. zum Verkauf angeboten.[67] Die »Piratendörfer« an der Weser waren also auch allseits bekannte Umschlagsplätze für Hehlerware. Es war aber nicht nur die einheimische Dorfbevölkerung, die von hier aus auf Beutefang ging. Vielmehr stellten die Bewohner – vermutlich gegen Beteiligung an der Beute – ihre Dörfer auch auswärtigen Piraten zum vorübergehenden Aufenthalt zur Verfügung, die dann die günstige ufernahe Lage für ihre räuberischen Unternehmungen nutzten.[68] Die Raubzüge aber waren keineswegs eine Angelegenheit von gesetzlosen Außenseitern der Gesellschaft. Vielmehr war in den »Piratendörfern« wohl so gut wie fast jeder Bewohner ein potentieller Seeräuber. Als Bremen 1375 mit der Gemeinde Rechtenfleth Frieden schloss, hat man bezeichnenderweise neben den Häuptlingen auch die Bauern des Ortes (*villani ville Rechtenvlethe*) den Frieden beschwören lassen.[69] Es hat den Anschein, als ob in den »Piratendörfern« der Großteil der Bewohner normalerweise eine geregelte friedliche Tätigkeit – zumeist wohl im Rahmen der friesischen Vieh- und Weidewirtschaft – ausübte, um sich dann bei günstiger Gelegenheit als »Piraten« an einem Raubzug zu beteiligen und auf diese Weise ihre Einkünfte aufzubessern. Nach dem Ende des seeräuberischen Unternehmens gingen sie dann wieder ihrem alltäglichen Gewerbe nach – bis zur nächsten passenden Gelegenheit zum Seeraub.
Der bremische Handelsverkehr auf Unter- und Außenweser war, das zeigen die vielen Vertragsurkunden in aller Deutlichkeit, den seeräuberischen Attacken der Friesen permanent ausgesetzt. Seeraub, Fehden und Vertragsabschlüsse »wiederholten sich in ermüdender Gleichförmigkeit«.[70] Offenbar konnten die am Fluss und an der Küste wohnenden Friesen der Verlockung nicht widerstehen, die vorüberfahrenden Bremer Frachtschiffe anzufallen und auszurauben sowie mit Hilfe des Strandrechts sich das schiffbrüchige Gut gestrandeter Schiffe anzueignen.[71] Interessant dabei ist, wie die Friesen selbst ihr gesetzloses Handeln – seit 1229 wurden Piraten durch päpstliches Dekret Ungläubigen und Häretikern gleichgestellt und mit dem Kirchenbann bedroht[72] – sahen und einschätzten. Als die Emsgauer und Nordener 1255

67 BUB II, Nr. 390: *si spolium ad easdem villas deduci contigerit.*
68 BUB II, Nr. 390: *spoliatores aut latrones villas predictas ad spoliandum intrabunt seu exibunt.*
69 BUB III, Nr. 475.
70 So von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 189.
71 Vgl. ebd., S. 157.
72 Vgl. Gregor Rohmann, Was waren die »Vitalienbrüder« und was hat Lübeck damit zu tun?, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 27–35, hier S. 32; Emily Sohmer Tai, Das Vorbild für den Wandel im Norden. Der rechtliche Status von Gewalt auf See im Mittelalter, in: ebd., S. 15–23, hier S. 16.

mit Bremen einen Vertrag zur Wahrung des Friedens und zur Sicherung des Verkehrs abschlossen, entschuldigten sie ihre Neigung zur Piraterie damit, dass sie nun einmal Menschen und keine Engel sind (*quia homines sumus et non angeli*).[73] Mit dieser anthropologischen Rechtfertigung verharmlosten die Friesen ihre seeräuberische Alltagspraxis als eine in der Natur der Menschen angelegte Verhaltensform, der sie sich schlechterdings nicht völlig entziehen konnten. Künftige Gewalttaten waren damit gewissermaßen schon vorprogrammiert.

Um dem Raubwesen auf der Weser Einhalt zu gebieten, hat Bremen 1220 mit den Rüstringern, 1237 dann auch mit den Harlingern die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen, das zweimal jährlich am 1. Mai (Walburgisfest) und am 8. September (Mariä Geburt) zunächst in Elsfleth, seit 1315 in Hargerhorn tagen sollte, um etwaige Streitigkeiten zu schlichten.[74] Auch mit dem Land Norden scheint es zumindest sporadisch derartige Schlichtungsverhandlungen gegeben zu haben. Jedenfalls traf man sich 1269 im Dominikanerkloster zu Norden zur Beendigung der entstandenen Zwietracht und 1367 baten die Nordener Bremen um Entsendung geeigneter Diplomaten zu gemeinsamer Beratung.[75] Doch zeigen die endlosen Klagen über die vielfältigen Störungen des Handelsverkehrs, dass der Diplomatie in der Regel kein dauerhafter Erfolg beschieden war. Um sich gegen die gewaltsamen Übergriffe auf bremische Handelsgüter zur Wehr zu setzen, schreckte Bremen deshalb auch vor dem Einsatz kriegerischer Mittel nicht zurück. Die Stadt Bremen erklärte dann den betreffenden friesischen Landesgemeinden die Fehde, um ihrer Rechtsauffassung mittels der Anwendung von Gewalt zum Sieg zu verhelfen. So nahm die Stadt zu Anfang des 14. Jahrhunderts, als die zahlreichen Räubereien der Rüstringer zur völligen Einstellung der bremischen Seefahrt führten, das Recht für sich in Anspruch, *zum allgemeinen Vorteil der Kaufleute gegen die Friesen Krieg zu führen*.[76] Im 1291 mit dem Land Würden ausgehandelten Vertrag ließ sich Bremen dieses Recht zur Fehdeführung ausdrücklich urkundlich verbriefen.[77] Unter bestimmten Umständen fand Bremen bei diesen Fehden sogar Unterstützung von den Friesen. So machte die Hansestadt 1348 gemeinsame Sache mit den Rüstringer Friesen, um die seeräuberischen Wurster Friesen von der Weser zu vertreiben. Man beschloss, die Räuber gemeinsam zu verjagen, einander gemeinsam Waffenhilfe zu leisten und den Bau neuer Häuser und Burgen an der Weser zu verhindern.[78] Und als 1348 der Bremer Erzbischof Moritz mit den Grafen von Delmenhorst und dem Land Rüstringen auf zwei Jahre

73 BUB I, Nr. 265.
74 BUB I, Nr. 119, 203, 472; BUB II, Nr. 153.
75 BUB I, Nr. 340; BUB III, Nr. 286.
76 BUB II, Nr. 77: *propter commune commodum mercatorum contra predictos Frisones guerram ... habeamus.*
77 BUB I, Nr. 470: *dicti cives Bremenses nos et terram nostram quibuscunque modis licite poterunt infestare.*
78 BUB II, Nr. 576. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 12 Anm. 27.

ein Bündnis zur Aufrechterhaltung des Friedens im Weserraum abschloss, da beteiligte sich auch die Stadt Bremen an dem Bündnis und stellte neben 20 bewaffneten Kriegern für die Landstreitkräfte auch vier bewaffnete, gut ausgerüstete Eken zu Wasser zur Verfügung.[79] Am Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen stand dann in aller Regel die Urfehde (*orveyde*), durch die sich beide Parteien eidlich auf die Einhaltung des Friedens verpflichteten.[80] Die Kampfhandlungen nahmen somit partiell den Charakter einer Fehde an, die der unterlegenen Seite einen Racheverzicht abnötigte.[81]

Wurden die Bremer eines Seeräubers habhaft, dann drohten dem Täter Geldbußen, Gefangenschaft oder Enthauptung.[82] Die Geldbußen waren je nach Schwere des zur Last gelegten Verbrechens unterschiedlich hoch. Auf Totschlag stand in der Regel eine Bußzahlung von 20 Bremer Mark, bei Verlust von Hand, Fuß oder Auge mussten 10 Mark, bei Verstümmelung von Hand und Fuß 5 Mark bezahlt werden. Wurde der Täter von seinen Verwandten oder Freunden gedeckt, dann mussten diese für die Zahlung des Bußgeldes geradestehen.[83]

Doch kam es immer wieder vor, dass die Stadt Bremen sich nicht mit der Zahlung des vorgeschriebenen Bußgeldes begnügte, sondern einen gefangenen Seeräuber im Fangturm, dem Gefängnis der Stadt, inhaftierte. Von einem solchen Fall wird erstmals 1275 berichtet, als Eymar Friso, ein oldenburgischer Strandfriese aus Oldendorf, wegen eines Raubüberfalls auf der Weser in Bremen hinter Schloss und Riegel gebracht wurde. Eymar wurde auf Fürsprache der oldenburgischen Grafen Christian und Otto wieder aus der Haft entlassen, nachdem seine Verwandten zuvor geschworen hatten, keine Rache zu üben.[84] 1306 wurden gleich neun namentlich genannte Bewohner des Landes Würden und des Neuenlandes in Bremen inhaftiert, weil man ihnen vorwarf, Seeraub an Bremer Kaufleuten begangen zu haben. Trotzdem kamen diese noch vergleichsweise glimpflich davon. Andere Mittäter, die des gleichen Vergehens beschuldigt wurden, mussten ihre Tatbeteiligung mit dem Leben bezahlen.[85] Was der Grund für die unterschiedliche Bestrafung der Täter war, wird nicht recht deutlich. Jedenfalls kamen die neun Gefangenen auf Veranlassung Erzbischof Giselberts von Bremen und der Oldenburger Grafen Johannes und Christian wieder frei, nachdem sie der Stadt Bremen Urfehde geschworen hatten.[86] Ebenfalls aufgrund

79 BUB II, Nr. 586: *universitas civitatis Bremensis in aquis cum quatuor ekis armatis bene expeditis, in terris vero cum viginti viris armatis.* Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 12/13, Anm. 27.

80 Zum Beispiel BUB I, Nr. 365, 426, 470; BUB II, Nr. 68, 247.

81 Vgl. Christine Reinle, Seeraub als »Fehde zur See«? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Seeraub und Fehde, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 41–49, hier S. 43.

82 Vgl. Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 104.

83 BUB I, Nr. 119, 203, 342; BUB II, Nr. 37, 58, 105, 106; BUB III, Nr. 295, 297.

84 BUB I, Nr. 365.

85 BUB II, Nr. 67.

86 BUB II, Nr. 67, 68. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 20, Anm. 52.

ihres ausdrücklichen Verzichts auf Rache wurden die beiden Würdener Sabbo Edinges, der Knecht des Johannes Yelliken, und Thyen, der Knecht des Meynward von Hammelwarden, 1324 aus der Haft in Bremen entlassen, in die sie wegen Seeräuberei geraten waren.[87] 1338 war der aus dem Land Wursten stammende Gado Tantes, genannt Aseghe, vorübergehend von Volkmar Grelle, dem Amtmann von (Bremer-)Vörde, in Haft genommen worden. Da auch Gado Aseghe geloben musste, keine Raubzüge mehr auf der Weser zu begehen, lässt sich auch bei ihm Piraterie als Haftgrund ausmachen.[88] Das Gleiche gilt auch für die beiden Rüstringer Harreko Winnaga und Sybe Jolf, denen durch ihre Gefangenschaft in Bremen großer Schaden (*propter incommoditates et dampna*), wie es heißt, zugefügt worden sei. Die Rüstringer mussten sich, vermutlich im Gegenzug für die Freilassung ihrer beiden Landessöhne, 1348 verpflichten, gemeinsam mit Bremen die Weser von der salzenen See bis zur Stadt Bremen zu befrieden.[89] Ähnlich lagen die Dinge 30 Jahre später auch bei den aus Emden bzw. dem Land Norden stammenden Seeräubern Fredebernus und Ydzo. Beide waren von dem Bremer Johannes Timmermann als Gefangene nach Bremen entführt worden. Nach ihrer Freilassung aus der Haft versicherten die Häuptlinge von Emden und des Norderlandes 1378, künftig keine Bremer Schiffe mehr zu berauben.[90] Im selben Jahr 1378 war es bei Helgoland zu einer seeräuberischen Aktion gekommen, die in Bremen ein gerichtliches Nachspiel fand. Drei Piraten hatten ein – offenbar aus Bremen stammendes – Schiff beraubt und die gestohlene Ware auf Helgoland an Wimer, den Sohn des Jens, verkauft, der die Hehlerware anschließend auf sein Schiff verfrachtete. Die drei Diebe und der Hehler wurden ergriffen und dann gefesselt nach Bremen gebracht, wo sie sich vor Gericht verantworten mussten. Mit den drei Seeräubern machte man kurzen Prozess, sie verwirkten ihr Leben und wurden hingerichtet. Der Hehler Wimer hingegen fand Nachsicht vor Gericht; er wurde begnadigt, nachdem er unter Eid gelobt hatte, auf Racheakte zu verzichten.[91] Insgesamt sind somit bis 1380 sieben Gefangennahmen und Inhaftierungen von Seeräubern in Bremen überliefert. Zweimal, 1306 und 1378, fanden die Täter oder wenigstens ein Teil von ihnen keine Gnade und wurden hingerichtet. In der Regel aber wurden die Täter nach entsprechenden Fürbitten ihrer Landesgemeinden oder anderer Instanzen (Erzbischof von Bremen, Grafen von Oldenburg), und nachdem sie der Stadt Bremen Urfehde geschworen hatten, bald wieder aus der Haft entlassen.

87 BUB II, Nr. 247. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 23, Anm. 56.
88 BUB II, Nr. 439.
89 BUB II, Nr. 576: *in Wysera a salso mari usque ad civitatem Bremensem pacificare.* Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 12, Anm. 27.
90 BUB III, Nr. 524. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 13, Anm. 33.
91 BUB III, Nr. 543.

2. Gewalttätige Übergriffe von Bremern gegen Friesen

Es war nun aber keineswegs so, dass ausschließlich Friesen Gewalt gegen Bremer Bürger ausgeübt hätten. Vielmehr wurden umgekehrt immer wieder auch Bremer von den Friesen beschuldigt, gewalttätig gegen friesische Kaufleute vorgegangen zu sein.[92] Unklar ist, ob die Erschlagung eines Harlinger Friesen durch einen Bremer Bürger im Jahre 1289 im Zusammenhang mit einer seeräuberischen Aktion erfolgte oder ob es sich dabei um ein normales Totschlagdelikt handelte. Der Vorfall ereignete sich im Hafen von Accum (Westeraccum bei Dornum im Harlingerland)[93], der Tatort war also nicht unbedingt typisch für einen Piratenüberfall.[94] Eher auf Seeraub deutet da schon die Tötung des Östringers Herderic Elleken hin, denn in diesem Fall wurde der Totschlag nachweislich bei einem Raubüberfall begangen. Des Verbrechens bezichtigt wurden die Blumenthaler. Blumenthal (heute Stadtteil von Bremen-Nord) gelangte allerdings erst 1436 in den Besitz Bremens, zur Zeit der Straftat herrschten noch die Ministerialen von Aumund auf der Burg Blumenthal.[95] Trotzdem muss Bremen in irgendeiner Form an dem Geschehen beteiligt gewesen sein, denn der Raubüberfall mit Todesfolge zog eine Fehde Östringens mit der Stadt Bremen nach sich,

Abb. 3: Das seit 1312 von den Rüstringern benutzte Siegel mit Kaiser Karl dem Großen, flankiert von zwei Rüstringer Kriegern. Staatsarchiv Bremen, 1-Bo 1312 Dezember 20 (Abguss und Foto: StAB).

92 Vgl. auch Hartmut Roder, Bremens Kampf gegen die Seeräuber, in: Störtebecker – 600 Jahre nach seinem Tod, hrsg. von Wilfried Ehbrecht, Trier 2005, S. 115.

93 BUB I, Nr. 453. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 10, Anm. 14.

94 Dass Seeräuber sich unter bestimmten Umständen nicht unbedingt davon abhalten ließen, auch in die besonders geschützten Hafengewässer vorzudringen, um dort Unheil anzurichten, zeigt das Beispiel des Dithmarscher Vogtes und Piraten Radlef Kersten, der 1434 im Zuge seiner Fehde mit der Stadt Hamburg im Hamburger Hafen eine Reihe vor Anker liegender Schiffe in Brand setzte. Vgl. dazu den Beitrag: Radlef Kersten. Guter Vogt oder gemeiner Seeräuber?, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 38–39.

95 Vgl. Ulf Fiedler, Bremen-Nord. Portrait einer Stadtlandschaft, Bremen 1977, S. 26 ff.

die im März 1306 durch den Abschluss eines Friedensvertrags beendet wurde.[96] Sechs Jahre später, 1312, beschuldigten die rüstringischen Gemeinden Blexen, Waddens und Abbehausen Bremer Bürger der Tötung ihrer vier Dorfgenossen Edebold, Herico, Dodico und Eggricus. Das Verbrechen scheint Teil einer größeren kriminellen Aktion gewesen zu sein, denn neben den vier Totschlägen legten die Rüstringer den Bremern weitere Delikte wie Brand, Verwundungen, Raub und Gefangennahme zur Last.[97] (Abb. 3) Ein weiteres Jahr später wurde der aus dem Norderland stammende Folbert, genannt Eyelerkesna, in Bremen getötet. Diesen Totschlag sühnte die Stadt Bremen mit 20 Bremer Mark.[98] Dieser Mord an einem Friesen stand wohl eher nicht in Verbindung mit einem Seeraub. Zumindest unklar sind die äußeren Umstände und Zusammenhänge auch bei dem Tod des um 1324 von Bremern erschlagenen Rüstringer Friesen Broder, der eine Fehde zwischen Bremen und dem Land Rüstringen zur Folge hatte, die im Juni 1324 beigelegt wurde.[99] Schließlich ist noch von einem Vorfall zu berichten, an dem Bremen nur indirekt beteiligt war. 1318 waren Kaufleute aus dem westfriesischen Leeuwarden von Rüstringern nahe der Weser überfallen und auf die grausamste Weise beraubt worden. Die Leeuwardener beklagten sich daraufhin bitter bei der Stadt Bremen, dass dieser Raubüberfall unter den Augen bremischer Bürger geschehen sei, ohne dass diese eingegriffen hätten. Sie wollten deshalb wissen, ob sie sich in Zukunft noch auf den Schutz der Bremer verlassen könnten.[100]

Auch Bremer Bürger wurden gegenüber den Friesen also wiederholt übergriffig, ohne dass sich die Form des Übergriffs – z. B. See- oder Landraub – in jedem Fall genau feststellen lässt. Aber Totschlag, Verletzungen, Brandstiftung, Raub und ähnliche Gewalttaten wurden auch von Bremern nachweislich ausgeübt, wenn auch vermutlich nicht in demselben Ausmaß wie durch die seeräuberischen Friesen. Und wenn Bremer Bürger die Rüstringer Friesen, deren Seeräubertum die Stadt Bremen ansonsten doch auf das Schärfste bekämpfte, ungestört rauben ließen, wenn nicht sie selbst, sondern andere (z. B. Westfriesen aus Leeuwarden) davon betroffen waren, dann zeigt dies ebenfalls in aller Deutlichkeit, dass man in Bremen mitunter ein sehr taktisches Verhältnis zur Piraterie hatte, das sich nicht zuletzt an den jeweiligen Umständen und den eigenen Interessen orientierte.

3. Der Bremer Seeräuber Johann Hollemann

Bremer Bürger bedienten sich im 13. und 14. Jahrhundert mitunter also durchaus ebenfalls seeräuberischer Methoden, um sich zu bereichern, sich

96 BUB II, Nr. 58.
97 BUB II, Nr. 122. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 11, Anm. 18.
98 BUB II, Nr. 131.
99 BUB II, Nr. 246.
100 BUB II, Nr. 178. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 22, Anm. 55.

für angeblich erlittenes Unrecht zu rächen oder sich sonst einen Vorteil zu verschaffen. Trotzdem verbindet sich Piraterie in Bremen damals vor allem mit einem Namen: Johann Hollemann. Bis zu dem Zeitpunkt, als Johann Hollemann Mitte des 14. Jahrhunderts auf der Bildfläche erschien, sahen sich Bremen und die Bremer Kaufleute vor allem als Opfer seeräuberischer Attacken insbesondere der an Unterweser und südlicher Nordseeküste siedelnden Friesen. Die zahlreichen Verträge mit den verschiedenen friesischen Landesgemeinden und die darin vereinbarten Urfehden spiegeln diese Sichtweise recht anschaulich wider. Mit dem Auftreten Hollemanns wurde die Gewichtung der (Selbst-) Wahrnehmung jetzt ein gutes Stück verschoben: Plötzlich ließ sich nicht mehr übersehen, dass mit Johann Hollemann nunmehr auch ein Bremer Bürger das Geschäft der Seeräuberei exzessiv betrieb und dabei nicht einmal davor zurückschreckte, auch Handelsschiffe seiner Heimatstadt Bremen ins Visier zu nehmen. Dass Hollemann sich bei alledem auch noch den in Bremen der gewohnheitsmäßigen Seeräuberei bezichtigten Friesen als Kumpan andiente, setzte dem Ganzen zweifelsohne die Krone auf. Doch der Reihe nach. Wer war Johann Hollemann und wie kam es zu jener Eskalation, die schließlich in einer persönlichen Katastrophe Hollemanns endete.

Über die Seeräubereien Johann Hollemanns wurde erstmals im Zusammenhang der angeblichen Wiederaufnahme Bremens in die Hanse im Jahr 1358 berichtet. Obwohl Bremen schon seit langem im Umfeld der Hanse agierte und zu den wichtigen Hansekontoren in Nordeuropa intensive Handelskontakte unterhielt,[101] stellte Hamburg Bremens Zugehörigkeit zur Hanse in Frage, ja unterstellte sogar einen früheren Ausschluss Bremens aus der Hanse, den es in dieser Form allem Anschein nach gar nicht gegeben hat.[102] Der tiefere Grund für die rufschädigende Invektive Hamburgs gegen Bremen ist unschwer in der Konkurrenzsituation auszumachen, in der die Elb- und die Weserstadt zueinander standen. Für beide Städte stellte Bier den Hauptausfuhrartikel dar, weshalb sie auf den entsprechenden Absatzmärkten in einem ruinösen Verdrängungswettbewerb standen. Im 13. Jahrhundert war zunächst Bremen im Hansebereich die führende Bierexportstadt, doch holte Hamburg den Bremer Vorsprung im Laufe der Zeit immer mehr auf und dürfte spätestens Mitte des 14. Jahrhunderts bereits gleichauf mit Bremen gelegen haben. Hamburg entwickelte sich zum »Brauhaus der Hanse«, um 1370 machte Bier ungefähr ein Drittel der Gesamtausfuhr Hamburgs über See aus.[103] Dieser Verdrängungswettbewerb zwischen Hamburg und Bremen dürfte der eigentliche Grund dafür gewesen sein, weshalb Hamburg 1358 Bremen von der Hanse fernhalten wollte. Denn indem man Bremen die Nutzung der vorteilhaften Hanseprivilegien verweigerte, ließ sich aus

101 Vgl. Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 27–55.

102 Vgl. ebd., S. 69–81.

103 Vgl. Jörgen Bracker, »Das Brauhaus der Hanse«, in: Jahrbuch der Gesellschaft und Bibliographie des Brauwesens 1988–1989, S. 212–220; Erich Plümer, Gerald Stefke, Das hansestädtische Brauwesen, in: Die Hanse (wie Anm. 13), S. 466–472, hier S. 470 f.

Hamburger Sicht ein unmittelbarer Konkurrent im Bierexportgeschäft nachhaltig schwächen. Die Überfälle des Bremer Johann Hollemann auf Hamburger Schiffe ließen sich da selbstverständlich bestens für die hamburgischen Zwecke instrumentalisieren: Um Bremen bei der Hanse in Misskredit zu bringen, unterstellte Hamburg der Weserstadt unter Verweis auf Hollemanns Eskapaden auf der Elbe ein generell unsolidarisches, hanseschädliches Verhalten.[104]

Tatsächlich sind die seeräuberischen Attacken Johann Hollemanns gegen Hamburger Frachtschiffe quellenmäßig gut bezeugt. In Bremens mittelalterlicher Stadtchronik, der sog. Rinesberch-Schene-Chronik, wird zum Jahr 1358 berichtet, dass Hollemann hamburgische Schiffe *uppe der Elve und vor der Elve* aufgebracht und den Hamburgern dadurch großen Schaden zugefügt habe.[105] Genaueres erfährt man in zwei ähnlich lautenden Schreiben des Hamburger Rates an den Provisor[106] des Bremer Erzstifts, Moritz von Oldenburg, sowie an den Rat der Stadt Bremen. In den beiden Schreiben, die aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls in das Jahr 1358 zu datieren sind,[107] beklagte sich der Hamburger Rat bitter darüber, dass Johann Hollemann mit seinen Komplizen Hamburger Kaufleuten durch Seeraub schweren Schaden zugefügt habe. Das Beutegut wäre anschließend nach Bremen sowie – so in dem Schreiben an Moritz von Oldenburg – in die nahe bei Bremen gelegene Burg Hude[108] gebracht worden, die auf dem Territorium des Bremer Erzstifts lag und wo mit Martin von der Hude ein Freund des Provisors Moritz von Oldenburg amtierte.[109] Dort würde die Beute als Hehlerware weiter verkauft. Der Hamburger Rat forderte deshalb den Rat von Bremen mit Nachdruck auf, dafür Sorge zu tragen, dass den Hamburger Bürgern ihr geraubtes Gut wieder vollständig zurückerstattet werde. Außerdem sollte er Hollemann ein für alle Mal in seine Schranken verweisen.[110]

Als Grund, weshalb Johann Hollemann sich an den Hamburger Schiffen auf der Elbe und in der Nordsee vergriff und dadurch zum meistgehassten Feind der Stadt Hamburg wurde, führt die Bremer Rinesberch-Schene-Chronik die Behinderung Hollemanns im Hamburger Hafen an.[111] Johann Hollemann war, so wird berichtet, mit seinem Schiff in den Hamburger Hafen eingelaufen, war dann aber von den Hamburgern daran gehindert worden, seine Ladung zu löschen. Auch Bittgesuche an den Rat blieben ohne Wirkung, Hollemann saß mit seinem Schiff im Hafen fest und war zur Untätigkeit verurteilt. Der Grund für die Behinderung Hollemanns bleibt

104 Vgl. dazu Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 67 f.
105 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 462, S. 137.
106 Der Provisor vertrat den Erzbischof im Falle von dessen Krankheit, Vertreibung oder sonstiger Unfähigkeit.
107 Vgl. Herbert Schwarzwälder, Bremens Aufnahme in die Hanse 1358 in neuer Sicht, in: Hansische Geschichtsblätter (HGbll) 79, 1961, S. 58–79, hier S. 60 f.
108 Heute Ritterhude an der Hamme, ca. 15 km nördlich von Bremen.
109 Vgl. Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 60 Anm. 11.
110 BUB III, Nr. 116, 117; in Regestform auch Hamburgisches Urkundenbuch I, Nr. 405, 406.
111 Vgl. zum Folgenden: Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 463, S. 137.

im Dunkeln. Denkbar wäre, dass man Johann Hollemann in Hamburg für ein Vergehen des Bremers Tidemann Nanning zur Rechenschaft zog und büßen ließ. Tidemann Nanning hatte kurz zuvor einen von der Hanse über Flandern verhängten Handelsboykott[112] missachtet und der Hanse dadurch Schaden zugefügt.[113] Das Prinzip der Kollektivhaftung, bei dem man Bürger einer Stadt für Vergehen anderer Bürger gleicher Herkunft, derer man nicht habhaft wurde, haftbar machte, war damals weit verbreitet.[114] In diesem Fall wäre Hollemann also tatsächlich das unschuldige Opfer eines von ihm selbst gar nicht begangenen Vergehens geworden.[115] Als weiterer möglicher Grund für die Repressalien, die Johann Hollemann im Hamburger Hafen zuteil wurden, lässt sich vor allem die Verweigerung der Zollzahlung durch Hollemann in Betracht ziehen.[116] Tatsächlich ist es gut bezeugt, dass es wegen der Frage, ob die Bremer Schiffe in Hamburg der Zollpflicht unterlagen, wiederholt zu Streitigkeiten kam. Sowohl 1396 als auch 1404 ist der Fall belegt, dass Bremer Schiffe vom Hamburger Hafenzöllner festgehalten wurden, weil die Bremer den fälligen Zoll nicht gezahlt hatten. Die Bremer beriefen sich in beiden Fällen auf ihr verbrieftes Recht und beteuerten, dass sie in Hamburg seit alter Gewohnheit nicht zollpflichtig gewesen seien. Beide Male wurde der Streit vor den Hamburger Rat getragen, doch auch hier konnte keine beide Seiten zufriedenstellende Einigkeit erzielt werden.[117] Vieles spricht deshalb dafür, dass auch Johann Hollemann 1358 die leidige Zollfrage in Hamburg zum Verhängnis wurde.

Was auch immer die Gründe für die Hamburger Repressalien waren, durch den erzwungenen Aufenthalt im Hamburger Hafen und den damit verbundenen Zeitverlust entstand Hollemann ein erheblicher geschäftlicher Schaden. Die Rinesberch-Schene-Chronik drückt das so aus: *Er musste sein Schiff dort liegen lassen, aber er konnte wegen der großen Kosten dort nicht länger liegen bleiben, weil dies sein Verderben wäre.*[118] Wutentbrannt verließ Hollemann, offensichtlich ohne zuvor seine Ladung gelöscht zu haben, den Hafen und kehrte Hamburg zutiefst beleidigt den Rücken. Hollemann war fest entschlossen, sich für das ihm seiner Meinung nach zugefügte Unrecht zu rächen. Er eröffnete sogleich einen Seekrieg auf eigene Faust, um sich für die durch das Löschverbot erlittenen Verluste an Hamburger Frachtschiffen

112 Siehe Hanserezesse I/1, 212 bzw. Hansisches Urkundenbuch (HUB) III, Nr. 385.

113 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 459, S. 135.

114 Zur Logik der Kollektivhaftung vgl. auch Thomas Heeboll-Holm, Vorreiter der Professionalisierung. England und die maritime Gewalt, ca. 500–1500, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 67–73, hier S. 70f.

115 Vgl. Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 66f.

116 So auch Herbert Schwarzwälder, der daneben auch noch die Pfändung wegen Schulden als mögliche Ursache für den eskalierenden Konflikt im Hamburger Hafen nennt. Vgl. Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 61.

117 BUB IV, Nr. 195, 323. Weitere Zollstreitigkeiten mit Hamburg 1405 in BUB IV, Nr. 441, 442.

118 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 463, S. 173: *he moste syn schip dar laten und he enkonde dar nicht lengk na liggen uppe groter kost, went he moste des vordervet werden.*

schadlos zu halten.[119] Man kann, wenn man so will, in Johann Hollemann einen in die maritime Lebenswelt des 14. Jahrhunderts versetzten Michael Kohlhaas[120] sehen, der wegen eines ihm vermeintlich zugefügten Unrechts zur Selbstjustiz griff und dabei mit der Rechtsordnung in Konflikt geriet.[121] *Und deshalb war Hollemann so lange der Feind der Hamburger, bis diese sich mit ihm aussöhnten.*[122]

Bei allen offenen Fragen, die bleiben, zeigt der Chronik-Bericht doch eines in aller Deutlichkeit: Johann Hollemann war ursprünglich nicht als Seeräuber nach Hamburg gekommen. Ganz im Gegenteil segelte Hollemann als offenbar unbescholtener Kaufmann in geschäftlicher Absicht nach Hamburg. Die Vorstellung, Hollemann habe sich als notorischer Seeräuber in den Hamburger Hafen begeben und sei dann auch noch maßlos verwundert gewesen, dass man ihm dort Schwierigkeiten bereitete, ist ohnehin absurd. Erst die Verweigerung seines vermeintlichen Rechts und die ihm in Hamburg zugefügte Schmach ließen Hollemann zum Freibeuter werden, der dann allerdings für den Rest seines Lebens an dieser ungesetzlichen Lebensform Gefallen gefunden zu haben scheint. Bis zu seiner folgenreichen Reise nach Hamburg im Jahre 1358 aber war Johann Hollemann anscheinend ein ganz normaler Bremer Fernkaufmann, der wie viele andere Bremer auch seinen Handelsgeschäften im Umkreis der Nordsee nachging.[123]

Die Annahme, dass Johann Hollemann ein Vertreter des kaufmännischen Bürgertums war und als solcher der städtischen Oberschicht angehörte, wird auch durch seine familiäre Herkunft und seine Wohnsituation bestätigt. Einen Einblick in die Familienverhältnisse gewährt vor allem eine Urkunde aus dem Jahre 1353, die den Verkauf eines halben Stückes Land in Redingstede[124] durch Adelheid Hollemann, die Mutter Johanns, und ihre Verwandten bezeugt.[125] Johanns Vater Heinrich Hollemann oder Holme, wie er auch genannt wurde,[126] war zu diesem Zeitpunkt bereits verstorben, denn Adelheid wird als Witwe bezeichnet. Heinrich Hollemann resp. Holme saß von

119 Vgl. auch Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 66; Hartmut Roder, Bremens Kampf gegen die Seeräuber (wie Anm. 92), S. 115 f.

120 »Michael Kohlhaas. Aus einer alten Chronik«, Erzählung (1810) von Heinrich von Kleist.

121 Vgl. Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 66. Erich Lüth beschreibt mit dem Land- und Seeräuber Wiben Peter aus Dithmarschen eine vergleichbare Kohlhaasnatur. Vgl. Erich Lüth, Seeräuber und Geraubte. Piraten, Korsaren, Barbaresken. Eine atemberaubende Geschichte der Piraterie mit deutscher Beteiligung, Flensburg 1970, S. 103–111.

122 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 463, S. 137.

123 Vgl. dazu auch Weidinger, Aufnahme (wie Anm. 2), S. 66.

124 Das Dorf Redingstede lag im Westen der Stadt vor dem Doventor und ist um 1400 in Utbremen aufgegangen. Vgl. Dietrich Schomburg, Geschichtliches Ortsverzeichnis des Landes Bremen, Hildesheim 1964, S. 51.

125 BUB III, Nr. 39.

126 Auch der Seeräuber Johann Hollemann wurde gelegentlich Holme genannt; vgl. BUB III, Nr. 264.

1330 bis 1348 im Rat der Stadt,[127] die Familie Hollemann gehörte also zu den ratsfähigen Geschlechtern.[128] Als Mitverkäufer des Redingstedter Grundstücks werden Heinrichs und Adelheids Söhne Johann, Ludolf, Nikolaus und Arnold genannt. Da Johann, der spätere Pirat, an erster Stelle aufgeführt wird, scheint er der älteste der vier Brüder gewesen zu sein. Höchstwahrscheinlich war die Familie Hollemann mit der angesehenen Bremer Ratsfamilie Munt verwandt oder verschwägert, denn mit Christian und Arnold (Söhne Arnold Munts) sowie Christian, Albert und Johann (Söhne Johann Munts) waren auch fünf Mitglieder dieser Familie an dem Grundstücksverkauf von 1353 beteiligt.[129] Johann Hollemann entstammte also der politischen Führungsschicht der Stadt, sowohl sein Vater als auch seine mutmaßlichen Verwandten aus der Familie Munt gehörten zum städtischen Führungspersonal und bekleideten als Ratsherren einflussreiche Ämter in der Stadt.

Der Zugehörigkeit zur städtischen Oberschicht entsprachen auch das Wohnhaus Johann Hollemanns und dessen exklusive Lage. Das Hollemannsche Haus befand sich auf einem zwischen der Langenstraße – der alten Kaufmannsstraße Bremens – und dem Weserufer gelegenen Grundstück, das im Osten durch die letzte Schlachtpforte begrenzt wurde. Der repräsentative zweistöckige Hauptbau grenzte rückwärtig an das Weserufer, so dass er mit dem Schiff angelaufen werden konnte, ein kleineres Haus war auf der »Vorderseite« auf die Langenstraße ausgerichtet; dazwischen befand sich ein Hof. Der Hauptbau an der Weser, der vermutlich bereits im 13. Jahrhundert errichtet wurde, war ein feuerfester Steinbau mit Glasfenstern[130] in Form eines Speicher- und Wohnturms, er entsprach damit den »steenkammern«, die sich reiche Kaufleute um 1200 in der Stadt bauen ließen.[131] Die Verteilung der Gebäude auf dem Hollemannschen Grundstück lässt erkennen, dass für Bürger, deren Erwerbstätigkeit an die Seefahrt gekoppelt war – sei es als Schiffer oder seefahrender Fernhändler, sei es als Seeräuber –, die Anbindung an die schiffbare Wasserstraße von größerer Bedeutung war als die Anbindung an die Landstraße, in diesem Fall die Langenstraße; die Bebauungsstruktur dieser Grundstücke war offensichtlich auf die Weser, nicht auf die Langenstraße ausgerichtet. Seitdem Johann Hollemann seinen

127 BUB III, Nr. 586. Den Ratsherrenlisten des ältesten Bremer Bürgerbuchs zufolge gehörte der Ratsherr Henricus (Hinricus) Holme in den Jahren 1330, 1333, 1336, 1339, 1342, 1345 und 1348 dem sitzenden Rat an; vgl. Bremer Bürgerbuch 1289–1519, bearbeitet von Ulrich Weidinger, hrsg. von der Historischen Gesellschaft Bremen (Brem. Jb. 2. Reihe 4. Band), Bremen 2015, S. 550.

128 Vgl. auch von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 218; Herbert Schwarzwälder, »Bannerlauf« und »Verrat« in Bremen 1365–1366, in: Brem. Jb. 53, 1975, S. 43–90, hier S. 65.

129 Vgl. Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 61.

130 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 497, S. 160.

131 www.landesarchaeologie.bremen.de/ausgrabungen_stadtbereich_bremen; Alwin Lonke, Das älteste Lassungsbuch von 1434 bis 1558 als Quelle für die Topographie Bremens (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Bremen, Bd. 6), Bremen 1931, S. 30; Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 61; ders., »Bannerlauf« (wie Anm. 128), S. 66.

Wohnkomplex in der Langenstraße 1366 zu einer Festung ausgebaut hatte, bürgerte sich für diesen Steinbau schon bald die Bezeichnung »Hollemannsburg« ein.[132] Später gelangte das Hollemannsche Haus dann in den Besitz anderer vornehmer Bremer Bürgerfamilien. Um 1415 wurde es von Arnd von Weyhe bewohnt; damals wurde das Haus vom Rat der Stadt von der Steuerzahlung sowie von der Verpflichtung zu Wachdiensten und sonstigen Bürgerwerken befreit.[133] Ein Eigentümerwechsel ist zum Jahr 1534 belegt: Dietrich von Weyhe verkaufte die »Hollemannsborch« an den Bürgermeister Marten von Heimburg.[134]

Johann Hollemann gehörte, das zeigen seine Familiensituation wie auch seine Wohnverhältnisse gleichermaßen, ursprünglich dem wohlhabenden, politisch einflussreichen Bürgertum der Stadt an. Erst durch die verhängnisvolle Wendung seiner Lebensumstände infolge der Vorfälle im Hamburger Hafen mutierte er zum Piraten und glitt ins kriminelle Milieu ab. Wie schon bei den seeräuberischen Friesen, so zeigt sich jetzt auch am Beispiel Johann Hollemanns, dass Seeräuberei im Mittelalter nicht nur die Sache von sozial Entwurzelten, verwegenen Abenteuerern oder verarmten Seeleuten war.[135] Waren es bei den Friesen nicht selten Bauern aus den ufer- und küstennah gelegenen Dörfern, die auf der Jagd nach Beute gelegentlich Handelsschiffe überfielen oder gestrandete Schiffe ausplünderten, so haben wir es bei Johann Hollemann mit einem seefahrenden Kaufmann aus der städtischen Oberschicht zu tun, der aufgrund besonderer Umstände der Piraterie verfiel. Hier wird erneut deutlich, dass die Seeräuber in der damaligen Zeit eine heterogene Gruppe waren, die sich aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten und Milieus zusammensetzte und somit ein breites soziales Spektrum abbildete.[136]

Insbesondere zwischen Seehandel und maritimer Gewalt scheint es eine enge wechselseitige Beziehung gegeben zu haben, die Übergänge waren fließend, immer wieder finden sich Händler, die sich nicht scheuten, gelegentlich oder für eine längere Zeit auch Gewalt auszuüben.[137] Zwei Protagonisten aus dem Umfeld der sog. Vitalienbrüder, die es zu besonderer Berühmtheit gebracht haben, mögen dies exemplarisch verdeutlichen: Der Danziger Schiffsführer Johann Störtebeker, der in den 90er Jahren des 14. und zu Anfang des 15. Jahrhunderts die Nordsee als Anführer eines Verbandes

132 BUB V, Nr. 75: das Haus, *dat gheheten is Hollemannesborch*. Zur Hollemannsburg siehe auch Franz Buchenau, Die freie Hansestadt Bremen und ihr Gebiet, Bremen ^{3}1900, S. 159; Herbert Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Bd. 1, Bremen ^{2}2003, S. 403.

133 BUB V, Nr. 75.

134 Lonke, Das älteste Lassungsbuch (wie Anm. 131), S. 30.

135 Vgl. Ortwin Pelc, Seeräuber auf der Nord- und Ostsee: Wirklichkeit und Mythos, Heide 2005, S. 25.

136 Vgl. ebd., S. 25; Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 47.

137 Vgl. dazu auch Franziska Evers, Gregor Rohmann, Die Entstehung der Piraterie am Beginn der Neuzeit. Zur Einführung, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 9–15, hier S. 10; Sohmer-Tai, Das Vorbild (wie Anm. 72), S. 20f.

von Vitalienbrüdern unsicher machte – er kaperte wiederholt englische und hamburgische Frachtschiffe –, war im selben Zeitraum nachweislich auch als friedlicher Kauffahrer unterwegs. Das belegen seine Zahlungen des Danziger Sundzolls ebenso wie seine geschäftlichen Beziehungen mit der Großschäfferei Königsberg des Deutschen Ordens; auch Handelsbeziehungen mit London und Scarborough lassen sich nachweisen.[138] Johann Störtebeker, in dem man neuerdings das historische Vorbild für den legendären, volkstümlich verklärten, 1401 angeblich auf dem Hamburger Grasbrook hingerichteten Klaus Störtebeker sieht,[139] wechselte ganz offensichtlich je nach sich bietender Gelegenheit zwischen der Rolle des friedfertigen Fernkaufmanns zur See und des maritimen Gewaltakteurs, wobei die prospektiven Gewinnerwartungen wohl den Ausschlag gaben, welche Rolle er jeweils bevorzugte.[140] Ähnliches lässt sich auch über den berüchtigten Hauptmann der Likedeeler Bartholomäus Voet sagen, der vor allem durch einen Überfall auf die norwegische Stadt Bergen im Jahre 1428 von sich reden machte. Bartholomäus Voet ließ sich nach Beendigung des hansisch-dänischen Kriegs (1426–1434/35) im Frieden von Vordingborg (1435), der seinen Kaperfahrten im Dienst der Hansestädte den Boden entzog, in der Hansestadt Wismar nieder, wo er in bester Innenstadtlage Immobilienbesitz erwarb und als steuerpflichtiger Bürger von 1434 bis 1448 14 Jahre lang ein ruhiges bürgerliches Leben geführt zu haben scheint. Als er dann aber Mitte des Jahrhunderts nach Lübeck übersiedelte, trat er dort 1452 in fortgeschrittenem Alter erneut als Befehlshaber städtischer Kaperschiffe in Erscheinung.[141] Auch Bartholomäus Voet bereitete der fliegende Wechsel zwischen ruhigem bürgerlichen Leben und der Existenz als gefürchteter Pirat und Kriegsunternehmer offensichtlich keine besonderen Probleme. Der Werdegang Johann Hollemanns vom ehrbaren Kaufmann zum ruchlosen Seeräuber erscheint vor diesem Hintergrund gar nicht so exzeptionell wie es auf den ersten Blick den Anschein hat, die beiden scheinbar so unterschiedlichen Lebensformen waren in jener Zeit nicht selten eng miteinander verzahnt. Sein früheres Leben als erfogreicher Kaufmann dürfte ihm in seinem Piratenleben auch insofern von Nutzen gewesen sein, als es ihm die Finanzierung der für seine seeräuberischen Unternehmungen benötigten Kampftruppen und Fehdehelfer erst ermöglichte.[142]

138 Vgl. den Beitrag: Johann Störtebeker, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 24–25.

139 Vgl. ebd., S. 25; Rohmann, Was waren die »Vitalienbrüder« (wie Anm. 72), S. 32. Demzufolge war die mythische Figur Klaus Störtebeker eine Erfindung des Lübecker Chronisten Hermann Korner (»Chronica Novella«).

140 Zu Johann Störtebeker vgl. auch Gregor Rohmann, Der Kaperfahrer Johann Störtebeker aus Danzig. Beobachtungen zur Geschichte der »Vitalienbrüder«, in: HGbll 125, 2007, S. 77–119.

141 Vgl. Nicolai Clarus, Bartholomäus Voet. Ein Hauptmann der »Vitalienbrüder«? In: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 79–87, insbesondere S. 86.

142 Zur »privatwirtschaftlichen« Finanzierung der Kampftruppen vgl. auch Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 46.

Wie hat Bremen auf die Vorwürfe und Anschuldigungen reagiert, die der Hamburger Rat wegen der Hollemannschen Angelegenheit gegen die Stadt erhob? In Bremen beteuerte man mit allem Nachdruck, mit der Sache nichts zu tun zu haben, man wusch seine Hände sozusagen in Unschuld.[143] Man versicherte, man hätte Hollemann schon längst am Rauben gehindert, wenn man seiner nur habhaft geworden wäre. Die Stadt Bremen hatte sich zu dieser Zeit, um 1358, also bereits in aller Form von Hollemann und seinen Taten distanziert. Anscheinend hat man ihm das Bürgerrecht aberkannt, denn im Schreiben Hamburgs an den Provisor Moritz wird Hollemann als ehemaliger Bürger Bremens bezeichnet.[144] Johann Hollemann und seine Komplizen waren also aus der Stadt verbannt worden, weshalb sie ihre Aktivitäten in das nahe gelegene Ritterhude verlegten, das ihnen nunmehr als sicherer Rückzugsort und als eine Art Kommandozentrale diente.[145] Der Ort lag auf dem Gebiet des Erzstiftes, was in Anbetracht der Animositäten zwischen dem Bremer Erzbischof und der bürgerlichen Stadtregierung sicherlich von Vorteil war.[146] Der Aufforderung Hamburgs, persönlich in der Elbstadt zu erscheinen und dort wegen seiner gewalttätigen Übergriffe auf hamburgische Schiffe Rede und Antwort zu stehen, kam Hollemann aber nicht nach, obwohl man ihm sicheres Geleit zugesagt hatte.[147]

Anstatt Reue und Einsicht zu zeigen, dehnte Johann Hollemann jetzt von seinem neuen »Raubnest« (H. Schwarzwälder) Ritterhude seinen Aktionsradius ganz im Gegenteil noch einmal beträchtlich aus. Waren es zunächst nur hamburgische Schiffe, die seiner Rachsucht zum Opfer fielen, so gerieten nun auch Schiffe anderer Städte in sein Visier. Grundsätzlich waren jetzt alle mit wertvoller Fracht beladenen Schiffe im Bereich der südlichen Nordsee nicht mehr vor den Angriffen Hollemanns und seiner Mannschaft sicher. So hören wir etwa von einem Überfall Hollemanns und seiner Kumpane auf ein Schiff aus dem ostfriesischen Emsigerland. Der Raub von Schiff und Ladung wurde in diesem Fall nur deswegen aktenkundig, weil der Diakon von Emden und die Häuptlinge von Uphusen und Faldern sich 1368, zwei Jahre nach Hollemanns Tod, an den Rat der Stadt Bremen wandten und eine Entschädigung aus Hollemanns Nachlass für die ihren Untertanen geraubten Güter forderten.[148] Vorfälle dieser Art, bei denen Hollemann jetzt auch Schiffe unbeteiligter Dritter angriff, häuften sich nunmehr offenbar, auch wenn dies in

143 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 463, S. 137: *des wi doch tomale unschuldich weren vor Gode.*

144 BUB III, Nr. 116: *Johann Hollemann, quondam ut dicitur civis Bremensis.*

145 BUB III, Nr. 116: *in quo quidem castro Hude dictus Johann cum suis complicibus suam elegit mansionem.* Zu der Bedeutung sicherer Rückzugsorte für den Erfolg seeräuberischer Unternehmungen vgl. Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 44 und 47.

146 Zu dem häufig gespannten Verhältnis zwischen erzbischöflichem Stadtherrn und städtischer Kommune vgl. Dieter Hägermann, Ulrich Weidinger, Bremer Kirchengeschichte im Mittelalter, Bremen 2012, S. 259 ff.

147 BUB III, Nr. 117.

148 BUB III, Nr. 338. Vgl. auch Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), A 24/25, Anm. 59.

den schriftlichen Quellen verständlicherweise zumeist keinen Niederschlag fand. Immer öfter scheint es zu größeren Kampfhandlungen gekommen zu sein, worauf auch der Verlust eines Schiffes hinweist, das Hollemann 1359 durch Kaper verlor.[149] Vor allem aber attackierte Johann Hollemann jetzt zunehmend auch Frachtschiffe aus seiner Heimatstadt Bremen, schließlich musste er nach dem Verlust seines Bürgerrechts keinerlei Rücksicht mehr nehmen. Dabei machte Hollemann jetzt sogar gemeinsame Sache mit den Rüstringer Friesen, für die die Bremer Handelsschiffe, wie wir gesehen haben, schon seit langem eine willkommene Beute darstellten. Auf diese Weise fügte er seiner Vaterstadt einen beträchtlichen Schaden zu.[150] Johann Hollemann reihte sich damit in die jahrhundertelange Tradition friesischen Piraterie auf der Weser und Nordsee ein, unter der vor allem die Bremer Frachtschifffahrt zu leiden hatte. Spätestens durch seine Verbindung mit den friesischen Seeräubern hatte sich der von persönlichem Rachegefühl angetriebene Gelegenheitspirat Hollemann jetzt zum professionellen Seeräuber gewandelt. Johann Hollemann galt nun auch in Bremen als ausgesprochener Feind der Stadt[151], den es mit allen Mitteln zu bekämpfen galt.

Während sich Johann Hollemann so in seinem letzten Lebensjahrzehnt ganz auf die Seeräuberei verlegte und sich dabei auch noch mit den ortskundigen und erfahrenen Rüstringern verbündete, nahm sein Leben kurz vor seinem Ende noch einmal eine dramatische Wendung. Als Anführer einer Fronde nahm er in einem innerstädtischen Aufruhr eine führende Rolle ein.[152] 1365 waren in der Stadt Bremen Unruhen ausgebrochen, die sich gegen die herrschenden Ratsfamilien richteten (sog. Bannerlauf). Zwar wurde der Aufstand rasch niedergeschlagen, doch machte sich Erzbischof Albert II. im Frühsommer 1366 die allgemeine Verwirrung – u. a. waren vier Ratsherren aus der Stadt geflohen – zunutze, um sich in einem Gewaltakt der Stadt zu bemächtigen und den amtierenden Rat zu entmachten. Johann Hollemann, der ja eigentlich als persona non grata seit ca. acht Jahren aus der Stadt ausgewiesen war, kehrte während der allgemeinen Unruhe als Parteigänger des Erzbischofs in seine Vaterstadt zurück. Angeblich soll er vom Rat freies Geleit nach Bremen erhalten haben und dieses zum Verrat an der Stadt missbraucht haben.[153] Sogleich trat Hollemann als einer der Haupträdelsführer der erzbischöflichen Sache in Erscheinung. Schon beim nächtlichen Eindringen der Kriegsknechte in die Stadt am 29. Mai 1366 wurde den Verrätern offenbar Hilfe aus Johann Hollemanns Haus

149 Vgl. Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 61.

150 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 462, S. 137: *alto groten drepeliken schaden.*

151 Ebd.: *Hollemann were ock to der tidt der stadt van Bremen vigent.*

152 Vgl. zum Folgenden: Schwarzwälder, »Bannerlauf« (wie Anm. 128), S. 67f; ders., Geschichte (wie Anm. 14), S. 77–82; von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 216ff.

153 BUB III, Nr. 264: *und de Holme* (i.e. Hollemann) *was gheleydet to Bremen, binnen deme leyde so vorreet he de stat to Bremen mit den vorscrevenen twen ratmannen unde mit anderen eren helperen.*

zuteil.[154] Die Unterstützung soll u. a. darin bestanden haben, dass die Kumpane Hollemanns den Eindringlingen mit Leuchten und Kerzen den Weg wiesen.[155] Johann Hollemann aber eilte zu nächtlicher Stunde auf den Marktplatz, wo er im Stile eines Volkstribuns agitierte und eine flammende Ansprache an die Bürger hielt.[156] Er beschwor die alten Rechte der Bürger und kündigte an, dass der Erzbischof zur Wiederherstellung der alten Ordnung ein gerechtes Regiment führen werde: *Ihr stolzen Bürger! Wer da bei seinem alten Recht bleiben will, der komme her zu uns. Mein Herr von Bremen* (i. e. Erzbischof Albert II. von Bremen) *ist allein hierher gekommen, um hier ein gerechtes Regiment zu führen, damit ein jeder bei seinem alten Recht bleiben soll.*[157] Die Oppositionspartei unter Führung Johann Hollemanns stellte somit die Wiedereinführung des alten Ratswahlrechts sowie die Mitbestimmung der Gemeinde bei der städtischen Gesetzgebung in Aussicht. Hollemann war die treibende Kraft unter den Frondeuren, glaubt man der Rinesberch-Schene-Chronik, so waren es seine aufrührerischen Reden, die der erzbischöflichen Partei zum Sieg über den alten Rat verhalfen.[158]

Und noch in einer weiteren Hinsicht war Johann Hollemann der erzbischöflichen Usurpationspolitik von großem Nutzen. Da dem Erzbischof in der Stadt feste Häuser zur Herrschaftsausübung fehlten, stellte Hollemann sein Steinhaus an der Weser für diesen Zweck zur Verfügung. Er ließ seinen an der Weser gelegenen Wohnturm besetzen, befestigen und mit einem Plankenzaun umgeben.[159] Mit anderen Worten: Johann Hollemann ließ sein steinernes Haus zur Burg (*vor borge*) ausbauen – zur »Hollemannsburg«, wie es seitdem genannt wurde. In dem befestigten Haus wurde eine erzbischöfliche Besatzung von Kriegsknechten einquartiert und reichlich Proviant – genannt werden Bier, Brot, Fleisch, Fische und alles, was sie benötigten – eingelagert.[160] Die Hollemannsburg diente somit den neuen Herrschern – neben dem Ostertor, dem zweiten Festungsbau der Besatzer – als fortifikatorisches und logistisches Zentrum ihres Stadtregiments.[161]

154 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 493, S. 157: *Dar en sunderlick hulpe to daan wart ute Johans huse Hollemanns, darby dar de vigende inne weren. Do quemen de vorredere to helpe.*

155 Vgl. Schwarzwälder, »Bannerlauf« (wie Anm. 128), S. 67.

156 Vgl. Konrad Elmshäuser, Geistliche Herrschaftsbauten in der Stadt. Das Beispiel der Erzbischöfe von Bremen, in: Gerd Steinwascher (Hrsg.), Adelige Herrschaft und Herrschaftssitze in Nordwestdeutschland im Mittelalter, Edewecht 2016, S. 167–189, hier S. 184.

157 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 493, S. 157 f.: *Gi stolten borgere! Wer dar wil bliven by sineme olden rechte, de ga her to uns. Myn here van Bremen enis hir nergen umme komen, men dat he will hir en recht richte holden unde wel, dat ein jewelick schal by sineme olden rechte bliven.*

158 Ebd., cap. 493, S. 158: *Do sterkede se Hollemann also sere mit den worten, de hir vorscreven stat; dat wan den vienden den strit.*

159 Ebd.: *Unde Johan Hollemann besette, bewiichusede unde beplanckede dat grote steenhus by der Wesere vor borge.*

160 Ebd.

161 Vgl. dazu Elmshäuser, Geistliche Herrschaftsbauten (wie Anm. 156), S. 185.

Was hat Johann Hollemann dazu angetrieben, sich aktiv und an führender Stelle an dem Umsturzversuch Erzbischof Alberts II. zu beteiligen? Die Vermutung liegt nahe, dass er in diesem »Staatsstreich« die Chance sah, in seiner Heimatstadt Bremen, die ihn geächtet und aus ihren Mauern vertrieben hatte, wiederum Fuß zu fassen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Mit seiner Agitation auf dem Bremer Marktplatz verband Hollemann dann nicht zuletzt die Absicht, einen erneuten Rollentausch in die Wege zu leiten, diesmal vom Piratenleben zurück in die bürgerliche Existenz. Ähnlich dem Piraten und Kaperfahrer Bartholomäus Voet hätte dann auch Johann Hollemann nach einem wild bewegten abenteuerlichen Leben als Seeräuber die Rückkehr in eine ruhigere bürgerliche Lebensphase angestrebt, die ihm als Anführer eines erfolgreichen Umsturzes zudem die Aussicht auf eine politische Karriere in seiner Heimatstadt zu eröffnen schien.

Sollte Johann Hollemann solche Pläne verfolgt haben, dann hatte er sich allerdings verspekuliert. Die Herrschaft des Erzbischofs in der Stadt hatte nicht lange Bestand. Nach nur einem Monat vertrieben Kriegsknechte des von den ausgewichenen Ratsherren zu Hilfe gerufenen Oldenburger Grafen Konrad II. am 27. Juni 1366 die erbischöfliche Besatzung aus der Stadt und stellten die alten Machtverhältnisse wieder her.[162] Drei Tage zuvor hatte auch noch die Hanse, der die Beeinträchtigung städtischer Freiheit durch den erzbischöflichen Stadtherrn selbstverständlich ein Dorn im Auge sein musste, zugunsten des alten, in ihren Augen rechtmäßigen Rates interveniert. Auf einem Hansetag in Lübeck wurden die Verräter am 24. Juni 1366 auf Drängen der Bremer geächtet.[163] Das den Hansestädten zusammen mit dem Ächtungsbeschluss zugesandte Verzeichnis der Rädelsführer nennt neben den beiden Ratsherren Johannes Hermanni und Lüder Nakede sowie neun namentlich aufgeführten Handwerkern auch Johann Hollemann (*Johan Holm* bzw. *Johan Holme*) als einen der Hauptschuldigen des Aufruhrs.[164]

Nach dem Zusammenbruch des erzbischöflichen Stadtregiments wurde Johann Hollemann seine exponierte Rolle als Vorkämpfer der Aufständischen zum Verhängnis. Mit den Rädelsführern des Aufstandes wurde, wie nicht anders zu erwarten war, jetzt kurzer Prozess gemacht. Sie wurden, soweit sie nicht rechtzeitig fliehen konnten, auf offener Straße erschlagen – so auch Hollemanns Diener – oder nach einem Gerichtsverfahren hingerichtet. Johann Hollemann, der sich in seinem befestigten Steinhaus in der Langenstraße – der Hollemannsburg – verschanzt hatte, wurde von der gewaltsam eindringenden oldenburgischen Soldateska erschlagen. Sein Leichnam wurde zur allgemeinen Abschreckung in einem Glasfenster seines Hauses neben dem Haustor aufgehängt. Der schreckliche Anblick soll bei seiner schwangeren Frau zu einer Frühgeburt geführt haben; sie starb

162 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 497, S. 159 f. Vgl. dazu auch Schwarzwälder, »Bannerlauf« (wie Anm. 128), S. 74 ff.; ders., Geschichte (wie Anm. 14), S. 81 f.; von Bippen, Geschichte (wie Anm. 2), S. 220 f.

163 BUB III, Nr. 264: *Item ad instanciam Bremensium civitates decreverunt proscribere traditores civitatis Bremensis.*

164 Ebd.

bald darauf.[165] So fand Johann Hollemann schließlich ein gewaltsames Ende, das in gewisser Weise seiner zuletzt praktizierten gesetzlosen Lebensweise entsprach; allerdings stand sein gewaltsamer Tod nicht in einem direkten Zusammenhang mit seiner Piraterie.

So schrecklich das Leben des Freibeuters und Verschwörers Johann Hollemann 1366 auch endete, so hatte dessen Hinrichtung doch nicht eine dauerhafte Ausweisung seiner Familie aus der Stadt zur Folge. 1372, sechs Jahre nach Hollemanns Tod, urkundeten sein Bruder Arnold, sein Sohn Heinrich und seine Mutter Adelheid anlässlich eines Grundstücksverkaufs als Bürger der Stadt, ihnen war also das Bürgerrecht nicht entzogen worden.[166] Und 1381 gelobte ein Arnd Hollemann der Stadt Bremen Urfehde und versprach, Bremer Kaufleute weder zu Land noch zu Wasser in irgendeiner Form zu schädigen.[167] Vermutlich ist Arnd Hollemann mit Johann Hollemanns jüngstem Bruder Arnold identisch. Auch das älteste Bremer Bürgerbuch (1289–1519) verzeichnet mit Luder Hollemann (1362, 1363), Arnold Hollemann (1370) und Johann Hollemann (1480, 1483, 1509) drei alteingesessene Bürger dieses Namens.[168] Bei diesen wird es sich um Verwandte des Freibeuters Johann Hollemann gehandelt haben, Arnold und Luder Hollemann waren vermutlich mit den beiden jüngeren Brüdern des Seeräubers identisch. Offenbar haben Hollemanns Untaten mit zunehmendem zeitlichen Abstand ihren Schrecken verloren. Nur so lässt sich erklären, dass Johanns Bruder Arnold und sein Sohn Heinrich 1372 als »vornehme Männer« (*discreti viri*), seine Mutter Adelheid als »ehrenwerte Herrin« (*honesta domina*) angesprochen werden,[169] sie waren offensichtlich bereits sechs Jahre nach den schrecklichen Ereignissen von 1366 wieder voll und ganz in die städtische Gesellschaft integriert.

Johann Hollemann war eine schillernde Figur, deren Lebensweg vielerlei Facetten aufwies: Vom ehrbaren Kaufmann einer Hansestadt über den gesetzlosen Seeräuber bis hin zum Rädelsführer eines innerstädtischen Aufstands spannt sich der Bogen seiner von tief einschneidenden Brüchen gekennzeichneten Biographie. Die Hinwendung zur Piraterie war ihm sicherlich nicht in die Wiege gelegt. Aufgrund seiner Herkunft und beruflichen Tätigkeit war für ihn eher eine Laufbahn als Ratsherr seiner Vaterstadt vorgezeichnet denn ein Abgleiten in die kriminelle Sphäre der Piraterie. Auf der anderen Seite war sein Rollenwechsel vom angesehenen Kaufmann zum ruchlosen Seeräuber auch wiederum nicht so außergewöhnlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag; im Mittelalter gibt es eine ganze Reihe von Beispielen für das – zum Teil sogar mehrfache – Hin- und Herwechseln zwischen diesen scheinbar so gegensätzlichen Existenzformen. Insofern

165 Die Bremer Chronik (wie Anm. 3), cap. 497, 498, S. 160. Vgl. auch Schwarzwälder, »Bannerlauf« (wie Anm. 128), S. 75 f.; ders., Geschichte (wie Anm. 14), S. 81 f.
166 BUB III, Nr. 428.
167 BUB IV, Nr. 4.
168 Bremer Bürgerbuch (wie Anm. 127), S. 159, 162 (Luder), 180 (Arnold), 403, 409, 449 (Johann).
169 BUB III, Nr. 428.

stellt Johann Hollemann in dieser Hinsicht keineswegs eine singuläre Erscheinung dar, und auch er unternahm, wie es scheint, den allerdings missglückten Versuch, nach Jahren einer ruhelosen, gejagten Existenz auf See in die Geborgenheit und Sicherheit eines ruhigen bürgerlichen Lebens in seiner Heimatstadt zurückzukehren.

In die Seeräuberei getrieben wurde Hollemann durch seine an Kohlhaas erinnernde Natur: Weil er sich in Hamburg ungerecht behandelt fühlte, wurde er zum Rächer seiner selbst, der sein vermeintliches Recht auf eigene Faust erkämpfte. Die ersten Überfälle auf hamburgische Schiffe waren denn auch eher gezielte Racheakte für angeblich erlittenes Unrecht als systematisch betriebene Piraterie. Gewissensbisse hat Johann Hollemann wegen dieser Angriffe auf hamburgische Schiffe wohl kaum gehabt. Aus seiner Sicht kompensierte er mit seinen Raubüberfällen lediglich die Verluste, die ihm durch seinen erzwungenen Aufenthalt im Hamburger Hafen entstanden waren. Doch einmal auf die schiefe Bahn geraten, scheint er an der Seeräuberei zunehmend Gefallen gefunden zu haben. Vor allem durch seine Verbindung mit den Rüstringer Friesen gewann Hollemanns Piratentum bald schon eine völlig neue Qualität. Hollemann, der bisher als rachedurstiger Einzelkämpfer agierte, fand damit Anschluss an die kollektive Form des friesischen Seeraubs, die über eine jahrhundertelange Tradition verfügte und die es vor allem auf die bremische Handelsschifffahrt abgesehen hatte; spätestens jetzt machte er sich auch in seiner Vaterstadt Bremen angreifbar.

Selbstverständlich war sich Johann Hollemann darüber im Klaren, dass er sich bei seinen Raubzügen fremdes Eigentum aneignete und damit den Boden der Illegalität betrat. Dass ihm deshalb große moralische Bedenken gekommen wären, ist eher unwahrscheinlich. Nach dem Entzug des Bürgerrechts und dem Verbot, die Stadt zu betreten, sah sich Hollemann vermutlich in einer Art Kriegszustand mit seiner Vaterstadt. Dann aber war die Aufbringung von Bremer Schiffen in seinen Augen eine legitime Kriegshandlung und kein offener Akt von Seeräuberei. Ähnlich lagen die Dinge in der Hamburger Kontroverse. Seine wie er fand ungerechtfertigte, widerrechtliche Behinderung im Hamburger Hafen gab ihm aus seiner Sicht ein Recht zum Widerstand und zur Vergeltung. Hollemann griff deshalb zur Repressalie, um sich beim Hamburger Rat bzw. dessen Mitbürgern bis zur Höhe seines Verlustes schadlos zu halten.[170]

Der Rückgriff auf das Fehderecht war im Mittelalter für viele maritime Gewaltakteure ein beliebtes Mittel, um ihr Handeln zu rechtfertigen, denn im Unterschied zum kriminellen Seeraub stellte die Fehde eine legitime Handlungsoption dar. Die Fehde galt als Teil einer rechtlichen Auseinandersetzung, weil die eigenmächtige Rechtserlangung in einer Gesellschaft, die noch kein staatliches Gewaltmonopol kannte, nicht von vornherein tabuisiert war.[171] So dürfte auch Johann Hollemann seine Vorgehensweise insbesondere

170 Zum Repressalienrecht vgl. Evers, Rohmann, Die Entstehung (wie Anm. 137), S. 10; Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 46 f.

171 Vgl. Evers, Rohmann, Die Entstehung (wie Anm. 137), S. 9 f.; Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 41 f.; Philipp Höhn, Kriminalisierung im Strukturwandel.

in der ersten Phase seines Seeräubertums gerechtfertigt haben, als er gegen die Stadt Hamburg eine Art »Privatkrieg« führte. Allerdings war die Führung einer Fehde zur Durchsetzung des eigenen Rechtsanspruchs an gewisse Regularien wie offizielle Ansage der Fehde, Einhaltung von Fristen, Warnung von Unbeteiligten, Eingehen auf Vermittlungsversuche etc. gebunden,[172] die Hollemann bei seinem furiosen Rachefeldzug ganz sicher nicht beachtete. Hier wird deutlich, dass in der mittelalterlichen Gesellschaft beim Seeraub die Grenzen zwischen Repressalie, Fehde und Kriminalität nicht selten verschwammen und dass es daher oft lediglich eine Frage des Standpunktes war, ob man die Aufbringung von Schiffen als kriminellen Akt oder aber als legitime Form der Kriegsführung betrachtete. Der Unterschied zwischen Piraterie und legitimer Kriegshandlung war oft gering, die Gier nach Beute war für beide Formen des Seeraubs von ausschlaggebender Bedeutung.[173] Allerdings ist bei der Beurteilung Johann Hollemanns zu berücksichtigen, dass er nach dem Entzug des Bremer Bürgerrechts und dem damit einhergehenden Verlust der Patronage seiner Vaterstadt keinen Legitimationstitel mehr aufweisen konnte, der ihn zu schrankenlosen, durch kein Repressalienrecht gedeckten Raubzügen berechtigte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt galt er auch nach den Maßstäben seiner Zeit als illegitimer Gewalttäter.[174] Doch ist die Frage durchaus erlaubt, in welchem Licht seine Zeitgenossen und die Nachwelt Johann Hollemann gesehen hätten, wenn der erzbischöfliche Putschversuch langfristigen Erfolg gehabt hätte und Johann Hollemann als einer der Rädelsführer dieses Umsturzversuches im Anschluss daran zu Amt, Würden und Ansehen in seiner Vaterstadt Bremen gelangt wäre.

Wenn der Seeraub aber unter bestimmten Umständen als eine Form rechtlicher Selbsthilfe geduldet wurde, dann hatte dies selbstverständlich weitreichende Konsequenzen. Tatsächlich wurde Piraterie im Mittelalter nicht generell und in jedem Fall als verabscheuungswürdiges Verbrechen gewertet. So hing der Seeräuberei dem Hamburger Geschichtsschreiber Albert Krantz (1448–1517) zufolge in der Vergangenheit mitunter durchaus etwas Ehrenhaftes an (*piratica in honore fuit*).[175] Gewiss, diese Ehre wurde Johann Hollemann in Bremen nicht zuteil. Seit seinen Attacken gegen Bremer Handelsschiffe galt er als ausgesprochener Feind der Stadt und wurde auch als solcher behandelt. Doch blieb das furchteinflößende Ende Johann Hollemanns für dessen unmittelbare Angehörige offenbar folgenlos. Hollemanns Frau

Maritime Gewalt und ihre Bewertung im 15. Jahrhundert, in: Störtebeker & Konsorten (wie Anm. 62), S. 91–100, hier S. 93.

172 Vgl. dazu Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 41 ff.; Höhn, Kriminalisierung (wie Anm. 171), S. 93.

173 Vgl. dazu Jann M. Witt, Kaperei und Piraterie zur Hansezeit, in: Piraterie – einst und jetzt. Vorträge des 2. Hamburger Symposiums zur Schiffahrts- und Marinegeschichte vom 25.–26. Mai 2000, hrsg. von Hartmut Klüver, Düsseldorf 2001, S. 28–39; Ulrich Andermann, Spätmittelalterlicher Seeraub als Kriminaldelikt und seine Bestrafung, in: Störtebecker – 600 Jahre nach seinem Tod (wie Anm. 92), S. 23–36; Scheurlen, Über Handel und Seeraub (wie Anm. 11), S. 6.

174 Vgl. Reinle, Seeraub (wie Anm. 81), S. 47.

175 Vgl. Andermann, Spätmittelalterlicher Seeraub (wie Anm. 173), S. 23 ff.

starb kurz nach dessen gewaltsamen Ende vermutlich noch im Jahre 1366. Seine Mutter Adelheid, sein Bruder Arnold und sein Sohn Heinrich überlebten den Seeräuber aber um – zum Teil viele – Jahre. An ihnen musste sich deshalb erweisen, welchen Umgang die Stadt mit den nächsten Verwandten des in Ungnade gefallenen Johann Hollemann pflegte. Und da gibt es nicht den geringsten Hinweis dafür, dass die Verwandten und Freunde Johann Hollemanns unter dessen Verfehlungen zu leiden hatten. Das Bürgerrecht wurde offensichtlich keinem Familienmitglied abgesprochen, eine dauerhafte Verfemung der Familie hat es nicht gegeben.[176] Ganz im Gegenteil wurden allen Familienangehörigen schon bald nach Johann Hollemanns Tod die üblichen Ehrenbezeugungen und eine respektvolle Anrede zuteil. Johann Hollemanns Bruder Arnold bürgte 1370 – vier Jahre nach Johanns Tod – für einen Bremer Neubürger, sein Bruder Luder trat sogar in den Jahren 1362 und 1363 als Bürge eines Neubürgers in Erscheinung, zu einer Zeit also, als Johann Hollemann regelmäßig Bremer Handelsschiffe aufbrachte und als verhasster Feind der Stadt galt;[177] die beiden Brüder waren demzufolge in vollem Umfang testierfähig. Eine Stigmatisierung in irgendeiner Form hat offenbar nicht stattgefunden. Dieser nachsichtige Umgang mit der Familie des Piraten Johann Hollemann ist wohl nicht zuletzt als Ausdruck der Ambivalenz zu werten, mit der man damals dem Seeraub in vielen Kreisen begegnete. Man bekämpfte zwar die Seeräuberei als todeswürdiges Verbrechen, das den unmittelbar Betroffenen tatsächlich das Leben kosten konnte. Für Freunde und Verwandte des Täters aber blieb dessen Fehlverhalten folgenlos. Diese blieben von Repressalien verschont und konnten weiterhin ein normales bürgerliches Leben in der Stadt führen.

176 Vgl. auch Schwarzwälder, Bremens Aufnahme (wie Anm. 107), S. 61.
177 Bremer Bürgerbuch (wie Anm. 127), S. 159, 162 (Luder), 180 (Arnold).

Der Musiker-Nachlass Carl Martin Reinthaler

Von Arne Langer

Einleitung

Es ist hier nicht der Ort, das Schaffen des Bremer Domkantors und Städtischen Musikdirektors Carl Martin Reinthaler (Erfurt 1822 – Bremen 1896) umfassend zu würdigen. Während seines langen Wirkens in Bremen (ab 1858) prägte er gleichermaßen das geistliche wie das weltliche Musikleben der Stadt.[1] Als ausübender Musiker mit vielen dienstlichen Verpflichtungen konnte für ihn das Komponieren nicht die Hauptbeschäftigung darstellen. Dennoch hinterließ er ein quantitativ und qualitativ beachtliches Œuvre, das allerdings zugegebenermaßen heute nur wenigen Musikkennern und -liebhabern bekannt ist. Zu Lebzeiten wurde Reinthaler jedoch als Komponist durchaus überregional wahrgenommen und anerkannt. Sein Oratorium *Jephta und seine Tochter* (Elberfeld 1855) erwies sich als außerordentlich erfolgreich und wurde über Jahrzehnte vielerorts aufgeführt, seine Oper *Das Käthchen von Heilbronn* (Frankfurt 1881) gelangte auf die Spielpläne beinahe aller großen deutschen Opernbühnen. Viele der Werke Reinthalers blieben ungedruckt, so dass der bislang einzige Biograf Oliver Schwarz-Roosmann[2] vom Verlust vieler Hauptwerke ausging. Um so erfreulicher ist es, dass der kompositorische Nachlass Reinthalers als relativ geschlossener Bestand erhalten blieb und für eine umfassende wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung steht. Ein DFG-Antrag für eine Forschungsstelle an der Universität Bremen ist in Vorbereitung.

Provenienz des Nachlasses

Nach dem Tod Carl Reinthalers 1896 in Bremen gelangte dessen Nachlass in die Obhut der ältesten Tochter Dorothea Henriette (geb. 1862 in Bremen). Die zwei Söhne Johann Friedrich (geb. 1864 in Bremen) und Carl Heinrich Wilhelm (geb. 1866 in Bremen) aus seiner Ehe mit Susanne Charlotte Bredenkamp (1840–1895) kamen dafür wohl nicht infrage, deren Lebenswege lassen sich bislang nicht nachvollziehen. Johannes Brahms fragt in seinem Kondolenzschreiben an die älteste Tochter: »Wie viel schöne Erinnerungen drängen sich mir auf, und mit wie viel Liebe denke ich der teuren Freunde, Ihrer guten Eltern; Sie beide drängen sich als fröhliche, liebliche Schulmädchen

1 Gustav Kißling, Art.: Karl Martin Reinthaler, in: Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts, Bremen 1912, S. 398–406.

2 Oliver Schwarz-Roosmann, Carl Martin Reinthaler. Lebensweg eines Bremer Musikdirektors, Münster 2003.

dazwischen, dann zwei Knaben – von diesen aber hörte ich gar lange nicht?!«[3]

Das zweite »Schulmädchen«, das vierte Kind Reinthalers, war die Tochter Catharine Charlotte Sophia (geb. 1870 in Bremen), genannt »Katy«.

Henriette Reinthaler, genannt »Musi«, war wohl als einziges Kind »vom Fache«, denn sie hatte eine Gesangsausbildung absolviert und sich Anfang der 1890er Jahre in Elberfeld als private Gesangslehrerin niedergelassen. Warum gerade Elberfeld? Ihre Lehrerin war die Sängerin Amalie Joachim, die geschiedene Ehefrau des Geigers Joseph Joachim und Vater Reinthaler freundschaftlich verbunden. Diese lebte um 1891 eine Weile in Elberfeld bei ihrer Tochter, die dort als Sängerin am Stadttheater engagiert war. Für den Winter 1891/92 suchte Amalie Joachim per Annonce in einer Fachzeitschrift nach Interessenten für eine »Gesangs-Schule« in Elberfeld.[4] Möglicherweise überließ sie danach die neu gewonnenen Schülerinnen und Schüler ihrer Schülerin Henriette Reinthaler, die sich etwa zu dieser Zeit in Elberfeld niederließ.

Abb. 1: Carl Martin Reinthaler (1822–1896) (Foto: Stumper, Domarchiv Bremen)

Bei Henriette Reinthaler in Elberfeld muss sich der Nachlass befunden haben, als diese Ende 1923 dort in einem Pflegeheim 61-jährig starb. Ihre jüngere Schwester Catharine, die wie Henriette zeitlebens unverheiratet blieb, hatte bereits nach dem Tod des Vaters eine gewisse Zeit bei ihrer großen Schwester in Elberfeld gelebt. Sie zog nun nach deren Tod wieder nach Elberfeld in deren Wohnung und kümmerte sich darum, den Nachlass an geeigneter Stelle unterzubringen.

3 Brief vom 16?. 2. 1896 von Johannes Brahms an Henriette Reinthaler, in: Johannes Brahms im Briefwechsel mit Karl Reinthaler, Max Bruch [u. a.] (Brahms-Briefwechsel 3, hg. von Wilhelm Altmann), Berlin 1908, 2. Auflage Berlin 1912 (R Tutzing 1974), S. 86.

4 In: Signale für die musikalische Welt, 48, 1890, S. 968.

Sie einigte sich mit der Stadtbibliothek Elberfeld auf den Ankauf allen Schriftgutes, d.h. aller Musikalien, Bücher und Briefe. Ein Gemälde, das einen ihrer Vorfahren, den Leipziger »Kurfürstlichen Hof-Mechanicus und Opticus« Christian Friedrich Ernst Reinthaler (Erfurt 1734 – Leipzig 1783) zeigt, veräußerte sie dagegen an die Elberfelder Galerie Lohmannhaus. Davon wissen wir, weil eben diese Galerie das Bild umgehend dem Erfurter Städtischen Museum zum Kauf anbot, doch dazu später mehr.

Zwei weitere Gemälde, Porträts Carl Martin Reinthalers, befanden sich ebenfalls im Nachlass und blieben wohl wegen des besonderen Erinnerungswerts ab 1924 im Besitz Catharines. 1929 gelangten sie nach deren Tod in einem Sanatorium in Fürstenberg/Havel als Vermächtnis an die Bremer Kunsthalle. Das Ölgemälde von Heinrich Hollpein, das Reinthaler 1853 als jungen Mann während seines Studienaufenthalts in Rom zeigt, wurde in der Kunsthalle inventarisiert.[5] Das andere Bild dagegen, ein Pastellporträt aus den letzten Lebensjahren (1895) von Bertha Plump, überwies die Kunsthalle an das »Focke-Museum für bremische Altertümer«, das heutige »Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte / Focke-Museum«, wo es sich seitdem befindet.[6]

Über den Ankauf des Nachlasses durch die Elberfelder Stadtbibliothek sind wir durch einen Schriftwechsel informiert, der zwischen dem Direktor des Städtischen Museums Erfurt, Walter Kaesbach, und dem Direktor der Stadtbibliothek Elberfeld, Alfred Löckle, wegen des oben erwähnten Gemäldes geführt wurde. Kaesbach wollte in Erfahrung bringen, ob der porträtierte Reinthaler-Vorfahre einen Erfurt-Bezug habe. Bei der Gelegenheit erhielt er folgende Auskunft: »Unsere Stadtbücherei hat im Laufe des Jahres [1924] den gesamten Nachlass des im Jahre 1896 in Bremen verstorbenen Komponisten Karl Reinthaler von der letzten überlebenden Tochter des Komponisten käuflich erworben. Ausser einem grossen Bestand gedruckter Noten und den nicht sehr wesentlichen Resten der Bibliothek Karl Reinthalers sind es vor allem die musikalischen Handschriften und der überaus umfangreiche und höchst wertvolle Briefwechsel Reinthalers, die uns den Kauf nahe gelegt haben.«[8]

Des Weiteren erwähnt Löckle im Nachlass vorhandene handschriftliche Dokumente von Vorfahren, ohne aber die Frage Kaesbachs klären zu können. Er fährt fort: »Der Vollständigkeit halber erwähne ich noch, dass sich in dem Nachlass auch zahlreiche Familienbriefe der Reinthalers aus Erfurt aus der Mitte und dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts befinden.«[9] Löckle wechselte noch im Jahr 1924 von Elberfeld an die Städtische Bücherei Dresden, möglicherweise geriet dadurch der Ankauf bald in Vergessenheit.

Vergleicht man diese Aufzählung mit dem Material, das 2008 in Wuppertal vorgefunden wurde, sind beträchtliche Verluste zu verzeichnen. Vorhanden

5 Inventarnummer 232 – 1929/1.
6 Inventarnummer 1929.080.
7 Typoskript, datiert 14. August 1924. Heute Stadtbibliothek Wuppertal. Der Kauf kam nicht zustande, der Verbleib des Gemäldes ist ungeklärt.
8 Typoskript, datiert 26. August [1924]. Heute Stadtbibliothek Wuppertal.
9 Ebd.

waren gedruckte Noten, musikalische Handschriften und Dokumente, die auf Vorfahren des 18. und 19. Jahrhunderts zurückgehen. Allerdings fehlen der so umfangreiche Briefwechsel ebenso wie die Familienbriefe aus dem 19. Jahrhundert.

Wahrscheinlich hat erst lange nach dem Erwerb des Nachlasses (nach 1945?) eine Sichtung und grobe Ordnung des Materials stattgefunden. Dabei erhielten die Notendrucke und einige wenige Partitur-Handschriften eine Signatur für den Leihverkehr. Die Familiendokumente – bzw. alle Handschriften, die keine Noten waren – wurden an die Handschriften-Abteilung übergeben, wo sie beschrieben, katalogisiert und später auch im Handschriften-Verbundkatalog Kalliope nachgewiesen wurden.[10]

Ein Großteil der Handschriften wurde dagegen nicht inventarisiert, in nur teilweise beschriftete Pakete gepackt und im Magazin abgelegt.

Wie erwähnt seien von der Bibliothek des Komponisten nur »nicht sehr wesentliche Reste« erworben worden, erhalten haben sich lediglich einige Publikationen des Vaters Carl Christian Wilhelm Reinthaler (1794–1863), der als Begründer des Martinsstifts in Erfurt eine reiche publizistische Tätigkeit entfaltet hatte. Der erwähnte Briefwechsel war offenbar von den Musikalien und den Familiendokumenten getrennt aufbewahrt worden und ist verschollen. Er könnte bei kriegsbedingten Verlagerungen abhandengekommen sein, doch dazu war schon 2008 nichts Genaueres mehr in Erfahrung zu bringen.

Glücklicherweise aber ist das Bibliotheksgebäude von den schweren Zerstörungen, die Wuppertal trafen, verschont geblieben, so dass wenigstens die Musikalien erhalten sind. Zum Teil sogar noch so unberührt, wie sie 1924 eingingen: Ein eng verschnürtes Paket trägt den autografen Hinweis »nach meinem Tode sofort zu drucken«.

An dieser Stelle ist noch ein weiterer Verlust zu erwähnen: Carl Reinthaler war der Widmungsträger der »Sieben Lieder für Chor« Opus 55 von Johannes Brahms. Das heute verschollene Widmungsexemplar befand sich mit Sicherheit im Besitz von Henriette Reinthaler, denn sie stellte es 1899 für eine Ausstellung zur Verfügung.[11] Da es von Löckle nicht erwähnt wird und in den 1930er Jahren im Autografenhandel angeboten wurde, war es wohl nicht Teil des verkauften Nachlasses.

Wiederentdeckung

Der Bremer Domkantor Wolfgang Helbich führte gelegentlich Chorwerke Reinthalers auf und realisierte 1985 eine LP-Produktion des Oratoriums *Jephta und seine Tochter* sowie 2004 eine Neueinspielung desselben Werkes auf CD. Auch sein Nachfolger Tobias Gravenhorst nimmt immer wieder Chorsätze Reinthalers in seine Programme auf.

10 Dort fand sich auch der allgemeine Hinweis auf die Existenz eines Nachlasses in der Stadtbibliothek Wuppertal.

11 Vgl.: Margit L. McCorkle, Johannes Brahms. Thematisch-bibliographisches Werkverzeichnis, München 1984, S. 264.

Mit der Aufführung des *Jephta*-Oratoriums 2007 in der Erfurter Augustinerkirche unter Landeskirchenmusikdirektor Dietrich Ehrenwerth kam in Reinthalers Geburtsstadt ein Prozess der Wiederentdeckung von dessen Musik in Gang. Das Theater Erfurt setzte auf Anregung des Verfassers hin für die Spielzeit 2008/09 die Oper *Das Käthchen von Heilbronn* auf den Spielplan. Die Premiere am 21. 3. 2009 fand überregionale Beachtung und wurde sowohl durch den MDR als auch DeutschlandRadio Kultur übertragen. Der Premierenmitschnitt wurde später auch als CD veröffentlicht. In derselben Saison (6. 3. 2009) stand auch Reinthalers einzige Symphonie auf dem Programm der Sinfoniekonzerte des Philharmonischen Orchesters Erfurt. Einer der Solisten der Opernproduktion, Peter Schöne, studierte eine Auswahl von Liedern Reinthalers ein und nahm sie für eine CD-Produktion auf.

Begleitend zur Opernpremiere konzipierte der Verfasser eine Foyer-Ausstellung und stieß bei seinen Recherchen auf den Eintrag in Kalliope. Ein erster Besuch in Wuppertal ergab, dass zwar einige Dokumente (in der Handschriftenabteilung) erschlossen waren, das handschriftliche Notenmaterial jedoch unbearbeitet im Keller schlummerte. Dank der uneingeschränkten Kooperationsbereitschaft der Bibliotheksdirektorin Ute Scharmann und der Bibliotheksmitarbeiter konnte zunächst eine Ausleihe von Autografen für die Ausstellung im Theater Erfurt vereinbart werden. Einige Zeit später wurde die Bereitschaft sondiert, den Reinthaler-Nachlass zu veräußern. Da kein Bezug zu Wuppertal bestand und eine adäquate Erschließung nicht vorgesehen war, konnte bald Einigkeit über einen Verkauf erzielt werden. So erwarb die »Gesellschaft der Theater- und Musikfreunde Erfurt e.V.« 2010 sämtliche vorhandenen Bestände, die offenkundig aus dem Ankauf des Reinthaler-Nachlasses 1924 stammten. Sie wurden nach Erfurt überführt und werden seitdem auf der Grundlage einer Nutzungsvereinbarung im Theater Erfurt verwahrt und erschlossen.

Bestandsübersicht

Karl Christian Wilhelm Reinthaler, der Vater des Komponisten, war der einzige männliche Nachkomme der seit 1731 in Erfurt ansässigen Familie. Daher ist es nicht verwunderlich, dass über seinen ältesten Sohn Carl Martin wichtige Dokumente der Familiengeschichte mit nach Bremen und dann mit dem Nachlass über Elberfeld / Wuppertal zurück nach Erfurt gelangten.

Johann Melchior Reinthaler (1711–1792), der Urgroßvater des Komponisten, war 1731 von Leipzig nach Erfurt gezogen und hatte sich hier als Kammmacher niedergelassen. Sein Lehrbrief, eine u.a. von seinem Innungsmeister (und Vater?) Johann Carl Reinthaler 1731 unterzeichnete, ausgesprochen repräsentative Urkunde, ist das älteste Schriftstück des Bestandes. Genauso prächtig anzusehen ist das mit Kurfürstlichem Siegel versehene Dekret der Ernennung zum »Churfürstlichen Hof-Mechanicum und Opticum«, das 1783 für den bereits erwähnten Christian Friedrich Ernst Reinthaler in Leipzig ausgestellt wurde. Die Recherche in den Erfurter Taufregistern ergab, dass Christian Friedrich Ernst der älteste Sohn Johann Melchior Reinthalers und somit ein Großonkel des Komponisten war. Seine Laufbahn führte ihn nach

Leipzig, wo er als Lehrender der Universität und als Hersteller optischer und mechanischer Instrumente hervortrat.[12]

Er starb offenbar trotz zweier Ehen ohne Nachkommen, sodass die für wichtig gehaltenen Dokumente nach seinem Tod an die Angehörigen in Erfurt gelangten. Darunter sind mehrere Gedichte, die der Sohn aus Leipzig als Gruß an seine Eltern schickte.

Der zweite Sohn Johann Melchiors, Karl Friedrich Reinthaler (Erfurt 1739 – Erfurt 1816), der Großvater des Komponisten, betätigte sich nicht mehr primär als Kammmacher, sondern wird als »Eisenwarenhändler, Optiker, Horn- und Elfenbeinfabrikant« bezeichnet. Dokumente von oder über ihn sind im Nachlass nicht überliefert.

Sein einziger, spät geborener Sohn Karl Christian Wilhelm Reinthaler (Erfurt 1794–Erfurt 1863), der Vater des Komponisten, schlug beruflich einen gänzlich anderen Weg ein, indem er sich der Theologie verschrieb.[13] Er wurde zum Begründer des Martinsstifts, einer karitativen Einrichtung, die er 1821 in den Gebäuden des Erfurter Augustinerklosters und damit an der früheren Wirkungsstätte Martin Luthers gründen konnte. Die Anregung zu dieser Initiative hatte er in Weimar bei Johann Daniel Falk erhalten, der dort mit dem »Lutherhof« bereits ein ähnliches Institut führte. Das Erfurter Martinsstift erlangte bald überregionale Aufmerksamkeit. Das führte dazu, dass der Preußische König Friedrich Wilhelm IV. Reinthaler (Vater) empfing und dem Martinsstift finanzielle Unterstützung gewährte. Zu Reinthalers Programm gehörte auch die Publikation frommer Schriften, die er im Eigenverlag des Martinsstiftes herausgab. Einige davon enthalten geistliche Lieder, zum Teil von seinem Sohn Carl Martin vertont. Die Namensgleichheit von Vater und Sohn kann verwirren. In Publikationen des Vaters wird der Sohn noch »Karl Martin« genannt. Später als etablierter Komponist in Berlin, Köln und Bremen publiziert und zeichnet er ausschließlich als »Carl«. Im Nachlass finden sich nur wenige Dokumente von der Hand des Vaters Karl Christian Wilhelm, darunter ein Glückwunschgedicht zum 71. Geburtstag von dessen Vater 1810.

Unter den katalogisierten Handschriften findet sich von Carl Martin nur ein Dokument, ein Brief, den er 1881 während der Vorbereitung der Uraufführung seiner Oper *Das Käthchen von Heilbronn* am Frankfurter Opernhaus an den dortigen Kapellmeister Georg Goltermann schrieb. Warum gerade dieser Brief aus der als so umfangreich beschriebenen Korrespondenz als einziger im Nachlasse erhalten ist, bleibt ein Rätsel.

12 Siehe: Catalogus derer mathematischen, mechanischen, optischen, physicalischen, ökonomischen und andern Werkzeuge, an Zirkeln, Reisfedern ... wie solche vor diesem im Leupoldischen und Cottaischen Laboratorio verfertigt worden / anjetzo aber bey mir, Christian Friedrich Ernst Reinthaler zu haben sind, Leipzig 1769.

13 Vgl.: Michael Ludscheidt, Des Falkschen Instituts »Tochter zu Erfurt«. Karl Christian Wilhelm Reinthaler und die Anfänge des Martinsstifts, in: Falk-Jahrbuch 2004/05, Weimar 2006, S. 77–89. Sowie ders., Artikel: Reinthaler, Karl Christian Wilhelm, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 29, Nordhausen 2008, Sp. 1164–1168.

Leider bildet der Bestand an gedruckten Musikalien nicht Reinthalers Gesamtwerk ab. Es fehlen fast alle früheren Veröffentlichungen, aber auch einige wichtige Werke aus späteren Lebensphasen: Z. B. die gedruckte Partitur und der gedruckte Klavierauszug zu *In der Wüste nach Psalm 63* (Opus 26), einem Werk für Soli, Chor und Orchester, das Reinthaler Johannes Brahms gewidmet hatte, oder die preisgekrönte *Bismarck-Hymne* Opus 29.

Die vorhandenen Drucke sind nach Formaten sortiert in Sammelbände zusammengefasst. Einer davon, der mehrere Liedzyklen enthält, trägt auf dem Einband den Besitzvermerk »Charlotte Reinthaler«. Mehrere Drucke sind mit den Initialen »CR« von der Hand des Komponisten versehen, einige wenige weisen Bleistifteinzeichnungen auf, sodass man sie als Handexemplare Reinthalers betrachten kann.

Den weitaus größten Umfang des Bestandes nehmen Notenmanuskripte ein. Sie stammen aus allen Lebensphasen, unterschiedlichsten Entstehungssituationen und Zweckbestimmungen. Man hat den Eindruck, dass jedes Notenblatt für wert erachtet wurde, aufgehoben zu werden. Darunter sind jugendliche Kompositionsversuche ebenso wie Manuskripte von fremder Hand, die möglicherweise vom Studienaufenthalt in Rom stammen. Von vielen eigenen Werken lassen sich verschiedene Phasen des Schaffensprozesses nachvollziehen von der Skizze über die Partitur-Reinschrift bis zu späteren Bearbeitungen. Gerade die Partituren der bislang verschollen geglaubten Werke bilden den wohl interessantesten Part des Bestandes, darunter Werke wie die Oper *Edda*, die *Schiller-Kantate* und das *Te Deum*.

Einige in Packpapier eingeschlagene Pakete tragen Beschriftungen wie z. B. »Reinthaler ›Jephta‹ Stimmen« oder »Reinthaler Ungesichtete Manuskripte«, die offensichtlich nicht vom Komponisten stammen und bei einer späteren Sichtung in der Bibliothek angebracht worden sein könnten.

Das Material ist offenbar zumindest teilweise vom Komponisten in einer gewissen Ordnung hinterlassen worden. Das bereits erwähnte Paket mit der Aufschrift »nach meinem Tod sofort zu drucken« weckt ebenso die Entdeckerfreude wie die Sammelmappe mit der Aufschrift »Manuscripte ungedruckter Sachen, dabei die Manuscripte, die gedruckt werden sollen.« Ein anderes Paket hat offenbar die Tochter beschriftet mit »Papa Handschriften«.

Dennoch war und blieb ein großer Teil der Blätter offenbar unsortiert. In einem Notenstapel lassen sich sowohl Reinschriften veröffentlichter Werke finden wie auch – zumindest auf den ersten Blick – zusammenhanglose Skizzen und Fragmente, deren Erschließung noch zu leisten ist.

Einige (aber keineswegs alle) der autografen Partituren wurden in Elberfeld / Wuppertal wie die Drucke katalogisiert und mit Ausleihkarten versehen, allerdings mit der Angabe »[e. Ms.]« und dem Stempel »Nicht verleihbar«.

Neben diesen autografen Entwürfen und Reinschriften gibt es einen weiteren, anders gearteten Bestand, die Noten für die praktische Aufführung. Für die meisten der großen Kompositionen mit Orchester wurden damals keine Orchesterstimmen gedruckt, diese wurden nach Bedarf handschriftlich kopiert. Selbst wenn eine gedruckte Partitur vorlag, war eine Aufführung nur mit Orchestermaterial durchführbar und das befand sich oft im Besitz

des Komponisten. Nur bei viel gespielten Komponisten gab es vollständig gedrucktes Material auf Vorrat bei den Verlagen. Das handschriftliche Aufführungsmaterial im Reinthaler-Nachlass ist größtenteils gespieltes Material und trägt daher die Spuren seiner Benutzung. Der Quellenwert für die Komposition ist eher gering, wenn eine autografe Partitur vorliegt, dennoch ist dieses Material als Dokument der Aufführungspraxis relevant.

Unter den handschriftlichen Aufführungsmaterialien fanden sich auch Mehrfachexemplare gedruckter Einzelstimmen zu Chorwerken, die offenbar für den praktischen Gebrauch vorgehalten wurden.

Nicht zuletzt ist Notenmaterial zu identifizieren, das Reinthaler aufbewahrte, auch wenn es nicht zu von ihm komponierten Werken gehört. Als Domkantor und Städtischer Musikdirektor bzw. Konzertveranstalter führte er keineswegs primär eigene Werke auf. Vielmehr gestaltete er vielfältige Programme für die Kirche und den Konzertsaal, zu denen er auch das Aufführungsmaterial beibringen musste.

Insgesamt umfasst der Nachlass heute etwa 30 Archivkästen (überwiegend in A 3).

Perspektiven

Der Verfasser arbeitet an einem Werkverzeichnis, welches das veröffentlichte und unveröffentlichte Werk Carl Reinthalers für eine praktische und wissenschaftliche Nutzung erschließen helfen soll. Über diese eher bibliothekarische Arbeit hinaus bietet der Nachlass eine Fülle von Material für Forschungsvorhaben verschiedenster Art, seien es Fragen der Kompositionstechnik wie auch der Aufführungspraxis. Dabei kann es wohl nicht darum gehen, den Komponisten Reinthaler wiederzuentdecken, um ihn im Sinne einer Rangordnung aufzuwerten, sondern vielmehr darum, den Einblick in die Werkstatt eines komponierenden Kirchenmusikers zu nutzen, um die Kompositions- und Musizierpraxis abseits der tonangebenden Zentren besser zu verstehen. Die familiär bedingte Verwurzelung des Komponisten im lutherischen Protestantismus und in einem preußischen Staatsverständnis mag uns heute befremdlich erscheinen, bietet aber gerade deshalb Anhaltspunkte für eine angemessene Verortung des Reinthalerschen Œuvres in der deutschen Musikwelt des 19. Jahrhunderts.

Im Oktober 2022 jährt sich Reinthalers Geburtstag zum 200. Mal. In Planung befinden sich zu diesem Anlass Aufführungen von Orchester- und Vokalmusik u.a. durch das Philharmonische Orchester Erfurt, die Augustiner-Kantorei Erfurt und den Bremer Domchor.

Dietrich Schäfer (1845–1929) – ein Historiker aus Bremen

Von Hans Kloft

Die römische Republik kennt den Typus des *homo novus*, des neuen Mannes, der aus kleinen Verhältnissen stammte und dem es gelungen war, in den Senat und in die höchsten Staatsämter aufzusteigen. Im zeitgenössischen Umfeld vielfach gescholten und angefeindet, sah die Nachwelt in ihm ein bewundernswertes Beispiel des Aufstiegs in eine aristokratische Führungsschicht, wie es die römische Nobilität war. Deren ursprüngliche Aversionen wusste der *homo novus* dadurch zu überwinden, dass er sich die Werte und Ideale der Oberschicht zu eigen machte und vorbildlich umsetzte; nicht zuletzt darin lag sein Nachruhm.

Der Aufstieg besaß Voraussetzungen: Neben einer außergewöhnlichen persönlichen Tüchtigkeit die Protektion durch einflussreiche adelige Gönner, günstige Zeitumstände, welche den Aufstieg eines Außenseiters ermöglichten und spezielle Fähigkeiten, die besonders in Krisenzeiten gefragt waren. In diesem Sinne haben der ältere Cato (234–149 v. Chr.) und M. Tullius Cicero (100–93 v. Chr.) dem Typus *homo novus* spezifische Konturen gegeben, als Verkörperungen traditioneller römischer Tugenden *(virtutes)*, die dort besonders gefragt waren, wo Veränderungen drohten.[1]

I.

Lebensweg und Profil, Leistungen und Versagen von Dietrich Schäfer (1845–1929) lassen sich vom Typus des *homo novus* her gut verstehen. Er selbst hat sich in einer knappen Autobiographie, die er 1925 als Achtzigjähriger unter dem Titel »Mein Leben« verfasste, Rechenschaft gegeben, woher er kam, welche Lebensstationen er mit welchem Ertrag durchlaufen hatte und wo er jetzt, sieben Jahre nach der Katastrophe des großen Krieges, gegen Ende seines Lebens stand – ein wichtiges Quellenzeugnis, in dem historische Fakten, persönliche Auswahl und Interpretation ineinander greifen.[2] Es lohnt sich, in einem kurzen Abriss wichtige durchgehende Muster der Autobiographie auszumachen und nachzuzeichnen. Ergänzt wird diese zentrale Quelle durch eine gemeinschaftliche Würdigung seiner Schüler und Freunde, die Kurt Jagow im Namen der Historischen Gesellschaft Berlin

1 Josef Vogt, Homo novus: Ein Typus der römischen Republik, Stuttgart 1926, Gesa Alföldy, Römische Sozialgeschichte, Wiesbaden 2011, S. 50f., 63f., 67 u.ö.
2 Dietrich Schäfer, Mein Leben, Berlin und Leipzig 1926.

1925 herausgebracht hatte.[3] Eine tüchtige Jenaer Dissertation aus dem Jahr 2002 hat beide Quellen herangezogen, dazu die archivalischen Bestände aus Berlin und Bremen. Diesen wichtigen persönlichen Nachlass aus seiner Heimatstadt hatte Adolf Börtzler für seinen Beitrag in der Bremer Biographie 1912–1962 benutzen können.[4]

Dietrich Schäfer, am 16.05.1845 geboren, ist an der Schlachte groß geworden. Seine Eltern waren, wie er in »Mein Leben« betont, einfache Leute, der Vater Kornstecher, später Weinküper, die Mutter besorgte eine kleine Wirtsstube in einem Wohnkeller des Hauses Schlachte 29, das vor der Weserregulierung stets vom Hochwasser bedroht war.[5] Hier wuchs der aufgeweckte Junge neben seiner älteren Schwester Anne auf, entwickelte seine Interessen für den Hafenbetrieb, für Baumwollballen, Tabak-, Herings- und Tranfässer, für Felle, für Reis- und Kaffeesäcke – für all die Waren, die der regionalen Wirtschaft ihren Stempel aufdrückten und Bremen wohlhabend machen sollten. Die Schankstube im Souterrain war Anlaufstelle für die Hafenarbeiter, die ihr Bier tranken, sich austauschten und auf die nächsten Arbeitsanweisungen in den Packhäusern und bei den Schiffen warteten.

Schäfer legt großen Nachdruck darauf, dass in diesem Milieu sein Sinn für die Realia des praktischen Lebens geweckt wurden, die er sorgfältig verzeichnet: Die Höhe der Kornpreise und der Miete, die Pacht von Gartenland und der Anbau von Kartoffeln und Gemüse, die über den Eigenbedarf hinaus auf dem Markt verkauft wurden; Hühner- und Schweinehaltung mit der obligatorischen Hausschlachtung kamen hinzu. Nach dem Tode des Vaters musste die Mutter als Reinmachefrau das nötige Geld verdienen, das penibel auf die Ausgabenkosten verteilt wurde. Der junge Dietrich konnte durch kleinere Arbeiten zeitweise täglich zwei Groten (Groschen) zusteuern. Schon früh war er selbständig und musste tagsüber für sich selbst sorgen, während die Mutter nach einem zwölfstündigen, schweren Arbeitstag erst spät nach Hause kam. In dieser ausführlichen und nüchternen Schilderung einer Bremer Kindheit um die Mitte des 19. Jahrhunderts, die ihren Quellenwert in sich besitzt,[6] werden Erfahrungen greifbar, die seinem Lebens- und Weltbild die Richtung gaben.

3 Kurt Jagow (Hrsg.), Dietrich Schäfer und sein Werk, Berlin 1925

4 Adolf Börtzler, J. H. Dietrich Schäfer, in: Wilhelm Lührs (Bearb.), Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 433–435. Jens P. Ackermann, Die Geburt des modernen Propagandakrieges im Ersten Weltkrieg. Dietrich Schäfer, Gelehrter und Politiker, Frankfurt 2004. Der Nachlass Dietrich Schäfer mit wichtigen Ergänzungen von weiteren Familienangehörigen liegt unter der Bestandssignatur StAB 7,21 im Staatsarchiv Bremen. Weitere Archivalien zu Schäfer bei Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997, S. 415.

5 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 13 ff.

6 Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2, Bremen 1995, S. 250 f.

Die Hafenwelt an der Schlachte führt ihm die Wichtigkeit der Ökonomie, der Schifffahrt und des Handels lebhaft vor Augen. Waren und Dienstleistungen haben ihre Relevanz, die sich in Geld, in Bremer Talern, Mark, Groten und Schwaren ausdrücken lassen:[7] Ein rares Gut, mit dem man sorgfältig umgehen muss.

Seefahrt tut not, sie garantiert die Existenz und das Wohlergehen der Menschen auf vielen Ebenen. Schäfer macht in späteren Jahren die mittelalterliche Hanse zur Grundlage seiner wissenschaftlichen Forschung und unterstützt im deutschen Kaiserreich die umstrittene Flottenpolitik des Admirals Alfred von Tirpitz. Die Vermutung ist sicherlich nicht abwegig, das Kindheits- und Jugenderfahrungen bei diesen Entscheidungen eine Rolle gespielt haben.

Im Hafenmilieu lernt man die kleinen Leute kennen, Kahnschiffer, Zimmerleute, Zigarrenmacher, Wäscherinnen und Reinmachefrauen, die ihren eigenen Lebensstil und sich in ihrem sozialen Stand eingerichtet haben. Das Bremer Hafenmilieu, so wie es Schäfer erfahren hat, lässt allgemeine Schlüsse zu:

»Es handelt sich bei den kleinen Leuten nicht um eine unterschiedslose, gleichartige Masse; sie haben selbst ein feines Gefühl für die Schichtungen, und man sollte alles tun, dieses Gefühl nicht abstumpfen zu lassen, sondern zu stärken, vor allem das Bewusstsein der Verantwortlichkeit des eigenen Geschicks nicht zu schwächen, sondern tunlichst zu stärken.«[8]

Das ständische Gesellschaftsgefüge, das für ihn die Achtung der unteren Schichten einschließt, besitzt, so sieht er es, seine Akzeptanz und weiterhin Gültigkeit.[9] Es spricht, wie er an anderer Stelle ausführt, gegen die sozialen und politischen Bestrebungen, die »Agitationen« der Sozialdemokratie, wenn diese traditionellen Ordnungen aufgehoben werden. So kann man kein »gesundes Staatswesen« aufbauen.[10]

Die harten und doch so anregenden Kinder- und Jugendtage haben ihn nicht dazu gebracht, die Programme der »Linken« zu übernehmen. Das Milieu hat ihn vielmehr gelehrt, mit Wenigem zufrieden zu sein und trotz der Entbehrungen ein frohes und glückliches Leben zu führen.[11] So gewinnt er der Bremer Kindheit ein bürgerliches Leistungs- und Lebensideal ab, in dem Fleiß, Beharrlichkeit, Sparsamkeit auf der einen, Vergnügen und Lebensfreude auf der anderen Seite keine Gegensätze bilden.

Auch dieser Zug ist im Rückblick des 80-Jährigen als Exempel gedacht, eine Idealisierung, die man nicht als Schönfärberei abtun sollte, wie dies Herbert Schwarzwälder vermutet hat.[12]

7 Zum Bremer Währungssystem Oliver A. Bongartz, Deutsche Geldgeschichte dargestellt am Beispiel Bremens, Bremen 2014, S. 268–279.

8 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 32.

9 Ebd., S. 48: »Die Gliederung eines Volkes nach Berufen, Klassen, Ständen bestand stets und wird immer bleiben.«

10 Ebd., S. 80.

11 Ebd., S. 29

12 Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 6), S. 246, der Schäfers Verbindung von Selbstgenügsamkeit und Lebensfreude (Mein Leben, S. 29) wie folgt kommentiert: »Wer bei großem Fleiß in bitterer Armut leben muss, wird das als trostlos

II.

Zu Schäfers früher Sozialisation in Bremen gehört im Besonderen seine Erfahrung mit den örtlichen Schulverhältnissen. Spielend eignet er sich die Gegenstände auf den Kirchspielschulen an, besucht mit 14 Jahren das staatliche Lehrerseminar für die Volksschulen und absolviert kaum 18-jährig eine Probezeit, die er 1865 mit einem glänzenden Lehrerexamen abschließt. Während seiner Lehrtätigkeit an der Hauptschule 1872–1876 machte er sich mit der Stadtbibliothek vertraut, die in Johann Georg Kohl einen hervorragenden Leiter besaß, der ihn zu kleineren Arbeiten heranzog. Er engagiert sich im Volksbildungsverein, der ein bürgerliches Gegengewicht gegen die von ihm so bezeichneten Agitationen der Sozialdemokratie aufbauen wollte.[13] Er wird Mitglied im 1856 gegründeten Künstlerverein, deren Sektionen Literatur sowie Geschichte und Altertümer er eifrig besuchte. Er lernt deren Leiter Dietrich Ehmck und Wilhelm von Bippen kennen und übernimmt für mehrere Jahre die Aufgaben eines Bibliothekars.[14]

Lehren und Lernen greifen in dieser frühen Epoche ineinander, und auch hier geht die späte Reflexion auf das Grundsätzliche einer Lehrerausbildung. Der Volksschullehrer benötigt eine Ausbildung, die aufs Praktische zielt, eine Qualifizierung auf den Hochschulen bedeutet Rückschritt und »*geradezu die Vernichtung unseres blühenden Schulwesens*«.[15]

Lehrersein, darin lag für Schäfer eine große Aufgabe. Sein pädagogischer Eros schlug sich in vielen populären Beiträgen und Abrissen nieder, in Schulbüchern, Vorträgen und Zeitungsartikeln. Eine umfängliche Volksbildung erfordert Aktivitäten auf allen Ebenen, hinter denen ein ungeheurer Fleiß, eine erstaunliche Energie und ein effektiver Arbeitsstil stand, der sich keine Abschweifungen erlaubt.

Die Universitätslehre hat er später in gleicher Weise durchgeführt. Streng, auf die Sache bezogen, den unproduktiven studentischen Diskussionen abhold, so hat sein Schüler Rudolf Häpke seinen Mentor geschildert, seine ruhige Sachlichkeit, seinen »herben« Ernst hervorhebend, aber er unterschlug auch nicht, dass ihm »die Gabe eigentlicher Schilderung versagt« war.[16]

Die 30 Jahre, die Schäfer in Bremen verbrachte, haben ihn geprägt und mit vielen wichtigen Persönlichkeiten der Stadt zusammengebracht, die zum Teil schon erwähnt wurden. An erster Stelle steht der bekannte Kaufmann

empfinden, wobei es gleichgültig ist, ob er es resignierend hinnimmt oder sich dagegen erfolglos aufbäumt.«

13 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 79 f.

14 Ebd, S. 82. Zu Johann Georg Kohl Thomas Elsmann, Johann Georg Kohl, ein Leben zwischen der Alten und der Neuen Welt, Bremen 2010. Zu Dietrich Ehmck (1836–1908) und Wilhelm von Bippen (1844–1923) Konrad Elmshäuser und Thomas Elsmann, Die Historische Gesellschaft Bremen – Der Geschichts- und Altertumsverein der Freien Hansestadt Bremen, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2014–2017, Bremen 2018, S. 56 ff.

15 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 48 f.

16 Rudolf Häpke, Der Lehrer, in: Jagow, Dietrich Schäfer (wie Anm. 3), S. 31–42. Das Zitat S. 37.

und Reeder Hermann Henrich Meier (1809–1896), der dem begabten und motivierten Lehrer durch ein jährliches Stipendium von 200 Talern ab 1868 ein dreijähriges Universitätsstudium mit dem Schwerpunkt Geschichte ermöglichte. Ausführlich nennt er Albert Gröning (1839–1903), den Advokaten, Senator und späteren Bürgermeister von Bremen, den etwa gleichaltrigen Kollegen Ernst Dünzelmann (1846–1907), Thomas Achelis (1850–1909) und nicht zuletzt Constantin Bulle (1844–1905), Mitbegründer der Literarischen Gesellschaft und ab 1879 Direktor des Alten Gymnasiums, die er als Freunde zu seiner Hochzeit 1875 eingeladen hatte.[17] Die Bremer Andreas Gildemeister und Gustav Kulenkampff sind ihm später bei seinen Aktivitäten während des Weltkriegs behilflich.[18] So liegt der Schluss aus Schäfers Lebenserinnerungen nahe: Der begabte Junge von der Schlachte hat im Alter von 30 Jahren das Entree in die bürgerliche Gesellschaft Bremens geschafft, und es war nicht zuletzt der Künstlerverein, der dem talentierten Historiker den Weg dazu ebnete.

Die Bremische Denk- und Sprechweise bleibt ihm vertraut. Er war stolz darauf, dass er sich überall mit den kleinen Leuten ohne Schwierigkeit verständigen konnte, selbst dann, wenn sie politisch der Sozialdemokratie nahestanden, was für einen national gesinnten Deutschen vom Schlage Schäfers zu jener Zeit nicht selbstverständlich war.

III.

Sein Bremer Profil[19] hat Schäfer in seiner akademischen Laufbahn nicht verleugnet, die ihn von Jena (1877) über Breslau (1885), Tübingen (1888), Heidelberg (1896) schließlich nach Berlin brachte (1903), wo er sich verpflichtet sah, mehr noch als bisher von seinem Fach her zu politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen.

Die historische Forschung der letzten Jahrzehnte hat sich vielfach mit der Rolle und Bedeutung der geistigen Elite an der Entstehung des Weltkrieges, an den antidemokratischen Strömungen in der Weimarer Republik und am Aufkommen des Nationalsozialismus beschäftigt. Ringers klassische Studie »Die Gelehrten, der Niedergang der deutschen Mandarine 1880–1933« mag stellvertretend für viele andere stehen.[20] In diesem Prozess einer zunehmenden Nationalisierung der intellektuellen Elite hat Schäfer eine bedeutende Rolle gespielt.

17 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 86.

18 Die Nachweise in der Bremischen Biographie (wie Anm. 4). Zu Andreas Gildemeister und Gustav Kulenkampff vgl. Hagenlücke, Vaterlandspartei (wie Anm. 4), S. 67f., 73, 145.

19 Mit zeitgenössischem Zungenschlag J. Hinrich Knittermeyer, Dietrich Steilen (Hrsg.), Bremen, Lebenskreis einer Hansestadt, Bremen 1941, S. 171f.

20 Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, München 1987 (zunächst Harvard 1969); Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, München 1971; Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996.

Abb. 1: Dietrich Schäfer in italienischer Landschaft bei der Villa Falkonieri, 1912. Kopie von Franz Bleile (1876–1940) nach einem Bild von Ernst Nöther (1864–1939). 1929 aus Familienbesitz erworben für das Staatsarchiv Bremen (Foto: StAB)

Die Entwicklung und Verschärfung seiner ursprünglich nationalliberalen hin zu einer nationalistischen und chauvinistischen Überzeugung ist besonders mit seinen Aktivitäten im Ersten Weltkrieg vielfach hervorgehoben worden.[21] Die Mitgliedschaften in diversen vaterländischen Vereinen brachte

21 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte II, 1866–1918, München 1993, S. 806; Hagenlücke, Vaterlandspartei (wie Anm. 4), S. 73–89; ausführlich Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 155–180.

ihn mit Politikern, Industriellen und Militärs zusammen, welche eine Weltmachtstellung Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben hatten und die Schäfer im Rückblick nicht ohne Stolz auflistet:[22] Den Flottenverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, den Alldeutschen Verband und den Deutschen Ostmarkenverein, um die wichtigsten zu nennen, die ihr politisches Programm bereits im Namen trugen. Die Gegnerschaft zu den »Linksparteien«, zu Männern wie August Bebel, Matthias Erzberger, im Krieg auch zum Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der einen »komplizierten und oft schwankenden Mittelkurs« (Nipperdey) steuerte, war für Schäfer deshalb von grundsätzlicher Art, weil er seine Aktivitäten als Historiker, als Mann vom Fach, zu legitimieren verstand. Geschichtliche Bildung bedeutete ihm »Grundlage für Lebens- und Weltauffassung«. Mit dieser Überzeugung steht er nicht allein. Ganz ähnlich sprach der große Theodor Mommsen von der Geschichte als politischer Pädagogik.[23] Schäfers Eintreten für einen starken Staat, der Wirtschaft und Kultur schützt, der Kolonialpolitik betreiben muss, um die überlegene Tat- und Lebenskraft der germanischen Nationen gegenüber den romanischen[24] zur Geltung zu bringen, hat nicht zuletzt seinen Grund in seinen vielfältigen Arbeiten zur deutschen Hanse, ein Feld, auf dem er sich große Verdienste und hohes Ansehen erworben hatte, freilich die Hanseforschung auch in den reichspolitischen Horizont seiner Zeit stellte.[25]

Aus der Geschichte der Hanse kann man erkennen, dass Handel und Wirtschaft über See ohne politische und militärische Absicherung gegenüber den Interessen der erstarkenden Nationalstaaten letztlich keine Chance hatten. Die Konstellation war bequem auf die Tagespolitik übertragbar. Auch und besonders die Konflikte, die zum Ersten Weltkrieg führten, ließen sich historisch verstehen und für die Gegenwart fruchtbar machen.

IV.

Der Erste Weltkrieg hat die Deutungshoheit der Publizisten und Historiker herausgefordert. Ohne Zweifel war Dietrich Schäfer einer der einflussreichsten Akteure im sogenannten Propagandakrieg, welche die militärischen Auseinandersetzungen flankierten und zu rechtfertigen versuchten.[26] Neben dem klassischen Philologen und Rektor der Universität Berlin Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (1848–1931, Rektorat 1915/16) war der Althistoriker Eduard

22 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 150ff.

23 Mommsens populäres Wort bei Stefan Rebenich, Theodor Mommsen, München 2002, S. 95f.

24 So Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte, Leipzig 1910, S. 145f. Der Zusammenhang von Nationalismus, Imperialismus und Flottenpolitik bei Nipperdey, Deutsche Geschichte II (wie Anm. 21), S. 645–683 u.ö.

25 Ausführlich Walther Vogel, Der Begründer der deutschen Seegeschichte, in: Jagow, Dietrich Schäfer (wie Anm. 3), S. 85–95; Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 61–79ff.; Ernst Pitz, Dietrich Schäfer als Hanseforscher, in: Hansische Geschichtsblätter 114, 1996, S. 141–166.

26 Vgl. Anm. 12f. und Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora, Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 236–250.

Meyer (1855–1930), den er von Breslau her kannte, sein wichtigster Mitstreiter.[27] Wie Schäfer von seinem Fachgebiet der Hanse zogen die angesehenen Altertumswissenschaftler von ihrer Profession her die Parallelen von der antiken Kriegs- und Weltmacht Rom mit seiner verhängnisvollen Politik zur Kriegs- und Weltmacht der Gegenwart, zu England.[28]

Gute Verbindungen zur Presse, zu den staatlichen und militärischen Stellen und zu den bürgerlichen Eliten über die Vereine machten ihn zum »Medienstar unter den wilhelminischen Gelehrten«.[29] Seine unermüdliche Vortragstätigkeit, die den 80-jährigen durch ganz Deutschland führte, war nur auf der Grundlage seiner Energie und seiner körperlichen Robustheit zu realisieren. Rund 200 Vorträge nennt er im Umkreis des Ersten Weltkriegs.[30]

An seinen grundsätzlichen Einstellungen haben das Ende des Ersten Weltkriegs und die Gründung der Weimarer Republik nur wenig geändert. In seiner Autobiographie treten freilich die Ausbildungsprobleme in Schule und Universität in den Vordergrund, die unter den gewandelten politischen Verhältnissen der Weimarer Republik neu bedacht und im Sinne der Tradition gefestigt werden sollten.[31] Es ist die deutsche Jugend, der die Aufgabe zufiel, eine gute Zukunft zu schaffen.[32] In seinem Bekenntnis: *»Ich bin von je her und unentwegt im Denken und Empfinden demokratisch gewesen, nicht im Parteisinne, aber in der Einstellung auf das Wohl des ganzen Volkes«*, hebt er bezeichnenderweise nicht auf die Staatsform, auf die demokratische Verfassung ab, sondern er definiert die Demokratie vom allgemeinen Volkswohl her als dem einigenden Band für die unterschiedlichen Klassen, Berufe und Stände.[33] In ähnlicher Weise hatte bekanntlich Wilhelm II. nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 4. August 1914 vor den Reichstagsabgeordneten verkündet: *»In dem jetzt bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche«*.[34]

Der verheerende Krieg und sein folgenreiches Ende mobilisierten bei Schäfer und vielen Gleichgesinnten nur eine umso stärkere Unterstützung der nationalen Kräfte. Zur deutschen Vaterlandspartei, die 1917 gegründet wurde und den Großadmiral Alfred von Tirpitz zum ersten Vorsitzenden, Schäfer

27 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 103f.
28 Zu Eduard Meyer Burkhard Meißner, Der Neue Pauly Suppl., VI, Stuttgart, Weimar 2012, Sp. 817–821. Zu Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff William M. Calder III, ebd., Sp. 1312–1317. Zu den Parallelen Rom–England vgl. Jürgen von Ungern-Sternberg, Politik und Geschichte. Der Althistoriker Eduard Meyer im Ersten Weltkrieg, in: Calder III und Alexander Demandt (Hrsg.), Eduard Meyer, Leben und Leistung eines Universalhistorikers, Leiden 1990, S. 487–495.
29 So Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 156f. mit den Nachweisen.
30 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 239f.
31 Ebd., S. 233f.
32 Ebd., S. 235f.
33 Ebd., S. 234.
34 Nipperdey, Deutsche Geschichte II (wie Anm. 21), S. 779; Leonhard, Büchse der Pandora (wie Anm. 26), S. 127–146.

zum Stellvertreter wählte, zählte auch der Bremer Kaufmann und Reichstagsabgeordnete Andreas Gildemeister. Mit seiner privaten Denkschrift zu Kriegszielen und Friedensbedingungen im Frühjahr 1915 figurierte er als Anstoss und Ideengeber für eine Partei, die kurzzeitig Sammelbewegung einer »agrarisch-schwer industriell-konservativen« Politik im Reich wurde (Hagenlücke) und affirmativ und offensiv für imperialistische Landgewinne eintrat.[35] Mitglieder und weite Teile des Programms wurden dann von der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) übernommen, welche auf diese Weise die Kontinuität zum deutschen Kaiserreich und seine nationalen Interessen zu wahren versuchte.[36]

IV.

In Bremen beteiligte sich Schäfer 1921 an der Gründung einer nationalen Vereinigung mit der Bezeichnung »Der Deutsche Volksbund für Gerechtigkeit e.V.«, der seinen Sitz in Bremen, in der Langenstraße der Hansestadt besaß und der die Revision der Friedensverträge auf seine Fahne geschrieben hatte. (Abb. 2)

Eine Denkschrift, die an den neuen amerikanischen Präsidenten Warren Harding adressiert wurde, war von Schäfer verfasst und 1921 unter dem Titel »Sind wir Deutschen ein Eroberervolk?« in der rechtsnationalen Monatsschrift »Deutschlands Erneuerung« veröffentlicht worden.[37]

Geschichte als Argument: Deutschland als Reich der Mitte prinzipiell friedfertig, dabei aber doch den Platz an der Sonne einfordernd – auf der Gegenseite die großen Randstaaten Frankreich und England, angetrieben von »Neid und Scheelsucht«, denen in ihrer Geschichte Eroberung ein durchgängiges Herrschaftsmittel war: Schäfer entwirft auf historischer Basis ein schlichtes Schwarz-Weiß-Bild, das zweifeln lässt, ob man die Amerikaner als Adressaten damit überzeugen könnte. Das Organ »Deutschlands Erneuerung« zielte freilich mehr auf eine innere Konsolidierung nach dem verlorenen Krieg und hier fand sich Schäfer in trauter Gesellschaft. Öffentliche Aner-

35 Hagenlücke, Vaterlandspartei (wie Anm. 4), S. 67–69. Zur Rolle Gildemeisters ebd., S. 143–164; zur Gründung der Vaterlandspartei weiter Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 231–239 und Leonhard, Büchse der Pandora (wie Anm. 26), S. 743–745.

36 Zum Ende der Deutschen Vaterlandspartei und zur Annäherung an die DNVP vgl. Hagenlücke, Vaterlandspartei (wie Anm. 4), S. 385–401. Zum neuen Typus der Partei vgl. Robert Hofmann, Geschichte der Deutschen Parteien, München 1992, S. 166–175.

37 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 237 ff. und ders., Sind wir Deutschen ein Eroberervolk? Sonderdruck Bremen 1921 (danach zitiert). Dort S. 19 die Abb. rechts oben.
Harding löste 1921 Thomas Woodrow Wilson ab, der in den Augen der Deutsch-Nationalen eine verhängnisvolle deutschfeindliche Politik betrieben hatte; Jörn Leonard, Der überforderte Frieden, Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018, S. 1180.

Der Deutsche Volksbund für Gerechtigkeit E.V.

Hauptstelle: **Bremen**, Langenstraße 96/I.

will zusammenschließen:

Alle Deutschen Männer und Frauen
ohne Rücksicht auf Rang, Stand und Partei

die noch Vertrauen haben zu der Lebensfähigkeit unseres Volkes, noch Ehrgefühl im Bewußtsein seiner Schmach und Erniedrigung, noch Mut zum Kampfe und Kraft zur Arbeit für das eigene Wohl und für das ihrer Kinder und Enkel. — Er ruft aber auch auf

Alle Männer und Frauen der anderen Kulturnationen,

die noch Empfinden haben für Recht und Unrecht; die der Widerwille packt gegenüber der Vergewaltigung Wehrloser; die sich abwenden von chauvinistischer Rachepolitik gegen den ehrenvoll unterlegenen Gegner; die sich nicht versündigen wollen durch den Hungertod von Millionen unterernährter Kinder; die gewillt sind, am Wiederaufbau einer wirtschaftlich zusammengebrochenen Nation mitzuarbeiten, um damit den europäischen Pestherd zu beseitigen, der mit seinen verderblichen Folgeerscheinungen die gesamte Kulturwelt zu durchsetzen droht. Der Deutsche Volksbund für Gerechtigkeit will die Wiedergutmachung des Unrechts, das die Feinde uns zugefügt haben durch die

Verträge von Versailles und St. Germain.

Wer zu diesen Grundsätzen sich zu bekennen den Mut hat,

der unterstütze unseren Volksbund durch seinen Beitritt, durch weitere Werbung, durch Geldopfer, durch Zusendung von Material, das sich zur öffentlichen Verbreitung eignet.

Augenblickliche Mitgliederzahl: 10000 Männer und Frauen aller Stände und Berufe.

Abb. 2: Spendenaufruf des Deutschen Volksbundes für Gerechtigkeit e.V. (1921)

kennung fand er 1925 zu seinem achtzigsten Geburtstag an vielen Stellen. Eine Gedenktafel am Wohnhaus in Jena erinnerte an die erste akademische Wirkungsstätte des Historikers; Berlin ehrte den Jubilar mit einer Büste im Historischen Seminar und rief eine Dietrich-Schäfer-Stiftung ins Leben, die von Schülern und Weggefährten initiiert worden war. Sinn der Stiftung war es, wie der Gründungstext formulierte, den »reiferen Studierenden der Geschichtswissenschaft zu erleichtern, sich der vaterländischen Geschichte in Schäfers Sinn und Geist zu widmen«. Der Aufruf brachte immerhin eine Summe von 18.163 Reichsmark zusammen.[38] Zu seinen Unterstützern gehörten neben den Berliner Kollegen Brackmann, Meyer, Roethe, Seeberg auch der Industrielle Alfred Hugenberg und Hermann Entholt (1870–1952), Senatssyndicus und Vorsitzer der Historischen Gesellschaft in Bremen, der als Student Schäfer während seiner Tübinger Zeit schätzen gelernt hatte.[39]

38 Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 251 f.

39 Der Aufruf zur Dietrich Schäfer-Stiftung STAB 7,21-22. Entholt als Hörer Schäfers, mit »dessen anfangs liberalen, später mehr konservativ-monarchistischen Überzeugungen er in seiner politischen Einstellung weitgehend übereinstimmte«, so Karl H. Schwebel, in: Bremische Biographie (wie Anm. 4), S. 137 s.v. Entholt.

In der Weserzeitung vom 16. 05. 1925 stellte Rudolf Häpke die Bedeutung und Leistung seines Lehrers der Bremer Öffentlichkeit eindrücklich vor Augen. Häpke stammte wie Schäfer aus Bremen, war unter den Fittichen seines Lehrers in Berlin promoviert und habilitiert worden. Von seinem Lehrer hatte er die Spezialgebiete Hanse- und Wirtschaftsgeschichte geerbt.[40]

Blickt man von heute auf die vielen Ehrungen des Achtzigjährigen in den Fachorganen und Zeitungen, dann nehmen sie sich vielfach wie ein Abgesang aus, die Würdigung als Nachruf einer Welt- und Geschichtsauffassung, die einer vergangenen Zeit anzugehören und zumindest in ihrer politischen Dimension gescheitert schien. Auch der Schluss seiner Autobiographie legt eine solche Deutung nahe. Schäfers Gattin war 1924 verstorben, die Trauer über diesen gewaltigen Verlust überschattete seinen Lebensbericht in den Jahren 1924/25 und prägt den Schluss des Buches. Schäfer endet bezeichnenderweise mit einem Wort zur Tagespolitik. Der Plan des amerikanischen Finanzexperten Charles Dawes aus dem Jahre 1924 stellt die deutschen Reparationen zwar auf eine breite Grundlage, hält aber an den Verpflichtungen der Zahlungen an die Siegermächte grundsätzlich fest. Zusammen mit dem möglichen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[41] bedeutet dies für Schäfer die Aufgabe und den Verzicht auf nationale Souveränität, den »freiwilligen Gang in ewige Knechtschaft«: »Wir sind und bleiben ein Volk, das unfähig ist, sich selbst zu leiten«. So lautet das pessimistische Fazit, das Schäfer 1925 an den Schluss seiner Lebenserinnerungen setzt.

»*Meine Überzeugung beruht auf Grundlagen, die schlechterdings nicht erschüttert werden können*«.[42] Hier spricht der politische Historiker, der sich im Besitz der Wahrheit weiß und 1925 ein düsteres Fazit zieht.

VI.

Was bleibt von Dietrich Schäfer, dem in Bremen geborenen einflussreichen Gelehrten und Publizisten, der vor 100 Jahren deutschlandweit bekannt und umstritten war, heute aber nur Insidern etwas sagt und in der Hansestadt weitgehend vergessen ist?

Gespalten ist das Urteil in der Geschichtswissenschaft: Auf der einen Seite sieht man seine großen Verdienste auf dem Gebiete der Hanse, der Handels- und Seegeschichte, die durch ihn recht eigentlich begründet, aber eben auch tagespolitisch aktualisiert wurde.[43] Der Aufsatz »Bremens Stellung in der

40 Friederich Prüser, in: Bremische Biographie (wie Anm. 4), S. 198 f., s.v. Häpke.

41 Zum Dawes-Plan Leonard, Der überforderte Frieden (wie Anm. 37), S. 1234 f. Zum Entstehen des Völkerbundes ebd., S. 687–700. Leonard zitiert S. 1223 eine Einschätzung des Theologen Ernst Troeltsch aus dem Jahr 1919: »Der Völkerbund ... ist das angelsächsische Weltregiment«. Roms Völkerbund ist ihm das antike Analogon zur modernen Weltherrschaft Englands und Amerikas.

42 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 243.

43 Walther Vogel, Der Begründer der deutschen Seegeschichte, in: Jagow, Dietrich Schäfer (wie Anm. 3), S. 85–95. Die Instrumentalisierung der Hansegeschichte bei Pitz, Hanseforscher, vgl. Anm. 25.

Hanse« ist eine frühe Frucht seiner Forschungen zur Hansegeschichte, der 1874 in den Hansischen Geschichtsblättern erschien. Während seines Universitätsstudiums haben ihn nicht nur Heinrich von Treitschke, sondern nicht minder Wilhelm Wattenbach (1819–1897) und Georg Waitz (1813–1886) beeindruckt und Grundlagen gelegt für seine Profession als mittelalterlicher Historiker. Publikationen zu Karl dem Großen, zum Wormser Konkordat und zu Heinrich dem Löwen[44] ergänzen sein Spezialgebiet und unterstreichen seine weit gespannten Kenntnisse, denen er in seiner »Weltgeschichte der Neuzeit« (1907) und seiner »Deutschen Geschichte« (1910^2) freilich eine aktuelle politische Tendenz zu geben wusste.[45]

Und damit berührt man die andere, heute vielfach als problematisch angesehene Seite seines unermüdlichen Schaffens, die ganz offene Instrumentalisierung der Geschichte für politische Zwecke, die im Umkreis des Ersten Weltkriegs ihren Höhepunkt erreichte. Das Etikett »Einer der reaktionärsten deutschen Historiker des Kaiserreiches und der Weimarer Republik« trifft einen zentralen Teil seiner Aktivitäten, wird aber der vielschichtigen Person nur unvollkommen gerecht.[46]

In der Tradition Leopold von Rankes und Heinrich von Treitschkes besaß für Schäfer der Staat in all seinen Ausprägungen das oberste Präjudiz in der Geschichtsschreibung. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur waren seine Derivate und als solche zu würdigen. Bekanntlich geriet, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Wissenschaftslandschaft zunehmend in Bewegung, die traditionelle Führungsrolle der Geschichtswissenschaft wurde gleichsam von ihren Rändern in Frage gestellt. Unter den gewaltigen tiefgreifenden Veränderungen des 19. Jahrhunderts (Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Verstädterung, Soziale Frage) gewannen soziale, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen zunehmend an Interesse. Äußere Entwicklungen zogen eine Verlagerung der Schwergewichte in der wissenschaftlichen Forschung nach sich, die Sach- und Methodenprobleme betrafen und nicht ohne Streit abgehen konnte.[47]

44 Bremens Stellung in der Hanse, Hansische Geschichtsblätter 1874, S. 3–49; Die Hinrichtung der Sachsen durch Karl den Großen, in: Historische Zeitschrift 78, 1897, S. 18–38; die Verurteilung Heinrichs des Löwen, in: Historische Zeitschrift 76, 1896, S. 385–412. Zur Beurteilung des Wormser Konkordats, Berlin 1905.

45 Schäfers Intention zur Abfassung seiner »Weltgeschichte der Neuzeit«, Berlin 1922^{11}: »Es war mir klar, dass ihre [sc. der Deutschen] zukünftige Geltung abhängig sein werde von ihrem Anteil an der Welt, dass sie nur durch Beteiligung an ihr ein Weltvolk werden könnten«, Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 149.

46 So Martin Nissen, Populäre Geschichtsschreibung, Köln u. a. 2009, S. 187 Anm. 75; vgl. auch Nipperdey, Deutsche Geschichte II (wie Anm. 21), S. 806; Leonhard, Büchse der Pandora (wie Anm. 26), S. 470.

47 Die Geschichtswissenschaft als eine Art Führungswissenschaft bei Nipperdey, Deutsche Geschichte I (wie Anm. 21), S. 633 mit anschließendem Überblick über die Geisteswissenschaften der Zeit.

VII.

Für den Historiker Dietrich Schäfer konzentrierte sich diese Entwicklung in einer Auseinandersetzung mit der beginnenden Kulturgeschichte in Gestalt des Kulturhistorikers und Nationalökonomen Eberhard Gothein (1853–1923). Schäfer hatte in Tübingen seine Antrittsvorlesung unter das Motto »Das eigentliche Arbeitsgebiet der Geschichte« gestellt (Jena 1888), der Gothein ein Jahr später das Ideal einer Kultur- und Gesellschaftsgeschichte entgegenstellte. Es geht in diesem Streit nicht nur um die Frage, was das letztendliche Agens des historischen Prozesses sei, sondern nicht weniger um die Erschließung neuer Quellen, um neue Fragestellungen und, geographisch gesehen, um die Entdeckung bisher entlegener Räume, denen man im Sinne einer Kulturanthropologie nahezukommen suchte.[48] Schäfer verteidigte in diesem offenen Felde die traditionellen Positionen: Staat und Politik als die vornehmsten Gegenstandsbereiche, die Prävalenz der schriftlichen Quellen und besonders die Wirksamkeit der großen Persönlichkeiten in der Geschichte. Hier stand für ihn Bismarck obenan, mit dem er 1892 persönlich zusammen traf und der auch in seinen Lebenserinnerungen einen wichtigen Platz einnahm.

»Es war für den Kundigen mit Händen zu greifen, dass es dem niedersächsischen Stamme beschieden gewesen, durch Verkörperung seiner besten Eigenschaften in einem Manne dem Jahrhundert seinen politischen Meister zu geben.«[49]

Bismarcks Person und Politik blieben auch nach dem Weltkrieg für Schäfer der Maßstab ebenso wie die Dominanz der Politischen- vor der Kulturgeschichte.[50]

Man mag dies als überwundene Methodenprobleme der Geschichtswissenschaft ansehen, die ihren Platz in der Wissenschaftsgeschichte besitzen. Aber zu den Konjunkturen der Historie gehört auch, dass alte Positionen im neuen Gewande wiederkehren und eine politische Geschichtsschreibung in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewinnt: Nicht als Antithese, sondern

48 Eberhard Gothein, Die Aufgaben der Kulturgeschichte, Leipzig 1889. Schäfer replizierte mit »Geschichte und Kulturgeschichte«, Jena 1891. Zum Methodischen Stefan Haas, Historische Kulturforschung zwischen Synthese und Pluralität, Köln 1994; Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte, Frankfurt 2004, S. 207f.; Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 99–121.

49 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 121. Die Eingemeindung Bismarcks (geb. 1815 auf Gut Schönhausen in Brandenburg) in den Stamm der Sachsen war geläufig. Die Sachsen hatten nach allgemeiner Anschauung die altgermanische Eigenart am längsten bewahrt. Theodor Fontane sollte nach Bismarcks Tod 1898 fordern:
»Nicht in Dom oder Fürstengruft,
er ruh' in Gottes freier Luft ...
Widukind lädt ihn zu sich ein:
Ein Sachse war er, drum ist er mein,
Im Sachsenwald soll er begraben sein« (»Wo Bismarck begraben sein soll«).

50 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 113f.

als integrative Aufgabe, als Bündelung der diversen ökonomischen, sozialen und anthropologischen Bewegungen in ihren gegenseitigen Abhängigkeiten.[51]

VIII.

Dies bedeutet keine Rückkehr zu einem Wissenschaftsverständnis, wie sie Dietrich Schäfer besessen hatte, für den das Politische und das Nationale zusammenfiel und Machtpolitik sich auf Mehrung des Staates in ihrem umfänglichen Sinne zu beziehen hatte. Schäfers Sozialisation, die den begabten Jungen aus dem ärmlichen Bremer Hafenmilieu zum Studium, zum Lehrer, zum anerkannten Forscher und Professor nach Berlin führte, hat diese Karriere eines *homo novus* vorgezeichnet.

Mit seinem Mäzen H. H. Meier trat auch der Norddeutsche Lloyd, Seehandel und Schiffsbau in sein Blickfeld, dem er zum 50-jährigen Jubiläum 1907 durch eine bedeutende Festrede seinen Dank abstattete.[52]

Seine bemerkenswerte Hochschullaufbahn ist nicht ohne die wohlwollende Förderung durch den mächtigen Ministerialdirektor Friedrich Althoff (1839–1908) zu denken, der geschickt und effektiv die Fäden in der universitären Personalpolitik des Kaiserreiches zog. Ihn hat Schäfer in seinen Lebenserinnerungen mehrfach erwähnt.[53] Althoff ließ sich in den Hochschulen von Vertrauensmännern beraten, in Berlin etwa von dem Historiker Theodor Mommsen, später dann von dessen Schwiegersohn Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff[54], den zeitweiligen Rektor der Berliner Universität, der Schäfers wichtigster Bündnispartner bei den nationalen Aufrufen im Weltkrieg war.[55]

Seit 1897 besaß Schäfer enge Verbindungen zum einflussreichen Staatssekretär des Marineamtes, dem späteren Großadmiral Alfred von Tirpitz, der eine offensive, gegen England gerichtete Flottenpolitik betrieb.[56] Er verschaffte Schäfer den Zugang zur mächtigen Berliner Ministerialbürokratie und gewann in dem umtriebigen Hochschullehrer einen eifrigen Propagandisten für Flottenbau und deutsche Seemachtstellung.[57] Die Liaison machte Schäfer im

51 Hartmut Lehmann (Hrsg.), Wege zu einer neuen Kulturgeschichte, Göttingen 1995; Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, Geschichte und Gesellschaft 28, 2002, S. 575–591.

52 Dietrich Schäfer, Deutschland, Bremen und der Norddeutsche Lloyd, Leipzig 1907.

53 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 103, 106, 139, 141, 149. Zum »System Althoff« Nipperdey, Deutsche Geschichte I (wie Anm. 21), S. 573f. Rebenich, Mommsen (wie Anm. 23), S. 145–151, 253.

54 Zu Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf vgl. Anm. 28. Die Beziehung zu Schäfer bei Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 162f.

55 Ackermann, Moderner Propagandakrieg (wie Anm. 4), S. 127f., 149, 164.

56 Schäfer, Mein Leben (wie Anm. 2), S. 130f.

57 Ebd., S. 149f.

Weltkrieg zu einem gefragten Fachmann für maritime Politik.[58] Dabei war der wirtschaftliche Aufschwung, den die Flottenpolitik des Deutschen Reiches gerade in den norddeutschen Ländern brachte, sicherlich mit bedacht. Welchen Einfluss er bei der deutschen Heeresleitung besaß, zeigt ein im Bremer Archiv erhaltener Brief vom Oktober 1917 an den Generalquartiersmeister Erich Ludendorff, in dem er sich vehement gegen die Selbständigkeit Polens und Belgiens, daneben gegen die Autonomie Elsaß-Lothringens wandte.

In einer Eingabe an den Reichstag plädierte er 1916 für »die rücksichtslose Führung des U-Boot-Krieges«, ein Anliegen, das er auch Kaiser Wilhelm als dem obersten Kriegsherrn vortrug. Dies waren zwar vergebliche Vorstöße, aber sie unterstreichen die Spannweite seiner Versuche, Einfluss zu nehmen, die weit über die klassischen Medien hinausgingen.[59]

IX.

Die Förderung durch einflussreiche Persönlichkeiten des Staates, der Wirtschaft und des Militärs wandelte sich auf Dauer zu einem reziproken Verhältnis, in welchem Schäfer reichlich zurückgab, was von ihm erwartet wurde. Der »herausragende publizistische Sprecher der Neuen Rechten« (Nipperdey) wusste die nationalen, völkischen Werte auf allen Ebenen zu vertreten, auch und besonders nach dem verlorenen Krieg.

Die Beziehungen zu seiner Heimatstadt Bremen rissen auch in dieser Zeit nicht ab, wie wir bereits gesehen haben. Hier hatte er 1910 eine Stiftung aus eigenen Mitteln zur Unterstützung bedürftiger Studierender aus Bremen ins Leben gerufen, die er zu Ehren seines Förderers H. H. Meier-Stiftung benannte und die auch heute noch besteht.[60]

1938 entschied der Bremer Senat, in Schwachhausen eine Straße nach ihm zu benennen, in trauter Nachbarschaft zur Mommsenstraße: Theodor Mommsen, die Zierde der Berliner Universität und der Preußischen Akademie, ein alter »Achtundvierziger« (A. Heuß) und ein liberales Urgestein, der sich von Schäfers übersteigertem Patriotismus himmelweit unterschied. Drei Jahre später erinnerte der Archivdirektor Friedrich Prüser in der Zeitschrift »Der Schlüssel«[61], dem publizistischen Aushängeschild Bremens im Dritten Reich, an den

58 Zur Flottenpolitik Nipperdey, Deutsche Geschichte II (wie Anm. 21), S. 243–250 und 633–639. Rolf Hobson, Maritimer Imperialismus, Seemachtideologie, seestrategisches Denken und der Tirpitz-Plan 1875–1914, München 2004.

59 Eine Durchschrift des Briefes an Ludendorff in STAB 7,21-7. Die Eingabe an den Reichstag und der Appell an den Kaiser bei Hagenlücke, Vaterlandspartei (wie Anm. 4), S. 75 f. mit den Nachweisen, S. 86 f. zum Kontakt mit der obersten Heeresleitung.

60 Bernd-Artin Wessels (Hrsg.), Stiften in Bremen, Bremen 2008, S. 207. Die Stiftungsurkunde abgedruckt bei Hans Kloft, Der Historiker Dietrich Schäfer (1845–1929), in: Lars U. Scholl (Hrsg.), Regionale Herkunft und nationale Bedeutung, Bremen 2012, S. 43.

61 Friederich Prüser, Dietrich Schäfer, Ein deutscher Historiker und ein Sohn Bremens, in: »Der Schlüssel« 6, 1941, S. 2, 28–30. Zum Charakter dieses auf die Öffentlichkeit ausgerichteten Organs vgl. Jörn Brinkhus, Die Stadtzeitschrift »Der

großen Sohn der Stadt, *»der äußerlich und innerlich schlichte und dabei so kernige Niederdeutsche, dem das Bauernblut seiner Vorfahren die Kraft zum Ringen um höchste Leistungen mitgegeben hatte«.*

In einer Briefnotiz hatte Schäfer noch im September 1918, kurz vor Kriegsende, im Rückgriff auf 1813 den Kampf für die Befreiung des Vaterlands beschworen, einen »Verzichtfrieden« ausgeschlossen und ein »Streben nach Mehrung deutscher Macht« als durchaus legitim und notwendig angesehen.[62] Auf diese Weise wird Schäfer, »der getreue Ekkehard seines Volkes«, in Person und Schrift von Prüser zu einem willkommenen Propagator des Durchhaltens und der Kriegsziele im Zweiten Weltkrieg gemacht.

X.

Schäfers Tod am 12. Januar 1929 vermeldeten nahezu alle großen deutschen, daneben auch verschiedene europäische Zeitungen, vielfach verbunden mit einer Würdigung seiner Leistungen, die bei aller Anerkennung zum Teil auch kritisch ausfallen konnte. Dass dem hochdekorierten Gelehrten, »dem Sohn der Freien Stadt Bremen« der Sinn »für die eigentlichen Tiefen der geschichtlichen Problematik« gefehlt habe, vermerkte der Historiker Veit Valentin im Berliner Tageblatt vom 17. Januar 1929: *»Er selbst war ein Volksmann und ein Volksmensch, primitiv beinah in seinem gläubigen Patriotismus, und von diesem Patriotismus eigentlich auf eine Seite geführt, zu der er nach Art und Leistung kaum gehörte«.*[63]

Der Senatssyndikus und Schüler Schäfers, Hermann Entholt, war es, der im Mai 1929 eine schlichte Gedenkfeier in Bremen im Namen der Historischen Gesellschaft arrangierte, auf der eine vom Norddeutschen Lloyd bezahlte Inschrift am Geburtshaus Schlachte 29 angebracht wurde:

Dietrich Schäfer
Der deutsche Historiker wurde im Keller dieses Hauses geboren
und verlebte hier seine Jugendzeit 1845 bis 1853

Unter den Trauergästen waren, wie die Bremer Nachrichten berichteten, auch der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyds, Geheimrat Stimming; schwarzer Rock und Zylinder waren vorgeschrieben.[64]

»Dietrich Schäfer, der deutsche Lehrmeister« titelten die Hamburger Nachrichten. *»Aus dem Wurzelreich unseres Volkes entsprossen, gehört er dem ganzen deutschen Volk.«*

Schlüssel« und Bremens deutsche Aufgabe: Wirtschaftsjournalismus, NS-Propaganda und Geschichtskultur 1936–1943, Brem. Jb. 91, 2012, S. 185–224.; zu Prüser ebd. S. 202 f., 215 f.

62 Der Brief abgedruckt bei Kloft, Dietrich Schäfer (wie Anm. 60), S. 41.

63 Prof. Dr. Veit Valentin, Dietrich Schäfer zum Gedächtnis, in: Berliner Tageblatt vom 17. Januar 1929. Zu Veit Valentin (1885–1947), einem Außenseiter der deutschen Historikerzunft vgl. Silvia Stenger, Frankfurter Biographie 2, Frankfurt 1996, S. 499–501 (mit Literatur).

64 Bremer Nachrichten vom 27.05.1929, weiter STAB 7, 21-12.

Ausführlich wird seine Bremer Kindheit (»dies Leben in Unscheinbarkeit, Dürftigkeit und Armut«) geschildert, um mit einem politischen Plädoyer zu schließen: »*Gesundes vaterländisches Empfinden war ihm bis zuletzt der Wegweiser seines Handelns*«. Beide Einschätzungen lassen den Zwiespalt erkennen, der für die politische Kultur der Weimarer Republik kennzeichnend ist.[65]

Abb. 3: Dietrich Schäfer (1921). Büste von Ernst Moritz Gorsemann (1846–1960), heute im Focke-Museum (Foto: Heinitz)

XI.

Im Bremer Focke-Museum stoßen die Besucher kurz nach dem Eingang auf einen Wald von Büsten wichtiger oder weniger wichtiger Bremer Persönlichkeiten, darunter auch auf das eindrucksvolle Konterfei von Dietrich Schäfer. Geschaffen hat es 1921 der Bremer Bildhauer Ernst Moritz Gorsemann (1846–1960), der ab 1934 als Professor an der Norddeutschen Kunsthochschule tätig war.[66] (Abb. 3) Ein zweites Exemplar hatten Freunde und Verehrer der Universität Berlin zu Eigen gemacht mit einer Widmung auf dem Sockel: »Dem Forscher, dem Lehrer, dem deutschen Mann«.[67] Der Bremer Künstler hatte seinen Landsmann dramatisch überhöht:

Ein eindrucksvolles Gesicht mit hoher Denkerstirn, das Ernst und Strenge ausstrahlte, Mundwinkel- und Lippenbart sind leicht nach unten gezogen, die tiefliegenden Augen mit den überwölbenden Brauen und der hohen Stirn verstärken den Eindruck eines Sehers, der tief in die Abgründe der Geschichte und Politik geschaut hat. So machte sich der Bildhauer sein eigenes Bild von einer Persönlichkeit, welche den nationalen Diskurs der Zeit maßgeblich mitbestimmt hatte.

65 Hamburger Nachrichten vom 16.01.1929. Sie schließen mit folgendem Nachsatz: »*Der Bremer Senat hat aus Anlass des Ablebens des Geheimrates Prof. Dr. Schäfer den Hinterbliebenen und dem Hansischen Geschichtsverein seine aufrichtige Teilnahme ausgesprochen. Im Auftrage des Senates hat Senatssyndikus Dr. Entholt, der auch als Vertreter der Bremischen Historischen Gesellschaft an der Trauerfeier teilgenommen hat, am Sarg des Verstorbenen einen Kranz niedergelegt.*«

66 Zu Gorsemann vgl. Kurd Schulz, in: Bremische Biographie (wie Anm. 4), S. 180 f.

67 Walter Stahlberg, Der deutsche Mann, bei Jagow, Dietrich Schäfer (wie Anm. 3), S. 97.

Schäfer selbst nahm, wie Rudolf Häpke berichtet, sein Konterfei bei der ersten Begegnung mit einer gewissen Reserviertheit auf: »So bärbeißig sehe ich doch gar nicht aus«.[68]

Den Satz darf man weiterdenken: Wie hat Schäfer sich selbst gesehen? Seine Autobiographie gibt darauf eine aufschlussreiche, wenn auch nicht hinreichende Antwort. Schäfers nüchterner und pragmatischer Stil verdeckt die Stilisierung, die Auswahl und die subjektive Wertung der Fakten, besonders was den Ersten Weltkrieg angeht, die als objektive Tatbestände ausgegeben werden. »Mein Leben« unterliegt wie alles Biographische einer spezifischen Quellenkritik; man mag an den Rechenschaftsbericht des Kaiser Augustus oder an Bismarcks Gedanken und Erinnerungen denken. Sie sind unterschiedlich in ihrem Zuschnitt, in ihrer literarischen Qualität und in ihrer historischen Relevanz, aber sie formen aus dem Geschehen eine eigene Geschichte, die rechtfertigen und nicht zuletzt auch exemplarischen Charakter besitzen soll. Das ist bei Schäfer nicht anders.

Bei Tacitus, dem römischen Historiker, hinterlässt der Philosoph Seneca den Freunden angesichts seines von Nero beschlossenen Todes das Bild seines Lebens, die »*imago vitae*«.[69] Sie ist die wertvollste Hinterlassenschaft, die zur Tüchtigkeit, *virtus*, zum Standhalten in einer fremd und schlimm gewordenen Umwelt beitragen kann.

Schäfers Intention in »Mein Leben« scheint von der des römischen Stoikers gar nicht so weit entfernt. Aus kleinen Verhältnissen hat sich der Junge von der Bremer Schlachte zu einem anerkannten und einflussreichen Wissenschaftler aufgrund seiner enormen Begabung und seines unermüdlichen Fleißes hochgearbeitet, gefördert durch einflussreiche Gönner und für seine Zeit enorm gut vernetzt im regionalen, wissenschaftlichen und politischen Bereich. Die Tatsache, dass er als *homo novus* sich nationale, »rechte« Grundüberzeugungen kaiserzeitlicher Eliten zu Eigen machte, war nicht zuletzt der Grund für seine große öffentliche Wirksamkeit.

Nach dem verlorenen Krieg und unter den neuen politischen Verhältnissen trat er umso entschiedener für ein nationales Credo ein, das den anerkannten Wissenschaftler zum Kombattanten all jener reaktionären Vereinigungen machte, die das Ende der Weimarer Republik herbeisehnten und beförderten. So will nach dem Willen des Autors »Mein Leben« gelesen werden als Botschaft und Vermächtnis für die Nachwelt, getragen von einem gläubigen Patriotismus, der ihn, wie Veit Valentin 1929 schrieb, »auf eine Seite geführt hat, zu der er nach Art und Leistung kaum gehörte«.[70] In seiner Art verkörpert er ein wichtiges Element deutscher und auch Bremer Geschichte, der es bei aller hanseatischen Weltläufigkeit nicht an nationalen, völkischen, »rechten« Stimmen gefehlt hat. Und es ist kein Zweifel, dass Dietrich Schäfer mit seinem immensen Schaffen und seinen deutlichen Bruchlinien zur deutschen und bremischen Erinnerungskultur gehört.

68 Rudolf Häpke, Der Lehrer, bei Jagow, Dietrich Schäfer (wie Anm. 3), S. 41 f.

69 Tac. Ann. XV 62,1. Ronald Syme, Tacitus, Oxford 1958, S. 581 f, der Blick des großen Historikers auf den *homo novus* aus der Provinz in Rom.

70 Wie Anm. 62.

»Es beginnt jetzt scheinbar das große Sterben«. Die Spanische Grippe von 1918 in Bremen

Von Hartmut Müller

Der Tod geht um ...

»Unheimlich und scheu schleicht etwas über das Pflaster der Städte. Es duckt sich in allen dunklen Haustoren, es lugt in alle Fenster. Blasse, fröstelnde Menschen schauen sich mit fragenden Blicken an. Das Werk großer Betriebe gerät ins Stocken. Schulen werden geschlossen. Leichenwagen holpern über das herbstfeuchte Pflaster. Ein großes Sterben hat eingesetzt; nicht nur draußen an den Fronten erntet der Tod, sondern auch innen im Lande.

Wer weiß es, woher das große Sterben kam? Bereiteten ihm die mager zugemessenen Kriegskostbissen den Weg? Hatten die kriegszermürbten Nerven die Widerstandskraft der Menschheit gelockert? Das konnte kaum der Fall sein. Denn die Knochenhand pochte überall an: bei alt und jung, bei arm und reich, in Städten und Dörfern. Niemand vermochte sich zu wehren. Stumpf nahmen alle das große Geschick entgegen, das das fünfte Kriegsjahr durchs Land trug.

Ganz still liegen nun die Straßen. Der feuchte Herbsttag hat das Pflaster genäßt. Die letzten gelben Blätter gleiten von den Bäumen. Nebel steigen und wallen. Der Himmel hängt grau und vergrämt. Müde Schritte in schweren Holzschuhen schleichen über das Pflaster. Polster modernden Welklaubes dämpfen den klappernden Menschengang. Dunstschleier haben blauquirlende Vorhänge vor die Häuser gezogen. Dann und wann geistert aus den Fenstern gelbliches Licht. Müde geht der Tag zur Neige.

Kinder huschen vorüber. Frauen mit großen Taschen besorgen letzte Einkäufe. Die Klingel eines armseligen Grünkramladens gellt fast ununterbrochen. Und fast überall liegt ein Kranker im Hause. Seine Fieberdelirien lassen ihn nichts von dem feuchten Frösteln des Herbsttages verspüren. Seine aufgepeitschte Phantasie hat alle Kriegs- und Friedensnöte überwunden. Und überwunden hat auch jener alles Zeitliche, der, ein Stockwerk über ihm, der Krankheit erlegen ist.

Nebel und Nacht schieben sich durch die Gassen. Leichenwagen holpern über das glitschige Pflaster. Eilende Schritte kommen und gehen. In der Ferne jault ein langgezogenes Hundeheulen auf. Ein paar müde Gaslaternen blinzeln. Ein Wind hat in leichten, kalten Stößen eingesetzt.

Der Tod geht um... .«[1]

1 Bremer Bürger-Zeitung 30. Oktober 1918.

Bremen im Oktober 1918: Panikmache, Fiktion, Momentaufnahme?

»In vielen Ländern hat sich kein bleibendes kulturelles Gedächtnis an die Ereignisse entwickelt, die mit der Spanischen Grippe einhergingen«, schreibt der Medizinhistoriker Wilfried Witte in seinem Standartwerk über die Pandemie.[2] Warum das so ist, sei schwer zu ergründen, fährt er später fort. Vorrangig erscheine es, die allgemeinen Kriegsumstände dafür verantwortlich zu machen, die alles andere überschattet hätten. Das deckt sich mit dem Eindruck, den man erhält, wenn man in den zeitgenössischen Tageszeitungen des Jahres 1918 blättert. In Bremen werden es zudem die Ereignisse um Revolution und Räterepublik gewesen sein, die sich seit dem November 1918 schnell über die Wahrnehmung der Grippeepidemie legten und diese in der allgemeinen Erinnerung verdrängten.

Wittes allgemeine Einschätzung gilt so auch für Bremen. In Herbert Schwarzwälders Geschichte der Freien Hansestadt Bremen wird die Spanische Grippe mit keinem Wort erwähnt, und schaut man in die Literatur, die in Bremen anlässlich des hundertjährigen Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 2014 erschien, sucht man auch hier vergeblich nach der Spanischen Grippe.[3]

Was war geschehen?

Am 27. Mai 1918 hatte die Nachrichtenagentur Reuters gemeldet, der spanische König sei an einer neuen Krankheit schwer erkrankt. Schnell verbreitete sich die Nachricht einer neuen, rätselhaften Krankheit auch durch Deutschland. Am 29. Mai berichteten die Bremer Nachrichten unter der Überschrift »Rätselhafte Epidemie in Spanien«, der König und mehrere Minister seinen unter rätselhaften Erscheinungen an einer Krankheit erkrankt, die sich über ganz Spanien verbreite und dreißig Prozent der Bevölkerung befallen habe. Die Krankheit werde zwar grundsätzlich nicht als ernst angesehen, trotzdem rieten die Ärzte zu ernsten Vorsichtmaßnahmen und verwiesen auf die letzte Pest vom Jahre 1889. Hilfreich sei, die Zimmer zu lüften und oft an die frische Luft zu gehen.

Bald schon sprach man von der »Spanischen Influenza«, und das Gerücht verbreitete sich, die Grippe müsse spanischen Ursprungs sein.

Heute wissen wir es besser. Ausgebrochen war die Grippe offensichtlich im März 1918 in den USA. Auf amerikanischen Truppentransportern gelangte sie seit April nach Europa, zunächst wohl nach Bordeaux, von wo aus sie sich schnell über die anderen Standorte der American Expeditionary Forces in Frankreich ausbreitete. Ende April wütete sie bereits unter belgischen Einheiten und griff auf deutsche und französische Soldaten über. So hatte

2 Wilfried Witte, Tollkirschen und Quarantäne. Die Geschichte der Spanischen Grippe, Berlin 2020, S. 89.

3 Lars U. Scholl (Hrsg.), Bremen und der Erste Weltkrieg. Kriegsalltag in der Hansestadt (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2012/2013), Bremen 2015; Holger Böning und Michael Nagel, Erster Weltkrieg und Bremer Presse. Impressionen und Schlaglichter auf das Kriegserleben in der Hansestadt, Bremen 2014.

am 20. Juni 1918 ein in Belgien stationierter deutscher Soldat in seinem Tagebuch vermerkt, in seiner Kompanie habe es an diesem Morgen »40 Mann mit hohem Fieber« gegeben. Das gehe so Tag für Tag. Die Grippe sei es, die »so unter uns wütet«.[4] Auf Grund der immer schlechteren Versorgung erwiesen sich die deutschen Truppen als besonders anfällig für die Epidemie. Auf ihrem Höhepunkt war fast die Hälfte der 207 deutschen Divisionen mit mehr als einer halben Million Soldaten von ihr betroffen.[5]

Mit den Urlaubern, Verwundeten und Erkrankten gelangte die Grippe aus den Schützengräben in die Heimat, in Familien und Lazarette, von wo aus sie sich, amtlich verschwiegen und als Epidemie auch noch nicht allgemein erkannt, ungehindert ausbreiten konnte.

In Deutschland erfuhr man zunächst über die neue Krankheit so gut wie nichts. Die Pressezensur wachte streng über Veröffentlichungen zur »Spanischen Krankheit«. Berichtet wurde fast nur aus dem nicht Krieg führenden Spanien, wo die Presse offensichtlich weniger zensiert wurde. Manchmal auch aus dem neutralen Ausland. Am 25. Juni hatte das Auswärtige Amt in Berlin die deutschen Bundesstaaten, unter ihnen auch den Gesundheitsrat in Bremen, darüber unterrichtet, dass in der Schweiz, unter den Arbeitern in Schaffhausen die Spanische Grippe ausgebrochen sei, 500 Personen alleine in einem einzigen Betrieb.[6]

Etwa 8 Millionen Menschen seien bereits in Spanien erkrankt, berichteten am 1. Juni die Bremer Nachrichten. Bei der Krankheit handele es sich wohl um einen »Bazillus katarrhaltischer Art« mit heftigem Fieber, Erbrechen, Brustbeschwerden und Durchfall. Betroffen seien am häufigsten Kinder und Greise.

Fachleute spekulierten über die ihnen unbekannte und zunehmend unheimliche Erkrankung. Lag eine Influenza vor oder nicht? Die Frage nach dem Erreger ließ sich zunächst nicht klären. Da die Zensur im Deutschen Reich Informationen weitgehend unterdrückte und ein wissenschaftlicher Austausch über die Grenzen hinweg kriegsbedingt nicht möglich war, sprossen schnell wilde Gerüchte. Die Angst, etwas Schlimmes könne sich hinter der neuen Seuche verbergen, ging um. So spekulierte z. B. die Magdeburger Zeitung, es könne sich bei der Krankheit sogar um die Pest handeln.

An anderer Stelle hieß es, die »Krankheit sei auf dem Wege der Luft verbreitet« worden.[7] Ihre Keime würden »zur Zeit in ungeheurer Menge die Luft über Länder und Meeren ausfüllen«. Die gegenwärtige Influenzaepidemie sei augenscheinlich im Verlauf einer Hochdruckzone über Spanien und Frankreich entstanden und von den jetzt wehenden Westwinden nach Mitteleuropa getragen worden.

Und es dauerte tatsächlich lange, bis man dem wirklichen Auslöser der Epidemie auf die Spur und damit zur Auflösung des Rätsels um die neue Krankheit kommen würde. Schließlich war nach jahrzehntelangem Forschen

4 Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 1.
5 Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 845.
6 StAB 4,21-448.
7 StAB 3-M.1.s. Nr. 68.

nur noch ein Virus als eigentlicher Erreger der Grippe in Frage gekommen. 1933 identifizierte man ihn als Influenzavirus vom Subtyp A/H 1N1. Aber davon war man 1918 noch weit entfernt.

In der Presse hatte man zunächst abgewiegelt. Unter der Überschrift »Die spanische Krankheit eingeschleppt« hieß es am 30. Juni in den Bremer Nachrichten, die »Massenerkrankung« habe überraschenderweise ihren Einzug in Nürnberg gehalten, verschiedene Menschen in mehreren Büros und Arbeitsbetrieben seien betroffen. Einen Grund zur Besorgnis gebe es jedoch nicht, da die Krankheit regelmäßig verlaufe. Auch von der Berliner Medizinalbehörde, gemeint war wohl das Reichsgesundheitsamt, werde die Krankheit als ungefährlich bezeichnet, ähnlich der Influenza-Epidemie von 1889–1898. Dass es sich um eine Influenza handele, davon gehe jetzt das Koch'sche Institut in Berlin aus, wo man Influenzabazillen hätte nachweisen können. Todesfälle seien bislang nicht bekannt.

Aber nicht alles ließ sich verheimlichen. Am 3. Juli informierte die Weser-Zeitung ihre Leser in Bremen, die spanische Krankheit sei nichts anderes als eine Influenza, die allerdings jetzt immer mehr an Ausdehnung gewinne, so dass von einer Epidemie gesprochen werden müsse. Der Krankenstand in den letzten Tagen sei ein sehr hoher, vorerst allerdings nur da und dort nachzuweisen. Eine genaue Zahl der Erkrankten könne nicht genannt werden. Schätzungsweise handele es sich um 1.500 Personen, besonders um Leute aus Berufen, in denen die Menschen »in größerer Zahl vereinigt« seien, wie etwa in den großen Industriebetrieben. Betroffen seien besonders Städte in Südwestdeutschland. Tatsächlich waren die ersten Erkrankungen in Württemberg schon früh festgestellt worden. Ende April, Anfang Mai hatte die Seuche sich dann in Preußen bemerkbar gemacht; im benachbarten Oldenburg und in Hamburg am 12. bzw. 17. Mai. Im Juni galt eigentlich das gesamte Reichsgebiet von der Grippe betroffen.[8] Zu diesem Zeitpunkt war die spanische Grippe auch schon in Bremen angekommen.

Die erste Welle

Den Ausbruch der Epidemie hatte eigentlich niemand bemerkt.

Wann der erste Fall der Grippeepidemie in Bremen aufgetreten ist, kann man nicht genau sagen. Und es konnte auch nicht gesagt werden, als der Reichsgesundheitsrat später in Bremen nachgefragt hatte. Der Anfang könne auf ein bestimmtes Datum nicht festgelegt werden, da es Grippefälle eigentlich immer wieder gebe, und auch Todesfälle.[9] In den Krankenhäusern sei seit Ende Mai bzw. Anfang Juni eine Häufung der Grippefälle beobachtet worden, anfangs allerdings in Form leichterer Erkrankungen.[10] Später gab

8 Vgl. H. Bogusat, Die Influenza-Epidemie 1918/19 im Deutschen Reich. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, Bd. 53, Heft 2, S. 445.

9 An der Influenza waren so im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Bremen regelmäßig zwischen 20 und 50 Menschen jährlich verstorben; H. Christian Tjaden, Bremen in hygienischer Beziehung. Bremen 1907, S. 202.

10 StAB 3-M.1.s. Nr.68.

die Städtische Krankenanstalt in ihrem Jahresbericht für 1918 an, ein erster Fall von Influenza sei dort am 25. Juni aufgetreten.[11] Ähnlich hatte es im St. Joseph-Stift und im Kinderkrankenhaus ausgesehen. Das Evangelische Diakonissenhaus meldete einen ersten Grippefall für den 7. Juli. Grundsätzlich galt, dass die Grippe keine anzeigungspflichtige Krankheit war, so dass nicht alle vorgekommenen Erkrankungen zur Kenntnis der Behörden gelangt waren. Behörden, das war zunächst die Medizinalkommission des Senats als aufsichtführende Behörde, ihr beigeordnet der Gesundheitsrat, bestehend aus drei Ärzten, einem Apotheker und einem Beirat, die Medizinalämter, in Bremen die Polizeidirektion sowie für die Stadt der Kreisarzt.

Die Gesundheitsbehörden schienen überrascht. »Es sind hier in den letzten Tagen, wie ich aus Privatmitteilungen erfahren habe, plötzlich eine große Zahl von Grippeerkrankungen vorgekommen«, berichtete am 3. Juli Kreisarzt Dr. Scholl dem Gesundheitsrat.[12]

Einen Tag später verlautete der Bremer Gesundheitsrat in der Tagespresse, abgestimmt wohl mit dem Reichsgesundheitsrat in Berlin, bei der aufgetretenen Krankheit handele es sich um »nichts anderes als eine altbekannte, recht harmlose Grippe«. Seit Sonntag (30. 6.) sei eine größere Zahl von Grippefällen festgestellt worden.[13] In den letzten 48 Stunden habe die Grippe außerordentlich um sich gegriffen. Erfreulicherweise, so Dr. Becker, nehme die Krankheit in der Regel einen leichten Verlauf, so dass man eher von einem »Unwohlsein« sprechen könne. Die Ansteckungsgefahr sei zwar sehr groß, aber an Vorbeugungsmaßnahmen zur Zeit nicht zu denken. Eine Schließung der Schulen werde zunächst noch für nicht zweckmäßig erachtet. Am besten sei es noch, sich nach Auftreten der Grippe einen halben Tag ins Bett zu legen. Es gelte wohl die bekannte Regel, die Krankheit dauere mit ärztlicher Hilfe eine Woche und sei ohne sie nach sieben Tagen vorbei.

Einen Tag später klang das schon ganz anders. Die Grippe in Bremen greife nun immer weiter um sich. In Betrieben, Fabriken und Büros, so die Weser-Zeitung, mehrten sich die Krankenfälle stündlich. Die Krankenkassen seien mit Arbeit überlastet, seit Montag um viele Hundert Meldungen über den normalen Stand hinaus. Die Feuerwehr habe den Transport der Kranken in die Krankenhäuser übernommen. Ob die Schulen geschlossen würden, stünde immer noch nicht fest.

Am 1. Juli hatte die Schule an der Woltmershauser Allee der Inspektion der Volksschulen gemeldet, am selben Tage seien viele Kinder der Schule ferngeblieben. In Klasse 5 fehlten 17 Mädchen, in Klasse 4 sogar 32 Knaben. Nach Berichten der Eltern handele es sich in fast allen Fällen um eine »mit starkem Fieber, Kopf- und Halsschmerzen und Übelkeit« auftretende Krankheit.[14]

11 StAB 4,21-448.
12 Ebd.
13 Weser-Zeitung 4. 7. 1918.
14 Hier und im Folgenden StAB 3-M.1.s. Nr.68.

Der zuständige Schulrat reichte den Bericht einen Tag später unter »Eilt« an das Medizinalamt weiter und regte an, die Schulen, da ja die Ferien nahe bevorstünden, zu schließen, um eine weitere Verbreitung der Krankheit zu verhüten. Kreisarzt Dr. Scholl argumentierte in seiner Stellungnahme, für die Frage der Verbreitung bzw. Verhütung der Krankheit sei die Frage, ob ein allgemeiner Schulschluss verfügt werden solle, von geringer Bedeutung, da die Grippe sowohl Kinder wie Erwachsene befalle und die Infektionsgefahr in der Schule wie außerhalb derselben die gleiche sei. Es sei aber nicht auszuschließen, dass in den nächsten Tagen so viele Kinder und Lehrkräfte erkrankten, dass ein geordneter Schulbetrieb nicht aufrecht zu erhalten sei.

Das Medizinalamt griff die Stellungnahme des Kreisarztes auf, empfahl aber gegenüber der Senatskommission für das Unterrichtswesen, »wegen der Ausbreitung der Krankheit in den Schulen und von da in den Familien dringend, dass der Unterricht, da ja auch bald Ferien, schon jetzt geschlossen« werde. Zwar sei die Krankheit wohl nicht lebensgefährlich, doch dürfe der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht noch mehr entkräftet werden. Bei den gegenwärtigen Ernährungs- und Witterungsverhältnissen sei die Bevölkerung ohnehin schon nicht in der Lage, neue Kräfte für die kommende und wohl recht schwere Winterzeit zu sammeln. Verunsichert, bat die Unterrichtskommission nun den Gesundheitsrat um eine definitive Entscheidung. Und die fiel am 4. Juli eher politisch aus. Dr. Christian Tjaden, geschäftsführender Obermedizinalarzt beim Gesundheitsrat, antwortete der Unterrichtskommission, aus gesundheitlichen Gründen läge keinerlei Veranlassung zu einem Schulschluss vor. Wo dies aus technischen Gründen nötig sei, solle möglichst nur für kurze Zeit geschlossen werden. Eine Schließung der Schulen »beeinträchtige« nicht die Verbreitung der Krankheit. Im Übrigen würde eine Schließung der Schulen zu einer unbegründeten Ängstlichkeit in der Bevölkerung beitragen und zudem zu einer Überlastung der Ärzte führen. Entsprechend seines Votums beschloss der Senat am 5. Juli, die Schulen nicht zu schließen. Dass es in der Folge vereinzelt trotzdem zu Schulschließungen kam, zeigt der Bericht in den Bremer Nachrichten, dass in der neustädtischen privaten höheren Mädchenschule von Anna Waetge, des »zunehmenden Auftretens der spanischen Grippe und des Fehlens zahlreicher Schülerinnen und mehrerer Lehrerinnen wegen, der Unterricht bis Montag, dem 8. Juli, ausfalle«.

In Bremen, so kann man feststellen, erkrankten zunächst zwar viele Menschen an der Grippe, aber es starben nur wenige. Wo sie auftrat, blieb sie einige Wochen virulent, verursachte meist plötzliche und heftige Krankheitssymptome, aber verzog sich dann auch wieder.[15]

So war es auch bei Helene Kaisen gewesen. Ende Juni war ihr Mann Wilhelm für wenige Tage auf Heimaturlaub von der Westfront gekommen. Als er am 1. Juli wieder zurück in Flandern ist, erkrankt er an der Grippe. Ob er sie schon vorher aus den infizierten Schützengräben mitgebracht hatte

15 So Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 3.

oder sich erst in Bremen ansteckte, muss dahin gestellt bleiben. Acht Tage ist er krank, hat mit den Nachwehen der Grippe zu kämpfen »ohne«, wie er schreibt, »besonders krank zu sein.«[16] Auch seine Frau Helene hatte sich angesteckt und einige Tage danieder gelegen. »Ich glaube es war die Grippe oder wie der Volksmund sie jetzt nennt, die spanische Krankheit, die mich befallen hat«, schreibt sie am 6. Juli ihrem Mann.[17]

Die Menschen in Bremen waren verunsichert. Mitte Juli berichtete der Pastor der St. Stephani Gemeinde, Martin Graeber, die »spanische Krankheit« werde von vielen Leuten als Hungertyphus betrachtet. Bei Besuchen in seiner Gemeinde, der Bahnhofsvorstadt und damit bei den kleinen Leuten, sei ihm verschiedentlich vorgehalten worden, die Krankheit werde nur zur Beruhigung der Bevölkerung Influenza genannt. In Wahrheit sei sie aber nichts als Hungertyphus, eingeschleppt aus dem »hungernden Frankreich«. Alles Anraten und Anreden dagegen helfe nichts. Pastor Graeber schlug vor, der Gesundheitsrat möge doch in einer kurzen Presseerklärung über die Krankheit aufklären, damit das »törichte Gerede« ein Ende habe.[18] Der Gesundheitsrat wiegelte ab. Eine Verbindung der Grippe mit dem überall in der Stadt herrschenden Hunger in Verbindung zu bringen, war wohl das letzte, was er offensichtlich politisch brauchte. So bedankte sich Dr. Tjaden am 18. Juli höflich für die Information und meinte aber, eine öffentliche Stellungnahme sei nicht nötig. Die Grippe sei so sehr im Abflauen begriffen, dass das Gerede über ihren Charakter von selbst aufhören werde.

Inzwischen hatte in Berlin am 10. Juli der Reichsgesundheitsrat beim Ministerium des Innern getagt, die Bundesstaaten hatten sich über die Situation der Grippeepidemie ausgetauscht und über eventuelle Maßnahmen beraten.[19] Bremen war durch den geschäftsführenden Obermedizinalrat beim Gesundheitsrat, Prof. Christian Tjaden, vertreten gewesen.

Übereinstimmend hielt das Gremium fest, bei der Grippe handele es sich nicht, wie teils in der Tagespresse kolportiert, um eine neue Krankheit, sondern um die seit 1889/90 bzw. 1891/92 in Deutschland »wohlbekannte Influenza«, beim Erreger wohl um die Pfeifferschen Influenzabazillen.

Erhöhte Temperaturen, Kopfschmerzen, Hirnreizung, Schüttelfrost, Abgeschlagenheit: nach 4 bis 5 Tagen sei alles vorbei. Die Grippe werde sehr leicht übertragen, von Mensch zu Mensch, durch Tröpfcheninfektion, d. h. die Absonderungen der entzündeten Atemorgane auf dem Luftwege. Nach 24 Stunden träten die bekannten Symptome auf.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche versprächen jedoch nach übereinstimmender Ansicht der versammelten Ärzte wenig Erfolg. Eine Absonderung der Kranken sei schon wegen der jetzigen Überbelegung der Krankenhäuser nicht durchführbar. Auf Grund der leichten Übertragbarkeit der Krankheit sei auch von einem persönlichen Schutz wenig zu erwarten, wobei unklar bleibt, was man sich unter diesem Schutz hätte vorstellen können. Empfohlen

16 StAB 7,97/2-11, Brief vom 13. 7. 1918 an Helene Kaisen.
17 StAB 7,97/2-21; Brief vom 6. 7. 1918 an Wilhelm Kaisen.
18 StAB 4,21-448.
19 StAB 4,21-448.

wurde ein vorsichtiger Verkehr mit den Kranken sowie ein peinliches Sauberhalten der Hände. Zu umfangreicheren Desinfektionsmaßnahmen fehlten die Mittel. Richtig sei sicherlich ein Auskochen der Krankenwäsche sowie der Taschentücher. Das aber war im Grunde alles nichts Neues gewesen.

Die Empfehlung, es solle weiterhin, wie schon geschehen, in der Tagespresse aufgeklärt werden, war in Bremen wie oben gesehen längst umgesetzt worden.

Wie viele Menschen im Verlauf der ersten Welle in Bremen tatsächlich an der Grippe erkrankt waren, kann man genau nicht sagen. Meldepflichtig war die Grippe auch jetzt nicht geworden. Ungefähre Zahlen ergeben sich aus den Anträgen auf Zusatz-Nahrungsmittel, die während der Sommermonate 1918 wegen der Erkrankung an Grippe und Lungenentzündung bei der Geschäftsstelle für Krankenernährung eingereicht worden waren. Waren es im Juni 161 (124 Lungenentzündung / 37 Grippe) gewesen, wurden im Juli 598 Anträge (360 Lungenentzündung / 238 Grippe) gezählt,[20] eine nicht unerhebliche Steigerung der Erkrankungen. Die Zahlen können nur einen ungefähren Hinweis auf den Umfang geben, mit dem die Grippe während der ersten Welle Bremen erfasst hatte. Eine genaue Diagnose war damals den wenigsten Ärzten möglich gewesen, und nicht jeder hatte im Verlauf des eher milden Krankheitsverlaufs einen Antrag wie oben gestellt.

Die Grippe hatte, folgt man den Meldungen der verschiedenen Krankenkassen, alle Schichten der Bevölkerung erfasst. Auffallend hoch war die Zahl der Erkrankungen in den größeren Industriebetrieben gewesen. So zählte man bei der AG Weser im Juli 1918 1707 Krankheitsfälle von Grippe und Influenza mit 7.279 Krankheitstagen, bei den Atlas Werken 203 Erkrankungen ab Mitte Juli. Die Allgemeine Ortskrankenkasse verzeichnete mit 1.488 an Grippe Erkrankten einen Krankenstand von 7,8 % ihrer Mitglieder.[21] Der zwischenmenschliche Verkehr, so schien man feststellen zu können, galt sicherlich als einer der wichtigsten epidemologischen Faktoren für die Ausbreitung der Grippe. So erkrankte z. B. eine relativ große Zahl von Dienstboten während der 1. Welle, wogegen in den Handwerksbetrieben nur vereinzelte Fälle von Grippe auftraten.

Die Zahlen der Bremer Grippeopfer während der Ersten Welle weichen etwas voneinander ab. Nach »Mitteilung des Statistischen Amtes« sollen es im Juli 1918 21 gewesen sein.[22] Eine spätere Stellungnahme des Gesundheitsrates nennt für die Stadt Bremen im Juli 1918 38 Todesfälle, 23 männliche, 15 weibliche. In August und September 1918 sank die Todesrate auf je zwei Fälle ab.

Am 5. August hieß es seitens des Gesundheitsrates, »zur Zeit könne von einer Epidemie nicht mehr gesprochen werden.«[23]

20 StAB 3-M.1.s. Nr. 68.
21 StAB 4,21-448.
22 StAB 3-M.1.s. Nr. 68.
23 StAB 4,21-448.

Es sah so aus, als wäre der Spuk vorbei. Tatsächlich war es aber nur die Ruhe vor dem Sturm, der Mitte August in Europa wieder losbrechen sollte.[24] Inzwischen hatte die Grippe nämlich pandemisch die ganze Welt umrundet, und das mit schrecklichen Folgen. Auf dem indischen Subkontinent, am stärksten von der Epidemie betroffen, starben mindestens 17 bis 18 Millionen Menschen. Aus Saudiarabien schrieb ein Arzt, die ganze Stadt – gemeint war Riad – sei so sehr krank, dass die Leichen auf Eseln und Kamelen aus der Stadt getragen würden. In Ghana erkrankten 1918 80 % der Bevölkerung, von der schließlich 67 % der Grippe erlagen. Auf Papeete in der Südsee fiel ihr ein Fünftel der Bevölkerung zum Opfer, in den USA bilanzierte man nach dem Krieg 675.000 Grippetote.

Jetzt war die Grippe zurückgekommen.

Von Brest aus, wo im August mehrere Hunderttausend amerikanische Soldaten an Land gegangen waren, breitete sich die Seuche schnell aus und trat im Oktober in ganz Europa erneut und jetzt äußerst aggressiv in Erscheinung.

Die zweite Welle

In Bremen wusste man von all dem nichts. Ausländische Zeitungen, aus denen man vielleicht mehr hätte erfahren können, waren verboten. An der Westfront hatte inzwischen auf ganzer Linie der Rückzug der deutschen Truppen begonnen, am 4. Oktober 1918 die deutsche Regierung der Entente ein Waffenstillstandsangebot auf der Grundlage der Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten Wilson gemacht.

Das Thema beherrschte die Tageszeitungen und sicherlich auch die Sorge und das Denken weiter Teile der Bevölkerung.

Verdrängen konnte es aber nicht die Angst vor der sich erneut ausbreitenden »bösartigen Grippe«, die die öffentliche Diskussion um einen möglichen Frieden und ein baldiges Kriegsende in den Hintergrund treten ließ.

Die Grippe, über deren »Neuauftreten überall geklagt werde,« wurde öffentlich auch jetzt wieder eher klein geredet: »Aus den verschiedenen deutschen Städten wird übereinstimmend die auch für Bremen geltende Tatsache berichtet, dass in ungewöhnlicher Zahl die Fälle sehr ernst oder tödlich verlaufen«. Das seien aber Einzelfälle, die in der Öffentlichkeit stark übertrieben würden. So etwas gebe es auch bei einer ganz normalen Grippeerkrankung. Die Empfehlung des Gesundheitsrates, der wohl hinter dieser Veröffentlichung steckte, lautete erschreckend banal:

»Beim ersten Auftreten von Fieber, bei Brustschmerzen und Husten ins Bett, einige Tage das Zimmer hüten – und man wird kaum mit etwas Schwererem zu rechnen haben«[25].

24 Hier und im Folgenden: Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 5, 14 ff.

25 Bremer Nachrichten 13.10.1918; gegenüber den Bremer Nachrichten und den übrigen Bremer Tageszeitungen berichtete das Bremer Tageblatt seit dem 12. Oktober fast täglich unter der Überschrift »Der Zug der Grippe« über die Grippeausbrüche und ihre Verbreitung in unterschiedlichen deutschen Städten. Im

Zwei Tage später, am 15. Oktober, wurde der Gesundheitsrat deutlicher. In einem Kommuniqué, das in allen Bremer Tageszeitungen veröffentlicht wurde, hieß es, seit zwei bis drei Wochen sei die Grippeepidemie, die schon erloschen schien, von neuem aufgeflackert und habe in den jetzigen Tagen eine weitere Verbreitung gefunden. Auch jetzt werde dringend geraten, bei Erkrankung im Bett zu bleiben und nicht gleich den Arzt aufzusuchen. Die Ärzteschaft sei überlastet und besonders von »nächtlicher Inanspruchnahme« sei abzulassen.[26]

Die erneute Grippe war, wie das Städtische Krankenhaus in Bremerhaven mitteilte, »explosionsartig« aufgetreten. Befallen wurden zunächst die Menschen in der Stadt, dann aber schnell auch im ganzen Landgebiet. Angesichts der außerordentlich leichten Übertragbarkeit der Grippe von Mensch zu Mensch, kam es nach den ersten Fällen im Oktober zu einem sehr steilen Anstieg der Erkrankungen. Immer mehr Kranke mussten in den Krankenhäusern der Stadt aufgenommen werden. Die leichter Erkrankten nicht mitgezählt, registrierte man schließlich in der Städtischen Krankenanstalt 1040 Fälle, darunter fast doppelt so viele Frauen wie Männer.[27] Im St. Joseph-Stift zählte man 182 Aufnahmen an der Grippe Erkrankter,[28] im Evangelischen Diakonissenhaus 140 Patienten und 65 erkrankte Kinder im Kinderkrankenhaus.

Schnell steckte sich, wie aus den Krankenhäusern allgemein berichtet wurde, nun auch das Pflegepersonal an, im Diakonissenhaus zum Beispiel mit 50 Pflegekräften der größte Teil der hier tätigen. Unter ihnen die achtundzwanzigjährige Probeschwester Friederike Trüper-Kuchenmüller, die in der Frühe des 20. Oktobers nach kurzer, schwerer Krankheit stirbt.[29]

Wie in den Krankenhäusern so auch in den Privatpraxen der Ärzte: wie zum Beispiel Am Dobben in der Fachpraxis des Orthopäden Dr. Julius Lengemann, der am 15. Oktober den Tod seiner »treuen unermüdlichen« Arzthelferin »Schwester Lilly«, in der Nacht ihm durch Influenza-Lungenentzündung aus dem vollen Leben entrissen, beklagte.[30]

Die Aufnahmekapazität der Krankenhäuser geriet an ihre Grenzen. Aus der Städtischen Krankenanstalt wurde kolportiert, dass dort mehrere Kranke in einem Bett liegen müssten, ein Gerücht, dem seitens der Krankenhausleitung energisch widersprochen wurde: »Höchstens habe einmal eine Mutter auf ihren besonderen Wunsch ihr Kind bei sich im Bett.«[31]

Auch vor den Lazaretts in der Stadt machte die Grippe nicht halt. Frisch eingelieferte Verwundete brachten die Krankheit von der Front mit, andere steckten sich im Umfeld der Lazaretts an. Nicht nur die Soldaten, sondern auch ihre Pflegerinnen wie die Krankenschwester Käte Oertling, die am 16. Oktober

Übrigen beugte sich das Tageblatt hinsichtlich der lokalen Ereignisse in Bremen der offensichtlich verfügten Veröffentlichungszensur.

26 So Bremer Nachrichten, Bremer Bürger-Zeitung, Bremer Tageblatt vom 15. 10. 1918.

27 StAB 4,21-448.

28 Eugen de Porre, Willy Hunold und Karl-Heinz Witte, Das St. Joseph-Stift Bremen. 1869–1969, Bremen 1969, S. 26.

29 Bremer Nachrichten 22. 10. 1918.

30 Bremer Tageblatt 15. 10. 1918.

31 StAB 3-M.1.c.19.

im Reserve-Lazarett II der Grippe erliegt. Am Ende der Pandemie sind 90 »Militärpersonen« in Bremen an der Grippe gestorben, zu gleichen Teilen in den Altersgruppen zwischen 16 und 30 sowie 30 und 60 Jahren.[32]

Der Nährboden für eine schnelle Ausbreitung der Grippe war in Bremen wie überall im Deutschen Reich – wenn man so will – ein durchaus günstiger gewesen. Zur leichten Übertragbarkeit der Krankheit waren das feucht-kühle Herbstwetter und der allgemeine Gesundheitszustand der Menschen gekommen.

Die meisten Menschen in Bremen hungerten: Abgeschnitten schon lange durch die britische Seeblockade von der Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel, immer einschneidender reglementiert durch die strenge, staatliche Zwangsbewirtschaftung mit Lebensmitteln, angewiesen oftmals auf das Hamstern in der ländlichen Umgebung, sorgenvoll auf Herbst und Winter blickend, ob die Ernte von Kartoffeln und anderen Grundnahrungsmitteln rechtzeitig und ausreichend würde eingebracht werden können.

Bezeichnenderweise hatten die Zahlen der Erkrankungen in den Bremer Krankenhäusern an Tuberkulose und Unterernährung, im St. Joseph-Stift zum Beispiel 407 Erkrankungen an Tuberkulose mit 64 Todesfällen, dramatisch zugenommen.

Offiziell wollte man davon offensichtlich nichts wissen. So hieß es am 13. Oktober im Bremer Tagesblatt, dass an dem Gerücht, »die ganze Epidemie sei eine Folge der schlechten Ernährungsverhältnisse«, nichts dran sei. Gerade die Unterernährten würden verschont. Unter der Überschrift »Die Ernährung bei der Grippe« riet das Tageblatt zum Verzehr von Obst, das reinigend wirke: leider sei das aber zu wenig bekannt.

Zum Hunger kam die quälende Ungewissheit um die Väter, Ehemänner und Söhne an der Westfront. Immer unzuverlässiger und spärlicher waren Post und Nachrichten geworden. Und auch an der Front war die Grippe wieder ausgebrochen. Offizielle Verlautbarungen gab es nicht, weder von der Front, noch aus der Heimat. Die Soldaten und ihre Angehörigen waren auf das angewiesen, was sie von und über einander erfuhren.

So schrieb Wilhelm Kaisen am 18. Oktober aus Flandern an seine Frau Helene: »Die Grippe macht uns hier viele Sorgen. Alle Nachrichten aus der Heimat lassen erkennen, wie schlimm sie dort wütet«[33]. Trostlos findet er die Berichte aus der Heimat. In Hamburg ist seine Verwandtschaft erkrankt. Grund für die Grippe seien wohl Unterernährung und das schlechte Wetter. Später meint er einmal, es handele sich wohl um eine Art Lungenpest. Die »Offiziösen« würden es sich wohl nicht eingestehen wollen. Denn die Grippe könne unmöglich so viele Opfer fordern.[34]

Helene Kaisen hatte ihrem Mann von der Grippe in Bremen berichtet: »Bei uns im Büro ist bald alles Personal an der Grippe erkrankt, auch meine beiden Kolleginnen.«[35]

32 Bogusat, Influenza (wie Anm. 8), S. 450.
33 StAB 7,97/2-11.
34 StAB 7,92/2-11, Brief vom 31.10.1918.
35 StAB 7,92/2-21; Brief vom 22.10.1918.

Tatsächlich waren im vierten Quartal 1918 bei der Norddeutschen Hütte, wo Helene Kaisen als Buchhalterin gearbeitet hatte, 77 Mitglieder der Betriebskrankenkasse an der Grippe erkrankt, 69 Männer und 8 Frauen. Das war rund 15 % der Belegschaft gewesen.[36]

Jetzt erkrankten Menschen aus allen Schichten und Berufsgruppen. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse hatten sich 3171 Personen grippekrank gemeldet, 63 % der Versicherten und über doppelt so viele wie im Juli, anlässlich der Ersten Welle. Hoch waren auch die Zahlen der Grippekranken in den Industriebetrieben: bei der AG Weser im vierten Quartal 1524, bei den Atlas Werken 574, bei Koch & Bergfeld 47, bei den Erleuchtungs- und Wasserwerken 167, darunter besonders viele Frauen. Bei der Handelskrankenkasse hatten sich im vierten Quartal 798 Personen grippekrank gemeldet, darunter mit 520 Frauen über 10 % der weiblichen Versicherten. Und auch die Handwerksbetriebe, die bei der ersten Welle noch glimpflich davongekommen waren, erreichte jetzt die Krankheit mit voller Härte. Die Zahl der erkrankten Fleischer in der Stadt stieg von 11 im Juli auf 53 im Oktober, die der Bäcker von 6 auf 38, der Maler von 4 auf 28 und der Schuhmacher von 3 auf 16 Personen, um nur einige zu nennen. Hart schien es die Dienstboten betroffen zu haben. Die in den Haushalten der meist bürgerlichen Familien beschäftigten Dienstmädchen waren angesichts der leichten Übertragbarkeit der Grippe besonders gefährdet. Im vierten Quartal 1918 steckten sich so 540 Frauen mit der Grippe an, fast die Hälfte von ihnen musste, wie u.a. die Städtische Krankenanstalt vermerkte, im Krankenhaus behandelt werden.

Wie schon bei der ersten Welle, so war auch jetzt besonders das enge Zusammenleben in geschlossenen Räumen verantwortlich für die Ausbreitung der Grippe gewesen. Je dichter das Zusammenleben, je enger die Räume, deren Luft gemeinsam geatmet wurde, desto schneller griff die Grippe um sich. Das galt für den Arbeitsplatz, im noch stärkeren Maße jedoch für das Wohnen. Die beengten und oft unhygienischen Wohnverhältnisse der kleinen Leute in der Neustadt und in den Vorstädten waren ideal für eine schnelle Übertragung und Ausbreitung der Grippe. Wer hier erkrankte und in der Regel nicht separiert werden konnte, steckte schnell Familienangehörige und Hausmitbewohner an. Hausepidemien und Erkrankungen ganzer Familien blieben so keine Seltenheit. Aus dem St. Joseph-Stift wurde berichtet, dass ganze Familien ergriffen worden seien, »einer nach dem anderen«, und aus dem Städtischen Krankenhaus in Bremerhaven hatte es geheißen, dass in den Familien die einzelnen Mitglieder schnell hintereinander erkrankt seien, schnell nach Stunden oder einzelnen Tagen. So starben in der Städtischen Krankenanstalt Anna Maria Sporleder und ihr vierundzwanzigjähriger Sohn Hans Heinrich Wilhelm am gleichen Tage an der Grippe[37]. In der Bahnhofsvorstadt erlag am 14. Oktober der dreizehnjährige Walter Hermann Heissenbüttel der Krankheit, eine Woche später folgte ihm sein einjähriger Bruder Werner Fritz Willy in den Tod. An zwei Tagen hintereinander verlieren Hein-

36 Hier wie für die folgenden Zahlen: StAB 4,21-448.
37 StAB 4,60 Sterberegister 7.10.1918.

rich Helmers und seine Frau ihre beiden Töchter Anna, sechsundzwanzig Jahre alt, und Gesine, elf Jahre, an die Grippe. Am Tag der Beerdigung ihres Sohnes Otto stirbt die Mutter Henriette Peters.

Es waren wohl die kleinräumigen Wohnverhältnisse in Findorff, die ähnliche Fälle innerhalb einer Familie ausgelöst hatten. So war am 22. Oktober in der Herbststraße das Dienstmädchen Gretchen Henrike Neuhaus, zwanzigjährig, der Grippe erlegen, am 25. Oktober in der gleichen Wohnung ihre Stiefmutter Hulda Catharina Neuhaus verstorben. Minna R. stirbt »im blühenden Alter von 19 Jahren«, nachdem ihr ihre »liebe Schwester Christine vor 7 Tagen vorangegangen war«. Bei den Bremer Erleuchtungs- und Wasserwerken erkrankten neben einer hohen Zahl von MitarbeiterInnen auch 27 »weibliche Familienmitglieder« und 34 Kinder an der Grippe.[38]

Nicht umsonst meldeten gerade Schulen aus dem Bremer Westen besonders hohe Infektionszahlen, wie z. B. die St. Marienschule in Walle mit ihrem Umfeld von vielen Familien mit polnischem Migrationshintergrund oder die Knabenschule an der Nordstraße, wo in den unteren Klassen die Kinder bis zur Hälfte grippekrank fehlten.[39]

Angesichts der sprunghaft ansteigenden Zahlen der Erkrankungen im gesamten Deutschen Reich, hatten sich im Reichsgesundheitsrat am 16. Oktober erneut die Vertreter der Bundesstaaten getroffen, um über die Situation zu beraten und sich über eventuelle gemeinsame Gegenmaßnahmen abzustimmen. Für Bremen hatte Dr. Tjaden berichtet, hier habe sich die Epidemie als besonders gefährlich bei jugendlichen, der Schule entwachsenen Personen erwiesen, namentlich in der Form einer äußerst schnell verlaufenden, bösartigen Lungenentzündung und vielfach zum Tode geführt.[40] Wie schon im Juli, so hatte sich auch jetzt das Gremium nicht auf gemeinsame Gegenmaßnahmen einigen können. Im Gegenteil. Um die Bevölkerung nicht zu verunsichern, hielten die Bundesstaaten eine Schließung von Veranstaltungen wie Kinos, Theater oder Varietés für nicht erforderlich. Die ökonomische und soziale Lage der Bevölkerung sei schon schwierig genug und die Stimmung an der Heimatfront sollte nicht unterminiert werden. Der Nutzen sei geringer als der entstehende wirtschaftliche Schaden. Weiterhin wurde von einer Anzeigepflicht von Grippe abgesehen, da eine solche angesichts der schwierigen Diagnose wertlos sei. Auch auf einen Desinfektionszwang konnte man sich, da wohl kaum kontrollierbar, nicht einigen. Um den Ansteckungsstoff zu vernichten, dürfte das Auskochen von Leib- und Bettwäsche genügen. Im Übrigen sei Händewaschen, Reinlichkeit und Gurgeln zu empfehlen. Absondern könne man, wenn man es denn für sinnvoll halte, die Kranken nicht, da die Krankenhäuser schon jetzt an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten gekommen seien.

Von einer Schließung der Schulen, so hatte Dr. Tjaden aus Bremen berichtet, habe man bislang wegen der Schwierigkeit, die Kinder anderweitig

38 Hier wie bei den Zahlen zuvor: StAB 4,21-448.
39 StAB 4,36-1952.
40 StAB 4,41-448.

unterzubringen, Abstand genommen. Eine Schließung der Schulen, so der Reichsgesundheitsrat, sei grundsätzlich sinnvoll. Zu bedenken sei aber, dass sich die Kinder trotzdem auch außerhalb der Schulen überall ansteckten. Viele Kinder seien auf das regelmäßige Mittagsessen in den Schulen angewiesen, das nun wegfallen würde, und die Mütter könnten nicht mehr zur Arbeit gehen und so in vielen kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben ausfallen. Auch hier überließ es die höchste Reichsbehörde den Bundesstaaten letztendlich, wie örtlich zu verfahren sei.[41]

In Bremen hatte der Gesundheitsrat am 14. Oktober der Unterrichtskommission von einem allgemeinen Schulschluss abgeraten.[42] In einem allgemeinen Schulschluss sehe man keinen Nutzen zur Eindämmung der Verbreitung der Grippeerkrankung. In geeigneten Fällen, wo dies »aus Gründen der technischen Durchführung des Unterrichtsbetriebes« erforderlich erscheine, könnten einzelne Klassen geschlossen werden. Doch der öffentliche Druck und die Sorge der Eltern vor einer weiteren Ausbreitung der Epidemie wurden immer größer. Am 15. Oktober beschloss die »Fortschrittliche Vereinigung« der Bürgerschaft, die Unterrichtskommission des Senats zu ersuchen, die Schulen sofort bis auf Weiteres zu schließen. Die Bremer Nachrichten schlugen einen Tag später vor, die Schulen für ein bis zwei Wochen zu schließen. Schon jetzt seien viele Lehrer und Kinder erkrankt. Und die größte Ansteckungsgefahr bildeten eben die Schulen, wo die Kinder aus vielen Häusern und Familien zusammenkämen. Hamburg verlängere die Herbstferien. Warum nicht auch in Bremen?[43]

Tatsächlich hatten die Krankmeldungen in den Bremer Schulen stark zugenommen. Fast alle Volksschulen meldeten grippekranke Kinder[44]. Viele Schulen hatten Todesfälle unter den Schülern zu beklagen, Knaben wie Mädchen, so die Schule Herbststraße z. B. neun Schüler. Auch die Lehrerinnen und Lehrer blieben vor der Seuche nicht verschont. An der Schule Herbststraße »verstarb die ordentliche Lehrerin Fräulein Bode an der Grippe«, an der St. Marienschule die Schwester Ambrosia sowie die Lehrerinnen Emilie Hoopstraeten von Salm und Elisabeth Floer, an der Rembertischule der Schulvorsteher Heinrich Schäfer. Der Verein bremischer Schuldiener beklagte den Tod der Schulhausmeister Johann und Hinrich Bannehr, letzterer an der Schule am Geschworenenweg in der Südervorstadt.

An der Höheren Mädchenschule von August Kippenberg hatten bereits einzelne Klassen für einige Tage geschlossen werden müssen, nachdem mehr als zwei Drittel der Schülerinnen an der Grippe erkrankt gewesen waren.[45] Als am 16. Oktober in zehn Bremer Schulen von 4883 Schülern 1387, d. h. über ein Drittel vom Unterricht fern geblieben waren,[46] sah sich die Unterrichtskommission gezwungen zu handeln: »Mit Rücksicht auf die starke

41 StAB 3-M.1.c.19a.
42 StAB 3-M.1.s.Nr. 68.
43 Bremer Nachrichten 16. 10. 1918.
44 So in den Jahresberichten der Schulen für das zweite Halbjahr 1918; StAB 4,36-1952.
45 StAB 4,36-1953.
46 StAB 4,21-448.

Zunahme der Grippeerkrankungen werden sämtliche Schulen in der Stadt Bremen und im Landgebiet hierdurch bis auf weiteres geschlossen«, verkündeten noch am gleichen Tag die Amtlichen Bekanntmachungen in den Bremer Nachrichten. Der Gesundheitsrat sah sich angesichts der Abwesenheit Dr. Tjadens in Berlin, wo dieser sich gegen die Schulschließungen ausgesprochen hatte, hinter- bzw. übergangen. Bisher habe er eine Schließung der Schulen nicht für notwendig erachtet, ließ er mitteilen. Die Eltern wurden ermahnt: »Es wird die Pflicht der Eltern sein, die Kinder auch von sonstigen Orten und Veranstaltungen fern zu halten, wo infolge der Ansammlung größerer Menschenmengen die Gefahr der Ansteckung droht.«[47]

Auch im Senat kam es nun zur Auseinandersetzung über den Schulschluss. Senator Lürmann äußerte seitens der Medizinalkommission erneut Bedenken gegen den allgemeinen Schulschluss, wogegen Senator Oelrichs für die Unterrichtskommission begründete, auf Grund der vorgefundenen Situation nicht anders hätte handeln können.[48] Dr. Tjaden, zurück aus Berlin, zeigte sich unbelehrbar. Bekannt dafür, auf Ansichten der Mehrheit selten Rücksicht zu nehmen,[49] erklärte er, die Gründe, welche die Unterrichtskommission veranlasst habe, trotz des Votums der Gesundheitsbehörden den allgemeinen Schulschluss anzuordnen, seien ihm nicht bekannt, er wolle sie auch nicht bewerten oder gar verurteilen. Vom gesundheitlichen Standpunkt aus lägen keine zwingenden Gründe vor, nun auch noch die Privatschulen zu schließen.[50] Geschlossen wurden z. B. die privaten Höheren Mädchenschulen und Lyceen trotzdem.

Am 22. Oktober informierte Dr. Tjaden die Deputation für das Gesundheitswesen über Status, Umfang und Schwere der »herrschenden Grippeepidemie.«[51] Die Grippe komme schnell, werde aber nach dem ganzen Charakter der Krankheit wahrscheinlich bald wieder verschwinden. Eine Lungenpest liege nicht vor. Diesem Gerücht sei energisch entgegenzutreten. Angesichts der großen Verbreitung und der großen Ansteckungsfähigkeit der Krankheit könnten keine besonderen Maßnahmen wie Schließung der Kinos, Theater usw. empfohlen werden.

Hatte man in Bremen aus voran gegangenen Seuchen nichts gelernt? 1892 hatte man nach dem Ausbruch der Cholera in Hamburg das öffentliche Leben in Bremen total heruntergefahren. Auf Empfehlung des Gesundheitsrates waren damals alle öffentlichen Feiern abgesagt, Tanzveranstaltungen verboten, die Schwimmhallen geschlossen und sogar der Freimarkt abgesagt worden. Die Maßnahmen hatten damals Wirkung gezeigt, so dass Bremen schon bald von der Reichsregierung als seuchenfrei erklärt werden konnte. Schaut man im Oktober in die Bremer Tageszeitungen so hat man dagegen den Eindruck, dass das öffentliche Leben genauso weiterlief wie vor der

47 Bremer Nachrichten 17. 10. 1918.
48 StAB 3/3-45. Senatsprotokoll vom 18. 10. 1918.
49 So in Wilhelm Lührs (Bearb.), Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 520.
50 StAB 4,21-448.
51 StAB 3-M.1.c.19.

Epidemie. Die sechs Kinos in der Stadt warben mit ihren täglichen Vorstellungen, im Stadttheater wurden Wagners »Meistersinger von Nürnberg« gespielt, im Tivoli-Theater die Operette »Rund um die Liebe«, das Bremer Schauspielhaus bot »Die blonden Mädels vom Lindenhof«, das Astoria warb mit buntem Varieté und dann gab es natürlich noch die Symphoniker sowie die eine oder andere Wohltätigkeitsveranstaltung zu Gunsten des Roten Kreuzes oder der Lazarette.[52]

In den USA war dagegen im Oktober 1918 auf dem Höhepunkt der Krise in vielen Städten eine allgemeine Maskenpflicht verhängt worden. In den Geschäften, im öffentlichen Straßenverkehr und in den Straßenbahnen musste ein Mundschutz getragen werden, der auch die Nase bedeckte, mit dem Ergebnis, dass zum Beispiel in San Francisco die Zahlen der Neuinfektionen schnell zurückgingen.[53]

In Deutschland waren dagegen nirgendwo Masken verordnet worden, und von den positiven Ergebnissen in den USA hatte man wohl kriegsbedingt nichts erfahren.

Während man zum Beispiel in Dresden auf dem Höhepunkt der Grippeepidemie die Theater geschlossen hatte, waren sie in Bremen geöffnet geblieben. Der Gefährdung war man sich wohl bewusst. So teilte das Bremer Künstlertheater mit, dass ihre hohen und luftigen Räumlichkeiten in den Centralhallen bestens gegen Ansteckungen gerüstet seien.[54] Besonders hoch schien die Ansteckungsgefahr in den »engen und mangelhaft ventilierten Räumen der Kinotheater«. Die Unterrichtskommission hatte daher schon früh angeregt, wenigstens die Jugendvorstellungen in den Kinos zu verbieten.[55] Die Bremer Gesundheitsbehörden zogen sich jedoch auch hier auf die Empfehlung des Reichsgesundheitsrats zurück, eine allgemeine Schließung nicht zu empfehlen.[56] Und warum eine Sonderregelung für Jugendliche? Natürlich könne man sich im Kino anstecken, aber die Möglichkeit hierzu sei bei Erwachsenen genauso groß wie bei den Jugendlichen. Genauso wie in Theatern, Kirchen und in der Straßenbahn. Kaum jemand wolle und könne das tatsächlich dann auch kontrollieren. Wer eine Ansteckung vermeiden wolle, »könne von sich aus wegbleiben«. Mit der Grippe, so Dr. Tjaden, sei eine Schließung von öffentlichen Einrichtungen nicht zu begründen. Aber nicht überall sah man das so. So empfahl die Senatskommission für die kirchlichen Angelegenheiten den Kirchenvorständen der evangelischen Gemeinden, »mit Rücksicht auf die Gefahr der Weiterverbreitung der Grippe durch längeres Beisammensein einer größeren Zahl von Kindern«, die in den Gemeinden üblichen Kindergottesdienste bis auf Weiteres nicht abzuhalten.[57] Der Kinder-Weihnachtsmarkt, für Anfang November vom Zentralen-Hilfsausschuss

52 So z. B. angezeigt in der Sonnabendausgabe des Bremer Tageblatts vom 12. 10. 1918.
53 Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 12.
54 Bremer Nachrichten 25. 10. 1918.
55 StAB 4,21-448.
56 StAB 4,15-352.
57 StAB 3-M.1.s.Nr. 68.

vom Roten Kreuz geplant, wurde »wegen der herrschenden Grippe-Epidemie« abgesagt.[58]

Immer wieder galt es, Schutzmaßnahmen gegen wirtschaftliche Notwendigkeiten abzuwägen. So wurden Schüler und Schülerinnen der Grundschulen weiterhin klassenweise für die »sehr dringende Bucheckernernte« eingesetzt.[59] Und die Schüler der oberen Klassen der höheren Lehranstalten kamen in den Wochen, in denen in Bremen die Schulen geschlossen worden waren, in Mecklenburg zum Einsatz in der Kartoffelernte, da »Bremens Winterversorgung mit Kartoffeln sonst in Frage gestellt« sei.[60]

Der wirtschaftliche Schaden, der durch die zahlreichen Erkrankungen in der Stadt entstand, kann nur vermutet werden. Sicherlich schlossen viele der kleineren Geschäfte auf dem Höhepunkt der Grippe. »Trauerfallshalber bleiben meine sämtlichen Geschäfte geschlossen«, teilt Johann Heinrich Finke (Herrengarderobegeschäfte) Mitte Oktober in den Bremer Nachrichten seiner Kundschaft mit.

In den größeren Unternehmen werden sich Produktionsausfälle vor dem Hintergrund der hohen Zahlen der Krankmeldungen bemerkbar gemacht haben. So vermerkte man bei der AG Weser zum Beispiel 13.365 Krankentage. Jeder der hier Erkrankten war im Durchschnitt acht Tage der Arbeit ferngeblieben.

Ausfälle gab es »wegen zahlreicher Grippe-Erkrankungen unter den Beamten des Fahrdienstes« auch im Bahnverkehr, teilte die Großherzogliche Eisenbahndirektion Oldenburg mit. Personenzüge und Triebwagen von Bremen nach Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Osnabrück und Hamburg fielen zeitweise aus, und auch im Fahrkartenverkauf kam es »wegen fortschreitender Steigerung der Erkrankungen an Grippe« zu Engpässen.[61]

Schutzmaßnahmen wie die flächendeckende Schließung der Schulen trafen in ihren Konsequenzen für den Alltag vor allem die Frauen. Viele von ihnen waren seit Kriegsbeginn in Betrieben der Kriegswirtschaft beschäftigt, so zum Beispiel im Oktober 1918 1.589 Frauen in der Metallverarbeitung, und immer wurden auch jetzt noch Frauen und Mädchen für Arbeiten gesucht, die bislang von Männern ausgeübt worden waren.[62] Die Betreuung ihrer Kinder war bislang zumindest an den Vormittagen durch Schule oder Kindertagesheim gesichert gewesen. Nach Schließung der Schulen war diese jedoch nicht mehr gewährleistet. Ältere Geschwister, Verwandte oder Nachbarn mussten einspringen. Frühstück und Mittagessen, das zumindest in vielen Schulen Kinder minderbemittelter Eltern erhalten hatten, fielen weg. Statt in der Schule trieben sich die Kinder jetzt spielend auf der Straße herum, wo sie,

58 Bremer Nachrichten 27.10.1918.
59 StAB 3/3-45 Senatsprotokoll 11.10.1918; auch Bremer Nachrichten 17.10.1918.
60 Bremer Nachrichten 23.10.1918.
61 Bremer Nachrichten 25.10., 2.11., 4.11.1918.
62 Vgl. Renate Meyer-Braun, Zum Kriegsalltag Bremer Frauen, in: Lars U. Scholl (Hrsg.), Bremen und der Erste Weltkrieg. Kriegsalltag in der Hansestadt (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2012/2013), Bremen 2015.

wie die besorgten Eltern kritisch anmerkten, ungeschützt der Ansteckungsgefahr durch die Grippe ausgesetzt waren.[63]

Wo die Frauen zu Hause bleiben mussten, waren Verdienstausfälle die Folge. »Um den Müttern, die tagsüber arbeiten, die Sorge um ihre Kleinen abzunehmen«, öffneten vereinzelte private Kindertagesheime trotz des Höhepunktes der Pandemie. So zum Beispiel das Kindertagesheim Hakenburgstraße zum 28. Oktober.[64]

Um Arbeits- und Verdienstausfälle zu vermeiden, kam es immer wieder vor, dass Grippekranke gegen den ärztlichen Rat zu früh das Bett verließen, um wieder zur Arbeit zu gehen. Die Folge waren Rückfälle mit schwersten Lungenentzündungen, die oft zum Tod führten. Schon früh hatten die Gesundheitsbehörden darauf hingewiesen, dass frühzeitige und möglichst lange fortgesetzte Bettruhe das beste Mittel gegen die Grippe sei. Ansonsten war die Behandlung der Grippe eine rein symptomatische gewesen, wobei bei hohem Fieber Abkühlungen, Waschungen und Wickel empfohlen worden waren. Irgendwelche spezifisch gegen die Grippe wirkende Arzneimittel gab es nicht, von Impfstoffen ganz zu schweigen.[65] Sorgfältig auf »Reinlichkeit« zu achten, wurde immer wieder angemahnt, vor dem Essen regelmäßig die Hände zu waschen. »Schmitz-Bonn Söhne« warben in den Tageszeitungen für ihre »Wasch- und Bleichhülfe«. Mit ihrer großen Bleich- und Reinigungskraft sei sie ein vorzügliches Desinfektionsmittel, das die Krankheitskeime der Grippe vernichte, wenn die Wäsche auch nur eine halbe Stunde damit gekocht werde.

Ältere Menschen, aber eigentlich jedermann, so wurde immer wieder gemahnt, sollten den »Massenverkehr« meiden, wo Menschen in körperliche Berührung kämen und angehustet werden könnten.[66] Höchst unappetitlich und gefährlich sei es im Zeichen der Grippe auch, wenn Papiergeld, das meistens recht schmutzig sei, in Milchtöpfe oder dergleichen gelegt werde.[67]

An guten Ratschlägen mangelte es auch sonst nicht. Die Bürger-Zeitung informierte ausführlich über die »Zehn Gebote zur Vorbeugung und Behandlung« der Grippe (Influenza) des Naturheilkundlers Dr. Schönenberger, die dieser in der Zeitschrift »Naturarzt« veröffentlicht hatte.[68] An anderer Stelle hieß es, die Häufigkeit der Lungenentzündung als Begleiterscheinung der Grippe führten Ärzte vor allem auf die Kalkarmut der momentanen Ernährungsweise zurück. Milch und Eier seien derzeit ja kaum mehr zu beschaffen. Um weiteres »Unheil zu vermeiden«, sei unverzügliches Eingreifen nötig und dem Mehl Kalk oder Schlemmkreide zuzusetzen.[69] Im Dezember, als die Grippe langsam am Abklingen war, meldete sich der Bremer Verein Prießnitz, Betreiber des LichtLuftBads in der Neustadt, mit einem öffentlichen

63 Bremer Bürger-Zeitung 23.10.1918.
64 Bremer Nachrichten 27.10.1918.
65 StAB 4,21-448.
66 Bremer Bürger-Zeitung 23.10.1918.
67 Bremer Nachrichten 24.10.1918.
68 Bremer Bürger-Zeitung 7.11.1918.
69 Bremer Bürger-Zeitung 22.10.1918.

Vortrag im »Museum« zu »Die Grippe: Wesen, Vorbeugung und naturgerechte Behandlung« zu Wort.[70]

Wo vorhanden, versuchten sich die Menschen über die Grippe an Hand gedruckter ärztlicher Ratgeber zu informieren. In ihrem Elternhaus in der Münchener Straße in Findorff besaß Helene Kaisen das »Gesundheitsbüchlein. Gemeinfassliche Anleitung zur Gesundheitspflege«, herausgegeben 1901 vom Kaiserlichen Gesundheitsamt in Berlin.[71] Zur Grippe konnte man da lesen, die Krankheit sei eine grundsätzlich ungefährliche. Gewöhnlich begänne die Genesung schon nach wenigen Tagen, doch seien auch »nachbleibendes Siechtum« und selbst Todesfälle nicht selten. Hinweise, wie die Grippe behandelt werden könne, sucht man vergeblich. Daneben gab es in der Bibliothek der Familie den 1910 erschienenen zweibändigen »Ratgeber in gesunden und kranken Tagen«. Im zweiten Band, dem »Ärztlichen Hausschatz für alle Krankheitsfälle«, konnte man erfahren, die Grippe sei eine eigenartige Infektionskrankheit, welche vor allem durch »die zuweilen ungemein große Ausbreitung ihrer Epidemie ausgezeichnet« sei. Auch hier wird sie als ungefährlich beschrieben. Im ersten Band hört man etwas über die Behandlung der Grippe. In der Regel werde eine rein symptomatische Behandlung eingeschlagen: Antipyrin gegen Fieber und Kopfschmerzen, zuweilen auch Chinin. Ein eigentliches Mittel gegen die Krankheit sei nicht bekannt. Besonders sei Schonung und Vorsicht in der Rekonvaleszenz anzuraten. Der Ratgeber, »auf Berücksichtigung der erfolgreichsten Naturheilverfahren und anderen Heilmethoden« basierend, empfahl im Übrigen, bei Grippe und Lungenerkrankungen die Anwendung von Eibisch, Huflattich, Süßholz, Sternanis, Leinsamen, Königskerze und anderen Heilpflanzen.[72]

Im Bremer Buchhandel konnte man im Oktober für den günstigen Ladenpreis von 1,00 Mark die »Leichtverständliche Broschüre über Entstehung, Vermeidung und Heilung der Grippe« des Hannoverschen Kreisphysikus Dr. Heinrich Berger erwerben.[73]

In der zweiten Hälfte des Oktobers erlebte die Grippe ihren Höhepunkt. Die Bremer Nachrichten sind während dieser Zeit voller Todesanzeigen an der Grippe Verstorbener. »Heute entschlief nach kurzer heftiger Krankheit« heißt es da, vereinzelt auch »Infolge der jetzt so umfangreich herrschenden Krankheit, der Grippe, entschlief...«. Erschütternd die vielen Kinder unter den Toten: Wilma, 14 Jahre alt, Magdalene 1, Meta 8, Lina 11, Karl Heinz 3, Hans 13, Lieselotte 7 und Klara 9 Jahre alt, alle angezeigt an einem Tage.[74]

Am 20. Oktober schreibt Helene Kaisen ihrem Mann, allein in Bremen stürben täglich hunderte von Menschen.[75] Die Städtische Krankenanstalt

70 Bremer Bürger-Zeitung 1.12.1918.
71 Vgl. Hartmut Müller, »Unsere ganze Liebhaberei waren die Bücher«. Die Bibliotheksbestände Wilhelm und Helene Kaisens (Schriftenreihe der Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung), Bremen 2018, S. 48.
72 F. König, Ratgeber in gesunden und kranken Tagen. 2 Bde., Leipzig 1910.
73 Angezeigt im Bremer Tageblatt am 26.10.1918.
74 Bremer Nachrichten 23.10.1918.
75 StAB 7,97/2-21.

verzeichnete an diesem Tag 15 Grippetote, sieben Männer und acht Frauen, unter letzteren allein sieben Arbeiterinnen der Jute-Spinnerei, alle zwischen 22 und 37 Jahren.[76] In Helene Kaisens Nachbarschaft in der Münchener Straße stirbt wenig später mit 38 Jahren Juliane Luther, betrauert von ihrem Mann Peter und ihren Kindern.

Die Todesanzeigen in den Bremer Nachrichten sprechen an diesem Tag von Trauer und Leid. Gretchen Sussiek stirbt nach einjähriger glücklicher Ehe an ihrem Hochzeitstag im 28. Lebensjahr. Auch Grete Peters erliegt der Grippe an ihrem Hochzeitstag, zwei Tage, nachdem ihre Schwester an der gleichen tückischen Krankheit gestorben war. »Infolge der jetzt so umfangreich herrschenden Krankheit, der Grippe,« entschläft »nach zweitägigem Ringen« Lina im »blühenden Alter von 19 Lebensjahren«. Den Tod ihres »innigst geliebten Söhnchen« Walter, zeigen die tieftraurigen Eltern an, gestorben »nach 5tägiger schwerer Grippe mit Kehlkopfkrampf« im 10. Lebensjahr.

In Flandern erlebt Wilhelm Kaisen, wie zur gleichen Zeit die Epidemie unter der flüchtenden Zivilbevölkerung wütet, wogegen die Soldaten in seinem Regiment von der Grippe »ziemlich verschont« bleiben.[77] Am 25. Oktober antwortet Helene ihm: »Du schreibst über das Elend der dortigen Zivilisten... hier ist es mit den Krankheiten auch fürchterlich. Es beginnt jetzt scheinbar das große Sterben«.

In Bremen sind die Beerdigungsinstitute offensichtlich mit den Bestattungen überfordert. Einem in der Stadt umlaufenden Gerücht, es gäbe nicht mehr genügend Särge, tritt das Beerdigungs-Institut Niedersachsen in einer Zeitungsannonce energisch entgegen. Bei täglicher Auffüllung verfüge es noch über 100 Särge in verschiedenen Größen.

Am folgenden Tag sind es bereits vierzig Särge weniger. Tag und Nacht ist das Institut jetzt zu erreichen. Auf dem Waller Friedhof reißen die täglichen Beerdigungen nicht ab.

Die Bremische Bürgerschaft fordert den Senat auf, »die seit Auftreten der Grippe schweren Übelstände im Bestattungswesen zu beseitigen«. Der Senat genehmigt daraufhin am 1. November das Bestatten auf den Friedhöfen auch an Sonntagen.[78] Zugleich weist er aber die Redaktionen der Tageszeitungen an, dies vertraulich und streng geheim zu halten.

Als der Oktober zu Ende gegangen ist, sind in Bremen 309 Menschen an der Grippe gestorben; 145 männliche, 164 weibliche.[79]

Ein Charakteristikum der Spanischen Grippe war, dass neben den ganz jungen und ganz alten Menschen, die der Grippe auch in normalen Zeiten zum Opfer fallen, nun auch viele 20- bis 40-jährige, robuste Menschen an Influenza starben. Von den 931 Kranken, die 1918 in der Städtischen Krankenanstalt an der Grippe behandelt worden waren, waren 4,2 % weibliche und 4,9 % männliche Kranke unter 15 Jahren alt gewesen, 74,6 % weibliche und 61,0 % männliche zwischen 15 und 30 Jahren, 16,9 % weibliche und 22,2 %

76 StAB 4,59/3 Krankenanstalt/Entlassungsbuch 1918 / Sterberegister 1918.
77 StAB 7,97/2-11.
78 StAB 3-F.3. Nr. 73.
79 StAB 4,21-448.

männliche zwischen 31 und 45 Jahren und 4,2 % weibliche und 11,2 % männliche über 45 Jahren.[80]

Zu Ende war die Epidemie nicht. Zwar ging die Zahl der Toten im November mit 125 deutlich zurück, doch stufte der Gesundheitsrat die Entwicklung weiterhin als epidemisch ein. Am 29. Oktober hatte er sämtliche niedergelassenen Ärzte in der Stadt nach ihrer Einschätzung der Situation befragt. Unterm Stichtag vom 31. Oktober hatten von 41 Hausärzten 22 geantwortet, ihrer Meinung nach sei nur ein geringer Rückgang der Erkrankungen festzustellen, wogegen 16 glaubten, einen stärkeren Rückgang beobachtet zu haben.[81] Die Unterrichtskommission hatte um eine schnelle Entscheidung gebeten, ob die Medizinalkommission an eine baldige Wiederöffnung der Schulen denke. Der Schuldeputation war offensichtlich an einer Klärung der Frage interessiert gewesen, da man zumindest die Jugendlichen der Oberstufenklassen für Hilfsdienste benötigte. Die Gesundheitsbehörden hielten es vor dem Hintergrund der von den Ärzten eingegangenen Antworten für richtig, den Schulschluss nicht aufzuheben. Ein erneutes Aufflackern der Grippe sei sonst zu befürchten. In acht Tagen könne man erneut entscheiden, wenn sich die Grippe weiter rückläufig entwickle.[82]

Eine erneute Umfrage bei den niedergelassenen Ärzten schuf Klarheit: 28 Ärzte antworteten am 8. November, die Grippe sei ihrer Meinung nach stark zurückgegangen, 4 hielten den Rückgang für gering, 8 hatten sich nicht recht für das eine oder andere entscheiden können. Der Gesundheitsrat empfahl daher der Unterrichtskommission die Wiederaufnahme des Schulbetriebs.[83] Die Grundschulen erklärten sich dazu »gesundheitlich in der Lage«.

Noch am gleichen Tag beschloss der Senat, dass die Schulen am Montag, dem 11. November, um 8 Uhr wiedereröffnet werden sollten. Nur die Klassen der älteren Schüler, die sich noch in der Kartoffelernte in Mecklenburg befänden, würden weiterhin geschlossen bleiben. Auch die Fortbildungs- und Fachschulen, wie die Handelsschule, nahmen ihren Unterricht wieder auf.[84]

Es ist richtig, die Grippeerkrankungen waren inzwischen in der Abnahme begriffen, aber diese Tatsache dürfte nicht alleine ausschlaggebend für die Wiedereröffnung der Schulen gewesen sein.

Am 6. November hatte die sich über das ganze Reich ausbreitende revolutionäre Matrosenbewegung auch Bremen erreicht, am Abend sich ein erster Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Demonstrierende Menschenmengen beunruhigten die Stadt. In einem Aufruf kündigte der Arbeiter- und Soldatenrat am 9. November öffentlich den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft an. Noch war der Senat im Amt, funktionierte die öffentliche Verwaltung. Doch

80 StAB 3-M.1.s.Nr. 68.
81 StAB 3-M.1.s. Nr. 68.
82 Amtliche Bekanntgabe in Bremer Nachrichte 2. 11. 1918.
83 Hier wie im Folgenden StAB 3-M.1.s. Nr. 68.
84 Bremer Nachrichten 10. 11. 1918.

werden es Unterrichtskommission und Senat für besser gehalten haben, die Kinder und Schüler jetzt von den Straßen weg und wieder in den Schulen zu wissen. Die Grippe dürfte dabei ihre vorrangige Bedeutung verloren haben.

Am 14. November übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Gewalt in Bremen: »Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr«. Die Spanische Grippe verschwand aus der Tagespresse, nicht jedoch aus der Bevölkerung. Im Dezember starben noch einmal 53 Menschen an der Grippe. In Bremen überschlugen sich inzwischen die Ereignisse: am 1. Januar 1919 empfing eine jubelnde Menschenmenge die heimkehrenden Soldaten des Bremer Infanterieregiments 57 vor dem Rathaus. Zehn Tage später wurde an gleicher Stelle die Sozialistische Republik Bremen proklamiert. Es folgte am 4. Februar die blutige Niederschlagung der Räterepublik durch Regierungsschutztruppen aus Berlin.[85] Noch heute gedenkt man jährlich auf dem Waller Friedhof der Gefallenen, die Toten der Grippepandemie blieben jedoch vergessen.

Wie viele Menschen in Bremen an der Grippe tatsächlich verstarben, ist nicht genau festzumachen. Seit 1917 war von der Reichsregierung in Berlin aus den Statistischen Ämtern verboten worden, Zahlen und Berichte zur Sterblichkeit zu veröffentlichen. Man wollte so verhindern, dass bekannt wurde, wie schlecht es mit dem Gesundheitszustand in der Bevölkerung wirklich aussah. Im Dezember 1918 berichtete die Bremer Bürger-Zeitung, während der beiden »Wochen des ärgsten Wütens« der Grippe, d. h. zwischen dem 20. und dem 26. Oktober sowie dem 27. Oktober und 2. November, sei in Bremen die »entsetzliche Zahl« von 1473 bzw. 1239 Menschen gestorben, das fast dreifache des gleichen Zeitraumes von 1917.

Wie hoch daran der Anteil der Grippetoten gewesen war, muss letztlich offenbleiben. Die Sterberegister enthalten wegen der an den Symptomen orientierten, auf kein einheitliches Krankheitsbild bezogenen Befunde, kaum verlässliche Hinweise. Die behandelnden Ärzte konnten sich kein klares Bild machen. War die Grippe, der »Bacillus influenza«, maßgeblich für den Tod ihrer Patienten verantwortlich gewesen oder hatte die Grippe nur bereits vorhandene Erkrankungen wie Lungenentzündung oder besonders Tuberkulose reaktiviert. Die Lungenentzündung trat vielerorts besonders während der Zweiten Welle der Influenza so regelmäßig auf, dass sie von vielen Ärzten nicht als Komplikation, sondern als eine der Krankheitserscheinungen der Grippe aufgefasst wurde.

Pathologische Untersuchungen waren zwar auch in der Städtischen Krankenanstalt vorgenommen worden,[86] doch hatten damals die Ergebnisse der Leichenöffnungen angesichts der Überlastung der Krankenhäuser nicht zur

85 Jörn Brinkhus, Die gewaltsame Liquidierung der Bremer Räterepublik. Der 4. Februar 1919 und seine politischen, militärischen und sozialgeschichtlichen Voraussetzungen, in: Brem. Jb. 99, 2020, S. 149–199.

86 Der Jahresbericht 1918 spricht von 1068 Selektionen im Pathologischen Institut des Krankenhauses; StAB 3-M.1.w.2. Nr. 46.

genaueren Bestimmung der Todesursachen geholfen, sondern waren erst später zu Forschungszwecken herangezogen worden.

1920 antwortete der Gesundheitsrat auf die Frage des Reichsministers des Inneren, wie viele Personen der Seuche zum Opfer gefallen seien, im gesamten Staatsgebiet seien auf Grund der ärztlichen Todesbescheinigungen im Jahre 1918 256 männliche und 268 weibliche Zivilpersonen verstorben.[87] Dazu kommen 90 Militärpersonen. Die tatsächlichen Zahlen dürften aber, wie oben gesehen, höher gelegen haben.

Für das gesamte Deutsche Reich bilanziert das Reichsinnenministerium auf der Grundlage der Reichs-Todesursachenstatistik einschließlich der Mehrsterbefälle an Lungenentzündung für das Jahr 1918 239.452 Verstorbene. Die Forschung geht heute von ca. 300.000 Toten aus.[88]

Die Zweite Welle der Grippeepidemie lief fast überall im Deutschen Reich im Verlauf des Dezembers 1918 aus; so auch in Bremen. Zwar gab es auch hier in den folgenden Jahren zwischen Herbst und Frühjahr immer wieder saisonal bedingte Grippewellen, doch sind diese der Spanischen Grippe nicht mehr zuzurechnen.[89]

87 StAB 3-M.1.s. Nr. 68. Bogusat, Influenza (wie Anm. 8), nennt auf der Grundlage der Vorläufigen Mitteilung auf Grund der Ergebnisse der Reichs-Todesursachenstatistik 195 männliche und 324 weibliche Tote für Bremen, ebd. S. 450 f.

88 Bogusat, Influenza (wie Anm. 8), S. 466; Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 17.

89 So Witte, Tollkirschen (wie Anm. 2), S. 16.

Fotografie als Frauenberuf – eine Spurensuche in Bremen bis zum Zweiten Weltkrieg

Von Karin Walter

Lange Zeit galt die Fotografie als ein von Männern dominierter Berufszweig. Frauen hatten, so schien es, bis in die Zeit zum Zweiten Weltkrieg als Fotografinnen keine Rolle gespielt. Selbst das immer wieder aktualisierte Standardwerk »History of Photography from 1839 to the Present Day« von Beaumont Newhall führte noch in der Ausgabe von 1982 nur 14 weibliche Namen auf. Zwischenzeitlich wurde diese Zahl deutlich nach oben korrigiert und wenigstens einige Fotografinnen konnten so aus der Vergessenheit gerissen werden. Europäische und amerikanische Museen zeigen ihre Werke nun zunehmend in Einzel- oder Gruppenausstellungen; Kataloge und Monographien analysieren ihre Bedeutung.[1] Bislang stehen dabei aber vor allem künstlerisch ambitionierte Fotografinnen im Focus, die bereits zu Lebzeiten überregional auf sich aufmerksam gemacht hatten. Seltener dagegen widmet man sich der Frage, welche Rollen Frauen im Bereich der gewerblichen Fotografie spielten.[2] Auch über die Situation in Bremen ist diesbezüglich wenig bekannt. In dem Katalog der bislang einzigen Überblicksausstellung über Bremer Fotoateliers aus dem Jahr 1985 werden Frauen nur am Rande thematisiert und z. T. bei der Auflistung der Ateliers übersehen, da sie nach

1 Vgl. dazu die aufgelisteten Ausstellungen in: Naomi Rosenblum, A history of woman photographers. 3. Auflage New York 2010, S. 8 f.; Ute Eskildsen (Hrsg.), Fotografieren hieß teilnehmen. Fotografinnen der Weimarer Republik, Ausst.-Kat. Museum Folkwang Essen, Düsseldorf 1994; Qui a peur des femmes photographes? 1839–1945. Ausstellungskatalog Musée de l'Orangerie / Musée d'Orsay (1918–1945), Paris 2015.

2 Timm Starl, Frauenberuf und Liebhaberei. Fotografinnen in Österreich bis zum Ersten Weltkrieg. http://timm-starl.at/download/Starl_Fotografinnen.pdf (Zugriff 17. 4. 2020). Seine Ausführungen aus dem Jahr 2014 beruhen auf einem Vortrag von 2001 und einer stellenweisen Überarbeitung des Beitrages aus dem Jahr 2004. Ulrike Matzer, Unsichtbare Frauen. Fotografie / Geschlecht / Geschichte, in: Fotogeschichte Heft 124, 2012, S. 29–36; Ulrike Matzer, Frühe Fotografinnen. Fotogeschichte aus anderer Perspektive. In: Fotogeschichte, Heft 139, 2016; 2018 erschien in Wien eine erste Dissertation zu diesem Thema: Sabeth Buchmann, Eine Gender-Analyse von Fotografie-Historiografien am Beispiel zweier Berufsfotografinnen in Wien (1860–1914); https://www.academia.edu/40481639/Eine_Gender-Analyse_von_Fotografie-Historiografien_am_Beispiel_zweier_Berufsfotografinnen_in_Wien_1860-1914 (Zugriff 20. 4. 2020). Eine Dissertation von Anne Vitten zum Thema: Professionalisierung und Vernetzung. Berufsfotografinnen im 19. und 20. Jahrhundert an der Universität Berlin wurde angekündigt in der Zeitschrift Fotogeschichte, Heft 149, 2018.

damaligem Brauch oft nur mit dem Zusatz »Frau« bzw. »Witwe« unter dem Namen ihrer Ehemänner aufgeführt sind.[3]

Ein Beleg für die Aktivitäten von Fotografinnen ist eine am 23. Februar 1935 in dem NSDAP-Organ »Bremer Zeitung« erschienene Rezension zu einer am 17. Februar eröffneten Ausstellung in der GEDOK.[4] Das seit 1928 auch in Bremen bestehende Frauen-Netzwerk GEDOK (Gemeinschaft Deutscher und Österreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen) organisierte Konzerte und Ausstellungen, bei denen die Werke auch zum Verkauf angeboten wurden.[5] Bei der Präsentation in einem Gebäude in der Sögestraße 63, über das sonst nichts weiteres bekannt ist, zeigten 1935 sechs Bremer Fotografinnen ihre Werke. Nicht von allen Beteiligten haben sich Aufnahmen erhalten. Nur zwei von ihnen, Felicitas von Baczko und Lotte Dieckmann, waren zu Lebzeiten überregional bekannt, zu Eva Weichberger und Erika Wegner gibt es nur wenige Anhaltspunkte und Aufnahmen, völlig in Vergessenheit geraten sind Hermine Groth und H. Dehnhard-Knoop.

Die erste bedeutende Bremer Fotografin ist zweifellos **Felicitas von Baczko** (1877–1957). Sie lebte jedoch zum Zeitpunkt der Ausstellung bereits nicht mehr in Bremen. Die enge Verbindung zur GEDOK bestand vermutlich über ihre Schwester Elisabeth von Baczko, die zu den Gründerinnen des Bremer Netzwerkes gehört hatte. In der bereits genannten Rezension wird deutlich, dass ihre Bildsprache damals in Bremen auf Unverständnis stieß und keine angemessene Würdigung fand. Ihre Aufnahmen werden als »interessant, freilich auch sachlich und intellektuell« bezeichnet. Ihre Arbeiten erzielen, so wird dort weiter ausgeführt, eine »ähnliche Wirkung ... wie sie sonst nur die Grafik kennt. Wer diese Gattung der Photographie anerkennt, wird diese Arbeit loben. Uns scheint allerdings, daß mit ihr die Grenzen, die der Photographie gesetzt sind, überschritten werden«. Angesichts solcher Einschätzung ist es kaum verwunderlich, dass Felicitas von Baczko in der Nachkriegszeit schnell in Vergessenheit geriet. Nur vereinzelt haben sich ihre Aufnahmen in bundesdeutschen Museen und Archiven erhalten[6] und ihr

3 Harald Georgens / Alfred Löhr, Bilder für Alle, Bremer Fotogeschichte im 19. Jahrhundert. Bremen 1985.

4 Bremer Zeitung Nr. 48 Sonntag 17. Februar 1935, Ankündigung und Bremer Zeitung Nr. 54 vom 23. Februar 1935, darin eine ausführliche Rezension der Ausstellung.

5 In anderen Städten kam es infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme der Reichs-Gedok zu einem Mitgliederschwund um etwa ein Drittel, jüdische Künstlerinnen wurden ausgeschlossen, andere traten aus Protest dagegen aus, einzelne Ortsgruppen lösten sich auf. In Bremen dagegen blieben die Mitgliedszahlen unverändert; dort bestand 1934 mit 300 Mitgliedern sogar die größte Ortsgruppe. Man arrangierte sich mit den neuen politischen Verhältnissen und der Unterordnung unter die Reichskulturkammer. Vgl. dazu Cornelia Matz: Die Organisationsgeschichte der Künstlerinnen in Deutschland von 1867 bis 1933. Diss. Tübingen 2001, S. 252f.

6 Bislang konnten Aufnahmen von Felicitas von Baczko in folgenden Institutionen nachgewiesen werden: Focke-Museum. Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte; Archiv Böttcherstraße Bremen; Staatsarchiv Bremen; Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg; Germanisches Nationalmuseum Nürnberg.

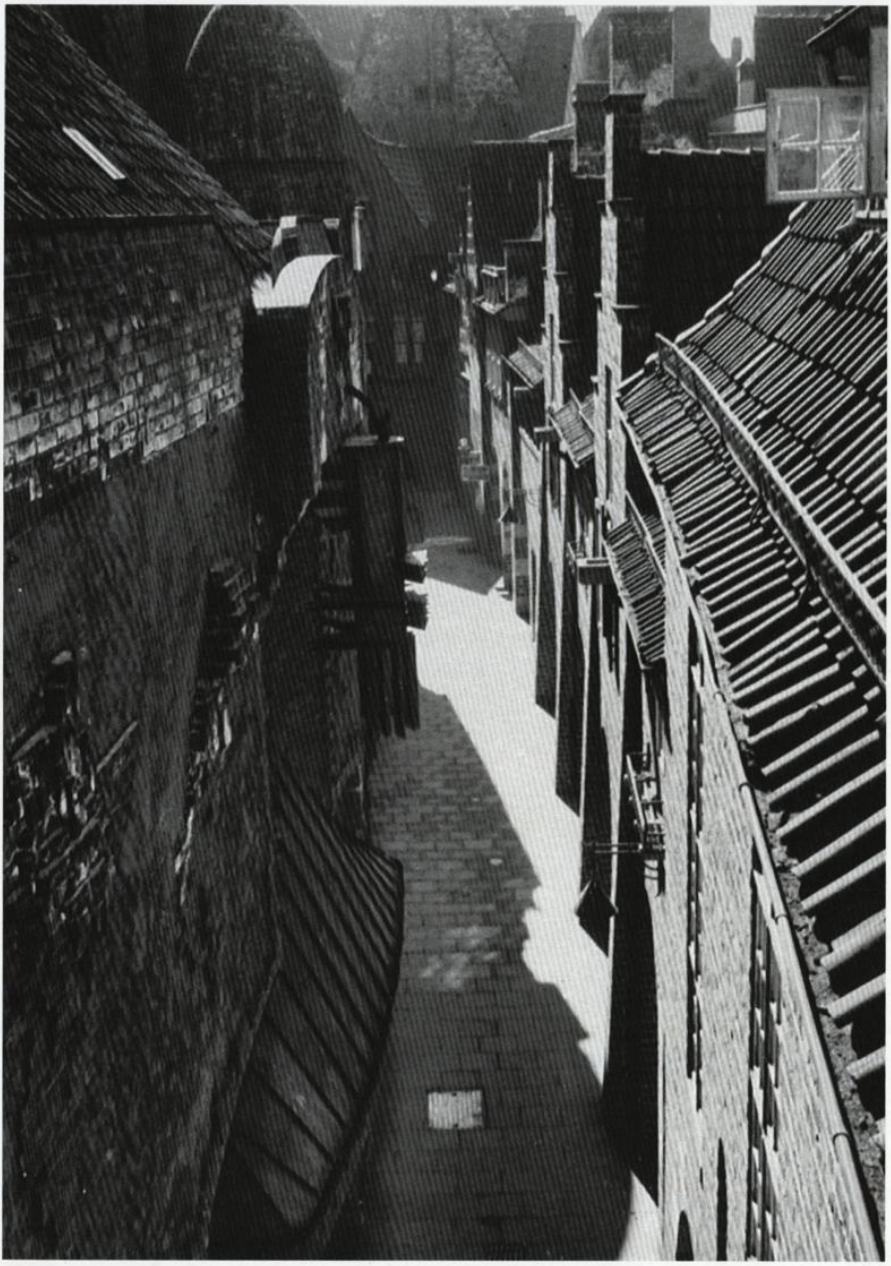


Abb. 1: Felicitas von Baczko: Böttcherstraße, entstanden im Zeitraum 1927 bis 1932 (Foto: Focke-Museum, 2001.849.)

beruflicher und privater Werdegang ist bislang noch weitgehend unbekannt.[7] Von 1910 bis 1933, mit einer Unterbrechung von 1924 bis 1928, ist sie in den Bremer Adressbüchern als Fotografin verzeichnet. Sie unterhielt vermutlich kein klassisches Atelier für Porträts. Eine Anzeige von 1932 spricht von einer »Photo-Werkstatt«, die hinzugefügte Abkürzung »D.W.B.« verweist auf ihre Mitgliedschaft beim Deutschen Werksbund.[8] Drei Aufnahmen in der Sammlung des Focke-Museums bezeugen ihre Tätigkeit für das Bremer Stadtmarketing im Auftrag des damals zuständigen Verkehrsvereins. Sie zeigen die Böttcherstraße kurz nach ihrer Fertigstellung (Abb. 1) sowie das Porträt des Bremer Kunsthallenleiters Emil Waldmann (1880–1945) anlässlich seines 50. Geburtstages. In den 1930er-Jahren waren ihre Fotografien in Ausstellungen in Bremen und Oldenburg zu sehen. Walter Müller-Wulckow, Direktor des Oldenburger Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, zählte sie 1932 zu den wichtigsten »modernen Lichtbildnern« Norddeutschlands und erwarb neun ihrer Aufnahmen für die Museumssammlung. Die Fotografin gehörte damals zur Avantgarde, dafür steht auch eine Porträtaufnahme von Gustav Friedrich Hartlaub, dem Leiter der Mannheimer Kunsthalle, der den Namen »Neue Sachlichkeit« für den Stil der Zeit prägte.[9] Felicitas von Baczko kann zu den jungen, häufig bewusst ledig lebenden Frauen gezählt werden, die wesentlich das Neue Sehen der 1920er- und 1930er-Jahre beeinflussten.[10]

Viel wohlwollender ging die Rezension in der Bremer Zeitung 1935 mit dem Werk der Porträtfotografin **Lotte Dieckmann** (1894–1945) um. Sie bezeichnet sie als »bekannte Bremer Photographin« und bedauert, dass die Ausstellung nur wenige ihrer Aufnahmen zeige. Gewürdigt wird sie mit den Worten »Auch sie tritt als Künstlerin bescheiden zurück, indem sie den Gegenstand sprechen läßt, aber sie gewinnt durch Natürlichkeit und Frische.« Lotte Dieckmann betrieb ab 1921 ein Atelier zunächst in der Contrescarpe 199[11],

7 Im Beitrag zu Felicitas von Baczko im Bremer Frauenlexikon von 2016 war das Sterbedatum noch unbekannt. Recherchen in der historischen Einwohnermeldekartei (EMK) von 1875 bis 1960 der Stadt Traunstein, Bestand B Rep. 021, konnten diese Lücke inzwischen schließen. Felicitas von Baczko verließ Bremen 1933 und lebte dann an verschiedenen Orten, zuletzt ab 1954 in einem evangelischen Altersheim in Traunstein. Sie verstarb dort 1957 (Auskunftsersuchen vom 1.11.2016, Mail von Alex Schröder an Karin Walter 8.11.2016). Weder auf der Meldekartei noch im Sterbematrikel wurden Angaben zu Verwandten und Erben gemacht, so verlieren sich Hinweise auf einen möglichen privaten Nachlass der Fotografin (Mail an Karin Walter von Franz Haselbeck, Stadt Traunstein vom 6.1.2017).

8 Bremer Adressbuch 1932, S. 65

9 Karin Walter, Felicitas von Baczko, in: Bremer Frauengeschichten. Begleitzeitung zur Ausstellung im Focke-Museum. Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte vom 1. Mai bis 21. August 2016, Nr. 24; Rainer Stamm, *»eine neue Art des Sehens«. Fotografie der Neuen Sachlichkeit im Landesmuseum Oldenburg*. In: Oldenburger Jahrbuch 114, 2014, S. 169–182.

10 Vgl. dazu Matzer, Unsichtbare Frauen (wie Anm. 2), S. 33.

11 Das Atelier betrieb sie unter dem Namen ihres Mannes. Im Gewerbeteil des Adressbuchs ist ab 1922 der Name ihres Mannes, Peter Friedrich Carl Dieckmann,

ab 1934 in der Kaiserstraße 40 und ab 1938 am Schüsselkorb 5/6. Von ihr haben sich einige Porträts bekannter Zeitgenossen erhalten.[12] Das Focke-Museum besitzt ein 1929 vermutlich von der Pressekommission des Senats in Auftrag gegebenes Porträt des Flugpioniers Ehrenfried Freiherr von Hünefeld (Abb. 2). 1935, zum Zeitpunkt der Ausstellung, erlebte sie überregionale Beachtung mit der Einladung in das niederländische Doorn, um dort den abgedankten Kaiser Wilhelm II. und seine zweite Frau Hermine zu porträtieren. Lotte Dieckmann gehörte damit zu einer Reihe von ausgewählten deutschen Fotografen und Fotografinnen, denen sich Wilhelm II. trotz Thronverzicht gerne in kaiserlichen Uniformen präsentierte. Vervielfältigungen dieser Aufnahmen wurden dann unter den immer noch zahlreichen Anhängern des Ex-Monarchen verteilt. Lotte Dieckmann fotografierte ihn jedoch in ziviler Kleidung. Auch dieses Brustbild fand Anklang und wurde als Fotopostkarte vervielfältigt. In Doorn hat sich eine Reihe von Exemplaren erhalten, beschriftet mit dem Text »Haus Doorn, den 27. Januar / Herzlichen Dank für die guten Wünsche zu / meinem Geburtstage, die ich für ihr neues Lebensjahr / aufrichtig erwidere / Wilhelm.[13] Ein solcher Auftrag förderte das Renommee Lotte Dieckmanns und belebte ihr Atelier. Jedenfalls suchte sie damals mit Anzeigen in der Bremer Zeitung neue

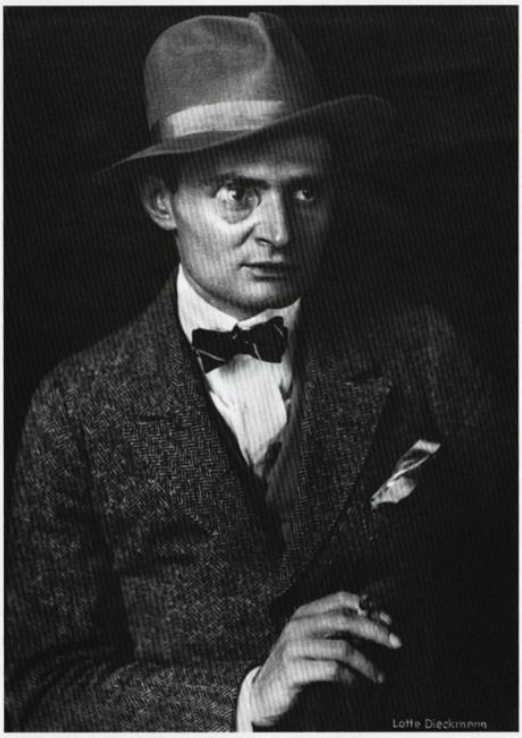


Abb. 2: Lotte Dieckmann: Freiherr von Hünefeld, 1929 (Foto: Focke-Museum, 1929.306)

eingetragen, erst 1929 kommt der Zusatz »Frau« hinzu. Im alphabetischen Einwohnerverzeichnis dagegen findet sich bereits ab 1922 beim Namen ihres Mannes der Zusatz »(Frau: Photogr. Atelier)«. Angesichts der verzögerten Anzeige im Bremer Adressbuch erfolgte die Ateliereröffnung vermutlich bereits 1921.

12 So findet sich beispielsweise im Essener Folkwang Museum das Porträt von Felix Graf von Luckner aus dem Jahr 1926.

13 Der Kaiser im Bild. Wilhelm II. und die Fotografie als PR-Instrument. Der fotografische Nachlass des letzten deutschen Kaisers aus Haus Doorn, präsentiert von Huis Marseille, Stiftung für Fotografie, Amsterdam. Zaltbommel 2002, S. 34 und S. 160, Kat. 39.

Mitarbeiter: 1935 zum 1. April einen Lehrling und im Oktober 1937 einen Photo-Laboranten sowie einen Laufjungen mit Rad für ihr Photographisches Atelier. Über ihren weiteren beruflichen Werdegang ist nichts bekannt. Sie war verheiratet mit dem Maler Karl Dieckmann (1890–1980), mit ihm lebte sie in Bremen und in dem Künstlerort Dötlingen. Ihr Leben endete tragisch, nach dem Tod ihrer beiden Söhne im Zweiten Weltkrieg beging sie 1945 Selbstmord.

In die völlige Anonymität verschwunden sind alle weiteren in Bremen tätigen Fotografinnen. Eine erste systematische Spurensuche soll sie nun aus dieser Vergessenheit reißen, in der Hoffnung, dass diesen ersten Schlaglichtern später weitere Mosaiksteine zu ihren Biografien folgen. Die wichtigste Quelle für diese Recherche ist die Rubrik »Photographen« im Handels- und Gewerberegister des Bremer Adressbuchs. Da das Periodikum nur einmal jährlich erschien, spiegelt die alphabetisch geordnete Liste der Ateliers erst zeitverzögert Veränderungen wie Geschäftsneugründungen und -schließungen.

1872 taucht zum ersten Mal ein Frauenname in dieser Rubrik auf: **Georgine Krüger**.[14] Ausgeschrieben und nicht, wie die meisten anderen, auf den Anfangsbuchstaben reduziert, sticht der Vorname hervor. Ihr »Atelier für Photographie und Malerei« lag verkehrsgünstig in der Bremer Innenstadt in der »Hutfilterstr. 43«, in einem als Gewerbehalle bezeichneten Gebäude, das ein Jahr zuvor noch ein Lagermeister bewohnt hatte. Wie auf den wenigen erhaltenen Aufnahmen deutlich erkennbar ist, handelte es sich hier um keine sonderlich repräsentativen Atelierräume. Georgine Magdalena Krüger, 1849 in Bremen geboren, wohnte zum Zeitpunkt ihrer ersten Erwähnung noch bei ihren Eltern ganz in der Nähe des Ateliers, in der Marktstraße 12. Bis 1872 wurde ihr Vater, der Kaufmann Johann Friedrich Krüger, als Wohnungsinhaber aufgeführt, ab 1873 dann seine Witwe, die Mutter der Fotografin. Georgine Krüger wuchs mit einem Bruder und sieben Schwestern auf, wovon eine bereits als Säugling verstarb. Der Beruf des Vaters lässt auf eine gutbürgerliche Herkunft schließen. Der Bruder, Georg Wilhelm Krüger, der später den Rang eines Konsuls innehatte, setzte die Kaufmannstradition der Familie fort. Vermutlich hatte Georgine Krüger eine künstlerisch geprägte höhere Töchterbildung genossen und die Fotografie als Möglichkeit gesehen, sich zu verwirklichen. Nach der standesgemäßen Hochzeit 1875 mit einen Staatsanwalt arbeitete sie zunächst weiter. Ihr Ehemann, Dr. jur. Wilhelm Conrad Crüsemann, 1844 in Berlin geboren, wurde im Jahr der Hochzeit noch als ordentliches Mitglied der königlichen Staatsanwaltschaft in Breslau aufgeführt. Erst im Jahr darauf gründete er einen Haushalt in Bremen, laut Adressbuch ab 1877 in der Contrescarpe 64. In dieser am Wall gelegenen, gutbürgerlichen Wohngegend war auch die Schwiegermutter ab 1874 amtlich gemeldet. Nach der Hochzeit verlegte Georgine Krüger ihr Atelier näher an ihren neuen Wohnsitz in den Philosophenweg 31. 1876 wurde sie erstmals

14 Angesichts der verzögerten Anzeige im Bremer Adressbuch erfolgte die Ateliereröffnung vermutlich bereits 1871.

Abb. 3: Georgine Krüger: Frauenporträt aus der Bremer Verlegerfamilie Carl Schünemann (Foto: Focke-Museum 2011.879-057)

Abb. 4: Georgine Krüger: Männerporträt aus der Bremer Verlegerfamilie Carl Schünemann (Foto: Focke-Museum 2011.879-058)

Mutter, 1880 und 1890 folgten zwei weitere Söhne; dazwischen gebar sie 1882 eine Tochter. 1878 findet sich letztmalig ihr Atelier im Adressbuch. Als 58-jährige starb sie am 20.7.1908 in Horn, dem Sommersitz der Familie, der neben der seit 1881 bestehenden Stadtwohnung »Am Dobben 22« im Adressbuch aufgeführt ist.[15] Nicht zuletzt zeigen diese beiden Wohnsitze ihre für die meisten Berufsfotografinnen untypischen gut situierten Lebensverhältnisse. Auch die weiteren Lebenswege ihrer Kinder belegen die Zugehörigkeit der Familie zum Bremer Bürgertum: Der älteste Sohn Georg Wilhelm trat in die beruflichen Fußstapfen des Vaters, wurde zum Dr. jur. promoviert und war als Richter tätig.[16] Die Tochter heiratete den Bremer Wollkaufmann Johannes Daniel Volkmann, Sohn von Johann Heinrich Volkmann, Vorstandsmitglied und dann Aufsichtsratsvorsitzender der Norddeutschen Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei (Nordwolle) in Delmenhorst. Einige Porträtaufnahmen im Visitformat von Georgine Krüger haben sich erhalten (Abb. 3 und 4), die grafisch gestalteten Rückseiten dienten wie damals üblich als Werbeträger

15 Der Ehemann bleibt bis 1911 im Bremer Adressbuch nachweisbar.
16 Siehe dazu z.B. den Eintrag im Bremer Adressbuch 1912.

für Name, Adresse und den Hinweis, dass die Platten für Nachbestellungen aufbewahrt werden. Die Abzüge sind nur von mäßiger Qualität, Flecken zeugen von fehlerhafter Bildentwicklung und auch die Aufnahmen selbst zeigen wenig Gefühl für Bildgestaltung.

In Bremen hatte sich mit Georgine Krüger die erste Berufsfotografin in den 1870er Jahren vergleichsweise spät etabliert. In Hamburg hatte Emilie Bieber (1810–1884) bereits zwanzig Jahre früher, 1853, ein Daguerreotypie-Atelier eröffnet. Anfangs stand ihr dabei Marie Köttgen (1823–1904) zur Seite, die mit ihrem Ehemann, dem Porträtmaler und politischen Aktivisten Gustav Adolf Köttgen, und zwei kleinen Kindern zuvor einige Zeit in Bremen gelebt hatte. Dort hatte Marie Köttgen 1849 einen Demokratischen Frauenverein gegründet. Als ihr Mann, Mitglied des »Bunds der Kommunisten«, wegen seiner politischen Aktivitäten inhaftiert und aus Bremen ausgewiesen wurde, siedelte die Familie nach Hamburg über. Aber auch dort konnten sie nicht bleiben. 1854 zogen die Köttgens nach Düsseldorf, und Emilie Bieber führte nun das Atelier erfolgreich alleine weiter.[17]

Im Gewerbeverzeichnis der Bremer Adressbücher vor 1900 finden sich unter dem Stichwort Photographie neben Georgine Krüger noch weitere Frauennamen. Jedoch fehlen bislang Belege dafür, dass sie auch als Fotografinnen tätig waren. Zu diesen Frauen gehört **Christel Tielken**, deren Name im Zusammenhang mit dem 1877 erstmals aufgeführten »Photographischen Atelier R. & Co. Tielken, Osterthorsteinweg 18« genannt wird. Offensichtlich hatte ein unter derselben Adresse schon länger tätiger »Johann Reinhard Tielken, Uhrmacher und Goldwarenhandlung« seinen Geschäftsbereich erweitert. Johann Reinhard Tielken (1826–1877) starb noch im selben Jahr und 1878 führten Christel Tielken das Photographische Atelier und Magdalena Tielken[18] das Goldwarengeschäft weiter. Bereits im Adressbuch von 1879 verliert sich die Spur der beiden Frauen wieder.[19]

Eine weitere Frau firmierte als »**Jungmann, F. Wwe.**« erstmals im Gewerbeverzeichnis von 1882. Ihr »Photographisches Atelier« lag im ersten Jahr an der Westerstraße 2, im Jahr darauf an der Westerstraße 100. 1884 ist ihr Name

17 Sie war damit aber lange eine Ausnahmeerscheinung. Vgl. Hanni Schwarz, Photographie als Frauenberuf, in: Hermann Wilhelm Vogel (Hrsg.), Photographische Mitteilungen. 45. Jg. Gustav Schmidt, Berlin 1905, S. 161–162 und 182–184, hier S. 161. Die Autorin findet neben Emilie Bieber gerade mal vier weitere Frauennamen erwähnenswert: Lasinsky (Düsseldorf), Höffert (Dresden), Elvira (München), Vogelsang und Fröhlich (Berlin). Bertha Wehnert-Beckmann, die seit 1842 als Daguerreotypistin mit eigenem Fotoatelier in Leipzig arbeitete und heute als die erste Berufsfotografin Europas gilt, war der Autorin nicht bekannt. Das heute im Leipziger Stadtmuseum befindliche Werk wurde erst in den letzten Jahren in Ausstellungen erschlossen.

18 Laut Einwohnermeldeamt ist sie die 1853 geborene Tochter von Johann Reinhard Tielken. Zu Christel Tielken fanden sich bislang keine Hinweise.

19 Vermutlich einem Druckfehler geschuldet ist die Tatsache, dass dennoch in der Rubrik Photographische Ateliers das mit dem falschen Initial G. statt R. abgekürzte Atelier G. Tielken & Co. noch bis ins Adressbuch 1880 weiter aufgeführt wird.

in »Jungmann, Friedr. Wwe« erweitert und die Adresse lautete nun »Neustadtswall 22«, der Hinweis auf das »Photographische Atelier« fehlt jedoch. Unter der Rubrik »Photographen« blieb noch bis ins Jahr 1886 der Eintrag »Jungmann F. Ww.« bestehen und fand möglicherweise seine Fortsetzung im Atelier »Jungmann, H.O.K.L.«. Heinrich Oskar Karl Ludwig Jungmann betrieb bis 1895 unter wechselnden Adressen[20] Photoateliers in Bremen, die Spur der Witwe gleichen Nachnamens verliert sich jedoch ab 1885[21].

Noch spärlicher sind die Hinweise auf das Atelier »**Oetjen Joh. Heinr., Ehefr.**«, das laut Adressbuch nur 1889 Am Wall 202 bestanden hat.[22] Marie Louise Antonie Ortgies, geb. Rolff, Witwe von Julius Ortgies (1849–1992) scheint das seit 1872 Am Wall 160 und später 116 bestehende Atelier nach dem Tod ihres Mann 1892 noch für ein Jahr unter ihrer Wohnadresse Humboldtstraße 109 ohne weiteren Atelierbetrieb geschäftlich abgewickelt zu haben. Im Gewerbeverzeichnis fehlt bereits der Eintrag, er ist nur im Namensverzeichnis des Adressbuchs von 1893 zu finden.[23] Auch die Photographin **Elise Tegtmeyer** in der Hansastraße 96, vermutlich Tochter eines Schlossermeisters, findet sich nur für ein Jahr im Adressbuch von 1896.[24]

Im Fotogewerbe waren Frauen auch als Retuscheurinnen, Laborantinnen, Kopistinnen, Gehilfinnen und Empfangsdamen beschäftigt, also in Bereichen, die bevorzugt an Frauen vergeben wurden, da sie keine kostspieligen Ausbildungen erforderten und deshalb niedrig entlohnt werden konnten. Männer übernahmen dagegen in den Ateliers vorzugsweise den gestalterisch tätigen Part mit mehr Außenwirkung.[25] Über den beruflichen Werdegang und Alltag dieser Frauen ist wenig überliefert. Oftmals waren es Töchter aus

20 In der Fuhrleutestraße 6/7 in der Altstadt und 1894 und 1895 dann in der kleinen Lutherstraße 101 in der Vorstadt.

21 Ob die Witwe Jungmann anschließend den Namen durch Heirat änderte oder wegzog, bleibt unklar. Aus den Sterbeakten im Bremer Staatsarchiv geht zumindest hervor, dass in dem Jahr keine Frau mit dem Nachnamen Jungmann in Bremen begraben wurde. Fehlende Vor- und Geburtsnamen ermöglichen keine weiteren Recherchen.

22 Dem Geschäft war kein Erfolg beschieden, obgleich der Standort nicht nur günstig in der Innenstadt lag, sondern auch schon zuvor andere Ateliers beheimatet hatte. Die beiden Fotografen Laurentius Christoph und Johann Carl Herzog hatten seit 1850 hier und an wechselnden Standorten in Bremen erfolgreich Ateliers geführt und ab 1889 eine Fabrik für photographische Artikel in Hemelingen eröffnet. Zu Frau Oetjen verliert sich jegliche Spur, selbst unter der Wohnadresse »Löwenhof 1« findet sich ihr Eintrag nur im Adressbuch von 1889.

23 Goergens/Löhr, Bilder für alle (wie Anm. 3), S. 113 führen das Atelier unter der Leitung der Witwe in der Humboldtstraße 109 von 1892 bis 1893 auf.

24 Unter dieser Adresse Hansastraße 96 lebten aber bereits die Jahre zuvor Personen mit demselben Nachnamen: zunächst der Schlossermeister August Christian Tegtmeyer und ab 1895 seine Witwe. 1897 verliert sich nicht nur die Spur der Fotografin, sondern auch die aller anderen im Haus lebenden Personen mit dem Nachnamen Tegtmeyer. Weder in den Bremer Adressbüchern noch in sonstigen Akten des Bremer Staatsarchivs finden sich Hinweise zum weiteren Verbleib.

25 Vgl. dazu die Ausführungen von Timm Starl (wie Anm. 2), S. 3 und Ulrike Matzer, Unsichtbare Frauen (wie Anm. 2), S. 32.

Abb. 5: Retusche-Abteilung des Bremer Fotografen Adolf Zinne (Foto: Focke-Museum 1986.264-01)

dem Handwerkermilieu. Sophie Caroline Timmermann (1881–1961) z.B. war die Tochter eines Maurerpoliers, von der im Focke-Museum das seltene Exemplar eines »Arbeitsbuchs einer Fotografengehilfin« mit Einträgen aus dem Zeitraum 1896 bis 1902 erhalten ist (Inv. Nr. 1992.249). Ihre erste Station war von 1896–1897 die Lehre in der Retuscheabteilung des Bremer Fotografen Adolf Zinne. Eine Abbildung zeigt sie inmitten der Belegschaft des Ateliers, die aus nahezu gleich vielen Frauen wie Männern bestand (Abb. 5). Nach dieser Lehre ging Sophie Timmermann nach Kiel und arbeitete von 1898 bis 1900 als Gehilfin in der Negativretusche und als Empfangsdame zunächst im Atelier von Max Schimanski, dann von 1900 bis 1902 im Atelier von Georg Billström. Danach kehrte sie wieder nach Bremen zurück und heiratete den Fotografen Gerhard Hinrich Wilhelm Holtorp (1866–1947)[26]. Dieser war zu dem Zeitpunkt bereits ein etablierter Fotograf, der ab 1897 zunächst ein Atelier in der Humboldtstraße 106, im Jahr darauf im Ostertorsteinweg 61, als Nachfolger des Hoffotografen Hans Rupprecht, betrieb. Es ist anzunehmen, dass Sophie Timmermann, dann verheiratete Holtorp, im Atelier ihres Mannes weiter tätig war. Das Atelier, zuletzt in der Wulwesstraße 4, bestand noch bis ins hohe Alter ihres 15 Jahre älteren Mannes. Der Eintrag findet sich letztmalig 1942 im Bremer Adressbuch. 1947 starb der Fotograf und seine 66-jährige Witwe führte das Geschäft nach dem Krieg nicht mehr weiter.

26 Lebensdaten: https://die-maus-bremen.info/index.php?id=101 (Zugriff 5. 5. 2020).

Abb. 6: Atelier Urban: Unbekannter Mann (Foto: Focke-Museum 2020.038)

Abb. 7: Atelier Urban: Unbekannte Frau (Foto: Focke-Museum 2020.037)

Anfang des 20. Jahrhunderts wirkte sich die zunehmende Berufstätigkeit junger Frauen auch auf das Fotografiegewerbe aus. In einem Artikel stellte die Fotografin Hanni Schwarz 1905 fest, »die jungen Töchter der besseren Stände, die einen praktischen Beruf ergreifen wollen, ›gehen zur Photographie‹. Die Photographie ist Mode geworden«.[27] Finanzielle Ausgangslage und Bildung – so die Autorin weiter – ermöglichten ihnen zwar ein Atelier zu eröffnen, jedoch scheiterten sie häufig nach kurzer Zeit. Meist seien sie aufgrund unzulänglicher Ausbildung den technischen Herausforderungen nicht gewachsen gewesen. Auch die Gewerbeverzeichnisse der Bremer Adressbücher zeigen, dass viele von Frauen geführten Ateliers nur von kurzzeitigem Bestand waren, ohne dass die Ursachen dafür belegt werden können. Über die gesellschaftliche Herkunft der Frauen ist jedoch wenig bekannt, nur Georgine Krüger stammte nachweislich aus dem Bremer Bürgertum, die Herkunft der anderen Bremer Berufsfotografinnen lag wohl eher im Handwerkermilieu.

Erst für den Zeitraum 1899 und 1900 ist mit **Marie Urban** wieder eine als Fotografin tätige Frau nachweisbar.[28] Sie eröffnete ihr Atelier in bester

27 Vgl. Schwarz, Photographie (wie Anm. 17), S. 162.

28 Weder ihr Name noch der des 1899 unter gleicher Adresse gemeldeten Geschäftsführer gleichen Nachnamens, Carl Feodor Ard Aug. Urban, ist ab 1901 in den Bremer Adressbüchern auffindbar.

Bremer Lage am Wall[29]. Sieben weitere Ateliers[30] waren hier in unmittelbarer Nachbarschaft angesiedelt und auch ihre Adresse war durch Vorgängerateliers[31] bereits eingeführt. Vom Atelier Urban, der weibliche Vorname fehlt bezeichnenderweise, sind mehrere Porträtaufnahmen im Visitformat erhalten. Sie zeigen vignettierte Brustbilder, bei denen der Körper dem damaligen Zeitgeschmack entsprechend ab Höhe des Brustansatzes allmählich in Dunst übergeht.[32] (Abb. 6 und 7)

Nach diesem kurzen Intermezzo dauert es erneut zehn Jahre, bis sich 1910 wieder eine Fotografin in Bremen niederließ. In der Rubrik Photographengewerbe werden zwar in der Zwischenzeit einige Frauen aufgeführt, aber es handelt sich hier um Witwen, die nach dem Tod ihrer Männer die eingeführten Geschäfte mit angestellten Fotografen noch kurz weiterführten. Oftmals sind nicht mal ihre Vor- und Geburtsnamen bekannt. Diesbezüglich eine Ausnahme ist nur **Marie Dorothee Bender, geb. Vortmann**, die nach dem Tod ihres Gatten 1899 noch zehn Jahre das Atelier weiterbetrieb und das in der westlichen Vorstadt gelegenen Atelier 1904 sogar von der Lützower Straße 33a ein paar Häuser weiter in die Nr. 65 verlegte. Aus dem Straßenverzeichnis der Adressbücher geht hervor, dass unter der jeweiligen Adresse der Witwe auch ein Fotograf namens Johann Heinrich Bender wohnte.[33] Diese Wohngemeinschaft hatte auch noch Bestand, nachdem das Atelier aus dem Gewerbeverzeichnis verschwand. Laut Ortsfamilienbuch starb die Witwe 1920 als 75-jährige.[34] Der Fotograf Johann (Hans) Bender (1872–1934)[35] betrieb ab 1921 in der Großen Allee 5b nun unter seinem Namen ein Atelier. Nach seinem Tod führte auch hier seine Witwe das Atelier noch zwei Jahre weiter.

In die Riege der Witwen, die selbst keine Fotografinnen waren, gehört auch **Adelheid Schröder, geborene Klüsing**, (* 1849). Sie führte 1908 und 1909 das Atelier ihres verstorbenen Mannes, des Fotografen Diedrich Ludwig Schröder, weiter und gab es dann, selbst 60-jährig, auf. Ein weiteres Beispiel ist das Atelier von **Hans Rupprecht** am Ostertorsteinweg 49. Nach dem Tod

29 Anfangs wird das Atelier gleich mit zwei Standorten genannt. Nähere Recherchen jedoch zeigen, dass sich das Gebäude am Ostertorsteinweg 35 zu diesem Zeitpunkt noch im Bau befand und sich ein Atelierbetrieb damit ausschließt. Folgerichtig taucht im Adressbuch von 1900 die zweite Adresse, »Am Wall 93«, auf.

30 Die Ateliers befanden sich am Wall, angesiedelt zwischen den Hausnummern 28 und 160.

31 Unter der Adresse »Am Wall 93« gab es mehrere Vorgängerateliers: 1898 die Fotografen Wilhelm und W. C. Großkopf, davor die Fotografen Gottfried Julius Heyne (1895/96) und Ernst Kahle (1867–1895).

32 Vgl. dazu Wolfgang Brückner, Ellen Maas, Das Photoalbum 1858–1918. München 1975, S. 81.

33 Von einem Hans Bender gibt es Aufnahmen im Visitformat unter allen Adressen, die auch das Atelier A. Bender innehatte. Derselbe Nachname lässt auf verwandtschaftliche Beziehungen schließen, dies kann aber bislang nicht belegt werden.

34 Quelle Leichenbücher 1875–1939: https://die-maus-bremen.info/index.php?id=101 (Zugriff 6. 6. 2020).

35 Quelle Leichenbücher 1875–1939: https://die-maus-bremen.info/index.php?id=101 (Zugriff 6. 6. 2020).

des Fotografen im Jahr 1906 übernahm zunächst seine **Witwe, eine geborene Glaß**, die Geschäftsleitung. 1909 übergab sie das Atelier an Karl Louis Theodor Altmann und schon ein Jahr später wird dessen Ehefrau als Inhaberin genannt. Unter der Bezeichnung **Altmann, K. L. T., Frau** blieb das Atelier bis 1914 unter der neuen Adresse Wall 132/133 verzeichnet. Vermutlich hat sie allerdings nicht selbst als Fotografin gearbeitet. Möglicherweise hatte eine geistige Erkrankung die Geschäftsfähigkeit ihres Mannes eingeschränkt und eine Umbenennung des Ateliers notwendig gemacht. Denn wie aus den Bremer Leichenbüchern hervorgeht, starb Karl Louis Theodor Altmann am 24. 3. 1914 mit 47 Jahren und 11 Monaten in der Irrenanstalt St. Jürgens Asyl in Ellen.[36]

Auffällig lange, von 1910 bis 1921, führte die **Witwe von Gustav Heinrich Johann Brandt, geborene Harjes**, das ursprünglich in der Kleinen Allee 19/20 und ab 1911 dann wenige Häuser weiter in der Kleinen Allee 12 gelegene Atelier weiter. Aber auch hier fehlen bislang Unterlagen, aus denen Näheres über ihre Geschäftsführung ersichtlich wird.

Mit der anfangs erwähnten **Felicitas von Baczko** taucht 1910 nach fast einem Jahrzehnt erstmals wieder eine nachweislich als Fotografin tätige Frau im Gewerbeverzeichnis auf. Nur sind von ihrer nahezu 23 Jahre[37] währenden Tätigkeit in Bremen kaum zwei Dutzend Aufnahmen bekannt. Vermutlich blieb die Fotografin für lange Jahre eine Ausnahmeerscheinung in Bremen.

Bei dem 1911 erstmals genannten Atelier Prinzeß in der Sögestraße 37/39 fehlen zunächst Hinweise auf die Eigentümer. Deshalb ist davon auszugehen, dass es 1921, als das Atelier erstmals mit der Unterzeile »Inhaberin **Marlene Seifert**« verzeichnet ist, den Wechsel zu einer neuen, nun weiblichen Führung gegeben hat, die anfangs aufwändig beworben wurde.[38] Neben der

Abb. 8: Anzeige Atelier Prinzeß im Bremer Adressbuch Jahrgang 1921 (Foto: Focke-Museum)

36 Quelle Leichenbücher 1875–1939: https://die-maus-bremen.info/index.php?id=101&L=0%23content (Zugriff 2. 5. 2020)

37 1924 bis 1928 ist sie nicht im Gewerbeverzeichnis aufgeführt, es kann aber davon ausgegangen werden, dass sie dennoch als Fotografin weiterhin tätig gewesen war.

38 Das Atelier nutzt den Gewerbeeintrag gezielt für Eigenwerbung, bereits der erste Eintrag fällt durch Schriftgröße und werbende Unterzeile »Photogra. Atelier

auffälligen Platzierung im Gewerbeteil erschien auch eine halbseitige Anzeige. Eine Frau im Kostüm, eine Kamera in den Händen haltend, wirbt für »geschmackvolle Photographien, Vergrößerungen und Kunstdrucke« (Abb. 8). In den Folgejahren, von 1922 bis 1928, reihte sich das Atelier Prinzeß, ohne Nennung der Inhaberin, in die bescheidene Form der Standardeinträge im Adressbuch ein. Aus dem Straßenverzeichnis der Adressbücher wird jedoch offensichtlich, dass weiter eine Frau das Atelier leitete, anstelle einer Marlene ist es nun aber eine »**Helene Seifert**«.[39] Ab 1929 verlieren sich die Spuren von Atelier und Inhaberin im Adressbuch.

Eindeutig zu den Fotografinnen gezählt werden kann **Henriette van Lengen**, deren Name sich erstmals 1920 mit dem Vermerk »Photographische Werkstatt – Kleine Allee 12« im Adressbuch findet. Möglicherweise handelte es sich hierbei zunächst um eine Ateliergemeinschaft, denn unter derselben Adresse führte die Witwe Brandt seit 1911 ein Atelier und außerdem befand sich noch die Photographische Werkstatt von Wilhelm F. H. J. Fink in diesem Haus. Henriette van Lengen lebte laut Adressbuch in ihrem Elternhaus in der Schifferstraße 90, wo ein Johann Nanno van Langen ein Malereigeschäft und eine Farbenhandlung betrieb.[40] 1921 verlegte sie ihre Photographische Werkstatt in die Maurerstraße 31. Danach verliert sich zwar ihre Spur im Bremer Adressbuch, aber noch zweimal tauchte ihr Name auf Passagierlisten des NDL-Dampfschiffs »München« auf. Bei der ersten Überfahrt 1923 von Bremen nach New York gab die 29-jährige noch als Beruf »Student« an, aber bei der zweiten Überfahrt 1927 bezeichnete sich die nunmehr 33-jährige als »Fotograf«[41]. Demnach übte sie den Beruf tatsächlich aus, auch wenn bislang noch keine Aufnahmen von ihr bekannt sind.

Eine zufällige Quelle informiert über das Atelier von **Hermine Eicke, verheiratete Janssen**, das sie laut Gewerbeeintrag seit 1919 am Standort Fehrfeld 61/62 betrieb.[42] Ein späterer Rechtsstreit erweist sich hier als Glücksfall, da er den Geschäftsverlauf dieses Ateliers aktenkundig machte. Berufskollegen hatten eine Klage gegen Hermine Janssen eingereicht, da sie das Atelier unter dem Namen ihres Vorgängers Theodor Liebert und nicht unter ihrem

I. Ranges mit mäßigen Preisen« besonders auf, noch auffälliger wird der Eintrag in den folgenden Jahren.

39 Eine in Bremen ansässige Helene Seifert, geborene Heßlein starb 1939 als 44-jährige, möglicherweise handelt es sich dabei um die Atelierinhaberin. 1928 ist auch noch Johann Heinrich Friedrich Pries mit einem Atelier unter dieser Adresse, Sögestraße 37, zu finden, 1930 wieder Elbestraße 106.

40 Im Adressbuch von 1919 ist als Wohnadresse Schifferstraße 90 genannt, nahe der Mauerstraße gelegen. Unter derselben Adresse ist auch die Farbenhandlung von Johann Nanno van Lengen gemeldet. Altersmäßig könnte dies ihr Vater gewesen sein, denn er starb 1930 mit 67 Jahren. Danach wohnte seine Witwe weiter unter dieser Adresse.

41 https://www.ancestry.com.au/search/categories/img_passlists/?name=_Von+Lengen&location=3253&priority=german (Zugriff 2. 5. 2020)

42 Im alphabetischen Einwohner- und im Straßenverzeichnis wird sie ab 1922/23 mit dem nach ihrer Hochzeit geänderten Namen als Janssen, D. F. Frau mit einen »Photographengesch.« im Fehrfeld 61/62 aufgeführt.

eigenen Namen weiterführte. Dies war allerdings eine durchaus gängige Praxis, insbesondere dann, wenn sich, wie in diesem Fall, die Prämierungen des Vorgängers mit silbernen und goldenen Medaillen weiterhin werbewirksam einsetzen ließen. Der Fotograf Theodor Liebert hatte 1903 am Fehrfeld 61 ein Atelier eröffnet, das er neben einem zweiten Geschäft in Verden, Brückenstraße 2 betrieb.[43] Seit dem 3. April 1903, also vermutlich von Anfang an, war dort die damals noch ledige Hermine Eicke beschäftigt. Am 1. Februar 1919 übernahm sie für 10.000 Mark das Bremer Atelier. Liebert verstarb noch im selben Jahr, sein Ateliername blieb jedoch bestehen, da dies laut Hermine Janssen bei der Geschäftsübernahme so vereinbart worden war.[44] Für mehrere Jahre gab es zwei Einträge des Ateliers im Bremer Adressbuch: unter ihrem Mädchennamen Hermine Eicke und auch unter Th. Liebert. Laut Selbstauskunft war Hermine Janssen jedoch selbst keine Fotografin, sondern beschäftigte einen Fotografen mit Meisterprüfung und einen Verkäufer.[45] Zum Streitfall über die Namensnennung kam es aber erst, als sie im Oktober 1926 eine weitere Filiale unter dem Namen »Atelier Liebert« am Dobben 71 eröffnete. Die Neueröffnung begründete sie mit der günstigeren Verkehrslage, die das Publikum besser finden würde als das Atelier im Fehrfeld 61 (Abb. 9). Das wolle sie zwar weiterhin betreiben, es bestehe aber nur aus zwei im Hinterhaus liegenden Räumen, Laden und Kabinett, für die sie monatliche 80 RM zahle. In der Folge wurde sie von Amtswegen verpflichtet, ihr zweites Atelier ins Handelsregister eintragen zu lassen und dies war offensichtlich nur unter dem

Abb. 9: Foto der Eingangssituation Atelier Th. Liebert, Fehrfeld (Foto StAB Nr. 29-39)

43 Er wohnte aber vermutlich in Bremen, im Adressbuch ist die Sophienstraße 5 als Wohnadresse angegeben.
44 Schreiben vom 11.10.1926. StAB 4,75/5-3452.
45 Schreiben vom 11.8.1930. StAB 4,75/5-3452.

Namen ihres Mannes möglich.[46] Bereits nach vier Jahren gab sie das Atelier »Am Dobben« wieder auf, das Atelier »Fehrfeld 61« blieb dagegen bis nach 1942 weiter bestehen.[47]

Nichts bekannt ist bislang darüber, welche Funktion Auguste Sophie Zitelmann geb. Becker[48] in dem Atelier innehatte, das sie vergleichsweise lange, von 1920 bis 1933 zunächst am Wall 86 und ein Jahr später in der Doventorstraße 5/7 betrieb. Die Inhaberin war bereits Ende 30, als sie den Schritt zur Selbstständigkeit wagte. Obgleich ihr Mann, ein Diplomingenieur,[49] offensichtlich kein Fotograf war, leitete sie das Atelier unter seinem Namen als **Frau Wilhelm Heinrich Friedrich Zitelmann**.

Die 1882 geborene **Friederike Asendorf** war bereits Ende 40, als sie sich 1930 in der Sögestraße 30/32 selbständig machte. Was sie davor gemacht hat und ob sie verwandtschaftliche Beziehung zu einer schon länger davor tätigen Atelierinhaberin gleichen Nachnamens hatte, ist nicht bekannt. **Adeline Asendorf** hatte von 1921 bis 1929 in der Sögestraße 6 ein Atelier betrieben. 1930 verlegte sie ihr Geschäft noch für ein Jahr in die Pelzerstraße 4[50]. Friederike Asendorf folgte ein Jahr später mit ihrem Laden in die Pelzerstraße 2 und mit der Wohnung in die Nr. 3. Friederike Asendorf wechselte danach noch mehrfach den Standort ihres Ateliers: 1934 zum Ostertorsteinweg 34, 1935 in die Knochenhauerstraße 13, 1936 in die Pelzerstraße 6 und zuletzt ab 1937 zum Ostertorsteinweg 44[51]. Anfangs bot Friederike Asendorf ein erstaunliches Sortiment an: »Schokoladen – Konfitüren – Photographie«.[52]

46 Dies erstaunt umso mehr, da sie ja schon vor ihrer Ehe selbstständig das Atelier führte und ihr Mann, der Geld- und Häusermakler Diedrich Friedrich Janssen, in einer anderen Branche tätig war. Ihm wird 1926 die Prokura erteilt, als er 1943 stirbt, fallen für die Löschung der Prokura 53,70 Mark Gebühren an. Weitere Kosten fallen an, als sie am 19.12.1952 das Atelier offiziell abmeldet und als die Tochter 1956 zur Löschung aus dem Handelsregister amtlich aufgefordert wurde StAB 4,75/5-3452.

47 Im ersten Adressbuch nach dem Zweiten Weltkrieg fehlt das Atelier im Gewerberegister. Die Witwe Hermine Janssen ist aber im Adressbuch von 1950 mit einer Wohnung in der Braunschweiger Straße 50 verzeichnet.

48 Ihr Mädchenname und ihr Alter wurden aktenkundig, da sie 1915 als 34-jährige einen Pass beantragt hatte.

49 Laut Adressbuch von 1915 wohnte er in der Düsseldorfer Straße 17, ab 1916 ist nur mehr die Frau unter dieser Adresse aufgeführt. Der Ehemann hatte ab 1917 eine andere Adresse und ab 1918 fehlte er ganz im Adressbuch. Die Frau wohnte ab 1918 am Wall 86, die Adresse unter der sie ab 1920 das Atelier führte.

50 Im Adressbuch von 1930 fehlt ihr Atelier im Gewerbeverzeichnis, aber unter ihrem Namen findet sich noch der Eintrag: Photographisches Atelier in der Pelzerstraße 6, Wohnung Brake 5/6. Ab 1931 fehlt ihr Name auch im Adressverzeichnis. 1942 ist er im Adressverzeichnis unter Wegesende 23 verzeichnet.

51 In den Entnazifizierungs-Akten nannte sie das Geschäft Tipp-Top, unter dem Namen findet es sich aber nicht im Adressbuch. Das Geschäft am Ostertorsteinweg 44 wurde 1942 im letzten Adressbuch im Krieg noch genannt und fehlt aber 1948 im ersten Adressbuch nach dem Krieg. StAB 4,66-I-221.

52 Bereits 1930 befand sich in dem Gebäude Sögestraße 6 ein Konfitürengeschäft, möglicherweise kam es zu einer Art Geschäftszusammenlegung.

Ihre erfolgreichen Geschäfte musste sie 1947 im Zusammenhang mit ihrer Entnazifizierung in einem Meldebogen erklären. Danach stieg ihr Umsatz zwischen 1934 und 1938 zunächst von 3600 RM auf 5000 RM und dann im Jahr 1943 auf 5200 RM. Leider fehlen nähere Ausführungen zu den geschäftlichen Erfolgen in diesem Zeitraum, die sie trotz des gleichzeitig von zwei auf eine Person reduzierten Personals erzielte. 1945 wurde sie, wie sie weiter vermerkte, »total ausgebombt«. Im Fragebogen stufte sie sich als Mitläuferin ein und begründete dies mit den Worten: »Ich habe von der Politik keine Ahnung und habe mich niemals politisch betätigt. Mitglied der Partei bin ich nur geworden, um den ewigen geschäftlichen Chikanen und Anfeindungen seitens der Nazi aus dem Weg zu gehen.« Ihr früher Eintritt in verschiedene NS-Organisationen widerspricht aber dieser Aussage: Bereits 1934 war sie förderndes Mitglied der »Allg. SS«, 1937 trat sie in die NSDAP und in die NS-Frauenschaft ein. Im Sühnebescheid vom November 1947 wurde sie der Mitläuferschaft beschuldigt und auf der Grundlage des letzten Jahreseinkommens zur Zahlung von 420 Reichsmark verpflichtet.[53] Friederike Asendorf bezeichnete sich nach dem Krieg im Adressbuch unter ihrer Privatadresse weiterhin als Fotografin, ihr Name fehlt aber im Branchenverzeichnis.

Eines der wenigen Sujets, bei denen man Frauen Besonderes zutraute, waren Kinderaufnahmen. Beispielhaft dafür ist die Aussage von Hanni Schwarz 1905: Die Frau »ist durch ihre Naturanlagen dazu berufen die Porträtphotographie und besonders die Kinderphotographie zur wahren Kunst zu gestalten und auszubauen.«[54] Auch in Bremen hatten sich Fotografinnen auf dieses Gebiet spezialisiert. Das erstmals 1929 aufgeführte Atelier von **Margot Schultze** in der Schönhausenstraße 55 warb ab 1930 in Anzeigen mit der »Spezialität: Kinderaufnahmen, Aufnahmen für Archit. u. Industrie«. 1932 übernahm **Mathilde Burmester** das Atelier und behielt die Anzeigenwerbung für Kinderaufnahmen bis 1934 bei. Ihre Nachfolgerin **Eva Weichberger** warb zumindest 1935 noch mit dieser »Spezialität«. Im Jahr darauf verlegte sie den Betrieb in die Rembertistraße 91, bezeichnete ihn nun als Photographische Werkstatt und änderte den Adressbucheintrag in »Wolfgang Weichberger, Frau«. Aus heutiger Sicht wirkt dieser Schritt befremdlich, denn ihr Mann war Rechtsanwalt und kein Fotograf, außerdem hatte sie das Atelier bereits ein Jahr lang unter ihrem eigenen Namen betrieben. Für ihr Selbstverständnis als Fotografin spricht, dass sie zu den sechs Fotografinnen gehörte, die, wie anfangs erwähnt, 1935 in der GEDOK ausstellten. Der Rezensent bescheinigt ihr, eine »gute Bildnisphotographin« zu sein, die auf »Porträtähnlichkeit« und »Wirklichkeitstreue« Wert lege und dabei auf eine »interessante Auffassung« verzichte.[55] Die letzte Bemerkung ist vor allem als Seitenhieb auf Felicitas von Baczko zu verstehen, unterstreichen allerdings auch Eva Weichbergers handwerkliche Fähigkeiten. 1938 bestand sie die Meisterprüfung im »Photographen-Handwerk« und ließ sich diesen Titel

53 StAB 4.66-I-221. Die Strafe war bereits sechs Wochen nach dem Bescheid zum 24. Dezember 1947 zu zahlen.

54 Vgl. dazu Schwarz, Photographie (wie Anm. 17), S. 183.

55 Bremer Zeitung, Nr. 54 vom 23. Februar 1935.

im November 1938 amtlich bestätigen.[56] Ihre »Photographische Werkstatt«, nach dem Krieg in der Bismarckstraße 33, bestand noch bis 1967. Fotografien des Bremer Marktplatzes aus der Sammlung des Focke-Museums belegen, dass sie in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg Aufnahmen für den Bremer Verkehrsverein anfertigte.[57]

1933 kam es zu signifikanten Veränderungen im Bremer Fotografengewerbe, 17 von 76 Ateliers geben in Lauf des Jahres auf und fehlen im Verzeichnis von 1934, darunter auch fünf der 12 weiblich geführten. Ob die Ursachen privater Natur waren oder dem politischen Machtwechsel geschuldet waren, bleibt unklar. Felicitas von Baczko zog 1933 nach Berlin, alle anderen Atelierinhaberinnen finden sich als Privatpersonen auch noch in späteren Bremer Adressbüchern. Sie hatten zuvor 14 Jahre (Auguste Zitelmann), sieben Jahre (Hildegard Dach), sechs Jahre (Frau Johann Longera) oder drei Jahre (Mathilde Seelig) ein Atelier in Bremen betrieben. Nichtsdestoweniger kam es auch in dieser Zeit zu Neugründungen. Darunter befindet sich auch die einzige Bremer Fotografin, zu deren Ausbildungsweg sich Anhaltspunkte finden. Der Name der 1911 in Bremen geborene **Erika Wegner** tauchte 1931 bis 1933 im Schüler*innenverzeichnis der renommierten Bayerischen Staatslehranstalt für Lichtbildwesen in München auf, eine der wenigen Einrichtungen, die damals eine institutionalisierte Berufsausbildung anboten. Gleich im Anschluss eröffnete Erika Wegner unter der Adresse Fedelhören 48 ein Atelier, vermutlich in ihrem Elternhaus, da dort außer ihr auch eine Witwe gleichen Namens wohnte.[58] Sie scheint sich sehr schnell etabliert zu haben, 1935 gehörte sie zu den Ausstellenden in der GEDOK. In der schon mehrfach zitierten Rezension in der »Bremer Zeitung« wird ihr »linearer Stil« lobend hervorgehoben und ihr Bewusstsein für »die Sprache von Licht und Schatten«. Ihre Bilder würden überzeugen, da sie eine »gute Mitte zwischen Wirklichkeitstreue und gestalterischer Fähigkeit des Aufnehmenden« hielten.[59] Nach dem Krieg heiratete sie und änderte ihren Namen in Winzer-Wegner, später in Erika Winzer. Am späteren Standort des Ateliers in der Franz-Lisztstraße 5 war sie noch bis einschließlich 1967 als Fotografin im Adressbuch verzeichnet.

Sieben von zwölf Atelierinhaberinnen firmierten auch 1942 noch unter dem Namen ihrer Männer, versehen mit dem Zusatz »Frau«. Drei davon tauchten sogar erstmals 1942 auf, mitten im Krieg, ohne dass Namen oder Standorte der Ateliers zuvor in dieser Branche eine Rolle gespielt hätten. Im nach dem Krieg erstmals 1948 wieder erschienenen Bremer Adressbuch zeichnete sich schon ab, dass nun Fotografinnen eine bedeutendere Rolle spielen werden.

56 Laut einer Auflistung in der Bremer Zeitung, Nr. 338 vom 8. Dezember 1938

57 Focke-Museum, Inv. Nr. 2002.128 / 2002.129 / 2002.137 / 2002.749 / 2002.750 / 2002.751 / 2002.752. Bilder von der NO-Ecke des Bremer Marktplatzes, entstanden im Zeitraum Oktober 1945 bis Dezember 1949.

58 Von 1934 bis 1939 ist der Zusatz »Photographisches Atelier« nur im Namens- und Straßenverzeichnis zu finden, erst von 1940 bis 1942 auch im Branchenteil. Für die Hypothese, dass es sich dabei um die Mutter handelt, spricht, dass sie bereits vor 1934 in diesem Haus lebte.

59 Bremer Zeitung, Nr. 54 vom 23. Februar 1935.

Zehn der Ateliers, und damit fast jedes vierte Bremer Atelier, leiteten Frauen, nur vier von ihnen waren auch schon 1942 tätig gewesen. Geändert hatte sich 1948 offensichtlich auch die Namensnennung, alle Fotografinnen zeigten ihr gewachsenes Selbstbewusstsein dadurch, dass sie jetzt ausschließlich unter ihren eigenen Namen auftraten.

Fasst man die Entwicklung zusammen zeigt sich, dass im gesamten hier behandelten Zeitraum von ca. 100 Jahren, beginnend mit den Anfängen der Fotografie bis zur Zäsur des Zweiten Weltkriegs, gerade mal 55 Frauennamen im Zusammenhang mit Ateliers im Handel- und Gewerberegister des Bremer Adressbuchs[60] erwähnt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der weiblich geführten Bremer Ateliers unter 8 %, stieg dann kontinuierlich an und erreichte 1929 mit 21 % einen Höhepunkt, flachte dann aber wieder deutlich ab. 1933 sank er sogar auf 12 %, erlebte dann laut letztem Adressbuch 1942 mit knapp 22 % erneut eine Steigerung, eine Tendenz, die sich nach dem Krieg fortsetzte. Sicherlich waren nur die wenigsten der genannten Frauen selbst tatsächlich als Fotografinnen tätig. Etwa 15 % der Frauen waren Witwen mit angestellten Fotografen, die den Betrieb nach dem Tod ihres Mannes meist nur so lange weiterführten, bis das Geschäft abgewickelt war. Von Frauen geführte Ateliers bestanden oft nur kurze Zeit, rund 40 % der Frauennamen tauchten gerade mal ein Jahr (13 Ateliers) oder zwei Jahre (9 Ateliers) im Gewerbeverzeichnis des Telefonbuches auf. In den Nachbarstädten Oldenburg und Hamburg konnten sich dagegen zeitweise bereits im 19. Jahrhundert Ateliers von Fotografinnen – Anna Feilner[61] und Emilie Bieber – erfolgreich etablieren, von denen noch heute viele Aufnahmen erhalten sind. Das gelang keiner Bremer Fotografin. Selbst von den nachweislich länger existierenden weiblich geführten Bremer Ateliers in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind kaum Aufnahmen bekannt. Möglicherweise schärft diese erste Auflistung aller bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Bremen als Fotoatelierinhaberinnen eingetragenen Namen den Blick für die künftige Suche nach weiteren Aufnahmen und Hinweisen auf ihre Arbeitsschwerpunkte (Bereich Porträt, Landschaft, Heimat, Theater, Werbung oder aktuelle Berichterstattung).

60 Stand 1942, letztes im Krieg erschienenes Adressbuch.

61 Die Dame unter dem Schwarzen Tuch – Über die Fotografin Anna Feilner, in: Der Aufbruch Oldenburgs in die Moderne [... anlässlich der Ausstellung »Der Aufbruch Oldenburgs in die Moderne – die Landesausstellung von 1905« im Rahmen des Jahrhundertschritt 05, 22. Mai bis 31. Juli 2005 im Stadtmuseum Oldenburg], hrsg. von Udo Elerd, S. 109–119.

»Ein Mann, der Jahrzehnte im geistigen Mittelpunkt des kulturellen Lebens unserer Stadt stand.« Rudolf Alexander Schröder und Wilhelm Kaisen – Aspekte einer Beziehung (1947 bis 1962)*

Von Thomas Elsmann

»Nun liegen die Schröder Tage in Bremen schon wieder eine Woche hinter mir. Es waren im ganzen recht behaglich, freundlich bürgerliche Festtage. Das freundliche Behagen Schröders wurde besonders unterstrichen durch die Art des Bremer Bürgermeisters Kaisen, eines Bauern übrigens, über Mitte sechzig, sehr schlicht, wortkarg, aber weniger aus Verschlossenheit als aus einer Sicherheit in sich heraus, der auch als Bürgermeister noch auf seinem kleinen Hof in der Nähe Bremens weiter wohnt und arbeitet und in seinen Ansprachen auf eine schöne Weise über seine gelegentlichen Erlebnisse beim Vortrag von Schröders Gedichten und Übersetzungen berichten konnte. Dazu eine innige Freundlichkeit von den Vertretern der Akademien in Leyden und Gent, und schließlich Theodor Heuss, dessen Wirkung du dir ja vorstellen kannst. Jedenfalls, es waren wirklich behagliche Festtage, wie sie hier nur noch in einer alten Stadt möglich sind.«[1]

»Ich muß es Ihnen doch einmal aussprechen – schriftlich geht das ja besser als mündlich –, wie sehr ich mich inmitten all unseres politischen Elends freue, daß Sie noch immer die Zügel des Regiments in unserem in so rapidem Wachstum begriffenen Gemeinwesen in fester Hand halten. Ich bin ja kein Politiker, aber ein alter Mann hat doch in einem langen Leben dies und das zu sehen gekriegt, und wenn ich Ihnen als Bremer sage: ›ich dank auch schön‹, so ist das keine blosse Phrase. Sie, lieber, verehrter Herr Kaisen, gehören zu den großen Regenten unsrer Stadtgeschichte, und das in einer Zeit, in der die Aufgaben und Verantwortungen nicht etwa nur ums Fünf- oder Sechsfache, sondern ums Vielfache mehr gewachsen sind.«[2]

* Die nachstehenden Bemerkungen sind Teilergebnisse einer größeren im Abschluss befindlichen Studie unter dem Arbeitstitel *Die Stadt und ihr Dichter. Bremen und Rudolf Alexander Schröder.* Zu danken habe ich dem Deutschen Literaturarchiv Marbach, dem Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte (Focke-Museum), dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen sowie Hartmut Müller.

1 Siegfried Unseld (Hrsg.), Hermann Hesse – Peter Suhrkamp: Briefwechsel 1945–1959, Frankfurt am Main 1969, S. 237 (3. Februar 1953).

2 Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 30. November 1957 (Deutsches Literaturarchiv [im Folgenden: DLA] Marbach, Nachlass Schröder).

1. Beziehungsgeflechte

Beide als Entree angeführten Zitate sind Briefen ebenso prominenter Absender wie Adressaten entnommen: Ersteres aus einem Schreiben des Verlegers Peter Suhrkamp (1891–1959) an Hermann Hesse (1877–1962) vom Februar 1953, Zweiteres aus einem persönlichen Schreiben von Rudolf Alexander Schröder (1878–1962) an Wilhelm Kaisen (1887–1979) vom November 1957. Alle Personen standen in Beziehungen unterschiedlicher Intensität: Peter Suhrkamp war zugleich Verleger Hesses und Schröders – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg: Während Hesses Werke dem Verlag einträgliche Einnahmen sicherten, waren Schröders Werken – einschließlich der Gesamtausgabe – wenig Verkaufszahlen beschert; allerdings mit zwei Ausnahmen, über die noch zu sprechen sein wird. Hesse und Schröder verband eine in ihrer späten Phase tiefe Freundschaft, die einen Kulminationspunkt in Schröders Ansprache zu Hesses 75. Geburtstag im Juli 1952 fand, den anderen in Hesses Glückwunsch zu Schröders 75. Geburtstag in Form eines Briefes in der NZZ vom 25. Januar 1953. Peter Suhrkamp und Kaisen kannten sich wiederum aus den Vorbereitungen und den Feierlichkeiten zu Schröders 75. Geburtstag, auf den sich die Äußerungen gegenüber Hermann Hesse beziehen, einschließlich der individuellen, aber scharfsinnigen Charakterisierung Kaisens mit »aus einer Sicherheit in sich heraus.« Über Schröder und Kaisen wird im Folgenden, in die zeitgenössischen Rahmenhandlungen eingebettet, zu sprechen sein.

2. Festivitäten

Zum Ende der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Bremen, jenseits des Niederdeutschen, literarische Provinz[3] – allerdings Provinz mit einer Lichtgestalt, nämlich Rudolf Alexander Schröder als Alleinstellungsmerkmal.

Der ungemein begabte Friedo Lampe (1899–1945) hatte Bremen frühzeitig verlassen und war 1945 in Berlin zu Tode gekommen,[4] vergleichbar Felix Hartlaub (1913–1945), dessen Beziehungen zu seiner Geburtsstadt allerdings

3 Als Überblick vgl. Kurt Roselius, Bremer Dichter in der deutschen Literatur, in: Alfred Faust (Hrsg.), Geistiges Bremen, Bremen 1960, S. 207ff., hier S. 220ff., völlig unkritisch zu Schröder und Hausmann; Michael Rüppel, Literatur und Verlagswesen. Von Knigge über den Insel-Verlag zum Bremer Literaturpreis, in: Lars U. Scholl (Hrsg.), Regionale Herkunft und nationale Bedeutung. Leistungen Bremer Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur und Theologie (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2010/2011), Bremen 2012, S. 168ff., zu Schröder S. 183ff.; Johann-Günther König, Bremer Autorinnen und Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Vergegenwärtigung, in: Brem. Jb. 97, 2018, S. 93ff., zu Schröder S. 106f., zu Hausmann S. 107.

4 Jürgen Dierking (Hrsg.), Ein Autor wird wiederentdeckt. Friedo Lampe 1899–1945. Göttingen 1999; Christian Klein, Schreiben im Schatten. Homoerotische Literatur im Nationalsozialismus, Hamburg 2000, S. 150ff. u.ö.; Hans Dieter Schäfer, Moderne im Dritten Reich. Kultur der Intimität bei Oskar Loerke, Friedo Lampe und Helmut Käutner, Stuttgart 2003; zuletzt Johann-Günther König, Friedo Lampe. Eine Biographie, Göttingen (2020). Lampe hatte 1933 Ambitionen

nur marginaler Art waren.[5] Verblieben war neben Schröder Manfred Hausmann (1898 – 1986), literarisch erfolgreich sowohl im nationalsozialistischen Deutschland wie auch in der Nachkriegszeit, wo er zu denen gezählt wird, »die zu lyrischen Lieblingskindern der gutbürgerlichen Nachkriegsrestauration aufrückten«[6] und mit »romantisch-christlichen Reminiszenzen zur verharmlosenden Heimelichkeit« gelangten.[7] Heute wird seine Rolle in der Entwicklung von einem Mitglied der anti-modernistischen, völkisch-nationalen ›Niederdeutschen Bewegung‹, versinnbildlicht in der 1924 mit Gleichgesinnten gegründeten Autorenvereinigung *Die Kogge*, hin zum Sympathisanten des Nationalsozialismus – in der Nachkriegszeit nicht thematisiert – kritisch hinterfragt,[8] zumal er noch 1970 den von der rechts-konservativen *Deutschland-Stiftung* verliehenen Konrad-Adenauer-Preis für Literatur entgegennahm. Mitbegründer und Geschäftsführer der *Deutschland-Stiftung* war Kurt Ziesel (1911–2001), überzeugter Nationalsozialist, glühender Hitler-Verehrer, der in zahlreichen pamphletartigen Publikationen nach 1945 den ›Untergang der abendländischen und deutschen Werte‹ beschwor, zur

Leiter der Bremer Lesehallen zu werden, nachdem Arthur Heidenhain (1862–1961) aus seinem Amt gedrängt worden war. An Stelle von Lampe wurde allerdings der überzeugte Nationalsozialist Kurd Schulz (1900–1974) berufen, vgl. Jan-Pieter Barbian, Literaturpolitik im NS-Staat. Von der »Gleichschaltung« bis zum Ruin, Frankfurt am Main 2010, S. 438 f.

5 Monika Marose, Unter der Tarnkappe. Felix Hartlaub. Eine Biographie, Berlin 2005; Nikola Herweg, Harald Tausch (Hrsg.), Das Werk von Felix Hartlaub. Einflüsse. Kontexte, Rezeption (marbacher schriften. neue folge. 17), Göttingen [2019].

6 So Uwe-K. Ketelsen, Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literatur in Deutschland 1890–1945, Stuttgart 1976, S. 50.

7 Ebd. Ketelsen zählt in diesem Kontext auch Schröder dazu, was weniger der Realität entspricht.

8 Arn Strohmeyer, Der Mitläufer. Manfred Hausmann und der Nationalsozialismus, Bremen 1999; ders., Unerwünscht? Der Schriftsteller Manfred Hausmann in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Arn Strohmeyer, Kai Artinger, Ferdinand Krogmann, Landschaft, Licht und niederdeutscher Mythos. Die Worpsweder Kunst und der Nationalsozialismus, Weimar 2000, S. 197 ff. Im Urteil zurückhaltender Hans Sarkowicz, Alf Mentzer, Literatur in Nazi-Deutschland. Ein biografisches Lexikon. Erweiterte Neuausgabe, Hamburg, Wien, 2002, S. 213 ff.; dies., Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011, S. 311 ff. Wesentlich apologetisch Ulf Fiedler, Manfred Hausmann: Worpswede und Rönnebeck – Die Lust der weiten Horizonte, in: ders., Dichter an Strom und Deich, Bremen 1995, S. 50 ff. Bemerkenswert ist, dass Hausmann mehrmals durch die persönliche Intervention des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst (1890–1978) vor Angriffen geschützt wurde, vgl. Rolf Düsterberg, Hanns Johst: »Der Barde der SS«. Karrieren eines deutschen Schriftstellers, Paderborn, München u.a. 2004, S. 281 ff. Einer der Kritiker, der Hausmann nichts Geringeres als Pornografie unterstellte, war Kurt Ziesel! Zum Verhältnis von Johst und Hausmann vgl. auch Dietrich Strothmann, Nationalsozialistische Literaturpolitik, 2. Auflage, Bonn 1963, S. 71 ff. Hausmann hatte auch Literatur eindeutig homoerotischen Inhaltes aus dem Hintergrund der Jugendbewegung verfasst, vgl. Klein, Schreiben im Schatten (wie Anm. 4), S. 89 ff.

Camouflage seiner eigenen Schuld sich im Denunziantentum erging[9] und dem typischen NS-Autoren »intellektueller Mediokrität« entsprach.[10]

Hausmann kann – wie im Übrigen auch Schröder[11] – in der Zeit nach 1945 als prominenter Vertreter einer Literaturauffassung gelten, die aus den Erfahrungen der NS-Diktatur weniger politische Schlüsse für das Sein als Dichter zog, sondern zur Abwendung in die ›Innerlichkeit‹ führte, zu einem literarischen Konservatismus mit vermeintlich fortdauernden ›echten‹ Werten.[12] Anders als Schröder reihte er sich unrühmlich in die Phalanx derjenigen Apologeten ein, die die sog. ›Innere Emigration‹ (letztlich eine ›Leerformel‹, die beliebig mit Inhalt gefüllt werden konnte und wurde) verteidigten, indem sie die ins Ausland emigrierten Autoren attackierten. Aber auch hier war er ›Mitläufer‹ aus der Entourage im Schatten der als Protagonisten agierenden, gleichwohl nachrangigen Autoren Frank Thiess (1890–1977),[13] der im Übrigen kurz vor Hausmann (1968) den Konrad-Adenauer Preis der *Deutschland-Stiftung* erhalten hatte, und Walter von Molo (1888–1958).[14] Allerdings war auch Schröder, der umfangreiche Korrespondenzen zu den Genannten unterhielt,[15] (unter bedenklicher Wortwahl) nicht frei von Ressentiments gegen die Exilautoren, in denen er eine ›Bedrohung‹ der Schriftsteller der ›Inneren Emigration‹ erblickte.[16]

Die nunmehr entstandene Leere konnte Rudolf Alexander Schröder füllen – und er wusste sie zu füllen und zu reüssieren. Obgleich seit Ende 1935 in Bergen (Oberbayern) wohnhaft, hatte er nie die Verbindungen zu seiner Heimstadt, in der er als vielfältig begabter Innenarchitekt,[17] Buchillustrator,

9 Zu ihm Stefan Busch, »Und gestern, da hörte uns Deutschland.« NS-Autoren in der Bundesrepublik. Kontinuität bei Friedrich Griese, Werner Beumelburg, Eberhard Wolfgang Möller und Kurt Ziesel (Studien zur Literatur- und Kulturgeschichte. 12), Würzburg 1998, S. 209 ff.

10 Jürgen Hillesheim, Elisabeth Michael, Lexikon Nationalsozialistischer Dichter. Biographien – Analysen – Bibliographien, Würzburg 1993, S. 7, zu Ziesel S. 564 ff.

11 Hausmann und Schröder führten seit 1927 eine unauffällige Korrespondenz, vgl. DLA Marbach, Nachlass Schröder.

12 Vgl. Ralf Schnell, Dichtung in finsteren Zeiten. Deutsche Literatur und Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 182 ff.

13 Zu ihm Überblick bei: Sarkowicz, Mentzer, Literatur in Nazi-Deutschland (wie Anm. 8), S. 380 ff.; dies.: Schriftsteller im Nationalsozialismus (wie Anm. 8), S. 582 ff.

14 Zu ihm Überblick bei: Sarkowicz, Mentzer: Literatur in NS-Deutschland (wie Anm. 8), S. 315 ff.; dies.: Schriftsteller im Nationalsozialismus (wie Anm. 8), S. 476 ff.

15 DLA Marbach, Nachlass Schröder.

16 Vgl. das Zitat bei Claudia Scheufele, »die schauerliche Psychose der sogenannten modernen Kunst«: Rudolf Alexander Schröder und die literarische Moderne in seinen Korrespondenzen mit Ernst Jünger und Alfred Döblin zwischen 1948 und 1959, in: Hans-Albrecht Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (1878–1962) (Beiträge zur Text-, Überlieferungs- und Bildungsgeschichte. 4), Frankfurt am Main, Bern u. a. 2013, S. (401) ff., hier S. (401) f.

17 Vgl. dazu als Überblicke: Ursula Heiderich, Günter Heiderich, Rudolf Alexander Schröder und die Wohnkunst 1899–1931, Bremen [1977]; Georg Skalecki, Rudolf

Maler, Designer, Schriftsteller und Mitbegründer des zu Existenzzeiten vom Bremer Bürgertum misstrauisch beäugten, im Zeichen der Ablehnung der propagierten wilhelminischen Staatskunst ins Leben gerufene, heute in der Breite seines Einflusses gelegentlich überschätzten gesellschaftlich-ästhetischen Zirkels *Die Goldene Wolke* Spuren hinterließ[18], abreißen lassen, was die Stadt freudig annahm und ihm vergalt: nicht nur 1938 in Form der Verleihung der zum Anlass seines 60. Geburtstages vom (nationalsozialistischen) Senat erstmals gestifteten *Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft*,[19] (Abb. 1), sondern gerade in der Nachkriegszeit, indem man sich mit ihm als einem ›bremischen‹ Dichter schmückte und ihm eine wohlfeile Bühne bot.

Abb. 1: Revers der Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft, 1938 (Foto: DLA Marbach)

Bremen und Schröder: Man kann dieses Verhältnis als ein symbiotisches kennzeichnen. Der Dichter galt als unbestrittene Autorität, als integre moralische Instanz, ihn umgab etwas ›Ikonenhaftes‹. Das galt nicht nur für seine Heimatstadt. Die Stellung in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den 1950er Jahren erfuhr eine nochmalige Steigerung (fast ins Apotheosenhafte) nach seinem Tode im Sommer 1962[20] –

Alexander Schröder als Architekt in Bremen, in: Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (wie Anm. 16), S. 147 ff.; Alexander Markschies, Architekt aus Leidenschaft: Rudolf Alexander Schröder und die moderne Raumkunst, in: ebd., S. 159 ff.; Ferdinand J. Krings, Architektur und Poesie. Rudolf Alexander Schröder als Baumeister und Mittelpunkt der »Goldenen Wolke«, Bad Langensalza 2015.

18 Vgl. Gustav Pauli, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Tübingen 1936, S. 215 ff.; Marga Berck, Die goldene Wolke. Eine verklungene Bremer Melodie, Bremen 1954; Bernd W. Seiler, Lesmona und die Goldene Wolke. Gesellschafts- und Familienleben in Bremen um 1900, in: Jahrbuch des Club zu Bremen 1995/1996, S. 21 ff.; Krings, Architektur und Poesie (wie Anm. 17), S. 37 ff.; Anne Struve-Debeaux, Le Nuage d'or. Autour d'un cercle littéraire et artistique de l'Allemagne à la Belle Époque, Paris 2017; dazu Thomas Elsmann, in: Brem. Jb. 99, 2020, S. 293 ff. Schröder selbst hat sich in der Jubiläumsrede von 1939 auf Emil Waldmann (1880–1945) zu dem Zirkel geäußert, vgl. Jubiläumsrede auf Emil Waldmann, in: ders., Gesammelte Werke in fünf Bänden (im Folgenden: GW). Dritter Band: Die Aufsätze und Reden. Zweiter Band, Berlin und Frankfurt am Main 1952, S. 1099 ff., hier S. 1100 ff.

19 Vgl. Peter Galperin, Die Ehrenzeichen der Freien Hansestadt Bremen, Frankfurt am Main (1979), S. 59 ff.

20 Vgl. dazu die zahlreichen Literaturhinweise bei Yvonne Zimmermann, Geschichte, Politik und Poetik im Werk Rudolf Alexander Schröders. Kontinuität und Variation (Beiträge zur Text-, Überlieferungs- und Bildungsgeschichte. 6), Frankfurt am Main, Bern u.a. 2016, S. 23 ff.

um dann rasch in Desinteresse an Werk und Person umzuschlagen. Allerdings mit Ausnahme der geistlichen Dichtung und von Anthologien und Lesebüchern, in denen Autoren der sog. ›Inneren Emigration‹, darunter umstrittene wie Hans Carossa (1878–1956) und Ina Seidel (1885–1974), überproportional vertreten blieben.[21]

Der in Worpswede beheimatete heimatzentrierte, nationalkonservative Autor Waldemar Augustiny (1897–1979)[22] – der sich im Übrigen in einer Art ›Konkurrenzsituation‹ als bremischer Laudator Schröders zu Manfred Hausmann befand und mit Schröder durch seine Tätigkeiten im nationalsozialistischen *Reichsverband Deutscher Schriftsteller* in den 1930er Jahren bekannt war – legte 1978 eine schmale Biografie vor, in der Schröder für die Zeit nach 1945 eine fast messianische Rolle beigemessen wird: »Nach 1945, als unser Volk nach dem tiefen Sturz, nach der Verwirrung der Sprache, der Sitten und der Gesittung zur Besinnung kam und Halt und Trost suchte, da wurden Männer, die standhaft geblieben waren, da wurde auch Schröder zu Vorträgen gebeten.«[23] Man sah in ihm den Vertreter jenes bürgerlich-traditionalistischen Bremen, seiner Größe und seiner Werte, das in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges unwiederbringlich untergegangen war; auch für Schröder selbst, wie noch zu zeigen sein wird. Dabei fungierte die Tradition, wie sie Schröder in Augen der Bremer Zeitgenossen verkörperte, für die Stadt zugleich als Selbstvergewisserung. Es war offenbar unerheblich, dass der, zwar als Verfasser und Übersetzer immer noch tätige, hofierte Autor den Höhepunkt seines literarischen Schaffens bereits hinter sich gelassen hatte und einer neuen, aufstrebenden Generation von Schriftstellern keine Impulse mehr zu geben vermochte (und wohl auch nicht geben wollte) und ihr weitestgehend verständnislos gegenüberstand.[24] Ebenso warf man einen Mantel des Vergessens über die Ehrung des Jahres 1938 und erteilte ihm Dispens.

Schröder wurde hofiert – und er ließ sich hofieren, obgleich er, zugleich ausgestattet mit einem klaren Selbstbewusstsein, bereits früh Bremen durch-

21 Vgl. Ralf Schnell, Literarische Innere Emigration 1933–1945, Stuttgart 1976, S. (1); ausführlich Sarkowicz, Mentzer, Schriftsteller im Nationalsozialismus (wie Anm. 8), S. 59 ff.

22 Zu ihm Ferdinand Krogmann, Schriftsteller in Worpswede während des »Dritten Reiches« im Spiegel der Presse der eigenen Werke, in: Strohmeyer, Artinger, Krogmann, Worpsweder Kunst im Nationalsozialismus (wie Anm. 8), S. 215 ff., zu Augustiny S. 283 ff.; Lawrence D. Stokes, Der Eutiner Dichterkreis und der Nationalsozialismus. 1936–1945. Eine Dokumentation. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins. 111), Neumünster 2001, S. 223 ff.; Ferdinand Krogmann, Waldemar Augustiny. »Schöngeist« unterm Hakenkreuz. Ein Beitrag zur niederdeutschen Heimatbewegung im Nationalsozialismus, Weimar 2005.

23 Waldemar Augustiny, Rudolf Alexander Schröder. Tagenbaren und Weltbürger, Bremen 1978, S. 29; ebenso: ders., Rudolf Alexander Schröder (1878–1962), in: Niedersächsische Lebensbilder, Bd. 9, Hildesheim u.a. 1976, S. (214) ff., hier S. 231.

24 Vgl. dazu Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Rudolf Alexander Schröder, der Stahlberg-Verlag und die Anfänge der Gruppe 47, in: Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (wie Anm. 16), S. (341) ff.; die übergeordnete Einordnung bei Schnell, Dichtung in finsteren Zeiten (wie Anm. 12), S. 182 ff.

aus kritisch und als provinziell beurteilte, wie nachstehender Tagebucheintrag von Harry Graf Kessler (1886–1937) bezeugt: »Bremen. 17. November 1911. [...] Als ich ihn (d.i. Schröder) auf dem Heimweg begleitete und wir durch die stillen aber stimmungsvollen Strassen der Stadt giengen, meinte er, hier in Bremen habe nie irgendetwas geblüht; man hätte es ihm nicht schwer gemacht, der berühmteste Sohn seiner Vaterstadt zu werden.«[25] Ob zur Eröffnung einer Theatersaison, zu einer Stiftungsfeier, zu literarischen Wochen in Bremen, zu Schiffstaufen, zu gesellschaftlichen Vorträgen, zur Geschichte der Kunsthalle Bremen, noch 1962 als panegyrischer Beiträger zum 75. Geburtstag von Bürgermeister Wilhelm Kaisen – er war zur Stelle. Dabei waren Personenkreise, mit denen sich Schröder umgab, gelegentlich zumindest als ›problematisch‹ zu kennzeichnen. So traten während der Festwochen zum 90. Geburtstag Gerhart Hauptmanns im November 1952 im Theater am Goetheplatz als Redner neben Schröder ausgerechnet der NS-affine Literaturwissenschaftler, Autor und Redakteur Paul Fechter (1880–1958) und Frank Thiess, der selbsternannte Anwalt der ›Inneren Emigration‹, auf.[26] Die Patronage des Ganzen lag bei Kaisen, der in einem Grußwort vom 15. November Hauptmann als »größten deutschen Dramatiker der Gegenwart« pries und zugleich »den von uns geschätzten Frank Thiess« begrüßte.[27] Thiess gehörte im Übrigen 1953/1954 der Jury des *Bremer Literaturpreises* an, Manfred Hausmann gar von 1959/1960 bis 1967/1968.[28] Fechter und Schröder waren seit den von Hans Grimm (1875–1959) in den 1930er Jahren veranstalteten, national-konservativ orientierten Dichtertreffen auf dem Lippoldsberg bekannt,[29] wobei Fechter in dem Bremer eine Art ›natürliche Autorität‹ zu erblicken meinte,[30] was dieser später mit einem kurzen Beitrag für die Festschrift auf Fechter (1955) vergolt.[31]

Über die Jahre nahmen Schröders Geburtstage die Formen von Staatsakten an. Die verbindenden Grundzüge lassen sich beispielhaft der Ehren-

25 Jörg Schuster u.a. (Hrsg.), Harry Graf Kessler. Das Tagebuch. Vierter Band. 1906–1914, Stuttgart 2005, S. 743f.

26 Vgl. Gerhart Hauptmann. Drei Reden von R. A. Schröder, Frank Thieß, Paul Fechter, Gütersloh 1953. Schröder hatte bereits zum 75. und zum 80. Geburtstag Hauptmanns ausgiebig literarisch gratuliert: Rudolf Alexander Schröder, Erntedank für Gerhart Hauptmann, in: GW II (wie Anm. 18), S. 893ff.; ders., Gruß an Gerhart Hauptmann, in: ebd., S. 909ff.

27 StAB 7.97/0-3 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen).

28 Vgl. die Angaben bei Wolfgang Emmerich (Hrsg.), »Bewundert und viel gescholten ...« Der Bremer Literaturpreis 1954–1998. Reden der Preisträger und andere Texte. Eine Dokumentation der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, Bremerhaven 1999, S. 529.

29 Zur Genese der Veranstaltung und den Teilnehmern vgl. ausführlich: Georg Koch, Hans Grimms Lippoldsberger Dichterkreis, in: Richard Faber, Christine Holste (Hrsg.), Kreise – Gruppen – Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation, Würzburg 2000, S. 165ff., mit einer Auflistung der Teilnehmer.

30 Vgl. Paul Fechter, Hans Grimm und sein Lippoldsberg, in: ders., An der Wende der Zeit. Menschen und Begegnungen, Gütersloh 1949, S. 390ff., hier S. 416ff.

31 Rudolf Alexander Schröder: Gruß an Paul Fechter, in: Dank und Erkenntnis. Paul Fechter zum 75. Geburtstag am 14. September 1955, Gütersloh (1955), S. 25.

bürgerurkunde und später der vom Bremer Senat unter Wilhelm Kaisen verbreiteten Traueranzeige entnehmen.[32]

Schröders Traditionalismus und zugleich Antimodernismus schienen wie geschaffen, die Jahre zwischen 1933 und 1945 in den Hintergrund treten zu lassen, und er passte sich in die Kultur des ›Vergessens‹ ein, die dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau förderlich schien. Er galt Vielen als eine Art ›Gralshüter‹, der schon früh »Verlotterung und Verluderung« der Literatur entgegengetreten sei,[33] einhergehend mit einer Stigmatisierung des Neuen: »Wenn die grand old men der deutschen Gelehrtenrepublik wie Curtius und Schröder einander über die Köpfe des profanum vulgus der literarischen Tagesproduktion hinweg zublinzeln und kleine kritische Blumensträuße überreichen, dann fällt gleichsam die ganze mittlere und jüngere Generation der heutigen deutschen Literatur als unerheblich unter den Tisch.«[34] Dabei wird übersehen, dass »Verlotterung und Verluderung« von Schröder selbst aus einem Vortrag (1927) mit dem Titel *Neue Dichtung* stammen.[35] Der Satz in Gänze lautet:[36] »Freilich ist die Verlotterung und Verluderung unseres literarischen Lebens, diese ›neue Dichtung‹, die ihre schlammichten und schleimichten Spuren in unsern Bibliotheken und auf unsern Bühnen hinterläßt, nicht etwas aller jüngsten Datums.« Das korrespondiert mit einem Selbstporträt für *Die Literarische Welt* aus dem November 1930:[37]

> »Nun, meine literarische ›Gegenwart‹ sind für mich Goethe, Homer und tutti quanti; dagegen vermag ich trotz bestem Willen die ›literarische‹ Gegenwart mancher unter den sich im Augenblick im Vordergrund der Bühnen- und Verlagsbetriebe Tummelnden nicht zu konstatieren.«

Er spiegelte in seiner Person idealtypisch eine Entwicklung des Intellektuellen von der Kaiserzeit, über die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus bis ins Nachkriegsdeutschland: die Hinwendung zum Unpolitischen, zu scheinbar höheren moralischen Werten, wie es der ›Zeitgeist‹ der frühen Nachkriegszeit favorisierte,[38] der den Autoren der ›Inneren Emigration‹ wichtige Literatur- und Staatspreise und z.T. erstaunliche Auflagenhöhen bescherte.[39] Letzterer Punkt traf auf Schröder nur bedingt zu, wie Klaus

32 S. unten.

33 So Ernst Robert Curtius, Zum 70. Geburtstag Rudolf Alexander Schröders am 26. Januar 1948, in: Merkur 1947/1948, Heft 6, S. 863–864, hier S. 864.

34 Hans Egon Holthusen, Der unbehauste Mensch. Motive und Probleme der modernen Literatur, München 1951, S. 155.

35 Neue Dichtung. Hamburg 1927, in: GW III (wie Anm. 18), S. 127–139; dazu zuletzt Zimmermann: Geschichte, Politik (wie Anm. 20), passim.

36 Ebd., S. 135–136.

37 Die Literarische Welt, 6. Jahrgang, Nr. 48, vom 28. November 1930.

38 Vgl. dazu auch Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 7f.

39 Vgl. ausführlich Friedhelm Kröll, Literaturpreise nach 1945. Wegweiser in die Restauration, in: Jost Hermand, Helmut Peitsch, Klaus R. Scherpe (Hrsg.), Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945–1949. Bd. 1: Schreibweisen, Gattungen, Institutionen, Berlin 1982, S. 143ff.; Sarkowicz, Mentzer, Schriftsteller im Nationalsozialismus (wie Anm. 8), S. 60; Christian Adam, Der Traum vom

Goebel treffend formuliert hat:[40] »Der Dichter Rudolf Alexander Schröder (1878–1962) besaß in der frühen Nachkriegszeit einen hohen Bekanntheitsgrad, ohne dass seine Schriften größere Auflagen erreicht hätten.« Schröder brachte in der Tat seinem Verlag, sprich: Suhrkamp, wie angedeutet, wenig Umsatz ein. Das Ganze hatte später, als er gesundheitlich mehr und mehr angeschlagen war, einen tragischen Beigeschmack. Zeugnis gibt ein Schreiben von Siegfried Unseld (1924–2002), des Lektors des Suhrkamp-Verlages, vom 23. November 1960 an Bildungssenator Willy Dehnkamp (1903–1985),[41] allerdings in Unkenntnis der Tatsache, dass der Senat inzwischen Schröders Apanage verdoppelt hatte:[42]

> »Seine finanziellen Bezüge setzen sich zusammen aus dem Ehrensold der Stadt Bremen und aus DM 800.–, die ihm der Verlag à conto seiner Honorare bezahlte. Ich habe ihm jetzt diese monatlichen Beträge auf DM 1.000.– erhöht. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß die Tantiemen, die sich aus seinen Büchern ergeben, bei weitem nicht eine solche Zahlung zulassen, aber ich konnte angesichts seiner Furcht nicht anders handeln; ohnehin ist es beschämend, daß ein Mann am Ende eines so reichen Lebens nicht von den Früchten seiner Arbeit leben kann. Ich habe Schröder aber auch versprochen, bei Ihnen anzufragen, ob Sie nicht eine Möglichkeit sehen, für die Lebensfrist, die ihm noch vergönnt ist, den Ehrensold der Stadt etwas zu erhöhen.«

Das Ziel des Verlages, den Autor an breitere Leserschichten heranzuführen, scheiterte. Dies ist insofern einzuschränken, da neben der Teil-Autobiografie *Unser altes Haus*,[43] die allerdings unter Lizenz im Angelsachsenverlag in Bremen verlegt wurde, auch die Anthologie *Fülle des Daseins* (1958), eine Art Florilegiensammlung unter maßgeblicher Redaktion von Unseld, in erstaunlich hohen Stückzahlen gedruckt wurde. Sie wurden zu einem typischen ›Besinnungsbuch‹ der 1950er und 1960er Jahre, in einigen Bundesländern gerne als Beigabe zum Reifezeugnis verteilt.[44]

Die Annäherung der vom Bremer Senat begangenen Geburtstage Schröders an die Formen von Staatsakten ist bereits angesprochen worden. Ein detaillierter Blick darauf wie auch auf die Trauerfeier 1962 offenbart einen tieferen Einblick in die offiziellen Beziehungen zwischen Bremer politischen Meinungsbildnern, an ihrer Spitze Kaisen, und Schröder.

Jahre Null. Autoren, Bestseller, Leser: Die Neuordnung der Bücherwelt in Ost und West nach 1945, Berlin 2016, S. 14 (Literaturpreise), S. 311 f. (verkaufte Bücher).

40 Klaus Goebel, Rudolf Alexander Schröder und die Frankfurter Zeitung während der nationalsozialistischen Diktatur, in: Reinhold Schneider Blätter, Neue Folge 2, 2015, S. (53) ff., das Zitat S. (53).

41 Siegfried Unseld an Willy Dehnkamp, Frankfurt am Main und Berlin, den 23. November 1960 (StAB 7.5284-13).

42 S. unten.

43 S. unten.

44 Vgl. Friedrich Voit, Der Verleger Peter Suhrkamp und seine Autoren, Kronberg im Taunus 1975, S. 188 ff.

Einer der Höhepunkte der ›Schröderverehrung‹ war die Verleihung der Ehrenbürgerwürde 1948. Am 22. November 1947 hatte Bürgermeister Kaisen eine Einladung an Schröder ausgesprochen,[45] »dass Sie diesen Tag in ihrer Vaterstadt verbringen möchten, so dem Senat und Ihren Bremer Freunden Gelegenheit gebend, Ihnen die Glückwünsche von Angesicht zu Angesicht auszusprechen.« – ohne die geplante Ehrenbürgerwürde zu erwähnen; im Übrigen die erste überlieferte Korrespondenz beider. Angesprochener antwortete,[46] nach einer überstandenen Grippe, am 17. Dezember positiv auf die Einladung, vorausgesetzt seine Gesundheit ließe dies zu.

Die Frage nach einer Ehrung zum 70. Geburtstag war den Unterlagen im Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen folgend[47] erstmals am 17. Juni 1947 vom Senator für das Bildungswesen Christian Paulmann (SPD, 1897–1970) im Senat vorgebracht worden. Paulmann verkündete die Herausgabe einer vom bremischen Staat finanzierten Festschrift, sah aber eine darüber hinausgehende Würdigung z. B. durch den Professorentitel als notwendig an, da »Hamburg Rudolf Alexander Schröder kürzlich durch die Verleihung des Lessing-Preises geehrt habe.« Kurzum: Man wollte als Geburtsstadt nicht hintanstehen.[48] Der Vorschlag der Ehrenbürgerwürde kam als Lösung von Wilhelm Kaisen selbst, umgehend unterstützt vom Leiter des Hafenresorts Hermann Apelt (BDV, 1876–1960). Allerdings beließ man es zunächst bei der Erläuterung; zu den Punkten sollte eine Prüfung erfolgen. Erst in der Senatssitzung vom 31. Oktober wurde grundsätzlich der Beschluss zur Ehrenbürgerschaft gefällt und am 21. November konkretisiert. Auf eine Festschrift wurde aus Zeitgründen vorerst verzichtet, die Urkunde, deren Text Apelt persönlich entworfen hatte, sollte von Willy Menz (1890–1969, Direktor der Kunstschule Bremen seit 1947) gestaltet, ausgeführt und an Schröders Geburtstag 1948 in der oberen Ratshaushalle überreicht werden.

Eine Besonderheit ist im Kontext der Ehrenbürgerschaft Schröders bereits angesprochen worden: 1950 verband man sie mit einem ›Ehrensold‹ von 500 DM und führte als Begründung seine kommissarische Leitung der Kunsthalle Bremen in der Nachkriegszeit an;[49] ein in der Verwaltung umstrittener Vorgang, da ein Präzedenzfall befürchtet wurde. Am 6. November 1960 verdoppelte der Senat den ›Ehrensold‹ auf 1.000,00 DM, weil Schröder wegen des

45 Wilhelm Kaisen an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 22. November 1947 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

46 DLA Marbach, Nachlass Schröder.

47 StAB 3-B.6., Nr. 247.

48 Schröder hatte am 22. Januar 1947 den Hamburger Lessing-Preis erhalten; seine Dankesrede in: GW III (wie Anm. 18), S. 1 ff.

49 StAB 3-B.6., Nr. 247, Bd. 2. Zu Schröders Leitung der Kunsthalle vgl. Günter Busch, Schröder und die Kunsthalle, in: Johann Heinrich Müller (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder. Zur Erinnerung an seinen 90. Geburtstag, Bremen 1968, S. 13 ff.; ders., Die Kunsthalle Bremen in vier Jahrzehnten, Bremen 1984, S. 55 ff.; zuletzt Frank Laukötter, Rudolf Alexander Schröder als Direktor der Kunsthalle – eine Miszelle über eine »Formsache«, in: Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (wie Anm. 16), S. (173) ff.

rapide verschlechternden Gesundzustandes einen erhöhten Pflegeaufwand benötigte und dies nur schwer aus eigenen Mitteln leisten konnte.[50]

Am Tage der festlichen Verleihung am 26. Januar 1948 beließ es Bürgermeister Kaisen bei einer kurzen Ansprache, die sich inhaltlich im Wesentlichen an den in der Ehrenbürgerurkunde ausgeführten Text hielt:[51] Schröder sei ein Künder der Vergangenheit und ein Seher der Zukunft, habe die abendländischen Werte auch in schwerster Zeit verteidigt, er sei Vorbild und Sänger seiner Vaterstadt. Zugleich bildet sich dabei in seiner Rede eine Tetrade, die sich wie ein ›roter Faden‹ durch die Ehrungen der kommenden Jahre ziehen sollte: »Verteidigung, Bewahrung, Beständigkeit, Heimat.«

Die ausgiebige Begründung trug Senator Hermann Apelt vor, der sich indes in die Rolle eines Panegyrikers mit der Vorliebe für wortreiche Kaskaden verstieg; der Berichterstatter des Weser-Kuriers sprach denn auch von einer »besonders weitausholenden« Rede, in der Apelt »den leuchtenden Blumenteppich der Heimatliebe« vor den Gästen ausbreitete.[52] Hier mischte sich unverhohlene Inanspruchnahme – ähnlich der des Jahres 1938 – mit einem persönlichen Freundschaftsdienst. Beide waren gute Bekannte, besonders aus dem Umfeld der Bremer Kunsthalle und des Kunstvereins, dessen Vorsitz Apelt von 1922 bis 1934 und von 1945 bis 1957 innehatte.[53]

Apelt liefert zunächst das wiederholte Bild des Bewahrers, der »das geistige Erbe der Väter zu wahren und zu erneuern bestrebt war« und als »defensor litterarum« und »defensor fidei« die abendländische Kultur schirmte.[54] Anderes ist überraschend entblößend:[55]

> »Und wahrlich, wir haben allen Grund, uns eines solchen Mannes zu freuen. Denn der äußeren Macht entkleidet, wie nie zuvor im Laufe unserer tausendjährigen Geschichte, haben wir wie nie zuvor Anlaß, uns auf unseren geistigen Besitz zu besinnen, den geistigen Besitz, den uns keiner nehmen kann, wenn wir selbst ihn erkennen, ihn zu schätzen und zu wahren wissen [...].«

›Geistiger Besitz‹ als Substitution für ›äußere Macht‹: Beides erhebt den Anspruch auf Stärke, freilich ohne Reflexion über den Konnex. Wenn denn – wie Apelt mehrfach ausführt – dieser ›geistige Besitz‹ so wertvoll und wichtig ist, warum hat er dann die Entwicklungen, die zur Entkleidung der ›äußeren Macht‹ geführt haben, nicht aufgehalten? Darüber schweigt der Redner.

Die anhängige Dankesrede (*Dank an Bremen*) trägt den Charakter des inhaltlichen Anschlusses an diejenige von 1938.[56] Dabei ist ›inhaltlicher Anschluss‹ durchaus im wortwörtlichen Sinne zu verwenden: Der Geehrte

50 StAB 7.5284-13.
51 Vgl. die Berichterstattung im Weser-Kurier, vom 27. Januar 1948.
52 Ebd.
53 Vgl. Hermann Apelt, Erinnerungen aus 57 Jahren Kunstverein, Bremen [1958].
54 Hermann Apelt, Rede zum 70. Geburtstag des Dichters Rudolf Alexander Schröder, in: ders., Reden und Schriften, Bremen 1962, S. 439ff., hier S. 439f.
55 Ebd., S. 440.
56 Rudolf Alexander Schröder, Der Bremer Schlüssel (7. Bremer Liebhaber-Druck), Bremen 1938.

begann erneut mit Jugenderinnerungen, den ersten Begegnungen mit dem Ratshausinneren in Begleitung seines Vaters. Was folgt, ist der aus Dankesreden bekannte Bescheidenheitstopos. Besonders angesichts der eigenen, als wenig ruhmreich empfundenen Schulzeit hätte wenig dafür gesprochen, einst die Ehrenbürgerschaft zu erhalten:[57] »Ich wüßte unter den hier Anwesenden den einen oder den andern, der mir das wahrheitsgemäß bestätigen könnte.« Angesichts der zurückliegenden katastrophalen Jahre bedient sich Schröder, nachdem er bereits die aus der bremischen Sagenwelt bekannte Gluckhenne mit ihren Flügeln als Schutz der Vertriebenen bemüht hat, der ›Umdichtung‹ des bremischen Wahlspruches »Bremen wees bedächtig.«[58]

> »Ich möchte ihm heut eine etwas andere Wendung geben, möchte sagen: ›Bremen wees indächtig.‹ – ›Bremen sei gedenk.‹ In dem Wort klänge dann für mich doch auch etwas von ›Wagen und Winnen‹ mit an.«

Bei allem aufrichtigen Dank, bei aller Verbundenheit: Es darf nicht übersehen werden, dass Schröder in zweierlei Hinsicht um seine Heimatstadt oder besser: um ein Bild von ihr trauerte. Um jenes der Zeit des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, das für ihn durch die Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein Ende fand und – bei allem Exil in Süddeutschland – jenes der Zeit vor 1939, dessen physische Trümmer er vor sich sah.

Seine Dankesrede endete folgerichtig nachdenklich:[59]

> »Gedenken an das, was Bremen ehemals groß gemacht hat, aber zugleich ein festes und männliches ins Auge Fassen und Gedenken dessen, was uns in jüngster Zeit vor uns selbst und vor der Welt schuldig gemacht, und wofür sie uns ihre Quittung in dem Trümmerfall rings um die gnädig bewahrten Heiligtümer von Dom und Rathaus ausgestellt hat. Beides muß mit strengem und gefaßtem Ernst bestanden und gewagt werden, wenn wir das Wagnis unsrer Zukunft bestehen und gewinnen wollen.«

Der gefühlte Verlust mag wesentlich dazu beigetragen haben, dass Schröder nach 1945 nicht fortdauernd nach Bremen zurückkehrte, um hier den Rest des Lebens zu verbringen:[60] »Ich selber habe mit großer Erschütterung erlebt, wie alt gewordene Freunde in die Heimatstadt zurückkehrten, um dort zu sterben.« Was ihm verblieb, war ein verblassendes Bild, *sein* Bild von Bremen, wie es sich aus den autobiografischen Teilen seines Œuvres rekonstruieren lässt, die allerdings fast alle ihre Wurzeln in Veröffentlichungen aus den späten 1920er und den 1930er Jahren hatten.

Nicht gänzlich aus dem Blickwinkel geraten war eine Festschrift. Sie sollte nun nicht nur die Reden Kaisens, Apelts und des Geehrten umfassen, sondern

57 GW III (wie Anm. 18), S. 1158ff., hier S. 1159.
58 Ebd., S. 1161.
59 Ebd.
60 Rudolf Alexander Schröder, Heimat. Rudolf Alexander Schröder zum achtzigsten Geburtstag 26. Januar 1958 (77. Publikation der Vereinigung Oltner Bücherfreunde), Olten 1958, S. 9.

ebenso eine Auswahl aus dessen Lyrik und Prosa zu Bremen,[61] herausgegeben von Hanns Meyer (1890–1965), seit 1946 Verkehrsdirektor und Geschäftsführer des Verkehrsvereins, der bis 1945 die propagandistische Pressestelle des nationalsozialistischen Senates führte. Meyer hatte einen Konspekt entworfen, der aber alsbald ad absurdum geführt wurde. Die als Mitarbeiterin am Focke-Museum und Beiträgerin zur bremischen Kulturgeschichte bekannte Henny Durlach (1879–1960), die sich bei ihrem Cousin in Bergen aufhielt, schilderte in einem Schreiben an Meyer nun Schröders Vorstellungen,[62] die das Ganze auf über das Dreifache erweitert hätten und so nebenbei eine Zusammenfassung seiner wichtigen ›Bremensien‹ auf Staatskosten als Resultat gebracht hätte. Das Projekt scheiterte, enthielt aber in nuce das, was Schröder 1954 (erneut vergeblich) dem Suhrkamp-Verlag unter dem Titel *Bremer Allerlei* andienen sollte.[63]

Der 75. Geburtstag warf seine Schatten voraus; nun war die Ehrenbürgerschaft des Jahres 1948 eigentlich nur schwerlich zu übertreffen, und es reifte die Überlegung, etwas Preisähnliches zu Ehren Schröders zu stiften – die Geburtsstunde des *Bremer Literaturpreises*.[64] In einem Schreiben vom 23. Dezember 1952 an Schröder erwähnte der Bremer Bürgermeister erstmals eine besondere Dimension der Festivität:[65] Demnach hatte Bundespräsident Theodor Heuss (1884–1963) seine Teilnahme zugesagt, was der Adressat eher besorgt kommentierte:[66] »Dass Heuss am ominösen Datum reden wird, beängstigt mich ein bisschen. Der Arme hat momentan doch allerhand andere Sorgen im Kopf.« Sowohl Kaisen als auch Schröder waren seit längerer Zeit mit Heuss verbunden; man könnte von einer politisch-intellektuellen Ménage à trois sprechen. Bei Ersterem hatte sich beginnend mit den Zeiten des Länderrates aus der politischen Bekanntschaft (Heuss zählte jenseits parteipolitischer Grenzen Kaisen zu den zeitgenössisch bedeutendsten Politikern) eine persönliche Freundschaft entwickelt,[67] sodass Heuss davon sprach:[68] »Ich durfte aus Ihren Worten die Herzlichkeit unserer wechselseitigen menschlichen Zuneigung spüren und darf dieses Empfinden auch in einfacher

61 DLA Marbach, Nachlass Schröder.

62 Ebd.

63 Der Entwurf dazu im DLA Marbach, Nachlass Schröder. Er enthält fast durchweg bereits Publiziertes in nicht-chronologischer Reihenfolge von 1930–1954, vgl. zum gescheiterten Projekt Voit, Der Verleger Peter Suhrkamp (wie Anm. 44), S. 185 f.

64 Vgl. Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 9 f.; StAB 7.5284-1.

65 Wilhelm Kaisen an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 23. Dezember 1952 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

66 Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, [Bergen], den 30. Dezember 1952 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

67 Ausführlich Hartmut Müller (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Kaisen, Bremen 1980, S. 107 ff.

68 Theodor Heuss an Wilhelm Kaisen, Stuttgart, den 5. Februar 1962 (StAB 7.97/4-12), abgedruckt in: Theodor Heuss. Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963. Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther, Berlin, Boston 2014, Nr. 131.

Offenheit zum Ausdruck bringen.« Beide waren Politiker von hohem moralischen Anspruch, und es war kein anderer als Kaisen, der Anfang Dezember 1952 Heuss dazu ermuntert hatte, dessen Rede zur Einweihung des Mahnmals in Bergen-Belsen zu publizieren. Die Antwort des Bundespräsidenten spiegelte die gegenseitige Achtung:[69]

> »Wollen Sie es bitte im rechten Sinn aufnehmen, wenn ich Ihnen sage, daß ich mich über die Unmittelbarkeit ihres Zurufs herzlich gefreut habe. Ich hoffe, Sie haben schon gespürt, daß Sie zu den Menschen gehören, auf deren Urteil ich einen größeren Wert lege als auf das Zahlloser, die glauben, mir näher zu stehen.«

Tiefgehender Natur waren gleichfalls die Beziehungen zwischen Schröder und Heuss, wobei die letztlich gescheiterte Zusammenarbeit im Kontext der vom Bundespräsidenten initiierten Debatte um eine neue Nationalhymne zeitweilig für eine Verstimmung sorgte, da der Bundespräsident und seine Mitarbeiter den ursprünglichen Text gegen Schröders Willen stark ›verchristlicht‹ hatten.[70] Der Vorschlag ist heftig diskutiert worden; er war ein für ihn ungewohnt radikaler Entwurf, gegen Tradition und Chauvinismus, ausgleichend und mit Friedenssehnsucht nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre.[71] Umso unverständlicher ist es, dass noch 1989 ein Autor zu einem völlig abstrusen Urteil gelangte:[72] »R.A.S. war hiermit völlig überfordert und blamierte sich und den Präsidenten mit einem peinlichen Text, der jede Lehre aus der gerade erlebten NS-Zeit vermissen ließ.« Die Kontroverse um die Nationalhymne konnte aber der gegenseitigen Zuneigung zwischen Schröder und Heuss keinen Abbruch tun, obgleich, wie Heuss es 1953 ausführte:[73] »Freilich, es sind nun erst wenige Jahre her, seit Schröder und ich uns persönlich begegnet sind.« Ein Indiz für die rasch gewachsene Zuneigung ist, dass Schröder einer der wenigen war, der die bereits schwer erkrankte Elly Heuss-Knapp (1881–1952) in ihren letzten Lebensmonaten besuchen konnte,[74] zudem waren beide durch das Protektorat des Bundespräsidenten über den

69 Theodor Heuss an Wilhelm Kaisen, o.O., den 3. Dezember 1952, abgedruckt in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954. Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt und Wolfram Werner, Berlin, Boston 2012, Nr. 143.

70 Vgl. dazu Klaus Goebel, »Neugierig, was ich zum Schluß gedichtet haben werde.« Der Streit um die deutsche Nationalhymne 1950–1952, in: Erik Gieseking (Hrsg.), Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag, Lauf 2006, S. 119ff.; Clemens Escher, »Deutschland, Deutschland, Du mein Alles!« Die Deutschen auf der Suche nach einer Nationalhymne 1949–1952, Paderborn 2017, S. 37ff.; der Text in: GW I (wie Anm. 18), S. 501.

71 Vgl. Elisabeth Endres, Die Literatur der Adenauerzeit, München 1983, S. 84.

72 Wolfgang Schömel, Der Bremer Literaturpreis, in: Karl-Ludwig Sommer (Hrsg.), Bremen in den fünfziger Jahren. Politik, Wirtschaft, Kultur, Bremen 1989, S. 90ff., das Zitat S. 91.

73 Theodor Heuss, Vom noblen Menschentum. Rudolf Alexander Schröder, in: ders., Die Großen Reden. Bd. 1: Der Humanist, Tübingen 1965, S. 134ff., das Zitat S. 134f.

74 Theodor Heuss: Rundbrief an die Freunde, o.O., 17. Juni 1952, in: Theodor Heuss.

Orden Pour le Mérite verbunden, zu dessen Mitglied Schröder am 31. Mai 1952 berufen worden war.[75] Die Flug- und Reisekosten nach Berlin hatte im Übrigen der bremische Staat übernommen![76]

Weitaus komplizierter gestaltete sich die Suche nach dem Festredner, der Schröders literarische Stellung erneut zu würdigen hatte.[77] Es kam zu einem intensiven Briefwechsel zwischen Eberhard Lutze (1908–1974), für über zwei Jahrzehnte die ›graue Eminenz‹ als Leiter des Kulturreferates in der Bremer Senatsbehörde,[78] Peter Suhrkamp und dessen Lektor Unseld. Namen wurden ins Spiel gebracht und verworfen: Carl J. Burckhardt (1891–1974), Hans Carossa (1878–1956), Ernst Robert Curtius (1886–1956), Hermann Hesse (1872–1962) und Frank Thiess (unter strikter Ablehnung von Unseld). Übrig blieb, ohne ihm nahetreten zu wollen, der im Schatten dieser Namen stehende Hamburger Johannes Pfeiffer (1902–1970),[79] der sich jedoch schon früh mit Schröder und dessen Werk beschäftigt hatte.[80] (Abb. 2)

Wilhelm Kaisen fasste sich zum Beginn des Festaktes kurz:[81] Er orientierte sich schlichtweg erneut am Text der Ehrenbürgerurkunde und betonte Schröders Bedeutung für die Gewissheit, dass nicht nur physische Werke wie das Rathaus und der Roland ein Gefühl der ›Sicherheit in Tradition‹ vermittelten, sondern auch geistige, die zugleich Hoffnung durch das immer Beständige offenbaren. Er traf damit den geistigen Kern vieler Autoren der ›Inneren Emigration‹; ähnlich wie Peter Suhrkamp in einer Rundfunkrede anlässlich des 75. Geburtstages seines Autors:[82] »Für Rudolf Alexander Schröder ist das Alte auf eine selbstverständliche und natürliche Weise eine gegenwärtige Realität.« Aber es war eben kein Geburtstag wie jeder

Der Bundespräsident (wie Anm. 69), Nr. 126; zum Verhältnis von Schröder zu Elly Heuss-Knapp vgl. Hans Bott, Hermann Leins (Hrsg.), Begegnungen mit Theodor Heuss, Tübingen 1954, S. 477 ff.

75 Vgl. dazu den Nachruf von Werner Bergengruen, Gedenkworte für Rudolf Alexander Schröder, in: Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste. Reden und Gedenkworte 5, 1962, S. (95) ff.

76 Vgl. Bremische Vertretung an Rudolf Alexander Schröder, Bonn, den 24. April 1952 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

77 StAB 7.5284-1.

78 Vgl. Marten Barfuß, Hartmut Müller, Daniel Tilgner (Hrsg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005. Bd. 1: 1945–1969, Bremen 2005, S. 507 ff.

79 Zu ihm Hans Braam, Lutz Hagestedt, »Freilich vor einer Pleite schauerlichster Art stehen wir alle.« Schröders Korrespondenz mit christlichen Autoren der ›Inneren Emigration‹, in: Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (wie Anm. 16), S. (361) ff., hier S. 381 ff.

80 Johannes Pfeiffer, Die Lyrik Rudolf Alexander Schröders, in: Das Innere Reich 2, 1935, S. 356 ff.; ders.: Rudolf Alexander Schröders »Ballade« und »Lobgesang«, Hamburg, Bremen 1938; ders.: Rudolf Alexander Schröder, in: Europäische Revue 15, 1939, S. 336 ff.

81 StAB 7.97/0-4 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen).

82 Peter Suhrkamp, Begegnung mit Rudolf Alexander Schröder, in: ders., Der Leser (Bibliothek Suhrkamp. 55), Berlin 2017, S. 142, das Zitat S. 147.

FESTAKT

DES SENATS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

anläßlich des 75. Geburtstages des Dichters

RUDOLF ALEXANDER SCHRÖDER

am Montag, dem 26. Januar 1953, 11.30 Uhr in der oberen Halle des Alten Rathauses zu Bremen.

★

FESTFOLGE

1. Haffner-Symphonie von Wolfgang Amadeus Mozart
   Erster Satz: Allegro con spirito
   Es spielt das Orchester der Freien Hansestadt Bremen unter Leitung von Professor Hellmut Schnackenburg.

2. Ein Brief Rudolf Alexander Schröders an Hugo von Hofmannsthal aus dem Jahre 1916
   gelesen von Willi Hanke.

3. Ansprache des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Wilhelm Kaisen.

4. Über den Dichter Rudolf Alexander Schröder.
   Dr. Johannes Pfeiffer, Hamburg.

5. Ansprache des Bundespräsidenten, Professor Dr. Theodor Heuss.

6. Haffner- Symphonie von Wolfgang Amadeus Mozart
   Letzter Satz: Presto.
   Es spielt das Orchester der Freien Hansestadt Bremen unter Leitung von Professor Hellmut Schnackenburg.

Abb. 2: Ablaufplan des Festaktes 1953 (Privatbesitz)

Abb. 3: Überreichung der Stiftungsurkunde des Bremer Literaturpreises am 27. Januar 1953 (Foto: StAB)

andere:[83] Der Präsident des Senates überreichte die Stiftungsurkunde des *Bremer Literaturpreises*, dazu eine in Leder gebundene Sonderausgabe der Gesammelten Werke (über deren Preis man sich lange mit Suhrkamp stritt),[84] einschließlich einer von Hermann Apelt zu verantwortenden (theatralischen) Widmung.[85] (Abb. 3) Nun bekam die Veranstaltung zugleich durch den dritten Besuch des Bundespräsidenten in Bremen, wie Kaisen stolz ausführte, den Charakter eines ›Staatsbesuches‹, wiewohl Heuss seinen Besuch eher als Freundschaftsdienst verstanden wissen wollte. (Abb. 4)

Übergehen wir die Ausführungen Johannes Pfeiffers, der den undankbarsten Part in der ›Inszenierung‹ zu spielen hatte, und kommen zum Bundes-

83 Parallel zur Veranstaltung präsentierte die Kunsthalle Bremen ausgewählte Aquarelle Schröders.

84 StAB 7.5284-1.

85 »Ihren Ehrenbürger / Rudolf Alexander Schröder / den Meister des Wortes / in gebundener und ungebundener Rede / den in mannigfachen Bereichen / der Kunst und Wissenschaft Beheimateten / in Sonderheit im Reiche der Dichtung / den Dichter am Ewigen / den Mittler wie zwischen den Alten uns, / so wie zwischen den lebenden Völkern / in Aneignung des in den andern Sprachen / niedergelegten geistigen Reichtums / den treuen Sohn seiner Heimat / grüßt an seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag / Die Vaterstadt / Bremen.«

Abb. 4: Rudolf Alexander Schröder, Theodor Heuss und Wilhelm Kaisen am 27. Januar 1953 im Bremer Rathaus (Foto: StAB)

präsidenten: Heuss, der kurz zuvor den erkälteten Bürgermeister in dessen Siedlungshaus in Borgfeld aufgesucht hatte,[86] erinnerte in seiner ausdrücklich als persönlich verstandenen Rede an das unlängst stattgefundene Zusammentreffen beider anlässlich des 75. Geburtstags von Hermann Hesse, kam dann zu einem sehr persönlichen Statement, das sowohl ihn als auch Schröder kennzeichnen sollte:[87]

> »Wir Söhne geordneter »bürgerlicher« Familien, die wir so vor oder nach der Jahrhundertwende ins Leben guckten – was man so eben »das Leben« nennt – und unsere Freiheit zu erproben versuchten, hatten die untergründige Sehnsucht, etwas wie »Boheme« zu sein. Wir schrieben oder dichteten gar, »pour épater le bourgeois«, um den Bürger zu erschrecken. [...] Wir traten aus diesem mißglückten Versuch der Boheme in den Raum des »Bürgerlichen« zurück, bemüht, durch unsere Leistungen und Haltung dem Wort, das schier ein Schmähwort geworden war, ein Stück seiner Würde zurückzugewinnen. Aber wir blieben davor bewahrt, zu »Philistern« zu werden, der dumpfen Entartung einer innerlich unsicheren Seele.«

86 Vgl. Müller (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Kaisen (wie Anm. 67), S. 266.
87 Heuss, Vom noblen Menschentum (wie Anm. 73), S. 136.

So eng und freundschaftlich auch die Beziehungen zueinander waren:[88] »Das Werk ist es, das überdauerndes Zeugnis gibt, in der Dichtung, in der reflektierenden und berichtenden Betrachtung.« Zum Ende seiner Rede kommt er zum Versuch, Schröders Charakter zu er- und begreifen:[89] »Ich weiß dafür nur ein ziemlich altmodisches Wort, altmodisch, weil es auf dem Jahrmarkt der Zeit nicht sehr gefragt ist. Das Wort heißt: nobel.«

Die allfällige Dankesrede fiel weitaus weniger pathetisch, sondern vielmehr humorvoller und persönlicher aus als diejenige von 1948.[90] Zu viel Lob und auch gut gemeinte Schmeichelei ließen einen Menschen peinlich berührt zurück, der offensichtlich keine Anstalten machen wollte, dem Leben zu entsagen – oder wie Schröder eine alte Frau aus seinen Jugenderinnerungen zitiert: »De ol Kirl will jo gornich starben.« Ein Abschluss fand sich mit Bezug auf die Worte von Heuss und dessen Bemerkungen zur Teilnahme beider am Geburtstag Hermann Hesses.

Der fünf Jahre später folgende Festakt zum 80. Geburtstag verblieb nach außen hin mit repräsentativer Kraft, offenbarte aber zunehmende Risse in der zur Schau gestellten Idylle. Der Grund lag in der Frage der Vergabe des Literaturpreises. Schröder hatte sich selbst »offenbar als Präzeptor in Sachen Literatur verstanden«[91] und wurde darin offensiv bestärkt: zum 75. Geburtstag formulierte der Schriftsteller Fritz Diettrich (1902–1964):[92]

> »Ein Mann, der wie Schröder unter dem Gesetz steht, wird jedem Tänzer ums Goldene Kalb zum bedrohlich eingreifenden Gesetzgeber. Ein Grund mehr, warum die Deutschen diesem Dichter seit seinen ›Deutschen Oden‹ geflissentlich ausweichen. Sie hielten sich lieber an Gesetzloses, aber geschickt Gemachtes und verehrten Künste, die ihnen ein tief verrätseltes Sein vortäuschten.«

Nur mit Widerwillen akzeptierte Schröder Ilse Aichinger (1955) und Ingeborg Bachmann (1957), wenn auch nur als kooptierte Preisträgerinnen, als Vertreterinnen einer neuen literarischen Generation.[93] Seine mühsam aufrecht erhaltene Toleranz endete, als für den Preis 1958 Paul Celan (1920–1970) bestimmt wurde,[94] maßgeblich betrieben durch das Jurymitglied Erhart Kästner (1904–1974), dem Schriftsteller und seit 1950 Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel.[95] Celan stand bereits seit 1954/1955 auf der

88 Ebd., S. 138.
89 Ebd., S. 139.
90 Weser-Kurier, vom 27. Januar 1953; Bremer Nachrichten, vom 27. Januar 1953; stichwortartiges Konzept dazu im DLA Marbach, Nachlass Schröder.
91 Scheufele, »die schauerliche Psychose der sogenannten modernen Kunst« (wie Anm. 16), S. 407.
92 Die Welt, vom 24. Januar 1953. Zu den seit 1910 entstandenen, von nationalem Pathos geprägten *Deutschen Oden* vgl. zuletzt Zimmermann, Geschichte, Politik (wie Anm. 20), S. 196ff.
93 Zum Folgenden Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 11ff.
94 Ebd., S. 14–15; Scheufele, »die schauerliche Psychose der sogenannten modernen Kunst« (wie Anm. 16), S. 405ff.
95 Zu ihm ausführlich: Julia Freifrau Hiller von Gaertingen, Diese Bibliothek ist zu

Agenda der Jury, war freilich bisher aber verhindert worden. Was Schröder besonders missfiel, war die Tatsache, dass die Preisverleihung auf dem avisierten Festakt zu seinem 80. Geburtstag vollzogen werden sollte, daher die Bitte an Kästner, die Verleihung einfach um ein Jahr zu verschieben. So könne er sein Gesicht waren, da er ohnehin den Vorsitz der Jury niederlegen wolle, oder, wie er es in einem Brief an Bürgermeister Kaisen ausdrückte:[96] »Ich hätte mich gern nach irgend einem Winkel zum Verkriechen umgesehen, aber da ich die letzten Male regelmäßig erschienen bin könnte das unliebsam auffallen. Ich bitte nur recht sehr, machts's möglichst kurz und schmerzlos!« Es spricht für seinen schleichenden Autoritätsverlust, dass diesen Einwänden kein Gehör geliehen wurde. Allerdings legte Schröder in der Tat im Frühjahr 1958 sein Mandat in der Findungsjury nieder – vorgeblich aus Altergründen.

Der Auftakt kam gewohnheitsgemäß dem Hausherrn zu. Aus seinen Worten tritt eine inzwischen gewachsene Beziehung zutage, die von beiderseitigem Respekt geprägt war.[97] Die Geburtstage seien zur Tradition geworden, gleichwohl nicht nur zu bremischen, sondern Tradition »universellen Geisteslebens.« Kaisen ist durchaus kritisch: Die Bindung Schröders an Bremen sei keine Sentimentalität, sondern das bewusste Aufrechterhalten eines Kerns »von guter Tradition« – der Rückgriff auf die Topoi des ›Bewahrers‹ und des ›Beständigen‹:

> »Das menschliche Dasein hat nicht nur eine materielle sondern auch eine geistige Seite, und dieses geistige Dasein heißt Ehrfurcht, Duldsamkeit und innere Freiheit. Dieses geistige Dasein heißt auch Freundschaft der Völker und der Menschen, Güte des Herzens wie der Vernunft. In diesem Reich sind die Dichtungen und Werke Rudolf Alexander Schröders zuhause, und es kann für ihn kein schönerer Lohn sein, als wenn wir ihm bezeugen, daß seine Stimme vernommen worden ist. Zum Abschluß möchte ich auch heute Rudolf Alexander Schröder, der das biblische Alter erreicht hat, noch von Herzen danken für das, was er Bremen und den Bremern gegeben hat, oft in schwerer Notzeit.«

Die anhängige Laudatio oblag Manfred Hausmann – allerdings ein Redner ›dritter Wahl‹. Man hatte seitens des Bremer Senats (erneut) auf Heuss oder doch wenigstens Carl J. Burckhardt gehofft – beide sagten aus terminlichen Gründen ab, aber der Bundespräsident hatte immerhin eine Rundfunkansprache am 26. Januar 1958 zugesagt.[98] Hausmann selbst hatte als Schröders Protegé Ambitionen auf den Preis gehegt. Ein vergebliches Unterfangen.

nichts verpflichtet außer zu sich selbst. Erhart Kästner als Direktor der Herzog August Bibliothek (Wolfenbütteler Hefte. 23), Wiesbaden 2009; zu Kästner als Schriftsteller vgl. Frank Schulz-Nieswandt, Erhart Kästner (1904–1970). Griechenlandsehnsucht und Zivilisationskritik im Kontext der konservativen Revolution, Bielefeld 2017.

96 Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 30. November 1957 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

97 StAB 7.97/0-9 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen).

98 Vgl. StAB 7.5284-7.

Eine Konsequenz der bereits in einem Schreiben von Schröder an Kaisen vom 17. Februar 1953 angeregten (freilich noch ohne konkrete Namensnennung)[99] Verleihung an Heinrich Schmidt-Barrien (1902–1996), die dem Literaturpreis bereits in seinem ersten Jahr das Odium des Provinzialismus aneignete, welches man nun tunlichst zu vermeiden versuchte. Der Redner erging sich in bekannten Klischees: Er betonte das humanistische Erbe, das Schröder verkörpere,[100] »wie er den deutschen Geist repräsentiert, diesen Geist, dessen Eigentümlichkeit darin besteht, über sich hinaus zum europäischen, mehr noch abendländischen Geist hinzudrängen.« Insgesamt eine stilistisch schmuckvolle Rede, in der im Trachten nach Bedeutung jedoch Topoi und ›Leerformeln‹ mit übergroßem Pathos aneinandergereiht werden, die dann in überwältigenden Lobeshymnen kulminieren:[101] »Es dürfte schwerfallen, unter den Abendländern unserer Tage einen zweiten zu finden, der mit gleicher gelassenen Größe, Weisheit und – das soll gewiß nicht vergessen werden – Freude die humanistische Idee in Fleisch und Blut vorlebt.« Was aber eigentlich unter »humanistischer Idee« zu verstehen ist? Das lässt Hausmann – wie indes viele andere – offen.[102] Weitaus pointierter als dieser in seinen nur auf den ersten Blick tiefsinnigen ›Ausschweifungen‹ formulierte Carlo Schmid (1896–1979) in der *Welt am Sonntag*:[103] »Kurz, ich fand, daß Rudolf Alexander Schröder nicht dem Anspruch nach, sondern von seinem Werke her in die Reihe derer gehört, die uns einmal den Ruf einbrachten, ein Volk von Dichtern und Denkern zu sein.«

Ebenso souverän Siegfried Lenz (1926–2014) in einer Radioansprache:[104]

> »Rudolf Alexander Schröder wird achtzig Jahre alt, und wenn es auch zutreffen mag, daß lange leben soviel heißt, wie viele überleben: immer, und besonders bei einem Dichter, wird zwangsläufig gefragt, ob lange leben nicht auch bedeuten kann, daß man sich selbst überlebt habe. Diese Frage läßt sich beantworten, und am Tag solch einer Lebensbilanz sollte man sie vornehmlich zu beantworten suchen. Auch wenn für ihn, wie er sagte, die Welt langsam das Ansehen eines Friedhofes der Erinnerungen gewinnt: sein Werk ist auf die empfindlichste Weise gegenwärtig [...].«

Die Rolle des Redners zugunsten des Preisträgers fiel, nach Schröders Verweigerung, an Erhart Kästner – eine Premiere.[105] Paul Celan selbst, in Unkenntnis

99 Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 17. Februar 1953: »Ich wüßte schon jemand, sogar einen richtigen Bremer, den ich in Vorschlag bringen würde, aber davon später.« (Privatbesitz).

100 Manfred Hausmann, Laudatio auf Rudolf Alexander Schröder, in: ders., Tröstliche Zeichen, Frankfurt am Main 1959, S. 114 ff., das Zitat S. 115.

101 Ebd., S. 120 f.

102 Ausführlich dazu: Dirk Werle, Schröders ›Humanismus‹, in: Gunilla Eschenbach (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder im Dritten Reich (marbacher schriften. neue folge. 12), Göttingen 2015, S. (174) ff.; auch Robert Norton, Rudolf Alexander Schröders »Entrinnen«. *Ein geronnenes Porträt*, in: ebd., S. (50) ff.

103 Welt am Sonntag, vom 26. Januar 1958.

104 Rudolf Alexander Schröder zum 80. Geburtstag 1958 (DLA Marbach, Nachlass Lenz).

über die vorangegangenen Quisquilien, bedankte sich innerlich gerührt, immer in der Annahme, Schröder habe ihn befürwortet. In diesem Tenor schrieb Celan im Februar einen Dankesbrief,[106] der freilich unbeantwortet blieb.

Tatsächlich scheint Schröder während des Festaktes seine Verärgerung nicht offen zutage getragen zu haben, im Gegenteil sah Celan in seiner Person eine beruhigende Nähe. Blieb die Aufgabe der eigenen Dankesrede. Immerhin hatte er auch hohe niederländische und belgische Orden für seine Übersetzungsleistungen verliehen bekommen. Schröder zeigt sich in seiner Rede erneut außerordentlich humorvoll: Er habe das »Nullen« keineswegs zur Übung machen wollen:[107]

> »Ich hätte auch von meiner achtmaligen Nullerei garnicht zu reden angefangen, wenn, wenn ich grade ihrethalben jeden Anlaß hätte, mich so vor einem hohen Senat und einigen meiner Bremer Mitbürger zu entschuldigen. – Als ich siebzig wurde, hat meine liebe Vaterstadt mich mit soviel unverdienter Ehre und Fürsorglichkeit überschüttet, daß ich mir sagte: so kann das nicht weitergehen; und ich habe damals leichtfertigerweise versprochen, ich wolle mir alle Mühe geben, keine achtzig Jahre alt zu werden, schon um weitere Mühwaltung und Unkosten zu sparen. Vermutlich habe ich mich nun doch in dieser Richtung nicht ernsthaft genug bemüht. Jedenfalls hab ich's nicht geschafft, nicht einmal durch das Rauchen von Bremer Brasilzigarren.«

Manches wirkt jedoch nachdenklich. So wenn Schröder an Häuser seiner Jugend erinnert, die nicht mehr existieren oder kurz vor dem Abriss stehen. Der »Eintritt in das neunte Jahrzehnt« ist von untrüglichen Zeichen der Vergänglichkeit geprägt. Nicht für jeden wird eine Anspielung ohne Weiteres verständlich gewesen sein: »Es ist heute das fünfte Mal, daß ich meinen Bremer Mitbürgern dafür danken darf, daß sie mir öffentlich bezeugen, sie seien mit meinem Vorhandensein in der Welt einverstanden, das vierte Mal in diesem ehrwürdigen Saal.« Das erste Mal fiel freilich in das Jahr 1938!

Auf dezidierten Dank an den Präsidenten des Senates, Bürgermeister Kaisen, folgten zum Abschluss Worte an den Preisträger Paul Celan. Diese sind im Übrigen weitaus weniger negativ, ja weit mehr versöhnlicher, als ein häufig anzutreffendes, allerdings verkürztes Zitat zunächst schlussfolgern lässt.[108] Schröders Abschluss lautet in Gänze:

105 Dazu Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 69 ff.; vgl. auch: Rudolf Alexander Schröder, Reden zur Verleihung des Literaturpreises der Freien Hansestadt Bremen in den Jahren 1954 bis 1956 (Monographien der Wittheit zu Bremen. 2), Bremen [1956].

106 Vgl. Scheufele, »die schauerliche Psychose der sogenannten modernen Kunst« (wie Anm. 16), S. 409 f.

107 DLA Marbach, Nachlass Schröder.

108 So bei Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 15; folgend Hanna Klessinger, »Goethesche Existenz«. Die (Selbst-)Stilisierung des ›inneren Emigranten‹ Rudolf Alexander Schröder, in: Eschenbach (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder im Dritten Reich (wie Anm. 102), S. (193) ff., hier S. 214 f.

»Nun bleibt mir noch ein Grußwort an den diesjährigen Träger des Bremer Literaturpreises. Lieber Herr Celan, mir kam heute der Gedanke, als seien wir wie zwei Schiffe, die sich auf der Fahrt begegnen; Mein Kurs weise streng nach Norden, der Ihre nach Süden. Nun wünsche ich grade Ihnen von ganzem Herzen, einen hellen, strahlenden Lebensmittag. Aber mein Gleichnis stimmt nicht. Wir Menschen fahren nicht irgendwohin ins Ungewisse, unser Leben läuft mit dem Leben aller Kreatur in dem von Gott, dem Herrn, vorgezeichneten Kreis. Schon deshalb meine ich und bin's gewiß, daß unser Weg, wie er es schon gewesen ist, ein Weg der Wiederbegegnungen bleiben wird. Ich wünsche Ihnen von Herzen Glück.«

Wie weit inzwischen die Differenz zwischen von außen beigemessener Bedeutung und tatsächlicher Einflussnahme war, zeigt sich nicht nur im Kontext des *Bremer Literaturpreises*, sondern auch an einer anderen Episode, die die bremische Öffentlichkeit in den späten 1940er Jahren und in den 1950er Jahren kontrovers beschäftigte. Hintergrund war die Frage zum Umgang mit der nur als Ruine verbliebenen St. Ansgarii-Kirche,[109] die sich als Auseinandersetzung zwischen einem konservativ-christlichen Bürgertum und Vertretern einer ›modernen‹ Urbanität herausschälte. Neben einer Reihe von Interessengruppen, darunter die *Historische Gesellschaft*, die sich u. a. aus Tradition als Sachwalterin der bremischen Altertümer verstand,[110] griffen eine Reihe von Einzelpersonen in die Diskussion ein, darunter Rudolf Alexander Schröder, der sich 1956 den Abrissgegnern anschloss und auf den sich die *Historische Gesellschaft* noch 1959 als Zeuge berief.[111] Das Ansinnen blieb erfolglos. Die Einmischung in die Politik wurde wahrgenommen, trug aber das Odium einer rückwärtsgewandten Minderheit, die der Fortschrittseuphorie im Wege zu stehen schien und kaum noch Einfluss auf die Entwicklung hatte.

Schröders 80. Geburtstag bescherte Radio Bremen eine Premiere: Am 26. Januar wurde im Abendprogramm der ARD erstmals eine längere Produktion des Bremer Senders unter dem Titel *Abendstunde mit Rudolf Alexander Schröder* ausgestrahlt. Die Redaktion lag bei Lutz Besch (1918–2000), der 1960 das Fernsehfeature in Buchform bearbeitete.[112]

109 Dazu jetzt ausführlich: Iris Johanna Bauer, Abschluss mit der Vergangenheit. Die Konflikte um den Abriss der Kirchenruinen von St. Ansgarii und St. Wilhadi in Bremen (1946–1964), in: Brem. Jb. 98, 2019, S. 234 ff.

110 Vgl. Konrad Elmshäuser, Thomas Elsmann, Die Historische Gesellschaft Bremen. Der Geschichts- und Altertumsverein der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 2018, S. 16 f.

111 Einige Eingaben in Denkmalsfragen. 1. Wider den Abbruch von St. Ansgarii, in: Brem. Jb. 46, 1959, S. XIV ff.

112 Lutz Besch, Rudolf Alexander Schröder. Abendstunde. Ein Selbstbildnis in Gesprächen, Zürich 1960. Die Korrespondenz dazu zwischen Besch, resp. Radio Bremen, und Schröder befindet sich im DLA Marbach, Nachlass Schröder. Die für die Publikation verwandten Fotos gelangten über den Nachlass der Bremer Fotografin Jutta Vialon (1917–2004) in das Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, vgl. StAB 10.B FN 1 464.

3. *Offizielles und Persönliches*

Wenige Monate vor Schröders Tod fiel auf den 22. Mai 1962 der 75. Geburtstag Bürgermeister Kaisens, der eigentlich sein politisches Karriereende verkündet hatte, aber 1963 dennoch als Spitzenkandidat der SPD antreten musste, da sein designierter Nachfolger, Innensenator Adolf Ehlers (1898–1978), aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung stand.[113] Der Geburtstag wurde innerstädtisch und bundesweit mit Würde begangen, besonders Kaisens ›Aufbauleistung‹ betont.

Zwischen dem großbürgerlich-kaufmännisch, »konservativ stadtbremisch«[114] geprägten, in der Weimarer Republik antidemokratisch gesonnenen Konservativen Schröder, der dem Kaiserreich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nachtrauerte (»Man mag mich also ruhig Reaktionär schelten, wenn ich sage, ich halte auch heute noch das kaiserliche Deutschland meiner Jugend für ein, aufs Ganze gesehen, ehrwürdigeres und auch im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt rühmenswerteres Staatsgebilde, als die Verfassungen, unter denen wir wieder einmal den Berg vollends hinuntergerutscht sind.«)[115] und dem dem Arbeitermilieu entstammenden, in der NS-Zeit verfolgten konservativen Sozialdemokraten hatte sich – unabhängig von den Feiern zu Schröders Geburtstagen – ein immer vertrauter werdendes Verhältnis mit inhaltlichen wertkonservativen Schnittmengen entwickelt. So unterschiedlich ihre politische Sozialisation, so unterschiedlich ihre Bildungsbiografien: Hier derjenige mit einer bürgerlich-humanistischen Bildung am *Alten Gymnasium* (wobei der Humanismus freilich in der Schule fragmentiert wurde und der Kanon der zu lesenden Literatur sich der Ideologie des Kaiserreiches anpasste),[116] dort derjenige, der wesentlich durch die Parteiausbildung der SPD geprägt war[117] und zugleich – etwa ausweislich des privaten Buchbestandes – über ein breit gespanntes Spektrum an Interessen und Kenntnissen verfügte.[118] Beide vertraten – freilich jeder in einem anderen Bezugsrahmen – ein konservatives Verständnis von ›Kultur‹ als unwandelbarer Konstante in einer sich verändernden Welt. 1960 erschien, verantwortet vom Kaisen-Vertrauten und Senatssprecher Alfred Faust (1883–1961), ein Sammelband, betitelt *Geistiges Bremen*. Es ist nebenbei bezeichnend für die Schwerpunktsetzung der bremischen Politik der ersten eineinhalb Jahrzehnte der Nachkriegszeit,

113 Vgl. dazu ausführlich Karl-Ludwig Sommer, Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000, S. 461 ff.

114 Das Urteil bei Karl Korn, Rudolf Alexander Schröder, in: Die Tat 29, 1937/1938, S. 790 ff. hier S. 791.

115 Rudolf Alexander Schröder, Neutralität?, in: GW III (wie Anm. 18), S. 1194 ff., hier S. 1197.

116 Vgl. dazu ausführlich Manfred Landfester, Humanismus und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur politischen und gesellschaftlichen Bedeutung der humanistischen Bildung in Deutschland, Darmstadt 1988.

117 Vgl. Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 113), S. 39 ff.

118 Vgl. Hartmut Müller, »Unsere ganze private Liebhaberei waren die Bücher.« Die Bibliotheksbestände Wilhelm und Helene Kaisens (Schriftenreihe Wilhelm und Helene Kaisen-Stiftung), Bremen 2018.

dass das Kulturelle erst nach den stark wirtschaftlich orientierten und vom Staat subventionierten Publikationen wie *Schaffendes Bremen* (1952) und *Bremen im Wiederaufbau* (1958) in den Focus rückte.[119] Kaisen übernahm die Aufgabe ein Vorwort beizusteuern, in dem sich nachstehende Formulierung findet:[120]

> »Immer schneller und wirksamer verwandelt sich Bremen. Sein ganzes Wesen ist von dem Neuen, das vielfach von der Entwicklung der Technik ausgeht, einem großen Wandlungsprozeß unterworfen. Die Folge ist, daß sich Bremen heute in schnellerem Tempo verändert als früher, als es sonst üblich war. Wir können diesem Wandel keinen Einhalt gebieten; wir sollten aber eines nicht unterlassen: immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine gute Zukunft nur möglich sein wird unter Beachtung der Überlieferungen und Werte der Vergangenheit.«

Das Verhältnis beider lässt sich anschaulich an den gewählten Anreden in ihrer Korrespondenz nachvollziehen. Hatte Schröder 1947 noch altertümelnd »Ihre Magnificenz, dem Präsidenten des Senates, Herrn Bürgermeister Kaisen« verwendet, so änderte sich dies bald zu »Sehr verehrter, lieber Herr Bürgermeister« und »Lieber, verehrter Herr Bürgermeister«, während Kaisen von »Sehr geehrter Herr Dr. Schröder!« bis zu »Lieber Rudolf Alexander Schröder« im eher privaten Kontext wechselte. Das mag als Formalien erscheinen, aber beide zählten auf Form und Würde und auf diesem Kenntnishintergrund erhält die geschilderte Entwicklung ihre Bedeutung als Indiz. Es war nun wenig verwunderlich, dass Schröder Beiträger zu der vom neuen Landesvorsitzenden der SPD Moritz Thape (1920–2019) verantworteten Gratulationsschrift wurde[121] und dies an prominenter Stelle als erster Autor.[122] Nach der Erinnerung an die Verleihung der Ehrenbürgerwürde hebt Schröder zu einem Lob an, das fast schon einem Hymnus gleicht:

> »Auch als Mann ohne politische Praxis bin ich, soweit ich's vermochte, von Jahr zu Jahr mit steigernder Bewunderung der Umsicht und Vorsicht gefolgt, mit der Sie das Ihren Händen anvertraute Staatswesen durch die Gefährdungen und Verlockungen der Zeit hindurchgesteuert haben. Als ein Wrack haben Sie's übernommen. In den anderthalb Jahrzehnten Ihres Regiments ist dies Wrack wieder ein Vollschiff geworden, das seine Wimpel in allen Häfen der Welt mit Stolz zeigen kann. Ursache genug zum Dank, der Ihnen heut nicht nur auf diesen Seiten, sondern von überall her entgegentönen wird. Auch sei mir der

119 Hinzuweisen bleibt allerdings auf: Eberhard Lutze, Kunst und Wissenschaft, in: Wilhelm Berger (Hrsg.), Erziehungs- und Kulturarbeit in Bremen, Bremen 1956, S. 179ff.

120 Wilhelm Kaisen, Vorwort, in: Faust (Hrsg.), Geistiges Bremen (wie Anm. 3), S. 7f., das Zitat S. 7.

121 Moritz Thape (Bearb.), 1887–1962. Wilhelm Kaisen 75 Jahre. Dem Präsidenten des Bremer Senats, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, zum 75. Geburtstag am 22. Mai 1962 [...], Bremen 1962.

122 Ebd., S. [5].

Wunsch für eine lange Fortdauer Ihrer hohen Wirksamkeit gestattet und daneben die persönliche Bitte um die Erhaltung Ihres freundschaftlichen Wohlwollens für den Rest meiner Tage.«

Für den heutigen Betrachter klingt dieses Lob vielleicht unangenehm ›aufgesetzt‹, aber es entsprach seiner Auffassung von Autorität und war nicht lediglich dem Anlass geschuldete Schmeichelei. Dies belegt als Vergleich der bereits zum Eingang zitierte Absatz eines Briefes vom 30. November 1957.

Die überlieferte Korrespondenz zwischen Kaisen und Schröder ist quantitativ überschaubar (einschließlich von Telegrammen und Quittungen des Bremer Ratskellers für Weinlieferungen), viel Persönliches wurde offenbar während Schröders Aufenthalten (auch jenseits der Festivitäten) in Bremen besprochen, auch im privaten Wohnhaus,[123] wo sich Schröder und dessen Schwester Dora mindestens einmal mit der Familie des Bürgermeisters trafen und auch im Laufe der Zeit Grüße gegenüber der Familie des Gegenparts in der Korrespondenz äußerten. Interessant ist die Korrespondenz um Schröders Jugenderinnerungen: Der erste Prosabeitrag aus Schröders Feder, der sich ausgiebig mit Bremen beschäftigte, erschien 1925 in der Tageszeitung *Münchner Neueste Nachrichten*.[124] Der Veröffentlichungsort mutet vielleicht zunächst ungewöhnlich an, ist aber konsequent. Schröder sollte – auf Bitten der Herausgeber, wie er später ausführte[125] – zwischen 1928 und 1931 fortlaufende Artikel zu seinen Memorabilien veröffentlichen,[126] die 1934 in *Aus Kindheit und Jugend* im zentralen Beitrag unter dem Titel *Unser altes Haus* überarbeitet und zusammengefasst wurden. In der Nachkriegszeit erschien *Unser altes Haus. Jugenderinnerungen* erstmals 1951 beim Angelsachsen-Verlag in Bremen und wurde später vom Schünemann-Verlag bis zum Ende der 1970er Jahre in sein Programm übernommen. 1951 bot *Unser altes Haus* (von dem der Autor offenbar eine Fortsetzung ins Auge gefasst hatte)[127] genau das, was sich Teile des lesenden, besonders bremischen Publikums

123 Vgl. Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 22. Februar 1951; Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 30. November 1957 (DLA Marbach, Nachlass Schröder). Helene Kaisen vermerkt ein privates Treffen im Hause der Kaisens am 10. Oktober 1951 in ihrem Jahreskalender, ferner für 1954 ein Treffen mit Dora Schröder am 8. März (StAB 7.97/4-13, Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen). Ebenso nahm sie am Zusammentreffen im Anschluss an die Feier vom 26. Januar 1953 teil.

124 Münchner Neueste Nachrichten, vom 21. Juni 1925, und in: Rudolf Alexander Schröder, Fülle des Daseins. Eine Auslese aus dem Werk von Rudolf Alexander Schröder. Bürger, Weltmann, Christ, Mittler, Dichter, Berlin, Frankfurt am Main 1958, S. 56ff.; ders., in: GW III (wie Anm. 18), S. 1128ff.

125 Rudolf Alexander Schröder, Unser altes Haus. Jugenderinnerungen, Bremen 1951, S. 113.

126 Vgl. Hans Kasten, Rudolf Alexander Schröder. Bibliographie (8. Bremer Liebhaber-Druck), [Bremen 1934], S. 15ff., und Rudolf Adolph, Schröder Bibliographie, Darmstadt 1953, S. 63ff. Die Angaben sind jedoch nicht deckungsgleich.

127 Vgl. Rudolf Alexander Schröder an Wilhelm Kaisen, Bergen, den 22. Februar 1951 (DLA Marbach, Nachlass Schröder) und StAB 7.97/0-25 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen).

ersehnten: Erinnerung an den noch vertrauten inhaltlichen, inzwischen in seiner Bedeutung reduzierten kaufmännisch-großbürgerlichen Kern der Stadt, an ihre architektonische Erinnerungskultur, die der Zweite Weltkrieg mit wenigen Ausnahmen hinweggefegt hatte, und an eine scheinbar geordnete, unbeschwerte (letztlich klischeehafte) Idylle. Dabei schien es weniger wichtig zu sein, dass Schröder von einer Zeit bereits vor dem Ersten Weltkrieg berichtete. Er hatte unbeabsichtigt ein Stück ›Heimatliteratur‹ geschaffen, ohne dies – wie meist – negativ besetzen zu wollen. Bemerkenswert ist, dass Wilhelm Kaisen, der eine ganz andersartige Sozialisation und Kinderzeit erlebte, seine Zuneigung zu dem Buch nicht verhehlte.[128] Schröder hatte ihm vorab ein Exemplar gesendet, für das sich Kaisen zu Weihnachten 1950 bedankte:[129]

> »Meine Jüngste hatte es für mich geeignet gefunden, an den Festtagen das Büchlein ›Unser altes Haus‹ zu lesen. ›Das tut Deinem Zwergfell gut‹, behauptete sie, drückte mich sanft in einen Sessel, und bald war ich vertieft in Ihren herrlichen Kindheitserinnerungen, die das Bremen um die Jahrhundertwende so lebendig machen. Ich war von der Lektüre so in Anspruch genommen, daß ich nicht – wie ich es sonst gewohnheitsmäßig mache – das Büchlein nach einer Viertelstunde wieder aus der Hand legte. Zunächst las ich mit einigem Schmunzeln vieles, was ich selbst aus meinen Kindheitstagen erinnere.«

Vergleichbare Sympathie zu, ja tiefe innere Anteilnahme an einem Schröderschen Text schilderte Kaisen im Dezember 1952. Anlass war seine Teilnahme an einer Weihnachtsfeier in einem Altenheim in Osterholz-Tenever, bei der Kinder Schröders Weihnachtsgeschichte[130] mit musikalischer Umrahmung vortrugen.[131]

> »Es waren alte, teilweise sehr alte Männer und Frauen, die ergriffen lauschten; sie hatten vor Bewegung Tränen in den Augen und streckten unwillkürlich segnend ihre Hände aus über das Neugeborene, weil sie aus ihrem langen Leben nur zu sehr erfahren haben, daß es neben Bethlehem auch einen Felsen Golgatha gibt, auf dem das Kreuz errichtet wurde. [...] Doch ich war ergriffen und erschüttert und dachte, daß zum Glück trotz allem das menschliche Herz tiefer ist als alle verstandesmäßige Wahrheit.«

Insgesamt dominiert ein persönlicher, freundschaftlicher Ton die Korrespondenz; Schröder schildert offen seine zunehmenden gesundheitlichen Probleme

128 Wilhelm Kaisen an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 28. Dezember 1950 (DLA Marbach, Nachlass Schröder) und StAB 7.97/-025 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen); vgl. auch Müller (Hrsg.), Begegnungen mit Wilhelm Kaisen (wie Anm. 67), S. 28.

129 Ebd.

130 GW I (wie Anm. 18), S. 785 ff. Der Text wurde mehrmals gedruckt, so z. B. in: Rudolf Alexander Schröder. Ein Weihnachtslied. Gedichte, Berlin 1935, S. 13 ff.

131 Wilhelm Kaisen an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 23. Dezember 1952 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

und die damit verbundenen Behinderungen in den schriftstellerischen Tätigkeiten. In einem Fall allerdings versuchte er, die Freundschaft zu Kaisen zu Gunsten eines Dritten zu nutzen. Er verwendete sich im September 1951 für den befreundeten Maler Gustav-Adolf Schreiber (1889–1958),[132] bekannt u. a. durch seine Porträtbüsten von Manfred Hausmann und Wilhelm Kaisen. Schreiber unterrichtete von 1947 bis 1956 als Lehrer für Freie Malerei und in der Entwurfsklasse der 1946 neu eröffneten *Staatlichen Kunstschule – Meisterschule für das gestaltende Handwerk* und erhielt 1954 den Professorentitel zum 65. Geburtstag, den Schröder mit einem Artikel in den *Bremer Nachrichten* würdigte.[133] Grund für die Intervention waren Beschlüsse der Deputation, die eine ersatzlose Streichung der Freien Malerei und damit eine Entlassung vorsahen. Der Bürgermeister stellte sich in seiner Antwort ganz hinter die Linie der Deputation,[134] da aus Gründen des Haushaltes eine derartige Klasse nicht zu leisten sei. Im Übrigen könne er sich bei einer Entlassung darum bemühen, ihn bei staatlichen Aufträgen zu berücksichtigen. Die Angelegenheit erledigte sich insofern, als dass man Schreibers Tätigkeit schwerpunktmäßig in die Entwurfsklasse verschob und ihn so bis 1956 im Amt hielt. Vergleichbare ›Lobbytätigkeit‹ legte Schröder 1957 beim Bemühen an den Tag, Günter Busch (1917–2009) als Leiter der Kunsthalle in Bremen zu halten.[135]

Auffällig in der Korrespondenz ist das fast vollständige Fehlen von politischen Themen, sieht man von den Elogen auf Kaisen ab, die freilich mehr vom Persönlichen bestimmt sind. Lediglich in einem Brief vom Januar 1951 äußert sich Schröder politisch:

> »Momentan drangsalieren auch mich die Kollegen von der Feder jenseits des bewussten Vorhangs: ich soll doch auf ihr Friedensgeschrei reagieren; und da gibt's nun doch leider keine Antwort als die, die in Jeremia 6, 14 zu lesen steht: ›Sie sagen Friede, Friede!, und ist doch nicht Frieden.‹«

Er spielte damit auf die sog. ›Friedensoffensive‹ der DDR an, die seit einem Brief von Ministerpräsident Otto Grotewohl an Konrad Adenauer vom 30. November kontinuierlich propagandistisch fortgeführt wurde und zu einem Volkskammerbeschluss (31. Januar 1951) führte, in dem gesamtdeutsche Wahlen als Schritt zur Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands

132 Der Brief ist nicht überliefert.

133 Rudolf Alexander Schröder, Gustav-Adolf Schreiber 65 Jahre alt, in: Bremer Nachrichten, vom 23. Januar 1954. Schröders Rede zur Ausstellung Schreibers in der Kunsthalle 1955 liegt nur als Manuskript im Nachlass des Künstlers vor; Briefwechsel zwischen Schreiber und Schröder im DLA Marbach, Nachlass Schröder.

134 Wilhelm Kaisen an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 9. November 1951 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

135 Vgl. z. B. Senator Willy Dehnkamp an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 16. April 1957 (DLA Marbach, Nachlass Schröder); Senator Wilhelm Nolting-Hauff an Rudolf Alexander Schröder, Bremen, den 17. April 1957 (DLA Marbach, Nachlass Schröder).

gefordert wurden. In den ganzen Vorgang war auch der *Deutsche Schriftstellerverband* der DDR involviert, der Autoren aus dem nicht-sozialistischen Ausland zur Unterstützung der offiziellen DDR-Linie bewegen sollte.[136]

Schröder nahm sich des Themas unter Verwendung ähnlicher Formulierungen wie im Brief an Kaisen erneut im März 1952 in einem Beitrag unter dem Titel *Neutralität* für die *Deutsche Rundschau* an.[137] Hier plädierte er – wenn auch in der Überzeugung eher das kleinere Übel gewählt zu haben – für eine andauernde Westbindung der Bundesrepublik, »angesichts eines Gegners, der, wo es ihm nur gelingen möchte, auch dem letzten Rest christlicher Freiheit mit Hammer und Sichel den Garaus machen würde [...].[138]

4. Schwanengesang – der Abgang zweier Ikonen

Bei einer derartig öffentlich und persönlich zur Schau getragenen Verbundenheit verwundert es kaum, dass wenige Tage nach Schröders Tod am 27. August 1962 in der Oberen Rathaushalle ein Staatsakt zum Abschied mit anschließender Beisetzung auf dem Riensberger Friedhof neben seiner Schwester Dora abgehalten wurde.[139] (Abb. 5) Wegen des sich rasant verschlechternden Gesundheitszustandes hatte Senator Dehnkamp bereits am 13. August in einer Aktennotiz die Modalitäten unter Zustimmung Kaisens festgelegt:[140] Staatsakt in der Oberen Rathaushalle mit einer Rede von Carl J. Burckhardt, Kostenübernahme der Überführung der Leiche nach Bremen und eines Korsos zum Riensberger Friedhof.

Die Veranstaltung war nicht nur ein Staatsakt. Sie glich vielmehr einem ›Staatsbegräbnis‹ mit großer musikalischer Untermalung und zahlreichen Abschieds- und Gedenkworten.[141] Im Zentrum standen Nachrufe von Carl Jacob Burckhardt und Wilhelm Kaisen. Letzterer übernahm zugleich die Pflicht, Grußworte von Theodor Heuss zu übermitteln. (Abb. 6) Man hatte seitens des Senates vergeblich den Versuch unternommen, Heuss als Redner zu gewinnen, der aber aus gesundheitlichen Gründen absagen musste und Kaisen bat, »der Interpret meiner herzlichen und freundschaftlichen Mitempfindung zu sein.«

Carl Jacob Burckhardt steigerte sich zum Anbeginn seiner Rede zur These einer fortdauernden reziproken Nachwirkung Schröders auf Bremen und maß ihm geradezu apotheotische Züge bei:[142]

136 Der *Deutsche Schriftstellerverband* führte Personendossiers über Schriftsteller aus der Bundesrepublik Deutschland, darunter drei Akten zu Schröder, die inhaltlich von 1953 bis 1978 reichen. Es handelt sich dabei um zusammengetragene Zeitungsausschnitte (Akademie der Künste Berlin, Archiv, Bestand Schriftstellerverband der DDR; SZ-VA 4847, SZ-VS 4848, SZ-VA 4849).

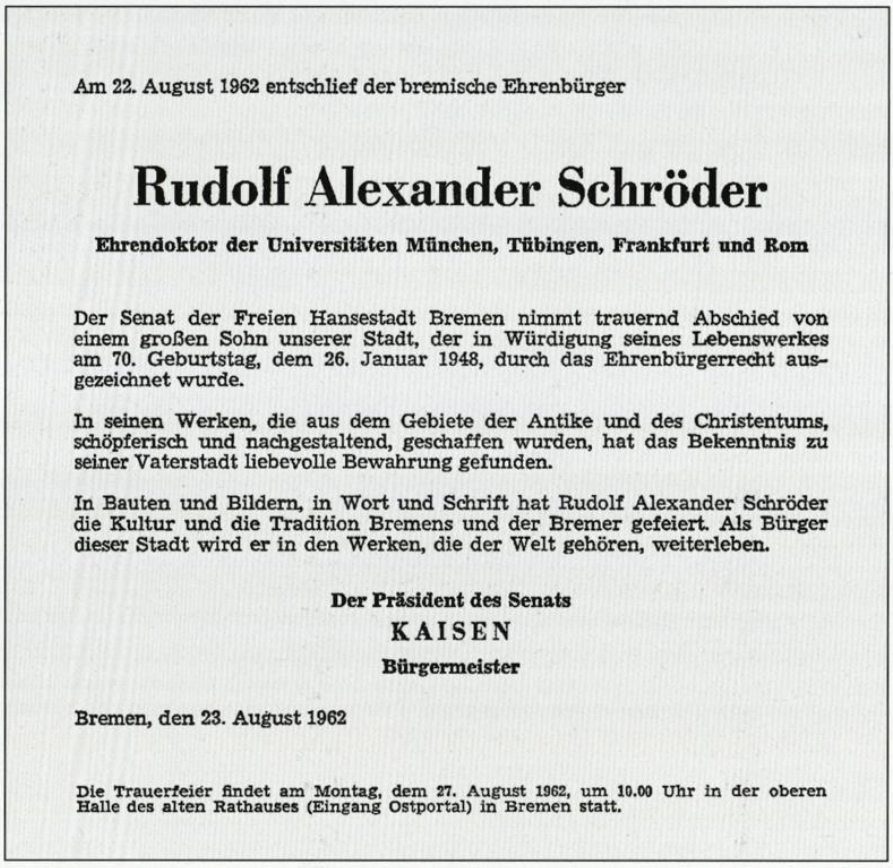
137 GW II (wie Anm. 18), S. 1194 ff.

138 Ebd., S. 1202.

139 Zur Planung etc. vgl. StAB 7.5284-13; 7.97/0-13 (Nachlass Helene und Wilhelm Kaisen).

140 StAB 7.5284-13.

141 Vgl. Weser-Kurier, vom 28. August 1962; Bremer Nachrichten, vom 28. August 1962.



Am 22. August 1962 entschlief der bremische Ehrenbürger

Rudolf Alexander Schröder

Ehrendoktor der Universitäten München, Tübingen, Frankfurt und Rom

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen nimmt trauernd Abschied von einem großen Sohn unserer Stadt, der in Würdigung seines Lebenswerkes am 70. Geburtstag, dem 26. Januar 1948, durch das Ehrenbürgerrecht ausgezeichnet wurde.

In seinen Werken, die aus dem Gebiete der Antike und des Christentums, schöpferisch und nachgestaltend, geschaffen wurden, hat das Bekenntnis zu seiner Vaterstadt liebevolle Bewahrung gefunden.

In Bauten und Bildern, in Wort und Schrift hat Rudolf Alexander Schröder die Kultur und die Tradition Bremens und der Bremer gefeiert. Als Bürger dieser Stadt wird er in den Werken, die der Welt gehören, weiterleben.

Der Präsident des Senats
KAISEN
Bürgermeister

Bremen, den 23. August 1962

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 27. August 1962, um 10.00 Uhr in der oberen Halle des alten Rathauses (Eingang Ostportal) in Bremen statt.

Abb. 5: Traueranzeige des Bremer Senats auf Rudolf Alexander Schröder (Privatbesitz)

»Schröder, der große Sohn Bremens, ist seiner Vaterstadt mit jeder Faser so sehr verbunden, daß man ihn fortan, innerhalb seiner geliebten Heimat, als segensreiche Kraft spüren wird, als Teil der durch die Zeiten aus ferner Vergangenheit in ferne Zukunft fortwirkenden Gemeinschaft. Denn einzigartig war und bleibt sein Vermögen, Gewesenes,

142 Hier zitiert nach: Carl Jacob Burckhardt, Abschied von Rudolf Alexander Schröder (Sonderdruck der Rudolf Alexander-Schröder Gesellschaft) Heidelberg 1967, S. 7. Der Text wurde mehrfach veröffentlicht, allerdings unter wechselnden (!) Titeln, so z. B. in: ders., Betrachtungen und Berichte, Zürich 1964, S. 439 ff.; ders.: Gedenkrede in Bremen, in: Eckart-Jahrbuch 1962/63, Witten, Berlin 1962, S. 7 ff.; ders.: Das eine, das not tut, in: Kurt Ihlenfeld (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder. Dem Dichter zum Gedächtnis, Witten, Berlin 1963, S. 7 ff.

Gegenwart und Künftiges zusammenzuhalten, abseits von jenen Wesen des Augenblicks, die wähnen, sie hätten das Einstige überwunden, die Gegenwart sei ihr Besitz und die Zukunft ihre Schöpfung.«

Ansonsten ergeht sich Burckhardt zunächst in länglichen biografischen Reminiszenzen, verteidigt Schröder zugleich gegen das ihm immer wieder vorgehaltene ›Epigonentum‹, sein vorgebliches Dichten ›Form vor Inhalt‹ und *L'art pour l'art,* und kritisiert seine literaturhistorische Zuordnung zum Symbolismus. Er sagt überdeutlich, was Schröder in seinen Augen nicht war, lässt aber den Zuhörer bzw. Leser mit einer unbeantworteten Frage zurück: Was war Schröder? In der Retrospektive stellt sich zudem die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Angemessenheit einer Rede mit aufdringlichem akademischen Charakter für eine Trauerfeier!

Bürgermeister Kaisen schloss mit keinem Wort an seinen Vorredner an. Er vereinigte persönliche und offizielle, d.h. bremische Aspekte zu einem »Wort des Abschieds und letzten Dankes,« mit Wiederholungen aus den bereits bekannten Reden der vorangegangenen Festivitäten (z.B. Text aus der Ehrenbürgerurkunde). Er vermied es wohlweislich, Schröders Werk in Gänze skizzieren oder charakterisieren zu wollen, neigte aber zu rhetorischen Übertreibungen, wenn er konstatierte: »Hier starb ein Mann, der Jahrzehnte im geistigen Mittelpunkt des kulturellen Lebens unserer Stadt stand [...].« Sein eigenes Credo vermengte sich mit dem des Gestorbenen, wenn Kaisen feststellt: »Im Mittelpunkt dieser Denkart steht das einfache, aber im inneren Kern doch so stolze Wort: dienen! Dienst am allgemeinen Besten.« Durch die ganze Rede zieht sich das Bewusstsein, dass Schröders Tod einen Einschnitt auch für Bremen bedeuten wird (»Jeder muß dabei empfinden, daß es sich bei ihm um eine Erscheinung handelt, die nicht sehr oft unter uns Menschen anzutreffen ist.«), womit er sich einer Einschätzung Peter Suhrkamps näherte, der vom seltenen ›Typus des Weltenbürgers‹ sprach,[143] und sich den Urteilen Manfred Hausmanns (»Mit ihm ist nicht nur ein Einzelner, sondern eine ganze Epoche dahingesunken. Unwiederbringlich. Er hat keinen Nachfolger, so weit wir uns auch umsehen. Er war ein Letzter.«)[144] und Karl Krolows (1915–1999) (»Die Vorstellung von einer großen dichterischen Persönlichkeit ist im Deutschland unserer Epoche wohl ein letztes Mal noch mit der Erscheinung Rudolf Alexander Schröders verbunden gewesen.«)[145] annäherte. Andere, für die Stadt bedeutende Vertreter des Geisteslebens aus seiner Generation waren bereits verstorben. Eine Ära ging zu Ende, im Hintergrund dürfte für Kaisen auch sein eigener (wenn auch verschobener) Abschied aus der aktiven Politik mitgeschwungen haben – ein zweifacher Schwanengesang!

143 [Peter Suhrkamp], Rudolf Alexander Schröder, in: Oskar Loerke, Peter Suhrkamp (Hrsg.), Deutscher Geist. Ein Lesebuch aus zwei Jahrhunderten, 2. erw. Ausgabe. Bd. 2, [Frankfurt am Main] 1966, S. (773)–775, das Zitat S. 775.

144 Manfred Hausmann, Nachruf auf Rudolf Alexander Schröder, in: Niedersachsen 62, 1962, S. 193ff, das Zitat S. 193.

145 Karl Krolow, Alter Meister der Literatur, in: Eckart-Jahrbuch 1962/63 (wie Anm. 142), S. 15ff.

Trauerfeier

des Senats der Freien Hansestadt Bremen zu Ehren
des verstorbenen bremischen Ehrenbürgers

Rudolf Alexander Schröder

Ehrendoktor der Universitäten München, Tübingen, Frankfurt und Rom

Montag, den 27. August 1962, 10.00 Uhr,
in der oberen Halle des Alten Rathauses.

Johannes Rosenmüller: *„Welt, ade, ich bin dein müde" (1649)*
Es singen Mitglieder des Domchors unter Leitung
von Professor Hans Heintze

Trauerrede: Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje, DD

Johann Sebastian Bach: *„Ach, Herr, laß dein lieb Engelein"*
(aus der Johannis-Passion)

Gedenkreden: Professor Dr. Dr. h. c. Carl J. Burckhardt
Präsident des Senats, Bürgermeister Wilh. Kaisen

Nachrufe

Wolfgang Amadeus Mozart: Quartett C-Dur - Andante cantabile
Es spielt ein Streichquartett des Philharmonischen Staatsorchesters

---

Nach dem Verklingen der Musik wird der Sarg aufgenommen und durch die untere Halle zum Westeingang des Alten Rathauses getragen.

Die Teilnehmer an der Trauerfeier werden gebeten, an ihren Plätzen zu verweilen, bis das Trauergeleit das Rathaus verlassen hat.

Abb. 6: Ablaufplan der Trauerfeier für Rudolf Alexander Schröder (Privatbesitz)

Nach dem von Ernst und von offen zutage getragener Trauer bestimmten Staatsakt setzte in der Tat rasch das ein, was als ›Schröder-Dämmerung‹ bezeichnet werden kann,[146] nicht nur in Bremen; allenfalls zur alljährlichen Verleihung des *Bremer Literaturpreises* fällt sein Name noch gelegentlich. So viel zu Lebzeiten und in der ersten Phase nach seinem Tode über ihn veröffentlicht wurde, so wenig folgte. Mit dem Auslaufen der ›Ära-Kaisen‹ im Jahre 1965 endete in Bremen zugleich die auf Konsens ausgerichtete, durchaus als konservativ und der Tradition verhaftet zu kennzeichnende Politik der Nachkriegszeit,[147] überdeckte Konflikte brachen auf – nicht nur in Bremen.[148] Gleichzeitig begann sich im kollektiven Gedächtnis der Stadt eine Verklärung der Person Kaisens hin zum ›Mythos Kaisen‹ und seiner politischen Führung zu entwickeln, im Folgenden bestärkt durch die ökonomischen Krisen Bremens seit den 1970er Jahren.

Das gesellschaftlich-intellektuelle Klima änderte sich im Verlaufe der 1960er Jahre in der Hansestadt grundlegend, spiegelbildlich der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Literatur wurde nun als gesellschaftlich-sozial bedingtes Phänomen begriffen, ideologiekritische Aspekte traten in den Vordergrund. Das war nun in der Tat ein Paradigmenwechsel, der Schröder und andere Autoren der ›Inneren Emigration‹, die aus z.T. national-konservativer, ja antidemokratischer Sicht den vermeintlichen ›Kulturkampf‹ gegen die ›linke‹ Literaturelite der Weimarer Republik in einer Phase der bundesdeutschen Restauration – zunächst mit Erfolg – fortzusetzen suchten, als scheinbar unbedeutende Relikte zurückließ. Schröder, dem die Kunsthalle 1968 noch einmal eine Retrospektive widmete,[149] blieb in einer Nische Autor eines traditionell-großbürgerlichen Publikums, das – ungeachtet oder meist in Unkenntnis um seine camouflierte Homosexualität[150] – nach wie vor seine Lyrik rezipierte und in dessen Erinnerungen *Unser altes Haus* eine vermeintlich ›heile‹ und ›geordnete‹ Zeit zu erblicken meinte.

146 Die Formulierung ist übernommen von Henning Bleyl, Die Schröder-Dämmerung, in: taz Bremen, vom 2. Februar 2011. Der Autor thematisierte in einer Reihe von Artikeln von 2010 bis 2012 Schröders Rolle in der NS-Zeit, wesentlich polemisch, undifferenziert und wenig Neues zur Argumentation beitragend. Dabei schien ihm entgangen zu sein, dass bereits 1978 anlässlich der Literaturpreisverleihung an Christa Wolf das Thema aufgegriffen wurde, vgl. Wolfgang Schmitz, Tauchen in die Vergangenheit. Ehrung für Christa Wolf und ihre Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Vorwärts, vom 2. Februar 1978. Eine gründliche Annäherung an Schröders Rolle während der NS-Zeit brachte erstmals der von Gunilla Eschenbach edierte Sammelband (vgl. Anm. 102), der die vorherige Diskussion wesentlich obsolet werden ließ.

147 Vgl. die Bewertung bei Sommer, Wilhelm Kaisen (wie Anm. 113), S. 518 ff.

148 Vgl. Barfuß, Müller, Tilgner, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005 (wie Anm. 78), S. 325 ff.

149 Vgl. oben Anm. 49.

150 Vgl. Florian Mildenberger, Homosexualität bei Künstlern und Literaten unter medizinischen und soziologischen Aspekten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – und das Beispiel Rudolf Alexander Schröder, in: Koch (Hrsg.), Rudolf Alexander Schröder (wie Anm. 16), S. 129 ff.

1975 (29. Mai – 2. Juni) hielt die *Gesellschaft der Bibliophilen* ihr Jahrestreffen in Bremen ab, auf dem Alfons Ott (1914–1976) den *genius loci* nutzte, um an Schröder zu erinnern.[151] Zum hundertsten Geburtstag 1978[152] und der Verleihung des *Bremer Literaturpreises* an Christa Wolf fand eine nachmittägliche Feierstunde statt, eingeleitet durch ein Statement von Senator Horst-Werner Franke (1932–2004), der Schröder als »Repräsentanten und Anreger Bremer Stadtkultur« charakterisierte.[153] Obgleich »hansisch konservativ« und aus »patrizischem Geiste« geprägt, sei sein Werk keineswegs abzutun, sondern: »Für uns Neue kommt es darauf an, die Eigentümlichkeiten dieses hansischen Geistes zu erfahren, aufzunehmen und ihn in eine breitere Wirkung zu führen.«[154] Gescheitert waren indes Bemühungen, der Feierstunde einen überregionalen Charakter zu verleihen.[155] Senatsrat Volker Plagemann (1938–2012) hatte am 8. Dezember 1977 Siegfried Lenz, den Preisträger des Jahres 1962,[156] als Laudator eingeladen, der aber mit Termingründen seinen Verzicht begründete (11. Dezember 1977).

So blieb Domprediger Günter Abramzik (1926–1992) die eigentliche Gedenkrede unter dem Titel *Rudolf Alexander Schröder in unser Zeit* vorbehalten.[157] Seine These, dass der Abstand von Schröder als Schriftsteller und Dichter »zwischen uns« nur scheinbar ein unendlicher sei, verliert sich im Verlaufe der enzyklopädisch angelegten Rede. Was blieb, war seine Rolle für die christliche Gemeinde und für Bremen.

Auf Eingabe einer einzelnen (!) Person kam es im gleichen Jahr zum gescheiterten Versuch, die Universität Bremen mit dem Namen Rudolf Alexander Schröders zu versehen,[158] und es sollte tatsächlich bis zu einem Senatsbeschluss vom 4. Juni 1996 dauern, ehe eine Straße im Bereich Findorff/Weidedamm seinen Namen trug.

151 Alfons Ott, Bekenntnis zu Rudolf Alexander Schröder, Olten 1975.

152 Eine bremische Referenz dazu von Ortwin Rudloff: Rudolf Alexander Schröder. Aus Anlaß seines 100. Geburtstages, in: Hospitium Ecclesiae 11, 1978, S. 7–12. Die Universitätsbibliothek Bremen veranstaltete zum Jubiläum im Januar und Februar 1978 unter dem Titel *Die Bremer Presse und ihre Zeit* eine Ausstellung.

153 Vgl. Mitteilungen der Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen, 9. Ausgabe vom 26. Januar 1978.

154 Ebd.

155 StAB 7.5284-32

156 Vgl. Emmerich (Hrsg.), Bremer Literaturpreis (wie Anm. 28), S. 98ff.

157 Vgl. Mitteilungen der Pressestelle des Senats der Freien Hansestadt Bremen, 5. Ausgabe vom 26. Januar 1978.

158 StAB 4.111/7-156.

Die Kampfmittelbeseitigung in Bremen – eine Bilanz nach 80 Jahren

Von Bernhard Springfeld

Einleitung

Auch wenn der Zweite Weltkrieg mehr als 75 Jahre zurückliegt, erinnert ein Erbe des Kriegs in Bremen auch heute noch immer an seinen Schrecken: Kampfmittel in ihren verschiedenen Formen und deren Beseitigung durch den Kampfmittelräumdienst der Polizei Bremen.[1]

Nach Kriegssende bot Bremen einen trostlosen Anblick. 66 % der Wohnungen waren vernichtet, die Infrastruktur lag in Trümmern, Brücken und Straßen waren zerstört oder schwer beschädigt. Die Wasser-, Gas-, und Stromversorgung funktionierten nur noch rudimentär, Menschen kämpften ums Überleben, Hunger und Krankheiten breiteten sich aus.[2] Hinzu kamen als Hinterlassenschaften des Krieges Bomben-Blindgänger, aufgegebene Flak- und Kampfstellungen, Waffen- und Munitionslager. Auch Waffen und Munition, die fliehende Soldaten weggeworfen hatten, waren überall zu finden. In der Stadt befanden sich Kampfmittel, die Leben und Gesundheit der Bevölkerung in hohem Maße bedrohten.

In der Diktion der Zeit macht das folgende Zitat die Problemlage am Ende des Krieges deutlich: »Nach dem Zusammenbruch war in den Ländern der U.S.-Zone Munition aller Art in solchen Mengen vorhanden, wie es sich die kühnste Phantasie nicht hätte vorstellen können. Sie stellen eine unheimliche Bedrohung für die Länder und ihre Einwohner dar. Alles, was einmal deutsche Intelligenz und Arbeitskraft auf dem Gebiete der Herstellung von Waffen, Granaten, Giftgase, Brandbomben, V.-Waffen, Torpedos, Minen und ähnliche infernalische Vernichtungsmittel in die Kriegsrüstung umsetzte, war hier zu finden.«[3] Dazu kam die Munition der Alliierten, die während der Kämpfe um Bremen zurückgelassen worden war.

Die Kampfmittelräumung in Deutschland ist ein bisher nur ansatzweise erforschtes Thema, entsprechend übersichtlich ist die Literatur. Für das Land Bremen ist mit Ausnahme eines – sehr persönlich gehaltenen – Erinnerungs-

1 Dieser Beitrag ist im Rahmen eines Forschungsprojekts für den Kampfmittelräumdienst der Polizei Bremen im Jahre 2020, anlässlich des Kriegsendes vor 75 Jahren entstanden. Hierfür wurden Unterlagen aus der Registratur des Kampfmittelräumdienstes der Polizei Bremen (Reg. KMD) ausgewertet.

2 Vgl. dazu u. a. V. Bode, Kriegszerstörungen 1939–1945 in Städten der Bundesrepublik, www.SSOAR.info (aufgerufen am 1. 3. 2021).

3 Niederschrift über die Sitzung der für die Munitionsräumung Verantwortlichen vom 17.–19. 11. 1949 in Düsseldorf, Dienstakte 122-49-02 des Senators für Inneres.

berichts des ersten Leiters des sogenannten Sprengkommandos, Johannes (Hans) Köster, aus dem Jahre 1967 und einer Schülerarbeit zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2008/09 keine Publikation zu diesem Thema vorhanden (s.u.). Auf der Grundlage der Aktenüberlieferung der 1940er bis -60er Jahre in der Registratur des Kampfmittelräumdienstes soll hiermit die Geschichte der Kampfmittelräumung in Bremen erstmals genauer dargestellt werden.

Bremen im Luftkrieg 1940–1945

Begonnen hatte der Luftkrieg über Deutschland mit einem Angriff der britischen Luftwaffe am 4. September 1939 auf militärische Ziele in Wilhelmshaven und den Nordostsee-Kanal. In Bremen heulten am 24. März 1940 das erste Mal die Luftschutzsirenen, als britische Bomber Flugblätter über der Stadt abwarfen. Der erste Angriff mit Bomben folgte am 18. Mai 1940.[4] Hatte sich die britische Luftwaffe in den Jahren 1940 bis Juni 1941 noch auf die Zerstörung von industriellen Einzelzielen konzentriert, änderte sie ab Sommer 1942 ihre Strategie und ging zu nächtlichen Flächenbombardements über, um die Moral der Bevölkerung zu brechen (»Moral Bombing«), nicht zuletzt auch als Reaktion auf die deutschen Bombardements im Spätsommer 1940, denen u.a. die historische Altstadt Coventrys zum Opfer gefallen war.[5] Schon am 30. Oktober 1940 war in einer Direktive die »Demoralisierung der deutschen Zivilbevölkerung« an eine bevorzugte Stelle der Prioritätenliste gerückt.[6]

Während das NS-Regime an der Ostfront seinen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug vorantrieb, häuften sich die sogenannten »1000-Bomber«-Angriffe auf deutsche Städte, mit denen Großbritannien die deutschen Kriegsanstrengungen unterminieren wollte und so die verbündete UdSSR unterstützte. Bremen war am 26. Januar 1942 das Ziel eines solchen Angriffs. Kern der neuen Strategie war auch eine geänderte Bombardierungstechnik. Die Brandbombe trat zunehmend an die Stelle der bisher vorwiegend verwendeten Sprengbomben. Die Sprengbomben »öffneten« die Gebäude, die folgenden Brandbomben setzten sie in Brand. Die neue Bombardierungstechnik erhöhte natürlich die Zahl der abgeworfenen Bomben.[7] So wurden

4 Zum Bombenkrieg s. u.a. Jörg Friedrich, Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg 1940–45, Berlin 2002; Richard Overy, Der Bombenkrieg: Europa 1939–1945, Berlin 2014; Hartmut Müller/Günther Rohdenburg (Hrsg.), Kriegsende in Bremen, Bremen 1995; Reinhold Thiel, Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg, Bremen 1995; Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990.

5 Area Bombing Directive, General Directive No. 5 S.46368/D.C.A.S., 14.2.1942, en.wikipedia.org/wiki/Area_bombing_directive (aufgerufen am 14.6.2021). Vgl. dazu u.a.: Peter Voß, 123 britische Bomben bis 1945, Selbstverlag, Hamburg 2000, S. 8ff.

6 Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Band 4: Bremen in der NS-Zeit (1933–1945), erweiterte und verbesserte Auflage, Bremen 1995, S. 564.

7 Die nationalsozialistische Presse sprach bei den Luftangriffen, die Wohnviertel trafen, von Terrorangriffen. So hieß es am 2. und 3.10.1940 in der Bremer Zeitung

Abb. 1: Alliierte Luftaufnahme der Bremer Altstadt vom Brill bis Utbremen 1945 (Foto: StAB)

bei einem Angriff auf Bremen am 1. und 2. Januar 1941 323 Sprengbomben und ca. 15.000 Brandbomben abgeworfen. Ab 1943 wurde Bremen auch von der 8. US-Air Force angegriffen. Während die Briten weitgehend bei ihren Nachtangriffen blieben, richteten sich die amerikanischen Angriffe am Tage meistens gegen kriegswichtige Industrien (u.a. die Focke-Wulf-Werke, Bremer »Vulkan«, AG »Weser«, Atlas- und Goliath-Werke). Später ging auch die 8. US-Air Force zu Flächenbombardements über.[8] Seit dem 8. Oktober 1943 wurden die »rollenden Bombardements« bei Tag und Nacht schwerer und Bremen wurde zunehmend zerstört. Den schwersten Luftangriff erlebte Bremen in der Nacht vom 18. auf den 19. August 1944. 273 Bomber zerstörten den Bremer Westen. Allein bei diesem Angriff wurden 68 Minen-, 2.323 Spreng- und knapp 119.000 Brandbomben abgeworfen.[9] 1.053 Menschen

»Vier Abschüsse in einer Nacht – Der Gau Weser-Ems bewies wieder einmal seine Gefährlichkeit für die Nachtpiraten« oder am 10. Oktober 1940 »... Ihr Häuptling in vorderster Linie heißt nun General Terror ...« Hintergrund dieser Meldung war ein Nachtangriff am 25.9.1940.

8 Groehler, Bombenkrieg (wie Anm. 4), S. 134.

9 Die von Schwarzwälder, Geschichte (wie Anm. 6, S. 596) genannte Zahl von 735.000 abgeworfenen Brandbomben erscheint vor der Gesamtzahl von insgesamt knapp 848.000 über Bremen abgeworfenen Brandbomben unwahrscheinlich. Die von Thiel, Flugabwehr (wie Anm. 4), S. 151 genannte Zahl von gut 117.000 abgeworfenen Brandbomben ist wahrscheinlicher.

kamen ums Leben und 49.000 wurden obdachlos. Einen Monat später wurden große Teile Bremerhavens zerstört. Noch im April 1945 wurde Bremen neun Mal bombardiert. Das letzte Mal fielen Bomben am 23. April 1945.[10]

Bei den 173 registrierten Luftangriffen auf Bremen starben mehr als 4.000 Menschen und ca. 62 % des Wohnraums wurden zerstört.[11] Andere Quellen[12] sprechen von 181 Luftangriffen, bei denen 61 % aller Wohngebäude zerstört wurden. Besonders betroffen waren das Stephaniviertel, die Neustadt, die westliche und Utbremer Vorstadt (heute Findorff), die Bahnhofsvor- und Altstadt sowie Hastedt. (Abb. 1)

Bei 52 Luftangriffen auf Bremerhaven wurden 1.142 Menschen getötet und über 2.000 verletzt. Allein beim schwersten Angriff am 18. September 1944 waren es 618 Tote und 1.903 Verletzte. Insgesamt fiel ein Drittel der Wohnbebauung in Bremerhaven den Bomben zum Opfer. Erst am 8. April 1945 forderte das alliierte Hauptquartier SHAEF: »Es ist notwendig, daß keine Angriffe gegen Ziele in Bremerhaven oder Umgebung geflogen werden, um den künftigen Plan ›Eclipse‹ zu erleichtern.« Dieser Plan zielte auf eine Entwaffnung der deutschen Streitkräfte und die Übernahme von Kriegsmaterial ab, weswegen Bremerhaven und das Hafengebiet Bremens von weiteren Luftangriffen überwiegend verschont blieben.[13]

Die Menge der abgeworfenen Bomben und der noch vorhandenen Kampfmittel

Vergleichsweise gut dokumentiert ist die Menge der abgeworfenen Bomben oder Blindgänger. Allerdings finden sich in der Literatur immer wieder abweichende Zahlen. Nach Schätzungen des Bremer Kampfmittelräumdienstes wurden über Bremen 41.629 Spreng- und 847.785 Brandbomben abgeworfen. In Bremerhaven waren es 426.944 Bomben, davon ca. 2.400 Sprengbomben. Über den Anteil der Blindgänger gibt es in der Literatur teilweise stark abweichende Werte. Nimmt man die Zahl von gut 1,3 Millionen abgeworfenen Bomben als gegeben an, kommt man bei einer Quote von 10 % auf ca. 130.000.

10 www.historic.de/Bremen_im_Kriege/Bombenangriffe/Bombenangriffe 1945.htm (aufgerufen am 3. 5. 2021). Vgl. auch Georg Schmidt, Bremen nach der Stunde Null, 2. Auflage, Bremen 1983, Vorwort.

11 Herbert Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Band 2, 2. aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Bremen 2003.

12 Nach Eberhard Syring (Karl-Marten Barfuß, Hartmut Müller, Daniel Tilgner (Hrsg.), »Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945–2005«, Band 1 1945–1969, Bremen 2008, S. 245). Die Differenz bei der Anzahl der Bombenangriffe liegt wahrscheinlich darin begründet, dass zum Kriegsende eine genaue Zählung nicht mehr stattfand. Eine Rückfrage beim Kampfmittelräumdienst Bremen ergab die Zahl von 173. Groehler, Bombenkrieg (wie Anm. 4), S. 432 gibt an, dass Bremen an achter Stelle der 20 am meisten bombardierten Städte lag.

13 Allied Forces Supreme Headquarters, Operation »Eclipse« Appreciation and Outlane Plan, 10. 11. 1944, mit diversen Fortschreibungen und Anhängen, Library Armed Forced Staff College, Record Nr. 42397.

Bei einer Quote von 15 % sind es maximal 195.000 Blindgänger.[14] Am wahrscheinlichsten ist ein Wert von 10 %. Von diesen ca. 130.000 Blindgängern ist eine Quote von 10 % ungefährlichen »Zerschellern« und die Anzahl der im Kriege geräumten Blindgänger abzuziehen. Man kann also nach vorsichtigen Schätzungen von insgesamt ca. 117.000 ungeräumten Blindgängern ausgehen. Davon sind von 1945 bis 2020 116.272 geräumt worden. Zieht man die Zahl der beseitigten Blindgänger von den vermuteten Blindgängern ab, müssten noch zwischen 700 und 1.000 Blindgänger vorhanden sein, die auf eine Entschärfung warten. Unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren gefundenen Mengen erscheint diese Zahl durchaus realistisch. Letztlich sind aber auch dies – wie alle anderen Werte – nur Schätzungen, die wahrscheinlich nie verifiziert oder falsifiziert werden können.

Während die Menge der Bombenblindgänger zumindest annähernd geschätzt werden kann, ist die Menge anderer Kampfmittel und Waffen, die nach Ende des Krieges vom Sprengkommando zu beseitigen waren, nicht annähernd zu schätzen. Auch anhand der beseitigten Mengen können keine Rückschlüsse auf die tatsächlich vorhandenen Mengen gezogen werden. Aufgrund der chaotischen Verhältnisse sind bei Kriegsende große Mengen an Waffen, Munition und anderen Kampfstoffen unkontrolliert von deutschen Soldaten »entsorgt« worden. Dazu kommen die Munitionsvorräte, die in aufgegebenen Kampf- und Flakstellungen gelagert waren, sowie britische Munition, die bei den Kämpfen in und um Bremen liegengeblieben ist.[15] Auch heute wird noch Munition (insbesondere Handgranaten, Panzerfäuste, Infanterie- und Artilleriemunition) entsorgt. Chemische Kampfstoffe sind – mit Ausnahme von ca. 800 Nebelfässern – in Bremen nur in geringen Mengen gefunden worden.[16]

Blindgängerentschärfung im Zweiten Weltkrieg

Originär zuständig für die Entschärfung von Blindgängern während des Krieges waren die Feuerwerker der Wehrmacht. »Es wurden militärische Sprengkommandos zusammengestellt, wie z.B. in der 8. Flakdivision durch den Hauptmann und späteren Major Dresser..., der dieses Kommando bis 1942 führte. Danach übernahm Hauptmann Stöters und ab Mitte 1944 Hauptmann Günther die Führung des Sprengkommandos, das ab Anfang 1944 die Bezeichnung ›Sprengkommando der Luftwaffe 2/XI‹ trug.«[17]

14 In einem Interview mit dem Weser-Kurier vom 30. 8. 2012 schätzte der Bremer Sprengmeister Andreas Rippert den Blindgänger-Anteil für Bremen auf ca. 13 %. Der errechnete Wert von ca. 169.000 Blindgängern dürfte aber aufgrund der in den letzten Jahren gefundenen Mengen deutlich zu hoch sein.

15 So waren z. B. in einem Bunker am Bürgermeister-Smidt-Platz größere Mengen Panzerfäuste für den Volkssturm gelagert. Niederschrift über die Senatsbesprechung, 7./14. 2. 1945, StAB 3/3,67.

16 Lagerplätze von Nebelfässern am 1. 7. 1946; Meldung 11. Polizeirevier an das Sprengkommando. 3. 7. 1946; Schreiben 12. Polizeirevier an das Sprengkommando, 30. 5. 1950, Reg. KMD.

Abb. 2: Bergung eines Blindgängers nach dem 42. Luftangriff auf Bremen am 3. Januar 1941, Hohentorsheerstraße / Große Sortillenstraße (Foto: StAB 4,77/1-Fotos 1125)

Gefundene Blindgänger wurden dem Polizeipräsidenten als dem örtlichen Luftschutzleiter gemeldet, der dann die Entschärfung beim Sprengkommando der Luftwaffe veranlasste. Eine zivile oder polizeiliche Kampfmittelräumung außerhalb der Wehrmacht bestand am Anfang des Krieges nur in Ansätzen und war eher »inoffiziell«.[18] Obwohl die grundsätzliche Zuständigkeit der Wehrmacht für die Bombenentschärfung immer wieder herausgestellt wurde[19], bildete sich parallel im Rahmen des bestehenden »Sicherheits- und

17 So Lennart Rennies, Christian Burkert, Explosiver Alltag – die Arbeit der Bombenentschärfer, unveröffentlichtes Manuskript im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 2008/2009 »Helden verehrt – verkannt – vergessen«, Bremen 2009, S. 10, nach: Wolfgang Thamm, 55 Jahre Kampfmittelbeseitigung in der Bundesrepublik Deutschland, Bissendorf 2002, S. 224.

18 Vgl. dazu Gliederung und Kräfte des Luftschutzes im Einsatz, download.gsb.bund.de/BBK/Hampe/07_Gliederung_Kraefte_im_Einsatz (aufgerufen am 30.6.2019). Für die Beseitigung von Minen jeder Art in den Reichswasserstraßen war das Landes-Pionier-Bataillon 520 im Wehrkreis X zuständig. Untergebracht war das Bataillon in der Kaserne an der Stader Straße. Schreiben WSchP (Wasserschutzpolizei) Abschnitt Bremen an das Kommando der Schutzpolizei 13. November 1944, Reg. KMD.

19 Schreiben Der Chef der Ordnungspolizei – Der Chef des Kommandoamtes an den Regierenden Bürgermeister Bremen, 16.7.1942, StAB P.1.a. Nr. 1305.

Hilfsdienstes« (SHD) ein »Instandsetzungsdienst« mit eigenen Kompetenzen heraus. Sowohl die Sprengkommandos der Luftwaffe als auch die der Luftschutzpolizei, wie sich der SHD seit 1942 nannte, waren in das System des Luftschutzes eingebunden.[20] (Abb. 2)

Nach den Erinnerungen von Johannes (»Hans«) Köster, des ehemaligen Leiters des Instandsetzungsdienstes in Bremen, sollen schon 1940 erste eigenständige Blindgänger-Sprengungen durch den Instandsetzungs-Dienst des SHD und später der Luftschutzpolizei in Bremen stattgefunden haben. »So fingen wir an zu lernen, Blindgänger zu entschärfen. Wir hatten alle kein Wissen [...]; es war ein vollkommenes Neuland [...] Im Reichsgebiet waren etwa 2000, meist höhere Führer des SHD, die sich mit der Entschärfung von Blindgängern befaßten. Davon lebten am Schlusse des Krieges noch eben über 100, die anderen hatten mit ihrem Leben bezahlt.«[21] Der Instandsetzungs-Dienst der Bremer Luftschutzpolizei richtete erst im Spätsommer 1944 einen eigenen Sprengtrupp ein. Er bestand aus 27 bis 34 ausgebildeten Männern.[22]

Zu den Aufgaben des Instandsetzungs-Dienstes der Luftschutzpolizei gehörten u. a.: die Stellung von Hilfskräften bei der Blindgänger-Beseitigung[23], das Bergen von Verschütteten und Toten, Sichern von beschädigten Häusern, Sprengarbeiten, Wiederherstellung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung.[24]

20 S. dazu Erich Hampe, Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1963, download.gsb.bund.de/BBK/Hampe/07_Gliederung_der_Kraefte_im_Einsatz_S_245_265.PDF.

21 Vgl. Hans Köster, Die Gründung des Polizei-Sprengkommandos in Bremen, unveröffentlichtes maschinenschriftliches Manuskript, Bremen 1967, S. 17 und 23. Diese Erinnerungen sind aus einer sehr persönlichen Sicht von Johannes »Hans« Köster, dem ersten Sprengmeister nach dem Kriege (angeblich auf Anregung des Sprengmeisters Wilhelm Stelter) geschrieben worden und überhöhen seine Rolle, die er bei der Gründung des Polizei-Sprengkommandos gespielt hat, sehr deutlich. Schon der Titel ist irreführend, da es keine Neugründung im eigentlichen Sinne war, sondern eine Übernahme der Strukturen des Instandsetzungs-Dienstes der Luftschutzpolizei mit – soweit feststellbar – allen personellen Kontinuitäten durch die Amerikaner. Man darf aber – auch im Abgleich mit beim Kampfmittelräumdienst vorliegenden Dokumenten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit – davon ausgehen, dass die historischen Ereignisse weitgehend korrekt wiedergegeben sind. Das Originalmanuskript befindet sich in der Registratur des Kampfmittelräumdienstes. Vgl. auch Rainer Lambrecht, Zwischen Berufung und strenger Pflicht – Geschichte des Feuerwerkswesen 1935–2005 in Deutschland, Potsdam 2007, S. 272

22 Mehrere Aufstellungen über den Sprengtrupp vom August und Oktober 1944, Reg. KMD.

23 Köster beschreibt in seinen Erinnerungen (wie Anm. 21), S. 16 f., dass der damalige Leiter des Instandsetzungs-Dienstes Wolfram Veeck schon 1937 gefordert hatte, dass die »zu stellenden Hilfskräfte des SHD mindestens im Sprengen ausgebildet sein oder doch unbedingt unter Leitung eines Sprengfachmannes eingesetzt werden müssten. Die Ausbildung für Sprengarbeiten wurden in der Technischen Nothilfe in dreiwöchigen Lehrgängen sehr ernst betrieben und vor dem Krieg... immer wieder geübt.«

24 Vgl. Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 4.

Die technische Grundlage für die Entschärfung von Bomben-Blindgängern war das »Belehrungsblatt über Beseitigung feindlicher Abwurfmunition« in Form einer Loseblattsammlung, herausgegeben vom Oberbefehlshaber der Luftwaffe – Inspektion des Luftschutzes. In den einzelnen Blättern werden die verschiedenen Bombentypen detailliert beschrieben, so beschrieb z. B. das Blatt 9 (Stand 10. Februar 1944) die verschiedenen Typen von Brandbomben. Diese immer wieder ergänzte Sammlung wird auch heute noch von den Kampfmittelräumdiensten benutzt, um unbekannte Bombentypen zu identifizieren.

Neben den Fachleuten von Luftwaffe und Luftschutzpolizei wurden auch Strafgefangene und KZ-Gefangene bei der Blindgänger-Beseitigung eingesetzt. Grundlage war ein Führerbefehl vom 12. Oktober 1940, in dem angeordnet wurde: »[...], daß zur Beseitigung von Bomben (Blindgänger, LZZ [Langzeitzünder]) – soweit damit Gefahr für die Räumtrupps verbunden ist – nach Möglichkeit Insassen von Konzentrationslagern und Strafgefangene[25] aller Art herangezogen werden.«[26] Für die Bereitstellung von Strafgefangenen hatten die Luftgaukommandos Sorge zu tragen (Reichsminister der Luftfahrt 29.7.1944). Neben der Freilegung von Bombenblindgängern ist auch bekannt, dass Häftlinge von Konzentrationslagern zur Bombenentschärfung ausgebildet wurden und eigenständig, unter Bewachung, Bombenblindgänger entschärfen mussten. Gestellt wurden die Kolonnen von den örtlichen Strafanstalten und Konzentrationslagern. Organisiert wurde der Einsatz vom Instandsetzungsdienst der Luftschutzpolizei. Die Strafanstalt Oslebshausen stellte ständig zehn Kolonnen à 10 Mann als Arbeitskommandos zur Verfügung.[27] Neben Häftlingen aus den Strafanstalten und Konzentrationslagern,

25 So wurde Johann K. am 29. Mai 1945 eine Bescheinigung ausgestellt, dass er sich freiwillig für die Beseitigung von Bombenblindgängern gemeldet hat und im Blindgänger-Kommando Nr. 5 eingesetzt war (Reg. KMD).

26 Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 31, spricht von »lebenslänglich verurteilten Zuchthäuslern«, die er angeblich – wohl ab 1943 – nicht mehr zu Arbeiten bei der Blindgänger-Beseitigung herangezogen haben will. Ob diese Aussage der Wahrheit entspricht, darf bezweifelt werden. Es existiert ein Bild (Schwarzwälder, wie Anm. 6, S. 587), das Strafgefangene am 13.12.1943 bei der Blindgängerbeseitigung zeigt.

27 Niederschrift über eine Besprechung zwischen dem Kommandeur der Schutzpolizei, Oberstleutnant Herbst, Major Hermann, Abteilungsführer des Instandsetzungs-Dienstes Köster, Amtmann Stoffel von der Strafanstalt Oslebshausen, Hauptmann Stötters, Sprengkommandoführer der 8. Flakdivision, 30.11.1943, Reg. KMD.
Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Antrag des Kommandos der Schutzpolizei – Sprengtrupp vom 7.3.1946 an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht – Abteilung Strafvollzug, wieder zwei Kolonnen zu je sieben Mann Strafgefangene für Transport- und Erdarbeiten zur Verfügung zu stellen. »...Wie bereits in Erfahrung gebracht, befinden sich unter den dortigen Anstaltsinsassen noch eine ganze Anzahl der seinerzeit eingesetzten Strafgefangenen, die durch ihre lange Tätigkeit beim Sprengkommando 2/XI der Wehrmacht mit diesen Arbeiten bestens vertraut sind. Es besteht daher der Wunsch, bei der Zusammenstellung der 2 Kolonnen diese Männer vorerst zu berücksichtigen...« Am

wurden russische und polnische Zwangsarbeiter und ab Anfang 1944 auch Angehörige der ukrainische Schutzmannschaft zur Bombenräumung eingesetzt.[28] Dagegen wurde den westeuropäischen Zwangsarbeitern, die der nationalsozialistischen Rassenlehre zufolge als höherwertig galten als die »Ostarbeiter«, offenkundig keine Teilnahme an diesen lebensgefährlichen Entschärfungseinsätzen zugemutet.

Die praktische Zusammenarbeit und Kommunikation der Sprengkommandos des SHD und später der Luftschutzpolizei mit der Wehrmacht waren in den ersten Jahren des Krieges noch mangelhaft. So gab z.B. die Luftwaffe nur unzureichende Informationen über Bombentypen und Entschärfungsmethoden an den SHD weiter. Damit gestaltete sich das Freilegen von Blindgängern für den SHD schwierig und teilweise äußerst gefährlich. Gegen Ende des Krieges war eine geordnete Beseitigung von Blindgängern auf Grund der fast täglichen Bombenangriffe und von Treibstoffmangel nicht mehr möglich. Selbst die Beseitigung von Blindgängern zur Freimachung von Verkehrswegen innerhalb von sechs Stunden, wie sie das Luftgaukommando gefordert hatte, war unter diesen Voraussetzungen illusorisch. Auch Notlösungen konnten nicht verhindern, dass die Stadt zunehmend mit nicht entschärften Blindgängern übersät war, die nicht mehr geräumt wurden. Die Situation verschärfte sich noch, als kurz vor und nach dem Kriegsende die staatlichen Strukturen mehr und mehr erodierten. (Abb. 3)

Die Sprengmeister: ein Überblick

»Aushängeschilder« des Sprengkommandos sowie Kampfmittelräumdienstes waren und sind die Sprengmeister. Sie leisten die gefährliche Arbeit direkt am Blindgänger und setzen dabei ihr Leben aufs Spiel. Entsprechend groß ist bis heute die mediale Aufmerksamkeit. Immer, wenn über einen neuen Kampfmittelfund oder eine Bombenentschärfung berichtet wird, fällt in der

11.4.1946 erhielt das Sprengkommando zwei Kolonnen mit je sieben Mann zur Verstärkung zugeteilt, Chef der Polizei – Sprengkommando »Sprengen in der Garlstedter Heide« 11.4.1946; bei einer Bunkersprengung auf dem Weserbahnhof wurden zwei Strafgefangene durch »unvorhergesehene Splitterwirkung« leicht und ein anderer schwer am Oberschenkel verletzt. Chef der Polizei – Sprengkommando, Verletzung der Strafgefangenen Fritz M. und Heinrich M., 2.8.1946, Reg. KMD.

28 Die ukrainischen Schutzmannschaften waren Hilfskräfte der Ordnungspolizei in den besetzten Gebieten im Osten. Sie wurden schon kurz nach der Besetzung von lokalen Wehrmachtsbefehlshabern eingesetzt und im Sommer von der Ordnungspolizei übernommen. Aufgelöst wurden die Schutzmannschaften wohl Mitte 1944, ein genaues Auflösungsdatum ist nicht bekannt. Ein Großteil wurde in die Waffen-SS übernommen. Vgl. dazu u.a. John-Paul Himka, The Organization of Ukrainian Nationalists, the Ukrainian Police, and the Holocaust, Ottawa Oktober 2001. Es ist zu vermuten, dass andere Teile der ukrainischen Schutzmannschaften für ähnliche Hilfsaufgaben im Deutschen Reich eingesetzt wurden.

Abb. 3: Ausstellung von Blindgängern vor dem Befehlsbunker der 8. Flakdivision im Bürgerpark, 11. Januar 1943 (Foto: StAB 4,77/1-Fotos 4461)

Regel der Name des Sprengmeisters. Insbesondere die Sprengmeister Wurtmann und Stelter wurden dabei so etwas wie »Volkshelden«. In der Presse wurden sie regelmäßig als »Bombentöter« bezeichnet. Die Verehrung in der Stadt war so groß, dass an der Trauerfeier für Johann Wurtmann Senatorin Annemarie Mevissen als Vertreterin des Senats teilnahm und Bürgermeister Kaisen ihn »einen der verdienstvollsten Männer unserer Zeit« nannte.[29] Als Zeichen dieser besonderen Wertschätzung wurden die Angehörigen des Sprengkommandos während des Kriegs ebenso wie nach Kriegsende vielfach ausgezeichnet. Schon im Februar 1952 bekam Sprengmeister Johann Wurtmann die Bremer Rettungsmedaille in Silber, die Mitarbeiter des Sprengkommandos Theodor Bosse, Heinrich Koike, Max Zantop, Hinrich Harjes, Johann Garlich, Richard Brinkmann, Meinhard Westermann, Emil Jurgeleit und Fritz Rohlwing diese Auszeichnung in Bronze.[30] Später erhielten alle Sprengmeister in Bremen für ihre gefährliche Arbeit das Bundesverdienstkreuz.

Die Angehörigen des ersten Sprengkommandos kamen alle aus zivilen Berufen. Johann Wurtmann war gelernter Malermeister, Theodor Bosse Fensterputzermeister, Johann Garlich Platzaufseher, Fritz Rohlwing Schlachter, Hinrich Harjes und Emil Jürgeleit Maler und Hermann Dybianka

29 Weser-Kurier, 29. 9. 1954 und 1. 10. 1954.
30 Weser-Kurier, 16. 2. 1952.

Elektriker.[31] Fast alle waren Angehörige der Luftschutzpolizei, die in der Regel beim SHD ausgebildet wurden und während des Krieges Erfahrungen in der Kampfmittelbeseitigung gemacht hatten. Das Durchschnittsalter betrug im Februar 1950 53 Jahre.[32] Es waren also in der Regel ältere, erfahrene Männer mit einer fundierten Ausbildung. (Abb. 4)

Abb. 4: Blindgänger-Lager im Instandsetzungspark Süd, 9. Oktober 1941 (Foto: StAB 4,77/1-Fotos 3236)

Der erste namentlich bekannte Sprengmeister war der Leiter des Instandsetzungsdienstes Wolfram Veeck. Er hatte schon 1937 einen Sprengstofflehrgang absolviert.[33] Er kam am 4. Dezember 1941 bei der Entschärfung seines 501. Blindgängers ums Leben.[34] Begraben ist Wolfram Veeck auf dem Waller Friedhof. Bisher ist Veeck der einzige Sprengmeister, der in Ausübung seines Dienstes starb. Sein Nachfolger als Bereitschaftsführer des Instandsetzungsdienstes wurde am 21. Oktober 1943 der am 19. August 1896 geborene Oberingenieur Hans Köster.[35] Nach eigenen Angaben war Köster auch Gründer des ersten Sprengkommandos nach dem Kriege, das er bis zu seiner

31 Aufstellung des Sprengkommandos über die Berufe der Angehörigen des Sprengkommandos an die Verkehrspolizei, 13. 2. 1950, Reg. KMD.

32 Nach Hampe, Luftschutz (wie Anm. 20), S. 402, betrug das Durchschnittsalter der Kräfte des Instandsetzungsdienstes in den letzten Kriegsjahren 58 bis 60 Jahre.

33 Rennies, Burkert, Alltag (wie Anm. 17), S. 10.

34 Zur Erinnerung an den »Bombentöter« Veeck wurden vor dem 4. Polizeirevier in der Schwachhauser Heerstraße zwei Modelle alliierter Fliegenbomben aufgestellt. Auf Anordnung des Regierenden Bürgermeisters Vagts wurden die Bombenmodelle am 31. Mai 1945 entfernt. Der Verbleib einer Gedenktafel für Wolfram Veeck im Polizeihaus ist nicht bekannt.

35 Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 28.

Entlassung aus der Schutzpolizei am 10. Oktober 1945 leitete.[36] Nach seiner Entlassung gründete er die Firma »Hans Köster – Ingenieur-Büro, Sprengunternehmen und Vertretungen« in der Neuenlander Straße. 1954 tauchte er in den Protokollen des »Ausschusses für die Prüfung der Sachkunde auf dem Gebiete des Sprengstoffwesens« als ordentliches Mitglied auf. Seit 1953 leitete Köster den Landesverband Bremen und die Ortsverbände Bremen und Bremerhaven des neu gegründeten Technischen Hilfswerks.[37] Hans Köster starb 7. August 1970.

Abgelöst wurde Köster von Hermann Dybianka, der im Kriege Bereitschaftsführer der Luftschutzpolizei war. Über ihn ist nur wenig bekannt. Geboren wurde er am 18. Oktober 1899 in Bremen und starb hier am 10. Februar 1972. Nach seiner Entlassung betrieb er ein Baugeschäft am Buntentorsteinweg. Sein Nachfolger wurde der ehemalige Zugwachtmeister der Luftschutzpolizei Johann Wurtmann an. Wurtmann trat 1939 in den SHD ein und legte die Sprengmeister-Prüfung während des Krieges ab. Von 1947 bis zu seinem Tode am 27. September 1954 leitete Wurtmann das Sprengkommando. Er wurde 60 Jahre alt.[38]

Am 16. Oktober 1954 übernahm der Oberfeuerwerker August Ott das Amt des Sprengmeisters in Bremen[39]. Ab 1936 war er als Munitions- und Bombenverwalter Angehöriger der 1. Luftwaffen-Felddivision. 1938 besuchte Ott die Feuerwerker-Schule in Halle und war von 1939 bis 1941 als Feuerwerker tätig. 1941 machte er den Lehrgang zum Sprengkommando-Führer. Danach war er Sprengmeister des Luftgaukommandos III auf der Vulkanwerft in Stettin. August Ott leistete 1945/46 als Kriegsgefangener Minenräumdienst bei Aachen. Vor seiner Tätigkeit in Bremen war Ott Sprengmeister bei der englischen Militärregierung im Gebiet zwischen Delmenhorst und Oldenburg. Ott starb am 27. März 1959 im Alter von 49 Jahren.

Die Leitung des Sprengtrupps mit seinen vier Mitarbeitern übernahm nach dem Tode Otts sein bisheriger Stellvertreter, Wilhelm Stelter, geboren am 30. Juni 1920.[40] Von 1939 bis 1945 war er Angehöriger der Kriegsmarine. In dieser Zeit absolvierte er seine Minen-Feuerwerker-Ausbildung. Nach seiner Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft wurde Stelter 1954

36 Schreiben Kommando der Schutzpolizei – Spreng- und Bautrupp, 19.10.1945, Reg. KMD. Köster schreibt dazu in seinen Erinnerungen (wie Anm. 21), S. 66: »..., wenn ich an den 10. September 1945 denke. An diesem Tage bekam ich einen Fragebogen mit 131 Fragen [Entnazifizierungsfragebogen?], den ich am nächsten Tage bereits ausgefüllt zurückgab, ohne zu ahnen, daß dieser Anlaß sein sollte zu meiner fristlosen Entlassung.« Eine Recherche im Staatsarchiv Bremen ergab, dass keine Entnazifizierungsakte von Köster vorliegt.

37 Peter Lohmann (Hrsg.), Einsatz! Von Bremen bis Somalia – 60 Jahre Technisches Hilfswerk (THW) in Bremen, Berlin 2012, S. 10; Weser-Kurier, 11.10.1952.

38 Nachrufe in Bremer Nachrichten, 29.9. und 1.10.1954, im Weser-Kurier vom 1.10.1954 und in Norddeutsche Volkszeitung vom 29.9.1954.

39 Weser-Kurier, 28.10.1954; Schreiben S 5 [Schutzpolizei] an [Stadt- und Polizeiamt] Abteilung P, 18.10.1954, Reg. KMD.

40 Beurteilung Leitung der Schutzpolizei an den Leiter des Stadt- und Polizeiamtes, 30.4.1959, Reg. KMD; Weser-Kurier, 19.2.1979.

Schutzpolizist und Mitarbeiter im Sprengtrupp. Wilhelm Stelter starb am 18. Februar 1979. In einem Nachruf des Stadt- und Polizeiamtes hieß es: »Mit Wilhelm Stelter verliert die Polizei einen Mann, der sicher auf lange Zeit unersetzlich ist.« Die wohl bekannteste Leistung Stelters war die Entschärfung einer 36-Zentner-Luftmine im Jahre 1966[41] und die Entschärfung von Torpedos eines 1916 in der Helgoländer Bucht versenkten U-Bootes im November 1968.[42] Wilhelm Stelter war der letzte Sprengmeister, der seine Ausbildung noch während des Krieges gemacht hat. Mit seiner Pensionierung endeten die personellen Kontinuitäten von Wehrmacht und Luftschutzpolizei und der Polizei im Bremen der Nachkriegszeit.

Nach mehrmonatiger Vakanz, in der Sprengmeister aus Hamburg und Niedersachsen in Bremen tätig waren, wurde Ende August 1979 der Polizei-Hauptmeister Harry Warrelmann Leiter des Kampfmittelräumdienstes und Sprengmeister.[43] Harry Warrelmann wurde am 15. Oktober 1940 geboren und trat 1960 in den Polizeidienst. Nach seiner Ausbildung arbeitete er im Verkehrsdienst und am 12. Polizeirevier in der Neustadt. Danach wurde er zur Waffenstelle versetzt, zu der als Abschnitt das Sprengkommando gehörte. In seine Dienstzeit fällt die Entschärfung einer 5-Zentner-Bombe im Diakonissen-Krankenhaus, die eine der aufwändigsten Evakuierungen in der Nachkriegszeit notwendig machte.

Während die Vorgänger von Harry Warrelmann eher zurückhaltend ihrer Arbeit nachgingen, suchte er die mediale Aufmerksamkeit. In teilweise großer Aufmachung wurde über seine Entschärfungen in der Presse berichtet. Bilder zeigen den Sprengmeister häufig in »Heldenposen« vor den entschärften Blindgängern.[44] Aus der Vielzahl der Berichte seien zwei Beispiele genannt: Der Weser-Kurier berichtete am 1. August 1987 in einem großen Artikel über die Entschärfung eines so genannten »Bunker-Knackers« in der Nähe des U-Boot-Bunkers Farge: »[...] nicht nur in Rekum, in ganz Bremen sind viele Daumen für Sprengmeister Warrelmann gedrückt worden. Bis die grüne Signalrakete endlich Entwarnung anzeigte, war immer wieder zu hören: ›In seiner Haut möchte ich nicht stecken.‹« In einem Artikel des Weser-Kurier vom 20. Januar 1992 heißt es: »Bomben-Stimmung herrschte nicht nur auf der Party [gemeint ist die Bombenentschärfung], sondern auch schon während der Vorbereitungen am Freitagnachmittag: Das durch die Bombenentschärfung des ›Super-Helden‹ Harry Warrelmann völlig lahmgelegte Verkehrsnetz der Bremer Neustadt [...]« Auch Warrelmanns tiefer Fall vollzog sich in aller

41 Weser-Kurier, 10.1.1966.

42 Weser-Kurier, 5.11.1968 und 20.2.1979; Frankfurter Allgemeine, 11.11.1968; Die Welt, 11.11.1968. Bei dem U-Boot handelte es sich um U 51 der kaiserlichen Marine, das 1916 nach einem Torpedotreffer in der Außenweser (Helgoländer Bucht) gesunken war. Es hatte sechs scharfe Torpedos und 280 Schuss Munition für das Bordgeschütz an Bord. Außerdem wurden 21 Leichen geborgen und feierlich auf dem Osterholzer Friedhof beigesetzt.

43 Weser-Kurier, 22.5.1979 und 21.8.1979.

44 Eine Recherche im Archiv des Weser-Kurier (aufgerufen am 2.3.2021) liefert bei der Eingabe des Namens »Warrelmann« für den Zeitraum vom Juni 1979 bis Januar 1999 387 Ergebnisse.

Öffentlichkeit: In einem bisher in der Bundesrepublik einzigartigen Fall wurde Harry Warrelmann 1998 als Sprengmeister aus der Polizei entlassen. Vorausgegangen war ein Strafverfahren, in dem er wegen Bestechlichkeit, Betrug und Untreue zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde.[45] Warrelmann starb am 16. November 2018.[46]

Aber auch sein Nachfolger, Andreas Rippert ist mit zahlreichen Erwähnungen in der Presse sehr präsent. Andreas Rippert, geboren 1958, wurde am 1. April 1995 neuer Leiter des Kampfmittelräumdienstes.[47] Vorher war er Minentaucher bei der Bundeswehr und arbeitete nach seiner Wehrzeit ab 1985 beim Kampfmittelräumdienst Hamburg. In seine Dienstzeit fällt die Entschärfung einer 20-Zentner-Bombe auf der Baustelle von Radio Bremen an der Diepenau am 1. Juni 2005.

Kampfmittelräumung vom Kriegsende bis Mitte der 1960er Jahre

Organisation

Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung sollte die Kampfmittelbeseitigung bis 1948 abgeschlossen sein, doch auf Grund der nicht überschaubaren Menge ungeräumter Kampfmittel sowie fehlender materieller und personeller Ressourcen war diese Frist nicht annähernd einzuhalten. Die einzigen Kräfte, die dafür zur Verfügung standen, waren die Feuerwerker der Wehrmacht und der Luftschutzpolizei. Wie alle anderen staatlichen Organisationen befand sich aber auch die Luftschutzpolizei weitgehend in Auflösung. Viele Feuerwerker der Wehrmacht waren in Kriegsgefangenschaft oder wurden von den Besatzungstruppen anderweitig eingesetzt.

Sowohl in Teilen der Literatur als auch in seinen persönlichen Erinnerungen wird Hans Köster als Gründer des Bremer Sprengkommandos genannt: »Noch vor dem offiziellen Kriegsende [am 8. Mai 1945] gelang es dem Bremer Oberingenieur Hans Köster aus eigener Initiative, das Sprengkommando zu gründen bzw. zu reorganisieren.«[48] Am 5. Mai 1945 konnte mit Genehmigung

45 »Der tiefe Fall eines Volkshelden«, Weser-Kurier, 21. bis 23. 5. 1998; »Zwei Jahre auf Bewährung für ›Bomben-Harry‹«, TAZ, 22. 5. 1998. Die Akten des Strafverfahrens, KLs 501 Js 4070/94, sind nach Auskunft der Generalstaatsanwältin vom 16. 3. 2021 im Sommer 2020 ausgesondert worden.

46 Radio Bremen »buten un binnen«, 24. 11. 2018; »Bomben-Harry« ist tot, Weser-Kurier, 24. 11. 2018.

47 Weser-Kurier, 19. 1. 1995.

48 Die von Thamm, 55 Jahre (wie Anm. 17), S. 48f. beschriebene Gründung des deutschen Sprengkommandos: »Unter Leitung von Korvettenkapitän Heyer wurden bereits ab Mitte 1945 Kampfmittelbeseitigungskommandos (Bomb Disposal) gebildet, die zuerst unter britischer, dann unter US-Aufsicht tätig wurden. Dazu wurden ehem. Feuerwerker der Wehrmacht und sonstige Ehemalige verpflichtet. Unter Leitung von 4 Feuerwerkern waren etwa 15 Helfer in den Beseitigungstrupps und unter Leitung von zwei Feuerwerkern waren 20 Helfer in den Sprengtrupps eingesetzt«, wird durch die Aktenlage nicht gestützt. Weder taucht ein Korvettenkapitän Heyer auf, noch kann die Anzahl der Männer

des damaligen »Chief of police«, Major Kennedy, ein 15 Mann starkes Sprengund Räumkommando seinen Dienst antreten[49]. Wenn man will, kann dieses Datum als Gründungsdatum des späteren Kampfmittelräumdienstes angesehen werden. Allerdings gab es keinen »offiziellen« Gründungsakt oder eine Organisationsverfügung. Dass Hans Köster des Sprengkommandos indes »gegründet« hätte, ist unwahrscheinlich, denn deutsche Stellen hatten nach dem Kriege keinerlei Befugnisse mehr. Eine solche Aufgabe hätte sich die Militärregierung – schon aus Sicherheitsgründen – auch nicht aus der Hand nehmen lassen. Die Männer der Luftschutzpolizei arbeiteten, vielleicht auf Initiative von Hans Köster, weiter: Sie entschärften Bomben und beseitigten Munition und andere Kampfmittel. Ob es aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Einwohnern der Stadt geschah, wie es Köster in seinen Erinnerungen schreibt, aus Mangel an beruflicher Perspektive oder aus der Tatsache, dass sie immer noch Angehörige der Luftschutzpolizei mit entsprechenden Verpflichtungen waren, ist im Nachhinein nicht mehr festzustellen.

Das Sprengkommando war in den bisherigen Strukturen der Luftschutzpolizei organisiert und gehörte bis zur Auflösung der Luftschutzpolizei am 10. Juli 1945[50] dem Instandsetzungsdienst an.[51] Nach der Auflösung der Luftschutzpolizei lautete die offizielle Bezeichnung nun »Kommando der Schutzpolizei – Spreng- (oder Bau-)trupp«. Der Bautrupp (Instandsetzungstrupp) wurde zum 31. März 1946 aufgelöst. Das Sprengkommando blieb bestehen und verblieb bei der Schutzpolizei. Von 1947 bis 2000 war es bei der Verkehrspolizei angesiedelt.[52] Erst mit Gründung der Polizei Bremen im Jahre 2000 und einhergehend mit einer tiefgreifenden Änderung der Strukturen änderte sich die organisatorische Anbindung und Bezeichnung in

in den Sprengkommandos verifiziert werden. Als Leiter wird bis Ende September 1945 nur Oberingenieur Hans Köster genannt.

49 In einer Aufstellung vom 14. 9. 1945 wurden 23 Mann angegeben, Reg. KMD.

50 Schreiben Leiter Instandsetzungsdienst an Leitung Schutzpolizei Executive 2 s, 26. 5. 1945; Schreiben des Leiters des Instandsetzungsdienstes an den Chef der Polizei »Werkzeugbestände der LS.-Polizei«, 25. 7. 1945. Vgl. auch StAB 3/3, 67

51 Eine detaillierte Beschreibung der Organisation in der unmittelbaren Nachkriegszeit lässt sich auf Grund fehlender Unterlagen nur schwer darstellen. Es gab zwar die noch bestehende Organisation der Luftschutzpolizei, die aber schon teilweise in Auflösung begriffen war. Vgl. dazu u. a. Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 39 und 60 sowie Schreiben S/I. Dienst an die 2. Bereitschaft [des Instandsetzungsdienstes], 6. 5. 1945, und Schreiben Leiter des Instandsetzungsdienstes an den Leiter der Schutzpolizei, 9. 5. 1945, Reg. KMD. Offenkundig wurde viel improvisiert.

52 Chef der Polizei Sprengkommando, 25. 1. 1949 und Schreiben Chef der Polizei S/ Verk. Polizei, 3. 1. 1951, Reg. KMD. Schon Anfang 1947 gibt es Hinweise, dass das Sprengkommando in der Verkehrsabteilung angesiedelt war. Schreiben Chef der Public Safety Branch an den Chef der Polizei – Polizeirat Busse, 21. 1. 1948, und Aufstellung Sprengkommando, 18. 2. 1947; Schreiben Verkehrs-Polizei – Sprengtrupp, 23. 4. 1947, Reg. KMD. Nach dem Behörden-Fernsprechbuch, Bremen 1958 bis 1961 war das Sprengkommando in den Jahren 1958 bis 1961 in die Abteilung S 1 »Aufbau, Ausbildung, Einsatz« der Schutzpolizei eingegliedert.

»Kampfmittelräumdienst«. Seitdem gehört die Kampfmittelräumung zur Logistik der Polizei Bremen.

Nach den großen Räumungsaktionen in den ersten Nachkriegsjahren schien es 1948 das erste Mal Bestrebungen gegeben zu haben, das Sprengkommando aufzulösen und die Aufgaben Privatfirmen zu übertragen. Zu diesem Zeitpunkt (Februar 1949) hatte das Sprengkommando eine Stärke von 13 Mann.[53] In einer Stellungnahme der Verkehrspolizei wandte sich deren Leiter gegen eine Übertragung der Aufgaben an Private: »[...] Dagegen [die Auflösung des Sprengkommandos] habe ich erhebliche Bedenken, da die akute Gefahr [bei Kampfmittelfunden] oft nicht richtig abgestellt werden kann [...]«[54] Auch ein weiterer Versuch im Jahre 1952, das Sprengkommando aufzulösen oder zu verkleinern, wurde zurückgewiesen.[55]

Mitte 1950 hatte das Sprengkommando eine Stärke von zehn Mann.[56] 1951 bestand das Sprengkommando aus sieben Sprenggehilfen und zwei Sprengmeistern.[57] Zwei Jahre später wurde es um einen Sprenggehilfen reduziert.[58] Im Juli 1960 waren es noch fünf Arbeiter.[59] Diese Personalverminderung von anfangs über 20 Mann auf noch fünf Bedienstete war dem Rückgang der geräumten Kampfmittel und einer Veränderung der Aufgabenstellung geschuldet. Ab Mitte der 60er Jahre waren noch ein Sprengmeister und fünf Sprenggehilfen beim Sprengkommando beschäftigt.[60] Diese Stärke hat es mit leichten Schwankungen bis heute.

Aufgaben

In den ersten Monaten nach dem Kriege gehörte neben der Kampfmittelbeseitigung auch der Wiederaufbau des Polizeihauses, die Sprengung von Bunkern und Ruinen und die Bergung von Leichen zu den Aufgaben des

53 Kosten für die Sprengarbeiten der Polizei – Bau und Sprengtrupp, 9.10.1945; Der Senator für das Bauwesen – Baulenkung an den Chef der Polizei, 22.3.1946; Schreiben Chef der Polizei – Sprengkommando »Zusatzkarten für Schwerarbeiter« an das Ernährungsamt Abt. B; Kommando der Schutzpolizei – Sprengtrupp »Namentliche Liste der bei der Polizei verbleibenden Männer«, 9.4.1946, StAB 3-F.1. Nr. 1335.

54 Schreiben S./Verkehrspolizei »Bericht über den Polizei-Spreng-Trupp« an -S-, 2.12.1948, Reg. KMD.

55 Schreiben des Senators für die innere Verwaltung zur Weiterbeschäftigung der beim Sprengtrupp des Stadt- und Polizeiamtes Bremen tätigen Personen an das Stadt- und Polizeiamt, 14.3.1952 und Schreiben Schutzpolizei – 3 – an die Leitung des Stadt- und Polizeiamtes, 4.6.1952, Reg. KMD.

56 Schreiben Schutzpolizei – Spreng-Kdo. an das Stadt- und Polizeiamt Abtl. P, 17.6.1952, Reg. KMD.

57 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 16.1.1953, Reg. KMD.

58 Schreiben des Stadt- und Polizeiamtes an die Senatskommission für das Personalwesen, 19.11.1955, Reg. KMD.

59 Weser-Kurier, 23.7.1960

60 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 3.5.1965; Schreiben Senator Inneres an den Niedersächsischen Minister des Innern, 10.5.1969, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

Sprengkommandos.[61] Parallel zum Sprengkommando der Polizei räumten Soldaten der Besatzungstruppen Blindgänger und herumliegende Munition. Das Sprengkommando sammelte lediglich die aufgefundene und gemeldete Munition ein, brachte sie zu festgelegten Sammelstellen, u. a. in den Hof des Polizeihauses, wo sie von amerikanischen Soldaten bewacht wurde. Weitere Zwischenlager gab es in Huckelriede und bei der Kraftfahrstaffel der Schutzpolizei in der Schlachthofstraße. In Horn richtete man ein großes Zwischenlager für abgegebene Waffen ein.[62] Dazu kamen noch verschiedene andere Lagerplätze im Stadtgebiet Bremen (z. B. ein Rundbunker auf dem Gelände der Norddeutschen Hütte, Neuenlander Straße und ein Erdbunker am Alten Wall) und Uphusen, das in der britischen Zone lag. Die Verantwortung für das Waffenlager lag seit dem 27. Juli 1945 beim Sprengkommando.

Nach Auflösung der Luftschutzpolizei und des Bautrupps wurden 1946 die Aufgaben des Sprengkommandos erstmals schriftlich und eng an der Tätigkeit während des Zweiten Weltkriegs fixiert: »Das Sprengkommando hat die Aufgabe, aufgefundene Munition, Sprengkörper und Blindgänger zu beseitigen und durch Sprengung zu vernichten, sowie Bunker und andere Gebäude zu sprengen [...] [sie] umfaßt u. a. die Ausgrabung der Sprengbombenblindgänger, das Entschärfen und den Abtransport derselben, sowie umfangreiche Munitionstransporte ...«[63] Neu waren die Vernichtung und Entmilitarisierung militärischer Anlagen. Dazu gehörten insbesondere die ca. 215 Bunker im Stadtgebiet.[64]

61 In den frühen Akten des Kampfmittelräumdienstes befindet sich eine ausführliche Berichterstattung über die Bergung von Leichen oder Leichenteilen. (Schriftverkehr des Chefs der Polizei – Sprengkommando, 14.7.1945 bis 21.4.1947, Reg. KMD). Einen großen Raum nimmt die Bergung von 13 Leichen aus dem bei einem Luftangriff am 22. April 1945 zerstörten Erdbunker in der Steubenstraße ein (Bericht des 2. Polizeireviers, 22.6.1945, ebd.). Nach dem Einmarsch der britischen Truppen ordnete die Militärregierung an, den Bunker zuzuschütten. Von den insgesamt 24 Toten konnten bis dahin erst 11 Leichen geborgen werden. Es wird von erheblichem Verwesungsgeruch und größeren Schwärmen von Schmeißfliegen berichtet. In einem Schreiben LS.-Abschnitts Ost an den Leiter der Schutzpolizei, 2.5.1945, wird von insgesamt noch 54 zu bergenden Leichen insbesondere in Hastedt berichtet. Den Männern des Sprengkommandos wurde »für diese schwierige Arbeit eine Schnapszuteilung von der amerikanischen Behörde« ausgegeben (Schreiben Chef der Polizei – Sprengkommando, 10.10.1945, ebd.). Pro Kopf gab es für jeden Einsatz eine Flasche Weinbrand-Verschnitt (Schreiben Inst.-Dienst – Gemischt Kompanie West, 28.7.1945, ebd.). Insgesamt ist für einen Zeitraum vom 27. April 1945 bis 21. April 1947 die Bergung von insgesamt 443 Leichen dokumentiert. Allein am 27. und 28. April 1945 sind vom S./I.-Dienst insgesamt 366 Tote bestattet worden (Schreiben, 28.4.1945, ebd.).

62 Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 52.

63 Schreiben Der Polizeipräsident in Bremen an den Senator für Finanzen, 16.9.1946, StAB 3-P.1.a. Nr. 1335.

64 Vgl. Niederschrift über die Senatsbesprechung, 24.8.1945, und Niederschrift über Senatsbesprechung, 5.10.1945, StAB 3/3,67; Luftschutz in Bremen, www.relikte.

Mit dem Abschluss der Demilitarisierung von Bunkern und größerer Sprengarbeiten änderten sich auch die Aufgaben der Sprengkommandos. Vor diesem Hintergrund wurde die Bezeichnung »Sprengkommando« eigentlich irreführend, denn die Hauptaufgabe bestand ab Februar 1949 nicht mehr in Sprengarbeiten, sondern in der Kampfmittelbeseitigung. Sprengungen wurden nur noch in behördlichem Auftrag, vorwiegend für das Referat »Trümmerbeseitigung und Aufräumung« des Senators für das Bauwesen und das Hafenbauamt durchgeführt. 1954 wurden – wie schon 1946[65] – die Aufgaben des Polizeisprengkommandos nochmals leicht geändert und weiter auf den Kernbereich – die Kampfmittelbeseitigung – konzentriert.[66] Die Entschärfung so genannter »Unkonventioneller Sprengmittel« (Briefbomben, Sprengstoff-Päckchen, selbst gebaute Bomben etc.) gehört seit den 1960er Jahren nicht mehr zu den Aufgaben des Kampfmittelräumdienstes.[67] In Bremen wurde diese Aufgabe beim Landeskriminalamt angesiedelt.[68]

Tätigkeiten und besondere Ereignisse

Wie schwer die Arbeitsbedingungen des Sprengkommandos in den ersten Jahren nach Kriegsende waren, zeigt ein besonderer Einsatz im harten Winter 1946/47. Bei Temperaturen von – 15° C war die Weser erstmals seit Jahren wieder zugefroren, und Mitte März setzte bei wärmerem Wetter heftiger Eisgang ein.[69] Um den Eisdruck von den Brücken zu nehmen und Eisbrechern eine Fahrrinne zu schaffen, wurde seit Mitte / Ende Februar das gesamte Sprengkommando mit drei Trupps zu je sieben Mann zu Eissprengungen auf der Weser eingesetzt.[70] Bei eisigen Temperaturen arbeiteten die Männer, nur unzureichend gegen Kälte und Nässe geschützt, von 8:00 Uhr morgens bis 17:00 nachmittags auf dem Eis.[71] Bis zum 13. Mai hatte sich das Packeis auf Höhe der Sportplätze hinter der Pauliner Marsch auf eine Höhe von über drei Metern aufgetürmt. Diese Massen waren nicht mehr zu beseitigen, so dass der Einsatz abgebrochen werden musste. Fünf Tage später stürzte unter dem Druck von Hochwasser und Eis u. a. sowohl die hölzerne Memorialbrücke

com/brm-Is (aufgerufen am 1. 3. 2021). Vgl. auch: Inge Marszolek / Marc Buggeln (Hrsg.), »Bunker. Kriegsort, Zuflucht, Erinnerungsraum, Frankfurt a. M. 2008.

65 Schreiben Chef der Polizei – Sprengkommando zur Verpflegung des Sprengkommandos an Oberregierungsrat Dr. Jordan, 16. 9. 1946, Reg. KMD.

66 Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses für die Prüfung der Sachkunde auf dem Gebiet des Sprengstoffwesens in Bremen, 15. 5. 1954, Reg. KMD.

67 Schreiben Senator für Inneres an das Stadt- und Polizeiamt Bremen, 22. 11. 1962, und Protokoll der Fachtagung der Leiter der Munitionsräumgruppen des Bundesgebietes, 29. / 30. 11. 1962, Reg. KMD.

68 Schreiben Senator für Inneres an das Landeskriminalamt Bremen, Stadt- und Polizeiamt Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven, 12. 3. 1963, und Protokoll der Abteilungsleiterbesprechung Stadt- und Polizeiamt, 19. 2. 1980, Reg. KMD.

69 DER SPIEGEL, Nr. 12, 22. 3. 1947.

70 Im April 1946 hatte das Sprengkommando eine Stärke von 27 und der Bautrupp von 31 Mann. Noch im März waren dort 65 Männer beschäftigt.

71 Berichte des Sprengkommandos an den Public Safety Officer, 26. 2. 1947, Reg. KMD.

als auch der Mittelpfeiler der Trumanbrücke, die erst im April 1946 gebaut worden war, ein. Um den Männern des Sprengkommandos eine kleine Anerkennung für ihre schwere und gefährliche Arbeit zukommen zu lassen, wurden bei der Militärregierung sieben Flaschen Weinbrand für das Sprengkommando beantragt und auch ausgegeben. Am 10. März waren es nochmals sieben Flaschen Weinbrand und am 11. März 1947 25 Schachteln Zigaretten.[72]

Schon fünf Tage nach diesem langen und extrem schweren Einsatz wurde ein Trupp des Sprengkommandos nachts alarmiert und am 18. März für vier Tage auf Bitte der Reichsbahn nach Verden geschickt, um die Eisenbahnbrücke über die Aller zu schützen. Auch hier bestand die Gefahr, dass die Brücke durch Eisgang zerstört werden würde. Trotz mangelhafter Unterkunft und Verpflegung (300 Gramm Brot, 30 Gramm Butter und 50 Gramm Fleisch für einen Tag) ist es dem bremischen Sprengkommando gelungen, die Brücke vor Beschädigungen zu bewahren. Am 31. März war der Einsatz beendet und der Direktor der amerikanischen Militärregierung Thomas F. Dunn bedankte sich ausdrücklich für diese Leistung.[73] Zum letzten Mal war das Sprengkommando am 13. März 1958 an der Weser im Einsatz, als Eis- und Schneeüberhänge in der Nähe der Brautbrücke gesprengt werden mussten.[74]

Die Militärregierung hatte die Beendigung der Kampfmittelräumung auf den 27. Februar 1947 terminiert. Wie sich schnell zeigte, war dieser Termin auch nicht annähernd zu halten. Frühe Schätzungen gingen davon aus, dass die unmittelbaren Kriegsfolgen bis spätestens 1948 beseitigt werden würden. Aber schon 1949 hieß es: »Die damalige Ansicht, daß die Beseitigung der Bomben und sonstigen Munition in spätestens 1 Jahr beendet sein dürfte, dürfte inzwischen wohl auch bei den höheren Verwaltungsstellen überall revidiert worden sein.«[75] Wie sich an Hand der Zahlen zeigen wird, sind die größten Mengen zwar bis 1948 geräumt worden, alle Kriegsfolgen waren aber lange noch nicht beseitigt.

Um den Termin der Militärregierung in etwa zu halten, wurden große Mengen Kampfmittel von Bremerhaven aus in der Nordsee verklappt. Ende August 1945 wurde das Lager in Garlstedt geräumt und die dort lagernde Munition und Waffen über den Bahnhof Stubben nach Bremerhaven transportiert. Allein am 21. und 22. August 1945 waren es fast 3.500 Artilleriegranaten der verschiedenen Kaliber. Dazu kamen vom 21. bis 27. August 1945 483 Bomben mit einem Gewicht von fast fünf Tonnen.[76] Bis 1949 sind Transporte von über

72 Schreiben Chef der Polizei – Sprengkommando an Major John O. Dale – Public Safety Officer, 10. 3. 1947, und an das Straßen- und Brückenbauamt, 11. 3. 1947, Reg. KMD.

73 Schreiben Sprengkommando an den Chef der Polizei, 27. 3. 1947, und Hauptquartier Dienststelle der Militär-Regierung für Bremen – Public Safety Division an den Präsidenten des Senats, 31. 3. 1947, Reg. KMD.

74 Weser-Kurier, 14. 3. 1958.

75 Schreiben des Leiters der Munitions-Räumgruppe Schleswig-Holstein an die Leiter der Munitions-Räumgruppen der westdeutschen Bundesländer, 14. 10. 1949, Reg. KMD.

76 Aufstellung Instandsetzungsdienst an den Chef der Polizei, 28. 8. 1945.

20.000 Tonnen belegt.[77] Noch im September 1952 empfahl der »Fachausschusses für die Munitionsräumung im westdeutschen Bundesgebiet« aus Kostengründen eine Versenkung der Munition »an besonders tiefen Stellen der Nord- und Ostsee.«[78] Erst 1958 wurden die Verklappungen weitgehend eingestellt.[79] [80]

Die Entwaffnung der Marine und die Minenräumung im Meer und den Wasserstraßen fiel in die Zuständigkeit der US-Navy, hier United States Advanced Base, Weser River, Germany USNAB.[81] Das Sprengkommando war hier nur am Rande betroffen. Im Senat wurde am 26. Juni 1945 über die Fortschritte bei der Entminung der Häfen berichtet: »Herr Präsident Dr. Platz teilte mit, dass in Bremerhaven der Schiffsverkehr wieder begonnen habe. Auch die Entminung der stadtbremischen Häfen und der Weser soll beschleunigt durchgeführt werden, damit auch in Bremen der Hafenbetrieb wieder in Gang kommt.«[82] Schon am 11. September 1945 wurde der Schiffsverkehr in den bremischen Häfen wiedereröffnet.[83] Wie unsicher die Häfen trotz dieser Meldungen noch waren, zeigt ein Vorfall aus dem Oktober 1945 im Überseehafen. Ein Schlepper wurde durch eine Minenexplosion versenkt. Die fünf Mann der Besatzung kamen um. Weder Wrackteile noch Leichen konnten geborgen werden.[84]

Wieviel Kampfmittel und Waffen noch bis zum Ende der fünfziger Jahre gefunden wurden, zeigten die Berichterstattung der Zeitungen und die Akten des Kampfmittelräumdienstes. Fast wöchentlich berichtete die Presse über teilweise riesige Mengen an Kampfmitteln, die beseitigt wurden. Systematisch und kleinräumig wurden Kampfmittel nur gesucht, wenn Ruinen

77 Vgl. dazu auch Lambrecht (wie Anm. 21), S. 380 f.

78 S. Protokoll der Tagung des Fachausschusses für die Munitionsräumung im westdeutschen Bundesgebiet in Kiel, 8. bis 10. 9. 1952, Reg. KMD.

79 Schreiben Bundesminister für Verkehr an die Ländervertretungen Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, 27. 1. 1958, und Schreiben Bundesminister für Verkehr an den Niedersächsischen Minister des Innern, 28. 3. 1962, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

80 Auf die Problematik der Verklappung und Räumung von Kampfmitteln in der Nord- und Ostsee soll hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. bspw. Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie, Gefährliche Altlasten in der Nord- und Ostsee, 1. 8. 2018, www.fraunhofer.de (aufgerufen im November 2019).

81 Zum Zustand der Bremer Häfen: Ralph Lutz, Die Häfen in Bremen – Zustand der Häfen 1945 und Wiederaufbau des Betriebes, in: Jahrbuch der Hafenbautechnischen Gesellschaft, Bd. 20/21, Bremen 1950/51, S. 149–151.

82 Protokoll über die Sitzung des Senats, 26. 6. 1945, StAB 3-W.1.Nr. 384. Schon in den Besprechungen beim Regierenden Bürgermeister vom 8. und 14. Mai 1945 (überliefert in: StAB 3/3, 67) wurde auf die schnelle Inbetriebnahme der Häfen hingewiesen. Zuerst sollte Bremerhaven und dann Bremen wieder in Betrieb genommen werden.

83 Niederschrift über die Senatsbesprechung, 14. 9. 1945, ebd.: »Herr Senator Apelt trug vor, daß am Dienstag der Schiffsverkehr in den stadtbremischen Häfen wieder eröffnet worden sei.«

84 Bericht des Häfensenators Dr. Apelt in der Sitzung des Senats, 9. 10. 1945, StAB 3/3, 67.

gesprengt oder Häuser wiederaufgebaut wurden.[85] Im Vordergrund stand die Flächenräumung. Erst in den späten 1950er Jahren ging man mehr und mehr dazu über, punktuell Verdachts- und Fundstellen zu räumen, d. h. wenn der Verdacht auf Blindgänger-Kontamination bestand oder wenn Blindgänger gemeldet wurden.[86] Systematisch wurden nur die Polizeireviere und -posten (mit Ausnahme der Reviere im Hafen) nach verborgenen Sprengstoffen und Bomben mit Langzeitzündern abgesucht.[87] Dies scheint eine Sicherheitsmaßnahme der Militärregierung gewesen sein, die sichergehen wollte, dass in keinem Polizeirevier irgendwelche Materialien lagern sollten, die gegen die Besatzungstruppen hätten verwendet werden können.

Meldungen über gefundene Blindgänger gingen an die Leitung der Schutzpolizei,[88] die dann die Räumung veranlasste. Durchgeführte Räumungen wurden in Katasterkarten eingetragen, um eine Übersicht über geräumte Gebiete zu bekommen.[89] Die erste offizielle Meldung über beseitigte Kampfmittel nach der Besetzung Bremens datiert schon vom 30. April 1945. Es handelte sich um einen freiliegenden Bomben-Blindgänger im Keller des Hauses Gießener Straße Nr. 14. Im »Interesse der Hausbewohner« sei dieser Blindgänger sofort zu entschärfen.[90] Auch aus anderen Stadtteilen wurden laufend Blindgänger gemeldet.«[91] Am 13. September 1945 schrieb der Bürgermeister von Huchting (der spätere Senator für Inneres Franz Löbert) an den Chef der Polizei: »[...] so befindet sich z. B. in der ehem. Stellung Hohenhorst noch 12,8 cm Geschützmunition, Panzerfäuste und englische Minen [...] Kinder haben ungehinderten Zutritt zu der herumliegenden Munition [...] Ferner liegt überall im Gelände verstreut noch Munition herum, die aus den Kämpfen stammt, die Ende April in der Gemeinde Huchting stattfanden [...]«[92]

Auf dieser Karte hat der Weser-Kurier am 24. April 1953 die beim Sprengkommando der Polizei gemeldeten, aber noch nicht entschärften Bombenblindgänger (insgesamt 91) eingezeichnet. (Abb. 5) Ein Jahr später waren

85 So wurde z. B. bei einer Bauerschließung in der Neustadt gezielt nach vier Bomben gesucht. Auch beim Bau der Wilhelm-Kaisen-Brücke wurde die Baustelle systematisch nach Blindgängern abgesucht. Weser-Kurier, 6. 12. 1956 und 3. 5. 1958.

86 Rainer Lambrecht (wie Anm. 21), S. 379; Niederschrift der Tagung der Räumstellenleiter für Munitionsbeseitigung im Bundesgebiet, 4./5. 2. 1954, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-02.

87 Schreiben Leiter des Instandsetzungsdienstes an den Chef der Polizei, 16. 6. 1945, Reg. KMD.

88 Niederschrift über die Besprechung, 3. 5. 1945, Reg. KMD.

89 Niederschrift der Tagung der Räumstellenleiter für Munitionsbeseitigung im Bundesgebiet, 4./5. 2. 1954, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-02.

90 Schreiben LS.AK. Nord an den Führer des I-Dienstes, 30. 4. 1945, Reg. KMD.

91 Aus einer Vielzahl von Meldungen seien hier beispielhaft genannt: Schreiben LS.-Abschnitt Ost an Inst.-Abtlg. Ost, 2. 5. 1945; Schreiben S.Ak. Süd an den Leiter der Schutzpolizei 1L, 5. 5. 1945; Schreiben Schutzpolizei 1. Revier an S. Ak. Ost, 17. 5. 1945; Schreiben 9. Polizei-Revier an die Schutzpolizei S 1, 21. 4. 1948, alle Reg. KMD; Weser-Kurier, 16. 5. 1951 und 17. 5. 1951.

92 Der Bürgermeister Huchting »Nicht abgeholte Munitionsvorräte« an den Chef der Polizei, 13. 9. 1945, Reg. KMD.

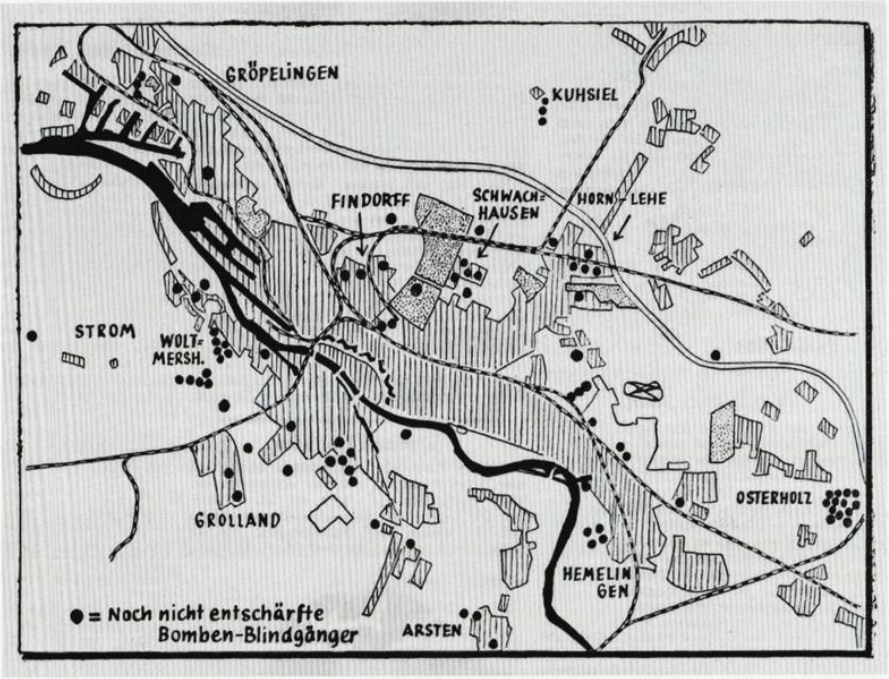


Abb. 5: Karte im Weser-Kurier mit 91 registrierten Bombenblindgängern im Bremer Stadtgebiet am 24. April 1953: »Ständig kommen neue Meldungen, und das Sprengkommando arbeitet ununterbrochen an der Bergung.« (Foto: StAB)

es immer noch 62 Liegeorte von Bomben. Diese Bomben wurden aber noch nicht entschärft und geborgen, weil sie in einer Tiefe von vier bis acht Metern im Schwemmsand, Grundwasser oder moorigem Boden liegen würden und die Bergung sehr aufwändig sei. Priorität hätten die Blindgänger, die eine akute Gefahr bedeuteten.[93] Die Goliath- und Borgward-Werke in Hastedt wurden während des Krieges stark bombardiert. Entsprechend groß war die Menge der Blindgänger. Von 1945 bis 1951 wurden allein auf dem Gelände der Goliath-Werke 42 Blindgänger gefunden.[94] Anfang Januar 1951 wurde eine 1000-Kilogramm-Bombe bei Ausschachtungsarbeiten am Weserbahnhof gefunden und in Garlstedt gesprengt.[95] Eine Panzerbombe mit einem Gewicht von zehn Zentnern wurde Ende März 1958 zwischen dem Weserbahnhof und der Eisenbahnbrücke entschärft.[96] Bei diesem Blindgänger

93 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 21.4.1954, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-02.
94 Weser-Kurier, 25.9.1951.
95 Weser-Kurier, 6.1.1951.
96 Weser-Kurier, 25.03.1958.

war der Heckzünder abgeschert und musste stückweise herausgebrochen werden.

Wie gefährlich die Arbeit des Sprengkommandos war, zeigt ein Vorfall, der sich Ende Juli 1952 ereignete. Die Entschärfung eines zehn Zentner schweren Blindgängers in der Wachmannstraße misslang, weil sich der Kopfzünder nicht entfernen ließ. Die scharfe Bombe wurde mit äußerster Vorsicht zum Sprengplatz in Garlstedt transportiert, wo sie gesprengt wurde.[97] In der Wischhusenstraße in Gröpelingen mussten 100 Familien evakuiert werden, als eine britische 5-Zentner-Bombe mit abgeschertem Kopf aufwändig von den Sprengmeistern Wurtmann und Bosse entschärft wurde.[98] Auf die Frage der Polizei, warum der bekannte Blindgänger nicht schon früher gemeldet worden war, wurde von den Anwohnern geantwortet: »Wieso denn? – Laß das Ding doch ruhig liegen, da kommt ja doch keiner dran [...]«

Einer der schwersten Blindgänger, der je in Bremen gefunden wurde, war eine 2,5 Tonnen schwere amerikanische Sprengbombe, die im Keller eines ausgebombten Hauses am Wandrahm in der Nähe der Feuerwache 1 ca. 1 ¼ Meter tief im Schutt lag. Da Bomben mit diesem Gewicht nicht in Garlstedt gesprengt werden konnten, wurde sie nach Bremerhaven geschafft und dort auf der Unterweser gesprengt.[99] Im Dezember 1954 sowie im April und September 1955 wurden noch drei weitere überschwere Bomben mit einem Gewicht von je einer Tonne in unmittelbarer Nähe der Kleinen Helle gefunden.[100] Die letzte Bombe mit einem Gewicht von einer Tonne wurde in dieser Gegend am Kaufmannsmühlenweg, wenige Meter von einer Schule entfernt, am 15. November 1957 entschärft.[101]

Auch wenn die Weser von Minen geräumt war, fand man in den folgenden Jahren immer wieder Blindgänger und Granaten, die entschärft bzw. gesprengt werden mussten. Bei Lankenau wurden bei Baggerarbeiten im Dezember 1950 zwei amerikanische 500-kg-Bomben aus der Weser geholt, am 3. August und 30. Oktober 1951 waren es eine 100-kg-Bombe und eine 250-kg-Bombe am U-Boot-Bunker Farge.[102] Dort wurden auch immer wieder Panzerbomben, Luftminen und -torpedos gefunden[103]. (Abb. 6 Lufttorpedo) Insbesondere bei Baggerarbeiten in den Häfen und der Weser kam es immer wieder zu Unfällen und Beinaheunfällen. Im April 1952 explodierte eine Granate im Maschinenraum eines Baggers, der an der Schleuse des Überseehafens tätig war.[104] Im Hohentorshafen wurde am 22. August 1954 eine 10-Zentner-Sprengbombe entschärft, die sich im Eimer eines Baggers verfangen hatte.[105] Im Industriehafen förderte der Bagger »Bremen« im Juni/

97 Weser-Kurier, 31.7.1952.
98 Weser-Kurier, 27.10.1953.
99 Weser-Kurier, 31.1.1953.
100 Weser-Kurier, 30.12.1954, 20.4.1955 und 12.9.1955.
101 Weser-Kurier, 16.11.1957.
102 Weser-Kurier, 11.12.1950, 4.8.1951 und 30.10.1951.
103 Weser-Kurier, 12.8.1960.
104 Weser-Kurier, 9.4.1952 und 16.10.1952.
105 Weser-Kurier, 23.5.1954, 25.3.1959, 2.4.1960 und 9.4.1960.

Abb. 6: Bergung einer Raketenbombe auf dem U-Boot-Bunker Farge (Bunker »Valentin«), 24. Oktober – 6. Dezember 1955, Sprengmeister August Ott (3. v. l.), Sprengmeister Wilhelm Stelter (3. v. r.) (Foto: Polizei Bremen – Kampfmittelräumdienst)

Juli 1960 insgesamt 16 deutsche Wasserbomben zutage. Am 7. August 1961 explodierte auf dem Saugbagger »Geheimrat Goeker« eine 8,6 cm Raketensprenggranate und verletzte drei Mann des Maschinenpersonals.[106] Auch in anderen Gewässern wurden große Mengen Munition geborgen. So meldete der Weser-Kurier am 28. September 1949 die Bergung von ca. 14 Tonnen Munition aus einem toten Arm der Wümme bei Oberneuland. Hier hatte die Wehrmacht kurz vor Ende des Krieges eine Verteidigungsstellung eingerichtet, die dann aufgegeben wurde.[107] Ende April 1954 wurde direkt am Hollersee, an den Grundmauern des ehemaligen Parkhauses eine 10-Zentner-Bombe von Sprengmeister Bosse entschärft.[108] Bis heute werden im Bürgerpark und Stadtwald immer wieder größere Mengen Munition und Bomben-Blindgänger gefunden.

106 Schreiben der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Bremen an den Senator für Inneres, 15. 2. 1962, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.
107 Weser-Kurier, 28. 9. 1949.
108 Weser-Kurier, 24. 4. 1954.

Technik und Ausrüstung

In der unmittelbaren Nachkriegszeit fehlte neben genügendem, qualifiziertem Personal vor allem Spezialwerkzeug zum Delaborieren von Granaten und Bomben. Sofern die Kampfmittel nicht offen zutage lagen, wurde mit primitivem Gerät, wie Stangen, Schaufeln und Spaten, nach ihnen gesucht. Neben Spezialwerkzeugen mangelte es an Fahrzeugen zum Abtransport der Kampfmittel. Um dem abzuhelfen, stellten die US-Streitkräfte hierfür 75 schwere LKW zur Verfügung. Es bedurfte aber weiter anderer Transportmittel und Verladeeinrichtungen sowie Unterkünfte, Arbeitskleidung und Verpflegung für die Mitarbeiter des Sprengkommandos. Auch die städtische Infrastruktur wie Verkehrswege, Wasser, Strom etc. war in einem schlechten Zustand oder stand kaum zur Verfügung. Noch im Jahre 1952 war die persönliche Ausstattung der Männer des Sprengkommandos ausgesprochen dürftig. In der Sitzung der Bekleidungskommission am 4. April 1952 wurde den Männern getragene Uniformjacken und Mützen sowie ein alter Drillichanzug zugestanden. »Schuhzeug und Oberhemden werden nicht geliefert. Privatschuhzeug, das im Dienst getragen wird, kann auf der Handwerksstube gegen Erstattung der Materialkosten instandgesetzt werden ...«[109]

Neben Fahrzeugen stellten die Amerikaner dem Sprengkommando auch Minensuchgeräte, also modernste Ortungsgeräte, zur Verfügung. Erst in den fünfziger Jahren waren eigene Geräte einsatzbereit, die es den Sprengkommandos in der Bundesrepublik erlaubten, nach Blindgängern in der Erde zu suchen. Eins davon war das schon 1937 entwickelte Magnetometer oder – nach ihrem Erfinder Friedrich Förster – die »Förstersonde«, die zum Standardsuchgerät für unter der Erde liegende Kampfmittel wurde.[110] Auch heute ist die immer wieder verbesserte Förstersonde das Standardgerät bei der Blindgänger-Suche in Bremen. Das Bremer Sprengkommando erhielt die erste Förstersonde Ende 1955.[111] Neben der Sonde wurden auch ein Magnetsuchgerät und ein Kutter zur Suche von Blindgängern in den Häfen und im Fahrwasser der Weser angeschafft. Eingesetzt wurde das neue Gerät 1956 erstmals für die Säuberung des Nordkanals in Bremerhaven.[112] 1951 bekam

109 Vermerk der Bekleidungskammer zur Ausstattung der Angehörigen des Sprengtrupps mit Oberbekleidung, 4.4.1952, Reg. KMD.

110 www.geophysik.uni-jena.de/igwphymedia/Versuchsanleitungen/Geomagnetik_neu_pdf.pdf (aufgerufen am 10.5.2020).

111 Weser-Kurier, 25.5.1955.

112 Weser-Kurier, 21.1., 18.7. und 23.8.1956. Der Einsatz von Tauchern war unwirtschaftlich und hätte bei der Größe der bremischen Häfen auch zu lange gedauert. Im Gegensatz dazu kostete der Elektromagnet ca. DM 10.000.– plus DM 8.000.– für einen kleinen Fischkutter. Taucher sollten nur noch bei bestimmten Gefahrensituationen eingesetzt werden. Vermerke Senator für Inneres, 18.11.1954 und 10.5.1955, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1. Weser-Kurier, 18.7.1956; Schreiben Wasserschutzpolizeiamt Niedersachsen an das Wasserschutzpolizeiamt Bremen, 8.6.1955, und Bericht von Sprengmeister Ott über eine Besichtigung des Fischkutters ›Elke‹ beim Bergen von Schrott mit Magnet, 30.6.1955, Vermerk [wahrscheinlich Sprengtrupp der Bremer Polizei], 19.10.1956; Schreiben Stadt- und Polizeiamt S1 W/Sprengkommando an

das Sprengkommando neue Bohrgeräte, Spülsonden und Spundringe, mit denen Brunnenschächte angelegt werden konnten.[113] Das erste Mal kam die neue Technik wohl Mitte des Jahres 1951 bei einer Bombenentschärfung in der Straße Im Grunde zum Einsatz.[114] Als weiteres Spezialgerät wurde im November 1963 eine Bomben-Schneidemaschine angeschafft.[115] Damit lassen sich Bomben relativ gefahrlos zerschneiden. Das erleichtert das Entfernen des Sprengstoffs aus der Bombe. Es musste also nicht immer gesprengt werden.[116] Die Bombenschneidemaschine ist auch heute noch beim Kampfmittelräumdienst im Einsatz. Mit einem weiteren Spezialgerät, einem so genannten Extraktor wurde am 18. März 1956 eine amerikanische Fliegerbombe zur U-Boot-Bekämpfung entschärft. »Dabei befestigten die Sprengmeister an dem Wasserdruckzünder eine Scheibe und drehten ihn aus 100 Meter Entfernung mit einem ›gefühlvoll‹ gezogenen Drahtseil langsam ab.«[117]

Gefahren und Unfälle

Gerade in den ersten Jahren nach Kriegsende kam es immer wieder zu mehr oder minder schweren Unfällen mit Kampfmitteln. Von Juni 1945 bis Januar 1951 kamen in Westdeutschland durch Munitionsunfälle insgesamt 5.130 Menschen ums Leben und 5.735 wurden verletzt. Bei den Sprengkommandos waren es 253 Tote und 2.105 Verletzte.[118] Noch im Jahre 1954 verloren 48 Menschen im Bundesgebiet ihr Leben und 303 wurden verletzt.[119] In Niedersachsen starben von 1945 bis 1953 etwa 500 Menschen bei Sprengstoffunfällen, in Rheinland-Pfalz waren es vom Kriegsende bis 1950 987.[120] In Bremen kamen von 1945 bis 1950 ein Mitarbeiter des Sprengkommandos ums Leben und einer wurde verletzt (die durch die Explosion im Polizeihaus Getöteten nicht eingerechnet). In der Bevölkerung gab es einen Toten und 15 bis 20 Verletzte.[121]

das Hansestadt Bremische Amt, 23.10.1957 und 21.10.1958, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

113 Weser-Kurier, 19.5.1951.

114 Schreiben Chef der Polizei an den Senator für die innere Verwaltung, 17.2.1951, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

115 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 15.1.1964, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

116 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres zum praktischen Nutzen einer Bombenschneide-Maschine, 24.7.1963, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

117 Weser-Kurier, 19.3.1956.

118 Niederschrift über die Tagung des Fachausschusses und der Leiter für Munitionsräumung im westdeutschen Bundesgebiet in Düsseldorf, 12./13.7.1951, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

119 Schreiben Senator für Inneres an den Senator für das Bildungswesen, 28.1.1957, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-00. Im Weser-Kurier vom 24.10.1957 war von 51 Todesopfern und 202 Verletzten die Rede.

120 Weser-Kurier, 24.4.1953.

121 Vgl. Thamm, 55 Jahre (wie Anm. 17), S. 292, und auch die Niederschrift über die Tagung des Fachausschusses und der Leiter für Munitionsräumung im westdeutschen Bundesgebiet in Düsseldorf, 12./13.7.1951, Dienstakte des Senators

Der größte Unfall ereignete sich am 4. Juni 1945, als gesammelte Waffen, Munition, Granaten und Panzerfäuste im Hof des Polizeihauses explodierten. Zuerst wurde vermutet, dass es sich um einen Anschlag gehandelt habe. Später stellte sich heraus, dass Unachtsamkeit amerikanischer Soldaten beim Hantieren – wahrscheinlich mit einer Panzerfaust – die Explosion ausgelöst hatte. 45 Menschen kamen ums Leben und das Polizeihaus wurde schwer beschädigt.[122] Der amerikanische Militärgouverneur Colonel Bion C. Welker betonte später ausdrücklich, dass es sich um einen Unglücksfall gehandelt habe und kein Verschulden deutscher Stellen vorliege.[123] Da das Polizeihaus Sitz des »Public Safety Officer« war, hatte der Wiederaufbau höchste Priorität. So heißt es in einem Schreiben der Schutzpolizei vom 22. August 1945 an den Präsidenten des Senats: »Auf Anordnung der Militärregierung sind die Instandsetzungsarbeiten im Polizeipräsidium mit aller Energie voranzutreiben.«[124] Beauftragt mit der Instandsetzung war das Spreng- und Baukommando der Polizei.

Ein Mitarbeiter des Sprengkommandos wurde getötet und mehrere Menschen verletzt, als im Herbst 1947 ein Lastwagen, der mit entschärften Riegelminen beladen war, auf der Waller Heerstraße explodierte.[125] Ein Strafverfahren gegen den Sprengmeister Dybianka und zwei weitere Mitarbeiter des Sprengtrupps wegen fahrlässiger Tötung endete mit Freispruch.[126] Bei einem weiteren Unglück am 1. April 1953 am Sprengort in der Garlstedter Heide wurden zwei Mitarbeiter bei der Explosion von Fundmunition an Händen und Armen erheblich verletzt.[127] Das letzte Sprengstoffunglück ereignete sich am 7. Januar 1952 in der Werkstatt des Sprengkommandos. Drei Mitarbeiter des Sprengkommandos wurden bei der Explosion des Zündeinsatzes einer Granate verletzt.[128]

In der Bevölkerung gab es – gerade in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende – durch Unachtsamkeit und Leichtsinn Unfälle mit gefundenen Kampfmitteln. Die Verletzungen bei diesen Unfällen waren zum Teil fürchterlich. In der Presse wurde von abgerissenen Gliedmaßen, schwersten Gesichts- und Kopfverletzungen, Verlust der Augen etc. berichtet.[129]

für Inneres 122-49-01/1. Die offiziell genannten Zahlen weichen zum Teil deutlich von den in der Presse genannten Unfällen mit Toten und Verletzten ab.

122 Vgl. bspw.: Müller, Tilgner (Hrsg.), Geschichte (wie Anm. 12), S. 285, und Polizei Bremen (Hrsg.), Das Bremer Polizeihaus – Die Architektur – Das Amt – Die Menschen, Delmenhorst 1999, S. 111 ff. Ausführlich, aber aus sehr persönlicher Sicht: Köster, Gründung (wie Anm. 21), S. 42 ff.

123 Niederschriften über die Besprechungen beim Regierenden Bürgermeister vom 4. und 5. Juni 1945, StAB 3/3,67.

124 Überliefert in: Reg. KMD.

125 Unterlagen dazu in StAB 3-P.1.a. Nr. 1335. Relevant auch: Bericht Chef der Polizei S (Verk.Pol.) – Sprengkommando an den Senator für die innere Verwaltung, 5.7.1948, Reg. KMD.

126 Dazu auch Weser-Kurier, 6. und 9.9.1947, 6. und 10.4.1948, 29.6.1948.

127 Bericht, 1.4.1953, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/5.

128 Protokoll über die Sitzung des Senats, 8.1.1952, StAB P.1.a. Nr. 1335; Weser-Kurier, 8.1.1952.

129 Bericht, 11.10.1954, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/5.

Besonders Kinder waren gefährdet, wenn sie herumliegende Munition fanden und sorglos damit herumspielten. Die Zeitungen berichteten immer wieder von Unfällen oder Beinahe-Unfällen:[130] In Bremen Nord wurde am 25. November 1945 ein Junge bei der Explosion einer 2 cm Flakgranate in einer aufgegebenen Flakstellung schwer verletzt.[131] Aus Horn wurde berichtet, dass Kinder aus einem Erdbunker, in dem mehrere hundert Schuss Infanteriemunition lagerten, immer wieder einzelne Patronen entwendet hätten, um sie auf Straßenbahnschienen zu legen.[132] Ein anderer Bericht des 20. Polizeireviers – Polizeiposten Mittelsbüren meldete am 8. Mai 1947 drei verletzte Jungen, die Pulver aus einer Leuchtrakete und Zündplättchen mit einem Brennglas entzündet hatten und durch die Stichflamme teilweise schwere Brandverletzungen erlitten.[133] Vom Kriegsende bis 1963 wurden sieben Kinder bei derartigen Unfällen in Bremen getötet und drei verletzt.[134]

Abb. 7: Warnplakat der Polizei Bremen, Anfang der 1950er Jahre (Foto: Senator für Inneres 122-49-01/1)

Aber auch Erwachsene wurden Opfer ihres Leichtsinns oder unglücklicher Umstände: Am 22. Juni 1945 kamen zwei Männer im Stadtteil Osterholz

130 Bis ins Jahr 1963 lassen sich die Warnhinweise der Behörden für Kinder nachweisen. Schreiben Senator für das Bildungswesen an den Senator für Inneres, 28.6.1963, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/5.

131 Schreiben 22. Polizeirevier an die Schutzpolizei Exekutive 1as, 25.11.1945, Reg. KMD.

132 Schreiben 5. Polizeirevier an Executive 1as, 1.4.1946, Reg. KMD.

133 20. Polizeirevier – Polizeiposten Mittelsbüren, Unfall durch Spielen mit gefundener Munition, 8.5.1947, Reg. KMD.

134 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 24.7.1963, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/5. Diese Zahlen stehen aber im Gegensatz zu der Presseberichterstattung.

in einer ehemaligen Flakstellung ums Leben. Die beiden ehemaligen Soldaten wollten eine Flakgranate öffnen und die Pulverstangen herausnehmen. Dabei detonierte das Geschoss und verletzte die Männer so schwer, dass sie noch an der Unglücksstelle verstarben. Die Munition aus der Flakstellung wurde am 9. August 1945 beseitigt.[135] Am 13. März 1954 verlor ein Arbeiter im Bürgerpark sein Leben, als er eine amerikanische Benzol-Kautschuk-Bombe, die er für ein Metallrohr hielt, gegen einen Baumstumpf schlug. Die explodierende Bombe fügte ihm tödliche Brandverletzungen zu.[136] Diese und andere Vorfälle wurden von der Presse aufgenommen und waren immer wieder Grund an die Bevölkerung zu appellieren: »Helft mit Unglück zu verhüten. Meldet der Polizei die Fundstellen von Sprengkörpern und Munition.«[137] Diese Appelle wurden in regelmäßigen Abständen an die Medien gegeben, ab 1949 sogar in vierteljährlichen Abständen, als sich die Unfälle häuften.[138] (Abb. 7)

Auch Schrott, der nach dem Kriege eine begehrte Ressource war, barg immer wieder Gefahren. Im Metallschrott, insbesondere hochwertigem Militärschrott, befanden sich immer wieder Geschützteile mit in den Rohren steckenden Granaten oder Munition. Da es auch hier immer wieder zu Unfällen kam, wurden besonders die Schrotthändler in Bremen mit Plakataktionen und Presseveröffentlichungen auf diese Gefahren hingewiesen.[139] Wie allgegenwärtig die Gefahren durch Kampfmittel waren, zeigt ein Vorfall, über den im Juni 1950 berichtet wurde. Am 19. Juni 1950 explodierte eine 2 cm-Flakgranate in einem Herd, der mit Torf befeuert worden war.[140] Die Granate war durch nicht näher bekannte Umstände im Brenntorf versteckt. Glücklicherweise wurde bei der Explosion niemand verletzt.

Man darf vermuten, dass der tägliche Umgang mit den Hinterlassenschaften des Krieges und die Kriegserfahrungen zu einer gewissen Sorglosigkeit beim Umgang mit Munition und Blindgängern geführt haben. Davon war auch die Polizei nicht ausgenommen. So schrieb der Polizeipräsident an den Leiter des Sprengtrupps: »[...] Ich halte es beispielsweise für einen zeitraubenden Unfug, in die Lesum geworfene Panzerfäuste wieder herauszuholen. Sie dürften längst verdorben sein [...]«[141] Ein anderes Beispiel für die vermutete Sorglosigkeit ist der Umgang mit einem Blindgänger, der fünf Meter neben der Bahnstrecke Bremen–Delmenhorst in einer Tiefe von ca. sechs Metern gefunden wurde. Laut Aussage des Sprengmeisters würde er keine

135 Schreiben Instandsetzungsdienst an den Chef der Polizei, 8. 8. 1945, Reg. KMD.
136 Weser-Kurier, 12. 10. 1954.
137 Pressenotiz Chef der Polizei – S/Verkehrspolizei an Radio Bremen, die Nordsee-Zeitung und den Weser-Kurier, 25. 8. 1948, Reg. KMD.
138 Pressenotiz, 30. 3. 1949 und Ziffer 6 der »Richtlinien für die Arbeiten des Pol.-Sprengkommandos«, 6. 12. 1949, Reg. KMD; Weser-Kurier, 19. 3. 1949.
139 Schreiben Polizei – Sprengkommando an alle Schrotthändler in Bremen, 3. 5. 1949.
140 Bericht des 20. Polizeireviers, 19. 6. 1950, Reg. KMD.
141 Schreiben Der Polizeipräsident [Leiter der Verkehrsabteilung Polizeirat Busse] an den Herrn Ob.-Ing. Köster [Leiter des Instandsetzungsdienstes] vom 22. 9. 1945.

unmittelbare Gefahr für die Reisenden darstellen.[142] Die Suche dauerte mehrere Tage. Der Bahnverkehr wurde ungestört fortgesetzt. Am 29. Januar 1953 wurde die Bombe dann bei laufendem Bahnverkehr entschärft.

Tätigkeit in den umgebenden Landkreisen und in Bremerhaven

Während des Krieges war der Instandsetzungsdienst der Luftschutzpolizei nicht nur in Bremen, sondern auch in den umliegenden Landkreisen tätig[143]. Nach dem Kriege wurde diese Aufgabe vom Sprengkommando der Bremer Polizei bis auf Weiteres fortgeführt. Obwohl dieser Teilaspekt der Kampfmittelräumung im Archiv des Kampfmittelräumdienstes verhältnismäßig gut dokumentiert ist, soll er hier nicht näher dargestellt werden. Am 25. August 1947 ordnete die Militärregierung in Bremen an, dass das Sprengkommando nur noch »die Beseitigung von Munition usw. innerhalb des [am 21. Januar 1947 von der US-Militärregierung proklamierten] Landes Bremen vornehmen soll. Für die umliegenden Landkreise müssen die zuständigen Polizei-Verwaltungen selbst sorgen [...]«[144]

Seit Gründung des Landes Bremen ist der Kampfmittelräumdienst nicht nur für die Stadt Bremen, sondern auch für die Stadt Bremerhaven tätig.[145] Da nur vergleichsweise wenig Meldungen über beseitigte Kampfmittel in Bremerhaven dokumentiert sind, kann man annehmen, dass die amerikanischen Besatzungstruppen in den ersten Nachkriegsjahren bis zur Gründung des Landes Bremen im Jahre 1947 selbst viele Kampfmittel in Bremerhaven als Versorgungshafen für die amerikanischen Besatzungstruppen geräumt haben. Ein eigener Sprengtrupp war zumindest seit 1949 nicht mehr in Bremerhaven tätig, und für dieses Jahr liegen Zahlen vor: Neben einer geringen Anzahl an Waffen waren es zehn Bomben, 47 Granaten der verschiedenen Kaliber, 39 Handgranaten und verschiedene andere Kampfmittel wie Sprengbüchsen, geballte Ladungen oder Zünder.[146] Am 24. August 1954 wurde eine 5-Zentner-Bombe entschärft, die ein Greifbagger im südlichen Teil des

142 Weser-Kurier, 22., 27. und 29. 1. 1953.

143 Bericht des Kommandeurs der Feuerschutzpolizei, 22. 6. 1943, Reg. KMD, darunter eine Zusammenstellung über die Tätigkeit beim auswärtigen Einsatz in Harpstedt und Umgebung: Der Einsatz erfolgte in den Gemarkungen Harpstedt, Klein-Köhren, Groß-Köhren, Klosterseelte, Dünsen, Winkelstedt, Harrieshausen, Holzhausen, Wolde, Mahlstedt, Hachfeld, Beckeln, Ohe, Rekum, Klein-Hemstedt, Horstedt und Wanderburg. Bei diesen Einsätzen wurden insgesamt 1.812 Phosphorkautschuk-Bomben und 20 Leuchtbomben beseitigt. 1.054 Phosphorkautschuk-Bomben lagen tiefer als zwei Meter. Relevant auch: Lageberichte Luftangriffe, Band 1, StAB 3-M.2.h.3 Nr. 144.

144 Anweisung des Chefs der Polizei an das Sprengkommando, 26. 8. 1947; Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Bremen gegen Dybianka u. a. (Az.: 2 Js 3049/47), 0104.1948, S. 2.

145 Schreiben Magistrat der Stadt Bremerhaven – Ortspolizeibehörde an den Senator für die innere Verwaltung, 11. 10. 1950, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

146 Aufstellung des Sprengkommandos, ohne Datum, Reg. KMD.

Geestemünder Handelshafens aus dem Schlick gewühlt hatte.[147] 1957 wurden die Häfen in Bremerhaven noch einmal systematisch nach Blindgängern abgesucht[148] und dabei 80 Tonnen Schrott und Munition beseitigt.[149] Mit dieser letzten großen Räumaktion waren die Häfen und die Stadt weitgehend kampfmittelfrei.[150] Ende August 1952 wurde der ehemalige Truppentransporter »Donau« von insgesamt elf Tonnen Munition geräumt. Der mit Munition beladene Frachter war Anfang 1945 vor der norwegischen Küste versenkt, gehoben und nach Bremerhaven zum Abwracken geschleppt worden.[151] Im Oktober 1959 teilte das Stadt- und Polizeiamt dem Hansestadt Bremischen Amt in Bremerhaven mit, die Munitionsräumarbeiten in den bremischen Häfen in Bremerhaven seien mit dem 30. Oktober 1959 abgeschlossen. Ca. vier Jahre hatte die systematische Räumung der Häfen in Bremerhaven gedauert.

Sprengplätze

Die Munition wurde in den Uphuser Dünen, danach in der Garlstedter Heide, später in Kranzberg westlich von Nordholz gesprengt. Schon während des Krieges wurde Uphusen als Zwischenlager für Blindgänger genutzt.[152] Auf der Suche nach einem geeigneten Sprengplatz für die riesigen Kampfmittelmengen hatte der Instandsetzungsdienst schon Mitte Juni 1945 den ehemaligen Segelflugplatz in der Garlstedter Heide als geeigneten Platz für die Blindgänger-Beseitigung vorgeschlagen. Ende Juni wurde der Platz hinter Schmidts-Kiefern von den Alliierten beschlagnahmt.[153] In Bremen standen wegen der benötigten großen Flächen, der relativ dichten Bebauung und aus Sicherheitsgründen keine geeigneten Flächen zur Verfügung. Auch andere Örtlichkeiten außerhalb Bremens waren entweder nicht geeignet oder konnten aus anderen Gründen nicht genutzt werden. Wie dringend ein ausreichender Sprengplatz benötigt wurde, zeigt die Menge der dort in den ersten Monaten nach Kriegsende gesprengten Munition: Allein in den drei Tagen vom 29. bis 31. August 1945 waren es z. B. 1.463 Artilleriegranaten.[154] Der Sprengplatz in Garlstedt war mit Unterbrechungen in den Jahren 1946,[155]

147 Weser-Kurier, 25. 8. 1954.
148 Weser-Kurier, 3. 5. 1958.
149 Weser-Kurier, 25. 1. 1958.
150 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an das Hansestadt Bremische Amt, 9. 10. 1959, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1-1.
151 Weser-Kurier, 26. 8. 1952.
152 Bericht über die VO-Stelle (Blindgänger-Sammellager) Uphusen [nach dem 28. 10. 1943,] und Schreiben 8. Flakdivision an den Polizeipräsidenten als örtlichen Luftschutzleiter, 12. 1. 1945, Reg. KMD.
153 Schreiben des Instandsetzungsdienstes, 23. 6. 1945; Schreiben des Leiters des Instandsetzungsdienstes an den Chef der Polizei, 19. 6. 1945, Reg. KMD.
154 Bericht des Instandsetzungsdienstes, 1. 9. 1945, Reg. KMD.
155 Chef der Polizei – Sprengkommando an den Beauftragten für die Beseitigung von Sprengkörpern im Kreis Wesermarsch, 8. 9. 1946; Weser-Kurier, 19. 7. 1951, Reg. KMD.

und 1954[156] bis 1971 in Betrieb und wurde im April 1973 endgültig geschlossen. Seit 1999 werden alle Kampfmittel direkt von Bremen nach Munster transportiert, wo sie von der GEKA – »Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten mbh.«[157] in einem zertifizierten Verfahren vernichtet werden.

Umfang der entsorgten Kampfmittel

Naturgemäß wurden in den ersten Nachkriegsjahren die größten Mengen Kampfmittel geräumt. Ab Anfang/Mitte der 1950er Jahre gingen die Mengen deutlich zurück. Bis 1965 wurden nach Aufzeichnungen des Kampfmittelräumdienstes Bremen folgende Mengen beseitigt: 11.189 Spreng- und 82.547 Brandbomben aller Art (davon allein in den Jahren 1945 bis 1948 10.047 Spreng- und 76.687 Brandbomben), 2.070 See- und 127.056 Landminen und andere Sprengkörper. Dazu kamen 4.565.662 Granaten aller Kaliber, 9.610 Panzerfäuste, 17.029 Handgranaten und gut 200 Tonnen Kleinmunition sowie 15.610 Waffen, die gefunden oder abgegeben wurden.[158] Von April 1945 bis September 1948 rückte das Sprengkommando zu insgesamt 2.554 Einsätzen zur Kampfmittelbeseitigung aus.[159] Rechnerisch ergibt das ca. 85 Einsätze pro Monat oder knapp drei am Tag. Noch im Jahre 1956 gab es 70 bis 80 monatliche Meldungen über gefundene Kampfmittel.

Von den bis 2020 entschärften 16.483 Sprengbomben wurden in den Jahren 1945 bis 1965 11.189 (= 67,9 %) beseitigt. Allein in den Jahren 1945 bis 1948 waren es 10.047 Blindgänger. Danach gingen die Zahlen deutlich zurück. Im Jahre 1965 waren es nur noch neun Bomben. Das gleiche Bild zeigt sich bei den Brandbomben. Insgesamt wurden bis 2020 99.789 Blindgänger beseitigt. Von 1945 bis 1965 waren es 82.547 (= 83,2 %). Noch deutlicher wird das Bild bei den Granaten aller Kaliber. Insgesamt wurden von 1945 bis 2020 4.697.554 Granaten beseitigt. Von 1945 bis 1965 waren es 4.565.662 (= 97,2 %). Allein in den Jahren 1945 bis 1947 wurden knapp 3,4 Millionen Granaten geräumt. Hinzu kommen andere Kampfmittel: Zwischen 1945 und 2020 wurden 129.950 See- und Landminen sowie andere Sprengkörper, 11.096 Panzerfäuste,

156 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 7.7.1954; Weser-Kurier, 21.4.1955; Schreiben Senator für Inneres an Rechtsanwalt Dr. Karl Vogt, 9.6.1956, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49/01.

157 Die 1997 gegründete GEKA hat im Jahre 2001 die Kampfmittelbeseitigungsanlage übernommen und vernichtet seitdem neben chemischen Kampfstoffen auch Munition und Bombenblindgänger. Näheres zur Geschichte der ehemaligen Heeresversuchsstelle Munster-Nord und zu den technischen Einzelheiten der Vernichtung u. a.: www.geka-munster.de (aufgerufen am 14.6.2021).

158 Alle Zahlen über geräumte Kampfmittel stammen – wenn nicht anders angegeben – aus den statistischen Aufzeichnungen der Polizei Bremen – Kampfmittelräumdienst. Vgl. dazu auch Georg Schmidt (wie Anm. 10), der hier Zahlen bis 1956 nennt.

159 Notiz auf einem Bericht des 9. Polizeireviers, 19.2.1947, Reg. KMD. Die einzelnen Meldungen sind mit einem Farbstift durchnummeriert.

17.595 Handgranaten, gut 227 Tonnen Kleinmunition und sprengkräftige Munitionsteile sowie 16.561 Waffen entschärft und beseitigt.[160]

Ausblick

Angesichts der beseitigten Menge an Kampfmitteln mutmaßte der ehemalige Sprengmeister der Bremer Polizei, Wilhelm Stelter in einem Fernsehinterview im Jahre 1970, die Kampfmittelräumung könnte während seiner Dienstzeit ein Ende finden.[161] Die gleiche Prognose wurde schon 1959 gestellt »... Es werden nur noch in größeren Zeitabständen vereinzelt Bomben gefunden, und es ist damit zu rechnen, daß die Munitionsräumung in Bremen in absehbarer Zeit als abgeschlossen betrachtet werden kann [...]«[162] und ähnlich schon in einer Bilanz aus dem Jahr 1951: »[...] 966 Fundstellen, 17 t Munition. Bewegte Erde 6000 cbm. In der Bevölkerung 4 Tote, 6 Verletzte, beim Räumtrupp 1 Verletzter [...] Das Ende der Arbeiten ist nicht abzuschätzen, evt. Abbau 1953.«[163] Alle diese Prognosen haben sich nicht bewahrheitet, stattdessen ist die Kampfmittelbeseitigung zu einer Daueraufgabe geworden.

Auch wenn große Kampfmittelfunde heute eher selten sind, so besteht weiterhin die Gefahr durch im Boden verborgene Bombenblindgänger und Munition. So wurden z. B. in der Überseestadt bei Erschließungsarbeiten in den Jahren 2017 und 2018 innerhalb von fünf Monaten vier amerikanische 10-Zentner-Bomben gefunden und entschärft.[164] Der vorerst letzte Fund war am 28. August 2020 im Kleingartengebiet Waller Fleet eine amerikanische 100 lbs. Fliegerbombe. Auch Munitionsfunde gibt es noch, so am 23. Februar 2021 8.000 Schuss Infanteriemunition und am 4. März 2021 zwei britische Wurfgranaten im Bürgerpark.[165]

Die Gefahr besteht heute nicht mehr in der Menge der Kampfmittel, sondern in der chemischen Veränderung des Sprengstoffs und der zunehmenden Gefahr von Selbstdetonationen.[166] Schon 1950 hatte der Hamburger Sprengleiter Walter Merz in einem Gutachten festgestellt, dass Bomben auch noch

160 Statistik des Kampfmittelräumdienstes Bremen, Reg. KMD.
161 Radio Bremen »buten un binnen«, 10. 6. 2018.
162 Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg – Baubehörde, Tiefbauamt – Hauptabteilung Straßenbau zur Regelung der Vertretung des Leiters des Sprengkommandos, 5. 5. 1959, Reg. KMD.
163 Niederschrift über die Tagung des Fachausschusses und der Leiter für Munitionsräumung im westdeutschen Bundesgebiet, 26./27. 6. 1952, Reg. KMD.
164 Weser-Kurier, 7. 2. 2018.
165 Auskunft des Leiters des Kampfmittelräumdienstes, 2. 3. 2021; Radio Bremen »buten un binnen«, 4. 3. 2021; Weser-Kurier, 5. 3. 2021.
166 Interview mit dem Leiter des Kampfmittelräumdienstes, in: Radio Bremen »buten un binnen«, 18. 2. 2020; Ulrich Weber, Die chemischen Eigenschaften der in Bomben, Granaten und sonstiger Munition hauptsächlich verwendeten Sprengstoffe, sowie ihr Verhalten bei Lagerung im Freien, im Wasser und im Erdreich, Vortrag, 27. 6. 1950; Schreiben Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Munitionsräumgruppen der Bundesländer an die Innenminister (Senatoren) der Länder, 14. 11. 1968, Reg. KMD.

nach Jahrzehnten »eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit« darstellen. Insbesondere Bomben mit Langzeitzündern stellten eine große Gefahr dar, da sie sehr sensibel auf Erschütterungen und Bewegungen reagieren. Sein Fazit lautete schon damals: »[...] ist es für mich eine feststehende Tatsache, daß kein Bombenblindgänger aufgegeben werden darf.«[167] Wie gefährlich Blindgänger auch Jahrzehnte nach dem Abwurf noch sein können, zeigt eine Reihe von Unfällen im Bundesgebiet. Von 1990 bis 2010 kamen sechs Menschen ums Leben und zwei wurden schwer verletzt.[168]

Glücklicherweise ist Bremen von derartigen Unfällen verschont geblieben. Die genannten Vorfälle zeigen aber deutlich, dass auch einzelne Blindgänger, seien es Bomben, Granaten oder andere Kampfmittel, zunehmend gefährlicher für Leib und Leben werden, wenn sie unkontrolliert explodieren. Etwas theatralisch, aber in der Kernaussage trotzdem richtig, hat der Weser-Kurier die Gefahr schon in seiner Ausgabe vom 24. April 1953 auf den Punkt gebracht: »... Acht Jahre sind vergangen. Die Zeit wird zum Gehilfen des Todes. Der Rost zersetzt die Metallteile, Federn brechen, die Gefahren werden größer [...] Niemand kann übersehen, wann das letzte Munitionsteilchen geborgen und unschädlich gemacht werden wird [...]« Diese Aussage wurde vom Leiter des Bremer Kampfmittelräumdienstes in einem Interview im Jahre 2013 noch einmal bestätigt.[169]

167 Walter Merz, Gutachten über das Aufgeben von Bombenblindgängern, Hamburg o. Datum. Merz hatte am 24.8.1954 die einzige bisher in Bremen gefundene Bombe mit Langzeit-Zünder entschärft. Schreiben Stadt- und Polizeiamt an den Senator für Inneres, 27.4.1964, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-02: der Blindgänger war bei den Docks der Seebeck-Werft ausgebaggert worden. Niederschrift über die 4. Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Munitionsräumgruppen der Länder in Nürnberg, 8./9.4.1964, Dienstakte des Senators für Inneres 122-49-01/1.

168 Weser-Kurier, 11.8.1990; Der Spiegel – Panorama, 23.10.2006.

169 Weser-Kurier, 22.2.2013.

Alltag in der großen Stadt. Zum Quellenwert der Aktenüberlieferung von Polizei und Ordnungsbehörden in Bremen im 20. Jahrhundert

Von Bettina Schleier

Vorbemerkung

An die öffentlichen Archive wird von Forschungs- und Nutzungsseite immer wieder die Forderung herangetragen, dass sie die Bewertungsentscheidungen der Archivarinnen und Archivare transparenter und nachvollziehbarer machen sollen.[1] Hierzu soll der vorliegende Aufsatz einen Beitrag leisten.

Dem Staatsarchiv Bremen ist, wie den meisten Archiven mit kommunaler Zuständigkeit, viel Schriftgut aus den Gemeinde- und Ordnungsbehörden zugegangen. Größere Ablieferungen gingen beispielsweise 1939/40 ein, als ehemals preußische Gemeinden ins Land Bremen übernommen wurden. Die Ablieferungen blieben meist lange unbeachtet liegen – der Inhalt ist wenig spektakulär, die Aktenführung häufig kleinteilig und eher unordentlich, Ablieferungslisten erwiesen sich als unzureichend oder waren nicht vorhanden. Nach der Zeit der älteren preußischen und bremischen Gemeinden entstand mit den Ortsämtern der Freien Hansestadt Bremen eine Verwaltung für die lokale Ebene, die bis etwa 2010 auch in verschiedenen Verwaltungszweigen eigene Zuständigkeiten besaß – die Verwaltungsaufgaben wurden jedoch zunehmend zentralisiert. Die als Stadt- und Polizeiamt bezeichnete kommunale Ordnungsbehörde für die Stadtgemeinde Bremen hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend spezialisiert, zumal digitale Fachverfahren die Präsenz der Verwaltung in Außenstellen ersetzt haben. In vielen Aufgabengebieten ergab sich daraus in den Behörden der Ordnungsverwaltung der Wunsch, ältere Aktenbestände auszusondern.

Mit der Einwohnermeldekartei[2] – etwa 1935 bis 1979 geführt und bereits seit den 1980er Jahren im Archiv – steht eine zentrale Quelle zur Verfügung,

1 Bodo Kretzschmar, Transparente Ziele und Verfahren, Ein Positionspapier des VdA zur archivischen Überlieferungsbildung, in: Frank M. Bischoff, Robert Kretzschmar (Hrsg.), Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop der Archivschule Marburg (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Nr. 42), S. 13–37. Matthias Buchholz, Zur Philosophie einer guten Überlieferungsbildung – Ein Praxistest in vier Akten, in: Eine Königsdisziplin auf dem Prüfstand – Überlieferungsbildung heute. Festschrift für Peter K. Weber zum 65. Geburtstag, Bonn 1920 (Landschaftsverband Rheinland, LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum, Archivhefte, 51), S. 132–138.

die aus Gründen des Datenschutzes nicht frei zugänglich ist, die Nutzung ist über den Auskunftsdienst im Staatsarchiv möglich. Als weitere zentrale Überlieferung sind die Unterlagen der Standesämter in diesem Zusammenhang zu nennen. Eine andere wichtige Quellengruppe sind die Häuserakten der Bauordnungsbehörde, die bisher vollständig übernommen wurden, um jedes einzelne Gebäude zu dokumentieren – zum Bestand 4,125/1 Bauordnungsamt, Häuserakten, folgt weiter unten Näheres. Damit stehen für zentrale Fragestellungen der Personenforschung und zum Baugeschehen wichtige Informationen als Gerüst der Überlieferung zur Verfügung.

Bei den meisten Sachakten der amtlichen Überlieferung ist es nicht sinnvoll, Fallaktenbestände einfach vollständig zu übernehmen, ohne eine Auswahl[3] zu treffen: Ein kleiner Bestand, der gut erschlossen ist und interessante Akten enthält, bietet zu den meisten Fragestellungen der Alltagsgeschichte den besseren Ansatzpunkt als ein riesiger Aktenberg. Im Unterschied zur aktuellen Diskussion über Dokumentationsprofile[4], in der ein gezieltes Aufsuchen von möglichen Archivalien empfohlen wird, geht die klassische Arbeitsweise in den Archiven davon aus, dass die Angebote der ablieferungspflichtigen Behörden im Fokus stehen. Für ältere Überlieferungen und komplexe Verwaltungsstrukturen ist es kaum möglich, im Wust der Zuständigkeits-, Organisations- und Registraturveränderungen diejenigen Stellen ausfindig zu machen, die wichtige Unterlagen generiert haben könnten, und diesen gezielt nachzugehen. Mittels gut gepflegter Kontakte und aufmerksamer Beratung der Behörden hinsichtlich der Schriftgutverwaltung können wertvolle Quellenbestände deutlich besser aufgefunden und übernommen werden.

Naturgemäß sind die Fallaktenkomplexe der Gemeinde- und Ordnungsbehörden häufig umfangreich, besonders in großen Städten.[5] Die Durchsicht, um eine Auswahl aus Serien zu treffen, ist zeitraubend und zunächst mit verschiedenen Unsicherheiten verbunden: Behördenmitarbeiter mit Detailkenntnissen der Verwaltungsverfahren stehen als Ansprechpartner bei älteren Aktenkomplexen nicht zur Verfügung. So müssen zunächst zahlreiche Akten analysiert werden, um zu einem sicheren Urteil zu gelangen. Welche Dokumentationswerte in diesem Zusammenhang aufgefunden wurden, soll anhand von Beispielen aus verschiedenen Bereichen – Verkehr und Sicherheit, Freizeit und Unterhaltung, Bauwesen – aufgezeigt werden.

2 Bestand 4,82/1, Verwaltungspolizei, Einwohnermeldewesen. Der Bestand wurde 2008 bis 2011 mit finanzieller Unterstützung des Stadtamts gescannt.

3 Einen Überblick über die aktuelle Diskussion um Bewertungsfragen in kommunalen Archiven bietet der Beitrag Peter K. Weber, Zur Überlieferung lokaler Lebenswelt(en), in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, 20 (2016), S. 9–23.

4 Beispielhaft formuliert in der Arbeitshilfe der Bundeskonferenz der Kommunalarchive, in: Der Archivar, 62 (2009).

5 Fachinformationen zu diesem Komplex sind vor allem beim Archivamt des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe in den vergangenen Jahren zahlreich erschienen, z. B. Straßen, Häuser, Plätze. Der städtische Raum in der archvischen Überlieferungsbildung, Münster 2013, sowie Handreichungen zur Bewertung von Unterlagen der Ordnungsverwaltung in der Zeitschrift Archivpflege in Westfalen-Lippe 2017 bis 2019.

Dabei soll der Alltag im engeren Sinn im Mittelpunkt stehen: Nicht die größeren Unglücksfälle und Konflikte – diese finden häufiger in der Verwaltung[6] oder bei den Gerichten Niederschlag oder werden in der Presseberichterstattung festgehalten –, sondern die beobachtende Teilnahme der Behördenmitarbeiter, besonders der Polizisten und Gemeindebediensteten, bildet den Ausgangspunkt. Der polizeiliche Blick auf Unglücksfälle soll aber auch nicht fehlen.

Verkehr und Sicherheit

Zentrale Ordnungsbehörde war in Bremen zunächst die Polizeidirektion, dann das Stadt- und Polizeiamt, später Stadtamt. Seit den 1950er Jahren wurden öfter Aktenbestände zur Übernahme angeboten oder ohne Absprache ans Archiv geliefert, selbst einzelne Fallakten wurden dem Staatsarchiv zur Übernahme zugesandt. Seit etwa 2000 entwickelte sich eine Routine in der Zusammenarbeit, die zu größeren Übernahmen führte, begleitet durch die Bearbeitung der bereits im Archiv lagernden Unterlagen. Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter haben auf interessante Aktenkomplexe hingewiesen und bei der Durchsicht und Bewertung des angebotenen Schriftguts geholfen.

Für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur bestand seit den 1820er Jahren eine Straßenbaudeputation.[7] Auf der Seite der Polizeiverwaltung war die Polizeidirektion zuständig, deren Akten in den Gruppen VIII. Straßen- und Strompolizei und IX.a. und b. Straßenanlagen und Straßenbeleuchtung vorliegen.[8] Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurden neue Straßenanlagen einzeln genehmigt – für jede Straße wurde eine Akte angelegt,[9] dadurch wurde die Überlieferung zunehmend dichter.

Mit der Einführung der Ressort-Einteilung im Senat 1933 wurde eine Registratur für den seit 1935 so bezeichneten Senator für Inneres geschaffen. In diese erste Registraturschicht wurden vielfach ältere Unterlagen aufgenommen, soweit sie für die Behörde bei Einrichtung der Registratur noch von Bedeutung waren. Eine der älteren Aktengruppen befasst sich beispielsweise mit Bau und Betrieb der Straßenbahnlinien.[10]

Aus der Polizeidirektion wurde 1938 eine staatliche Polizeiverwaltung nach reichseinheitlicher Organisationsstruktur, die zunächst als Polizeipräsident Bremen bezeichnet wurde. Nach dem Krieg wurde sie wiederum in eine

6 Im Bestand 4,77/2 Polizeipräsidium liegen in mehreren Serien etwa 20 Aktenbände aus der Zeit 1945–1948 vor, in denen es um Verbrechen und gewaltsame Auseinandersetzungen beim Kriegsende geht.

7 Die Aktenüberlieferung liegt im Bestand StAB 2-D.20 im Ratsarchiv.

8 Im Bestand StAB 4,14/1 Polizeidirektion. Der Bestand ist bisher nicht im Detail erschlossen.

9 Im Bestand StAB 3-S.8. Straßenanlagen der Senatsregistratur.

10 Die Akten der Gruppe V.1.e. Straßenbahnen im Bestand StAB 4,13/1 Senator für Inneres Ältere Aktenschicht reichen bis zum Beginn des Straßenbahnbetriebs zurück, sie beginnen 1897.

kommunale Behörde unter der Bezeichnung Chef der Polizei[11], später Stadt- und Polizeiamt umgewandelt.[12] Aus den Akten dieser beiden nachgeordneten Dienststellen des Innenressorts stammen die nachfolgend dargestellten Beispiele.

Akten des Polizeipräsidenten wurden erstmals 1960 ins Staatsarchiv aufgenommen, eine weitere größere Ablieferung erfolgte 1982.[13] Auch später gingen aus dieser Registraturschicht noch Akten ein, zuletzt 2021 – die Bearbeitung ist noch nicht abgeschlossen. Wiederum fanden sich auch einzelne Akten und Vorgänge aus älterer Zeit, doch stammen die Akten meist aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren bis zur Einrichtung einer neuen Registratur, die nach für Bremen einheitlich festgesetzten Regeln in den 1950er Jahren entstand.

Zur Bewertung sei zunächst festgehalten, dass Schriftgut aus den Jahren 1945 bis 1950 im Staatsarchiv Bremen vollständig übernommen wird, um die für diesen Zeitabschnitt bekanntlich besonders großen Überlieferungslücken so gut wie möglich zu schließen, zumal sich in dieser Periode die Verwaltungsaufgaben auf der kommunalen bzw. Landesebene bündelten – übergreifende Verwaltungen entstanden bis zur Gründung der Bundesrepublik erst nach und nach. Der Bereich des Verkehrs erforderte in der zerstörten Stadt Bremen sehr viel Aufmerksamkeit und fand reichlich in den Akten Niederschlag.

Die Überlieferung aus der Zeit von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg wird ebenfalls weitgehend aufbewahrt, doch verbirgt sich häufig hinter einem interessant erscheinenden Aktentitel lediglich eine Sammlung von eingegangenen Anweisungen, meist in Form von Druckstücken oder Ausschnitten aus Gesetzblättern. Die Alltagsverwaltung ist in den Akten wenig präsent, das Schriftgut, das in den Dienststellen in Gebrauch war, war durch den Bombenkrieg gefährdet und blieb häufig nicht erhalten.

Eine erste beispielhaft ausgewählte Gruppe von Akten befasst sich mit der Einrichtung von Parkplätzen und Taxistellplätzen in den 1920er Jahren. Es dürfte sich dabei um Akten handeln, die eher zufällig erhalten geblieben sind. Im Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozess des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ergaben sich durch den Aufschwung des Straßenverkehrs und die zunehmende Motorisierung neue Anstöße, die zum Umbau des Stadtraums führten. Ausgewählt wurden die beiden Beispiele wegen der interessanten Beilagen, aber auch wegen der noch heute an Ort und Stelle vorhandenen baulichen Spuren.

Zu Beginn des Jahres 1927 richtete der ADAC Gau Weser-Ems ein Schreiben an die Polizeidirektion Bremen,[14] in dem zur Entlastung der Durchgangsstraßen um Einrichtung weiterer Parkplätze gebeten wird, es werden dazu

11 Aktenbestand StAB 4,77/2 Polizeipräsident, Allgemeine Registraturen.
12 Akten im Bestand StAB 4,82/2 und /3 Stadt- und Polizeiamt, Abteilung Ordnungsverwaltung und Abteilung Polizei.
13 Registraturakte des Staatsarchiv Bremen, 758-735-15 Stadt- und Polizeiamt, Bd. 1.
14 In der Akte StAB 4,77/2-23 Parkplatz beim Schauspielhaus, darin auch die übrigen zitierten Stücke.

fünf Positionen in der Stadt vorgeschlagen. In der Stellungnahme dazu führt der mit der Berichterstattung beauftragte Beamte aus, dass einer der vorgeschlagenen Plätze für einen Wochenmarkt reserviert sein, außerdem ein Parkplatz vor einem Kino aus Sicherheitsgründen nicht eingerichtet werden könne. Der Freiraum vor dem Theater müsse für den Verkehr bei Beginn und nach Schluss der Vorstellungen frei bleiben.

Bereits im Herbst 1928 zeigte sich, dass beim Theater inzwischen ein Parkplatz für fünf Fahrzeuge von Theaterbesuchern und zudem ein Stellplatz für Autodroschken eingerichtet war. Nach weiteren Konflikten wurde ein Schild zur Kennzeichnung des Parkplatzes für fünf Fahrzeuge aufgestellt. In der Zeit bis 23.00 Uhr waren die Plätze für Theaterbesucher reserviert, ab 23.00 Uhr auch für andere Fahrzeuge, doch mussten diese beleuchtet abgestellt werden. Trotzdem wurden auch im Weiteren immer wieder mehr als fünf Fahrzeuge abgestellt, was vom zuständigen Polizeidistrikt beanstandet wurde: Die Einfahrt in die Bleicherstraße sei zu stark eingeengt. Aus dem Jahr 1929 stammt die Zeichnung, die den Vorplatz des Theaters mit den aufgestellten Fahrzeugen zeigt. In den folgenden Jahren wurden zunehmend mehr als fünf Autos aufgestellt, die zuständigen Polizeiposten duldeten bis zu acht Autos, wenn sie dicht hintereinander geparkt wurden – doch konnten nun mitunter die Wagen nicht mehr aus der Reihe ausgeparkt werden. (Abb. 1)

In der Folgezeit verfiel der für den Polizeidistrikt zuständige Beamte auf den Gedanken, den Wallgraben teilweise zu verfüllen und an dieser Stelle

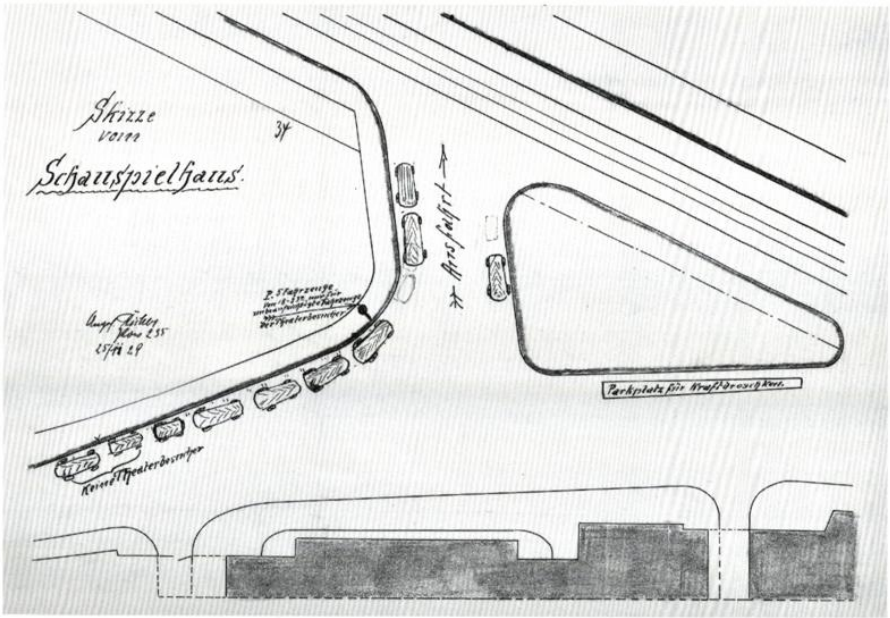


Abb. 1: Skizze zur Parkraumproblematik vor dem Bremer Schauspielhaus, 1929 (Foto: StAB)

Abb. 2: Kopfbogen eines Bremer Tankstellenbetriebs, 1937 (Foto: StAB)

einen Parkplatz einzurichten – dies wurde von Gartenbauamt und Baudeputation abgelehnt, da die Wallanlagen beeinträchtigen würden. Trotzdem kamen der ADAC und der Bürgerverein 1934 nochmals mit diesem Vorschlag ein. Die zuständigen Polizeibeamten schildern die Situation an Theaterabenden:

»... Während der eine Beamte den Verkehr regelt, überwacht der 2te Beamte die Aufstellung der übrigen Wagen an der Südseite des Ostertorsteinwegs bzw. an der Westseite der Mozartstraße, da sonst in der letztgenannten Straße die Herrenfahrer ihre Wagen wie Kraut und Rüben hinstellen...«

Auch der Vorschlag, den Garten des Gefangenenhauses zu pflastern und als Parkplatz einzurichten, wurde nicht realisiert. Das Gartenbauamt und die Baudeputation widersprachen, letztlich scheiterte der Vorschlag aber daran, dass im Haushalt 1931 keine Mittel für die Baumaßnahme vorhanden waren.

In den folgenden Jahren folgen Vorschläge und Forderungen nach zusätzlichen Parkplätzen, zudem Beschwerden über Strafverfügungen der Polizei verbunden mit Beschwerden der Anwohner über behindernd aufgestellte Autos. Im November 1939 wurde der Parkplatz aufgehoben.

Auf private Initiative entstand ein Parkplatz an der Kattenturmer Heerstraße. Die Firma Hadeler & Schäfer richtete als Betreiber einer Tankstelle das folgende Schreiben an die Polizeidirektion:[15] (Abb. 2)

15 Schreiben, eingegangen am 8. April 1937 in StAB 4,77/2-24.

»... Wir haben auf unserer Anlage, direkt an der Fahrstrasse gelegen, einen Parkplatz errichtet, der für jeden Kraftfahrer unentgeltlich genutzt werden kann. Der Platz wird schon häufig und gern von solchen auswärtigen Fahrern benutzt, die sich nicht sicher genug fühlen, ihr Fahrzeug im Stadtinnern zu fahren und von hier aus die Straßenbahn benutzen. Wir möchten die Polizeidirektion bitten, uns zur Kenntlichmachung und wegen des ordentlichen Aussehens am Eingang der Stadt ein Parkplatzschild zu überlassen ...«

Der Antrag wurde nach Rücksprache mit dem zuständigen Polizeirevier und dem Amt für Straßen- und Brückenbau genehmigt, bei der Schlosserei Sprenger ein Parkplatzschild bestellt und die Aufstellung beauftragt, abschließend die Anlage vom Landpolizeiposten Kattenturm besichtigt und abgenommen.

Konflikte und Beeinträchtigungen durch geparkte Autos bilden für die Polizei in einer großen Stadt ein Arbeitsfeld, das sehr viel Aufmerksamkeit erfordert. Als das Polizeirevier Schwachhausen 2020 einen Aktenkomplex zu den einzelnen Straßen des Bezirks anbot, wurde der gesamte Komplex gesichtet und eine Auswahl der Akten mit interessantem Inhalt gebildet.[16] Es handelt sich um einen vornehmen, privilegierten Stadtteil mit einer eleganten Bebauung, die in den Akten gut sichtbar wird. Die Einwohner des Stadtteils schenken dem Verkehr und dem Aussehen der Straßen viel Aufmerksamkeit.

Wegen der besonders konflikthaften Situation in der unmittelbaren Nachkriegszeit werden nun die Folgen der Zerstörungen und die Beeinträchtigungen des Alltags an einige Beispielen illustriert. Besonders augenfällig sind die Auswirkungen der Zerstörung aller Brücken über die Weser und die kleine Weser, die im Mai 1945 den Verkehr zwischen Alt- und Neustadt unmöglich machten,[17] soweit nicht Fähren eingerichtet waren. Zwischen dem 1. Mai und dem 30. September 1945 wurde deshalb das Standesamt Bremen-Mitte in ein Standesamt Bremen-Altstadt und ein Standesamt Bremen-Neustadt geteilt.[18] Weite Passagen der Akte mit der Bezeichnung Verkehrswesen allgemein[19] der in dieser Phase als Chef der Polizei bezeichneten Ordnungsbehörde beschäftigen sich mit der Sicherung des Verkehrs über den Strom. Zunächst blieb ein Fußweg über das stark zerstörte Weserwehr erhalten, der von Hastedt/Hemelingen über das Wehr zum Stadtwerder führte. Da auch dieser Fußweg beschädigt war und wegen der Überlastung in einen kritischen

16 Die Akten wurden zum Bestand StAB 4,82/2 Stadtamt, Ordnungsangelegenheiten genommen, sie tragen die Signaturen 1364 bis 1428.

17 Genaue Darstellung der Abläufe mit zahlreichen technischen Details bei Harry Schwarzwälder, Die Weserbrücken in Bremen. Schicksal von 1939 bis 1948, Bremen 1968 (Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Heft 2). Der Autor, langjähriger Mitarbeiter im Amt für Straßen- und Brückenbau, griff dabei neben den amtlichen Unterlagen auch auf eigene Aufzeichnungen und Erinnerungen zurück.

18 Vermerke in den Standesamtsregistern des Jahres 1945, StAB 4,60/5-7086, 7087, 7089 und 7090.

19 Im Bestand StAB 4,77/2 Polizeipräsident, Allgemeine Registraturen, Nr. 89, mit der Laufzeit Juni – Dez. 1945, dort auch die übrigen Schreiben und Vermerke.

Zustand geriet, sollte der Weg darüber tagsüber gesperrt bleiben, damit die Passanten durch die Tätigkeit der Bauarbeiter, die im Auftrag der für das Wehr und die Schleusenanlagen zuständigen Wasserstraßendirektion die Reparaturen ausführen sollten, nicht gefährdet würden. Dafür wird um Unterstützung der Polizei gebeten – umgehend wurden die Sperrschilder aufgestellt, die Sperrung war für acht Wochen vorgesehen.

Bereits am 26. Juli wurde eine weitere Sperrung des Verkehrs, diesmal für den gesamten Tag und für den gesamten Verkehr vom 10. August bis zum 15. Oktober erbeten. Statt der Brücke solle eine Fährverbindung beim Hemelinger Hafen eingerichtet werden. Ein weiteres Schreiben vom 4. August weist auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin, da die Brücke immer noch bei Beginn und Ende der Arbeitszeiten viel benutzt werde, auch die Einrichtung der Fährverbindung wird nochmals vorgeschlagen, ebenso am 6. August, am gleichen Tag erhielt das Amt für Straßen- und Brückenbau den Auftrag, Sperrschilder bei der Brücke anzubringen. Am 24. August wurde die Schutzpolizei darüber unterrichtet, dass bei der Fußgängerbrücke, die weiterhin von vielen Personen auf dem Weg zur und von der Arbeit benutzt beten, die Sperrung durchzusetzen und eine Fährverbindung einrichten zu lassen, diese Bitte wird am folgenden Tag schriftlich wiederholt. Die Schutzpolizei schlägt vor, den Zugang zur Brücke mit Stacheldraht und Latten zu sperren, da es nicht möglich sei, die Brücke ständig durch Polizeibeamte zu sichern, dies wird der Wasserstraßendirektion am 28. August mitgeteilt. Am 1. September erfolgte ein weiterer Telefonanruf der Wasserstraßendirektion – die angebrachten Absperrungen seien »... inzwischen schon wieder von der Bevölkerung entwendet«. Die lokalen Streifenbeamten wurden daraufhin aufgefordert, die Brücke zu überwachen und Übertretungen zur Anzeige zu bringen.

Ähnliche Anforderungen an die Überwachung des Verkehrs ergaben sich auch im weiteren Verlauf des Jahres: Am 14. Juli 1945 fertigte der Leiter des 12. Polizeireviers eine Meldung an den Abschnitt Süd der Schutzpolizei, dass ein Bogen der stark beschädigten Eisenbahnbrücke abgerutscht und in den Fluss gestürzt sei. Die bis dahin für den Fußgängerverkehr freigegebene Brücke sei damit unpassierbar geworden.[20] Man habe die Brücke abgesperrt und mit Stacheldraht gesichert, außerdem Schilder angebracht. Eine entsprechende Meldung erfolgte auch seitens des 17. Polizeireviers für den Abschnitt Nord, beide Reviere stellten Polizeiposten auf, die aber bereits um 23.00 Uhr abgezogen wurden.[21]

Näheres zur Verkehrsregelung an der neu errichteten Notbrücke findet sich in derselben Akte. Die Notbrücke, errichtet neben der ehemals als Große Weserbrücke bezeichneten, in der NS-Zeit in Lüderitz-Brücke umbenannten wichtigsten Verkehrsverbindung zwischen Alt- und Neustadt, wurde am 17.

20 Beschreibung der Brückenpassage, die nur für Fußgänger möglich war, bei Schwarzwälder, Weserbrücken (wie Anm. 17), S. 35.

21 Beide Berichte vom 14. Juli mit Bearbeitungsvermerken bis zum 16. Juli sowie eine Meldung in englischer Sprache vom 15. Juli an den zuständigen Offizier der Militärregierung in der Akte StAB 4,77/2-88.

Juni 1945 um 12.00 Uhr für den Verkehr freigegeben. Darauf lief der motorisierte Verkehr – im Wesentlichen den Fahrzeugen der Besatzungstruppen vorbehalten – in zwei Richtungen, an beiden Rändern befanden sich Fußwege. Im Bericht der Schutzpolizei an den Chef der Polizei vom 18. Juni 1945 findet sich eine Zeichnung, in der die Aufstellung der Polizeiposten eingetragen ist. Im beschreibenden Text wird ausgeführt, dass die deutschen Verkehrsposten zur Unterstützung der Militärpolizei sowie für die Regelung des Fußgängerverkehrs zuständig waren, während die Militärpolizei den motorisierten Verkehr regelte. Fahrbahnen und Fußwege schlossen an den Brückenabschnitt über die kleine Weser an – diese Brücke, als St.-Pauli-Brücke bezeichnet, war weitgehend erhalten geblieben.[22] Eine Eingabe vom 25. September 1945, gerichtet an den Herrn Polizeipräsidenten, behandelt die Verkehrsstockungen, die sich aus der Überlastung dieser damals einzigen Brücke zur Neustadt ergaben.[23] Der Verfasser der Eingabe beschwert sich über die Verkehrsbehinderungen auf der Seite der Altstadt und das Verhalten des Militärpolizisten: »... Am gestrigen Tage hatte sich eine derart große Menge an Radfahrern u. Fußgängern vor dem Brückengehsteig gestaut, dass auch die Fahrbahn bis auf den Gehsteig der Union von den wartenden Brückenbenutzern verstopft war... Anstatt, wie es bisher seine Kameraden an anderen Tagen auch taten, den Wagenverkehr eine kurze Zeit abzustoppen und dann den Radfahrern die Erlaubnis zur Benutzung der Brücken-Rollbahn zu erteilen...«. Die Eingabe ist von insgesamt elf Personen unterzeichnet. Es sollte noch bis 1948 dauern, bis die Verkehrswege über die Weser nach vielen Rückschlägen weitgehend wiederhergestellt waren.[24]

Der Radfahrverkehr bildete ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld der Polizei. So wurde auch in den Polizeibehörden die Einführung von Fahrrad-Nummern diskutiert, wie ein Bericht der Abteilung III vom 4. Juli 1945 zeigt.[25] Die in den Rahmen eingeschlagenen Nummern sollten die Fahrräder im Fall von Diebstählen identifizieren, außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Verkehrsdisziplin der Radfahrer zu ernsten Beanstandungen führe. Das Nummernsystem wurde tatsächlich eingeführt, wie ein Registerband über Fahrraddiebstähle zeigt.[26] Im Jahr 1950 erschien eine Liste der in Bremen gestohlenen Fahrräder sogar im Druck.[27]

Aus der 2. Polizeiwache, Hastedter Heerstraße, gelangte Schriftgut aus der unmittelbaren Nachkriegszeit an das Staatsarchiv. Darunter fand sich ein Revier-Tagebuch[28] aus der Zeit vom 29.12.1945 bis zum 14.3.1946. Für den Monat Februar 1946 finden sich etwa 140 Einträge über die Tätigkeit der Beamten in den verschiedensten Angelegenheiten. Darunter finden sich fast 60 Einträge über Diebstähle und Einbrüche, etwa 30 Einträge über verschiedene Ordnungswidrigkeiten und 20 Einträge über den Verlust von Gegenständen.

22 Schwarzwälder, Weserbrücken (wie Anm. 17), S. 32.
23 In der Akte StAB 4,77/2-88.
24 Schwarzwälder, Weserbrücken (wie Anm. 17), S. 109–122.
25 StAB 4,77/2-88.
26 StAB 4,82/3-91. Der Band wurde beim 2. Polizeirevier geführt.
27 StAB 4,82/3-92. Die Akte wurde ebendort aufbewahrt.
28 StAB 4,82/3-103.

Einige Beispiele für Diebstähle:
Nr. 290 – die Geschädigte zeigte an, dass ihr in letzter Nacht aus einem verschlossenen Stallgebäude zwei weiße Gänse gestohlen wurden. Die Täter brachen die Stalltür mittels eines Stemmeisens, welches am Tatort zurückgelassen wurde, auf und gelangten so in den Stall.
Nr. 291 – Frau S. zeigte an, dass ihrem Vater in letzter Nacht vier Hühner (weiße Leghorn) gestohlen wurden. Die Hühner waren in einem verschlossenen Stall untergebracht. Das Vorhängeschloss wurde gewaltsam geöffnet und von den Tätern mitgenommen. Verdacht gegen bestimmte Personen fehlt.
Nr. 292 – Die Geschädigte zeigte an, dass ihr in letzter Nacht ein Jünglingsanzug gestohlen wurde. Der Anzug war gewaschen worden und über Nacht zum Trocknen auf dem auf der Rückseite des Hauses gelegenen Balkon aufgehängt. Morgens wurde der Diebstahl entdeckt. Täter unbekannt.

Unter den Verkehrsübertretungen finden sich mehr als 20 Fälle, in denen Straßenbahnpassagiere wegen Auf- und Abspringens während der Fahrt oder Kraftfahrer wegen unzulässigen Überholens der Straßenbahn verwarnt wurden. Daneben finden sich eine Sperrzeitübertretung, zwei Fälle von Missbrauch von Feuermeldern durch Kinder sowie Verwarnungen wegen Radfahren auf dem Fußweg. Die angezeigten Verluste betreffen meist Kenn- oder Arbeitskarten, auch finden sich Einträge darüber, dass die vermissten Gegenstände sich wieder angefunden hätten. Es wurden daneben 6 Verkehrsunfälle registriert und 13 Anzeigen aufgenommen, meist im Zusammenhang mit Streitigkeiten oder Fällen von häuslicher Gewalt.

Die Einträge 283 und 284 zum 17. Februar lauten:
283 Betr. Fund einer Leiche – (Personalien und Adresse, eine Parzelle) ... befand sich während des Hochwassers in seiner Wohnung und hat daselbst durch Ertrinken den Tod gefunden ... Verwandte des K. wurden vom 2. Pol.-Revier benachrichtigt...
284 Betr. Fund einer Leiche – (Personalien) ... D. fand den Tod durch Ertrinken auf seiner Parzelle.

Zur Hochwasserkatastrophe 1946 gibt es eine Akte des Chefs der Polizei mit Berichten über den Ablauf der Ereignisse.[29] Besonders betroffen waren die dicht bewohnten Parzellengebiete in Hastedt, Hemelingen und auf dem Stadtwerder. Die beiden vom 2. Polizeirevier geborgenen Leichen waren die einzigen Todesopfer, mehr als 100 Personen wurden in der Ausflugsgaststätte Kuhhirte, gelegen auf einer Wurt auf dem Stadtwerder, in Sicherheit gebracht.

Berichte von mehreren Beteiligten – 2., 10. und 13. Polizeirevier, der Wasserschutzpolizei, des Hafenmeisters des Weserhafens Hemelingen, des Wasserwirtschaftsamts, des Polizeidirektors – gingen an den Chef der Polizei, der daraus seinen Bericht an den Präsidenten des Senats fertigte. Das Überschwemmungsgeschehen war dadurch dramatisch geworden, dass beim Hafen in Hemelingen die Deichscharte nicht geschlossen worden waren – den Beteiligten war nicht klar, wer das hätte veranlassen müssen, zudem waren nach Angabe des Hafenmeisters im Herbst 1945 die erforderlichen Balken nicht bereitgelegt worden. Auffällig ist, dass in keinem der Berichte

29 StAB 4,82/3-62. Darin auch Berichte über den Eisgang des Jahres 1947.

die Deichverbände genannt sind, offenbar haben sie in dieser Zeit keine wichtigen Aufgaben wahrgenommen. Nachdem die Deichscharte nachträglich mit großem Aufwand verschlossen wurden, verlief sich das Wasser zumindest in Hemelingen und Sebaldsbrück innerhalb eines Tages.

Aus dem 10. Polizeirevier, zuständig für den Stadtwerder, wurde am 18. Februar berichtet: »Dadurch, daß die betroffenen Bevölkerungskreise nicht an eine wirkliche Gefahr glaubten und trotz der Warnung keine genügenden Vorbereitungen trafen, ist der Schaden so überaus groß geworden, da das Wasser, als es ankam, so rasch stieg, daß die Bevölkerung oft nur das nackte Leben retten konnten und selbst die Betten usw. zurücklassen mußten. In vielen Fällen wurden sogar die Handtaschen mit den Familienpapieren, Lebensmittelkarten usw. zurückgelassen...«. Bereits am 13. Februar war berichtet worden: »... Im Parzellengebiet Stadtwerder ist der Schaden sehr groß, da es sich hier ... durchweg um bombengeschädigte Familien handelt, die den letzten Rest ihrer Habe durch das Hochwasser verloren haben.«

Es finden sich Berichte über die Rettung einzelner Personen im Habenhauser Parzellengebiet und auf dem Stadtwerder, die Maßnahmen waren durch den Mangel an Booten für die Polizei sehr erschwert. Die ca. 100 beim Kuhhirten vom Wasser eingeschlossenen Personen wurden ab dem 13. Februar vom Fürsorgeamt mit Lebensmitteln und Heizmaterial versorgt – nach Bericht des 10. Polizeireviers wurde warmes Essen durch die Anstalts- und Arbeitsbetriebe des Fürsorgeamts geliefert, aber gegen Bezahlung und Abgabe von Lebensmittelkarten. Der Bericht schließt: »Neben der verständlichen Sorge um ihre Habe scheinen es bei einzelnen Personen auch andere Gründe zu sein, wie z. B. verbotene Schweinehaltung, die das Verbleiben auf dem Stadtwerder erfordern.« Die auf dem Kuhhirten Zurückgebliebenen wählten einen Quartierältesten, der mit Bekanntmachung vom 14. Februar über die Möglichkeit von Fahrten mit dem Kurierboot zur Werderstraße, dem nächstgelegenen trockenen Grund, informierte. Auch eine Liste der Personen – allerdings nur der Haushaltsvorstände und der Anzahl der Familienmitglieder – liegt bei.

Der Bericht des Revierleiters des 10. Reviers weist auf die vom Gewöhnlichen abweichende Hochwassersituation hin: »Es muss angenommen werden, dass das Hochwasser unter normalen Verhältnissen und bei Intaktsein der Schleusen, Staubecken und Regulierungsanlagen nicht das gewaltige Ausmaß angenommen hätte...«. Die Schäden an den Kanalschleusen der Mittelweser z. B. waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht beseitigt. Neben den Rettungsarbeiten waren die Betroffenen und die Polizei damit beschäftigt, das Gebiet zu überwachen, um Plünderungen zur verhindern. Im Bericht des Polizeidirektors heißt es: »Von der Polizei sind alle Vorkehrungen getroffen, um beim Ablaufen des Wassers Diebstähle zu verhindern bzw. auf das Mindeste zu beschränken.«

Im zusammenfassenden Bericht des Chefs der Polizei an den Senat werden einige Geschichtspunkte für künftige ähnliche Fälle zusammengestellt. Die Bevölkerung habe die dringlichen Warnungen nicht ernst genommen, es wird eine bessere Informationsarbeit gefordert. Die Überschwemmungen in Hemelingen hätten verhindert werden können, wenn die Verwaltungen

funktioniert hätten. Für die Ausstattung der Polizei werden weitere Boote gefordert. Außerdem werden im Zusammenhang mit den Überschwemmungsschäden Betrügereien bei Lebensmittelmarken und Verpflegung befürchtet und die Behörden zur Vorsicht gemahnt.[30]

Freizeit und Unterhaltung

Beim Stadtamt wurden Akten über die Jahrmärkte – Freimarkt, Osterwiese und Weihnachtsmarkt – in der Abteilung Marktwesen[31] geführt. Erstmals 2008 wurden dem Staatsarchiv Akten angeboten, die für 10 Jahre nach Ende der Marktveranstaltung aufbewahrt wurden und damals zur Ablieferung frei wurden. Seitdem werden alle fünf Jahre die Jahrmärkte dokumentiert: Die Schaustellerbetriebe bewerben sich auf die regelmäßigen Ausschreibungen hin um die Teilnahme, die sie mit Prospektmaterial begleiten – so kommt hübsche, bunte Werbung in die Akten. 2013 wurden auch ältere Aktenbestände angeboten, die, wie sich zeigte, bis in die 1930er Jahre, in einzelnen Fällen bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Neben den Jahrmärkten sind auch Schützen- und Stadteilfeste, Viehmärkte, Flohmärkte und anderes, vor allem aber Zirkusveranstaltungen dokumentiert. Für die wichtigsten Schausteller, Zirkusbetriebe, Artisten usw. waren Fallakten angelegt.

Bereits im September/Oktober 1945 spielte ein Zirkus auf der Bürgerweide. Im Oktober 1945 begannen die Vorbereitungen, um zwischen 21. und 31. Oktober den Freimarkt 1945 zu veranstalten.[32] In der Vorbereitung korrespondierte die Marktpolizei mit den verschiedensten Beteiligten, um den Markt zu organisieren. Mit dem Stadtplanungsamt stimmte man sich über einen Fahrradbewachungsstand ab, mit der Reichsbahn über einen Wurststand hinter dem Bahnhof, die Stadtwerke wurden gebeten, die Wasserzapfstellen für die Schausteller zu prüfen und ggf. zu reparieren, das Amt für Kanalisation und Abfuhrwesen wurde beauftragt, während des Freimarkts täglich den Platz zu säubern und Mülltonnen aufzustellen, das Arbeitsamt wurde um Angabe eines Ansprechpartners gebeten, damit auswärtige Schausteller Aushilfsarbeitskräfte für den Auf- und Abbau der Geschäfte anfordern könnten. Wie auch in anderen Jahren wurde für 1945 eine Marktordnung erstellt und versandt: Mit dem Übersendungsschreiben wurden das Baupolizeiamt, die Feuerschutzpolizei und das Gewerbeaufsichtsamt aufgefordert, bei der Abnahme der Freimarktgeschäfte mitzuwirken. Die Straßenbahngesellschaft wurde gebeten, während des Freimarkts mehr Fahrzeuge einzusetzen und bis 21.30 Uhr den Verkehr aufrechtzuerhalten. Das Wirtschaftsamt sollte zudem weiteren Treibstoff (Vergaser- und Dieselkraftstoff) für die Fahrgeschäfte bewilligen. Ein Schaustellerbetrieb bat um Betriebsgenehmigung für einen weiteren LKW, und für einen Würstchen-Verkaufsstand wurden zusätzliche

30 Der Bericht findet sich neben weiteren Unterlagen auch in der Akte der Senatsregistratur, StAB 3-W.1. Nr. 271.

31 Aktenvermerke in der Registratur des Staatsarchivs, 735-15. Inzwischen wurde die Marktverwaltung dem Senator für Wirtschaft zugeordnet.

32 Akte des Stadtamts, StAB 4,82/2-543.

Kohlen benötigt, die bei der Kohlenbewirtschaftungsstelle angefordert wurden. Zu Ende des Freimarkts wurden die Stadtwerke und die Straßenbahngesellschaft über die Verlängerung des Freimarkts um eine Woche unterrichtet und um Verlängerung ihrer Maßnahmen gebeten.

Unter den nach Typ der Angebote geführten Akten über die Schausteller findet sich ein Band[33] über Musikmacher, der 1945 einsetzt. Zunächst werden die Musikmacher aufgefordert, zur Prüfung ihrer Musikinstrumente zu erscheinen – als Voraussetzung für die Zulassung wird darauf hingewiesen, dass eine Anmeldung des Gewerbes erforderlich ist. Für die Prüfung der Instrumente wird der Musiklehrer Großmann engagiert, als Ort der Prüfung die Schule an der Kleinen Helle vorgesehen. Die Direktorin der Schule wird am 5. Oktober gebeten, für die Beamten der Marktverwaltung einen Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen – dies sagt sie zu, allerdings nur auf Widerruf, da sie vermutet, dass die Schule in Kürze wiederbeginnen wird. Der Musikmacher-Vorgang endet für 1945 mit einer Mitteilung an die Polizeireviere darüber, welche Musikmacher in den jeweiligen Revieren spielen dürfen. In den 1970er Jahren entwickelte sich die »Musikmacher-Prüfung« im Vorfeld des Freimarkts zu einem öffentlichen Spektakel, das auf dem Marktplatz vor dem Roland veranstaltet wurde.

Kinos

Wie andere Unterhaltungsveranstaltungen wurden von Beginn an die Filmvorführungen eng von der Polizei überwacht. Bereits 1907 regelte eine Verordnung der Polizeidirektion und des Landherrn die öffentlichen Vorführungen: In der Verordnung, betreffend die öffentliche Vorführung von Kinematographen[34] von 1911 war für Vorführungen eine polizeiliche Genehmigung vorgesehen, die Polizei hatte die Räumlichkeiten zu besichtigen und die Vorstellungen zu begleiten, wie es auch bei Theatervorstellungen und Konzerten Brandwachen von Polizei oder Feuerwehr gab und gibt. Weitere Vorschriften befassten sich mit Kindervorstellungen und dem Jugendschutz. Im Zentrum der Vorschriften standen Regelungen zum Brandschutz: Die Vorführapparate mussten in besonders gesicherten und vom Zuschauerraum getrennten Räumen aufgestellt und betrieben werden. Da das Filmmaterial aus Zelluloid leicht entzündlich war, mussten die Filmvorführer über Zeugnisse ihrer Sachkenntnis verfügen. Besondere Vorschriften befassten sich mit der Einrichtung der Zuschauerräume, der Ein- und Ausgänge, der Notbeleuchtungen und so fort.

Zunehmend entstanden Kinos als feste Spielstätten, die für Filmvorführungen besonders hergerichtet waren. Zwecks Überwachung der Kinos erging 1926 die Verordnung betreffend die Sicherheit bei Lichtbildvorführungen.[35] Darin wurde in § 1 gefordert, dass für den Kinobetrieb ein verantwortlicher

33 StAB 4,82/2-553.

34 Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 1911, S. 147. Dort auch der Hinweis auf die Vorläufervorschrift von 1907.

35 Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 1926, S. 299.

Unternehmer namhaft gemacht werde, der im Fall seiner Abwesenheit einen Vertreter zu stellen hatte. Der Unternehmer war der zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen. Im November 1926 wurden die Kinobesitzer in Bremen aufgefordert, die erforderlichen Angaben an die Polizeidirektion zu senden.[36] Im Jahr 1926 wurden zehn Unternehmen aufgeführt, von denen vier in der Alt- und Neustadt Kinos betrieben. Weitere Lichtspielhäuser gab es am Buntentorsteinweg, in Walle, in Woltmershausen, in Hastedt und in Arsten. In den folgenden Jahren finden sich Benachrichtigungen über Inhaberwechsel und die Benennung von Stellvertretern, zudem zeigte sich eine zunehmende Konzentration der Kinos in größeren Gesellschaften, die mehrere Spielstätten betrieben. Neu eröffnete Kinos sandten die erforderlichen Unterlagen ein.

Konkret ausgeführt wurde die Aufsicht über die Kinos von den örtlichen Polizeiwachen. Bei der Polizeiwache 2 – 1937 noch als Polizeirevier XII bezeichnet und an der Hastedter Heerstraße gelegen – hat sich ein Kontrollbuch für Kino[37] erhalten, in dem es um die Odeon-Lichtspiele in der Hastedter Heerstraße 374 geht. In der Akte findet sich auch in Abschrift der Text des Lichtspielgesetzes für das Deutsche Reich, das eine Filmzensur, insbesondere für den Jugendschutz, vorsieht. In den folgenden Jahren wurde das Kino beinahe täglich von Polizeibeamten aufgesucht, die in einer Liste das Datum und das Ergebnis der Prüfung – in Ordnung – eintrugen. Der letzte Eintrag datiert vom 13. Oktober 1943. Der Akte liegen zudem die Genehmigungsschreiben der Polizeidirektion über die baulichen Einrichtungen im Kino und die Überprüfungen bei, die nachrichtlich in Abschrift an das Polizeirevier gingen und dort aufbewahrt wurden, auch Grundrisszeichnungen sind vorhanden.

Gaststätten

Gaststätten, vor allem größere Saalbetriebe, wurden polizeilich hinsichtlich der Sicherheitsverhältnisse begutachtet. Erhalten blieb bei dem Polizeirevier in Hastedt eine Akte über das Lokal Zentralhallen in der Hastedter Heerstraße 215. Auf der Grundrisszeichnung, datiert auf 1932, ist das Fassungsvermögen mit 1000 Personen angegeben. Abschriftlich liegen die Besichtigungsbefunde und erteilten Auflagen bei – datierte Revisionsbefunde der Revierbeamten finden sich 1932 bis 1937 im Abstand von einigen Monaten aufgelistet.

Im Jahr 2018 bot das Stadtamt Gaststättenakten an, da das bis dahin übliche Verfahren der Konzessionserteilung endete. Bewertungsvorschläge in der Literatur weisen auf die alltags- und sozialgeschichtlich wertvollen Dokumente in den Gaststättenakten hin – so werden Bewertungsvorschläge gemacht, die z. B. Traditionsgaststätten und Szeneviertel besonders berücksichtigen möchten.[38] Die eigentlichen Gaststätten-Fallakten lagen in drei

36 Das als Sonderakte Lichtspielgesetz und Durchführungsbestimmungen, StAB 4,82/2 121, bezeichnete Aktenheft enthält die Korrespondenz mit den Kinobetrieben.

37 StAB 4,82/3-98

38 Jan Jäckel, Bewertung von Gaststättenakten der Nachkriegszeit. Ein Praxisbericht, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, Heft 20 (2016), S. 74.

chronologisch nach Abschluss der Akte gebildeten Abschnitten vor. Das Prüf- und Auswahlverfahren wurde anhand der älteren Schicht entwickelt, dabei wurden aus ca. 25 m Akten ca. 7 m für die Übernahme ausgewählt.[39] Zu Aktenverlusten im Stadtamt war es auch durch einen Brandanschlag gekommen: Am 31. März 1994 waren zwei Personen in ihren Büroräumen am Rembertiring mit Benzin übergossen worden, dabei gerieten Akten in Brand, die Behördenbeschäftigten konnten rechtzeitig entkommen.[40]

Bei der Durchsicht der Akten wurden der Bestand analysiert und für die Bewertung verschiedene Kriterien entwickelt. Zunächst zeigte sich, dass die Masse der Fallakten Gaststätten betraf, die nur kurze Zeit Bestand hatten, was sich anhand der Kennzeichnung der Akten leicht feststellen ließ. Akten mit Beginn vor ca. 1970 wurden zunächst sämtlich für das Staatsarchiv zur Übernahme bestimmt. Wie häufig, erwies sich das Kriterium »besonders umfangreiche Akte« nicht als hilfreich. Umfangreiche Dokumente stammen in der Regel aus der jüngsten Vergangenheit und behandeln z. B. gerichtliche Auseinandersetzungen oder andere umfangreiche Dokumente, die sich eher nicht auf den Gaststättenbetrieb beziehen, sondern aus verschiedenen formalisierten Verfahren stammen. Seit 2006 werden die Gaststätten nicht mehr einzeln konzessioniert, es findet lediglich eine Zuverlässigkeitsprüfung der Betreiber statt.

Es fand sich sogar eine durchaus nennenswerte Anzahl älterer Fallakten, teils noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Akten, deren Laufzeit bis einschließlich 1950 beginnt, wurden sämtlich übernommen. Auch aus jüngerer Zeit konnten einige Akten mit interessantem Inhalt aufgefunden werden: Darunter befinden sich häufiger Nachbarschaftsbeschwerden oder Hinweise auf Straftaten. In diesen Fällen enthalten die Akten vor allem Protokolle von polizeilichen Ermittlungen der verschiedensten Art – wegen Hehlerei, Drogenhandel, verbotenen Glücksspiels, Prostitution, Schlägereien, Verstoß gegen Bestimmungen des Jugendschutzes oder Überschreitungen der Sperrstunde ohne Genehmigung, auch baupolizeiliche Überprüfungen, teils mit Fotos, kommen vor.

Zudem wurde der Typ der Gaststätte beachtet: Alle Akten über Hotels und Pensionen aus älterer Zeit wurden berücksichtigt, außerdem alle Cafés. Neben dem Standard-Typ – Gaststätte ohne besondere Betriebseigentümlichkeit – wurden auch Imbissgaststätten ohne Sitzgelegenheiten genehmigt, diese Akten wurden im Lauf der Arbeit zunehmend weniger ausgewählt. Genauer angesehen wurden auch Diskotheken, die leicht durch einen Aufkleber »Türsteher« außen auf der Akte kenntlich sind. Von ihnen wurde eine nennenswerte Anzahl an Beispielen übernommen.

Hinsichtlich der Lage der Gaststätten – nach Adresse – wurden zunächst alle Akten zum Straßennamen mit Buchstabe D als Muster übernommen.

39 Registraturakte des Staatsarchivs Bremen, 735-15. An der Arbeit haben sich an zwei Terminen die drei in diesem Abschnitt tätigen Auszubildenden der Behörde beteiligt.

40 Hasso Kliese, Bremische Chronik 1987–1995, Bremen 2011 (Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen. Heft 41), S. 413.

Geachtet wurde neben dem Innenstadtbereich hauptsächlich auf das Ostertor/ Steintorviertel, die Bereiche Walle und Gröpelingen sowie die Neustadt (Kornstraße, Buntentorsteinweg, Huckelriede). Ältere Akten, die sich auf Gaststätten in zunächst noch ländlichen Außenbezirken (Oberneuland, Huchting, Strom, Grambke etc.) beziehen, wurden besonders berücksichtigt.

Eine der ältesten Akten[41] betrifft eine Gaststätte an der Lesumbroker Landstraße. Im Jahr 1909 beantragte Dietrich Murken beim Landherrnamt, ihm für sein Grundstück Dunge Nr. 8 eine Wirtschaftskonzession zu erteilen. Bereits sein Vater habe dort eine Gaststätte betrieben. Da er eine Fähre nach dem preußischen Ufer unterhalte, werde häufig von Fährgästen bei ihm eine Wirtschaft vermutet. Das Gesuch wird vom Gemeindevorsteher Martens in Burg sowie dem Oberwachtmeister des Landjägerkorps Diessel bearbeitet.[42] Sie empfehlen, das Gesuch abzulehnen: »... Die Bewohner jenes Ortes haben im allgemeinen wohl nicht daran gedacht, die primitive Schenke des Murken wieder neu herzustellen. Im Gegenteil waren die Leute seinerzeit froh darüber, dass der Betrieb eingestellt und dadurch dem Dienstpersonal der Landwirte die Gelegenheit der Kneiperei benommen wurde...«. Im Jahr 1911 erneuerte Murken sein Gesuch und wies darauf hin, dass er sein Haus erweitern und für den Gaststättenbetrieb herrichten wolle, Unterstützung erhielt er durch ein Schreiben des Segel-Club Niedersachsen e.V. an das Landherrnamt. In dem Neubau seien Clubräume für den Verein vorgesehen, der auf der Lesum Liegeplätze für seine Boote unterhielt. Im September 1912 wurde nach Fertigstellung des Gebäudes und einer weiteren Antragstellung die Konzession erteilt. In den folgenden Jahren finden sich mitunter Bauzeichnungen von Umbauten, meist betrifft die Korrespondenz lediglich Formalitäten beim Wechsel der Inhaber. Der Aktenband endet 1992, bis heute wird unter der Adresse eine Speisewirtschaft betrieben, auch der Segelverein ist dort noch vorhanden.

Im Jahr 1945 übernahm Frau R. eine Gaststätte mit Hotelbetrieb von ihren Eltern.[43] Neben dem Antragsschreiben, gerichtet an den Chef der Polizei, liegt eine Beschreibung des Gebäudes und der Räumlichkeiten bei. Das zuständige Polizeirevier wird um Auskünfte gebeten, die u. a. aus einem Fragebogen nach § 1 des Gaststättengesetzes bestehen: Neben Auskünften über die Zuverlässigkeit der antragstellenden Personen gibt es Fragen, in denen es um den Bedarf an dergleichen Betrieben im fraglichen Bezirk geht, auch der zuständige Fachverband Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird um Stellungnahme gebeten. In den folgenden Jahren bis 1948 geht es um die Entnazifizierung, 1948 wird die Konzession erteilt. Im Jahr 1955 wird diese widerrufen, nachdem die Wirtin wegen Kuppelei verurteilt war – sie hatte an unverheiratete Paare Zimmer vermietet, der Betrieb wurde darauf vom Ehemann weitergeführt. Bei dieser Gelegenheit wurden Gebäude und Räume von der Bauverwaltung und dem Gewerbeaufsichtsamt überprüft. 1959

41 StAB 4,82/2-1124.

42 Staats-Handbuch für die Freie Hansestadt Bremen auf das Jahr 1909, S. 206 und 208.

43 StAB 4,82/2-977.

übernahm Frau R. nach dem Tod ihres Ehemanns den Betrieb wieder selbst. In den folgenden Jahren findet sich jährlich ein Ankreuz-Formular der Gaststättenkontrolle, die sich im Wesentlichen auf Formales bezieht. Seit 1981 gab es keinen Hotelbetrieb mehr, es waren nun Personen im Auftrag des Sozialamtes untergebracht. 1984 wurde das Gebäude verkauft und als Speisegaststätte neu eröffnet. Der Rest der Akte besteht aus Korrespondenzen um die persönlichen Eigenschaften der Betreiber. Lediglich ein Bericht des zuständigen Polizeireviers berichtet über das Eingreifen gegen einen stark betrunkenen Gast, der in Gewahrsam genommen werden musste.

In beiden Akten liegt überwiegend Schriftgut über die persönlichen Verhältnisse der Antragsteller bis hin zu Ausweiskopien, Führungszeugnissen, Auskünften der Steuerberater etc. vor. Es ist bei der Übernahme solcher Akten zu bedenken, dass zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte sehr lange Schutzfristen erforderlich sind.

Bauwesen

Einen besonders wichtigen Aktenkomplex aus der Ordnungsverwaltung bilden die Häuserakten aus der Bauordnung, die im Staatsarchiv Bremen traditionell für alle Gebäude übernommen worden sind, sobald diese nicht mehr bestanden, lediglich unbedeutende Kleinvorgänge wurden kassiert. Wegen der starken Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, aber auch durch den mit Abriss und Neubau verbundenen Umbau der Stadt in der Nachkriegszeit ist so ein umfangreicher Bestand zusammengekommen: Mehr als 13.000 Verzeichnungseinheiten im Umfang von fast 200 laufenden Metern Schriftgut sind vorhanden. Die Bauakten sind ein für die Benutzung besonders geschätzter Bestand und in vielen Zusammenhängen nützlich.[44]

Die aktuell in der Bauverwaltung in Bremen geführten Häuserakten werden derzeit im Auftrag der Baubehörde gescannt[45] und die papierenen Akten vernichtet – die Arbeiten wurden und werden vom Staatsarchiv begleitet. Die vorhandenen Akten, die in Bremen konsequent nach der Adresse des Bauwerks organisiert sind, wurden in der Bauverwaltung vor Beginn der Scanarbeiten mit Unterstützung durch studentische Hilfskräfte in Listen verzeichnet. Die vorhandenen Papierakten sind lose aus einzelnen Vorgängen gebildet und in Bände im Umfang von ca. 8 bis 10 cm Stärke unterteilt. Eine erste Besichtigung wurde zwecks Beurteilung des Quellenwerts von Bauakten über Industrieanlagen vorgenommen – dabei fand sich kein Schriftgut, das Anschauungswert über den gescannten Inhalt hinaus zeigte, außerdem sind Bauwerke für Gewerbebetriebe bei der Gewerbeaufsicht hinreichend dokumentiert, da die Erbauungsakten dort eingereicht werden müssen.[46]

44 Beispiele im Sammelband Bauaktenüberlieferung und Denkmalpflege. Praktische Aspekte zu zwei benachbarten Wirkungskreisen des Archivamts des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Münster 2002.

45 Überlegungen über die Begleitung von Digitalisierungsvorhaben bei Axel Metz, Scan und weg?, Überlegungen zum archivischen Umgang mit gescannten Bauakten, in: Der Archivar, 66 (2013), S. 41–45.

46 Fallakten der Gewerbeaufsicht sind im Staatsarchiv Bremen im Bestand 4,105

Gemeinsam mit dem Landesamt für Denkmalpflege und anhand der aktuellen Literatur[47] wurde eine Liste der Bauwerke erstellt, die für das Stadtbild besonders wichtig sind. Zusätzlich wurden »gewöhnliche« Bezirke der Stadt in Beispielen in eine Auswahl aufgenommen. Diese Akten wurden für eine genauere Prüfung vorgesehen, sie werden nach dem Scannen für eine Besichtigung durch das Staatsarchiv zurückgelegt.

Die Übernahme von papierenen Akten wird auf eine kleine Auswahl beschränkt bleiben. Zunächst erfolgt die Durchsicht der Digitalisate, um Dokumente aufzufinden, die als papierenes Original einen besonderen Anschauungswert zeigen und damit z. B. als Objekte in Ausstellungen zu Verfügung gestellt werden können, zudem werden einige für die Bauakten typische Dokumente aufbewahrt. Dabei hat sich gezeigt, dass seit der allgemeinen Einführung von Vervielfältigungsverfahren[48] die Bauzeichnung als Dokumentationstyp an Quellenwert stark verloren hat: Bereits in der Bauordnung für die Stadt Bremen und das engere Landgebiet von 1883[49] war die Einlieferung von Zeichnungen in mehreren Exemplaren gefordert, so dass in Bremen kaum noch handgefertigte Entwurfszeichnungen in die Akten gelangten. Viele Bauakten beginnen jedoch später, da üblicherweise für die Häuser einer Reihenhauszeile gemeinsam ein Bauantrag gestellt wurde. Mit der Bauordnung für Bremen und das Landgebiet von 1906[50] galten für Stadt und Land gleiche Regelungen – die wichtigste Neuerung bestand aber darin, dass besondere Nachweise für die Entwässerung erfordert wurden. Viele Bauakten beginnen deshalb mit dem Antrag auf Genehmigung des Kanalanschlusses und Einrichtung von Spülklosetts, der nunmehr für jedes einzelne Haus gestellt wurde.

Wie in allen Bereichen der Verwaltung wurden auch im Bauwesen zunehmend Formulare verwendet und Formalitäten aller Art dokumentiert, was die Vorgänge immer umfangreicher werden ließ, besonders nach der Verbreitung der Bürokopierer seit den 1970er Jahren. Durch seitdem weiter gewachsene technische Möglichkeiten und gestiegene Ansprüche an die Detaildokumentation der Gebäude, auch im Planungsprozess, wuchs der Umfang der Akten weiter. Ein größeres Bürogebäude aus der Zeit nach 2000 etwa umfasst papierenes Schriftgut im Umfang von 3 bis 4 Gitterboxen in der Größe jeweils einer Euro-Palette. Die Auswahl des Archivs beschränkt sich deshalb, wie so oft, auf ältere Vorgänge, da sie eine stärker verdichtete Überlieferung enthalten. Im Fall der Bauakten wurde gleichfalls auf Akten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit besonders geachtet, da sie weniger förmlich geführt sind: Neben z. B. handschriftlichen Skizzen finden sich Dokumente im

vorhanden. Bei der Übernahme werden alle Gewerbebetriebe mit Maschinenanlagen berücksichtigt.

47 Eberhard Syring, Bremen und seine Bauten 1950–1979, herausgegeben vom Bremer Zentrum Baukultur, Bremen 2014.

48 Eleonore Kissel/Erin Vigneau, Architecural photoreproductions. A manual for identification and care, New Castle 2009.

49 Bremischen Gesetzblatt, 1883, S. 75, § 1. Ältere Vorschriften zur Regelung der Bautätigkeit finden sich im Bestand StAB 2-D.20.b.1.r.1.

50 Bremisches Gesetzblatt, 1906, S. 309.

Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Baumaterial oder Unterlagen, die stärker als in anderen Zeiten Auskunft über die Nutzung der Gebäude geben.

Die Bauakten des bremischen Landgebiets, für das von denen in der Stadt abweichende Vorschriften galten,[51] waren zunächst bei der als Landherrnamt bezeichneten Polizeibehörde geführt worden. In den Jahren 1912/13 wurden die polizeilichen Aufgaben des Landherrnamts[52] an die Polizeidirektion abgegeben, so dass von diesem Zeitpunkt an die Bauakten für die Stadt und die Landgemeinden in derselben Weise formiert und bearbeitet wurden. Bei der Durchsicht des vorhandenen Aktenbestands wird auf die Dokumentation der Gebäudeakten, die als Akten des Landherrnamts begonnen worden waren, besonders geachtet.

Für den Stadtbezirk Nord besteht eine besondere Baubehörde, das Bauamt Bremen-Nord. Bei der Prüfung der Aktenbestände aller Stadtteile zeigte sich, dass zu den früher zu Preußen gehörigen Ortschaften keine älteren Vorgänge in die Bauämter gelangt sind – obwohl bereits seit dem späten 19. Jahrhundert Vorschriften bestanden, die für die Errichtung von Gebäuden[53] ein Antragsverfahren vorsahen. Aufgrund dieser Vorgaben war damit zu rechnen, dass Akten dazu geführt worden sind. Daraufhin wurde die Überlieferung der Gemeinden, Ämter und, soweit vorhanden, der Kreise überprüft, um Vorgänge über Bauanträge aufzuspüren.[54]

Vorgänge über einzelne Bauvorhaben fanden sich im Bestand 6,10 Landratsamt Verden. Nach dem Übergang der Gemeinen Hemelingen, Arbergen und Mahndorf an Bremen gab das Landratsamt Verden im Jahr 1951 Akten an den Senator für Inneres in Bremen ab, der den größeren Teil der Akten an das Staatsarchiv weiterleitete, sie wurden als Bestand 6,10 Landratsamt Verden aufgestellt. Darin fanden sich zahlreiche Vorgänge, in denen Baugenehmigungen dokumentiert sind. (Abb. 3)

Beispielhaft sei ein Genehmigungsverfahren für den Umbau eines hölzernen Verkaufsstands für Obst und Gemüse vorgestellt.[55] Das Gesuch um Baugenehmigung wurde auf einem als Doppelbogen vorgedruckten Formular

51 Verordnung, die Bauten und Straßenanlagen im Landgebiet betreffend, vom 29. Juli 1871, in: Gesetzblatt für die Freie Hansestadt Bremen, 1871, S. 79.

52 Vorwort zum Bestand StAB 4,17 Landherrnamt im Staatsarchiv Bremen.

53 In den preußischen Provinzen waren noch in den 1920er Jahren Bauordnungen in der Regel für jeden Regierungsbezirk gesondert erlassen, wie das Handwörterbuch der Preußischen Verwaltung, 3. Auflage, 1928, Bd. 1, zum Stichwort Bauordnungen, ergibt.

54 Einen Überblick über die Gewohnheiten der preußischen Bauämter in älterer Zeit findet sich bei Mirella Libera und Anna Philine Schöpper, Zwischen Fachwerk und Industriearchitektur. Ein Praxisbericht zum Umgang mit Bauakten in Stadt und Landkreis Osnabrück, in: Archivnachrichten Niedersachsen, 20 (2016). Dort wird auf die Allgemeine Bauordnung für die Stadt Osnabrück von 1864 hingewiesen.

55 Die Akte StAB 6,10-487 enthält insgesamt sechs Genehmigungsverfahren, die lose überlieferten Vorgänge wurden chronologisch geordnet und sind einzeln verzeichnet.

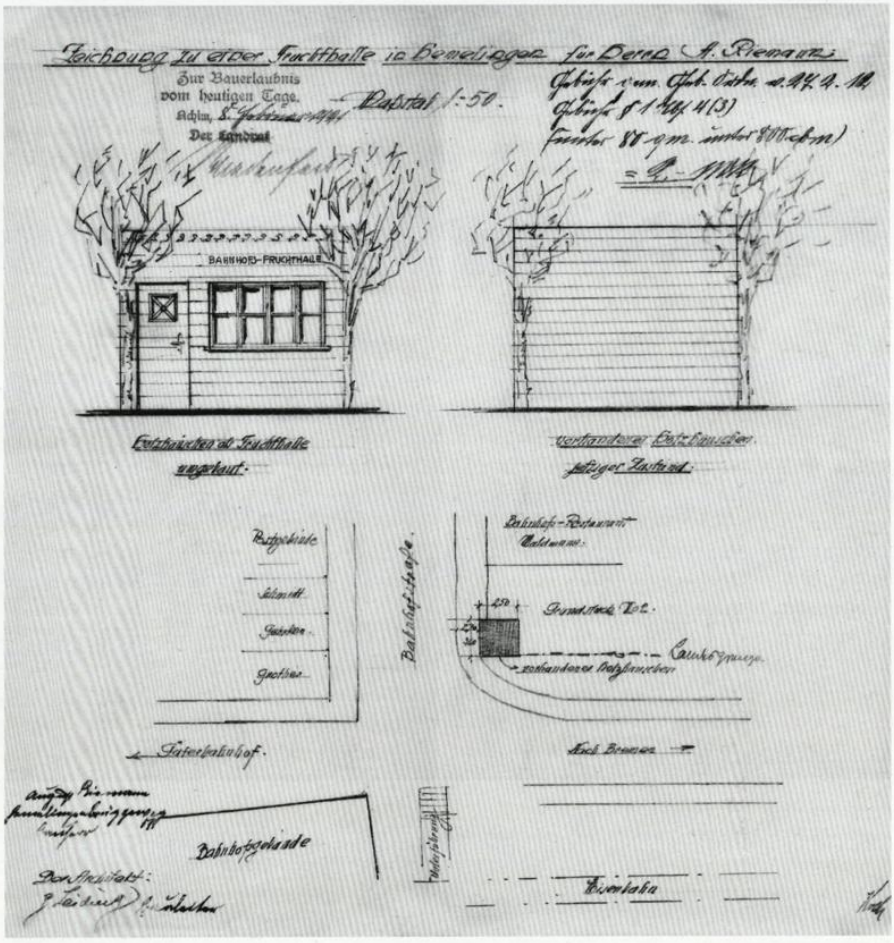


Abb. 3: Bauzeichnung für einen Obst- und Gemüsestand in Hemelingen, 1929 (Foto: StAB)

gestellt, in dem 24 Fragen zu beantworten waren, die Fragen nehmen Bezug auf die Bauordnung vom 23. 9. 1909 – für Achim und Hemelingen[56] – und vom 10. 2. 1911 für die übrigen Gemeinden. Begleitet wird das Formular durch die vom Architekten Leiding in Bremen gefertigte Bauzeichnung und ein Anschreiben des Antragstellers: »Das Häuschen wird ein Schmuckkästchen und eine Zierde der Straße geben ... Auch lohnt es sich nicht mit

56 Bau-Ordnung für die Städte und stadtähnlich zusammenhängend gebauten Orte des Regierungsbezirks Stade, in: Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Stade, 1909, gedruckt als Sonder-Beilage zum Amtsblatt, Stück 14.

Pferd & Wagen mit der bis jetzt noch immer sehr teuren Ware zu handeln, da dieselbe sehr leidet durch das Fahren ...«. Auf der Rückseite des Formulars sind Vermerke für den urschriftlichen Verkehr vorgedruckt: Der Antrag lief über die Gemeindeverwaltung, die bestätigt, dass sie den vorgesehenen Platz besichtigt habe und gegen den Bau nichts einzuwenden sei. Im vorliegenden Fall findet sich zudem ein handschriftlich beigegebener Vermerk des Grundstückseigentümers, der dem Bauherrn das Grundstück verpachtet hat. Seitens der Gemeindeverwaltung wurde die genaue Lage des geplanten Gebäudes anhand der Katasterbezeichnung ergänzt – Straßennamen und Hausnummern wurden zu diesem Zeitpunkt noch nicht überall verwendet, meist gab die Gemeindeverwaltung neben der Katasterbezeichnung die Hausnummer nach Brandkataster an, im vorliegenden Fall trug das Grundstück bereits die Adresse Bahnhofstraße 2. Im Landratsamt Achim wurde der Antrag bearbeitet und mit einem Genehmigungsvermerk versehen. Weitere Vermerke über die Bearbeitung wurden auf die Zeichnung selbst aufgesetzt und sind in der Abbildung zu sehen.

Es ist nicht erstaunlich, dass diese kleinen, formularmäßig abgewickelten Vorgänge nicht systematisch zu Akten formiert und verwahrt wurden – im vorliegenden Fall dürften sie zufällig überliefert worden sein, als bei der Umgemeindung von Hemelingen das zu diesem Zeitpunkt dort vorhandene Schriftgut insgesamt zusammengelegt wurde. Die Akten des Landratsamts Achim im Niedersächsischen Landesarchiv[57] sind bisher nicht verzeichnet, im Landratsamt Blumenthal[58] finden sich nur zwei Fallakten, beide betreffen Fabrikationsanlagen.

Das Verfahren, mit dem Bauanträge eingingen und bearbeitet wurde, zeigt eine Akte mit dem Titel Bauwesen allgemein der Gemeindeverwaltung Blumenthal.[59] Sie enthält Vorgänge, die aus vorgedruckten Formularen mit dem Titelaufdruck Umschlag bestehen. In der Regel wird Bezug genommen auf ein Baugesuch, das bei der Gemeinde eingegangen, geprüft und von der Gemeinde bewilligt wurde. In einigen Fällen waren Rückfragen an die Antragsteller oder andere Beteiligte erforderlich: Im Fall der geplanten Errichtung einer Schiffbauhalle für die Rönnebecker Werft wurde zusätzlich mit der antragstellenden Firma korrespondiert, weil eine statische Prüfung gefordert wurde. Die Prüfung sollte vom Hochbauamt in Geestemünde, also auf der Verwaltungsebene des Regierungsbezirks, vorgenommen werden. Außer diesen Umschlägen und einem Eintrag in einen Registerband der Bauanträge ist bei der Gemeinde kein Schriftgut angefallen, das über die Bautätigkeit Auskunft gibt, alle Antragsunterlagen gingen weiter an den Landrat des Kreises.

Die Bauakten erweisen sich mithin als typisch städtische Quelle – in ländlichen Gegenden, zumal bei wenig ausgebautem Verwaltungsapparat, wurden

57 Standort Stade, Rep. 174 Achim.

58 Standort Stade, Rep. 174 Blumenthal.

59 StAB im Bestand 6,6/4 Gemeinde Blumenthal Nr. 190. Es handelt sich um einen Band für die Jahre 1923 bis 1925, der Teil einer Serie ist, von der einige Bände erhalten blieben.

die Baugesuche als Schriftgut von vorläufiger Bedeutung angesehen und nicht systematisch abgelegt.

Überlieferungsbildung und Quellenwert

Ein zentraler Aspekt der Bewertungsentscheidung[60] hilft im Fall der kommunalen Überlieferung nicht weiter: die Frage nach dem Evidenzwert als der Aussage des Schriftguts über die für eine Entscheidung verantwortlichen Personen und Instanzen. Für die ausführenden Organe in der Kommunalverwaltung ist zur Abbildung der Zuständigkeiten die Einsicht in Organigramme und Behördenhandbücher völlig ausreichend. Selbstverständlich wird die Aktenüberlieferung des Polizeipräsidenten ausführlicher zu berücksichtigen sein als die Unterlagen der einzelnen Polizeiwachen – sofern das Archiv überhaupt darauf Zugriff erhält.

Entscheidend ist damit der Informationswert der Unterlagen. Außer den Schriftgutkomplexen, die wegen ihres hohen Informationswerts insgesamt übernommen werden – genannt werden hier Meldedaten, Häuserakten in Bremen oder mit besonderer rechtlicher Wichtigkeit z. B. die Standesamtsregister –, gibt es für den Informationswert die verschiedensten Abstufungen. Es leuchtet ein, dass amtliche Unterlagen, die wichtige Informationen in größerer Dichte enthalten, breiter übernommen werden sollten als massenhaft gleichförmige Akten. Zusätzlich sei auf die Informationswerte für die Geschichte der Verwaltungen und Verwaltungsverfahren hingewiesen, die zu dokumentieren lohnt, weil sich daraus weitere Gesichtspunkt für die Bewertung ergeben können, auch um redundante Überlieferungen sicher aufzufinden. Neben der Stichprobenauswahl im engeren Sinn, die auf statistische Rückschlusstechniken bei der Auswertung abzielt, sei auch auf die Möglichkeit der Übernahme kleiner Aktengruppen als Muster hingewiesen – schon um die Bewertungsentscheidung zu dokumentieren und abzusichern.

Wie die in den vorliegenden Fällen angewandte Aktenautopsie an vielen Beispielen zeigt, hat sich manches Überraschende ergeben, für das sich die sorgfältige Bewertung und die Übernahme bezahlt macht: So z. B. in den Unterlagen der Polizeibehörden die aussagekräftigen Zeichnungen und Fotos als Quellen zur Alltagsgeschichte einer Großstadt.

60 Zitiert sei hier der Überblick von Bodo Uhl, Die Geschichte der Bewertungsdiskussion, in: Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung, Beiträge eines archivwissenschaftlichen Kolloquiums, herausgegeben von Andrea Wettmann (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Nr. 21), S. 11–35.

Sammlungen im Staatsarchiv Bremen als Quellen zur zeitgeschichtlichen Forschung

Von Brigitta Nimz

1. Zur Bedeutung archivischer Sammlungen –
»Die wesentliche Dokumentation auszusondern und aufzubewahren ist in allen Jahrhunderten seine Aufgabe gewesen«[1]

Die archivarische Fachdiskussion über zeitgeschichtliche Sammlungen wird seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geführt. Bereits auf der Archivsektion des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine von 1879 wurde die Anlage zeitgeschichtlicher Sammlungen in Archiven empfohlen.[2]

Auf dem ersten deutschen Archivtag in Graz 1911 beschäftigten sich Archivare und Historiker unter anderem mit den archivischen Sammlungen. Paul Zimmermann widmete sich hier der Frage: »Was sollen Archive sammeln?«[3] Dabei stellt er die durch ihn im damaligen Landeshauptarchiv Wolfenbüttel angelegten zeitgeschichtlichen Sammlungen vor. Er beabsichtigte, das gesamte politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben im nichtstaatlichen Bereich in Bezug auf die Braunschweigische Landesgeschichte zu dokumentieren. Dazu sollten z.B. in »Sammelkästen«[4] nach sachthematischer Ordnung ähnlich der Dienstbibliothek Flug- und Gelegenheitsschriften sowie weiteres, anderen Archivabteilungen nicht zuzuordnendes Material gesammelt werden. Dieser Ansatz dürfte der bis heute am meisten missverstandene Aspekt der zeitgeschichtlichen Sammlung sein, denn daraus resultiert z.T. bis heute die Auffassung, dass die Sammlungen lediglich ein Auffangbecken für anderweitig nicht unterzubringendes, eigentlich nicht archivwürdiges Material sind.

1 Georg Wilhelm Sante, in: Alte Taktik und neue Strategie, Der Archivar 10 (1957) Sp. 238 f.
2 Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Geschichts- und Altertumsvereine Bd. 27 (1879), Thesen in der Beilage Nr. 9. http://periodika.digitale-sammlungen.de/bdlg/Band_bsb00000193.html
3 Paul Zimmermann, »Was sollen Archive sammeln?« in: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Bd. 11/12 (1911) Sp. 465–477, http://periodika.digitale-sammlungen.de/bdlg/Band_bsb00000225.html
4 Ein sogenanntes »Kastenarchiv« als Aufnahmestelle für Broschüren und anderes Kleinschrifttum ist auch aus anderen Archiven bekannt, so z.B. das von Dr. Techen um 1930 angelegte »Kastenarchiv« im Stadtarchiv Wismar; Anneliese Düsing, Das Stadtarchiv Wismar und seine Bestände, Wismar, 1969, S. 121.

Wolfenbüttel verdankt der Sammeltätigkeit Zimmermanns jedenfalls eine dichte zeitgeschichtliche Dokumentation des öffentlichen Lebens, insbesondere zu Vereinen und Veranstaltungen aus dem Zeitraum von ca. 1870 bis 1930.[5] Zimmermann stellte fest: »aber zumeist nur im Augenblicke des Erscheinens sind diese Dinge leicht und schnell zu erlangen. Denn sie haben fast insgesamt nur ein kurzes Leben«[6]

Diese Erfahrungen mit der Problematik von zeitgeschichtlichem Material mussten die Archive und Bibliotheken Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts machen. Sie stellten fest, dass Zeitzeugnisse zu den Einigungskriegen im Nachhinein kaum zu beschaffen waren. Zu flüchtig war das meiste Material wie z. B. die Flugschriften oder die Armeezeitungen. Als man sich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs an der Schwelle zu einer großen Epoche wähnte, fasste man den Entschluss für die sogenannten Kriegssammlungen[7] ab 1914, um die vermeintlich anbrechende große Zeit zu dokumentieren. So fand die allgemeine Kriegsbegeisterung, die bei Kriegsausbruch 1914 in Deutschland herrschte, nicht nur in den Sammlungen der Archive, Bibliotheken, Museen und Behörden ihren Niederschlag, sie erfasste auch Privatpersonen. Dabei wurde nicht nur Kriegsliteratur in den Bibliotheken gesammelt, sondern Zeitzeugnisse jeglicher Art, die mit dem Krieg in Verbindung standen, wie z. B. Tagebücher, Maueranschläge, Militaria, Notgeld, Lebensmittelmarken usw.[8] Auf diese Weise wurde z. B. die Kriegssammlung der Königlichen Bibliothek in Berlin 1914 ins Leben gerufen. Dabei verfolgte man enzyklopädische Ziele, indem man Material aus allen kriegsbeteiligten Ländern sammelte. Die jüngere Forschung erkennt die Sammlungen zunehmend als kriegskulturelle, mentalitätsgeschichtliche und erinnerungspolitische Quellen.[9] So befasste sich auch eine Sektion auf dem 50. Deutschen Historikertag 2014 in Göttingen mit dem Thema: »Aus der Niederlage lernen? Archivische Überlieferungsbildung. Sammlungsaktivitäten und Erinnerungskultur in der Weimarer Republik«.[10] Robert

5 Dazu auch: Findbuchvorwort von Dr. D. Lent vom April 1982 zu dem Bestand »Landes- und zeitgeschichtliche Sammlung«, im Internet zugänglich in der Online-Beständeübersicht: https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction.action?detailid=b5662

6 Zimmermann (wie Anm. 3), Sp. 475.

7 Dazu: Kriegssammlungen 1914–1918, hrsg. von Julia Hiller von Gaertringen, Frankfurt/Main: Klostermann, 2014, sowie: In Papiergewittern: 1914–1918, die Kriegssammlungen der Bibliotheken, Paris: Somogy Ed. d'Art, 2008.

8 Der Index des Themenportals der Badischen Landesbibliothek »Kriegssammlungen in Deutschland 1914–1918« gibt u. a. Auskunft darüber, wie vielfältig das Material der Kriegssammlungen war, abrufbar unter: www.kriegssammlungen.de

9 So formulierte es kürzlich Aibe-Marlene Gerdes, Eine Einführung. Die Spuren des Krieges sammeln, in: Kriegssammlungen 1914–1918 (wie Anm. 7), S. 15–29.

10 Als Publikation entstand dazu: Erinnern an den Ersten Weltkrieg: Archivische Überlieferungsbildung und Sammlungsaktivitäten in der Weimarer Republik, hrsg. von Rainer Hering, Robert Kretzschmar und Wolfgang Zimmermann, Stuttgart: Kohlhammer, 2015.

Kretzschmar[11] beschrieb in seinem Aufsatz die Rolle der Archive bei den Kriegssammlungen und die Überlieferungsmotive in der Zeit der Weimarer Republik. Dabei wies er besonders auf die Rolle des 1919 gegründeten Reichsarchivs hin. Hier waren die zeitgeschichtlichen Sammlungen eine feste Säule der Überlieferungsbildung neben der amtlichen Überlieferung. Motive der Sammlungen waren dabei die Dokumentation der Zeit- und Alltagsgeschichte in möglichst umfassenden Sammlungen, Alternativen zur einseitigen Kriegsberichterstattung zu liefern und die Kriegserlebnisse der Soldaten zu dokumentieren.[12]

In den archivarischen Diskussionen wurde stets die Begrifflichkeit der Zeitgeschichte als schwer fassbarer und beweglicher Zeitraum thematisiert und die daraus resultierende schlechte Fassbarkeit der zeitgeschichtlichen Sammlung. Als einer der Ersten befasste sich Helmuth Rogge als Leiter des Referats für zeitgeschichtliche Sammlungen im Reichsarchiv in Potsdam ganz grundsätzlich mit dem Thema der zeitgeschichtlichen Sammlungen als Aufgabe moderner Archive.[13] Er erläuterte in seinem Aufsatz die Motive zur Anlage von zeitgeschichtlichen Sammlungen und setzte sich intensiv mit dem Begriff der Zeitgeschichte auseinander. Zeitgeschichtliche Forschung war für ihn »die besondere Tendenz oder das eigene Ideal einer Epoche, eines Zeitabschnittes, die ihm eigentümlichen Richtungen und Haltungen..., die Wechselbeziehungen zwischen den handelnden geschichtlichen Persönlichkeiten und den Zeitströmungen denen sie unterlagen...«.[14] Seine Aussagen über den eigentlichen Inhalt der zeitgeschichtlichen Sammlungen waren aber noch eher vage, denn die Aussage »jegliches schriftliches oder gedrucktes Material... das zeitgeschichtlichen Quellenwert hat oder voraussichtlich einmal haben wird«[15], ist wenig belastbar.

So bleibt die Frage: was soll eine zeitgeschichtliche Sammlung sein zunächst noch weitgehend unklar. Vielleicht ist die Benennung dieser Art von Sammlungen eher nachrangig, wichtiger ist im täglichen Geschäft die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen der Zeitgeschichte, um die Überlieferung zu steuern. Dabei darf bei dem Ringen um den Begriff Zeitgeschichte (»Alles ist Zeitgeschichte«) nicht das Wesentliche vergessen werden, nämlich der Sprengelbezug, der den äußeren Rahmen setzt.

Einen neuen Aufschwung erfuhr die Diskussion um die Sammeltätigkeit in Archiven in den 1950er und 1960er Jahren. Adolf Brenneke hatte in seinen Überlegungen die Grenzen der Sammlungstätigkeit insofern bestimmt, als dass er auch dafür die räumliche und fachliche Zuständigkeit des Archivs als Leitmotiv ansah. Er befand, dass Archive »dasjenige sammeln sollen, was zur Ergänzung und besseren Erschließung der Archivalien dient, auf deren

11 Robert Kretzschmar, Obsolete Akten, Bewertungsdiskussion und zeitgeschichtliche Sammlungen. Der Erste Weltkrieg und die Überlieferungsbildung in Archiven, in: Erinnern an den Ersten Weltkrieg (wie Anm. 10), S. 11–28.

12 Ebd., S. 26/27.

13 Helmuth Rogge, Zeitgeschichtliche Sammlungen als Aufgabe moderner Archive, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 41, 1932, S. 167–177.

14 Ebd., S. 171.

15 Ebd., S. 174.

Aufnahme sie Anspruch haben.«[16] Der Sprengelbezug als Bewertungskriterium wird hier deutlich und ist bis heute zusammen mit der Frage der Bedeutung der Sammlungen für die Erschließung der eigenen Bestände ein wichtiges Instrument zur Auswahl und Bewertung von Material für die Sammlungen in einem Archiv. Welches im Übrigen auch der Unterschied zu den eher enzyklopädisch angelegten Sammlungen in Museen oder Bibliotheken ist. Zeitgeschichtliche Sammlungen definierte Brenneke als »Sammlung der rasch vergänglichen Gegenwartsstoffe, die sich schon wenige Jahre nach ihrem Erscheinen dem Zugriff des Sammlers entziehen und die doch, weniger durch den meist geringen Eigenwert des einzelnen Stückes als durch den typischen Wert, den sie als Masse gewinnen, Ausdruck geistiger, sozialer und wirtschaftlicher Strömungen werden können.«[17] Konkret benennt er als mögliche Inhalte in der zeitgeschichtlichen Sammlung u. a. Maueranschläge, Gelegenheitsschriften, Programme von Festlichkeiten und Festreden, Zeitungsausschnitte und Bilder von Zeitereignissen. Dieses Kleinschrifttum, heute zumeist unter dem Begriff »graue Literatur« zusammengefasst, bildet in den meisten Archiven den Grundstock der zeitgeschichtlichen Sammlungen.

Bei der Anlage und Führung zeitgeschichtlicher Sammlungen ist eine klare Trennung von den übrigen (Sammlungs-)Beständen in einem Archiv wichtig. Nicht verwischt werden dürfen die Grenzen zwischen amtlichem und nichtamtlichem Archivgut und den Sammlungen. Dazu gehört auch eine klare Trennung von den sogenannten kleinen Erwerbungen als Aufnahmebecken für vereinzeltes, zusammenhangloses Archivgut aus dem nichtamtlichen Bereich. Die zeitgeschichtlichen Sammlungen bestehen zu einem nicht unwesentlichen Teil aus der Dokumentation von Massendruckerzeugnissen, den Flugschriften, Flyern und kleinen Broschüren von Behörden, Parteien, Verbänden und Vereinen. Daneben kann die zeitgeschichtliche Sammlung auch Materialsammlungen zu bestimmten Zeitepochen und Themen der Alltagsgeschichte aufnehmen. Allerdings sind hier persönliche Bezüge und familiengeschichtliche Zusammenhänge unwesentlich und werden nicht dokumentiert, hier geht es in erster Linie um die Dokumentation der Alltagsgeschichte anhand von Belegstücken, wie z. B. Ausweise, Passierscheine und dergleichen, nicht um die Personen, die dahinterstehen.

Sammlungen haben in den Archiven der verschiedenen Archivsparten eine unterschiedliche Bedeutung und erhalten in ihrer theoretischen Betrachtung und praktischen Pflege unterschiedliche Aufmerksamkeit, z. B. hinsichtlich der Sammlungstektonik und Abgrenzung der Sammlungen. Aber auch das Vorhandensein eines Überlieferungsprofils und die kontinuierliche Fortführung der eigenen Sammlungen wie auch der Einwerbung weiterer Sammlungen und schließlich der Erschließungsstand und die

16 Adolf Brenneke, Archivkunde. Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte des europäischen Archivwesens. Bearb. nach Vorlesungsnachschriften und Nachlasspapieren u. erg. von Wolfgang Leesch. Leipzig: Koehler & Amelang, 1953, hier S. 36.

17 Ebd., S. 37.

Zugänglichkeit sind sichere Hinweise darauf, welchen Stellenwert Sammlungen in Archiven genießen.

Im Bundesarchiv wurden die zeitgeschichtlichen Sammlungen als »Kuckuckseier« im Magazin bezeichnet: »Irgendwie gehören sie nicht richtig dazu, trotzdem muss man sie mit durchbringen. Nach einem geeigneteren Nest wird sich weiterhin umgesehen«.[18]

Neben der allgemeinen Beschreibung der eigenen Sammlungen beschäftigten sich in den letzten Jahren einige Archive verstärkt mit der kritischen Auseinandersetzung mit den Sammlungen, damit ging auch der Wunsch nach besserer Zugänglichkeit der Sammlungen einher. So wurden auch kürzlich im Staatsarchiv München die Sammlungsbestände kritisch betrachtet.[19] Man wollte einige Dinge, die sich im Laufe der Jahre eingeschlichen hatten, beheben und nach archivwissenschaftlichen Prinzipien neu formieren. So fanden sich im Sammlungsbereich auch die lagerungstechnischen Selekte und viele Sammlungen, die unter dem Dach der zeitgeschichtlichen Sammlungen zusammengefasst waren. Druckschriften und gedrucktes Registraturgut wurden, soweit die jeweiligen Herausgeber mit eigenen Beständen im Staatsarchiv München vertreten waren, wieder entsprechend zugeordnet. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Manuskripte wurden der Bibliothek übergeben. Angelegt wurde nun eine Druckschriftensammlung nach Herausgebern oder nach Orts- und Sachbetreffen, dabei fand eine Bereinigung mit der Abteilung Nachlässe und Sammlungen statt. Diese Sicht- und Herangehensweise entsprach auch den im Staatsarchiv Bremen im Rahmen der Sammlungsqualifizierung angestellten Überlegungen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Sammlungen zunächst einen wichtigen Beitrag zur Ergänzung des Archivbestandes leisten können. Anhand dieser Quellen können Facetten des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens des Sprengels dokumentiert werden, die in der amtlichen Überlieferung keinen Niederschlag fanden. Die nichtamtliche Überlieferung und die Sammlungen zeigen neben der amtlichen Überlieferung die andere Sicht auf gesellschaftliche Entwicklungen. Gruppen, Bewegungen und Initiativen haben zunehmenden Einfluss auf das Leben eines kommunalen Gemeinwesens und auf die Gesellschaft insgesamt. Der Einfluss dieser Gruppen ist in amtlicher Überlieferung oft unzureichend dokumentiert, denn Geschichte findet ja gerade »außerstaatlich« bzw. nichtstaatlich statt. Dieses wird insbesondere bei gesellschaftlichen Umwälzungen deutlich, wie z.B. 1948/49, 1918/19 und 1989/90 oder Protestbewegungen, wie z.B. 1968. Um diese Überlieferung zu sichern, müssen die Archivare ein Gespür für das Zeitgeschehen aufweisen und sofort aktiv sammeln, bevor diese

18 Susanne Waidmann, Zeitgeschichtliche Sammlungen – Grenzen und Perspektiven der Sammlungstätigkeit anhand näherer Betrachtung der zeitgeschichtlichen Sammlungen in der Abteilung Bundesrepublik Deutschland des Bundesarchivs, in: Von A(mtsdruckschriften) bis Z(eitgeschichtliche Sammlungen) – Vielfalt im Archiv (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Nr. 56), Marburg: Archivschule, 2013, S. 321–360, hier S. 321.

19 Staatsarchiv München, Neuformierung der Sammlungsbestände abgeschlossen, in: Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns, Nr. 58 (2010), S. 31–33.

Druck- und Flugschriften nicht mehr zu erreichen sind und nur noch in Form von zufälligen privaten Ablieferungen oder in Verbindung mit Nachlässen in das Archiv gelangen. Hier tritt staatliche Überlieferung vorwiegend dann auf, wenn es z. B. zu Gesetzesübertretungen oder anderen Aktionen kam, die ein behördliches Eingreifen erforderten. So verdanken wir einige Überlieferung von gesellschaftlichen (Protest-)Gruppen der Tatsache, dass ihre Flyer und Broschüren von amtlichen Stellen beschlagnahmt und so für die Nachwelt erhalten blieben.[20]

Die nichtamtliche Überlieferung und die Sammlungen ergänzen nicht nur das amtliche Schriftgut, welches zusehends an Aussagekraft verliert und immer inhaltsleerer wird, sondern es dokumentiert die durch das Verwaltungshandeln berührten Bereiche der Gesellschaft und füllt somit inhaltliche Lücken in der Dokumentation der Landesgeschichte.

In begrenztem Umfang können wir bestimmte Sammlungen auch zur Erschließung des Archivbestandes nutzen, wie z. B. Zeitungsausschnittsammlungen und die auf dieser Grundlage erstellten Ortschroniken, die helfen können, bestimmte Ereignisse zuzuordnen und eine Datierung zu finden. Familiengeschichtliche Sammlungen (Stammtafeln, Namensregister zu verschiedenen genealogischen Quellen) können helfen, die Bedeutung und Geschichte einer Familie, einer Person zu erforschen, z. B. für die Erschließung von kleinen Erwerbungen und Nachlässen. Autographensammlungen können die Identifizierung von Personen bzw. die Zuordnung von Schriftstücken zu bestimmten Personen unterstützen.

Weitere Gründe Sammlungen in das Archiv zu übernehmen können sein, um die Unterlagen aus privater Hand vor Verlust oder Zerstreuung zu bewahren, oder man hofft, durch die Erwerbung bedeutender Sammlungen eine verbesserte öffentliche Wahrnehmung zu erreichen. Außerdem stellen Sammlungen illustratives Material für Ausstellungen und Publikationen.[21]

Für die Archive bedeutet es ein kritisches Hinterfragen der bisherigen Sammlungspraxis, ggf. eine Sammlungsqualifizierung, die in Teilen mit einem »Entsammeln« einhergehen kann sowie eine professionelle Führung von Sammlungen nach einem Sammlungsprofil unter Berücksichtigung des Sprengelbezugs und des Informationswerts. Dabei ist durchaus auch die Frage nach der Wirtschaftlichkeit zu stellen, denn die Kosten, die durch den notwendigen Magazinbedarf, das Verpackungsmaterial und ggf. Restaurierungs- oder Bestandserhaltungsbedarf entstehen, sowie der Aufwand bei der Erschließung sind stets in das Verhältnis zum Informationswert zu setzen.

20 Gemeint sind hier z. B. die Bestände der Staatsanwaltschaften und Politischen Polizei aus der NS-Zeit.

21 Diese Gründe benennen z. B. Bernhard Grau, Sammlungs- und Dokumentationsprofile – eine Einführung aus Sicht der staatlichen Archive, in: Archive in Bayern, Band 8, 2014, S. 166–167, und Ludwig Linsmayer, Stellenwert des Sammlungsgutes für die historische Forschung und in der öffentlichen Wahrnehmung, Vortrag auf dem 3. Archivtag Rheinland-Pfalz/Saarland 2015, http://www.landeshauptarchiv.de/fileadmin/user_upload/Gemeinsame_Dateien/Fachvortrag_Archivtag_2015.pdf

Ebenso wichtig ist bei den knappen personellen Ressourcen in den Archiven die Beschränkung auf Dokumentationsschwerpunkte, dafür aber eine kontinuierliche Sammlungstätigkeit!

2. *Sammlungen im Staatsarchiv Bremen*

2.1 *Entwicklung der Sammlungen und der Sammlungstätigkeit, insbesondere der zeitgeschichtlichen Sammlungen*

Ursprünglich waren die Sammlungen im Staatsarchiv Bremen nur aus Lagerungsgründen abgesonderte Archivalien, wie z.B. großformatige Karten und Abbildungen, im Eigentlichen also lagerungstechnische Selekte. Diese Praxis wurde auch in der Form weitergeführt, dass Stücke aus amtlichen und nichtamtlichen Beständen entnommen und in die Sammlungen gegeben wurden. Diese in Archiven nicht unbedingt unübliche Praxis wurde in der archivarischen Diskussion oft kritisiert und stattdessen empfohlen, eine gründliche »Flurbereinigung« durchzuführen, so dass man zwar eine lagerungsmäßige Zusammenfassung von Archiv- und Sammlungsgut vornehmen kann, aber unbedingt auf eine Trennung in der Verzeichnung achten muss, dergestalt, dass die aus Provenienzbeständen entnommenen Karten im Findbuch des entsprechenden Provenienzbestands unter Angabe des Sonderstandorts nachgewiesen sind und die Karten aus dem Sammlungsbereich in einem gesonderten Findbuch verzeichnet werden. Denkbar wäre auch eine Bildung einer Kartenabteilung, in der nach Kartenregistraturen und Kartensammlung unterschieden wird.[22]

Man hätte z.B. Großformatiges wie Karten und Plakate auch gut verpacken und getrennt an Sonderstandorten verwahren können. Durch die Einlage von Stellvertretern in der Akte bzw. am ursprünglichen Standort ist der Nachweis im Bestand erbracht bei gleichzeitig guter Lagerung der Stücke. Stücke, die aufgrund ihres Formats oder Umfangs den Aktenzusammenhang nicht stören, können ohne Probleme im Aktenzusammenhang verbleiben.

So ging leider häufig der Entstehungszusammenhang verloren (Verlust an Evidenz!), auffällig ist dieses z.B. bei Anstecknadeln oder auch bei den Lebensmittelmarken, die ganz offensichtlich aufgrund ihrer fast perfekten Erhaltung aus amtlichen Beständen stammen müssen. Ein anderer Fall ist das doppelte Ablegen, z.B. von Medaillen in mehrfacher Ausführung, eine Ausführung im nichtamtlichen Bestand, eine andere im Sammlungsbestand 13,P.

Im Ratsarchiv kam es zu einer Anreicherung von amtlicher Dokumentation mit Sammlungen privater Herkunft.[23] Das entsprach vermutlich der damals vorherrschenden Ansicht, dass Sammlungen »geduldete Fremdkörper am organisch gewachsenen Leibe des Archivs« sind.[24]

22 Diese Sichtweise vertrat u.a. Gerhard Schmid, Zum Begriff des Sammlungsgutes. Ein Diskussionsbeitrag, in: Archivmitteilungen 14 (1964), S. 140–145.

23 Beispiele für zwei Sammlungen im Ratsarchiv beschreibt Bettina Schleier, Ältere Sammlungen als Anreicherung der Bestände des Ratsarchivs, in: Brem.Jb. 76 (1997), S. 198–202.

Zielgerichtet und kontinuierlich wurde bis in die 1930er Jahre im Staatsarchiv Bremen nicht gesammelt. Man erwarb vielmehr bereits bestehende Sammlungen, die historisch bedeutsam waren und die bisherigen Bestände gut ergänzen konnten. So kam es z.B. 1931 zum Ankauf aus der zeitgeschichtlichen Sammlung des Generalkonsuls Rotmann. Erworben wurden amtliche Bekanntmachungen und politische Plakate sowie politische Flugblätter aus den Jahren 1914 bis 1923.

1937 erfolgte durch das Reichsarchiv im Auftrag des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda eine Umfrage zur Führung von Zeitgeschichtlichen Sammlungen.[25] Im Staatsarchiv Bremen führte dies oder auch der Dienstantritt Dr. Friedrich Prüsers[26] als neuer Direktor des Staatsarchivs zu einer kritischen Reflexion der eigenen Sammlungstätigkeit, die bis dahin nicht systematisch und gezielt erfolgte. Der Zuwachs der Sammlungen, wie z.B. Lebensmittelkarten, Flugschriften, Plakate usw., kam bisher durch einzelne Ankäufe zustande. Einige Sammlungen wie z.B. die Plakatsammlung wurden ab 1937 systematisch durch aktive Sammlungsarbeit erweitert.

Im Zusammenhang mit den Planungen zum Nachkriegsneubau wurden auch Fragen zur Führung einer Zeitgeschichtlichen Sammlung und die Abgrenzung zu anderen Bremer Institutionen, z.B. der Landesbildstelle, aufgeworfen.[27] Ab etwa 1957 wurde die Sammlungstätigkeit ausgebaut und eine Reihe von archivischen Sammlungen angelegt, die sehr vielfältig, oft ohne Sprengelbezug und wenig gegeneinander abgegrenzt waren, die eigentliche Abgrenzung zwischen Archiv- und Sammlungsgut wurde erst Anfang der 1950er Jahre vollzogen.[28] Offenbar wollte man durch das Forcieren der Sammlungstätigkeit die kriegsbedingten Verluste an Archivgut kompensieren.

Im Staatsarchiv Bremen ist die Zeitgeschichtliche Sammlung ein Begriff für diverse Bestände der Bestandsgruppen 9 und 10.[29]

- Flugschriftensammlung
- Druckschriften und Einzelstücke »Zeitzeugnisse«
- Theater- und Konzertprogramme

24 Helmuth Rogge, Zeitgeschichtliche Sammlungen als Aufgabe moderner Archive, in: Archivalische Zeitschrift, Bd. 41 (1932), S. 167–177, hier S. 172f.

25 Die Korrespondenz dazu befindet sich in der Registraturakte des Staatsarchivs 760-05.

26 Zum 1.1.1937 trat im Staatsarchiv Bremen Dr. Friedrich Prüser sein Amt an und nahm sich den Fragen der Zeitgeschichtlichen Sammlung an; ob dies bereits vor der Anfrage der Fall war, ist schriftlich nicht dokumentiert.

27 Siehe Registraturakte des Staatsarchivs 760-05.

28 In den Registraturakten gibt es Übersichten über die Zeitgeschichtliche Sammlung und die mit der Führung derselben anfallenden Arbeitsaufwände, ein Sammlungsplan oder Sammlungsprofil mit inhaltlichen Schwerpunkten ist nicht dokumentiert. Daher muss davon ausgegangen werden, dass ein solcher nicht vorgelegen hat, möglicherweise wurde auch die umfängliche Systematik als »Sammelplan« verstanden.

29 So ist es den Berichten zur zeitgeschichtlichen Sammlung von 1966 und 1978 in der Registraturakte 760-05 zu entnehmen.

- Plakatsammlung
- Bildsammlung / Bildarchiv
- Zeitungsausschnitte

Wie in den meisten Archiven gab es auch im Staatsarchiv Bremen keine ausgefeilte Sammlungstektonik oder ein archivtheoretischen Ansätzen genügendes Sammlungsprofil[30]. Mit den Sammlungen wollte man offenbar zeitgeschichtliche Dokumente aller Art zusammentragen, Platzressourcen stellten noch kein Problem dar und so verstand man unter »Zeitgeschichtlicher Sammlung« alles, was an Kleinschrifttum (Druckschriften) in Bremen im Umlauf war. Eine Bewertung nach Archivwürdigkeit oder Sprengelbezug im engeren Sinne wurde nicht vorgenommen. Für die Aufnahme in die Sammlungen reichte offenbar auch ein geringer Dokumentationswert. Was im klassischen nichtamtlichen Bereich als nicht archivwürdig galt, aber offenbar zu schade war zum Wegwerfen, fand Eingang in die zeitgeschichtliche Sammlung. Diese – zu Beginn der Ausführungen beschriebene, auch in anderen Archiven gängige Praxis – fand eben auch im Staatsarchiv Bremen Anwendung.

Bei thematischen Überschneidungen entschloss man sich, diverse Stücke, wie z.B. Theaterprogramme, Tageszeitungen, Schülerzeitungen und dergleichen, doppelt abzulegen. So hatte man in jeder Sammlung ein entsprechendes Exemplar. Es ergaben sich somit Doppelungen mit anderen Sammlungen des Staatsarchivs, wie z.B. der Bibliothek.

Bei der Bearbeitung der Sammlungen wurde festgestellt, dass wenn in einer Serie Lücken auftraten, z.B. bei den Theaterprogrammen, Schülerzeitungen oder den Sitzungen des akademischen Senats der Universität, die Unterlagen nicht weg, sondern nur einer anderen Sammlung zugeordnet waren.

Die Benennung einzelner Sammlungsbestände war teilweise unkonventionell oder ist als interimistisch zu verstehen, z.B. hieß 9, V zunächst »verstreutes Sammlungsgut« oder 10,B Son »sonstige Bildbestände«. Das Nummernschema, welches für die Bestandssignaturen verwendet wurde, eignet sich aus heutiger Sicht nicht, um eine Sammlungstektonik abzubilden. Die damaligen Überlegungen dazu lassen sich nicht mehr rekonstruieren, vermutlich wurde einfach nur durchgezählt und dies durch teilweise »sprechende« Buchstaben ergänzt:

8/1 familiengeschichtliche Materialien
8/2 Reproduktionen von Kirchenbüchern
9,B Banknoten
9,F Flugschriften
9,P Plakate
9,PK (9,VPK) Postkarten*
9,S Sammler[31]
9,S 0–4 Zeitungsausschnitte
9,S 9 – Thematische Sammlungen
11 Karten
12 W Wappen
12 S Siegel
13 M Münzen
13 P Plaketten, Medaillen, Orden
15 Findmittel
16,9/1 Kirchenbücher
17 ehemalsPostgeschichtliche Sammlung

30 Siehe Fußnote 5.
31 Ursprünglich war 9, S Sammler wohl nur als Pressedokumentation geplant.

9, T Postgeschichtliche Sammlung
9, V Verstreutes Sammlungsgut**
10, B Bildsammlung
10, F Filmsammlung***
10, K Klischeesammlung***
10, T Tonträgersammlung***

* jetzt zu einer Postkartensammlung bei 10, B formiert: 10, B PK
** umbenannt in: 9, V Druckschriften und Einzelstücke
*** diese Sammlungen wurden aufgelöst

Abschließend ist noch zu erwähnen, dass 1971 seitens der Abteilung für Kunst und Wissenschaft Planungen bestanden zur Errichtung eines Archivs Bremer Kulturpflege, das das Schrift- und Sammlungsgut zur bremischen Musik-, Theater- und Literaturgeschichte erwerben, verwahren und betreuen soll. Grundstock dieser Sammlung sollte die theatergeschichtlich bedeutsame Sammlung Willy Döffert sein.[32] Von der Errichtung einer vom Staatsarchiv getrennten Institution wurde nach Gesprächen mit dem Staatsarchiv abgesehen und das Vorhaben reduziert auf die Anlage einer kulturgeschichtlichen Sammlung im Staatsarchiv.

Der Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit im Staatsarchiv Bremen lag in den 1960er bis 1980er Jahren. Vor allem zu Beginn wurden die Sammlungen ohne Sprengelbezug und Sammlungsprofil geführt, was in der Folge zu einem riesigen Anwachsen der Sammlungen und schließlich in Teilen zu deren abruptem Ende Mitte der 1990er Jahre führte, weil weder genügend Magazinplatz noch Archivpersonal vorhanden war, um die Sammlungen in dem Maße fortzuführen. Ab November 1994 sollten nur noch die Gruppen 00 Parteien, 01 politische Interessenverbände und 10 Behörden, Dienststellen und Gerichte des Landes Bremen und der Stadtgemeinde Bremen weitergesammelt werden. Eine aktive Einwerbung der übrigen Themengruppen sollte eingestellt werden. Dies wurde 1998 bekräftigt und als Aufgabe der Bibliothek des Staatsarchivs Bremen zugewiesen.[33] Bewährt hat sich dieser radikale Schnitt nicht. Im Laufe der Jahre kam es zu einem Anwachsen der laufenden Zugänge, ohne dass diese in den Bestand 9, F eingearbeitet werden konnten. Außerdem wurden jetzt einige Fortsetzungen von Flugschriftenserien, die vorher in 9, F untergebracht waren, in die Bibliotheksbestände eingearbeitet. Für Recherchierende war dies ein unglücklicher Zustand, da nicht nur das komplizierte Ablagesystem im Bestand 9, F verstanden, sondern zugleich auch an mehreren Stellen gesucht werden musste. Zudem ist die seit dieser Zeit entstandene Dokumentationslücke nicht mehr zu schließen. Nachträgliche Bemühungen, dieses Kleinschrifttum noch zu erlangen, sind aufgrund der Flüchtigkeit des Materials meistens zum Scheitern verurteilt.

32 Schriftwechsel und Vermerke in dieser Sache sind in der Registraturakte des Staatsarchivs 768-00 zu finden sowie Denkschrift von Hermann Faltus vom 21. Juli 1971.
33 Vermerke von 1994 und 1998 dazu finden sich in der Registraturakte des Staatsarchivs Bremen 761-00.

Im Rahmen der Sammlungsqualifizierung 2015/2016 musste nun eine »Beständebereinigung« im Sammlungsbereich, vor allem bei den Flugschriften (Bestand 9,F) und der Sammlung der Druckschriften und Einzelstücke (9,V), stattfinden. In extremen Fällen, vor allem bei fehlendem Bezug zum Land Bremen kam es auch zu einem »Entsammeln«. Dies bedeutete, dass eine Nachkassation mit Feinbewertung durchgeführt wurde, d.h. das Doppelstücke und Stücke, die nicht den Bewertungskriterien entsprechen, kassiert wurden. Grundlage für die Entscheidung der Archivwürdigkeit bei Sammlungsgut ist das Überlieferungsprofil »Nichtstaatliches Archivgut«, welches 2011 vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden ist.[34]

Im Ergebnis wurde die zeitgeschichtliche Sammlung übersichtlicher gestaltet und für die Benutzer besser zugänglich gemacht. Dies geschah auch durch eine Neuverzeichnung (erweiterte Verzeichnung) im Archivinformationssystem. Eine Beständebereinigung musste auch mit den sogenannten »Kleinen Erwerbungen« durchgeführt werden, denn für die Zuordnung von Stücken zu dem Bestand 7,500 »Kleine Erwerbungen« oder dem Bestand 9,V »Verstreutes Sammlungsgut« waren keine objektivierbaren Kriterien feststellbar. Darüber hinaus waren die Sammlungen vernünftig gegeneinander abzugrenzen, um Überschneidungen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang musste auch die Tektonik und die Benennung der Sammlungen überarbeitet werden. Dieses erfolgte aber mit Augenmaß, damit sich Mitarbeiter und Benutzer auch weiterhin im Sammlungsbereich zurechtfinden. Daneben wurde ein neues Sammlungsprofil für das Staatsarchiv Bremen entwickelt, welches auch für die Zukunft tragfähig ist und ermöglichen soll, mit möglichst kleinem personellen Aufwand die Sammlungen sinnvoll weiterzuführen.

2.1.1. 9, F Flugschriftensammlung

Flugschriften (9,F) bilden im Staatsarchiv Bremen eine eigene Sammlung und sind nicht wie in einigen anderen Archiven als Bestandteil einer allumfassenden »Druckschriftensammlung« formiert. Man separierte die Flugschriften aufgrund ihrer äußeren Erscheinungsform von den Plakaten, die Verzeichnungsweise war die gleiche wie in der Plakatsammlung. Diese Flugschriftensammlung enthielt früher als zentralen Bestandteil die politischen Flugschriften und Wahlwerbung der Parteien, aber auch diverse Druckschriften, Broschüren, Zeitungen, Theaterprogramme, Vereinsstatuten und Einzelstücke zu verschiedensten Themen.

Bei den Flugschriften gab es einen älteren Sammlungsteil, der bis in die 1920er Jahre zurückreichte[35] und wenige Einzelstücke aus dem 19. Jahrhundert enthielt, und einen neueren Teil mit den Flugschriften ab 1957.

34 »Überlieferungsprofil Nichtstaatliches Archivgut erarbeitet im Rahmen der abteilungsübergreifenden Dienstbesprechung ›Nichtstaatliches Archivgut‹ des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen«, Düsseldorf, 2011. https://www.archive.nrw.de/sites/default/files/media/files/Überlieferungsprofil-NSA-v1.1-November2020.pdf.

Grundlage der Sortierung des Bestandes war die Ablage nach Jahren, innerhalb derer nach einer ausführlichen Klassifikation, die das gesamte gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland abbildete, geordnet wurde. Dieser Zeitschlüssel, welcher der Systematik vorangestellt war, ist oft irreführend gewesen. So wurden Flyer, die man in einem Jahr z. B. vom Bremer Freimarkt für die Jahre 1965 bis 1985 erhalten hat, allesamt unter 1985 abgelegt, obwohl das Erscheinungsjahr auf den Flyern deutlich angegeben war oder sogar noch extra recherchiert worden war.

In den 1960er Jahren sonderte man sogar ungebundene Zeitschriften »publizistischen Charakters«[36] aus der Bibliothek aus und arbeitete sie in 9, F ein. Der Sammlungsname wurde dann erweitert in: »Flugschriften- und Broschürensammlung«. Die Konzentration auf Broschüren propagandistischen Inhalts hat man allerdings nicht durchgehalten, vielmehr wurden auch hier Druckschriften aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gesammelt, so auch umfängliche Jubiläumsschriften bremischer Verlage, die in der Archivbibliothek gut aufgehoben wären, da sie mit einem Umfang von mehreren Zentimetern noch nicht einmal als Broschüre aufgefasst werden können.

Es wurden in der Sammlung durch Zuhilfenahme weiterer Buchstaben zur Bestandssignatur eine Unterteilung nach diesen Gruppen vorgenommen: 9, FF Flugschriften, 9, FP Pressure Groups (Einzelflugschriften) und 9, FZ Broschürensammlung bzw. Periodika[37]. Einen echten »Sammelplan«, also ein Sammlungsprofil gab es nicht, vielmehr wurden Dokumente aus allen Bereichen des Lebens gesammelt, ein Sprengelbezug im engeren Sinne wurde nicht beachtet. Dieses Problem erkannte man 1976 und forderte eine engere Ausrichtung der Zeitgeschichtlichen Sammlung an Bremische Belange sowie eine benutzungsfreundliche Erschließung.[38] Das hatte zumindest die Folge, dass die Archivkartons ausführlicher mit dem Inhalt beschriftet wurden, und ab 1977 fand eine stärkere Konzentration auf bremische Themen statt. In diesem Zusammenhang wurden 1977 auch einige Broschüren und Periodika ohne Bremenbezug an die Kooperationsstelle Universität – Arbeiterkammer abgegeben.[39] Allerdings wurden in späteren Jahren wieder vermehrt auch außerbremische Druckschriften gesammelt.[40] Die Erschließung erfolgte durch einen kombinierten systematischen Titel- und Herausgeberkatalog. Auf einzelnen Katalogkarten sollten die Jahrgänge angekreuzt werden, zu denen sich Material in der Sammlung befand. Da nicht festgehalten

35 Sammlung Rotmann siehe S. 243 und Tausch mit dem Reichsarchiv für den Zeitraum 1923–1933.

36 Gemeint waren Schriften, in denen man einen »Beeinflussungswillen« zu erkennen glaubte.

37 9, FZ wurde 1980 wieder aufgelöst und die Periodika wurden der Archivbibliothek zugeführt, so erwähnt im Jahresbericht des Staatsarchivs von 1980, Registraturakte 00-10, Bd. 6.

38 Vermerk vom 10. 9. 1976 in der Registraturakte 760-05.

39 Notiz von Frau Runne vom April 1977 in der Registraturakte 761-00.

40 »Überblick über die Zeitgeschichtliche Sammlung im Staatsarchiv Bremen unter besonderer Berücksichtigung des derzeitigen Bearbeitungsstandes« in der Registraturakte 760-05.

wurde, bis wann dieses System geführt wurde, verlor der Katalog rasch an Bedeutung, weil er nicht zuverlässig war.

In 9,F befanden sich neben auswärtigen Zeitungen mit Bremenbezug auch Einzelausgaben Bremer Zeitungen, obwohl alle Ausgaben komplett in der Bibliothek des Staatsarchivs vorhanden sind. Wobei hier noch angeführt werden muss, dass sich die Ablage von einzelnen Ausgaben der Tageszeitungen in der Flugschriftensammlung als äußerst ungünstig erwiesen hat. Die Lagerung in A4-Mappen führte zu Schäden an den Stücken und die Zugänglichkeit für die Recherche war auch unbefriedigend. Es gab zwar eine ausgefeilte Systematik und eine Kartei, Auskünfte über das Vorhandensein einzelner Zeitungsausgaben konnte man aber nicht recherchieren. Man musste sich dann auf Verdacht die entsprechenden Systematikstellen, in denen Pressedokumente abgelegt wurden, bestellen, in der Hoffnung, das gesuchte Stück zu finden. Deutlich leichter gelingt natürlich die Recherche über die Zeitungsbestände der Archivbibliothek.

Von einer Ablage von umfangreicheren Broschüren in der Flugschriftensammlung ist ebenfalls abzuraten. Diese Publikationen sind in der Bibliothek besser zugänglich zu machen. Im Bibliotheksbestand gibt es für diese Druckschriften spezielle Archivkästen, in denen die 9000er-Nummern, unter denen die Broschüren in den einzelnen Systematikgruppen zusammengefasst werden, abgelegt werden.

Leider wurden vornehmlich in den ersten Jahren sämtliche Stücke der Sammlungen (vor allem 9,F und 9,V) einzeln mit vergleichsweise großen Stempeln versehen, die die Zugehörigkeit zu den entsprechenden Sammlungen unter Angabe der Signatur nachwiesen. Da dies an prominenter Stelle auf den Dokumenten in sehr auffälliger Form geschah, entstellte diese Praxis viele Unterlagen, sodass sich der Wert der Sammlungen für Ausstellungen und Illustrationen bei Publikationsvorhaben dadurch deutlich reduziert. In späterer Zeit nahm man die Signierung der Stücke mit Bleistift vor.

Die Flugschriften- und Broschürensammlung wurde bis 1996 geführt, wobei der letzte größere Jahrgang 1994 war. Ab 1997 sind nur noch vereinzelt Druckschriften in die Sammlung gelangt.[41] Insgesamt umfasste der Bestand etwa 50 lfm. Im Rahmen der kritischen Betrachtung der Sammlungen wurde deutlich, dass der Bestand schlecht zugänglich, mit Dubletten, einer Vielzahl von nichtbremischen Stücken und einer Reihe von nicht archivwürdigen Unterlagen durchsetzt war. Dazu kam eine Überschneidung mit anderen Sammlungen und infolgedessen zu Doppelungen und zu einer Ablage von nichtamtlichem Schriftgut. Eine Neubewertung und Neubearbeitung des Bestandes war nicht zu vermeiden. Für die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten an dem Bestand 9,F hieß dies im Einzelnen, dass Broschüren, Firmenwerbung, Periodika ohne Bremenbezug und mit geringem Informationswert kassiert wurden. Größere Broschüren mit Bremenbezug wurden auf Vorhandensein in der Archivbibliothek überprüft und ggf. dorthin abgegeben genauso wie Schülerzeitungen. Die in dem Bestand 9,F enthaltenen

41 Das war die Konsequenz aus dem Beschluss zum Abbruch der Sammlungen 1994 und der Bekräftigung 1998.

Ausgaben bremischer Tageszeitungen wurden auf Vorhandensein in der Archivbibliothek geprüft und ggf. kassiert.

Kataloge und Flyer größerer Firmen, die nur durch eine Filiale in Bremen vertreten waren, wurden kassiert, sofern sie nicht einen speziellen Einblick in die örtliche Filiale gewährten. Um zumindest ein Beispiel für Firmenwerbung und Produktwerbung zu dokumentieren, entschieden wir uns, das Kaufhaus Karstadt mit seinen unterschiedlichen Abteilungen aufzubewahren. Ebenfalls wurden exemplarisch mehrere größere bremische Reisebüros mit ihrer Reklame aufbewahrt.

Kassiert wurde auch gleichförmiges Material mit geringem Informationswert, z.B. Kredittabellen von Banken, Buchkataloge, Fahrpläne, Flugtabellen und Preislisten. Bei den Fahrkarten der bremischen Straßenbahn wurden exemplarische Einzelstücke aufbewahrt.

In der Sammlung fanden sich auch einzelne Einladungskarten, Ankündigungszettel für bremische Veranstaltungen und Weihnachtsgrüße. Diese wurden aufgrund des geringen Informationswertes kassiert, wenn die auf den Dokumenten enthaltenen Informationen nicht über anderweitig leicht zu recherchierende Fakten hinausgingen.

Im Bereich Religion wurde wenig kassiert, um das Leben in den Kirchengemeinden zu dokumentieren. Es wurde zunächst eine Gruppe für konfessionsübergreifende Materialien gebildet, daran schließen sich zwei große Blöcke für die evangelische und die katholische Kirche an. Innerhalb dieser folgt auf einen allgemeinen Teil eine alphabetische Auflistung der Gemeinden inklusive Konzertprogrammen. Am Ende gibt es noch Blöcke zu sonstigen christlichen Gemeinschaften, weiteren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und religiösen Vereinen.

Um die Sammlungen 9,F und 9,V besser gegeneinander abzugrenzen, erfolgte eine Bestandsumbenennung und eine neue Schwerpunktsetzung. Der Bestand 9,F heißt nun Flugschriften von Parteien und Gewerkschaften. In diesem Bestand verbleiben nur Flugschriften von Parteien und Gewerkschaften, das Kleinschrifttum zu den übrigen Themen unter Einschluss der politischen Vereine und Initiativen gelangte zu 9,V.

Die Bearbeitung des Restbestandes 9,F mit den Flugschriften von Parteien und Gewerkschaften erfolgte als nächstes. Dabei wurden die jahrgangsweise angelegten Mappen zu den einzelnen Parteien und Gewerkschaften zu Bandserien zusammengefasst, um einen Überblick über die vorhandenen Jahrgänge einer Partei oder Gewerkschaft zu erhalten. Die (Wahlkampf-) Zeitungen werden jeweils jahrgangsweise gesammelt und nicht in die einzelnen Jahrgänge der übrigen Unterlagen einsortiert, Nachträge lassen sich so leichter einarbeiten und es ist ein Überblick über die insgesamt vorhandenen Zeitungen und Zeitschriften einer Partei oder einer Gewerkschaft möglich. Für die Jugendorganisationen oder Arbeitskreise einer Partei werden ebenfalls eigene Bandserien angelegt.

2.1.2. *9,V Druckschriften und Einzelstücke*

Der Bestand »9,V – Verstreutes Sammlungsgut« oder »verstreute amtliche und private Drucksachen«[42] sollte zur Aufnahme von amtlichem und privatem Schriftgut sowie von amtlichen und privaten Drucksachen dienen. Tagebücher und tagebuchartige Aufzeichnungen gelangten in den Bestand 9,T, und für eine geplante Autographensammlung wurde der Bestand 9,A ins Auge gefasst[43]. Die Basis bildete eine Schenkung des Ehepaars Blome[44].

Erst ab 1978 im Zuge der Erstellung der 1981 erschienenen Beständeübersicht ist der Bestand der Kleinen Erwerbungen (7,500) gebildet worden. Dieser Bestand sollte fortan folgende, bislang für 9,V vorgesehenen Dokumente aufnehmen: Tagebücher, Reisetagebücher, Kriegstagebücher, Lebenserinnerungen, Briefe, Personalunterlagen, Materialsammlungen, Familienunterlagen, Geschäftsunterlagen, Quittungs- und Haushaltsbücher, Vereine, Gesellschaften, Parteien.[45] Eine zu diesem Zeitpunkt vorgesehene Bestandebereinigung ist nicht zu Ende geführt worden. Der Bestand 7,500 erfuhr 1997 eine Strukturierung, Akzessionierung und Verzeichnung. Der Bestand 9,V führte allerdings weiterhin ein Schattendasein als Aufnahmebecken für anderweitig schwierig unterzubringende Stücke. Er wurde schließlich in verschiedene Bestandsgruppen unterteilt und grob geordnet:

- A Aktien
- F Formulare, wie: Lebensmittelmarken, Billets, Danksagungen für Spenden, amtliche Formulare, Ehrenurkunden, Ausweise, Pässe, Diplome, Firmenformulare, Festformulare, Senatspässe
- G Gelegenheitsdichtungen, Alben, Stammbücher, Liederbücher, Festzeitungen
- PK Postkartensammlung Rauers
- U Unterrichts- und Bildungsmaterialien, Lehrpläne, Kochbücher
- W Wirtschaftsgeschichtliches

Eine feinere Systematisierung und Verzeichnung des Bestandes fand zunächst noch nicht statt. Eine Verzeichnung der Konvolute unter Angabe der Einzelstücke, die später im Rahmen eines studentischen Projekts durchgeführt wurde, bewährte sich nicht, der Bestand war und blieb unübersichtlich. Eine Neubearbeitung und Bewertung des Bestands sowie eine Beständebereinigung mit dem Bestand 7,500 war daher unausweichlich. Die Abgrenzung der Sammlungsbestände zum nichtamtlichen Bereich ist 2015 von den

42 Der Bestand ist im Zusammenhang mit der Neubetrachtung der Zeitgeschichtlichen Sammlung 2015 umbenannt worden in: 9,V Druckschriften und Einzelstücke »Zeitzeugnisse«.

43 »Überblick über die Zeitgeschichtliche Sammlung im Staatsarchiv Bremen unter besonderer Berücksichtigung des derzeitigen Bearbeitungsstandes«, Juni 1966 in der Registraturakte 760-05.

44 Arnold Blome (1894–1972) war ein Bremer Künstler, Kunsthändler und Sammler.

45 Auszug aus dem Protokoll der Dienstbesprechung vom 13.6.1978 in der Registraturakte 760-05.

beteiligten Sachgebieten definiert worden. Im Sammlungsbereich ist das Merkmal der Provenienz unerheblich, das heißt, dass i. d. R. sowohl die Person des Sammlers als auch die Person, auf die z. B. der Ausweis oder dgl. ausgestellt ist, unmaßgeblich ist. Personenbestände oder personenbezogene Mappen werden im Sammlungsbereich nicht angelegt, familiäre Beziehungen und / oder familiengeschichtliche Aspekte sind hier nicht ausdrücklich nachgehalten oder dokumentiert. Tagebücher, Feldpost, familiengeschichtlich interessante Ablieferungen bleiben zusammen und gelangen entweder als kleine Erwerbungen zu 7,500 oder als Nachlässe in den nichtamtlichen Bereich. Einzelstücke und Dokumente zur Alltagsgeschichte werden in 9, V sachthematisch abgelegt und entsprechend ihres Informations- und gestalterisch-künstlerischen Werts bewertet. Sammlungen verbleiben in Nachlässen, wenn der Dokumentationswert der Sammlung in enger Beziehung zur Person des Sammlers steht, z. B. die Sammlung einer berühmten Person. Die Sammlung gelangt in die Sammlungsabteilung, wenn die Person ohne größeres Interesse ist.

Nachdem der Bestand 9, F eine neue Schwerpunktsetzung erfuhr, musste auch der Bestand 9, V, der nun in 9, V Druckschriften und Einzelstücke »Zeitzeugnisse«[46] umbenannt wurde, neu ausgerichtet werden. Der Bestand sollte diverses Kleinschrifttum (Druckschriften!) vom Einzelstück bis zur Broschüre aufnehmen, aber auch neu zu bildende Materialsammlungen als Zeugnisse der Alltagsgeschichte. Der Verzeichnung gingen umfangreiche Ordnungsarbeiten voraus. Dabei wurden für die spätere Verzeichnung in 9, V. zunächst Mappen angelegt, in denen das Material chronologisch abgelegt wurde. Um spätere Zugänge aufnehmen zu können, wurde ein flexibles System erarbeitet, in dem es künftig einfacher möglich sein soll, Ergänzungen vorzunehmen. Künftige Zugänge können ohne größeren Aufwand in die bereits angelegten Mappen integriert werden. Sollte die Mappe gefüllt und abgeschlossen sein, wird ein neuer Band angelegt. Nachdem der gesamte Bestand geordnet war, wurden die einzelnen Themenbereiche einer Systematik zugeordnet und wenn es zu einem Thema / Herausgeber / Firma mehrere Mappen gab, in Bandserien verzeichnet. Auf diese Weise können sich Interessierte auf bequeme Weise z. B. über Bremer Firmen oder Vereine informieren, indem in aufeinanderfolgenden Einheiten das gesamte Material dazu abgelegt ist.

Es wurden aus 9, F ca. 1.300 Einheiten herausgelöst. Die in einzelnen Jahrgangsmappen liegenden politischen Vereine und Initiativen wurden unter den jeweiligen Vereinen und Initiativen zusammengefasst und sind in 9, V aufgegangen. Hier sind alle Vereine und Initiativen i. d. R. einzeln verzeichnet und zu recherchieren. Verblieben sind in 9, F nur Flugschriften und Material der Parteien und Gewerkschaften.

Die Sortierung im Teil: A Druckschriften und Kleinschrifttum erfolgte vorwiegend nach Herausgebern und Veranstaltern (Pseudoprovenienzen). Die Klassifikation wurde komplett neu erstellt und sollte die bremische Behörden-, Institutionen- und Vereinsstruktur abbilden:

46 Erfolgte Umbenennung von »9, V Verstreutes Sammlungsgut«.

1 Bremische Bürgerschaft

2 Senatorische Behörden und nachgeordnete Einrichtungen
- 2.1 Senat – Allgemein
- 2.2 Senatskommissionen, Landesbeauftragte, Bevollmächtigte
- 2.3 Senatskanzlei und Ortsämter
- 2.4 Ressort Inneres
- 2.5 Ressort Justiz und Verfassung
- 2.6 Ressort Wissenschaft
- 2.7 Ressort Bildung
- 2.8 Ressort Soziales
- 2.9 Ressort Gesundheit
- 2.10 Ressort Kultur
- 2.11 Ressorts Umwelt, Bau und Verkehr
- 2.12 Ressorts Wirtschaft, Arbeit, Häfen
- 2.13 Ressort Finanzen

3 Stadtverwaltung Bremerhaven
- 3.1 Allgemeine Verwaltung
- 3.2 Finanzverwaltung
- 3.3 Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung
- 3.4 Schul- und Kulturverwaltung
- 3.5 Sozial- und Gesundheitsverwaltung
- 3.6 Bauverwaltung
- 3.7 Verwaltung für öffentliche Einrichtungen
- 3.8 Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr
- 3.9 Polizei
- 3.10 Eigenbetriebe und Wirtschaftsbetriebe

4 Bundesministerien und Bundeseinrichtungen mit Sitz in Bremen

5 Wirtschaft
- 5.1 Kammern und Innungen
- 5.2 Bremische Eigenbetriebe, Anstalten und Beteiligungen
- 5.3 Gaststätten und Hotels
- 5.4 Kaufhäuser und Einzelhandel
- 5.5 Reedereien, Werften, Hafenbetriebe (z. B. Norddeutscher Lloyd, auch Schiffsreisen[47])
- 5.6 Transport und Verkehr
- 5.7 Banken und Versicherungen
- 5.8 Reisebüros
- 5.9 Produzierendes Gewerbe
- 5.10 Sonstige

47 Diese Unterlagen werden für die zeitgeschichtliche und heimatgeschichtliche Forschung gerne genutzt. Als Beispiel sei hier genannt: Alexander Rost und Peter Neumann, Schiffsspeisekarten aus der Sammlung Peter Tamm, Essen und Trinken auf See«, 4., durchges. Aufl., Hamburg: Koehler, 2006.

6 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen[48]
- 6.1 Museen, Botanische und Zoologische Gärten
- 6.2 Kulturzentren
- 6.3 Kinos
- 6.4 Sonstige wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen
- 6.5 Galerien

7 Vereine und Gesellschaften
- 7.1 Politische Vereine und Initiativen
- 7.2 Vereine und Initiativen zur Völkerverständigung
- 7.3 Friedensvereine und -initiativen
- 7.4 Umwelt- und Anti-AKW-Vereine und -initiativen
- 7.5 Sport- und Freizeitvereine
- 7.6 Kultur-, Bildungs- und Geschichtsvereine
- 7.7 Wirtschaftliche Interessenvereine und Berufsgruppen
- 7.8 Soziale Vereine und Initiativen
- 7.9 Vereine und Initiativen im Gesundheitswesen
- 7.10 Frauenvereine und -initiativen
- 7.11 Musikvereine
- 7.12 Religiöse Vereine und Initiativen
- 7.13 Sonstige Interessenvereine

8 Stadtwerbung und Touristik[49]
- 8.1 Stadtwerbung
- 8.2 Naturschutzgebiete, Parks, Grünanlagen
- 8.3 Regelmäßige Veranstaltungen
- 8.4 Einmalige Veranstaltungen

9 Kirchen und religiöse Gemeinschaften
- 9.1 Konfessionsübergreifende Einrichtungen und Veranstaltungen
- 9.2 Evangelische Kirche
- 9.3 Katholische Kirche
- 9.4 Freikirchen und sonstige religiöse Gemeinschaften

10 Soziale Einrichtungen
- 10.1 Kliniken
- 10.2 Sonstige soziale Einrichtungen

Zu bestimmten Themen werden in 9,V Materialsammlungen angelegt. Diese sollen dazu dienen, das Alltagsleben anhand spezifischer Quellen zu dokumentieren. Diese Materialsammlungen sollen zu einem zeitgeschichtlich interessanten Themenbereich unterschiedliche Materialien aufnehmen

48 Theater- und Konzertprogramme werden in 9, S 9-23 zusammengefasst.

49 Der Wert von Quellen zum Tourismus wurde vor kurzem in einem Workshop des Westfälischen Archivamtes in Münster in Zusammenarbeit mit dem LWL-Institut für Regionalgeschichte im Juli 2014 thematisiert: »Workshop Tourismusüberlieferung als historische Quelle«, Tagungsbericht und Beiträge sind veröffentlicht in: Archivpflege in Westfalen und Lippe, Heft 82, 2015, S. 2–48.

können. Benutzer erhalten auf diese Weise zu einem Thema diverses illustrierendes Material – von der Bekanntmachung über das Gesangbuch und den Passierschein bis zur Lebensmittelmarke. Die Grenzen zum nichtamtlichen Schriftgut werden dabei nur bedingt berührt oder teilweise überschritten. (Abb. 1)

Abb. 1: Stadtwerbungsprospekt »Three Days in Bremen«, gestaltet von Hans Saebens, um 1930 (aus: 9,V-1665)

Der Teil B der Klassifikation wurde für die Materialsammlungen als Zeugnisse der Alltagsgeschichte angelegt und wurde im Wesentlichen nach Zeitepochen gegliedert. Die Materialsammlung zum Ersten Weltkrieg enthält z.B.: Druckschriften, Propaganda, Flugschriften, Maueranschläge, Programme zu Veranstaltungen, Liederbücher, Ansichtspostkarten vom Kriegsgeschehen, Aufrufe zu Spenden und Sammlungen in der Bevölkerung, Unterlagen zum sparsamen Wirtschaften, Lebensmittelmarken und Werbung für die Kriegsanleihen. Zu diesem Thema muss auch auf andere Bestände verwiesen werden:

- Feldpost und Tagebücher befinden sich in 7,500 und in den Nachlässen
- Münzen aus verschiedenen Epochen in Bestand 13,M
- Lagergeld, Notgeld im Bestand 9,B
- Medaillen, Orden, Anstecknadeln aus verschiedenen Epochen im Bestand 13,P

- Plakate im Bestand 9, P
- Wahlkampf, Parteien, Gewerkschaften im Bestand 9, F
- Bilder, Fotos aus verschiedenen Epochen in der Bildsammlung 10, B
- Literatur, Periodika, Amtsdrucksachen, Broschüren im Bestand der Archivbibliothek
- Armeezeitungen, Kriegszeitungen in der Zeitungsausschnittsammlung 9, S 0-5403-5410
- Schlagzeilen der Weser-Zeitung und Bremer Nachrichten zum 1. Weltkrieg in der Zeitungsausschnittsammlung 9, S 0-5412-5418

Der zweite große Bereich »B – Materialsammlung« dient zum einen der Aufnahme von Dokumenten, die in besonderer Weise geeignet sind, einzelne Epochen der deutschen Geschichte und der Landesgeschichte zu illustrieren, und zum anderen auch von Themen der Alltagsgeschichte, wie z. B. Hochzeiten (Festzeitungen, Gedichte, Speisekarten), Feste und Feiern allgemein (Liederbücher, Gedichte), Vereinsmitgliedschaften (Mitgliedsbücher, Sporturkunden), Ausweise (Militärpässe, Reisepässe, Führerscheine), Alltagsdokumente (Bürgereide, Konfirmationsscheine, Steuerkarten, Stempelkarten, Arbeitsbücher). Bei diesen Unterlagen besteht nicht immer ein Bremen-Bezug im engeren Sinne. Hier wurden auch außerbremische Stücke verwahrt, die von besonderer geschichtlicher Bedeutung oder Aussagekraft für einzelne zeitliche Epochen sind. Der Klassifikation bildet also sowohl die einzelnen historischen Epochen ab, bietet aber auch die Möglichkeit, unter Punkt 2 die Themen der Alltagsgeschichte unterzubringen:

1 Zeitepochen
1.1 Deutscher Bund
1.2 Vormärz und Revolution 1848/49
1.3 Einigungskriege und Reichsgründung
1.4 Kaiserreich
1.5 Erster Weltkrieg[50]
1.6 Räterepublik und Weimarer Republik[51]
1.7 Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg
1.8 Nachkriegszeit
1.9 Sonstige
2 Themen der Alltagsgeschichte

50 Siehe dazu die Ausführungen zur Bedeutung der Kriegssammlungen im Abschnitt 1 und der Erinnerungskultur »100 Jahre Erster Weltkrieg«.

51 Die Geschichtsforschung hat die Aufarbeitung dieses Zeitabschnitts als nächste Aufgabe erkannt: Wilfried Reininghaus, »Quellen zur Revolution 1918/19 in Westfalen. Bericht über ein Projekt der Historischen Kommission für Westfalen«. In: Archivpflege in Westfalen und Lippe, Heft 84, 2016, S. 46–58. Neben den zentralstaatlichen Unterlagen, den Unterlagen aus Wirtschafts-, Kirchen-, Adels- und Hochschularchiven geht es auch um archivisches Sammlungsgut, wie z. B. Zeitungen, Plakate, Fotografien und Gegenständliches.

2.1.3. Theater- und Konzertprogramme

Die Sammlung von Theater- und Konzertprogrammen bildete im Staatsarchiv Bremen traditionell eine eigene Sammlung. Die Programmhefte wurden zunächst grob nach Jahrgängen zu Konvoluten zusammengeschnürt und durch handschriftliche Einlegezettel mit der Auflistung der Premieren in den jeweiligen Spielzeiten ergänzt. Die Beantwortung von Anfragen, die sich zumeist um gespielte Stücke, Premieren und auftretende Schauspieler drehen, war nur unter großem Suchaufwand direkt am Bestand möglich. Auch der Abgleich der vorhandenen Programmhefte mit Ergänzungsablieferungen war äußerst aufwändig. (Abb. 2)

Aus diesem Grund wurde der Bestand 2009 einer Neubearbeitung unterzogen. Dabei wurden die Theater- und Konzertprogramme nach Spielstätten und Spielzeiten sortiert und die vorhandenen Programmhefte unter Nennung der Stücke und Premierendaten im Archivinformationssystem erfasst. Auf diese Weise wurde es möglich, dass auch in der Benutzerberatung sofort Anfragen per Telefon oder vor Ort beantwortet werden können, ohne dass in jedem Fall im Magazin alle Mappen durchsucht werden müssen.

Die Klassifikation des Bestands erfolgt nach den einzelnen Spielstätten bzw. Konzertserien und soll eine zusätzliche Orientierung bieten.

1 Theater
1.1 Schauspielhaus
1.2 Theater der Freien Hansestadt Bremen
1.3 Bremer Shakespeare-Company
1.4 Theaterhaus Schnürschuh
1.5 Theater im Schnoor
1.6 Volksbühne
1.7 Diverse Theater
2 Konzerte
2.1 Veranstaltungsorte
2.1.1 Die Glocke
2.1.2 Der Sendesaal
2.1.3 Diverse Veranstaltungsorte
2.2 Orchester
2.2.1 Bremer Philharmoniker
2.2.2 Deutsche Kammerphilharmonie Bremen
2.3 Konzerte
2.3.1 Meisterkonzerte
2.3.2 Musikfest
2.3.3 Wiener Klassik
2.3.4 Kirchenmusik
2.4 Chöre
2.5 Philharmonische Gesellschaft

58. Bremer Staat-Theater. Zettel № 31.

Zehnte und letzte Vorstellung im fünften Abonnement.

Donnerstag, den 1. December 1842.

Die Soldaten.

Schauspiel in fünf Akten, von Arresto.

Das Theater ist geheizt.

Personen:

General von Schrankenau	Herr Lemcke.
Fahnenjunker von Schrankenau, sein Sohn	Herr Richter.
Emilie, seine Tochter	Dem. Thate.
Major von Böhm	Herr von Rigéno.
Feldprediger Graun	Herr Schlögell I.
Unterofficier Graun, sein Sohn	* * *
Wittwe Felden	Mad. Lemcke.
Fritz, ihr Sohn	Alex. Lemcke.
General-Adjudant des Prinzen	Herr Schrapp.
Adjudant des Generals	Herr Schlögell II.
Feldwebel	Herr Lüqui.
Ordonnanz	Herr Beberstein.
Cadet von Jägerndorf	Herr Bahrdt II.
Philipp, Kammerdiener des Generals	Herr Milde.
Ein alter Diener	Herr Burckhardt.
Jude Moses	Herr Edmüller.

* * * Unterofficier Graun — Herr Wieting,
vom Hoftheater zu Meiningen, als letzte Gastrolle.

Cassen-Preise der Plätze:

Theater-Aktien-Vereins-Loge	36	Grote Gold.
Logen, Sperrsitz-Logen und Sperrsitz	36	" "
Parquet	30	" "
Parterre	24	" "
Dritter Rang	15	" "
Gallerie	9	" "

Cassenöffnung 5½ Uhr; Anfang 6½ Uhr; Ende nach 9 Uhr.

Abb. 2: Theaterzettel für die Aufführung »Die Soldaten« im Bremer Stadttheater am 1. Dezember 1842 (aus: 9, S. 9–23 Nr. 23)

2.1.4. *Zeitungsausschnittsammlung »Sammler«*

Die Zeitungsausschnittsammlung ist mehr als eine reine Sammlung von Zeitungsausschnitten, sie kann als angereicherte Sammlung verstanden werden. Auch Manuskripte und Kopien von schriftlichen Auskünften (seit 1965) wurden hier abgelegt.

Die Zeitungsausschnittsammlung besteht aus drei Beständen, zum einen aus den thematisch abgelegten Zeitungsausschnitten (9, S 0), dann aus dem Personensammler (9, S 3) und schließlich den Zeitungsausschnitten zu Schiffen (9, S 4).

Die Sammlung wurde seit 1960 durch regelmäßige Zeitungsauswertung der stadtbremischen Tageszeitungen geführt. Die Sammlung stand immer im engen Zusammenhang mit der Erarbeitung der Stadtchronik. Die besondere Bedeutung der Zeitungsausschnittsammlung für die Benutzerberatung wurde noch auf der Dienstbesprechung vom 13. Juni 1978 besonders hervorgehoben.[52] Es war geplant, die übernommenen Zeitungsausschnittsammlungen, wie z.B. 9,S 9-7, schrittweise in den »Sammler« zu integrieren. Dies konnte allerdings nicht realisiert werden. Es stellt sich auch die Frage, ob dies für alle oder doch zumindest für einige Zeitungsausschnittsammlungen sinnvoll ist. Bei desintegrierten Behördensammlungen mit eigener Zielsetzung, Klassifikation und speziellem Informationswert erscheint eine Überführung in die eigene Zeitungsausschnittsammlung nicht sinnvoll. Anders könnte dies jedoch bei Splitterbeständen und Sammlungen aus privater Hand aussehen. Hier könnte dann vermieden werden, Regalplatz mit gleichen Zeitungsausschnittsammlungen zu verschwenden. Als Beispiel seien hier die verschiedenen Exemplare des »Bremen-Lexikons« aus dem Weser-Kurier genannt, das wir eben nicht nur mehrfach, sondern auch an unterschiedlichen Stellen in den Sammlungen haben. So zum Beispiel als eigene Sammlung: 9,S 9-3 und als Teil der Zeitungsausschnittsammlung: 9,S 0 - 5003.

Seit 1994 wurde auch die Zeitungsausschnittsammlung nicht mehr planmäßig fortgeführt. Heute werden nur einzelne Zeitungsausschnitte aufgenommen, z.T. Zusammenstellungen aus privater Hand oder Herausnahmen aus anderen Beständen. In digitalen Zeitungsarchiven kann heute online oder offline nach verschiedensten Ereignissen gesucht werden, sodass eine planmäßige, umfassende Fortführung der aufwändigen Zeitungsausschnittsammlung entfallen kann.

2.1.5. *Weitere Sammlungsbeständen der zeitgeschichtlichen Dokumentation*

Bildarchiv

Das Bildarchiv des Staatsarchivs Bremen umfasst neben Abgaben aus Behörden auch solche aus dem nichtamtlichen Bereich, wie z.B. aus Unternehmen, von Fotografen und Privatpersonen. Es besteht im Wesentlichen aus einer systematischen Sammlung zur Entwicklung des Stadtbildes, aus Fotografennachlässen und Bildern privater Herkunft zur bremischen Alltagsgeschichte sowie einer zeitgeschichtliche Dokumentation zu Personen und Ereignissen.

52 Vermerk Dr. Hartmut Müller mit Bezug auf die Dienstbesprechung in der Registraturakte 258-760-05.

Die Sammlung setzt chronologisch in den 1860er Jahren ein, ihr dokumentarischer Schwerpunkt liegt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Erschlossen wird das Bildarchiv durch eine Bildkartei zu den Einzelbelegen sowie Findhilfsmitteln zu den Sondersammlungen, wie z. B. den Fotoalben und Sammelmappen und den Fotografennachlässen. Bei den Nachlässen sind insbesondere Rudolf Stickelmann, Karl Edmund Schmidt, Jutta Vialon, Hellmuth Paul, Walter Cüppers und Karl Heinz Suchefort zu nennen. Zu allen Bereichen gehören Abzüge, Negative und Dias. Insgesamt hat die Sammlung einen Umfang von mehreren hunderttausend Bildmedien. Darunter befinden sich auch Bildmedien, die zu den Schriftgutbeständen gehören oder solchen als Bildbestände angehängt sind. Wichtige Teile des Bildbestandes sind digitalisiert und im Archivinformationssystem verzeichnet.

Große Fotobestände des Staatsarchivs sind auch im Internet zu recherchieren: der Bildbestand der Bremer Vulkan-Werft, die Luftangriffe und der Bildbestand Norddeutsche Missionsgesellschaft.

Die Bildsammlung (10,B) hat in den letzten Jahren eine umfassende Umstrukturierung erfahren. Hier hatte sich ein erheblicher Erschließungsrückstau angehäuft und viele Fragen der Bestandsorganisation blieben offen bzw. wurden durch Provisorien gelöst, wie z. B. die Frage von Bildsammlungen aus privater Hand. Diese wurden als 10,B Son = »Sonstiges« oder »Sondersammlungen« formiert. Postkarten und Nachlässe wurden in eine zentrale Bildkartei eingearbeitet, Großformate lagerten getrennt davon. Die Bildkartei war zunächst in zeitliche Abschnitte gegliedert und dann nach einer Systematik. Die Recherche darin gestaltete sich immer etwas umständlich. Das seit 2009 neu strukturierte Bildarchiv weist folgende Bestandsgliederung auf:

10,B Kartei – Bildkartei
10,B AL – Fotoalben
10,B PK – Postkartensammlung
10,B FN – Fotografennachlässe
10,B FS – Fotosammlungen
10,B Dia – Diapositive

Für die Kartei und die Fotoalben wurde eine völlig neue Klassifikation erstellt, die in einem alphanumerischen System die Themenbreite der Fotobestände in der Bildkartei abdecken soll. Die Hauptgruppen erhielten dabei Buchstaben, die weitere Untergliederung erfolgte durch das Hinzufügen von drei-, maximal vierstelligen Zahlen.

Die Verzeichnung erfolgt als Einzel- oder Gruppenverzeichnung unter Nachweis der Repräsentationen im Archivinformationssystem.[53]

Eine geeignete Archivsoftware, die auch die Verzeichnung von Bildmaterialien unterstützt, ist eine Voraussetzung für die Erstellung einer recherche-

53 Nähere Ausführungen zur Erschließung und Digitalisierung im Bildarchiv: Brigitta Nimz, Archivierung und Digitalisierung von Fotobeständen – Workflow. Vortrag anlässlich des 22. Schleswig-Holsteinischen Archivtages, in: VKA-Mitteilungen, 2010, S. 68–79.

fähigen Bilddatenbank. Dem Staatsarchiv Bremen war die Verbindung Archivverzeichnung – Bildverzeichnung und damit eine übergreifende Recherche und gemeinsame Internetpräsentation wichtig, daher wurde die Verzeichnung der Bilddaten mit dem Archivinformationssystem vorgenommen und kein Extraprogramm für Bildagenturen erworben.

Grundsätzlich war bei den Erschließungsarbeiten festzustellen, dass hier höchste Konzentration erforderlich war. Tippfehler und ungleiche Schreibweisen, z. B. von Straßennamen oder die Ansetzung und / oder Schreibweise von Personennamen führen dazu, dass Bilder nicht gefunden werden. Außerdem musste man trotz der großen Menge der Bilder den Überblick behalten, um Dubletten zu vermeiden.

Die Frage der Bewertung der Bilder stellte sich bei der Digitalisierung des Bildarchivs zunächst nicht, da die Bewertungsentscheidung bereits durch die Übernahme getroffen war.

Motivserien wurden in Sammelalben zu bestimmten Sachen oder Ereignissen zusammengefasst. Dabei wurde nach Möglichkeit alles Dargestellte erfasst, jedoch nur ein Beispielbild dazu eingescannt. Auf diese Weise war es möglich, Rückstände zügig aufzuarbeiten und größere Mengen an Bildbeständen recherchefähig zu machen. In Zahlen ausgedrückt: es wurden in einem Jahr etwa 2.000 Sammelalben eingearbeitet, die im Durchschnitt mindestens 20 Fotos enthalten. Damit waren allein über die Sammelalbenerschließung über 40.000 Bilder elektronisch zugänglich geworden. Bei besonders wichtigen Fotoalben wurde allerdings auch eine Fotoeinzelerfassung, d. h. einscannen und beschreiben jedes Bildes, vorgenommen.

Kontrovers diskutiert werden kann stets die Ausführlichkeit der Erfassung der Informationen zu den Bildern. Gut ist es, wenn der Fotobestand dokumentiert ist und Erschließungsinformationen vorliegen. Sehr zeitaufwändig wird es, wenn die Informationen ergänzt oder überhaupt erst recherchiert und verifiziert werden müssen. Dennoch ist es wichtig, dass die Erschließung mit der Digitalisierung Schritt hält. Digitalisate allein nutzen wenig! Wenn die Erschließung fehlt oder fehlerhaft ist, hat man nicht mehr und nicht weniger als ein digitales Massengrab. Schriftlich formulierte Richtlinien können die Qualität und damit den Zeitaufwand für die Bildverzeichnung festlegen helfen.

Plakatsammlung

Plakate (9, P) wurden wohl erstmalig 1919 durch das Staatsarchiv zielgerichtet als zeitgeschichtliche Dokumentation erworben. Hier gelangten amtliche Bekanntmachungen und Aufrufe politischer Parteien aus der Zeit von 1918/19 in das Staatsarchiv, weitere ähnliche Sammlungen folgten. Seit 1937 wurde die Plakatsammlung systematisch durch regelmäßige Übernahmen z. B. durch die Deutsche Städtereklame GmbH laufend vermehrt, sodass nun auch Plakate der Wirtschaft und Ankündigungen kultureller Veranstaltungen Eingang in die Sammlung fanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sammlung stetig vermehrt und schließlich 1957 geplant, sämtliche offiziell in Bremen zum Aushang kommenden Plakate zu archivieren. Plakate privater Initiativen wurden hier noch nicht berücksichtigt. Von diesem Vorhaben

musste man später wieder absehen, da Plakate zum Massenmedium geworden und in dieser Menge nicht mehr sinnvoll zu bewältigen waren. Der Schwerpunkt der Dokumentation wurde ab 1968 auf die politischen Plakate gelegt, wobei man zunächst noch jedes fünfte Jahr vollständig dokumentieren wollte. In den 1990er Jahren wurde der Mangel eines konzisen Sammlungsprofils erkannt, und es wurde ein Projekt zur Positionsbestimmung der Plakatsammlung aufgesetzt. Im Ergebnis lag 1996 ein Gutachten zur Erschließung und Nutzung der Plakatsammlung des Staatsarchivs Bremen vor.[54] Für die Sammlung wurden neue Bewertungskriterien für Plakate festgelegt. So spielten nun bei Plakaten die gesellschaftliche, ästhetische und werbewirksame Bedeutung sowie das kulturpolitische Gewicht eine Rolle. Außerdem musste ein Sprengelbezug gegeben sein[55] und der Dokumentationswert über anderweitig zugängliche Informationen hinausgehen.[56]

Der Erschließungsstand der Plakatsammlung ist durch verschiedene Stadien gekennzeichnet. Die Jahrgänge bis 1963 (– 1967) liegen mikroverfilmt vor, das sind etwa 9.000 Aufnahmen.[57] Die Kartei, die die Jahrgänge bis 1963 umfasst, enthält etwa 7.500 Titelaufnahmen, wobei die Verweiskarten nicht mitgezählt sind.[58] 2003 fand ein Projekt des Sachgebiets in Zusammenarbeit mit Studenten statt, hierbei wurde der Jahrgang 1964 (ca. 640 Plakate) bearbeitet.

Mit Hilfe der Auszubildenden wurde 2012 begonnen, die Plakate zu digitalisieren. Ziel ist es, für die Benutzer verbesserte Recherchemöglichkeiten herzustellen, da die bisherigen Erschließungsinstrumente nur bis 1965 reichen. Nachdem die Digitalisate zunächst mit einer Fotokamera erstellt wurden, konnten mit der Beschaffung des Großformatscanners die Plakate damit digitalisiert werden. Mittlerweile wurden ca. 32.000 Plakate gescannt, und ca. 6.500 Plakate sind bereits im Archivinformationssystem verzeichnet. Vorarchivische Plakatsammlungen werden nun unter 9,P S nach Beständen fortlaufend nummeriert aufgenommen.

Die Klassifikation der Plakatsammlung lag noch in der alten Form vor, wie sie früher auch für die Flugschriften und die Bildsammlung verwendet worden ist, und musste auch so angepasst werden, dass sie sowohl für die älteren Plakatbestände wie für die Neuerwerbungen praktikabel ist.

Geplant ist es, die Plakatsammlung weiter zu digitalisieren und in das Archivinformationssystem zu integrieren sowie die Plakate ab 1965, die noch nicht erschlossen sind, zu verzeichnen. Dabei werden tranchenweise die Bilddateien importiert, z. B. nach Systematikgruppen. Die Plakate werden dann mit Verzeichnungsdaten versehen, signiert und verpackt. Auf diese

54 Jutta Reinke, Gutachten zur Erschließung und Nutzung der Plakatsammlung des Staatsarchivs Bremen, 1996, in der Registraturakte des Staatsarchivs 258-761-00.

55 Es reichte als Sprengelbezug nun nicht mehr aus, dass das Plakat in Bremen angeschlagen war.

56 Siehe Gutachten von Jutta Reinke (wie Anm. 54).

57 Aktenvermerk von Hannelore Schafforz vom 9. 5. 1984, in: 258-761-00.

58 Ebd.

Weise geht mit den Arbeiten auch gleich eine Bestandsrevision einher, wobei auch noch einmal die Formate der einzelnen Plakate festgestellt und erfasst werden können.

Parallel dazu müssen die Plakate bis 1965, die bisher nur mikroverfilmt vorliegen, auch gescannt werden.[59] Eine Verwendung der ggf. digitalisierten Mikrofilme hat sich nach eingehender Prüfung als nicht vorteilhaft herausgestellt. Die Aufnahmen sind zum einen nur schwarz-weiß, und großformatige Plakate wurden in Teilen verfilmt und müssen per Bildbearbeitung zusammengefügt werden. Außerdem war bei einigen Textplakaten die Aufnahmequalität sehr begrenzt hinsichtlich der Lesbarkeit der Texte. Die Überlegung, die vorhandene Kartei zu den Plakaten einzuscannen und die Erschließungsinformationen zu konvertieren, ist nicht weiterverfolgt worden, da die Verzeichnungsangaben auf den Karteikarten sehr gering gehalten sind und den Aufwand nicht lohnen. Hier müssen die Angaben noch ergänzt und die Erschließung insgesamt verbessert werden.

Da nun aber gerade der Altbestand der Plakate der deutlich wertvollere ist und auch einige bestandserhaltungstechnische Probleme in sich birgt, haben wir uns für eine Digitalisierung des Altbestands entschieden.

Neu im Bestand sind vorarchivische Plakatsammlungen, die nicht in den Hauptbestand eingearbeitet werden sollen, da sie entweder abgeschlossene thematische Bereiche behandeln, wie z. B. eine Ausstellung zur Migration, oder komplett aus einem Grafikbüro (Haase & Knels) stammen. Diese Plakatsammlungen sollen eigene Bestände in der Plakatsammlung bilden.

Postgeschichtliche Sammlung

Die postgeschichtliche Sammlung (9,T) wurde 1990 aus einer Schriftstücksammlung der Oberpostdirektion Bremen gebildet, die 1981 an das Staatsarchiv gelangte. Darüber hinaus enthält sie Poststempel- und Briefmarkensammlungen, die vor allem seit 1989 von privater Hand erworben wurden. Die Sammlung enthält Einzelschriftstücke zur Postgeschichte 1782–1953, Ganzsachen 1784–1873, Poststempel 1923–1978 und Briefmarken der Privat-Briefbeförderungs-Anstalt Bremen 1896–1900. In diese Sammlung werden weiterhin Briefmarken, Stempelungen und postgeschichtliche Stücke mit Bremer Bezug integriert.

59 Die Mengenschätzung der Jahrgänge von 1849 bis 1963 beläuft sich auf ca. 12.000 Stück, so geschätzt in dem Gutachten von Frau Reinke (wie Anm. 54). Eine besondere Dokumentationsbreite wurde für die Jahrgänge 1919–1938 und 1956 bis 1963 festgestellt. Die Zeit des Zweiten Weltkriegs ist eher gering dokumentiert. Eine Grafik im Anhang lässt die Schätzung für die Jahrgänge bis 1950 auf etwa 6.000 Stücke zu.

2.2. *Hilfswissenschaftliche Sammlungen*

Der Begriff der »Hilfswissenschaften« hat sich in den letzten Jahren gewandelt, man spricht auch von den historischen Grundwissenschaften, einzelne Wissenschaften haben sich aus diesem Kanon auch als eigene Wissenschaften emanzipiert, wie z. B. die Kartographie und die Genealogie. Diese Entwicklungen sollen an dieser Stelle allerdings nicht weiterverfolgt werden. Nachfolgend werden die Kartensammlung und die Familiengeschichtliche Sammlung unter dem Schwerpunkt »Hilfswissenschaften« im Verständnis als Fächerkanon zur Aufbereitung historischer Quellen verstanden und mit aufgeführt.

Kartensammlung

Die ursprüngliche Kartensammlung (11) ist im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen. Nach Kriegsende wurde begonnen eine neue Sammlung aufzubauen, die sich aus Ankäufen, Behördenablieferungen und Reproduktionen zusammensetzt. Mit Akten abgelieferte Karten werden seit 1945 im Provenienzzusammenhang belassen. Ein Schwerpunkt der Sammlung sind die Luftbildaufnahmen und Luftbildkarten. Die jetzige Kartensammlung ist in Atlanten, Kartenwerke und Einzelkarten unterteilt und umfasst den Zeitraum von 1572 bis 1997. 2014 wurde auch hier begonnen, die Karten zu digitalisieren, mittlerweile liegen ca. 1.700 Digitalisate vor. Außerdem wurden alle Karten entsprechend der Formate neu verpackt und Rückstände aufgearbeitet, ca. 1.200 Karten sind im Archivinformationssystem zugänglich.

Großformatige Baupläne, Risse und Ansichten wurden zu einer eigenen Sammlung formiert (10, R).

Familiengeschichtliche Sammlung

Für eine Familiengeschichtliche Sammlung gab es bereits vor dem Zweiten Weltkrieg im Staatsarchiv Bremen zwei Ansatzpunkte. In das Ratsarchiv waren nach dem Pertinenzprinzip die älteren Kirchenbücher der einzelnen Gemeinden und umfangreiche biographische Materialien, Tabellen und Stammtafeln eingeschoben worden. Durch die Auslagerung im Kriege galten diese Quellen und Ausarbeitungen lange Zeit als fast vollständig verschollen oder dem Staatsarchiv entzogen. Nach 1945 wurde daher zunächst eine Familiengeschichtliche Sammlung, bestehend aus Reproduktionen von Kirchenbüchern und kirchenbuchähnlichen Quellen sowie aus Materialien zur Geschichte einzelner Familien, aufgebaut. Diese Sammlung wird auch als »Graue Mappen« bezeichnet, weil die Unterlagen zu den Personen und Familien zunächst in grauen Archivmappen verpackt waren. Die Sammlung wird in den Räumlichkeiten der Gesellschaft für Familienforschung »Die Maus« aufbewahrt, die im Gebäude des Staatsarchivs Bremen ihren Sitz hat. Der Verein pflegt, ergänzt und erschließt seither diese Sammlung.

In diesen Mappen finden sich familiengeschichtliche Materialien zu Einzelpersonen und Familien. Darunter vereinzelt Abbildungen von Siegeln und Wappen oder Hinweise darauf, vor allem aber Auszüge aus Kirchenbüchern, Zivilstandsregistern, Personenstandsunterlagen, genealogische Ausarbei-

tungen, Ahnen- und Stammtafeln, Druckschriften, Todesanzeigen und Zeitungsausschnitte. Hinzu kommen eine Person oder eine Familie betreffende Namensregister zu verschiedenen genealogischen Quellen.

Münzen, Medaillen und Orden

Für den Bereich der Numismatik sind die Sammlungen 13, M Münzen, 13, P Plaketten, Medaillen, Orden, 9, B Banknoten von Interesse.

Die ursprüngliche Sammlung der Münzen, Medaillen und Orden des Bremer Staatsarchivs wurde Ende 1942 nach Bernburg/Saale ausgelagert und ist seit Kriegsende verschollen. Sie muss als Totalverlust verbucht werden. Ein gezielter Neuaufbau der Sammlung nach dem Kriege ist bewusst unterblieben. Der jetzige Bestand ist vornehmlich angewachsen durch Geschenke von Privatpersonen an die Stadt Bremen bzw. ihre Repräsentanten, die mit deren Überlieferung übernommen wurden. 1976 wurde begonnen, die Sammlung neu zu ordnen und zu verzeichnen, dabei sind einige Stücke unberücksichtigt geblieben. In den Folgejahren sind einige Medaillen und Orden hinzugekommen. Die Sammlung wurde 2015 schließlich neu geordnet und verzeichnet. Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, in ihr enthaltene historische Dokumentationswerte für die Benutzung und Recherche gut zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck wurde sie wie folgt gegliedert:

1. Bremische Medaillen
2. Bremische Orden
3. Bremische Anstecknadeln
4. Nichtbremische Medaillen
5. Nichtbremische Orden
6. Nichtbremische Anstecknadeln
7. Diverses

Inhaltlich damit verbunden ist die Banknotensammlung (9, B), sie ist 1970 von der Staatsbibliothek Bremen an das Staatsarchiv abgegeben worden. Sie umfasst den Zeitraum von 1908 bis 1948 und ist alphabetisch nach den Ausgabeorten geordnet. Sie enthält vorwiegend auswärtige Banknoten, Notgeld- und Gutscheine der Jahre 1919 bis 1923, darunter einige Exemplare aus Bremen, u. a. Bankverrechnungsscheine der Francke Werk, Darlehenskassenscheine, Reichsschatzanweisungen, Kriegsgefangenengeld aus dem Ersten Weltkrieg.

Da die Lagerung in Archivkartons erfolgte, in denen die Geldscheine in Plastiktüten lagen, musste der Bestand dringend neu geordnet, verzeichnet und verpackt werden. Dies erfolgte 2015. Der Bestand ist folgendermaßen gegliedert:

1. Deutsches Reich, Alliierte Besatzung, Bundesrepublik
2. Bremen
3. Deutsches Städtenotgeld
4. Sonstige

In der Rubrik »Sonstige« befinden sich wenige Stücke ausländischen Geldes, Notgeld der Kriegsgefangenenlager und Notgeld der Deutschen Reichsbahn.

Für den Bereich der Heraldik steht die Wappensammlung (12, W), die sich im Wesentlichen aus Wappenbüchern zusammensetzt. Diese im 17. und 18. Jahrhundert angelegten Bücher enthalten farbige Zeichnungen der Wappen von Bürgermeistern und Ratsherren, Ratssyndici usw. Erschlossen sind die Bände durch alphabetische Namensverzeichnisse. Die Wappenbücher gelangten durch Kauf oder Schenkung in den Besitz des Staatsarchivs. In einer Wappenkartei sind in alphabetischer Reihenfolge die Wappen einer Anzahl bremischer Familien zusammengefasst. Außerdem gibt es weitere Findkarteien zur Erschließung der Wappen. Die Wappensammlung Bremen ist alphabetisch nach Personen und Familien erschlossen und systematisch nach den Abbildungen auf den Wappen.

Bei der Verzeichnung der Wappen geht es vornehmlich um die Erschließung der Wappen-Abbildungen, Verzeichnungsangaben dabei sind: Aufbewahrungsort, Signatur, Inhaber (Person, Familie oder gesellschaftliche Zugehörigkeit), Entstehungsdatum des Wappens, Entstehungszeit der Wappen-Abbildung, Wappenmaler, Maße der Vorlage, technische Ausführung der Wappen-Abbildung (Trägermaterial, Technik, farbliche Gestaltung), Blasonierung, Bemerkungen.[60] Für die Zukunft muss bei dieser Sammlung die Überführung der Verzeichnungsangaben in das Archivinformationssystem geprüft werden.

In Verbindung mit der Sphragistik ist die Siegelsammlung (12, S) zu erwähnen. Den Grundstock der Sammlung bilden die von den Urkunden abgefallenen Siegel, die zur Ergänzung angefertigten Siegelabgüsse und die aus privater Hand erworbenen Zusammenstellungen von Lack- und Oblatensiegeln des 17. bis 19. Jahrhunderts. Diese drei Gruppen umfassen etwa 600 Stücke. Die abgefallenen Siegel machen den wertvollsten Teil, mengenmäßig aber nur etwa 10 % der Sammlung aus.

Erschließung erfolgte alphabetisch nach den Siegelführern und thematisch nach den Motiven und Wappenbildern auf den Siegeln. In der Sammlung befinden sich mittlerweile zahlreiche unerschlossene Nachträge und Papiersiegel, die neu verzeichnet und in den Gesamtverband der Sammlung eingefügt werden müssen.

3. *Thematische Sammlungen (vorarchivische Sammlungen)*

Größere thematische Sammlungen (vorarchivische Sammlungen) sind ein gesonderter Bereich, hier werden Sammlungen privater Herkunft mit Bezug zur Bremer Landesgeschichte zusammengefasst.

Zu unterscheiden sind die Sammlungen von Behörden, Firmen und Institutionen von den Sammlungen privater Herkunft. Die thematischen Sammlungen

60 Mit der Erschließung von Wappen befasste sich u. a.: René Hanke, Heraldik im Internet: Entwurf eines Südwestdeutschen Wappenportals, Transferarbeit, 2010, abzurufen im Internet unter der Adresse: http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/51193/transferarbeit_rene_hanke_2010.pdf

erhalten ihren Wert aus der einzigartigen Form der Zusammenstellung und durch die Abbildung des spezifischen Interesses des Sammlers.

Die thematischen Sammlungen wurden i. d. R. unter der Signatur 9, S 9 gebündelt und nach dem Sammler und dem Thema der Sammlung benannt. Von dieser Praxis soll künftig Abstand genommen werden, da die Person des Sammlers selbst bei den meisten Sammlungen unmaßgeblich ist. Die Benennung des Bestands nach dem Themenkreis oder der Art der Sammlung ist ausreichend.

Einzelne thematische Sammlungen erhielten aber auch 7er Signaturen, die streng genommen auf eine Zugehörigkeit im nichtamtlichen Bereich schließen lassen würden. Diese Verfahrensweise reiht sich ein in die Reihe der Missverständnisse im Umgang mit den thematischen Sammlungen. So wurden z. B. verschiedene nichtamtliche Bestände zu einer Sammlung zusammengefasst, Nachlasssplitter oder Teilregistraturen von Vereinen, Verbänden als Sammlung formiert. Dabei wäre hier eine Prüfung zur Übernahme in die sogenannten »Kleinen Erwerbungen« sinnvoller gewesen.

Der Bereich der thematischen Sammlungen musste neu strukturiert und inhaltlich und sachlich vom nichtamtlichen Schriftgut abgegrenzt werden. In diesem Zusammenhang wurden einige thematische Sammlungen aufgelöst und entweder als Bestand im nichtamtlichen Bereich formiert oder zu den kleinen Erwerbungen genommen. Es gab auch thematische Sammlungen, die sich wunderbar in den neu formierten Bestand »9, V Druckschriften und Einzelstücke« integrieren ließen. Die verbliebenen thematischen Sammlungen wurden einer neuen Struktur unterworfen und unter Entfernung des Geber-Namens umbenannt. Die Herkunft des Bestandes und der Schenker ist im Findbuchvorwort nachgewiesen und muss eben nicht im Bestandsnamen geführt werden. Dies soll auch die deutliche Trennung zu den Nachlassbeständen aufzeigen. Kleinere thematische Zusammenstellungen von Einzelstücken können weiterhin in ihrem Überlieferungszusammenhang belassen werden und werden für eine Aufnahme in die Sammlungen nicht nach formalen Kriterien getrennt, diese Stücke gelangen zu den Materialsammlungen zu 9, V.

4. Fortführung der Sammlungen

Viele Sammlungen sind in der Mitte der 1990er Jahre eingestellt worden und wurden nicht mehr aktiv vermehrt. Leider ist durch dieses Verfahren einiges zeitgeschichtliche, Bremen betreffende Material verloren gegangen. Künftig sollen die Sammlungen auf ein fachlich vertretbares Maß in allen Themenbereichen reduziert und entsprechend fortgeführt werden.

Die Flugschriftensammlung soll mit dem Schwerpunkt politische Flugblätter, Wahlwerbung weitergeführt werden. Diese Materialien sind in Wahljahren zusammen mit den Plakaten leicht zu beschaffen, außerdem bestehen mit den Bremer Parteien gute Kontakte.

Die Bereiche Kultur und Gesellschaft, die aus der Flugschriftensammlung ausgegliedert sind und 9, V zugeordnet wurden, werden mit folgenden Schwerpunkten fortgeführt:

- Bürgerschaft
- Senatorische Behörden und nachgeordnete Einrichtungen, Gesellschaften
- Bremer Vereine, Verbände, Stiftungen
- Regelmäßige Feste, Kulturveranstaltungen in Bremen
- Bremer Wirtschaftsunternehmen
- Bremer Stadtwerbung, Touristik, Fremdenverkehrswerbung
- Kirchen, karitative Einrichtungen, Glaubensgemeinschaften

Diese Flyer und Broschüren sind ebenfalls ohne großen Aufwand beizubringen, indem man in der Innenstadt das entsprechende Material in regelmäßigen Abständen (quartalsweise) einholt und feste Vereinbarungen mit den Herausgebern über regelmäßige Abgaben trifft.

Ein weiterer Bereich in 9,V sind die Zeitzeugnisse zur Bremer Alltagsgeschichte. Hier hängt die Erwerbung im Wesentlichen von privaten Abgaben ab.

Die Theater- und Konzertprogramme werden ergänzt durch private Abgaben und von den Theatern. Auf diese Weise konnten schon ein paar Stücke ergänzt werden. Seit 2014 werden von den wichtigsten Institutionen in diesem Bereich die Programme wieder aktiv und regelmäßig gesammelt.

Die Zeitungsausschnittsammlung kann abgeschlossen bleiben, durch die Möglichkeiten der online-Recherche in den digitalen Archiven der Bremer Tageszeitungen besteht hier kein Handlungsdruck. Die Sammlung kann aber durch private Abgaben oder Herausnahmen aus anderen Beständen ergänzt werden.

Privatunternehmen im Fokus der archivischen Überlieferungsbildung – mit Beispielen aus der maritimen Wirtschaft und anderen Branchen

Von Jörn Brinkhus

I. Einleitung

»Was nützt es, voluminöse Bücher über ein Unternehmen zu schreiben, ohne zu erfahren, womit es eigentlich sein Geld verdient?«, fragte zurecht der renommierte Wirtschaftshistoriker Toni Pierenkamper. Dieser Beitrag wird zeigen, warum eine systematische, archivische Überlieferungsbildung über die Privatwirtschaft unerlässlich ist, damit Pierenkempers Wunsch nach einer inhaltlich wie analytisch gehaltvollen Unternehmensgeschichtsschreibung erfüllt werden kann. Archivische Überlieferungsbildung ist das bewusste Herstellen einer historisch wertvollen, im Archiv sicher und zeitlich unbegrenzt aufbewahrten Überlieferung aus nicht mehr benötigten Unterlagen. Diese nicht mehr benötigten Unterlagen werden dem Archiv auf Grund einer gesetzlichen Pflicht, der öffentliche Stellen grundsätzlich unterliegen, oder freiwillig (etwa von Privatpersonen) zur Bewertung und Übernahme angeboten. Bewertung heißt, aus einer Anbietung diejenigen Unterlagen auszuwählen, die dauerhaft archiviert werden.[1]

Für eine Behandlung dieses Themas sind zunächst eine Reihe grundsätzlicher Fragen zu erörtern (II.): Warum soll sich ein Landesarchiv wie das Staatsarchiv Bremen überhaupt darum kümmern, ob und wie die Privatwirtschaft im übernommenen Archivgut abgebildet ist? Auf welche Rechtsgrundlagen stützt sich die archivische Überlieferungsbildung und was folgt daraus für die Archivierung von Unterlagen der Privatwirtschaft? Ist die Eigenarchivierung durch die Privatwirtschaft nicht ausreichend, um den Informationsbedürfnissen der wissenschaftlichen Forschung sowie der interessierten Öffentlichkeit nachzukommen? Ausgehend von konzeptionellen Überlegungen zur Unternehmensgeschichte arbeitet das folgende Kapitel die Besonderheiten der Geschäftsunterlagen von Privatunternehmen und

1 Das Thema der archivischen Bewertung, also die Frage, welche Teile der von Privatunternehmen angebotenen Unterlagen oder welche Vorgänge aus dem nicht mehr benötigten Behördenschriftgut archivwürdig und damit dauerhaft aufzubewahren sind und welche nicht, wird in diesem Beitrag nur soweit behandelt, wie es zum inhaltlichen Verständnis notwendig ist. Vgl. zur Bewertungsdiskussion zuletzt: Evaluierung von Bewertungsdokumenten. Beiträge zur archivischen Überlieferungsbildung, hrsg. v. Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart 2018.

deren besonderen Wert heraus (III.). Sodann wird behandelt, wie Informationen über Privatunternehmen und die Privatwirtschaft ihren Niederschlag im amtlichen Schriftgut finden und was das für die Bewertung von Behördenunterlagen bedeutet (IV.).

Dabei werden in allen Kapiteln zahlreiche Beispiele für die im Staatsarchiv Bremen vorhandenen Geschäftsunterlagen der Privatwirtschaft und für die archivierten Behördenunterlagen zur Privatwirtschaft gegeben, auch um über den Ausbau der amtlichen und nicht-amtlichen Überlieferung in unserem Haus während des letzten Jahrzehnts zu informieren und Forschungsvorhaben zur regionalen Wirtschaftsgeschichte anzuregen. So ist mit den Geschäftsunterlagen der BWK Bremer Wollkämmerei AG und der Kaffee HAG AG sowie einer Unterlagensammlung zur Geschichte der Klöckner-Hütte forschungsrelevantes Unternehmensschriftgut zu drei bekannten industriellen Großbetrieben vom Staatsarchiv Bremen übernommen worden. Auch der Dienstleistungsbereich hat mit den Überlieferungen der Bremer Landesbank, der Weinhandlung Reidemeister & Ulrichs und der Firmengemeinschaft Leffers, einer Gruppe bekannter Textileinzelhandelsunternehmen, bedeutenden Zuwachs erfahren.

Darüber hinaus wird die Überlieferung über die maritime Wirtschaft behandelt, da dieser Wirtschaftsbereich prägend für Bremen als Wirtschaftsstandort war und partiell bis heute ist und sich die wirtschafts- und unternehmensgeschichtliche Forschung dafür interessiert. Unter der maritimen Wirtschaft wird ein Branchenkomglomerat verstanden: Definiert ist dieser Komplex durch seinen klar umrissenen Kernbereich, nämlich Seeschifffahrt, Werften, Häfen und maritime Dienstleister.[2] Über Kapitalengagements sind diese Kernunternehmen vielfach mit der (nicht nur mit maritimen Gütern befassten) Zulieferindustrie, der Logistikbranche im weiteren Sinne und verschiedenen Industriebranchen verflochten; nicht selten realisieren maritime Unternehmen mittels solcher ausgesuchter Firmenbeteiligungen branchenübergreifende Verbundvorteile. So bestand die Rickmers-Firmengruppe nicht nur aus einer Werft und Reederei, über den Handel und die Verarbeitung von Reis (Rickmers Reismühlen GmbH) profitierte der Verbund auch vom Importhandel, der mit selbsthergestellten Schiffen durch die firmeneigene Reederei erledigt wurde.[3] Vielleicht bekannter sind die Beispiele für

2 Als Einstieg in die Thematik: Jürgen Elvert (Hg.), Maritime Wirtschaft in Deutschland, Stuttgart 2012. Zahlreiche interessante Beiträge bietet neuerdings: Hartmut Pophanken/Harald Wixforth, Technik und Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven nach 1945, Bremen 2021. Auch das Archiv des Deutschen Schifffahrtsmuseums (ADSM), das in Bremerhaven analog zum Objektmagazin ab 1975 nach dem musealen Sammelprinzip aufgebaut wurde, bietet mit seinen Sammlungen zu allen Aspekten der See- und Binnenschifffahrt, des Schiffbaus, der Fischerei, des Walfangs, der Marine und der Forschungsschifffahrt zahlreiche interessante Dokumente zur maritimen Wirtschaft, bspw. zum Fischereiunternehmen Nordsee AG.

3 Vgl. bspw. Sören Dannhauer, Deutscher Reishandel 1850 bis 1914. Die zentrale Rolle Bremens und der Familie Rickmers auf einem weltweiten Nahrungsmittelmarkt, Bremen 2013; Jörn Lindner, Schifffahrt und Schiffbau in einer Hand.

die Kontrolle maritimer Unternehmen durch industrielle Großkonzerne: Der Thyssen-Konzern hatte wesentlichen Anteil am Aufbau des Bremer Vulkan. Bis zu ihrer Liquidierung wurde die AG »Weser« durch den Krupp-Konzern kontrolliert, weswegen die Geschäftsunterlagen zu dieser Bremer Großwerft im Historischen Archiv von Thyssen-Krupp in Essen überliefert sind. An Hand von Beispielen, insbesondere aus der maritimen Wirtschaft, wird schließlich veranschaulicht, welchen Wert amtliches Schriftgut über Unternehmen und über die Privatwirtschaft als eine archivische Ergänzungs- und Ersatzüberlieferung besitzt. Der Ausblick (V.) greift diese systematischen Gedanken auf und führt Überlegungen zur unternehmens- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung, zur Praxis der archivischen Überlieferungsbildung und zu den Besonderheiten des Staatsarchivs Bremen weiter.

II. Warum und wie betreiben staatliche Archive Überlieferungsbildung über die Privatwirtschaft?

Bedarf es überhaupt einer archivischen Überlieferung über die Privatwirtschaft? Reichen die Wirtschaftsberichterstattung in Zeitungen und Zeitschriften, die veröffentlichten Geschäftsberichte und die Informationsangebote der Industrie- und Handelskammern nicht aus, um sich ein Bild über die Unternehmen der privaten Hand, im Einzelfall oder im Allgemeinen, in Vergangenheit und Gegenwart zu machen? Für einen ersten Eindruck mögen solche publizierten Quellen genügen, aber bei anspruchsvollen wissenschaftlichen Untersuchungen ist es unumgänglich, auf einen breiteren Materialfundus zurückzugreifen – darunter auch archivische Quellen, die auf Grund ihres Überrestcharakters als internes Unternehmens- oder Behördenschriftgut zumeist standortgebunden, aber zugleich aus Sicht des Verfassers ungeschminkt und detailreich Zeugnis über eine vergangene Wirklichkeit ablegen.[4] Neben dem wissenschaftlichen Interesse an einer ebenso möglichst breiten wie tiefen Überlieferungslage sind bei der Archivierung aber auch die Informationsbedürfnisse des Unternehmens sowie seiner Mitarbeiter und das Interesse der Öffentlichkeit zu beachten. Insgesamt sind diese Anforderungen zu divers, als dass sie lediglich aus dem veröffentlichten Material erschöpfend befriedigt werden können, weswegen eine systematische archivische Überlieferungsbildung auch die Unternehmen der Privatwirtschaft als einen Dokumentationsgegenstand berücksichtigen muss.

Diesem Überlieferungsziel, die regionale Privatwirtschaft archivisch adäquat abzubilden, steht eine besondere Herausforderung gegenüber: Relevante Unterlagen entstehen sowohl in den Privatunternehmen selbst als auch in den öffentlichen Behörden, es handelt sich dabei einerseits um

Die Firmen der Familie Rickmers 1918–2000, Bremen 2009; Melanie Leonhard, Die Unternehmerfamilie Rickmers 1834–1918. Schiffbau, Schifffahrt, Handel, Bremen 2009.

4 Zum Überrestcharakter des Archivguts: Robert Kretzschmar, Tabu oder Rettungsanker? Dokumentationspläne als Instrument archivischer Überlieferungsbildung, in: Der Archivar 55 (2002), S. 301–306.

Geschäftsunterlagen eines Unternehmens, andererseits um *Behördenunterlagen zu einem Unternehmen*. Zumindest im Fall des amtlichen Schriftguts ist der Weg ins Archiv klar geregelt. Denn Unterlagen, die durch die bremischen Behörden geschaffen und zumeist in Form von Vorgängen oder Akten organisiert werden, unterliegen grundsätzlich einer archivischen Anbietungspflicht.[5] Nach Erledigung des Verwaltungsvorfalls bleiben diese papierenen oder mittlerweile auch elektronischen Dokumente noch eine bestimmte, in der Regel vorab festgelegte Anzahl von Jahren in einer Altregistratur, bevor sie vor der endgültigen Vernichtung bzw. Löschung dem zuständigen Archiv angeboten werden. Dann entscheiden die mit der Bewertung betrauten Archivar*innen auf Grund fachlicher Gesichtspunkte, was relevant ist und archiviert wird und was nicht. Dabei ist das Staatsarchiv Bremen für die Überlieferung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zuständig, wohingegen die Seestadt Bremerhaven ihr eigenes Stadtarchiv unterhält.

Im Unterschied zu Behörden unterliegen Wirtschaftsunternehmen, Verbände, Vereine und Privatpersonen keiner Anbietungspflicht ihrer Unterlagen – Abgaben von privater Hand an öffentliche Archive erfolgen ausnahmslos freiwillig. Dabei wird deren Benutzung gegebenenfalls privatrechtlich und damit auch jenseits des öffentlichen Archivrechts geregelt.[6] Beispielsweise ist ein Zugang zu den archivierten Unterlagen der Bremer Landesbank nur dann möglich, wenn diese Benutzung das Bankgeheimnis nicht verletzt. So gestaltet sich die archivische Überlieferungsbildung bei Geschäftsunterlagen der Privatwirtschaft als ein freies Spiel der Kräfte, bei dem ökonomische Prioritäten, juristische Bedenken oder private Vorlieben von Firmeninhabern sowie pure Zufälle eine Rolle spielen können. Alles Unwägbarkeiten, denen die öffentlichen Archive und ihre Mitarbeiter zwar mit professioneller Kommunikation und kontinuierlichem Netzwerken, persönlichem Engagement und zwischenmenschlicher Verbindlichkeit begegnen können, um die Chancen zu erhöhen, dass nennenswerte Überlieferungen angeboten werden – aber immer ohne Erfolgsgarantie.[7]

Auf die amtlichen Unterlagen besitzen staatliche Archive also einen systematischen, auf Unterlagen aus privater Hand nur einen unsystematischen Zugriff. Wenn allerdings von Seiten der Eigentümer oder der Geschäftsleitung eines Bremer Unternehmens der Wunsch besteht, die eigene, historisch wertvolle Überlieferung an einem sicheren Ort aufzubewahren, dann ist das Staatsarchiv ein wichtiger Ansprechpartner. Denn das Archiv der Handels-

5 Rechtsgrundlage hierfür sind die §§ 2 und 3 des Bremischen Archivgesetzes.

6 Vgl. zahlreiche Praxisberichte in: Marcus Stumpf und Katharina Tiemann (Hg.), Lokale und regionale Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte als Herausforderung archivischer Überlieferungsbildung, Münster 2016, und Unternehmensarchiv – ein Kulturgut? Beiträge zur Arbeitstagung Unternehmensarchive und Unternehmensgeschichte, Baden 2006.

7 Wegen dieser heterogenen Situation hat das Staatsarchiv Bremen, ähnlich wie das Stadtarchiv Nürnberg, »keine gezielte Erwerbsstrategie für Unternehmen der regionalen Wirtschaft« S. Michael Diefenbacher, Sebald, Merkur und GERA – Zur Überlieferung der regionalen Wirtschaft im Stadtarchiv Nürnberg, in: Stumpf/Thiemann (wie Anm. 6), S. 23–37, hier: S. 35.

kammer Bremen beschränkt sich auf eine Betreuung der eigenen Unterlagen und bietet den örtlichen Unternehmen keine Archivierungsmöglichkeit an.

Auch wenn manche Großunternehmen eigene, professionelle Unternehmensarchive unterhalten,[8] so können und wollen Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) solche Aufwände vielfach nicht treiben, dabei ist auch ihre Überlieferung von hohem Wert. Denn gerade KMU prägen das Wirtschaftsleben Deutschlands. Wegen scheinbar geringer Bedeutung auf die Archivierung von KMU-Unterlagen zu verzichten, käme einer kaum zu begründenden Entscheidung gleich, zu wichtigen Wirtschaftsbranchen gar keine regionale Überlieferung zu bilden. Ein solcher Ausfall wöge umso schwerer, als dass die Unternehmensgeschichtsschreibung ihr Interesse an der Erforschung von regionalen »Hidden Champions« bekundet hat – verbunden mit der Klage über die zumeist schlechte Überlieferungslage.[9] Diese Feststellung kann somit als Ansporn verstanden werden, durch eine intensive archivische Vorfeldarbeit eine Vielzahl von Unternehmensüberlieferungen diverser Branchen zu sichern.

Ohnehin geht die Unternehmensgeschichtsschreibung zumeist exemplarisch vor.[10] Auf diese Anforderung stellen sich Archive am Besten ein, indem sie gut dokumentierte Beispielüberlieferungen möglichst unterschiedlicher Unternehmen übernehmen und nutzbar machen. Anders formuliert: Wenn die Geschichtswissenschaft eine Unternehmensgeschichtsschreibung eben nicht auf Grundlage als repräsentativ geltender Samples betreibt, dann besteht für die Archive im Umkehrschluss (und entgegen mancher facharchivischer Empfehlung[11]) auch kein guter Grund, auf die Übernahme einer aussagekräftigen Überlieferung von Geschäftsunterlagen eines Unternehmens in toto zu verzichten, nur weil diese Anbietung nicht in ein in der Vergangenheit festgelegtes Bewertungsschema passt.

8 Neben dem Archiv der Sparkasse in Bremen ist als wichtiges Beispiel das Historische Archiv der Fr. Lürssen Werft in Bremen-Vegesack (HAFLW) zu nennen. Dieses wurde ab 1998 als Provenienzarchiv aufgebaut und umfasst einen Hauptbestand zur Fr. Lürssen Werft sowie weitere Bestände zu den Tochter- bzw. übernommenen Werften.

9 Vgl. Jörg Leszenski, Vielfältige Aspekte. Die moderne Wirtschaftsgeschichte und die Kommunalarchive, in: Stumpf/Tiemann (wie Anm. 6), S. 143–151, hier: S. 148–150.

10 Vgl. Werner Plumpe, Unternehmen, in: Gerold Ambrosius u. a. (Hg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte, 2. Auflage, München 2006, S. 61–94, hier: S. 83.

11 Wegen der Heterogenität und der Zufälligkeit von Unterlagenangeboten aus der Privatwirtschaft zeugt das von Peter Witschi (Öffentliche Archive und regionale Unternehmenswelten, in: Unternehmensarchive – ein Kulturgut?, Baden 2006, S. 79–87) vorgeschlagene Dokumentationsprofil zur systematischen Bewertung ganzer Unternehmensbestände (und damit auch der kompletten Nicht-Übernahme bestimmter, anderer Unternehmensbestände) zwar von profunder Sachkenntnis, geht aber an den Verhältnissen zumindest hier vor Ort vorbei. Allenfalls zur Abgrenzung von Überlieferungsstrategien zwischen Museen, Bibliotheken und unterschiedlichen Archiven mag ein solches Modell nützlich sein.

Wie sich eine solche Vielschichtigkeit in der archivischen KMU-Überlieferung reflektiert, mögen zwei Beispiele zum Wirtschaftsstandort Bremen zeigen, die auch ertragreich für Themen und Fragestellungen jenseits der jeweiligen Firmengeschichte im engeren Sinne sind: So ist die Überlieferung der Weinhandlung Reidemeister & Ulrichs eng verwoben mit der Geschichte der Familie Bömers, die zahlreiche, das öffentliche Lebens Bremens prägende Protagonisten hervorbrachte, darunter den im späten Kaiserreich und während der Weimarer Republik einflussreichen Finanzsenator Heinz Bömers. Gleichzeitig spiegeln sich in der Geschäftspolitik von Reidemeister & Ulrichs auch die Strukturen des lokalen Weinmarkts wider. Auf diesem nahm und nimmt der städtische Ratskeller bei der Vermarktung deutscher Qualitätsweine traditionell eine starke Stellung ein, weswegen sich die privaten Weinhandelsfirmen wie Reidemeister & Ulrichs auf den Import französischer Weine konzentriert haben.[12] Die Überlieferung der Firmengemeinschaft Leffers, ein zweites Beispiel, bietet tiefe Einblicke in den Textileinzelhandel hier in Bremen und in den anderen Städten, wo Familienmitglieder Betriebe errichteten. Auch für die daraus resultierenden Probleme, zwischen den unterschiedlichen Standorten dieser familiengeführten Firmengruppe einen funktional und wirtschaftlich sinnvollen Zusammenhalt sicherzustellen, sind die Geschäftsunterlagen aussagekräftig. Darüber hinaus kann dieses Schriftgut daraufhin befragt werden, wie im Milieu des norddeutschen Diaspora-Katholizismus Ende des 19. Jahrhunderts eine auch überregional erfolgreiche Unternehmensgründung gelang.

III. Die Übernahme von Geschäftsunterlagen der privaten Wirtschaft ins Archiv: Welche Unterlagen werden überliefert?

Prima facie lässt sich der inhaltliche Wert von Geschäftsunterlagen für die archivische Überlieferungsbildung aus der wesentlichen Eigenschaft von Privatunternehmen ableiten, nämlich einen kontinuierlichen, möglichst effektiven sowie gleichzeitig effizienten, insbesondere gewinnorientierten Wirtschaftsbetrieb zu unterhalten.[13] Wie alle Behörden, Vereine und sonstigen Organisationen dient jedes Unternehmen einem besonderen Zweck, nämlich: bestimmte Waren sowie Dienstleistungen arbeitsteilig herzustellen und diese auf abgegrenzten Märkten anzubieten oder nachzufragen. Wirtschaftswissenschaftlich betrachtet dienen Unternehmen dazu, Kosten zu senken, indem durch sie bestimmte Güter auf den immer gleichen Märkten verkauft oder eingekauft werden. Dabei schrumpfen durch Marktexpertise, Standardisierung, Mengenvorteile, Spezialisierung usw. diese anteiligen (Transaktions-)Kosten, die beim Herstellen und Anbieten einer bestimmten Menge der eigenen Produkte sowie beim Nachfragen von Produktionsfaktoren entstehen. Diese und andere Formen unternehmerischen Handelns,

12 Vgl. Karl Löbe, Weinstadt Bremen. 1000 Jahre Umgang mit Wein, Bremen 1981.

13 Zu den hier nicht zu diskutierenden Grenzen dieses transaktionskostentheoretischen Ansatzes in der Unternehmensgeschichtsschreibung: Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, Paderborn 2004, S. 42–62.

zum Beispiel eine Diversifikation der Produktpalette, bezwecken, einen möglichst großen Umsatz mit möglichst günstig hergestellten Produkten zu verwirklichen. Dabei sind erwünschte Nebenziele (etwa persönliche oder sogar politische Ambitionen von Unternehmern sowie Managern) ebenso wenig ausgeschlossen wie eine wissentliche Inkaufnahme auch negativer Begleiteffekte (bspw. Umweltschäden); zudem können nicht-intendierte oder unerwartete Folgen unternehmerischen Agierens auftreten, bis hin zum wirtschaftlichen Scheitern auf Grund von Fehlkalkulationen, widrigen Umständen oder Ähnlichem. Behauptet sich indes ein Unternehmen auf seinen relevanten Märkten, so sichert es sein eigenes Bestehen und damit auch die Rendite für seine Eigentümer, die Arbeitsplätze seiner Beschäftigten, die Zahlungsfähigkeit gegenüber seinen Lieferanten, die Lieferfähigkeit gegenüber seinen Kunden usw.

Entsprechend wurde festgestellt, dass »der Werkzeugkasten der Wirtschaftswissenschaftler/innen etwa bei der Analyse von Bilanzen oder Rationalisierungsstrategien natürlich ein unverzichtbares Hilfsmittel« (Ralf Ahrens) jedes Unternehmenshistorikers ist.[14] Eine verantwortungsbewusste archivische Bewertung muss in dieser Hinsicht aussagekräftige Unterlagen besonders umfassend überliefern, nämlich in einer Informationsbreite und -dichte, die über das in Geschäftsberichten und Bilanzen publizierte Datenmaterial hinausgeht. Wenn Unterlagen vorhanden sind, die zu diesem »ökonomischen Kern« des Unternehmens aussagekräftig sind (also Unterlagen zu Investitions- und anderen unternehmerischen Entscheidungen, zur Vor- und Nachkalkulation von Geschäftsvorgängen, zur »Bearbeitung« wichtiger Marktsegmente usw.), dann sollten diese ungeschmälert in die archivische Überlieferung eingehen, zumal niemand sicher sein kann, mit welchem methodischen Instrumentarium zukünftige Unternehmenshistoriker ihre Untersuchungsgegenstände behandeln werden. Verzichtbar erscheinen dagegen Kontoauszüge, Buchhaltungslisten, massenhaft gleichförmige Personalvorgänge der Nachkriegszeit usw., da diese Daten bereits in aggregierter Form in die Bilanzen, Geschäftsberichte oder aussagekräftigen Controllingunterlagen eingegangen sind.[15]

So wurden bspw. bei der Übernahme der Unterlagen der BWK Bremer Wollkämmerei AG nicht nur die Protokolle von Aufsichtsrat und Geschäftsführung sowie die Jahresberichte übernommen, sondern auch (trotz des Platzbedarfs) alle verfügbaren »Einstandsbücher«. In diesen dokumentiert sich äußerst detailliert das z. T. hoch spekulative, risikoreiche Eigengeschäft

14 Vgl. hierzu und zum Folgenden den Docupedia-Beitrag von: Ralf Ahrens, Unternehmensgeschichte, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok-1704 (abgerufen am: 8. 2. 2021).

15 Vgl. mit Praxisbeispielen: Christian Müller, Bewertung in Archiven der Wirtschaft. Praktische Erfahrungen und Kriterien zur Wertbestimmung, in: Archivalische Zeitschrift 95 (2017), S. 155–173. Noch immer grundlegend sind die Darstellung zum Schriftgut der Wirtschaft (Reininghaus) und dessen Wert (Köhne-Lindenlaub) in: Evelyn Kroker u. a. (Hg.), Handbuch für Wirtschaftsarchivare. Theorie und Praxis, 2. Auflage, München 2005, insbesondere S. 63–85 und S. 106–131.

des Unternehmens mit Wolle, zu dem sich der Vorstand öffentlich stets nur kursorisch äußerte. Wäre auf diese Geschäftsbücher verzichtet worden, könnten sich Unternehmenshistoriker über das Agieren des Unternehmens in diesem Marktsegment nur unzureichend informieren. Zugleich ist die Geschäftspolitik der BWK auch aufschlussreich für den mit Termingeschäften und Leerverkäufen operierenden, mittelständischen Bremer Wollhandel insgesamt und für den bereits im 19. Jahrhundert ebenso internationalen wie volatilen Wollmarkt.[16] Dass Aufstieg und Pleite der Nordwolle AG, dem ungleich bekannteren Unternehmen der nordwestdeutschen Wollverarbeitung, ohne diese Branchenbesonderheiten so nicht stattgefunden hätten, sei nur am Rande vermerkt.

Über das oben Umrissene hinausgehend, empfiehlt sich eine möglichst dichte Überlieferungsbildung für die Zeitabschnitte 1914–1919 und 1933–1949, da in diesen Phasen eines mehr oder minder ausgeprägten staatlichen Dirigismus zahlreiche relevante Aspekte der Unternehmensentwicklung nicht immer klar aus den Vorstandsprotokollen, Bilanzen oder Geschäftsberichten abzulesen sind. Am offensichtlichsten ist dies bei der Beteiligung von Unternehmen an der ökonomischen Vernichtung des europäischen Judentums genauso wie beim massenhaften, brutalen Einsatz von Zwangsarbeitern – entsprechende Hinweise darauf mögen sich in auf den ersten Blick uninteressant wirkender Geschäftskorrespondenz wiederfinden oder sich aus der Auswertung nachrangig erscheinender Buchhaltungs- oder Personalunterlagen ergeben.[17] Doch auch das unternehmerische Agieren auf den verschiedenen, während der Zeit des Ersten Weltkriegs, des »Dritten Reichs« und der Nachkriegszeit preisregulierten sowie durch Mengenkontingente reglementierten Märkten ist vielfach nur an Hand von Unterlagen des betrieblichen und kaufmännischen Alltags nachvollziehbar.[18]

*

Wenn man Unternehmen (wie oben) lediglich als Institutionen zum Vollzug ökonomischer Transaktionen konzipiert, so sind diese Sozialgebilde nur einseitig und lückenhaft charakterisiert. Zurecht ist darauf hingewiesen worden, dass jeder Betrieb über eine eigene sozial- und alltagshistorische Dimension verfügt. Verbunden wird dies mit dem Hinweis, dass der daraus abgeleitete Anspruch, Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte

16 Vgl. Jörn Brinkhus, Lohnkämmerei und Wollhandel – Zur Überlieferung der Bremer Wollkämmerei im Staatsarchiv Bremen, in: Brem. Jb. 89 (2010), S. 284–295.

17 So enthält bspw. der Schriftwechsel der Leffers-Firmengruppe Angebote über die »Arisierung« einzelner jüdischer Bekleidungsgeschäfte in Norddeutschland. Anscheinend ging die Firmengruppe auf keine dieser Offerten ein. StAB 7.2152 – 88 bis 90. Zum Komplex der Zwangsarbeit vgl. die noch immer grundlegenden Überlegungen von Cornelia Rauh-Kühne, Hitlers Hehler? Unternehmerprofite und Zwangsarbeiterlöhne, in: Historische Zeitschrift, Bd. 275 (2002), S. 1–55.

18 Vgl. bspw. zum Dirigismus des NS-Regimes: Ludolf Herbst, Gab es ein nationalsozialistisches Wirtschaftssystem?, in: Albrecht Ritschl (Hg.), Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex, Wirtschaftspolitik in Deutschland, Bd. 2, Berlin 2016, S. 611–644.

(auch in ihrer Erweiterung um Themen der Kulturgeschichte, der Umweltgeschichte u. Ä.) zu schreiben, empirisch nur bei einer guten Quellenlage einzulösen sei. Archivar*innen sollten dies als Aufforderung verstehen, sich ebenso um Unterlagen der Personalabteilung, des Betriebssports, des Marketings und der Werbung usw. zu kümmern, wie um die Aufsichtsratsprotokolle, Geschäftsberichte und Controllingstatistiken. Neben aussagekräftigen Unterlagen über historische Arbeitswelten und den Betrieb als Ort des Alltagslebens ergeben sich vielfach Querverbindungen zur Lokal- und Regionalgeschichte im Allgemeinen, bspw. durch Quellen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer mit ihrem Wert für die städtische Migrationsgeschichte.[19]

Dazu zwei Beispiele: Die im Staatsarchiv Bremen zum Stahlwerk Bremen (früher gehörte dieser Betrieb zum Klöckner-Konzern, mittlerweile zu Acelor-Mittal) verwahrten Unterlagen entstammen überwiegend der Provenienz des Betriebsrats und geben damit – wenig überraschend – detailliert Aufschluss über die Zusammensetzung und das Agieren dieses Gremiums sowie über das Verhältnis zwischen Belegschaft und Arbeitgeber, über betriebliche Tarif- und Sozialpolitik und über die Möglichkeiten und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung, gerade bei grundsätzlichen Fragen in einem von einem heftigen Strukturwandel betroffenen, altindustriellen Großbetrieb. Seit den 1950er-Jahren war der Großteil des Betriebsrats links der SPD positioniert. Für die 1970er- und frühen 1980er-Jahre haben die Auseinandersetzungen verschiedener Fraktionen innerhalb dieses Gremiums und innerhalb des Werks ein reichhaltiges Material, zum Beispiel zu den Wahlkämpfen zum Betriebsrat, hervorgebracht, das nicht nur als Teil der Unternehmensgeschichte ausgewertet werden kann. Exemplarisch bündelten sich in diesem betrieblichen Mikrokosmos nämlich auch verschiedene historische Formen von Protest und Linksradikalismus in der Bundesrepublik. Quasi als »Beifang« wurden geschlossene Reihen von Gremienprotokollen der Ortsverwaltung Bremen der IG Metall übernommen, die im Hinblick auch auf andere Industriebetriebe in Bremen und Norddeutschland aussagekräftig sind.[20]

Das zweite Exempel, die Überlieferung der Kaffee Handels-AG, ist ganz anders gelagert. Als Vorreiter auf dem Gebiet des koffeinfreien Kaffees spiegelt sich in diesen Unterlagen eine bedeutende Facette deutscher Konsumgeschichte wider, die weit über eine reine unternehmensbezogene Markengeschichte hinausgeht. Untrennbar mit Ludwig Roselius als Innovator und schillernder Unternehmerpersönlichkeit verbunden ist das kulturgeschichtliche Potential der Unternehmensgeschichte, dokumentiert in den Unterlagen zu Werbung, Marketing und Corporate Design, bisher höchstens angerissen.

19 Vgl. bspw. Sarah Hackett, Foreigners, Minorities and Integration. The Muslim immigrant experience in Britain and Germany, Manchester 2013, die intensiv mit Geschäftsunterlagen des Bremer Vulkan gearbeitet hat.

20 Die relevanten Bestände sind: StAB 7.1116, 7.1155 und 7.2028. Zur Unternehmensgeschichte: Karl Lauschke, Widerstand lohnt sich! Die Geschichte der Bremer Hütte – oder: Wieso wird heute noch Stahl in Bremen produziert?, Hamburg 2017.

Die Unternehmensgründung basierte nämlich auf der Geschäftsidee, den Kaffee für die zunehmend gesundheitsbewusste, sich gleichzeitig hoch gestresst fühlende Mittelschicht des wilhelminischen Deutschlands als ein Gesundheitsprodukt neu zu erfinden.

Im »Zeitalter der Nervosität« (Joachim Radkau) durfte dieses Genussmittel trotz seiner anregenden (Neben-) Wirkung nicht länger nur maßvoll konsumiert, vielmehr konnte es nun scheinbar unbegrenzt getrunken werden. Seinen Niederschlag fand dieser Anspruch in Werbeslogans wie »Stahlharte Nerven – durch Sport und Kaffee HAG«, was als ein Vorgang strategischer Markenkommunikation vielleicht mit der ebenso durchdachten Popularisierung des Kekses, einer ursprünglich britischen Erfindung, durch den Hannoveraner Unternehmer Bahlsen vergleichbar ist.[21] Doch auch zur Kolonialgeschichte ergeben sich Querbezüge und dies nicht nur, weil die Anbaugebiete des Kaffees außerhalb Europas lagen. Mit KABA vermarktete HAG seit 1929 ein eigenes Kakao-Bananen-Mischgetränk, das mit seiner Selbstbezeichnung »Plantagentrank« ebenso wie mit den Motiven seiner Werbeplakate eine Überseenostalgie aufrief, für welche die Werbestrategen des Unternehmens, mutmaßlich wegen des in der Weimarer Republik in breiten Gesellschaftsschichten verankerten Kolonialrevisionismus, zurecht einen verkaufsfördernden Resonanzboden erwarteten. Flankiert wurden die Bewerbung und der Vertrieb beider Markenartikel durch eine schlagkräftige Rechtsabteilung, die jeglichem, das Markenimage gefährdendem Verhalten durch Geschäftspartner, Konkurrenten oder Dritte entgegentrat. Im Zusammenspiel mit einer bis 1973 wirksamen Preisbindung sicherten diese öffentlichkeitswirksame Pflege des Markenwerts sowie dessen juristische Verteidigung Umsätze und Gewinne.

Beispielhaft und eindrücklich vermittelt die archivische Überlieferung der HAG somit, dass und wie die Produkte von Unternehmenstätigkeit und die entsprechenden warenkundlichen Geschäftsunterlagen im Einzelfall einen kulturellen Eigenwert besitzen. Denn manchmal sind die Produkte eines Unternehmens mehr als profane Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns oder Zweckmittel, um eine Gewinnerzielungsabsicht zu verwirklichen. Als Kulturphänomene verdienen solche Güter eine eigene wissenschaftliche Beschäftigung – was eine umfassende Archivierung relevanter Quellen erfordert und rechtfertigt. Im Sinne des Eingangszitats dieses Beitrags gilt allerdings auch bei solchen kulturgeschichtlich interessanten Quellen, dass ihr Aussagewert dann steigt, wenn sich ein Forscher ebenso über die Geschäftstätigkeit des Unternehmens informieren kann, das diese warenkundlichen Unterlagen hervorgebracht hat. Deswegen wurden zur 1829 gegründeten

21 Vgl. Joachim Radkau, Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998. Zur Unternehmensgeschichte bspw. Sönke Hundt, Kaffee HAG oder Woher das Geld kam, in: Hans Tallasch (Hg.), Projekt Böttcherstraße, Delmenhorst 2002, S. 221–235, sowie Svenja Kunze, »Kaffee HAG schont Ihr Herz«. Zur Entstehung und Entwicklung eines klassischen Markenartikels in der deutschen Kaffee-Branche 1906–1939, in: Hamburger Wirtschafts-Chronik, NF 4 (2004), S. 85–120.

Silberwarenfabrik Koch & Bergfeld nicht nur die einschlägigen, kunstgeschichtlich wertvollen Musterbücher übernommen, die Aufschluss über das Design im Laufe der Jahrzehnte geben. Als Ergänzung sind ebenso die Geschäftsunterlagen wichtig, um besser nachzuvollziehen, ab wann und wieso sich die einstmals blühende, fabrikmäßige Bremer Silberwarenherstellung ab 1970 auflöste und zu kleinen Manufakturbetrieben schrumpfte.[22]

•

Fortwährender Wandel kann auch als ein Leitmotiv der Entwicklung der maritimen Wirtschaft in Bremen gelten, was zahlreiche Archivbestände dokumentieren. Dazu gehört die Überlieferung der Großwerft Bremer Vulkan, die nach dem von juristischen Ermittlungen begleiteten Konkurs des Konzerns ins Staatsarchiv Bremen gelangte, einschließlich von Unterlagen der Vorgängerfirmen Johann Lange und H. F. Ulrichs; neben dem Schriftgut zu landwirtschaftlichen Gütern bilden beide die vermutlich ältesten Überlieferungen zu großbetrieblicher Produktion in Bremen. Vor wenigen Jahren sind auch die noch bei der Staatsanwaltschaft befindlichen Restakten abgegeben worden, so dass zum Ende der Großwerft jetzt in dessen eigenen Unterlagen recherchiert werden kann. Außerdem sind die audiovisuellen Medien mittlerweile digitalisiert, darunter Mitschnitte von Führungskräftetagungen aus den frühen 90er-Jahren. Zählt man das relevante behördliche Archivgut hinzu, so ist wohl keine Geschichte eines Bremer Unternehmens archivisch derartig quellenreich überliefert.

Diese für den Wissenschaftler komfortable Materialdichte unterscheidet sich deutlich von der disparaten Überlieferungslage zum Norddeutschen Lloyd. Vor der Fusion mit der Hapag versandeten zahlreiche Versuche, die historisch relevante Überlieferung dieser im 19. Jahrhundert gegründeten Großreederei zu übernehmen. Mit der Auflösung des noch in Bremen beheimateten Reisebüros gelangte zumindest die für Public Relations-Zwecke genutzte historische Sammlung ins Staatsarchiv Bremen. Eine vor einigen Jahren unternommene Recherche ergab, dass bei der Hapag-Lloyd AG von einer weiteren NDL-Überlieferung nichts bekannt ist, und auch an das Staatsarchiv Hamburg wurden keine nennenswerten Unterlagen Bremer Provenienz abgegeben.[23] Als Ergänzung sind freilich Nachlässe von NDL-Managern sowie Einzelstücke aus privater Hand relevant. Zumindest teilweise können diese Überlieferungslücken durch die Eigenpublikationen des Unternehmens und die weitere Wirtschaftspublizistik geschlossen werden.[24] Ein anderer großer Reedereibestand des Staatsarchivs Bremen hat bisher nur wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen: die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft

22 Vgl. zur Branche: Lena Fellmann, 200 Jahre Wilkens Bremer Silberwaren. Zur Geschichte eines bremischen Familienunternehmens, in: Brem. Jb., Bd. 89 (2010), S. 167–229.

23 Vgl. dazu die Korrespondenz in der Dienstakte StAB 258-752-06.

24 Relevant sind die Nachlässe von H. H. Meier (StAB 7.16), Rudolph Firle (StAB 7.8), Hermann Gerleff (StAB 7.86) und Arnold Rehm (StAB 7.99) sowie Franz Stickan (StAB 7.38). Zu den NDL-Publikationen vgl. das Findbuch StAB 7.100.

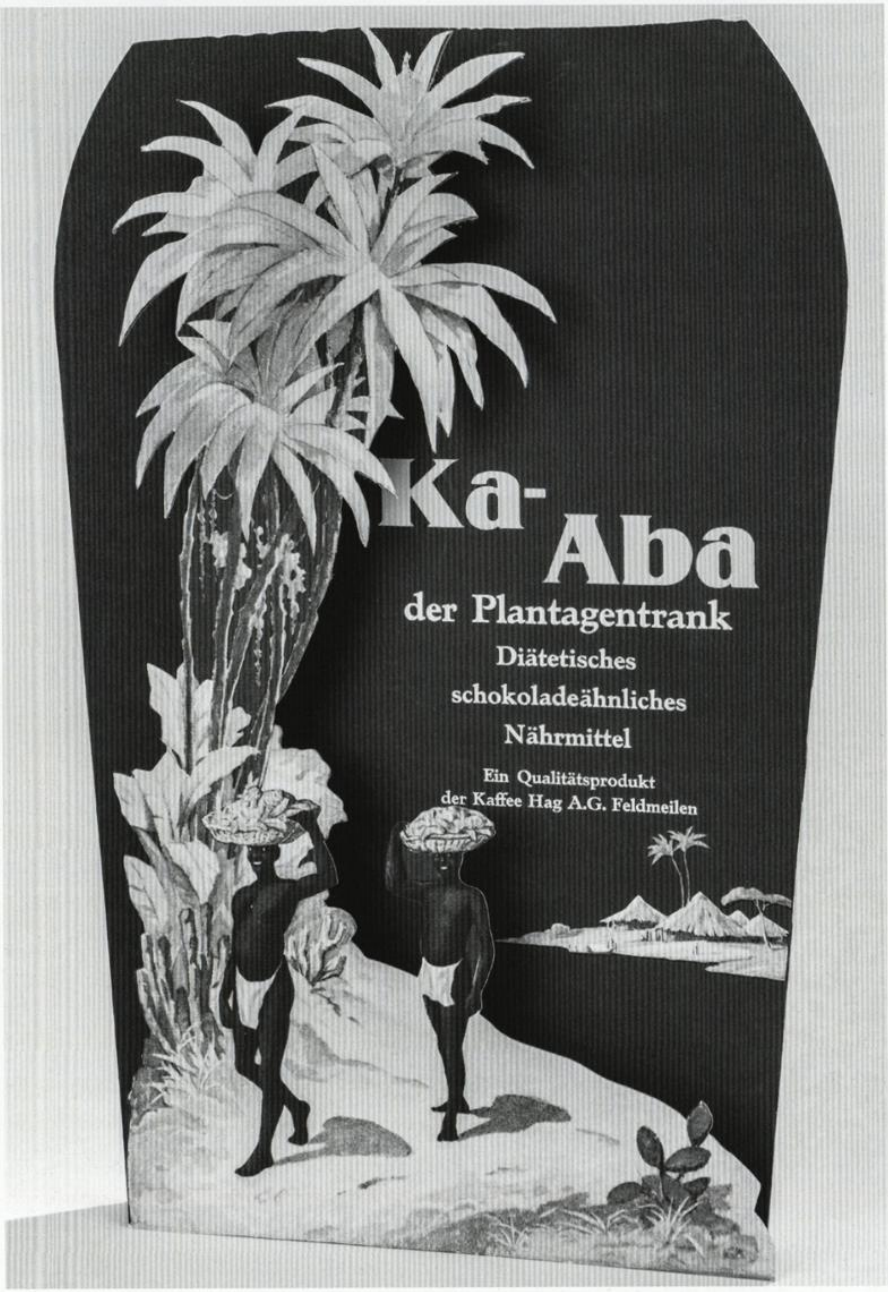


Abb.: In der Schweiz für KABA genutzter Werbeaufsteller, 1936

Hansa, die ihren Geschäftsschwerpunkt auf den Schwergüterverkehr legte und einen intensiven Linienverkehr nach Indien samt Zwischenstationen im Mittleren Osten unterhielt. Weil auch die zahlreichen Tochtergesellschaften und Stützpunkte im Ausland gut dokumentiert sind, kann die Geschichte dieses grenzüberschreitend tätigen, mittelständischen Unternehmens, das 1982 liquidieren musste, da wegen der iranischen Revolution zahlreiche Geschäftskontakte abrissen, auch in einer globalhistorischen Perspektive bearbeitet werden.

Zu den Besonderheiten von Werft- und Reedereibeständen gehört eine ausführliche Dokumentation einzelner Schiffe. Neben dem technikgeschichtlichen Interesse an den in ihrer Komplexität am ehesten mit Produkten des Anlagenbaus vergleichbaren Wasserfahrzeugen (wie Christian Ostersehlte ausgeführt hat) existiert eine rege Forschung, die Schiffe als kulturgeschichtliche Objekte mit Individualcharakter ernst nimmt und entsprechende Beiträge über diese Fahrzeuge, ihre Entstehung und Nutzung verfasst – eine Wertschätzung, die sich gesellschaftlich auch darin spiegelt, dass alte Schiffe als mobile Denkmäler anerkannt werden.[25] In einer modernen Unternehmensgeschichtsschreibung der Werften, Reedereien und anderer maritimer Betriebe sollten diese Einzelobjekte deswegen einen angemessenen Platz finden. Als hochpreisige Investitionsgüter, die als Einzelstücke oder in Kleinserie gefertigt werden, können die Produktion und der Verkauf bzw. der Einkauf und die Nutzung dieser meistens unikalen Betriebsmittel die Unternehmensentwicklung insgesamt beeinflussen, weswegen sie nicht nur in den behördlichen Unterlagen (Schiffsregister, Seemannsamt usw.), sondern auch in den Unternehmensüberlieferungen angemessen archiviert werden.

Die Bedeutung und Eigenheiten einer Schiffsflotte spiegelt sich nicht nur in der Überlieferung dreier Bremer Traditionsreedereien, nämlich den Firmen F. A. Vinnen & Co. sowie D. H. Wätjen & Co. und der DDG Neptun wider. Auch die Unterlagen der Beluga Shipping GmbH (nach der Insolvenz 2011 übernommen) enthalten interessantes Material zu den genutzten Schiffen, gerade weil anspruchsvolle Projekt- und Schwergutfracht als Hauptbetätigungsfeld dieser Reederei besondere funktionale Anforderungen an den Schiffsbestand stellte. Zudem wurden mit der Nutzung der Nordostpassage sowie der Erprobung des sogenannten SkySails-Systems (letzteres ist ein Zugdrachensystem zur Reduzierung des Treibstoffverbrauchs) nautische Innovationen erprobt. Zu den im Staatsarchiv Bremen überlieferten Reedereibeständen zählt auch die RF Reedereigemeinschaft Forschungsschiffahrt GmbH in Bremen, die von der Unterweser Reederei 1975 als ein gemeinsames Tochterunternehmen mit der VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel Gesellschaft gegründet wurde und bis in die 1990er-Jahren hinein zahlreiche Forschungsschiffe bereederte.[26]

25 Vgl. Christian Ostersehlte, KAISER FRIEDRICH (1998). Zur Problematik eines Schnelldampfers des Norddeutschen Lloyd, in: Brem. Jb., Bd. 83 (2004), S. 127–180, hier: S. 133. Zum Feld Denkmalpflege und maritime Kultur bspw.: Dirk J. Peters und Hartmut Bickelmann (Hg.), Hafenlandschaft im Wandel, Bremerhaven 2000.

26 Dagegen wird der unverzeichnete, aber geordnete Altbestand der URAG im Umfang vom 10 lfd. Metern vom Förderverein des Wrack- und Fischereimuseums

Im Bereich der Hafenwirtschaft hat die halb-öffentliche Bremer Lagerhaus-Gesellschaft bisher keine Unternehmensüberlieferung im Staatsarchiv Bremen hinterlegt.[27] Diese Lücke wird ein Stück weit durch die Unterlagen der mittelständischen Stauerei D. Heinrichs & Co. geschlossen. Denn diese Geschäftsunterlagen enthalten unter anderem zahlreiche Informationen zur Branche und dem Markt für Hafendienstleistungen, inklusive Quellen zum Agieren der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft als größtem Konkurrenten, aber auch zu einer Kooperation und Koordinierung der mittelständischen Hafenwirtschaft. Einen hohen Quellenwert besitzt zudem die Überlieferung des Bremer Rhedervereins, der 1884 unter dem Vorsitz des Gründers des Norddeutschen Lloyds, H.H. Meier, als »Verein der Rheder des Unterwesergebiets« gegründet wurde. Diese Verbandsüberlieferung bietet nicht nur die Chance, Themen der maritimen Wirtschaft unternehmensübergreifend und im Längsschnitt zu verfolgen. Außerdem bündeln sich in der Korrespondenz des Rhedervereins zahlreiche Informationen, auch zu anderen Organisationen der maritimen Wirtschaft wie bspw. dem Nautischen Verein, deren Überlieferung zum Teil ebenso im Staatsarchiv Bremen liegt.

Das letzte Beispiel dieses Kapitels, die Überlieferung der FBG Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH aus Bremerhaven, stellt einen Sonderfall dar. Als Privatgesellschaft gegründet, aber vollständig von der öffentlichen Hand kontrolliert, erledigte diese GmbH die öffentliche Aufgabe, den Fischereihafen im Stadtteil Geestemünde baulich zu unterhalten und ggf. zu erweitern sowie den Umschlagbetrieb für die einkommenden Fischer zu organisieren. So schuf diese bremische Gesellschaft Rahmenbedingungen für die regionale Fischwirtschaft, ohne, im Unterschied etwa zur Bremen-Vegesacker Fischerei-Gesellschaft, eine eigene Fangflotte zu betreiben.[28] Da sich die FBG um öffentliche Strukturpolitik kümmerte, ähneln manche ihrer Geschäftsunterlagen inhaltlich dem amtlichen Schriftgut.

IV. Die behördlichen Unterlagen zur Privatwirtschaft: eine Ergänzungs- und Ersatzüberlieferung – oder mehr als das?

Scheinbar besitzen Behördenunterlagen zur privaten Wirtschaft einen lediglich begrenzten Wert. Denn im amtlichen Archivgut bilden sich nur jeweils einzelfallbezogen und selektiv Informationen zu einem bestimmten Unternehmen ab, je nachdem, welche Angaben als sachverhaltsrelevant für die Durchführung des jeweiligen Verwaltungsvorgangs galten, zu dessen Doku-

Windstärke 10 in Cuxhaven verwahrt. Anfragen u. Ä. sind an das Museum zu richten.

27 Freilich spiegelt sich die Wirtschaftstätigkeit der BLG in der Überlieferung des Hafensenators StAB 4.33/1 und 2.

28 Auf die komplexe Organisationsgeschichte der FBG vor 1945 kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Die Geschäftsunterlagen der Bremen-Vegesacker Fischerei-Gesellschaft sind überliefert in StAB 7.2011. Auch das Stadtarchiv Bremerhaven verwahrt Überlieferungen mit fischwirtschaftlichem Schwerpunkt (Fischwerke »Brema«, GEG Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH Hamburg, Sparte Fischversand u.a.).

mentation die später als archivwürdig eingeschätzten Unterlagen angefertigt wurden. Entsprechend überliefern Handelsregisterakten andere Informationen als die Gewerbeaufsichtsverfahren, aber von beiden Typen von Verwaltungsvorgängen sind nicht mehr als unzusammenhängende Schlaglichter auf eine komplexe Unternehmensentwicklung zu erwarten.

Gerade im Fall der zahlreichen KMU, deren Geschäftsunterlagen nicht archiviert werden, können solche vereinzelten Behördenunterlagen allerdings schmerzliche Überlieferungslücken schließen. Freilich ist der Forscher darauf angewiesen, die verschiedenen, ein Unternehmen betreffenden Archivalien unterschiedlicher Provenienz, buchstäblich von der Unternehmensgründung über Bauordnungsangelegenheiten bis zur Insolvenzregelung, zusammen auszuwerten. Idealerweise lassen sich so einige Grunddaten und eine – natürlich zufällige – Auswahl von Nachrichten über relevante Einzelaspekte der Unternehmensgeschichte zusammenstellen.

Bei der Überlieferungsbildung über die Privatwirtschaft verkehrt sich somit das aus facharchivischer Sicht gewohnte Verhältnis von amtlicher zu nicht-amtlicher Überlieferung in sein Gegenteil: Eigentlich stellen Behördenunterlagen die Hauptüberlieferung der staatlichen Archive dar, zu deren Abrundung Unterlagen aus privater Hand als Ergänzungsdokumentation übernommen werden (bspw. Nachlässe von Politikern oder leitenden Verwaltungsbeamten). Im Fall der Privatwirtschaft bilden die Geschäftsunterlagen der Unternehmen, und nicht das amtliche Schriftgut, die wertvollen Hauptquellen, während den Behördenunterlagen ein Wert als Ergänzungsdokumentation zukommt.[29] Dazu ein Beispiel: Mitte der 80er-Jahre wurde, mit umfangreicher Unterstützung der öffentlichen Hand, die Reederei »Senator Linie« gegründet, die als ein Container-Round the world-Service von Bremerhaven aus nicht nur eine Lücke im Logistikangebot füllen sollte, sondern auch als Charterer für einige von ihrer Muttergesellschaft, dem Bremer Vulkan, gefertigte Schiffe fungierte – und so mithalf, die Produktionskapazitäten des Werftenverbunds auszulasten. Zu diesem Versuch des Landes Bremen, mit schifffahrtspolitischen Mitteln Industriearbeitsplätze zu sichern und Beschäftigungspolitik zu betreiben, lässt sich äußerst ergiebig aus diversen Behördenunterlagen recherchieren, zumindest über die Geschäftsgründung und die ersten Jahre der Reedereitätigkeit.[30]

Gerade wenn zu einem Privatunternehmen nur eine Splitterüberlieferung originärer Geschäftsunterlagen vorliegt, kann eine notgedrungen disparate Gesamtheit unterschiedlicher Verwaltungsvorgänge zu einem Unternehmen, wie bspw. dem Norddeutschen Lloyd, eine durchaus relevante Ergänzungsüberlieferung bilden.[31] Bisweilen bieten Behördenunterlagen auch Informationen über zeitliche Abschnitte der Firmengeschichte, zu denen der

29 Sabine Eibl, Artikel Ergänzungsdokumentation, www.archivschule.de/uploads/forschung/archiwissenschaftlicheterminologie/terminologie.html, aufgerufen am 21.6.2021.

30 StAB 4.35/2 – 2725 bis 2735.

31 Zum Folgenden: Eine Recherche in der Archiv-IT ARCINSYS ergibt mehr als 2.700 Treffer zum NDL aus anderen Beständen, wohingegen die eigentliche

Erhellendes: Der Grundsatzentscheidung für die Serienfertigung von Großschiffen setzte der Betriebsrat keinen Widerstand entgegen, schließlich versprach eine Partizipation am erhofften Tankerboom auch erhöhte Verteilungsspielräume. Vor dem Hintergrund mehrerer gescheiterter Sanierungspläne brachen Ende der 1970er-Jahre schwere Konflikte auf. Der Betriebsrat unterstützte Entscheidungen des Managements ebenso wenig wie er der von der IG Metall mitgetragenen konzertierten Aktion zur Umgestaltung der Schiffbaubranche noch länger vertraute. Gleichzeitig trat auch die Fragmentierung der Belegschaft in unterschiedliche, sich auf ihre eigenen Interessen konzentrierende Gruppen deutlich hervor, nämlich in Arbeiter und Angestellte sowie die Beschäftigten in Gröpelingen und in Bremerhaven. Dazu passt auch, dass sich neben gut organisierten Streiks im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen nur individuelles, abweichendes Verhalten (etwa unkorrekte Abrechnung von Arbeitszeiten) feststellen lässt, aber keine »wilden« Streiks, in denen die geltenden Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt wurden.

M. E. greift allerdings die Reduzierung der IG Metall auf ihre systemstabilisierende Funktion und die Charakterisierung ihrer Funktionäre als hauptsächlich an der Bewahrung der »eigenen Privilegien und Positionen« (S. 426) interessiert deutlich zu kurz. So hat Johanna Wolf in ihrer Promotion (Assurances of Friendship. Transnationale Wege von Metallgewerkschaftern in der Schiffbauindustrie, 1950–1980, Göttingen 2018) herausgearbeitet, dass die IG Metall bereits in den 60er-Jahre eine klare Diagnose der zukünftigen Strukturprobleme des deutschen Schiffbaus vorlegte, bei den Betriebsräten damit aber auf wenig Interesse stieß. Zudem: Der Bewertung, dass die AGW ein Beispiel »für die erfolgreiche Pazifizierung des Klassenantagonismus im keynesianischen Kapitalismus« (S. 427) sei, kann man die verlustreiche Liquidierung des Unternehmens und die daraus folgende – zumindest kurzfristig – drastischen Arbeitslosigkeit entgegenhalten.

Denn mit erfolgreichem mikroökonomischen oder wirtschaftspolitischen Krisenmanagement überzeugten weder die Betriebsleitung oder die Konzernspitze noch die Gewerkschaftsfunktionäre oder die Bremer Landespolitik, selbst wenn (so habe ich den Text verstanden) die Autorin es offenkundig als einen von diesen Akteuren gemeinsam gewollten Mindesterfolg verbucht, dass von der 1983 erfolgten Liquidierung des Betriebs keine nachhaltigen, systemkritischen Impulse für eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ausgingen. Gleichwohl arbeitet die Untersuchung mit klarem Blick für die wichtigen Details die Geschichte der erfolglosen Proteste und der Besetzung der AGW heraus, auch in ihrer transnationalen Perspektive – schließlich wurden die Bremer Aktivisten von der Besetzung der Leninwerft in Gdansk inspiriert.

Für an der Geschichte der AG »Weser« und der maritimen Wirtschaft interessierte Leser ist diese Studie vorbehaltlos zu empfehlen. In instruktiver Weise informiert die Verfasserin über die Arbeit auf einer Großwerft der 1970er-Jahre und liefert darüber hinaus wichtige, neue Erkenntnisse zur Geschichte eines wichtigen Bremer Unternehmens. Vielleicht hätten diese Ergebnisse noch klarer und in der Darstellung redundanzfrei herausgearbeitet werden können, wenn sich die Autorin für eine chronologische statt für eine thematische Gliederung entschieden hätte, allerdings um den Preis, dann die Vergleichsperspektive (deren interessante Ergebnisse aus Platzgründen hier nicht näher ausgeführt werden können) nicht systematisch und konsequent entfalten zu können. Dass manche ihrer Bewertungen diskutabel sind, kann als ausdrückliches Positivum dieser auch gut geschriebenen Doktorarbeit gesehen werden.

Jörn Brinkhus

innerhalb derer die konkreten betrieblichen Arbeitsprozesse organisiert wurden. Einzelne, missverständlich formulierte Einschätzungen zum zwischenzeitlich bestehenden Deschimag-Konzern (S. 13, 103) fallen demgegenüber nicht ins Gewicht. Auch die Ausführungen zur AGW in den 1970er- und 1980er-Jahren bleiben im Rahmen des Bekannten, gleichwohl stellt ihre Publikation einige interessante Details heraus: Noch bis in die 1960er-Jahre hinein betrieb die AGW eine breite, schiffbaufremde Fertigung, bevor das Unternehmen, von Beispielen aus Japan inspiriert, eine Produktspezialisierung und Typenfertigung anstrebte (die in Gdansk im Übrigen in anderer Weise bereits praktiziert wurde). Doch entgegen mancher öffentlicher Äußerungen wurde der Geschäftsleitung der AGW schon bald bewusst, dass ihre Konzentration auf den Bau von Großtankern und insbesondere die daraus abgeleitete Investition in den Ausbau eines (nie ausgenutzten) Großhelgens drastische Fehlentscheidungen waren. Dass der daraus resultierende Kostendruck die Entscheider u. a. zur Schließung der Forschungs- und Entwicklungsabteilung veranlasste, ist im Nachhinein bemerkenswert. Die Verhandlungen um eine mögliche Fusion mit dem Bremer Vulkan und die 1982/83 gescheiterte Rettung des Unternehmens schildert die Autorin auf der Grundlage bisher nicht ausgewerteter Archivalien aus unterschiedlichen Archiven und Beständen.

Ohnehin hat die Verfasserin die ältere Literatur bremischer Autoren (Peter Kuckuk, Heinz-Gerd Hofschen, Renate Meyer-Braun usw.) gründlich ausgewertet und für ihre Arbeit fruchtbar gemacht sowie darüber hinaus, m.W. erstmalig in der jüngeren Forschungsliteratur, die differenzierten, zeitgenössischen Analysen Heiner Heselers herangezogen und sich mit der betriebssoziologischen Forschungsliteratur auseinandergesetzt.

Sodann beschäftigt sich die Vf. in überzeugender Weise mit dem Arbeitsprozess auf der AGW und dessen technologischem Wandel, der Belegschaft und ihrer Sozialstruktur (u. a. der Diskriminierung migrantischer Arbeitnehmer), der Entwicklung von Arbeitszeit und Entlohnung, insbesondere dem Übergang vom Akkordlohn zum Programmlohn, da letzterer als das für die Serienfertigung adäquate lohnpolitische Instrument galt. Ausgehend von der Frage »Fließbandproduktion von Schiffen?« analysiert die Arbeit den projektierten Übergang zur Serienfertigung von Großschiffen mittels Sektionsbauweise und das darauf abzielende Investitionsprogramm sowie die Reaktion auf das Scheitern dieser geschäftspolitischen Entscheidung. Im Ergebnis verfügte die AGW Mitte der 70er-Jahre über kein funktionierendes Geschäftsmodell. Angesichts einer unfokussierten Produktpalette halfen eine schnelle Abfolge von Umstrukturierungen ebenso wenig weiter wie Kostensenkungen durch Beschäftigungsabbau. Dabei ist über die Darstellung hinausgehend zu vermuten, dass ein kostspieliges Nebeneinander von Kurzarbeit und Überstunden sowie der Einsatz von Fremdfirmen und Leiharbeitern die durch eine Reduzierung der Stammbelegschaft erzielten Kostenvorteile wiederum erheblich minderten. Differenziert fächert die Studie den Arbeitsalltag in den 1970er-Jahren auf: Zwar konnten manche der gesundheitlichen Belastungen, unter denen Werftarbeiter litten, durch die technische Modernisierung der Bremer Werft reduziert werden, die damit verbundene Rationalisierung der Betriebsabläufe resultierte aber in einer Arbeitsverdichtung, mit Arbeitsunfällen als Nebenfolge.

Den Arbeitsbeziehungen auf der AGW widmet die Verfasserin eine facettenreiche Schilderung. Das Agieren des Betriebsrats bei Tarifverhandlungen und Mitbestimmungsfragen, die personelle Verschränkung mit der IG Metall und der Bremer SPD, die Auseinandersetzung mit kommunistischen und anderen linksradikalen Betriebsgruppen werden ausreichend ausführlich dargestellt. Auch im Hinblick auf die schwierige Unternehmensentwicklung der AGW liefert dieser Abschnitt

in Gdansk zwischen 1968 und 1983. Dabei fragt die Verfasserin, wie sich Arbeits- und Betriebsverhältnisse auf beiden Seiten des »Eisernen Vorhangs« angesichts von technischen Innovationen veränderten, inklusive der möglichen Folgen wie Rationalisierung, Veränderung der Beschäftigungsstruktur, Proteste und andere Reaktionen der Belegschaften.

Sich auf den Arbeitsprozess und die Arbeitsorganisation zu konzentrieren und dessen Wandel einschließlich seiner Ursachen und Konsequenzen zu analysieren, ist eine sinnvolle Perspektivierung beider Untersuchungsgegenstände, schließlich agierten die zwei Unternehmen in sehr unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen: soziale Marktwirtschaft bundesdeutscher Prägung einerseits, mehr oder weniger zentralisierte, sozialistische Planwirtschaft andererseits. Zu Recht sieht Frau Graber Majchrzak die Gefahr, einen staatssozialistischen Betrieb einseitig an Maßstäben des westlichen Kapitalismus zu messen. Ob die Autorin für ihre Promotionsschrift allerdings mit der nur noch von einigen neomarxistischen Emeriti vertretenen Regulationstheorie einen guten Griff aus der Vielzahl möglicher Theorieangebote gemacht hat, soll hier nicht weiter vertieft werden. Für die eigentliche Analyse spielen diese übergreifenden, deduktiven Sozialtheorien dann auch nur eine nachgeordnete Rolle.

Weitaus wichtiger für die konkrete Beschreibung und Analyse beider Betriebe ist der Terminus des Produktionsregimes, der den Untersuchungsgegenstand in ein produktives Verhältnis zu zeitgenössischen Leitvorstellungen des Fordismus (Fließbandfertigung) und des Taylorismus (Normierung von Arbeitsschritten) setzt, wobei diese Konzepte in Werftbetrieben wegen der Konzentration auf als Einzelstücke oder in Kleinstserien gefertigte, hochpreisige Investitionsgüter, nämlich Schiffe, nur begrenzt zu den Arbeitsprozessen passten. In diesem Sinne bietet die Publikation eine Geschichte über Arbeit und über Arbeiter ab 1970 am Beispiel von Schiffbaugroßbetrieben in West und Ost, während die unternehmenshistorischen Forschungserträge auch interessant und wichtig sind, aber Nebenprodukte bleiben.

Da sich die Rezension im Folgenden auf die Ergebnisse zur AGW konzentrieren wird, folgen an dieser Stelle einige Bemerkungen zur Leninwerft in Gdansk: Es ist der Verfasserin zu danken, dass sie intensiv polnischsprachige Literatur und Quellen sowohl über die Entwicklung der polnischen Schiffbaubranche nach 1945 als auch über die wichtigste Werft des Landes auswertet und so einen unternehmens- wie schifffahrtsgeschichtlich interessanten Betrieb vorstellt, der einem breiten Publikum ansonsten auf Grund der Sprachbarriere verschlossen wäre. Auch gelingt es ihr, interessante Schlaglichter auf die berufliche Tätigkeit Lech Walesas zu werfen, bevor dieser im Untergrund die Gründung einer freien Gewerkschaft initiierte. Bemerkenswert fand der Rezensent, wie intensiv die polnischen Werften bereits vor 1990 mit dem Weltmarkt verbunden waren, weswegen sie in ähnlicher Weise unter Konjunkturen und Rezessionen der Branche litten wie die Großwerften Norddeutschlands. Deswegen bedeuteten die Ölpreiskrise und die Wechselkursturbulenzen seit den 1970er-Jahren auch für einen staatssozialistischen Werftbetrieb in der Volksrepublik Polen erhebliche Schwierigkeiten. Nur am Rande erwähnt sei, dass ein Vorgängerbetrieb der Leninwerft, die Danziger Schichauwerft, nach 1945 in Bremerhaven als Flüchtlingsbetrieb neu gegründet wurde.

Der Behandlung ihres thematisch (und nicht chronologisch) gegliederten Hauptgegenstands, nämlich die Arbeitsverhältnisse auf Großwerften in Ost und West, hat die Autorin einen Überblick zur Entwicklung des Schiffbaus als »Montagebranche« (S. 46) in der Bundesrepublik und in Polen nach 1945 sowie zwei geraffte Unternehmensgeschichten vorweg gestellt. Diese Kapitel informieren den Leser solide und ausreichend detailliert über die wesentlichen Rahmenbedingungen,

mitunter angeführt, zur Beweissicherung und damit Untermauerung für künftige Diskussionen ist dies aber zu wenig.

Fockes Forschungsleistungen in mittlerweile zwei Jahrzehnten Publikationstätigkeit beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Passagier- und Frachtschifffahrt. Lokalpatriotische Scheuklappen und anti-hamburgische Animositäten sind ihm dagegen fremd.

Angesichts eines insgesamt positiven Urteils dürfen dennoch ein paar kritische Annotationen angebracht werden. Kenntnisreich werden die Passagier- und Frachtschifffahrt dargeboten, sinnvollerweise erstreckt sich bei den Cruise Linern die Betrachtung bis zur EUROPA von 1981, und mit einem sehr breiten Pinsel wird das Nebeneinander bremischer und Hamburger Passagierschifffahrt vor 1970 ausgemalt, einschließlich einer aus einer früheren Veröffentlichungen bekannten und damit für die Nachwelt an anderer Stelle gesicherten Anekdote über den aus Hamburg stammenden und den Bremern nicht gerade gewogenen Hapag-Lloyd-Chef Kruse (S. 133). Hier hätte gekürzt und gestrafft werden müssen, um Raum für andere Aspekte der Fusion zu gewinnen, die leider ein wenig zu kurz gekommen sind. Dies bezieht sich etwa auf die in Hannover beheimatete Fluggesellschaft von Hapag-Lloyd mit ihrer Boeing 727-Flotte, zu der jedoch wohl noch einiger luftfahrtgeschichtlicher Forschungsbedarf besteht. Ein weiteres Stiefkind ist die Werft in Bremerhaven, über die zwar einige Literatur vorhanden ist, deren Quintessenz aber etwas breiter hätte referiert werden müssen. Die durch die 1973 einsetzende Ölkrise schnell zu Fall gebrachte Tankschifffahrt von Hapag-Lloyd wird zwar kurz genannt (S. 137), die damit zusammenhängende Kosmos Bulkschifffahrt GmbH (1973/1976–1983) findet zu Unrecht nur lakonische Erwähnung (S. 146). Dabei handelte es sich um eine Auffang- und Abwicklungsgesellschaft für die zunehmend unwirtschaftlich gewordenen Massengutfrachter der Unterweser Reederei (URAG) sowie für die Tanker und auch einige Frachter des Standardtyps 36 L von Hapag-Lloyd. Das 1978 tragisch verlorengegangene Leichterschiff MÜNCHEN (System LASH, 1973), immerhin in Bremen registriert, wäre ebenso einer etwas näheren Betrachtung wert gewesen. Dasselbe gilt noch mehr für die vom NDL übernommene Schlepperflotte sowie die als kleineres Pendant ebenfalls eingebrachte Hamburger Bugsierreederei Lütgens & Reimers. An der Unterweser entstand die Schlepperreederei Hapag-Lloyd Transport & Service. Bis zum Verkauf 1994 führte dieser Konzernbereich ein rentables und dynamisches Eigenleben, was sich nicht nur in einer Modernisierung der Schlepperflotte, sondern auch im Einstieg in das in den 1970er Jahren so vielversprechende Offshore-Geschäft äußerte. Ein Foto mit einem der Schlepper im »poppigen« orange-grauen Anstrich (S. 4) und eine knappe Erwähnung (S. 146) sind hier entschieden zu wenig. Trotz dieser Einwände stellt das handliche Buch einen wichtigen Diskussionsbeitrag dar.

Christian Ostersehlte

Graber Majchrzak, Sarah: Arbeit – Produktion – Protest. Die Leninwerft in Gdańsk und die AG »Weser« in Bremen im Vergleich (1968–1983) (Zeithistorische Studien. Bd. 62). Köln: Böhlau 2020. 564 S.

In ihrer 2018 beim Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam fertiggestellten Doktorarbeit unternimmt Sarah Graber Majchrzak einen äußerst instruktiven Vergleich zwischen der AG »Weser« in Bremen (AGW) und der Leninwerft

Quellen und wertete diese erstmalig aus. So gelang es ihm, exemplarische Lebensläufe der am Lagersystem Beteiligten zu rekonstruieren. Wenige SS-Männer unterstützt von Marine-Wachmannschaften stellten die Bewachung. Das eigentliche Lagerregime führten dagegen Funktionshäftlinge, KZ-Häftlinge mit grünem Winkel, im NS-Jargon »Berufsverbrecher« genannt. Diese übten mit Billigung der Leitung und zum eigenen Vorteil eine Herrschaft aus Willkür und Alltagsterror aus, der andere Häftlinge mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert waren. Aber auch Solidarität und Akte des Widerstands, wie ein von den Häftlingen geplanter Fluchttunnel aus dem Lager, dessen Fertigstellung jedoch misslang, werden dokumentiert. Bei aller persönlichen Verbundenheit unterzieht Ellebrecht seine Quellen stets einer kritischen Prüfung. In Bezug auf den Fluchttunnel initiierte er sogar aufwendige Bodenuntersuchungen, um etwaige Überreste zu lokalisieren. Einziges Manko: Die Gliederung in chronologisch-biografische und thematische Abschnitte führt zu einer Redundanz der Schilderungen, da Zeitzeugenberichte in unterschiedlichen Kontexten verwendet, dazu mehrfach ausführlich zitiert und zusätzlich in separaten Textkästen abgedruckt wurden. Dies schmälert jedoch nicht den Verdienst der Arbeit: eine verständliche und auf breiter Quellenlage, mit viel Detailwissen geschriebene Darstellung über das KZ-Lager Bahrsplate, die dazu beiträgt, dass der Ort heute mehr als eine Grünfläche in urbaner Bestlage darstellt.

Eva Determann

Focke, Harald: Die Fusion. Wie der Norddeutsche Lloyd und die Hapag zusammenfanden. Wiefelstede: Oceanum 2020. 160 S.

Der maritime Historiker Harald Focke hat sich seit 2002 der Geschichte des Norddeutschen Lloyd (NDL) nach 1945 verschrieben und kann infolge eines durchdachten »oral history«-Ansatzes mit Recht die fachliche Führung auf diesem wichtigen Teilgebiet der bremischen Schifffahrtsgeschichte für sich beanspruchen. Seit einigen Jahren hat er sich im Zusammenhang mit seinem Engagement beim Oceanum-Verlag in Wiefelstede einem eher populären denn streng wissenschaftlichen Format zugewandt. 2019 erschien eine lebendig geschriebene und knapp gefasste NDL-Nachkriegsgeschichte bis 1970 (vgl. Brem. Jb. 99, 2020, S. 305–306). Als logische Fortsetzung erschien jetzt seine Darstellung der Fusion zwischen der Hamburg-Amerika Linie (HAPAG) und dem Lloyd 1970. Bei diesem Vorgang wurden zunächst salomonisch eine hamburgisch-bremische Doppelspitze sowie eine Verwaltungspräsenz in beiden Hansestädten eingerichtet. Doch neigte sich im Lauf der Jahre die Waage immer mehr zugunsten Hamburgs als dem letztlich doch gewichtigeren Standort, so dass heutzutage am Firmensitz am Ballindamm an der Hamburger Binnenalster die bremische Vergangenheit des Unternehmens mehr eine Sache des Firmenarchivs als des Managements ist.

Die Fusion wird in ihrer zeitweise einem Wirtschaftskrimi ähnelnden konspirativen Vorbereitung und Durchführung sowie in ihren Auswirkungen in den folgenden Jahren beschrieben, die umwälzende Neuerung des Containers als treibende Kraft überzeugend herausgearbeitet. Die Gesamtdarstellung ist informativ und kurzweilig. Ohne hier einen umfangreichen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat erwarten zu wollen, ist es aber schade, dass das Format bei Oceanum nicht einmal ein kompaktes Quellen- und Literaturverzeichnis zulässt. Im Fließtext erscheinen zwar schemenhaft befragte Zeitzeugen, wird auch die benutzte Presse

in zwei Lageridentitäten herangebildet, ohne dass die Auseinandersetzung um das Abendmahl zu einem Ausgleich gekommen wäre. In einem Ausblick skizziert Ehlers dann, wie sich der Konsolidierungsprozess innerhalb der beiden Lager ab den 60er-Jahren von der Frage der *rituellen Vergewisserung* im religiösen Alltag der Gemeinden löste und auf die Christologie, also auf die Frage der Identität und Differenz zwischen Gott und Mensch in Jesus Christus, überging.

Friedrich Seven

Ellebrecht, Karsten: »Ihr habt hier keinen Namen mehr!« Die Geschichte des KZ-Außenlagers Bremen-Blumenthal. Bremen: Falkenberg 2020. 288 S.

Die Geschichte der bremischen KZ-Außenlager wurde in den letzten Jahren intensiv erforscht. Nun erschien im Verlag Falkenberg eine weitere regionalgeschichtliche Studie zum Thema. Von August 1944 bis April 1945 befand sich auf dem Gelände der ehemaligen Flussinsel Bahrsplate in Bremen-Blumenthal eines von insgesamt neun dokumentierten bremischen KZ-Lagern. Ursprünglich sollte nach Plänen aus den 1930er-Jahren auf dem eigens dafür aufgeschütteten Gelände ein »Volkspark« entstehen. Ab 1942 verpachtete die Gemeinde die Brachfläche an die Deschimag-Werft, die dort einen Lagerkomplex für 2.000 Arbeitskräfte unterschiedlicher Herkunft samt Wachpersonal errichten ließ. Die Baracken des späteren KZ-Außenlagers wurden zunächst von sowjetischen Kriegsgefangenen bezogen. Angrenzend waren Zivilarbeiter/-innen aus Osteuropa, französische Kriegsgefangene und Wachmannschaften untergebracht. In der Nähe hatte die Deschimag Hallen der Bremer Wollkämmerei angemietet, wo die KZ-Häftlinge Metallarbeiten für die U-Boot Produktion ausführen mussten. Ein anderes Arbeitskommando wurde täglich auf dem Wasserweg zur Stammwerft AG Weser nach Gröpelingen transportiert, bis Ende 1944 der Umzug ins näher gelegene KZ-Lager Schützenhof erfolgte. Zudem gab es kleinere Arbeitskommandos, die zu Außenarbeiten – unerlaubterweise auch bei Privatleuten – und auf der Baustelle des Bunkers »Valentin« in Farge eingesetzt wurden. Insgesamt 1.000 männliche KZ-Häftlinge, zum großen Teil aus Belgien und Frankreich, aber auch aus Polen, der Sowjetunion, Dänemark, Griechenland, Ungarn und Deutschland standen hier unter den sich verschlechternden Bedingungen des letzten Kriegsjahres im Arbeitseinsatz. Mindestens 125 Häftlinge kamen dabei ums Leben. Dokumentiert ist unter anderem die öffentliche Hinrichtung zweier polnischer Gefangener, die im Oktober 1944 vor Mitinsassen, Wachen und zahlreichen deutschen Schaulustigen vollzogen wurde. Ein weiterer Beleg dafür, dass Anwohner sehr wohl über die Vorgänge im Lager Bescheid wussten, zumal das Areal durch seine exponierte Lage am Weserufer gut einsehbar war. Am 9. April 1945 wurde das KZ-Lager Bahrsplate geräumt, die Mehrzahl der Häftlinge gelangte über Bremervörde und Sandbostel nach Neuengamme bzw. auf zwei Schiffe in der Lübecker Bucht, die noch am 3. Mai 1945 irrtümlich von den Alliierten bombardiert wurden. Nach 1945 dienten die Baracken als Unterkünfte für Displaced Persons und für Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten. 1962 wurden die letzten Gebäudereste abgetragen und das Gelände anschließend zur Parkfläche umgestaltet, in die auf Initiative der Bremer Friedensschule eine Gedenkstätte für NS-Opfer integriert wurde. Diesen Prozess hat der Autor Karsten Ellebrecht über Jahrzehnte begleitet. Fünfzehn Jahre lang recherchierte er im Vorfeld der Veröffentlichung, sammelte nicht nur Material zum Thema, sondern erschloss in persönlichen Begegnungen mit Zeitzeugen neue

brachten hier den lokalen Konflikt voran, der dann aber nur auf Reichsebene entschieden werden konnte. Bezeichnenderweise hatte Hardenberg ja selbst den Konflikt auf die Reichsebene gehoben, indem er den Eid auf das Augsburger Bekenntnis verweigerte und damit die Stellung der Stadt im Reich gefährdete. Nach Darstellung dieser Bremensie geht Ehlers dann wieder ganz auf die systematische Ebene zurück, auf der sie eine der Hauptthesen ihres Buches entfalten kann: Der zweite Abendmahlsstreit konnte zu keiner Einigung führen und damit einer Spaltung in zwei Konfessionen nicht zuvorkommen, weil beide Seiten mit ihren Postionen den Anspruch erhoben, für die Reformation insgesamt zu sprechen.

Die schon für die Deutung des ersten Abendmahlsstreits übliche Unterscheidung zwischen real und symbolisch erweist sich als untauglich, um die unterschiedliche Entwicklung zu erfassen. Auch die Gegenüberstellung von leiblichem und geistlichem Essen allein ist nicht hilfreich, wenn von reformierter Seite der Theologie Luthers unterstellt wird, sie kenne bei ihrer realpräsentischen Orientierung kein wesentliches geistliches Essen. Übersehen wird von reformierter Seite dabei, dass für Luther nicht die ontologische Unterscheidung zwischen Geist und Leib, sondern die theologische zwischen Gottes Geist und (sündigem) menschlichen Fleisch ausschlaggebend ist. Schon hier wirkte sich also die unterschiedliche Herkunft zwischen Luther aus dem Mönchtum und den reformierten Theologen aus dem Humanismus aus.

Im Anschluss an Augustin fasste Luther das Abendmahl als *sichtbares Wort* auf und stelle es damit ganz in den Zusammenhang von Verkündigung und Glaube: Das verkündigte Wort Gottes ist die Garantie dafür, dass im Abendmahl der ganze Christus präsent ist. Wer diesem Wort glaubt, dem wird diese Speise zur *geistlichen Speise*, dem Ungläubigen zum Gericht (gemäß 1. Kor. 11, 27). Der Glaube führt also nicht erst das Wesen des sakramentalen Vollzugs herauf, sondern wird durch diese *Worthandlung* geweckt. Hauptkontrahenten des Zweiten Abendmahlsstreits waren der Hamburger Geistliche Joachim Westphal und Johannes Calvin aus Genf. Westphal bezieht im vermeintlichen Anschluss an Luther den Modus der Präsenz Christi beim Abendmahl ganz auf die Elemente und deren Substanz, Calvin verschiebt demgegenüber die Präsenz darauf, dass Leib und Blut mit den Elementen angeboten würden und damit auf einen wirksamen Gestus. Der Glaube ist in diesem mit *deiktisch* nur unzureichend beschriebenen Vollzug ein *geistliches Essen*, das aber nicht ohne wirkliches Essen und Trinken sein kann.

Für Calvin jedenfalls gilt, anders als für die im Reich randständige Partei der Zürcher: kein *credere* ohne *edere* beim Abendmahl. Doch ist sich Calvin mit dem Zürcher Bullinger gegen Westphal auch darin einig, dass die Präsenz Christi beim Abendmahl notwendig an den Glauben gebunden ist, und nicht etwa auch der Ungläubige beim Essen mit dem präsenten Christus in Berührung kommt. Westphal hingegen betont diese *manducatio impiorum*, wonach der Unglaube die Präsenz Christi nicht aufheben kann. Im Grunde ging es auch beim zweiten Abendmahlsstreit um die Frage, inwieweit der Protestantismus sein Alleinstellungsmerkmal, das *sola fide*, bei der rituellen Vergewisserung, die das Abendmahl für die Gemeinde bedeutet, theologisch und praktisch durchhalten kann.

Mit der Zuspitzung des Streits geriet dann auch das Alleinstellungsmerkmal, das *sola scriptura*, auf den Prüfstand. Das Lager Westphals berief sich immer bei der Durchsetzung ihrer theologischen und kirchenpolitischen Ansprüche gegen die Flüchtlinge auf die Autorität Martin Luthers, während die Flüchtlinge und die ihnen nahestehenden Anhänger Calvins auf Disputationen die Übereinstimmung ihrer Lehre mit der Schrift unter Beweis stellen wollten. Mit dem zweiten Abendmahlsstreit hatte sich so die konfessionelle Ausdifferenzierung der Reformation

Der kurzen, aber instruktiven Einleitung (S. 8–14) folgt ein Quellenverzeichnis (S. 15–25), das auch die verlorene Überlieferung erfasst. Ein sehr ausführliches Verzeichnis der gedruckten Quellenwerke und der Literatur (S. 26–60) kommt hinzu.

Die zunächst recht traditionell erscheinende Edition nimmt die Nutzung neuer Medien mit in den Blick: Digitalisate der Urkunden werden von der Internetseite der Pius-Stiftung mit den Internetauftritten der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen sowie des Niedersächsischen Landesarchivs verlinkt. Als Editionsrichtlinien gelten die »Handreichungen für die Einarbeitung von Urkundenbüchern« der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Die Urkundentexte werden nach dem Original wiedergegeben, wenn dies fehlt, nach der besten Überlieferung. Die Edition wird abgeschlossen von einem Verzeichnis der Incipit, einem gemeinsamen Index der Personen und der Orte, einem Index ausgewählter Worte und Sachen sowie jeweils einem Verzeichnis der Bullen und Siegel. Abbildungen von Siegeln bzw. Bullen bringt sie – außer auf dem Einband (Alexander III.) – leider nicht. Druck und Bindung sind, wie bei den Urkundenbüchern der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen gewohnt, grundsolide.

Konrad Elmshäuser

Ehlers, Corinna: Konfessionsbildung im Zweiten Abendmahlsstreit (1552–1558/59). Tübingen: Mohr-Siebeck 2021. 650 S.

Diese von der Mainzer Theologin Corinna Ehlers vorgelegte umfangreiche konfessionsgeschichtliche Monographie geht in einem Exkurs auch auf den Abendmahlsstreit in Bremen ein, der sich mit dem Namen des bremischen Dompredigers Albert Rizäus Hardenberg verbindet. Der *Hardenbergische Streit* ist sowohl Thema der Bremischen Kirchen- und Stadtgeschichte als auch der Geschichte der Reformation allgemein.

Schon im Blick auf die Protagonisten, den Stadtgeistlichen Johann Timann und den Domprediger Hardenberg, und deren Bedeutung für die konfessionelle Ausdifferenzierung sind die lokalen Ereignisse Bremens von reichsweiter Bedeutung. Timanns Schrift *Farrago* etwa sollte nicht nur für die Bremer Geistlichkeit verbindlich sein, sondern bei den konfessionellen Auseinandersetzungen im Reich als eine autoritative Testimoniensammlung wirken. Hardenberg lehnte die *Farrago* nicht rundweg ab, wollte diese aber nicht unterschreiben und meinte, bei der Bremer Geistlichkeit eine Tendenz zur Anbetung der Elemente zu erkennen. Jedoch konnte Timann beim Rat die Ausweisung des Dompredigers nicht durchsetzen. Erst als eine Gruppe von Theologen aus dem lutherischen Lager im Reich ihn für häretisch erklärte, musste er 1561 (vier Jahre nach Timanns Tod) schließlich auf Geheiß des niedersächsischen Reichskreises Bremen verlassen.

Es lag also nur an der Parteinahme im Reich und nicht an der Initiative der Bremer Stadtgeistlichkeit gegen den religiösen Konkurrenten am Dom, dass Hardenberg weichen musste. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass anders als in Städten wie etwa Hamburg und Frankfurt die Flüchtlinge aus England, die seit der Inthronisierung von Mary Tudors 1553 um Aufnahme im Reich nachsuchten, für die Entwicklung in Bremen keine Bedeutung hatten. Es fehlte die Katalyse des konfessionellen Konflikts um das Abendmahl. Allein die bremischen Verhältnisse zwischen Bischofssitz und Stadtrat bzw. zwischen Domgemeinde und Stadtgemeinden,

Unternehmen schnell als unrealistisch erweisen, weil die Anzahl der Archive und Bibliotheken, in denen Originale und Abschriften für die beste Überlieferung zu erfassen wären, vor allem aber die Menge der Urkunden, jeden machbaren Rahmen sprengte. Daher wandte man sich zunächst regionalen Lösungen zu. Für das Deutsche Reich und angrenzende Gebiete widmete sich die Pius-Stiftung für Papsturkundenforschung in Göttingen dieser Aufgabe. Der Sammlungs- und Publikationstätigkeit der in Niedersachsen ansässigen Stiftung ist es zu verdanken, dass das Gebiet dieses Bundeslandes – einschließlich Bremen – zügig bearbeitet und in Regesten veröffentlicht wurde. Der vorliegende Band bietet nun erstmals für ein bzw. zwei Bundesländer – Niedersachsen und Bremen – eine vollständige Edition der auf ihr Gebiet bezüglichen Papsturkunden bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. Die Publikation berücksichtigt neben den originalen Urkunden auch die verlorene und die kopiale Überlieferung. Außerdem – und dies ist hier besonders wichtig – werden neben echten auch verunechtete und gefälschte Urkunden berücksichtigt.

163 Drucke päpstlicher Urkunden vom Jahr 832 (ca., Gregor IV. für das Bistum Hamburg) bis zum Jahr 1197 (Juli 27, Cölestin III. für Kloster Amelungsborn), darunter fünf Legatenurkunden, enthält der Band. Die Urkunden verteilen sich, wie zu erwarten ist, sehr ungleichmäßig über den geographischen Raum und die Ausstellungszeit. So gehören allein fast zwei Drittel der Zeit nach 1050 an, etwas mehr als die Hälfte, nämlich 82 Nummern, gehören allein in die letzten nicht ganz 50 Jahre zwischen 1151 und 1198. Die zeitliche und räumliche Verteilung der immerhin 32 Fälschungen (zuzüglich vier zweifelhafter Stücke) stellt sich ganz anders dar: Bis zum Jahr 1050 stehen 23 Fälschungen und drei zweifelhaften Stücken nur neun echte Urkunden gegenüber! Namentlich die (Erz-)Bischöfe von [Hamburg-] Bremen waren »Empfänger« dieser Falsifikate. Nur 14 von 38 ihrer Empfängerurkunden sind echt. 22 Urkunden müssen als Fälschung gelten, bei zwei Stücken ist die Echtheit zumindest zweifelhaft. Die Frühgeschichte des Doppel-(Erz-)Bistums Hamburg-Bremen war nicht zuletzt deshalb lange Zeit Gegenstand erbitterter Debatten und diplomatisch schwieriges Gelände. Hier haben v. a. die Arbeiten von Theo Kölzer jüngst Schneisen geschlagen, die mit Legenden aufräumten – so mit der Gründung eines Erzbistums Hamburg, einer Fiktion des späten 9. Jahrhunderts. Schon dies unterstreicht den Wert einer modernen Edition der Papsturkunden für diesen Raum.

Die Edition konnte sich auf Göttinger Vorarbeiten stützen und wurde außerordentlich zügig fertiggestellt: Der Bearbeiter Josef Dolle übernahm im Januar 2016 auf Anregung aus der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen mit einem auf Initiative von Prof. Thomas Vogtherr durch die niedersächsische Forschungsförderung unterstützten Projekt den Arbeitsauftrag, den er im Dezember 2017 abschloss. Bearbeitung und Druckgestalt der Urkunden sind sorgfältig erstellt und tadellos. Die sorgfältigen Nachweise der Abschriften, Druckorte und Abbildungen sind angesichts der komplexen Überlieferungsgeschichte vieler der abgedruckten Stücke sehr nützlich, denn viele ehemals noch vorhandene Stücke sind infolge von Kriegsverlusten heute weder original noch abschriftlich überliefert. So z. B. die 1943 in Hannover verloren gegangene kopiale Bremer Überlieferung. Besonders zu danken ist dem Bearbeiter, dass er auf die Fälschungsproblematik nicht nur in der Einleitung eingeht, sondern den Forschungsverlauf hierzu bei jedem einzelnen Stück auf dem heutigen Stand skizziert. Kopfregest und kritischer Apparat bilden damit gelehrte Miniaturen bis in den aktuellen Forschungsstand. Damit kann man sich bei der Benutzung jederzeit ein Bild über die Zuverlässigkeit einer Urkunde machen.

einen regionalgeschichtlichen Rang beanspruchen. Sie enthält auch eine erhellende Untersuchung der Mitgliederstruktur der Stadtwehr (S. 64 ff.), die nicht nur einen hohen Fluktuationsgrad erkennen lässt, sondern vor allem auch eine starke Verankerung insbesondere in kleinbürgerlichen Teilen der Bevölkerung sowie bei jüngeren Männern, die im Ersten Weltkrieg als Soldaten gedient hatten und Kriegserfahrungen mitbrachten. Die überwiegende Mehrheit schloss sich offensichtlich nicht aus materiellen Erwägungen der Bremer Stadtwehr an.

Allerdings setzt die Studie mit ihrer theoretischen und methodologischen Ausrichtung dort ein, wo viele Studien zur bremischen Revolutionsgeschichte diese mit validen Argumenten bereits gewaltsam beendet sehen – mit der Militärintervention des 4. Februar 1919. Zu fragen wäre deshalb, ob es hier wirklich um den Schutz der Revolution ging oder nicht vielmehr um die paramilitärische Absicherung des labilen Kompromisses von parlamentarischer Demokratie und traditionellen Eliten, auf dem die Weimarer Republik gründete, gegenüber den in den einschlägigen Dokumenten bezeichnenderweise immer wieder als »Umsturzbewegung« denunzierten, tatsächlich revolutionären Kräften.

Im vierten Kapitel (S. 110 ff.) werden die Ergebnisse der Untersuchung in sechs Thesen zusammengefasst. Das abschließende fünfte Kapitel (S. 114 ff.), das insgesamt das mit Abstand umfangreichste der gesamten Studie ist, enthält sodann eine Quellendokumentation von insgesamt 79 einschlägigen historischen Quellen, mit deren Hilfe die Geschichte der Bremer Stadtwehr nochmals dicht und in ihrer historischen Chronologie nachvollzogen werden kann. Des Weiteren ist eine Dokumentation der Mitgliederentwicklung und der Berufsgruppen angefügt (S. 255 ff.).

Die Untersuchung von Elias Angele ist eine theoretisch fundierte, empirisch dichte, insgesamt überzeugende Darstellung der Geschichte der Stadtwehr Bremen, die als exemplarisch angesprochen werden kann. Sie thematisiert ein wichtiges Desiderat der Erforschung der Frühgeschichte der Weimarer Republik. Mit ihrer ausführlichen Quellendokumentation eröffnet sie zudem die Möglichkeit der empirisch fundierten Diskussion des historischen Phänomens der »Volkswehren« bei der Etablierung der ersten deutschen Demokratie. Dies sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie für eine breitere politikgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit.

Hans Rudolf Wahl

Dolle, Josef (Bearb.): Papsturkunden in Niedersachsen und Bremen bis 1198 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Bd. 306). Göttingen: Wallstein 2019. 348 S.

Mit dem im Jahr 1198 beginnenden Pontifikat von Papst Innozenz III. setzen in der vatikanischen Kanzlei kontinuierlich die päpstlichen Registerserien ein. Daher bildet dieses Datum eine für die Erforschung der römischen Kurie und ihrer Politik in Europa wichtige Zäsur, erleichtert doch das Vorhandensein der Register für die Forschung eine systematische Erfassung der ausgestellten Urkunden. Dies ist für die Jahrhunderte vor 1189 ungleich schwieriger, denn die päpstlichen Urkunden von vor 1198 finden sich verstreut an den Empfängerorten bzw. in den Archiven und Bibliotheken, in die sie original oder abschriftlich durch Zufälle der Überlieferung gelangt sind.

Eine kritische Edition aller überlieferten Papsturkunden bis zum Jahr 1198 wurde daher schon im Jahr 1896 durch Paul Fridolin Kehr angeregt. Doch sollte sich das

Rezensionen und Hinweise

Angele, Elias: »Schützt die Revolution!« Die Stadtwehr Bremen 1919–1921: Geschichte und Quellen (Weimarer Schriften zur Republik. Bd. 14). Stuttgart: Franz Steiner 2021. 260 S.

Die Studie von Elias Angele trägt als Titel das Zitat: »Schützt die Revolution!« Bezogen auf die zugleich besonders komplexen und gewalttätigen Revolutionsereignisse in Bremen am und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges liegt die Frage nahe: »Wessen Revolution?« Eine Frage, die auch in diesem Buch explizit gestellt (S. 31) und bezogen auf die Bremer Stadtwehr durchaus auch beantwortet wird. Die Untersuchung wählt dabei zunächst einen politikwissenschaftlich orientierten theoretischen Zugriff, der vom Begriff der bürgerlichen Staatsgewalt und der Institution ausgeht und weniger von geschichtswissenschaftlichen Ansätzen. Im ersten Kapitel (S. 7ff.) wird dieses theoretische Grundgerüst ausgeführt und die darauf aufbauende Methodik der Untersuchung entwickelt.

Das zweite Kapitel (S. 27ff.) führt sodann den historischen Kontext der Untersuchung aus. Dabei wird sich vor allem auf zwei Aspekte konzentriert: »Das Konzept der Volkswehr am Ende des Kaiserreichs« (S. 27) und »die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Bremen« (S. 30), die vor allem von kommunistischer Seite vorangetrieben wurde. Das sind zwei wichtige Schlaglichter auf den Untersuchungsgegenstand, wenngleich kein vollständiges Panoramabild. Mit der analytischen Einbeziehung der intensiven zeitgenössischen »Volkswehr«-Debatten ist jedoch ein innovativer Aspekt enthalten, welcher in der Fülle der in den letzten Jahren erschienenen Publikationen zur Geschichte der Novemberrevolution häufig wenig Beachtung fand.

Das dritte Kapitel (S. 39ff.) führt auf einer dichten empirischen Grundlage die Geschichte der Bremer Stadtwehr in den rund zwei Jahren ihrer Existenz von 1919 bis 1921 aus. Sie umfasst damit eine turbulente Zeitspanne, die von der blutigen Niederschlagung der Bremer Räterepublik im Februar 1919 über den »Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch« (S. 86) im März 1920 bis hin zur Auflösung im Februar 1921 reicht, die wohl vor allem durch alliierten Druck von außen auf die Reichsregierung und weniger durch eine eigenverantwortliche Entscheidung der bremischen Politik zustande kam. Nicht von ungefähr endet die Geschichte der Bremer Stadtwehr mit einem Besuch des Reichsinnenministers in Bremen, der hier persönlich ihre Auflösung überprüfte (S. 101ff.).

Die Untersuchung fokussiert damit auf einen Bereich der Revolutionsgeschichte der frühen Weimarer Republik, die immer noch zu großen Teilen Desiderat ist, während z. B. die Geschichte der Freikorps inzwischen gut erforscht und dokumentiert ist: die in der akuten Staatskrise des Deutschen Reiches in einer Grauzone zwischen Reichswehr, Polizei und Freikorps angesiedelten Milizen bzw. »Volkswehren«, die jedoch bei der Durchsetzung der Staatsordnung der Weimarer Republik und der mit dieser unlösbar verknüpften, vielfach brutalen Unterdrückung kommunistischer und linkssozialistischer Neuordnungsvorstellungen eine wichtige Rolle spielten. Insofern kann diese Studie über die Stadtwehr Bremen auch als exemplarisch für noch vielfach ausstehende historische Forschungen zu den »Volkswehren« der frühen Weimarer Republik gelten und damit mehr als nur

das »Ratsdenkelbuch 1395–1600« als weitere Quellenedition ist in Vorbereitung. Die Stiftung Landesgeschichte, die sowohl Zustiftungen als auch Spenden zum Verbrauch entgegennimmt, hofft, noch lange Arbeiten im Sinne der Stifterin fördern zu können.[5]

Elisabeth Klatte hat sich bei Gründung und der Aufnahme der Stiftungsarbeit immer sehr im Hintergrund gehalten, denn sie wollte sich damit ausdrücklich nicht persönlich profilieren. Umso wichtiger ist es, dass ein dankbares Andenken an sie in Erinnerung gehalten wird.

5 Weitere Informationen zur Stiftung Landesgeschichte auf der homepage der Historischen Gesellschaft Bremen e.V. unter https://www.historische-gesellschaft-bremen.de/stiftung/.

(die, so ihre Erinnerung, eigentlich »Seniorstudenten ablehnten«), sondern auch gedruckt wurde.[2] Mit der Arbeit an der Biographie von Charlotte Thiessen hatte Elisabeth Klatte die Themen- und Quellengruppe gefunden, der sie sich über Jahre widmen sollte: Briefüberlieferungen in Personen- und Familiennachlässen. Aus ihnen das Leben von Menschen zu rekonstruieren, auch wenn dies ein »so schwieriges und elendes Leben« wie das von Charlotte Thiessen war, wurde ihr zur leidenschaftlichen Beschäftigung, der sie in den Lesesälen von Staatsarchiv und Staats- und Universitätsbibliothek nachging. So folgten der Magisterarbeit kleinere Arbeiten zu den Familien Walte und Adami, vor allem aber eine Briefedition zur Familie Gildemeister, bei der sie sich auf eine ungleich umfangreichere Briefüberlieferung stützen konnte.[3] Dass sie den Nachlass Adami nicht mehr zu einer umfassenden Studie ausarbeiten konnte, bedauerte sie stets und hoffte, dass engagierte junge Historiker sich darum kümmern würden, damit er nicht nur, wie sie scherzhaft zu sagen pflegte, »in den Katakomben« des Archivs liege. Dass gerade von jungen Menschen nur erschlossene und verzeichnete Bestände benutzt werden können, begriff sie als Historikerin sehr wohl und zog daraus eine ganz eigene Konsequenz: Als sie sich mühsam durch den kaum erschlossenen Nachlass einer Bremer Familie gearbeitet hatte, finanzierte sie dem Staatsarchiv im Anschluss großzügig die Bearbeitung des Nachlasses durch einen Werkvertrag.[4]

Lebhaftes Interesse, gepaart mit Tatkraft und Großzügigkeit sollte ihr nachhaltigstes Geschenk zum Nutzen der bremischen Geschichtsforschung auszeichnen. Als langjähriges Mitglied der Historischen Gesellschaft nahm sie am Vereinsleben bei Vorträgen, Treffen und Exkursionen immer regen Anteil. Am Bremischen Jahrbuch schätzte sie den Aufsatz- und Rezensionsteil als lebendiges Forum. Als im Jahr 2012 der 150. Geburtstag der Historischen Gesellschaft anstand, stellte sie großzügig die Stiftungsmittel zur Gründung der »Stiftung Landesgeschichte der Historischen Gesellschaft Bremen« zur Verfügung. Ziel der Stiftung ist, wie es in der mit Elisabeth Klatte entworfenen Satzung heißt, die Förderung von »Veröffentlichungen und Forschungen zur bremischen Geschichte, namentlich des Bremischen Jahrbuchs als landeshistorischer Zeitschrift für alle Sparten der bremischen Geschichtsforschung« sowie von »Arbeiten zur bremischen Geschichte (auch Nachwuchsarbeiten)«. In diesem Sinn ist die Stiftung seither tätig gewesen. Mit der im Jahr 2015 erschienenen Edition des »Bremer Bürgerbuchs 1289–1519« konnte die zweite Reihe des Bremischen Jahrbuchs als Ort für Quellenpublikationen wiederbelebt werden. Im Jahr 2021 ist auch das »Denkbuch des Bürgermeisters Daniel von Büren 1490–1525« in der Reihe erschienen,

2 Elisabeth Klatte, Die Bremer Schriftstellerin Charlotte Thiessen. Ein Porträt nach Briefen von Simon H. Goldela und Therese Huber aus den Jahren 1819–1827 (Schriftenreihe AK Historische Frauenforschung / Geschlechtergeschichte an der Universität Bremen 1), Bremen 2000.

3 Elisabeth Klatte (Hrsg.), »Du bist in jedem Brief mir neu!« Braut- und Ehebriefe aus der bremischen Familie Gildemeister 1815–1839, Bremen 2003.

4 StAB 7, 67 Nachlass Familie Noltenius, bearbeitet von Michael Rüppel (2000).

Dr. Elisabeth Klatte

(31. 12. 1930 – 20. 11. 2020)

Von Konrad Elmshäuser

Am 20. November 2020 verstarb in Bremen Frau Dr. med. Elisabeth Klatte. Die Traueranzeige vermerkte, sie habe »dankbar auf ein langes und erfülltes Leben« zurückgeblickt. Dieses Leben war zunächst bestimmt durch ihre berufliche Tätigkeit als Ärztin. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben hat sich Elisabeth Klatte neue Tätigkeitsfelder erschlossen – durch ein Studium der Fächer Geschichte und Kulturwissenschaften und durch Arbeiten zur bremischen Personen- und Familiengeschichte als Beitrag zur Sozial-, Personal- und Kulturgeschichte ihrer Heimatstadt Bremen. Bremen stand stets im Zentrum ihrer Interessen, denn Elisabeth Klatte war eine Bremerin im besten Sinn – selbstbewusst, engagiert, freisinnig und ihren Mitmenschen interessiert zugewandt.

In Bremen aufgewachsen in einem bürgerlichen Elternhaus, erinnerte sich Elisabeth Klatte gerne an die Kindheit und ihre Eltern Johann und Lina Klatte. Ihr Vater hatte als Baumwollkaufmann mehrere Jahre in den USA verbracht und dabei, so die rückblickende Einschätzung von Elisabeth Klatte, »eine Weltsicht gewonnen«, die ihn und die Familie vor NS-Ideen bewahrte. Dennoch sollten kindliche Erinnerungen an die NS-Zeit, vor allem an das Unrecht, das jüdischen Mitbürgern – und ihren Mitschülerinnen in Bremen – widerfahren war, sie zeitlebens umtreiben. Nachdem sie 1959 das Studium der Medizin erfolgreich mit einer Promotion an der Universität Freiburg im Breisgau abgeschlossen hatte, entschloss sich Elisabeth Klatte daher zu einem für eine junge deutsche Ärztin ungewöhnlichen Schritt. Sie verbrachte in den Jahren 1965–66 einen freiwilligen Arbeitsaufenthalt in einem Krankenhaus in Israel. Dabei lernte sie Hebräisch, erhielt ein staatliches Stipendium und wurde Zeitzeugin des Sechstagekrieges. Die Erinnerung an diese prägende Zeit im Kaplan-Hospital in Revohoth hat sie später auf der Grundlage von Briefen und Notizen unter dem Titel »Schuld und Vergebung« in einem Privatdruck niedergelegt.[1] Nach ihrer Rückkehr nach Bremen kümmerte sie sich 1966 um ihre »weitere Zukunft in Deutschland«.

Mit Beginn ihres Ruhestands ergriff sie wie viele Menschen in dieser Lebensphase die Möglichkeit, an der Universität Bremen Fächer zu belegen, denen schon länger ihre Neigungen und Interessen galten. Doch arbeitete sie auch dort auf einen erfolgreichen Abschluss hin und legte im Jahr 1998 zu ihrem Magisterthema »Die Bremer Schriftstellerin Charlotte Thiessen« eine Arbeit vor, die nicht nur die Anerkennung ihrer Hochschullehrer fand

1 Elisabeth Klatte, Schuld und Vergebung. Erinnerungen, Bremen [2017]. Die Originale heute in StAB 7,500-500.

bildung, die, um Überschneidungen und Mehrfacharbeit, aber auch Überlieferungsverluste zu vermeiden, im Verbund zwischen den Häusern abgeglichen werden muss.[40] Im Staatsarchiv Bremen wird diese Koordination hingegen hausintern vollzogen, da es als Landesarchiv eines Stadtstaates und damit im Unterschied zu den meisten Staatsarchiven in den Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland die Überlieferungsfunktion mehrerer Archivsparten abdeckt, nämlich der staatlichen und kommunalen Archive sowie, bezogen auf die Geschäftsunterlagen der Privatwirtschaft, auch des Wirtschaftsarchivwesens.

40 Vgl. zur Überlieferungsbildung im Verbund jüngst: Christian Keitel, Kooperation in der Überlieferungsbildung. Dogma, Fehlstelle oder Überforderung ?, in: Katharina Ernst und Peter Müller (Hg.), Aktuelle Fragen der Überlieferungsbildung, Stuttgart 2020, S. 28–36.

aber nie flächendeckend sein[36], ein Umstand, dem die Unternehmensgeschichtsschreibung, wie oben ausgeführt, ohnehin Rechnung trägt und dabei einzelfallbezogene Untersuchungsansätze präferiert.

Auf diese Ausgangslage sollten Archive und Archivar*innen, zweitens, reagieren und eine Überlieferungsbildung sowohl in die Breite, nämlich indem zu möglichst unterschiedlichen Unternehmen, Branchen, Märkten usw. Quellen bewahrt werden, als auch – mit Augenmaß – in die Tiefe betreiben. Bei der Bewertung steht der ökonomische Kern des Unternehmens im Mittelpunkt, aber auch Unterlagen zu Verflechtungen zwischen Betrieb und Gesellschaft sollten archiviert werden. Nur so kann der Vielfalt möglicher Forschungsprojekte Rechnung getragen werden, seien es Untersuchungen zu einzelnen Waren (bspw. die Veröffentlichungen Hartmut Roders und anderer über bremische Handelsgüter[37]), zu Wertschöpfungsketten (wie Jan-Otmar Hesse vorgeschlagen hat[38]) oder auch zu den netzwerkförmigen Verbindungen zwischen Unternehmen: Erst kürzlich hat Harald Wixforth eine Publikation zu den personellen Verflechtungen in Bremens maritimer Wirtschaft vorgelegt.[39] Dass bei der Überlieferungsbildung zu *Behördenunterlagen über Privatunternehmen* auch die Überlieferungsbildung zu *Geschäftsunterlagen der Privatunternehmen* zu berücksichtigen ist (und – im vermutlich geringeren Maße – auch umgekehrt), ergibt sich aus dem aufeinander bezogenen, komplementären Charakter von amtlichem Schriftgut und Unternehmensschriftgut. Dabei sind sowohl der Aufbau einer redundanten Doppelüberlieferung zu vermeiden wie auch drohende Überlieferungslücken möglichst zu schließen.

Hierbei hilft dem Staatsarchiv Bremen, dass es die Funktionen eines Landes- und Kommunalarchivs mit einem starken Engagement bei der Archivierung von Geschäftsunterlagen der Privatwirtschaft verbindet. Diese übergreifende Überlieferungsbildung ist in der deutschen Archivlandschaft vielleicht kein Alleinstellungsmerkmal, aber durchaus eine Besonderheit. Denn andernorts wird insbesondere die letzte Aufgabe, also die archivische Betreuung der Privatwirtschaft, von eigenständigen Wirtschaftsarchiven wahrgenommen, die in Trägerschaft der Industrie- und Handelskammern bestehen. Zumeist betreiben die dortigen Staats-, Stadt- und Wirtschaftsarchive als unabhängige Einrichtungen eine jeweils eigene Überlieferungs-

36 Eine wichtige Ausnahme ist die mit der Privatisierung der DDR-Wirtschaft einhergehende Überlieferungsbildung in den öffentlichen Archiven der fünf neuen Bundesländer. Vgl. dazu den Erfahrungsbericht von: Brigitta Heine, DISOS, Rhenus und dann? Erfahrungen brandenburgischer Kommunalarchive bei der Übernahme von Wirtschaftsarchivgut, in: Stumpf / Thiemann (wie Anm. 6), S. 52–62.

37 Vgl. bspw. die Artikel in: Hartmut Roder (Hg.), Bremen – Handelsstadt am Fluss, Bremen 1995.

38 Vgl. Jan-Otmar Hesse, Ökonomischer Strukturwandel. Zur Wiederbelebung einer wirtschaftshistorischen Leitsemantik. In: Geschichte und Gesellschaft 39 (2013), S. 86–115.

39 Vgl. Harald Wixforth, Vernetzt – Verflochten – Vertraut. Das personelle Netzwerk der maritimen Wirtschaft in Bremen (1908–1968), Bremen 2020.

des Norddeutschen Lloyd lässt sich nicht schreiben ohne Seitenblicke auf die Hapag als wichtigstem deutschen Konkurrenten, aber auch auf den Versuch der Bremer Reederei, zusammen mit anderen Linienreedereien den Transozeanverkehr mit Hilfe des sogenannten »Konferenzsystems« zu kartellieren, sowie auf die Standortbedingungen in Bremen und Bremerhaven, wo die Unternehmensentwicklung mit Hafeninvestitionen kräftig gefördert wurde. Das letzte Beispiel zeigt, dass gerade ein Branchenkonglomerat wie die maritime Wirtschaft ein lohnender Untersuchungsgegenstand für eine Wirtschaftsgeschichte sein kann, die sich für die verschiedenen, sich mehrfach überlagernden Ebenen unternehmerischen Handelns interessiert.

V. Ausblick

Abschließend möchte der Verfasser das Verhältnis von nicht-amtlicher zu amtlicher Überlieferung über die Privatwirtschaft aufgreifen und als Fazit zwei Schlussfolgerungen formulieren, nämlich eine Feststellung zum Wert von Archivgut für die unternehmens- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung und eine Empfehlung zur archivischen Überlieferungsbildung, um dann, am Beispiel dieses Themas, eine Besonderheit der Überlieferungsbildung im Land Bremen herauszustellen. Denn das Jubiläum des Staatsarchivs gab überhaupt erst den Anstoß dazu, einen Aufsatz zum Thema der archivischen Überlieferungsbildung über die Privatwirtschaft zu veröffentlichen.

Erstens: In den wenigsten Fällen werden sich gehaltvolle unternehmensgeschichtliche Untersuchungen nur auf Grundlage der amtlichen Überlieferung schreiben lassen. Das enge Raster, nach dem die öffentliche Verwaltung vorgangsweise Informationen über einzelne Unternehmen dokumentiert, lässt zwar historische Quellen mit Überrestcharakter entstehen, deren Aussagewert über eine einzelne Wirtschaftseinheit aber wegen des selektiven Charakters der Informationen sehr begrenzt ist. Im Unterschied dazu kann man eine aus einem gebündelten Fundus von Unternehmensunterlagen gebildete Überlieferung (wenn etwa durchgehende Serien von Vorstandssitzungs- und Aufsichtsratsprotokollen samt Bilanzen, deren Prüfungen und Geschäftsberichten vorhanden sind) für eine Vielzahl unternehmensgeschichtlicher Fragen heranziehen. Gleichwohl mögen, insbesondere dann, wenn Branchen, Märkte oder andere unternehmensübergreifende Teilaggregate der Volkswirtschaft zum Untersuchungsthema gehören, auch die im amtlichen Schriftgut überlieferten Informationen hilfreich sein, um bestimmte Fragestellungen zu bearbeiten und die Quellenlage abzurunden. Denn ihren Wert als Ergänzungs- und Ersatzdokumentation gewinnen solche Behördenunterlagen gerade daraus, dass die Archive keinen systematischen Zugriff auf die Geschäftsunterlagen von Unternehmen der Privatwirtschaft haben. Im zuletzt genanntem Bereich kann die Überlieferungsbildung immer nur beispielhaft,

deutschen Textileinzelhandels 1914 bis 1961, Stuttgart 2020, insbesondere mit einer Problematisierung des Branchenbegriffs (S. 18–20). Für den Wollhandel als wichtigsten Kunden der BWK bieten Andreas Beckmann und Wiltert Wilts, 50 Jahre Bremer Wollhandel (1945 bis 1995), Bremen [1996] einen Einstieg.

Wirtschaft verständlicherweise daran interessiert, Einfluss auf solche politischen Entscheidungen und ihren administrativen Vollzug zu nehmen.

Dass archivierte Behördenunterlagen über die Privatwirtschaft zu weit mehr dienen können, als fehlende Quellen eines bestimmten Unternehmens zu ergänzen oder zu ersetzen, zeigt sich neben den Unterlagen zur öffentlichen Ordnungs- und Strukturpolitik auch an den in großer Zahl im amtlichen Schriftgut vorhandenen ökonomischen Expertisen.[33] Als Planungs- und Entscheidungshilfen konzipiert, stellen diese zumeist von Unternehmensberatungen oder Wirtschaftsforschungsinstituten angefertigten Gutachten Bremen als Wirtschaftsstandort, eine spezifische, vor Ort wichtige Branche, einen regionalen Markt oder ein anderes, eingegrenztes volkswirtschaftliches Teilaggregat in den Mittelpunkt, skizzieren dessen Ist-Zustand und entfalten darauf aufbauende Entwicklungsszenarien und Empfehlungen. Dieses macht sie zu ergiebigen Quellen, um vergangene Zukunftsvorstellungen im Bereich der Wirtschaftsgeschichte auch an kleinräumigen und detailhaften Beispielen zu thematisieren.

Dabei stellt die Untersuchung eines einzelnen Unternehmens nicht den einzigen historiografischen Zugang zur Geschichte der Privatwirtschaft dar. Studien zu Wirtschaftsstandorten, Branchen, Märkten usw. sind gleichberechtigte, nicht weniger interessante, vielmehr einander ergänzende Ansätze zur Erforschung dieses Gegenstandsbereichs. Bspw. hat Karl-Marten Barfuß mustergültig vorgeführt, wie das Portrait eines Wirtschaftsstandorts nicht nur mit Analysen zu herausragenden Branchen verbunden werden kann, sondern auch mit Kurzportraits wichtiger Unternehmen, die als veranschaulichende Beispiele und zur Vertiefung der regionalgeschichtlichen Perspektive dienen.[34]

Gleichzeitig können konkrete Unternehmensgeschichten auf die Analysen ausgesuchter volkswirtschaftlicher Teilaggregate bezogen und so beide miteinander verschränkt werden: Die umfassende Geschichte eines Unternehmens kann weder dessen Branchenkonkurrenten und deren Agieren auf den Zuliefer- und Abnehmermärkte ignorieren noch die für Investitionsentscheidungen relevanten harten und weichen Standortfaktoren ausblenden. Um etwa die besondere Innovationsleistung Ludwig Roselius' adäquat zu würdigen, muss die Gründung von Kaffee HAG in den Kontext der zeitgenössischen Kaffeebranche und des Kaffeemarkts eingeordnet werden. Das Geschäftsmodell der BWK ist ohne Kenntnisse des internationalen Wollhandels nicht verständlich, und auch die Entwicklung der Firmengemeinschaft Leffers ist vor der Kontrastfolie der Branchenstrukturen des deutschen Textileinzelhandels im Allgemeinen zu analysieren.[35] Schließlich: Die Geschichte

33 Auf den Wert dieser Quellen hingewiesen hat bereits Walter Hirche, Sechs Jahrzehnte Wirtschafts- und Strukturpolitik im Bundesland Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 77 (2005), S. 73–86.

34 Vgl. die Beiträge von Karl-Marten Barfuß in: Ders. u.a. (Hg.), Geschichte der Freien Hansestadt Bremen von 1945 bis 2005, 3 Bde., Bremen 2008–2010.

35 Vgl. Julia Laura Rischbieter, Mikro-Ökonomie der Globalisierung. Kaffee, Kaufleute und Konsumenten im Kaiserreich, Köln 2011. Zum Textilhandel: Uwe Balder, Kleidung zwischen Konjunktur und Krise. Eine Branchengeschichte des

Gerätebau, speziell zur Herstellung von Massenspektrometern, die ihre Anfänge in der Gründung eines Tochterunternehmens der Atlas-Werke, eines Zulieferbetriebes der maritimen Branche, nahm.[32]

Für die Positivauswahl solcher Förderfälle ist zudem immer der Informationsgehalt der einzelnen Verwaltungsvorgänge relevant. Je nach Förderprogramm enthalten die dazugehörigen Einzelfallakten Informationen zum geförderten Unternehmen, nämlich mal in Form eines Geschäftsberichts, mal in Form einer ausführlichen Darstellung der Einzelinvestition, mal in Form einer Übersicht zur Unternehmensentwicklung – und manchmal enthalten die Vorgänge auch so gut wie gar nichts zum geförderten Unternehmen. Von den durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH angebotenen Unterlagen werden knappe, inhaltsarme Vorgänge bspw. zur Vergabe von Zuschüssen für Messebesuche nur in einigen wenigen Mustern archiviert. Bisweilen können diesen massenhaft gleichförmigen Einzelfallverfahren allerdings aussagekräftige Unternehmensdrucksachen entnommen werden, um mit ihnen die Sammlungen des Staatsarchivs Bremen zu erweitern. Demgegenüber werden die Akten zu z.T. millionenschweren Subventionen im Rahmen der sogenannten GRW-Förderung (das ist die »Gemeinschaftsaufgabe ›Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‹« und gleichzeitig eine der Hauptförderlinien der Wirtschaftspolitik seit den 70er-Jahren), von der fast alle industriellen Großunternehmen im Land Bremen profitierten, zu einem erheblichen Teil als archivwürdig klassifiziert und dauerhaft überliefert.

*

Neben Subventionen oder Kapitalbeteiligungen beeinflusst der Staat die Privatwirtschaft auch, indem er dem ökonomischen Handeln einen Rahmen setzt und so eine kontinuierliche Wirtschaftstätigkeit erst ermöglicht, aber auch gleichzeitig begrenzt. Neben der Wirtschafts- und Rechtsordnung gehören ebenso die öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen der Infrastruktur zu den staatlichen Voraussetzungen unternehmerischen Agierens. Für Bremen sind namentlich die Hafenpolitik ebenso wie die Hafenbaupolitik (letztere wurde – bis zur Privatisierung in Form des Unternehmens bremenports – ausschließlich als behördliche Tätigkeit umgesetzt) von herausragender Bedeutung und zugleich ein Gegenstand anhaltenden Interesses. In der Vergangenheit hat die Freie Hansestadt Bremen den Firmen der maritimen Wirtschaft so einen festen räumlichen sowie sachlichen Rahmen gesetzt. Dabei förderten Land und Stadtgemeinde durch ihre Gewerbeflächen- und Ansiedlungspolitik bestimmte Entwicklungen, bremsten und verhinderten aber andere. Wie sich in der amtlichen Überlieferung an zahlreichen Stellen widerspiegelt, waren und sind die Unternehmen der privaten

32 Als relevante Firmen sind hier die Atlas MAT GmbH, später Finnigan MAT GmbH (jetzt Teil des Thermo Fisher-Konzerns) und die Dr. Franzen GmbH zu nennen. Letztere ging in die Bruker-Daltonik GmbH auf. Eine ergiebige Firmensammlung zu den Atlas-Werken wird vom Kulturladen Pusdorf aufbewahrt; voraussichtlich 2022 wird diese vom Staatsarchiv Bremen übernommen werden.

eigentliche Unternehmensbestand wenig aussagekräftig ist. Die umfangreichen Geschäftsunterlagen der Bremer Wollkämmerei etwa informieren nur bruchstückhaft über die Entwicklung des Unternehmens ab 1978; für den späteren Zeitraum kann neben den publizierten Jahresabschlüssen und Zeitungsberichten insbesondere solches Schriftgut herangezogen werden, das eine Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand an der BWK dokumentiert.

Wenn die eigentlichen Geschäftsunterlagen sogar komplett verloren gegangen sind, bieten Behördenunterlagen (neben einzelnen Erinnerungsberichten o. Ä.) die einzigen Informationsquellen, an Hand derer sich Forscher systematisch über die Geschichte eines Unternehmens informieren können. Wie das Beispiel des Fahrzeugbauers Borgward zeigt, sind solche massiven Überlieferungsverluste auch bei renommierten Großunternehmen nicht ausgeschlossen. Für die Geschichte des Bremer Automobilherstellers bieten die Behördenunterlagen unverzichtbare Quellen, namentlich zum Konkurs dieses bedeutenden Bremer PKW-Herstellers. In diesem Fall bildet amtliches Schriftgut nicht nur eine Ergänzungsüberlieferung, sondern tritt als (in mancher Hinsicht unzureichende) Ersatzüberlieferung an die Stelle der eigentlichen Geschäftsunterlagen.

Wegen der darin über einzelne Wirtschaftsunternehmen enthaltenen Informationen sind nicht nur Unterlagen über Kapitalbeteiligungen der öffentlichen Hand, etwa zur Bremer Lagerhausgesellschaft, als Ergänzungs- oder Ersatzdokumentation von Interesse, sondern auch Schriftgut zur vielschichtigen Subventionstätigkeit der Freien Hansestadt Bremen. Da die analoge Schriftgutproduktion der Behörden seit 1960 rapide zugenommen hat, können solche Fördervorgänge nur in enger Auswahl archiviert werden. Dies erfordert eine klare Schwerpunktsetzung auf Bremer Traditions- und Großunternehmen sowie regional wichtige Branchen (maritime Wirtschaft und Außenhandel, Luft- und Raumfahrt, Automobil-, Fahrzeug- und bestimmte Segmente des Maschinenbaus, Nahrungsmittelindustrie, Stahlerzeugung). Hinzukommen ausgesuchte Vorgänge, die exemplarisch den Wandel des Wirtschafts- und Soziallebens auch im Kleinen dokumentieren, bspw. Vorgänge über Existenzgründungsförderungen im sich schnell entwickelnden Dienstleistungssektor. Dabei verbietet sich eine schematische Kassation aller Einzelfallakten zu – nach Umsatz, Gesellschaftsvermögen oder Arbeitnehmerschaft gemessen – scheinbar bedeutungslosen Unternehmen, weil nur durch die Archivierung bestimmter Verwaltungsvorgänge zu manchen auf den ersten Blick nachrangigen, von der Wirtschaftspublizistik wenig beachteten KMU eine für die Nachwelt relevante Überlieferung gebildet werden kann. So dokumentiert die Überlieferung zur High Tech-Förderung bspw. die Bedeutung Bremens als Standort für den chemischen und medizinischen

Unternehmensüberlieferung StAB 7.2100 nur 412 Verzeichnungseinheiten umfasst. Relevantes Material zur Geschichte der BWK seit Mitte der 1970er-Jahre: StAB Za 207 und 738, StAB 7.2135 – 159 ff. und StAB 4.92 – 4725 sowie 4673 bis 4675. Als Bsp. für die Nutzung von Behördenunterlagen: Harald Wixforth, Das Ende eines Automobil-Konzerns – der Borgward-Konkurs und die Bremer Politik, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 65 (2020), S. 95–128.

Hofmeister, Adolf E. und van de Kamp, Jan (Bearb.): Das Denkbuch des Bremer Bürgermeisters Daniel von Büren des Älteren 1490–1525. (Bremisches Jahrbuch. Zweite Reihe. Fünfter Band). Bremen: Edition Falkenberg 2021. 400 S.

Mit dem sog. Denkbuch aus der Feder Daniels von Büren des Älteren (ca. 1460–1541) wird erstmals eine im Kontext der frühen bremischen Reformationsgeschichte in ihrer Bedeutung häufig erkannte und zitierte Quelle in einer Edition zugänglich. Mit der Betonung der Reformation wurde übersehen, dass sie ebenso wichtige Indizien für die bremische Geschichte des Spätmittelalters aus Augenzeugensicht beinhaltet. Die Quelle steht damit zeitlich an einer bedeutenden Wegscheide.

Allzu leicht wird bremische Chronistik bis 1700 auf die Tetrade: Adam von Bremen – Rienesberg/Schene/Hemeling – Johann Renner – Peter Koster verengt, freilich mit einer in der Rezeption starken Dominanz der Chronik Johann Renners, der zum Ende des 16. Jahrhunderts, inmitten der reformierten Konfessionalisierung, ein monumentales, freilich tendenziöses retrospektives Werk verfasste. Das Ganze verdeckt andere, meist chronikartige Werke, die zwar z.T. auf Rienesberg/Schene/Hemeling aufbauten, aber wichtige Segmente des Spätmittelalters bzw. der Reformationszeit abbildeten. Während die Chronik von Rienesberg/Schene/Hemeling (unberücksichtigt der Fortsetzungen) mit dem Jahr 1430 endete, führte der Kanoniker Heinrich Wolter(s) sie bis zur Inauguration von Heinrich von Schwarzburg als Erzbischof 1463 weiter. In den Beginn der Aufzeichnungen Daniel von Bürens d. Ä. fällt der Abschluss der Gruppe der sog. Sparenbergschen (oder Sparenberchschen) Chroniken. Sie bauten zwar auch auf einer Redaktion von Rienesberg/Schene/Hemeling auf, führten sie aber zunächst aus eigenem Zeugnis bis 1491/1492 fort. Sie bildeten wiederum offensichtlich in Teilen die Vorlage Renners. Von Büren behandelt die Reformation nur in ihrer allerersten Periode in Bremen; als Ergänzung zu Sparenberg/Renner sind dazu Christian Emptes (Emtes) und Heinrich Balleer zu nennen, der freilich als überzeugter Lutheraner argumentierte, der die Stadt im Zuge der Hardenbergischen Unruhen verlassen musste und im Exil verstarb.

Der Verfasser des Denkbuches stand, nimmt man die umfangreichen Standardwerke zur bremischen Geschichte von Roller bis Schwarzwälder als Maßstäbe, im Schatten seines Sohnes Daniel von Büren d. J. (1512–1593), der die Option einer Hinwendung zum Reformiertentum zum Ausgang des 16. Jahrhunderts konsequent umsetzte. Dieserart Konsequenz wurde gelegentlich von der Forschung auch Bremens Weg zur Reformation unterstellt. Wie andere Quellen auch, so zeigt das Denkbuch eher eine ›Grauzone‹: Der Rat verteidigte nach außen hin die Tätigkeit eines pr°366

otestantischen Predigers in der Stadt und erklärte dies zur Angelegenheit der Bürger resp. der Gemeinden, unbeschadet der drohenden Konflikte mit dem Erzbischof als Landesherren. Kurzfristig barg das Eindringen reformatorischen Gedankengutes die Gefahr eines militärischen Eingreifens seitens des Landesherren. Langfristig bot die Reformation aber die Möglichkeit zu einem Mehr an Selbständigkeit der Stadt. Privatim sollten sich allerdings temporär noch Frömmigkeitsvorstellungen halten, die spätmittelalterliche Wurzeln hatten. So hatte z. B. auch von Büren 1503 noch für sich und seine Ehefrau Ablässe erworben.

Das Denkbuch eröffnet Einblicke in von Bürens Tätigkeiten als Ratsherr und Bürgermeister: außen- und handelspolitische sowie juristische. Vieles erscheint dabei unspektakulär, gibt aber Einblicke in das politische ›Innenleben‹ Bremens um 1500. Durch die Vereinigung von Legislative, Exekutive und Judikative in der Hand des Rates beinhaltet das Denkbuch zahlreiche Aufzeichnungen von Rechtshändeln an denen von Büren beteiligt war, darunter Vertragsschlüsse, aber eben

auch pönale Handlungen. Aus der Sicht der späteren Entwicklungen sind besonders die Aufzeichnungen zu außenpolitischen Tätigkeiten von Belang. Obgleich immer noch dem Landesherren unterworfen, verfolgte die Stadt eine allgemein respektierte, in vielen Punkten eigenständige Politik, die primär einem reibungslosen Handel galt. Diesem standen die leidigen Fragen der Zölle gegenüber, deren Erhebung durch Bremen wiederum von anderen Städten kritisiert wurde. Kritisch – nicht nur für das Eindringen reformatorischen Gedankengutes – war das Verhältnis der Stadt zum Erzbischof als Landesherren. Die Stadt hatte, u. a. vertreten durch von Büren, die Landtage (meist abgehalten in Basdahl) zu beschicken.

Zwei Themenkomplexe verdienen neben den bereits genannten besondere Aufmerksamkeit: Die ausführlichen Schilderungen des Besuches von Kardinal Raimund Peraudi (1435–1505) im Jahre 1503, der von umfangreichen Ablassverkäufen begleitet war. Wie auch später bei Renner trat in den Berichten der Ablassverkauf in den Hintergrund, man betrachtete das Ganze als eine Art ›Staatsbesuch‹, zu dessen Anlass die Stadt in eindrucksvollem Maße zu repräsentieren und reüssieren wusste. Ein anderer Themenkomplex war die stetig eskalierende Konfrontation mit dem Deutschordenskomtur Jasper von Münchhausen (um 1470–1519), dem seitens der Stadt eine Reihe von Verfehlungen vorgehalten wurde, die von Büren systematisch außerhalb des Denkbuches zusammengetragen hatte und die als Anhang (Anhang 3) der Edition beigegeben sind.

Von Büren war wesentlich Chronist, verabsäumt aber gelegentlich keine persönlichen Ingredienzen. Interessant ist sein verschiedentlicher Wechsel vom Mittelniederdeutschen hin zum Lateinischen – auch ein Indiz für die langsam einsetzende Akademisierung der Ratsherren und Bürgermeister, die im Verlaufe des 16. Jahrhunderts das Verständnis von Führung als Ehrenamt durch Professionalisierung verdrängte. Von Bürens Einträge und Ausführungen erfolgten nicht *raptim*, die Schrift ist deutlich und klar. Sprachlich auffällig ist ein z.T. umständlicher Duktus im Lateinischen.

Die vorliegende, sorgfältig gearbeitete Edition hat ihre wesentliche Grundlage in von Bürens Originalhandschrift, der das Druckbild folgt. Das Original leidet indes aber unter Textausfällen durch Schädigungen infolge der Auslagerung während des Zweiten Weltkrieges, zudem fehlen davon unabhängig die Aufzeichnungen von April 1510 bis Januar 1521. Von den Herausgebern wurden legitimerweise spätere Abschriften zur Ergänzung herangezogen, die noch das intakte Original mit der angesprochenen Lücke als Vorlage nutzten. Zur Erschließung wurde ein Register der Orts- und Personennamen angefügt. Hier ist eine kritische Bemerkung angebracht: Das Denkbuch zeichnet sich durch einen schwierigen Sprachstand aus; es ist in Teilen schwerer zu lesen als Rienesberg/Schene/Hemeling. Daher hätte es sich angeboten, zumindest einige Ausdrücke in Anmerkungen/Fußnoten zu erklären.

Erfreulich ist, dass die Edition des Denkbuches als Quellenpublikation in der Zweiten Reihe des Bremischen Jahrbuchs demnächst eine gewichtige Ergänzung erfahren soll: durch die Herausgabe des von 1395 bis 1670 geführten Ratsdenkelbuches.

Thomas Elsmann

Knauf, Diethelm und Voigt-Köhler, Inge: Mit Stöckelschuh und Krawatte im Paddelboot. Bremen am Wasser – Von den Goldenen Zwanzigern bis in die 1970er Jahre. Bremen: Temmen 2021. 180 S.

Sport und Freizeit sind längst in den Fokus der Geschichtsschreibung gelangt, nicht nur als Gegenstand der Alltagsgeschichte, sondern auch als wichtige Elemente der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Für Bremen und umzu heißt dies, dass neben den klassischen Mannschafts- und Ballsportarten vor allem dem Wassersport eine wichtige Bedeutung zukommt. Während dabei die Weser als tidenabhängiges Großgewässer mit Fluss- und Seeschiffsverkehr vom Segel- und Motorbootsport sowie den großen Ruderclubs bestimmt wird, sind die gemächlichen Gewässer der Kanäle, Fleete und Kleinflüsse das natürliche Habitat der Kanuten und ihrer Clubhäuser und Vereinsheime. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, besonders aber seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist der individuell oder im Verein betriebene Bootssport mit Paddelboot, Canadier oder Faltboot in Bremen zum Breitensport geworden, der tausenden Menschen nicht nur Bewegung und Erholung an der frischen Luft brachte, sondern ihnen auch Wege in die Natur bis hin zu mehrtägigen Wanderfahrten ermöglichte. Für die in den Jahrhunderten zuvor zumeist als Wirtschaftswege angelegten Kanäle um Bremen – besonders sinnfällig wird dies am Namen des Torfkanals – eröffnete dies nicht nur neue Nutzungen, sondern wirkte sich auch auf ihre Gestalt aus. Zahlreiche Anlegestellen, Bootshäuser, Vereinsheime, Bootswerften und nicht zuletzt die Freizeitgastronomie veränderten das Bild an den Ufern. Während dieser Prozess vor dem Ersten Weltkrieg noch kaum in Privatfotos festgehalten wurde, befuhren die Freizeitkapitäne seit den 20er Jahren zunehmend auch mit Kameras die Flüsse und Kanäle. Nicht nur das Freizeitverhalten und der Zugang zum Wassersport, auch das Fotografieren hatte sich demokratisiert und war auch für Bezieher normaler Einkommen erschwinglich geworden. Der Wunsch, Naturerlebnisse, Sportereignisse oder einfach nur Momente der Geselligkeit festzuhalten, manifestierte sich dann in über die Jahre sorgsam zusammengestellten und fortan sorgfältig gehüteten Fotoalben, die nicht selten das Rückgrat von Identität und Selbstvergewisserung von Vereinen und Clubs bildeten. Zumindest galt dies, so lange der organisierte Zusammenhalt funktionierte und eine Vereinsstruktur existierte. Löst sich diese auf, ist es zumeist dem Zufall überlassen, ob derartige Bildquellen in sachkundige Hände oder in das Altpapier kommen. Es ist das Verdienst der Bearbeiter des hier vorliegenden Buches, dass sie drei Fotoalben des Bremer Kanu-Clubs (gegründet 1920, aufgelöst 2003) aus den Jahren 1920 bis 1945 gesichert, ausgewertet und zu einem Fotoband – ergänzt um zahlreiche Abbildungen aus weiteren Quellen – formiert haben. Dass dabei nicht nur Sport und Freizeit, sondern auch Sozialgeschichte in den Blick genommen wird, zeigt schon der Titel des Buches. Man kann darüber streiten, ob dieser glücklich gewählt ist, doch belegen die Bilder eindrucksvoll, dass man bis in die 1930er Jahre mit einem Dresscode in die Boote stieg, den heute selbst Vorstandsvorsitzende von Dax-Konzernen nicht mehr beherzigen. Doch ob mit oder ohne Krawatte – fast allen Bildern ist gemein, dass sie Menschen bei kleinen Fluchten aus dem Alltag zeigen, so dass die Bilder einen Grundton heiterer Gelassenheit vermitteln, der gut mit der ruhigen und weiten Landschaft korrespondiert, in der man noch bis in die 1930er Jahre schwer beladenen Torfkähnen begegnen konnte. Schon früh weckte der Zug ins Freie auch das Fernweh, die Entdeckung entfernterer Gewässer wurde durch besser transportable Faltboote vereinfacht, die Motorisierung erlaubte bald auch organisierte Vereinsfahrten zu fernen Flüssen von der Saale bis zur Save. Zeichen politischer Umbrüche wie

NS-Wimpel an Booten und Vereinsheimen – natürlich besonders deutlich bei einer Olympiafahrt 1936 nach Berlin – sind unübersehbar, doch bleiben sie äußerlich. Ein Kapitel »Sport und Politik« geht den dennoch vorhandenen Zusammenhängen und Folgen für das Vereinsleben nach. Letzteres vollzog sich jedoch weniger an Wegmarken von Politik und Gesellschaft als vielmehr im Rhythmus der Jahreszeiten vom Anpaddeln im Frühjahr bis zur Winterruhe.

Wie bei Privatfotos aus verschiedenen Quellen nicht anders zu erwarten, ist die Qualität der Fotografien sehr unterschiedlich. Von grenzwertig ausbelichteten Schnappschüssen bis zu stimmungsvollen Zeitzeugnissen ist alles vorhanden, doch liegt der Wert des Buches ja nicht im Charakter eines Bildbandes, sondern eines Fotoalbums – da und dort angereichert mit Anzeigen oder Presseausschnitten. Die Publikation ist keine historisch-kritische Bearbeitung des Kanusports in Bremen, die Einleitung ist daher nur kurz und weiterführende Literatur wird nicht genannt, doch sind die erläuternden Bildtexte ausführlich und informativ. Da die Bilder von den Bearbeitern nach Themenkreisen sortiert wurden, wäre ein Bildnachweis beim Einzelfoto und nicht ein Sammelnachweis am Ende des Buches sinnvoll gewesen.

Konrad Elmshäuser

König, Johann-Günther: Friedo Lampe. Eine Biographie. Göttingen: Wallstein 2020. 388 S.

Es war an der Zeit Friedo Lampe eine erste, umfassende und konzise Biografie zu widmen. Kontinuierlich, wenn auch zögerlich wurden sein literarisches Œuvre ›wiederentdeckt‹ und 2018 durch Thomas Ehrsam Briefe und Zeugnisse mit Kommentar ediert (vgl. dazu Konrad Elmshäuser, in: Brem. Jb. 97, 2018, S. 313 ff.). Friedo Lampe war Bremer, er wurde hier geboren, verbrachte seine Schulzeit hier, sammelte hier erste berufliche und literarische Erfahrungen und verarbeitete hier Erlebtes in seinen Werken. Aber man hat ihn in seiner Heimstadt lange Zeit schlichtweg ignoriert. Dass sein Name in der vom Direktor der Staatsbibliothek Bremen bzw. Bibliothek der Hansestadt Bremen und dem völkisch-nationalen Lehrer und Heimatkundler Diedrich Steilen erstmals 1939 herausgegebenen, nationalsozialistisch geprägten Heimatkunde *Bremen. Lebenskreis einer Hansestadt* fehlt, ist den Zeitumständen zuzurechnen. Aber auch 1960 überging man ihn in dem allzu großspurig betitelten Sammelband *Geistiges Bremen*. Obgleich durch seine Tätigkeiten im Schünemann-Verlag freundschaftlich mit bremischen bzw. norddeutschen (im Übrigen meistenteils nationalkonservativen und NS-affinen) Schriftstellerinnen und Schriftstellern verbunden (Waldemar Augustiny, August Hinrichs, Friedrich Lindemann, Alma Rogge, Wilhelm Scharrelmann) und voller Verehrung für Rudolf Alexander Schröders literarisches Schaffen, blieb er unerkannter und womöglich durch seine wenig (ganz im Gegensatz zum ›Lokalheros‹ Rudolf Alexander Schröder) camouflierte Homosexualität Außenseiter. Zugleich mag man ihm die zahlreichen Allusionen auf Bremen in *Am Rande der Nacht* nicht verziehen haben.

Johann-Günther König legt nun eine gründlich recherchierte, quellenorientierte, detaillierte (aber nicht detailversessene) und auch jenseits des Fachpublikums gut lesbare Darstellung vor. Ihr liegt eine im Wesentlichen chronologische Gliederung zugrunde. Ausnahme bildet das dritte Kapitel »Anders als die anderen«, das ausführlich auf Lampes bereits früh nachzuweisende Homosexualität und die

permanente Bedrohung durch § 175 eingeht. Diese offene Homosexualität ist zweifelsohne e i n Erklärungsmodell für die aktuelle Rezeption seines Werkes, aber sie ist kein durchgängiges ›Movens‹ in seinem literarischen Schaffen.

Lampes Bildungsbiografie offenbart, neben breit angelegten geisteswissenschaftlichen Studien an verschiedenen deutschen Universitäten und der abschließenden Promotion, schon früh ein Interesse an Literatur, das freilich konservativ geprägt war: Expressionismus und Naturalismus waren ihm fremd, Idyllendichtung lag ihm aufgrund seiner eigenen Biografie nahe. Ein Spiegelbild liefert dafür der 1940 herausgegebene Sammelband *Das Land der Griechen. Antike Stücke deutscher Schriftsteller*, in dem wesentlich auf Autoren des Sturm und Drang, der Weimarer Klassik und der Romantik zurückgegriffen wird. Dem stehen Form und Inhalt seiner eigenen literarischen Produktion gegenüber, die sich grob dem Magischen Realismus zuordnen lassen.

Lampe war wie viele andere auf einen ›Brotberuf‹ angewiesen: zunächst im Bremer Schünemann-Verlag, dann, nach der Ausbildung zum Volksbibliothekar, in bibliothekarischer Tätigkeit bei den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, seit dem 1. Juni 1937 als Lektor des Rowohlt Verlages in Berlin und schließlich ab Frühjahr 1939 als freier Lektor. War Lampe in seinen Lektoratstätigkeiten außerordentlich erfolgreich, so verliefen seine eigenen schriftstellerischen subjektiv enttäuschend: Die Ballade *Das dunkle Boot* (1936) und besonders sein zweiter Roman *Septembergewitter* (1937), obgleich überwiegend wohlwollend rezensiert, blieben ohne Resonanz; gesammelte, über die Jahre publizierte kleine Erzählungen erschienen erst postum 1946 (*Von Tür zu Tür. Zehn Geschichten und eine*).

Der meist mit seinem Namen verbundene Roman *Am Rande der Nacht* (1933), erzähltechnisch innovativ und inhaltlich provokant, war für den Autor zugleich mit dem Gefühl des persönlichen Scheiterns verbunden: ungeachtet positiver Resonanz seitens der Literaturkritik wurde das Werk wegen der offen dargestellter Hetero- und besonders Homosexualität verboten (*Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums*, Berlin [1935], S. 71), womit man auch den missliebigen Rowohlt-Verlag traf. Lampe, der sich sehr wohl um die Brisanz des Werkes im Klaren war, fürchtete um seine literarische wie seine berufliche Zukunft, zumal die Bedrohung durch § 175 permanent im Raume stand. Aber seine Sorge blieb unbegründet: Als effektiver Volksbibliothekar verblieb er im Dienst des NS-Systems und setzte dessen inhaltliche Forderungen zur Formierung eines systemaffirmativen Bibliothekswesens u. a. durch Makulierung von vermeintlich ›schädlicher‹ Literatur um. Ebenso traf ihn kein Schreib- oder Veröffentlichungsverbot, er fand – wie andere Autoren auch – eine ästhetische Nische. Lampe, der schon 1933 der NSDAP beigetreten war, sich aber gleichwohl mehrfach gegen das Regime aussprach, zog die Konsequenzen: zum einen unterwarf er sich zukünftig einer Art ›Selbstzensur, zum anderen versuchte er unter Zuhilfenahme einer Reihe von national-völkischen Autoren das Verbot zu revidieren – vergeblich. Er selbst vermutete – wohl nicht zu Unrecht – die Urheber des ganzen Verfahrens in seiner Heimatstadt. Zu offensichtlich waren die im Text enthaltenen Anspielungen (wie auch später, wenngleich abgeschwächt, in *Septembergewitter*), zu deutlich hatte er in Bremen Unverständnis und Ablehnung als Reaktion erfahren.

Verbot und bremische Reaktion dürften dazu beigetragen haben, einen Plan Lampes zum Scheitern zu verurteilen, nämlich die Leitung der Bremer Lesehallen in Nachfolge des entlassenen Arthur Heidenhains zu übernehmen. Lampe hatte bereits 1933 in dieser Angelegenheit eruiert und Referenzen beigebracht, traf aber auch in der Folgezeit auf Desinteresse von Hinrich Knittermeyer (dem »März-Geknitterten«, wie ihn der Literaturwissenschaftler und persönliche Freund Johannes

Pfeiffer in einem Brief an Lampe aus dem Januar 1936 satirisch bezeichnete), der zunächst in Personalunion Staatsbibliothek und die später so benannten Volksbüchereien führte.

Auf seinem Lebensweg haftet Friedo Lampe häufig etwas Widersprüchliches, Chimärenhaftes an. Er blieb privat wie literarisch ein Suchender, literarisch – bedingt durch den frühen tragischen Tod – ein Unvollendeter. Johann-Günther König hat diesen Lebensweg transparent gemacht – mit einem kleinen Manko: Lampes Werke selbst werden nur kurz, zu kurz inhaltlich beschrieben. Wendet man es ins Positive, so mag man darin eine Aufforderung zum eigenen Einstieg in Lampes Œuvre sehen.

Thomas Elsmann

Kurze, Peter und Völker, Bernhard: Borgward Rennsportwagen. Einsatz und Technik. Bremen: Kurze 2021. 120 S.

Neues zu Borgward? Ja, denn dem unermüdlichen Borgward-Autor und -Archivar Peter Kurze ist es in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Rennsportautor Bernhard Völker gelungen, ein weitgehend unbeachtetes Kapitel der Firmengeschichte aufzublättern und sachkundig zu bearbeiten: Borgwards Rennsportwagen.

Auch diejenigen, denen die Fahrzeuge von Borgward und den anderen Marken der Gruppe geläufig sind, werden Rennwagen nicht mit den Autos mit der Raute in Verbindung bringen. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn Borgward stand stets für technisch versierte und dabei komfortable Limousinen oder unter Markennamen wie Lloyd für recht einfache Kleinwagen. Dennoch hat es ein Rennsport-Engagement gegeben, das allerdings von gemischtem Erfolg war. Immerhin zehn Jahre, von 1950–1960 von den ersten Schritten bis zur Einstellung der Rennsportabteilung hatte das Ganze Bestand. Als Aspekt der Firmengeschichte ist der Rennsport der genaueren Betrachtung wert, denn er zeigt die Potenziale auf, die in den Bremer Fahrzeugen steckten. Diese mussten sich im harten Wettbewerb behaupten, denn der Patriarch Carl F. W. Borgward hielt nicht allzu viel vom Rennsport und finanzierte ihn wohl nur, weil er aus Prestigegründen der Konkurrenz Paroli bieten wollte und hoffte, damit den Absatz anzukurbeln. Ganz anders bei Porsche, einem direkten Gegenspieler, wo der Rennsport in der Firmen-DNA verankert war und sich nicht rechtfertigen musste. Dennoch saßen legendäre Piloten wie Sir Stirling Moss und Hans Hermann, der dem Buch ein Vorwort widmete, auch hinter dem Borgward-Volant. Bremer Autos kämpften national und international, u. a. in Le Mans und auf der Carrera Panamericana um Siege. Autorennen waren in den 50er Jahren zumeist noch Straßenrennen – brandgefährlich für Piloten und Zuschauer, dies auch bei den beliebten Bergrennen, ob in den Mittelgebirgen oder den Alpen. Vom Typ INKA über den RS-Rennwagen bis zu einem kurzen Engagement in der Formel II mit dem Cooper-Borgward stellt das Buch alle Typen, ihre Einsätze und ihre Technik vor. Auf Letzterer liegt das besondere Augenmerk, v. a. hier ergänzt der Band Heinrich Völkers Publikation zu den »Silberpfeilen aus Bremen« (Autos aus Bremen 7, 2004). Die Bilder aus dem Kurze-Archiv sind wichtige Quellen der Sport-, Zeit- und Freizeitgeschichte. Sie zeigen, wie steril Motorsport heute geworden ist – durchreglementiert, unnahbar und im TV kaum von PC-Animationen zu unterscheiden. Im technikhistorischen Teil vermitteln die freigestellten Fahrzeuge mit farbig unterlegten Details auch dem Laien die Entwicklungsleistungen der Bremer Tüftler. Ein Jahr vor dem Ende der Borgward-Gruppe mussten sie

einpacken. Die Fahrzeuge wurden verstreut und verschrottet, wohl nur drei haben sich in Sammlungen erhalten.

Dem wenn auch schmalen Buch hätte man einen festen Einband gewünscht.

Konrad Elmshäuser

Mindermann, Arend (Bearb.): Urkundenbuch der Bischöfe und des Domkapitels von Verden, Bd. 4 (1426–1470) (Schriftenreihe des Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden, Bd. 56 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 305), Teil 1 (S. 1–1032), Teil 2 (S. 1033–2104), Göttingen: Wallstein 2019.

Der seines Umfangs wegen in zwei Teilen erschienene 4. Band des Urkundenbuches der Bischöfe und des Domkapitels von Verden vereinigt die Quellen aus der Regierungszeit des Bischofs Johann III. von Asel. Mit 44 Jahren war es bis dahin die längste Regierungszeit eines Verdener Bischofs, die danach nur noch von der des Bischofs Christoph von Braunschweig-Wolfenbüttel (1502–1558), der seit 1511 zugleich Erzbischof von Bremen war, übertroffen wurde. Johann III. stammte aus einer Ratsfamilie der Stadt Hildesheim und qualifizierte sich für das Bischofsamt durch eine Karriere an der römischen Kurie, wie Mindermann in seiner Einleitung (Teil 1, S. 123–129) darlegt. Johann resignierte sein Amt 1470 wegen Altersschwäche und Demenz mit 90 Jahren und starb 1472 in Rotenburg. Ausführlich beschreibt Mindermann den Lebenslauf an anderer Stelle.

Der 4. Band des Urkundenbuchs beeindruckt sofort durch seinen Materialreichtum. Urkunden, Briefe, Erwähnungen des Bischofs und der Mitglieder des Verdener Domkapitels in Registern und Chroniken sind chronologisch in 1582 Nummern (plus einigen Ergänzungen) zusammengestellt. Sie sind aus 83 Archiven und Bibliotheken und zahlreichen Druckwerken geschöpft (Teil 1, S. 15–119). Zahlreiche Urkunden sind im vollen Wortlaut abgedruckt, andere als Regesten oder Auszüge, alle mit deutscher Inhaltsangabe und Erläuterungen versehen, die kaum etwas zu wünschen übrig lassen.

Die Überlieferung ist dicht genug, dass sich daraus ein Itinerar für die Regierungszeit des Bischofs zusammenstellen lässt. Es zeigt, dass er sich mehr noch als seine Vorgänger intensiv um seine Diözese gekümmert hat. Er reiste ständig zwischen den Hauptorten Verden, Lüneburg und Rotenburg hin und her, für diese Orte fällt die Überlieferung daher besonders reichlich aus. Außerhalb des Bistums ist er selten anzutreffen, in Bremen im Dezember 1461. Das bedeutet nicht, dass nicht auch Bremen von dem Urkundenbuch profitieren kann. Schlägt man das detaillierte Orts- und Personenregister (Teil 2, S. 1921–2069) auf, nimmt Bremen samt Erzbischof 2 Seiten ein, die Personennamen nicht gerechnet. Bis 1447 konnte der Bearbeiter das Bremische Urkundenbuch (BUB) nutzen, wobei er dennoch durchaus auf die Originale zurückgriff. Einige Stücke ergänzen nun das BUB, darunter solche, die sich auf den Überfall des Bremer Administrators Otto von Hoya auf das Verdener Süderende 1432 mit Beteiligung Bremer Bürger und Bauern beziehen (Nr. 57, 160, 161, 268). Überhaupt bietet das Werk wertvolle Hinweise zur Ergänzung der noch in Bearbeitung befindlichen Ergänzungsbände zum BUB.

Der Spürsinn des Bearbeiters ist bewunderungswürdig. Neben den Archiven und Bibliotheken in Hannover, Lüneburg und Stade, nicht zuletzt auch in Bremen, war das Vatikanische Archiv in Rom besonders ergiebig. Aus diesem lassen sich noch

geringfügige Ergänzungen nachtragen. Johann von Asel wurde 1434 von Papst Eugen IV. mit der Untersuchung der Inkorporation der Propstei von Reepsholt in die Bremer Willehadipropstei beauftragt. Bei der Nachfolge des Verdener Domdekans Jakob Nordan gab es in Rom weitere Komplikationen; der aus Bremen stammende Eilard Post erreichte 1436 sogar eine päpstliche Einsetzungsverfügung, konnte sich aber letztlich gegen den Dekan Hinrik Grope nicht durchsetzen. Zu der Irritation um den Bremer Domdekan von 1442 (zu Nr. 508) kann angemerkt werden, dass Dethard Sleter bereits seit 1436 Dekan war und Hermann von Wersebe früher Senior des Domkapitels. Der eine oder andere Fund wird noch möglich sein; insgesamt ist dem Bearbeiter mit diesem 4. Band aber wieder ein großer Wurf gelungen.

Auch die Mischung aus großenteils vollständigen Abdrucken der Quellen und aus Regesten nimmt jeder Erforscher der Geschichte des Bistums und dessen Teile dankbar an. Dass diese Konzeption bei der überhand nehmenden Quellenlage nach 1470 an Grenzen stößt, ist nachvollziehbar. So muss es für die folgende Zeit des Bischofs Bartold von Landesbergen (1470–1502), die das Werk beschließen sollte, bei perspektivisch mehreren Tausenden zu erschließenden Dokumenten erhebliche Abstriche geben. Geplant ist die Beschränkung des abschließenden 5. Bandes auf eine Fondsedition der Urkunden des Bestandes Domstift Verden im Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Stade, aus den Jahren 1470–1770, wie im Geleitwort der Verantwortlichen des Landschaftsverbandes in Stade (Teil 1, S. 7) angekündigt ist.

Adolf E. Hofmeister

Niehoff, Lydia: Stadt gestalten. Bremens Stadtentwicklung von 1945 bis morgen. Bremen: Schünemann 2020. 200 S.

Als Jubiläumsschrift anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Aufbaugemeinschaft Bremen entstand diese Studie mit Unterstützung vieler Einzelpersonen und Firmen, insbesondere aus der Bau- und Wohnungswirtschaft, und von verschiedenen Architekturbüros. In sieben chronologisch abgegrenzten Großkapiteln werden die Überlegungen zur Stadtentwicklung in Bremen dargestellt, die der Verein Aufbaugemeinschaft Bremen als Akteur in den Debatten um Bau- und Planungsprojekte in Bremen beigetragen hat.

Hintergrundmaterialien zum Zeitgeschehen und zahlreiche Fotos, Planungsunterlagen aus der Bauverwaltung, Informationen zu den zeittypischen Diskussionen in Fragen der Architektur, der Stadtentwicklung und der Verkehrslenkung, biographische Skizzen über die an der Aufbaugemeinschaft beteiligten Personen und die vom Verein vorgelegten Diskussionsbeiträge werden in den Kapiteln für die verschiedenen Zeitabschnitte zusammengestellt. Hervorzuheben sind vor allem die Informationen zu den Rahmenbedingungen in der Immobilien- und Bauwirtschaft, die in Publikationen zur Bau- und Stadtgeschichte meist nicht systematisch angeboten werden, und zur Entwicklung des Einzelhandels. Als Quellen werden neben den üblichen amtlichen Unterlagen maßgeblich die Publikationen der Aufbaugemeinschaft, außerdem Materialien von verschiedenen Firmen und aus der mit dem Verein eng verbundenen Handelskammer genutzt. Seit 1947 erscheint eine Zeitschrift unter dem Titel »Der Wiederaufbau«, seit 1964 heißt sie »Der Aufbau«, herausgegeben zunächst als Mitteilungsblatt der Wiederaufbaugemeinschaften. In den folgenden Jahren erschienen in der Zeitschrift thematisch zentrierte Beiträge zu Fragen der Stadtentwicklung.

Im umfangreichen ersten Kapitel werden die Startbedingungen für den Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen in der Zeit 1945 bis 1949 dargestellt. Bereits im Dezember 1945 entstand mit dem Verein Wiederaufbaugemeinschaft Sögestraße der Kern der später als Aufbaugemeinschaft Bremen bezeichneten Gemeinschaft. Initiatoren und Gründer waren zunächst die Grundstückseigentümer, meist Einzelhändler, der Sögestraße. Größere Baumaßnahmen waren in diesem Zeitraum noch nicht möglich – Baumaterial war streng bewirtschaftet und die Bauwirtschaft kaum leistungsfähig. Die Aufbaugemeinschaft nutzte die Zeit, um gemeinsam mit sachkundigen Experten und Planern Entwürfe für den Wiederaufbau zu entwickeln. Ansatzpunkt waren Überlegungen, um den Kaufleuten und Immobilieneigentümern ihre Existenz zu erhalten und das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. Mit den Entwürfen zum Wiederaufbau der Sögestraße wandte man sich an die Handelskammer und an die Bauverwaltung. Nach dem Vorbild der Anlieger der Sögestraße entstanden in der Folge zunächst für acht Abschnitte in der Innenstadt Aufbaugemeinschaften und 1947 als deren Zusammenschluss die Wiederaufbaugemeinschaft Stadtmitte Bremen.

In den nachfolgenden Kapiteln geht es für 1950 bis 1959 neben den groß angelegten Projekten des Wohnungsbaus im beginnenden Wirtschaftswunder um die ersten Parkhäuser für den Einkaufsverkehr in der entstehenden City, für 1960 bis 1969 um die zunehmenden Konflikte zwischen Auto- und Fußgängerverkehr, außerdem um die Universitätsgründung in Horn-Lehe. Es kam zu einer weiteren baulichen Expansion der Stadt in der Vahr, in Obervieland, in Osterholz-Tenever und links der Weser mit dem Neustädter Hafen und den zugehörigen Gewerbeflächen. Zugleich begann die Zusammenarbeit mit den Gemeinden des niedersächsischen Umlands. Das Jahrzehnt 1970 bis 1979 war durch die Konflikte um Abriss und Sanierung in der östlichen Vorstadt geprägt, wobei sich die Aufbaugemeinschaft im Schnittpunkt des Konflikts um die Erhaltung von Bremer Häusern einerseits und dem von ihr immer noch geforderten Durchbruch der Mozarttrasse samt Hochhausbebauung andererseits befand. Im Zeitraum 1980 bis 1989, der durch die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Bremen geprägt war, fokussierte sich die Aufbaugemeinschaft auf die Entwicklung der Innenstadt und knüpfte damit an ihren Ursprung als Organisation der Geschäftsleute des Einzelhandels an. Auch im Zeitraum 1990 bis 1999 stand die Entwicklung in der Innenstadt im Mittelpunkt des Interesses der Aufbaugemeinschaft, während zunehmend Industrie- und Gewerbegebiete Flächen in den Außenbezirken nutzten – nicht immer mit glücklichem Ausgang, wie das Projekt Space-Park erwiesen hat. Der Wohnungsbau erfolgte nun vor allem in Form von Einfamilienhäusern außerhalb der Innenstadt. Das abschließende Kapitel, das den Zeitraum 2000 bis 2020 umfasst, bietet in 13 Abschnitten eine Übersicht über die aktuellen oder kürzlich abgeschlossenen Projekte. Die hier behandelten Themen und Positionen kennen Zeitungsleser in Bremen als Standpunkte der City-Initiative und der Handelskammer.

Zum Abschluss des Bandes gibt der Vorsitzende der Aufbaugemeinschaft, Uwe A. Nullmeyer, einen Ausblick. Der Wandel des Einzelhandels, durch die Pandemie lediglich beschleunigt, erweist sich für die innerstädtischen Akteure als eine ganz neue Herausforderung.

Im Anhang des Bandes findet sich neben den üblichen Bild-, Quellen- und Literaturnachweisen und dem Anmerkungsapparat auch ein Verzeichnis der von der Aufbaugemeinschaft herausgegebenen Publikationen, die führenden Persönlichkeiten des Vereins werden in den einzelnen chronologischen Kapiteln genannt und vorgestellt. Gestaltet ist der Band vom Schünemann-Verlag (Karin Hannemann) mit vielen Auflockerungen in den Textblöcken, das Bildmaterial ist sehr

kenntnisreich ausgewählt und bietet trotz der bereits häufig behandelten Fragestellungen viel Neues – eine empfehlenswerte Lektüre für alle, die an den Diskussionen der Baupolitik in Bremen interessiert sind.

Bettina Schleier

Olbers-Gesellschaft e.V. Bremen (Hrsg.): 100 Jahre Olbers-Gesellschaft in Bremen. Bremen: Kellner 2020. 328 S.

Im Jahr 1920 wurde in Bremen die Olbers-Gesellschaft gegründet, ein Verein, der insbesondere Hobby-Astronomen zusammenführt und ihnen die Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zu eigenen astronomischen Beobachtungen gibt. Die Olbers-Gesellschaft hat derzeit 355 Mitglieder und genießt lt. eigenen Aussagen große Anerkennung in der Welt der Fach- und Amateurastronomen. In vorliegender Festschrift werden in zehn Beiträgen verschiedene Themen ihrer Geschichte behandelt.

Nach einem Vorwort und gleich drei Grußworten befasst sich der erste Beitrag mit der Vereinsgeschichte. Renate Stein behandelt die Gründungsphase und die Zeit bis zum Ausscheiden des langjährigen Vorsitzenden Walter Stein im Jahr 1988. Anlass für die Gründung gab lt. der ersten Festschrift aus dem Jahr 1924 das Erscheinen eines Kometen im Jahr 1919. – Mit »turbulenten Phasen, großen Umbrüchen und modernen Zeiten« seit 1988 befasst sich Michaela Glimbotzki in ihrem darauffolgenden, ebenfalls sehr ereignisorientierten und sich an der Geschichte der Vorstände sowie an wesentlichen Ereignissen der Vereinsgeschichte (z. B. Veranstaltungen) orientierenden Beitrag. – Regina Umland stellt ein bislang wenig in der Geschichte der Gesellschaft behandeltes Thema vor: Die Biographie und die wissenschaftlichen Arbeiten des Gründungsmitglieds Friedrich Nölke. – Eine Besonderheit der Olbers-Gesellschaft ist ihr reges Publikationswesen. Der Verein verfügte bereits 1920–1921 über ein eigenes Mitteilungsblatt, die Nachrichten der Olbers-Gesellschaft. Zwischen 1922 und 1950 erschienen Benachrichtigungskarten und lose Blätter. Heute noch gibt es die Nachrichten der Olbers-Gesellschaft. All diese Publikationen werden – teils mit Abbildungen und umfangreichen Auszügen – neben den verschiedenen Festschriften und den Chefredakteuren der Olbers-Nachrichten in einem Beitrag von Norbert Grope vorgestellt.

Mit Sternwarten und Beobachtungsstationen der Olbers-Gesellschaft befasst sich Hans-Joachim Leue. Er beginnt bereits mit den Sternwarten, die der Namensgeber der Gesellschaft, Wilhelm Olbers, selbst nutzte, in Bremen und Lilienthal (die Sternwarte des Oberamtmannes Johann Hieronymus Schroeter). Auch stellt der Beitrag öffentliche und private Sternwarten in und um Bremen bis zur Gegenwart vor. Hervorzuheben ist die Bezugnahme auf den Entstehungskontext der Gesellschaft und die Biographie ihres Namensgebers. Thomas Müller verbindet astronomiehistorische mit baugeschichtlichen Details in seinem Beitrag zur Außensternwarte der Olbers-Gesellschaft in Melchiorshausen. Ein Gemeinschaftsbeitrag von Dieter Vornholz und Andreas Vogel stellt die Geschichte des Planetariums in Bremen in den letzten 100 Jahren vor. Andreas Vogel als heutiger Leiter des Olbers-Planetariums befasst sich in seinem Beitrag mit dem Olbers-Planetarium heute und seiner Zukunft.

Es folgt eine Reihe von Beiträgen zum Vereinsleben, so von Hans-Joachim Leue zur Astrofotografie und von Klaus Reinsch zur Sonnenbeobachtung in der Olbers-Gesellschaft. Dieter B. Herrmann stellt in 100 Jahren »Astronomie aus der Vogel-

perspektive« anhand unterschiedlicher Themen (bspw. Sonnensystem, Exoplaneten, Sternsystem) die Entwicklung der astronomischen Kenntnisse zum Zeitpunkt der Gründung der Olbers-Gesellschaft und in der Gegenwart vor. In diesem Beitrag erfolgt erstmals im Sammelband eine kritische Reflexion des Themas (bspw. wird festgestellt, dass es sich bei Astronomen vorwiegend um männliche Wissenschaftler der großen westlichen Industrienationen handelt). – Die von Norbert Grope durch eine graphische Darstellung kurz und knapp unterstützt vorgestellte Entwicklung der Mitgliederzahlen der Olbers-Gesellschaft zeigt einen Höchststand der Mitgliederzahlen in den Jahren 1982–1984 und die gegenwärtige Zahl von 355 Mitgliedern. – Mit einer Zeitleiste mit den wesentlichen Ereignissen zur Geschichte der Olbers-Gesellschaft schließt Thomas Müller den Sammelband. Die erwähnten Ereignisse werden in den Einzelbeiträgen des Bandes immer wieder aufgegriffen. Bedauerlich ist, dass die ersten Jahre kaum Erwähnung finden; die Zeit zwischen 1933 und 1945 wird vollständig ausgeklammert.

Die Olbers-Gesellschaft hat im Laufe ihrer Geschichte neben den Olbers-Nachrichten auch mehrere Festschriften publiziert. Da ließen sich Wiederholungen zwischen der aktuellen Festschrift und vorherigen Publikationen (und auch dem Jahrbuch der Wittheit »Bürgersinn und Vereinskultur« 2014–17) offenbar nicht vermeiden. Gleichwohl weist die aktuelle Festschrift auch thematisch neue Beiträge auf. Durchweg ist in diesem – erkennbar eher von Astronomen, als von Historikern verfassten – Sammelband die Faszination der einzelnen Autoren für die Astronomie und ihre Geschichte spürbar – leider nicht immer zum Wohle der Lesbarkeit. Als Manko ist zu erwähnen, dass die historisch orientierten Beiträge stark ereignisorientiert sind und kaum auf den historisch-gesellschaftlichen Kontext der Vereinsgeschichte Bezug nehmen. In ihnen wird zudem nur wenig auf archivalische Quellen zurückgegriffen. Der Sammelband beinhaltet fünfzehn Einzelbeiträge, doch werden im Inhaltsverzeichnis nur zehn Beiträge aufgeführt. Dies ist bedauerlich, da die fehlenden Beiträge so keinen Eingang in übergeordnete Nachweissysteme finden und für Interessierte schwieriger zu recherchieren sein werden. – Ästhetisch ist der Band aber gut aufbereitet und überzeugt durch eine anschauliche Bebilderung. Insgesamt handelt es sich um einen guten Einblick in die Geschichte, vor allem jedoch in die gegenwärtigen Aktivitäten der Gesellschaft.

Maria Hermes-Wladarsch

Pawlik, Peter-Michael: Von der Weser in die Welt. Bd. IV. Die Geschichte der in England und Wales gebauten Segelschiffe, die an der Weser beheimatet waren. Amsterdam: Batavian Lion International 2020. 519 S.

Ders., Von der Weser in die Welt. Bd. V. Die Geschichte der in Schottland und Irland gebauten Segelschiffe, die an der Weser beheimatet waren. Amsterdam: Batavian Lion International 2020. 483 S.

Peter-Michael Pawlik hat sich in den vergangenen Jahren der Schifffahrtsgeschichte der Unterweserregion, vor allem in der Segelschiffszeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert in ungewöhnlich intensiver Weise gewidmet. Mit seiner mehr als imposanten Sammeltätigkeit hat er seit 1993 mit seinem Opus »*Von der Weser in die Welt*« für die Erforschung der Segelschifffahrt Dauerhaftes geschaffen, das Interessierten noch in Jahrzehnten Nutzen stiften wird. Allein der Titel der

Buchreihe verrät historisches Einfühlungsvermögen, denn er spiegelt anschaulich die maritime Aufbruchstimmung an der Nord- und Ostseeküste im nachnapoleonischen, noch nicht vereinigten Deutschland des Biedermeier und Vormärz wider. Galt dieses bis dahin maritim gegenüber den etablierten Seemächten als nachrangig, etablierten sich die Kaufmannsreeder in den deutschen Häfen nach 1815 dauerhaft in der internationalen Fahrt, was nicht zuletzt der regionalen Schiffbauindustrie gewaltigen Auftrieb gab. Nach 1871 kam es im kaiserlichen Deutschland zu einem zweiten maritimen Aufschwung, der neben der aufkommenden Dampfschifffahrt die letzte Blütezeit der nunmehr eisernen und stählernen Segler beinhaltete. Vor diesem Hintergrund war und ist eine Unmenge schiffsbiographisches Material zu erschließen. Der erste voluminöse Band (1993, Rezension im Brem. Jb. Bd. 74/75, 1995/96, S. 309–310), vom »Weser-Kurier« (27. 6. 1993) bereits ohne Vorahnung des noch Kommenden als »*Einmaliges Werk*« bezeichnet, befasste sich mit den Seeschiffswerften an der Weser und Lesum vornehmlich im Bereich des heutigen Bremen-Nord sowie in Bardenfleth in der Zeit von 1770–1893. Methodisch legte es in einer Kombination aus Werftengeschichte und Schiffsbiographie der einzelnen Neubauten mit einem ansehnlichen Fundus an Illustrationen den Grundstein für alle Folgebände bis heute. Schiffsbiographie, von verständnislosen Historikerkollegen bis heute als »Spielzeugkunde« verkannt, spiegelt nicht nur den wissenschaftstheoretisch belegbaren Charakter des Schiffes als herausragendes historisches Einzelobjekt wider, sondern liefert in Hülle und Fülle Informationen für weitere Forschungen. Der zweite Band Pawliks (2003, Rezension im Brem. Jb. Bd. 83, 2004, S. 224–226) befasste sich in der gleichen Art und Weise mit den Bauwerften im Oldenburgischen an Weser und Hunte von 1790–1926 (Elsfleth, Brake, Oldenburg), schließlich folgte 2008 (Rezension im Brem. Jb. Bd. 88, 2009, S. 285–287) eine Darstellung über den stadtbremischen Schiffbau und das Gebiet des heutigen Bremerhaven mit dem früher selbständigen Geestemünde von 1710–1927. Eingeleitet wurde letztere Rezension mit der Mutmaßung: »*Mit diesem dritten Band findet ein veritables Monumentalwerk seinen Abschluss*«. Tatsächlich ging die Sammeltätigkeit Pawliks weiter. So hat er mit dem bewährten methodischen Gerüst zwei weitere Bände herausgegeben, die sich mit der Geschichte der in England, Wales, Schottland und Irland gebauten Segelschiffe befassen, die an der Weser beheimatet waren. Welche jahrelange mühselige wie schwierige Kleinarbeit dem vorausging, kann man kaum erahnen. Jede substantielle Beschäftigung mit der deutschen Seefahrtgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts kommt an einer Auseinandersetzung mit der damaligen maritimen Supermacht Großbritannien als wichtigste Vergleichs- und Referenznation nicht vorbei. Nicht zuletzt belieferte die einst so überragende britische Schiffbauindustrie im 19. Jahrhundert die deutsche Reederschaft, bis in den 1890er Jahren die deutschen Werften allmählich in ihren Fertigkeiten gleichzogen. Hinzu kam, dass gegen Ende des Jahrhunderts viele britische Segelschiffsreeder aufgaben, weswegen deren Schiffe auch in Deutschland Abnehmer fanden. Die vergleichende Betrachtung zwischen der etablierten britischen und der aufstrebenden deutschen Schifffahrt und schließlich Seemacht gilt nicht nur für die Bereiche Marine, Werftindustrie und Dampfschiffsreedereien, sondern eben auch für die Segelschifffahrt, wie die Substanz der beiden Bände Pawliks mehr als eindrucksvoll vor Augen führt.

Pawlik, der sich in seiner Einleitung als »*Ein-Mann-Forschungsgruppe*« (Bd. IV, S. 8; Bd. V, S. 6) definiert, hat einen Teil der Forschungen im Internet durchführen können. Das betraf zwar auch die nicht immer zuverlässige First-Hand-Information bei Wikipedia, vor allem aber wie bei den ersten drei Bänden, zahlreiche Zeitungsquellen. Diese sind in Großbritannien in großem Stil im Internet bereits

erschlossen. Das Gleiche betrifft das Kartenmaterial der staatlichen britischen Landesaufnahme Ordnance Survey, das für die in diesem Fall oft verzwickten geographischen Fragen besonders hilfreich ist. Einen ähnlichen Stand vermisst der Vf. hierzulande: »*Deutschland kann in diesem Zusammenhang leider nur als Entwicklungsland bezeichnet werden. Die nach Auffassung des Verfassers beste deutsche Zeitung für Schifffahrtsnachrichten, die Bremer Weser-Zeitung, ist weit davon entfernt, digitalisiert und über das Internet zur Verfügung gestellt zu werden. Lediglich die Hamburger Börsen-Halle ist seit einiger Zeit digital einzusehen, aber nur in unzureichender Weise wegen der mangelhaften Anzeige von Suchergebnissen*« (Bd. IV, S. 8).

Wie bei den drei vorangegangenen Bänden, so wird auch hier zunächst die Geschichte der jeweiligen Werft vorgestellt, angesichts der Komplexität gerade der britischen Thematik eine unerhörte Forschungsleistung. In den diversen Einzelschilderungen über Werftschicksale kommt die starke, mit vielfältigem Unternehmungsgeist und erheblicher Risikofreude verbundene wirtschaftliche Dynamik des viktorianischen Zeitalters zum Ausdruck, dem aber – auch das wird an vielen Beispielen deutlich – zahlreiche Firmenzusammenbrüche und Geschäftsaufgaben als Kehrseite dieser Medaille keineswegs fremd war. Zeitgenössische britische Presseberichte werden zitiert, die nicht nur Ereignisse und Werftanlagen beschreiben, sondern gelegentlich sogar herbe Kritik am tristen Erscheinungsbild des jeweiligen Standorts üben (so Bd. IV, S. 62, 479). Ein ergänzender Hinweis darf vielleicht angefügt werden: Bei der im ausgehenden 19. Jahrhundert bedeutenden Werft Thames Iron Works (Bd. IV, S. 321–322), deren Überreste vor einiger Zeit von der Londoner Stadtarchäologie untersucht wurden, vermisst man einen Hinweis auf das Endschicksal. 1912 wurde dieser Betrieb wegen ausbleibender Marineaufträge infolge eingetretener Standortungunst geschlossen. Auch die Bauwerft der unglücklichen TITANIC (1912), Harland & Wolff in Belfast, ist mit acht Seglern (1880–1893, Bd. V, S. 397–436) aufgeführt, deren Baunummern man aufgrund vorhandener Literatur hätte nennen können (Michael Moss, John H. Hume, Shipbuilders to the World. 125 years of Harland & Wolff, Belfast 1861–1986, Belfast 1986, Bauliste S. 507–565). Über die benachbarte, mit einem Segelschiff (1893) vertretene Werft Workman, Clark & Co. (1880–1935, Bd. V, S. 437–440) ist mehr bekannt, als der eher fragmentarische Text angibt (John Lynch (Hrsg.), Forgotten Shipbuilders of Belfast. Workman, Clark, 1880–1935, Belfast 2004).

Nach den historischen Abrissen über die einzelnen Werften folgen die Biographien derjenigen in Großbritannien erbauten Segelschiffe, die irgendwann einmal an der Weser beheimatet waren. Zahlreiche im Original zitierte Zeitungs- und Seeamtsberichte bilden einen opulenten Quellenfundus. Hinzu kommen unzählige Illustrationen, darunter auch Zeitungs- und Kartenausschnitte. Dieses Material umfasst auch noch andere Schiffe, die als Kollisionspartner oder in anderer Weise in den Schiffsbiographien eine Rolle spielten. Vereinzelt werden außerdem frühe Dampfer präsentiert, u. a. für den Norddeutschen Lloyd. Exemplarische Schiffsschicksale aus dieser riesigen Armada vorzuführen, wäre hier sinnlos. Das Material geht aber über die bloßen schiffbiographischen Eckdaten weit hinaus. Es bildet eine ergiebige Fundgrube für personen- und familien-, handels- und navigationsgeschichtliche Fragestellungen sowie für die historische Geographie. Wegen der vielen ausführlich beschriebenen Schiffbrüche ist es außerdem für weitere Forschungen zur Geschichte der Schiffssicherheit von großer Aussagekraft.

Pawlik musste die Ergebnisse seiner Recherchen aus bindungstechnischen Gründen in zwei Bänden zusammenfassen. Thematisch entsprechen sie einem Band mit einem Volumen von rund 1000 Seiten. Band V enthält das Quellen- und

Literaturverzeichnis, das Register der Schiffs- sowie für die Segelschiffzeit der besonders wichtigen Kapitänsnamen (S. 459–483). Als Abbildungsnachweis dient eine summarische Erwähnung (Bd. V, S. 8). Aufgrund der Schließung des Bremer Verlagshauses Hauschild (2013), das die Bände 2 und 3 herausgegeben hatte, fand Pawlik außerhalb der deutschen Grenzen in Amsterdam einen neuen Verleger, der das voluminöse Werk 2020 auf Deutsch herausbrachte und somit ein Thema aus der deutsch-britischen und damit gesamteuropäischen Schifffahrtsgeschichte mehr als eindrucksvoll präsentierte.

Christian Ostersehlte

Pophanken, Hartmut und Wixforth, Harald (Hrsg.): Technik und Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven nach 1945. Bremen: Falkenberg 2021. 340 S.

Bremens Wirtschaft wurde lange Zeit durch ihre maritime Orientierung und ihr maritimes Flair dominiert. Schiffbau, Reedereien, Fischwirtschaft sowie der überseeische Außenhandel waren die Säulen von Bremens Ökonomie; sie prägten das Selbstbewusstsein ihrer Akteure, ihre Kultur und ihr Image, bis seit den 1970er Jahren ein schmerzhafter Strukturwandel andere Branchen und Unternehmen in den Vordergrund rückte. Letzterer wurde begleitet von unterdurchschnittlichem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, einem bedenklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und signifikanter Armut. Inzwischen hat Bremen, wenn auch mit Einschränkungen, durch die Modernisierung seiner Wirtschaft wieder Anschluss an den allgemeinen Trend gefunden. Der Inhalt des vorliegenden Sammelbands »Technik und Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven« bleibt gleichwohl hinter seinem vielversprechenden Titel zurück, weil wesentliche Branchen und Unternehmen unerwähnt bleiben.

In ihrem einleitenden Beitrag zum Sammelband identifizieren die Wirtschaftshistoriker Harald Wixforth und Hartmut Pophanken, die Faktoren, die für die Fehlentwicklungen in Bremen ursächlich waren, darunter verstärkte Auslandskonkurrenz und Preisdumping (vor allem auf dem Schiffbausektor), Export schädigende DM-Aufwertungen, die wachsende Verschuldung Bremens mit reduzierten infrastrukturellen Handlungsspielräumen, die Abwanderung von Unternehmen ins Umland und nicht zuletzt die problembehaftete Kooperation von Staat und Wirtschaft zur Arbeitsplatzsicherung, die mit massiven Subventionen an strukturschwache Branchen den überfälligen Strukturwandel der bremischen Wirtschaft lange Zeit hinausgezögert hat. Das, was als soziale Sicherung gedacht war, erwies sich im Nachhinein als Hindernis für eine innovative Zukunftsgestaltung.

Eine aufschlussreiche Beschreibung der Entwicklung der Lürssen Werft steuert der Historiker Christian Ostersehlte bei. Das traditionsreiche Unternehmen hat bis heute alle Unbilden des deutschen Schiffbaus überlebt. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des allgemeinen Schiffbauverbots (1951) suchte das Unternehmen zunächst Zuflucht bei branchenfremden Produkten, darunter den Bau von Fenstern, Türen und Möbeln im Rahmen des zivilen Wiederaufbaus in den Westzonen. Es folgte der Bau von Fischereifahrzeugen, Zoll- und Patrouillenbooten. Die nächste Etappe war der Einstieg in den Handelsschiffbau sowie die Produktion von Marineschnellbooten. Die Schiffbaukrise in den 1970er Jahren ließ sich so durch die Expansion des Marineschiffbaus, darunter zahllose Fregatten für die Bundesmarine und für ausländische Auftraggeber, auffangen. Hinzu kam der Bau von Luxus-Yachten, der Lürssen in einschlägigen Kreisen einen geradezu

legendären Ruf verschaffte. Die erfolgreiche Entwicklung bot dem Unternehmen schließlich die Möglichkeit, den prominenten Hamburger Konkurrenten Blohm + Voß wie auch kleinere Werften in den Konzern zu integrieren und die Produktion zu diversifizieren. Anders die Rickmers Werft in Bremerhaven, die sich lange auf die Produktion von Fischerei-Schiffen spezialisiert hatte: Ungeachtet ihrer technologischen Spitzenstellung gelang es der Werft nicht, dauerhaft Gewinne zu erwirtschaften; 1986 ging die Werft schließlich in Konkurs. Den Ursachen geht Jörn Lindner in seinem detailreichen Beitrag nach. Besonders aufschlussreich ist der Beitrag von Harald Focke über die Entwicklung der Großwerft Bremer Vulkan und des Norddeutschen Lloyd, beide lange Zeit dominante Säulen des maritimen Sektors in Bremen und mittlerweile längst von der Bremer Bildfläche verschwunden. Im Mittelpunkt stehen technologische Auswirkungen und veränderte Marktbedingungen in Schiffbau (u. a. Diesel Motoren versus Dampfturbinen) und Schifffahrt. Eine wesentliche Rolle spielte auch die Containerisierung, zu der der Bremer Vulkan 1968 mit dem Bau des ersten deutschen Containerschiffs, der WESER EXPRESS, für den Norddeutschen Lloyd als Auftraggeber einen entscheidenden Beitrag leistete. In seinem Beitrag über »Synergien durch Fusionen« geht Harald Wixforth der Frage nach, inwieweit Unternehmenszusammenschlüsse und Kooperationen im deutschen Schiffbau der Branche bzw. einzelnen Werften das Überleben gerettet oder den Niedergang hinausgezögert haben. Ende der 1970er Jahre konnte man sich auch in Bremen nicht länger der Einsicht verschließen, dass der hiesige Schiffbau ungeachtet der zunehmenden Unternehmenskonzentration stark gefährdet war. Der Schiffbau wurde »für lange Zeit zum Alimenten Empfänger und Kostgänger der öffentlichen Hand, ... wodurch der notwendige Strukturwandel in Bremen verschleppt wurde.« (Wixforth) Über die Ursachen gibt es bis heute unterschiedliche Hypothesen, die gemäß Wixforth noch einer vertieften Analyse bedürfen.

Einen interessanten Beitrag liefert Jan Christoph Gleim mit dem »Weg zum Fischstäbchen – Technologische Umbrüche in der Hochseefischerei (1945–1970)«. Gleim geht der Frage nach, wie sich der traditionelle Fischfang und die Fischverarbeitung im Zuge des technischen Fortschritts verändert haben. Im Zentrum stehen u. a. die technischen Veränderungen der industriellen Kühlung, die alle wirtschaftlichen Bereiche der Fischwirtschaft grundlegend beeinflusst haben. Bremerhaven steht auch im Zentrum des Beitrags von Dirk J. Peters über »Fischereihafen Bremerhaven im Wandel (1945–2020). Vom Auktions- und Verarbeitungsplatz zum Gewerbe- und Industriegebiet und zum Forschungszentrum. Eine topographische Studie«. Die Stadt, deren Fischereihafen noch in den 1960er Jahren als größter seinesgleichen in Europa galt, war vor allem durch die Verkleinerung der Fanggründe der deutschen Fischerei im Nordatlantik besondere durch Island einem harten Strukturwandel ausgesetzt, der bis heute anhält. 1967 waren noch 85 sog. Seitenfänger und 21 Logger in Bremerhaven stationiert; danach sorgte der internationale Konkurrenzdruck für einen raschen Abbau. Andererseits expandierten Fischverarbeitung und Lebensmittelindustrie kräftig; gegenwärtig sind hier rund 4000 Mitarbeiter in Dutzenden von Unternehmen beschäftigt. Peters lässt für den Wandel vor allem die baulichen Veränderungen und die veränderte Infrastruktur der Stadt einschließlich der beeindruckenden Museums- und Forschungslandschaft und der touristischen Attraktionen sprechen.

Drei Beiträge des Sammelbands bewegen sich thematisch außerhalb der bremischen maritimen Wirtschaft: Hartmut Pophanken »Vor dem Take-off – Flugzeugbau in Bremen in den fünfziger Jahren«, Günther Hörbst »OHB – von der Garagen-Firma zum Global Player der Raumfahrt« und Thomas Hintz »Wagen und

Winnen: Die Geschichte eines Bremer Außenhandelsunternehmens«. Der Beitrag von Pophanken widmet sich dem Wiederbeginn des Flugzeugbaus in Bremen, und zwar als Schwerpunkte mit dem Bau von Segelflugzeugen bei Focke-Wulf, dem Lizenzbau von Motorflugzeugen (»Piaggio«) und, gemeinsam mit dem Autobauer Borgward, der Entwicklung eines technisch anspruchsvollen Hubschraubers (Focke-Borgward-Projekt »Kolibri«), die allerdings als Folge des Konkurses des Autoherstellers Borgward bereits 1961 aufgegeben werden musste. In den 60er Jahren setzte im Flugzeugbau der »Weg in die Moderne« ein. Günther Hörbst beschreibt hierzu in seinem aufschlussreichen Beitrag »OHB – Von der Garagenfirma zum Global Player der Raumfahrt« die Entwicklung des bremischen Raumfahrtunternehmens OHB, wie aus einem kleinen Familienunternehmen ein kreativer, dynamischer Pionier wurde. Als Start in eine neue Zukunft gilt in der Unternehmensgeschichte das Jahr 1981, und zwar mit dem Erwerb eines Kleinunternehmens (OHB; Otto Hydraulik Bremen) durch die gelernte Kauffrau Christa Fuchs. Sie verlieh dem Unternehmen eine neue Richtung. Mitte der 1980er Jahre trat dann der renommierte »Raumfahrtpionier« (und Ehemann von Christa Fuchs), Manfred Fuchs, in das Unternehmen ein. Beide formten die Firma mit einer stetig wachsenden Zahl an Experten/Innen in den folgenden Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten börsennotierten europäischen Raumfahrtunternehmen im Bereich der Satelliten- und Erdbeobachtungstechnologie mit annähernd dreitausend Beschäftigten. Anders der eher erzählerische Beitrag von Thomas Hintz: Er schildert anhand der Handelsgüter Kakao und Instantkaffee die Aktivitäten eines eigenen kleinen Außenhandelsunternehmens, indem er eigenes Erleben und seine Erfahrungen, vor allem in der arabischen Welt, schildert. Der überseeische Außenhandel hat die bremische Wirtschaft über viele Jahrzehnte maßgeblich geprägt und ihr Wohlstand wie Ansehen verschafft. Bis auf einige wenige Unternehmen wie die Firma Hintz ist er heute infolge veränderter Rahmenbedingungen weitgehend von der Bildfläche verschwunden.

In ihrem abschließenden Beitrag zum Projekt »MaWiDok (Maritim-wirtschaftliche Dokumentation) – Ausgangspunkt für die Errichtung eines regionalen Wirtschaftsarchivs in Bremen?« beklagen der Wirtschaftshistoriker Harald Wixforth und der Archiv-Experte Michael Jurk den Mangel an archivalischem Schriftgut zum Schwerpunkt Maritime Wirtschaft in Bremen im Vergleich zu anderen Regionen als »ausgesprochen unbefriedigend« (S. 322). An die Handelskammer, das Staatsarchiv, prägende Unternehmen und andere Institutionen ergeht ihre Aufforderung zur Gründung eines regionalen Wirtschaftsarchivs, in dem relevante Archivalien im Interesse breiter und vertiefter Forschung gepoolt werden.

Insgesamt gesehen verschafft der Sammelband sowohl den historisch Interessierten als auch der Politik Einsichten, die in eine zeitgemäße Richtung weisen.

Karl Marten Barfuß

Steffens, Helmut: Die Geschichte der Bremer Presse. »... erlauchten Gästen ein würdiges Haus zu bereiten«. Norderstedt: BoD 2020. 583 S.

Bisher galt das 1964 von Josef Lehnacker (1885–1965), dem begnadeten Faktor, herausgegebene Werk *Die Bremer Presse. Königin der deutschen Privatpressen* als ›non plus ultra‹ für jeden, der sich mit der Geschichte der *Bremer Presse* beschäftigte. Obgleich in Zügen apologetisch, konnte Lehnacker hier erstmals eine

hilfreiche, geschlossene Bibliografie ihrer Erzeugnisse vorlegen. Helmut Steffens verfolgt in seiner ›cum studio‹ verfassten voluminösen Darstellung einen weitergehenden Ansatz, geht es doch laut eigenem Postulat um die Gesamtgeschichte der *Bremer Presse*. Der Autor ist auf dem Gebiet der Druckgeschichte Laie, wurde aber durch die Sammeltätigkeit in der Familie an das Thema herangeführt und hat über Jahrzehnte Materialien gesichtet und ausgewertet. Hierin liegt zweifelsohne sein größter Verdienst: Erstmals wurden Quellen herangezogen, die bisher gar nicht oder allenfalls randständig Berücksichtigung fanden, besonders der zum einen Teil in der SuUB Bremen verwahrte und zum anderen in Privatbesitz befindliche Nachlass von Josef Lehnacker sowie die umfangreiche Korrespondenz aus dem Umfeld des Druckes des *Missale Romanum* in der Abtei Maria Laach.

Der Verf. legt seiner Studie zunächst eine chronologische Ordnung zugrunde, die er mit biografischen Kurzskizzen der handelnden Personen verknüpft. Interessant ist, dass die unterschiedliche Interessen- und Ausgangslange der Gründer (Biermann, Borchardt, von Hofmannsthal, Schröder, Wiegand, Wolde) bereits schnell zu Konflikten führte, sichtbar an der Korrespondenz mit dem kunstsinnigen Mäzen Leopold Otto Heinrich Biermann (1875–1922). Als Gesellschafter reklamierte er für sich das Recht, den ersten Druck zu erhalten, was nicht eingehalten wurde und als Resultat brach Biermann 1920 seinen Kontakt ab. Seine Frau sollte nach dem Konkurs des Verlages zu dessen Gläubigern zählen. Einen vergleichbaren Bruch erlebte die *Bremer Presse* durch das Zerwürfnis zwischen Willy Wiegand (1884–1961), dem technischen Leiter, und Rudolf Borchardt (1877–1945), wesentlich ausgelöst durch Borchardts finanzielle Forderungen.

Die Untersuchung belegt ein Kernproblem der *Bremer Presse* nachdrücklich: das Finanzielle. Die ›Idee‹ zu ihrer Gründung und Ausgestaltung entstammte einem sendungsbewussten, sich selbst in Teilen als solchen definierenden elitären Kreis, der hochwertige Drucke für eine ausgewählte Klientel verlegen wollte. Eine klare Präponderanz des Ästhetisch-Literarischen unter Hintanstellung der ökonomischen Aspekte. Biermann und Wiegand hatten frühzeitig gewarnt, und da die quantitative Ausweitung der Publikationen über den *Verlag der Bremer Presse* nicht die erhoffte Remedur brachte, musste schließlich im Herbst 1932 der Konkurs erklärt werden. Natürlich ist anzumerken, dass die *Bremer Presse* in Entwicklung und Verkauf sowohl durch den Ersten Weltkrieg wie auch durch die Weltwirtschaftskrise und die ihr folgende Inflation stark eingeschränkt wurde. Aber ein Blick in eine wiedergegebene Pfändungsliste aus dem Januar 1933 weist einen erschreckenden Restantenbestand auf, gerade auch der hervorragenden Handpressendrucke, der den Eindruck bestärkt, dass die *Bremer Presse* z. T. am Markt vorbei publizierte und Autoren wie Borchardt, Hofmannsthal und Schröder das Unternehmen als probate ›Spielwiese‹ für ihre eigenen Schriften verstanden.

Dem Verf. ist Dank dafür auszusprechen, dass er zum einen die für die typografische Ausgestaltung und deren Umsetzung Verantwortlichen ausführlich charakterisiert (z. B. – neben Wiegand – Josef Lehnacker, Anna Simons und Frieda Thiersch), zum anderen die typografische Entwicklung der *Bremer Presse* ausgiebig behandelt und mit Beispielen illustriert.

Eine umfangreiche Darstellung ist der Edition des *Missale Romanum* in der sog. *Editio Lacensis* gewidmet, dem finalen Erzeugnis der *Bremer Presse*. Eine Auftragsarbeit, da im Umkreis der katholischen Kirche die Idee erwachsen war, ein neues Altarmessbuch in historisierender, bibliophiler Form für die Liturgie herauszugeben. Die Korrespondenz bezeugt, wie unterschiedliche Interessen (Katholische Kirche, Sponsoren, Verlage und die *Bremer Presse*) das Gesamtprojekt verzögerten und schließlich zu einem finanziellen Misserfolg werden ließen. So wenig

kommerziell erfolgreich die *Bremer Presse* bis zu ihrer Liquidation gewesen sein mag: Sie besitzt heute einen nicht zu leugnenden Stellenwert im Antiquariatshandel und bei Buchauktionen, besonders dann, wenn Exemplare mit Einbänden aus Maroquin (Saffian) oder mit individueller Ausstattung angeboten werden.

Noch eine Bemerkung zur Druckgestaltung der Studie: Für einen Print-on-Demand liegt ein eindrucksvolles, mit zahlreichen Abbildungen und Schmuckinitialen versehenes Werk im DIN A4-Format vor – man möchte sagen dem geistigen Inhalt der *Bremer Presse* verpflichtet wie angemessen. Die äußere Form folgt dem Inhalt!

Thomas Elsmann

Van den Heuvel, Christine, Steinführer, Henning und Steinwascher, Gerd (Hrsg.): Perspektiven der Landesgeschichte. Festschrift für Thomas Vogtherr (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Bd. 312). Göttingen: Wallstein 2020. 758 S.

Unter dem Titel Perspektiven der Landesgeschichte hat die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen ihrem langjährigen Vorsitzenden Prof. Thomas Vogtherr, Emeritus der Universität Osnabrück, zu seinem 65. Geburtstag eine beeindruckende Festschrift gewidmet. Das mit einem Vorwort des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil versehene Werk bietet weniger einen Perspektivausblick als vielmehr einen lebendigen Gegenwartseinblick in die Facetten der Landesgeschichte, wie sie in Niedersachsen (und Bremen) derzeit Gegenstand vielfältiger Forschungen ist. Sie ist damit eine Leistungsschau der landeshistorischen Forschung und zugleich der Historischen Kommission: Mittelalter und Hilfswissenschaften, Frühe Neuzeit, 19. Jahrhundert und Zeitgeschichte, aber auch Archive und Geschichtswissenschaft bilden die thematischen Blöcke, in die sich die 35 Beiträge verteilen.

Thomas Vogtherr hat nach akademischen Stationen an den Universitäten Kiel und Leipzig seit 2001 an der Universität Osnabrück gewirkt und sich als Mediävist und Landeshistoriker nicht nur dort einen hervorragenden Ruf erworben. Von 2006 bis 2016 lag der Vorsitz der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in seinen Händen, in seine Amtszeit fielen wichtige Vorhaben der Kommission, so in Bremen die Untersuchung und die Fachtagung zur NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, die 2014 von der Bürgerschaft zusammen mit der Historischen Kommission veranstaltet wurde.

Bedingt durch die Arbeitsschwerpunkte und biographischen Stationen des Jubilars sind Arbeiten unmittelbar zu Bremen in der Festschrift nicht zu finden, Anknüpfungspunkte der Arbeiten zum Raum Bremen sind aber v. a. im Frühmittelalter gegeben. So bei dem Beitrag von Thomas Scharff zum sog. »Blutgericht« von Verden im Jahr 782 und zum Bild Karls des Großen in der Historiografie, trat doch Bremen im Umfeld jenes Sachsenaufstandes im Jahr 782 erstmals schriftlich in Erscheinung. Auch Theo Kölzers Arbeit zu frühen Kirchen und Klöstern in Sachsen ist vor dem Hintergrund seiner Neubewertung der von Fälschungen bestimmten urkundlichen Überlieferung des 9. Jahrhunderts in unserem Raum auch aus Bremer Perspektive wichtig. Ansonsten dominieren die niedersächsischen Räume und Städte von der emsländischen Peripherie bis in die klassischen welfischen Kernterritorien und Themen wie den Welfenschatz. Auch benachbarte Gebiete wie Thüringen/Hessen und Westfalen sind vertreten, der Bogen geht aber durchaus

auch darüber hinaus mit Beiträgen zu Fürstentreffen in Passau, dem polnischen Adel in Kurland und dem Türkeneinfall 1483. Den geographischen und chronologischen Rahmen beschließt ein Beitrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen nach der Annexion der Krim 2014.

Daher gilt, dass man das Werk allen anempfehlen kann, die sich ein Bild von der Vielfalt der landeshistorischen Forschung in Niedersachsen und angrenzenden Gebieten machen wollen.

Konrad Elmshäuser

Wellbrock, Kai und Fischer, Norbert (Hrsg.): Die Entwicklung der Wasserwirtschaft im Elbe-Weser-Dreieck und im Alten Land (Schriften der Deutschen Wasserhistorischen Gesellschaft, Bd. 28) Siegburg: Papierflieger 2021. 180 S.

Die Deutsche Wasserhistorische Gesellschaft fördert die wissenschaftliche Bildung, die Forschung und die Information über die Geschichte des Wasserwesens und die damit im Zusammenhang stehenden Gebiete, u. a. durch Fachtagungen mit regionalen Schwerpunkten. 2016 hat diese Fachgesellschaft in Stade getagt, die hierzu erstellte, reich bebilderte Publikation enthält zahlreiche Beiträge, die auch für die bremische Stadt- und Landesgeschichte interessant sind. Leider fehlt dem Band eine vollwertige Einleitung, welche die folgenden, unterschiedlich angelegten Beiträge inhaltlich klammert und miteinander verknüpft.

Auf Grundlage der vorhandenen Forschungsliteratur bietet Hartmut Bickelmann einen konzisen und klar strukturierten Überblick zur Unterweser als Wasserweg und ihren Zuflüssen. Dabei spielt die Gründung Bremerhavens eine zentrale Rolle, denn erst durch diese Stadtgründung und ihren späteren Ausbau wurde »die gesamte Unterweser damit quasi zu einer innerbremischen Verkehrszone« (S. 64). Entscheidend für das wirtschaftliche Florieren der drei Unterweserorte Bremerhaven, Geeste und Lehe waren neben dem Auf- und Ausbau von Hafenstrukturen am Weserstrom die Nutzung der Geeste (Ansiedlung von Werftbetrieben) und der Lune (Zugang zu binnenländischen Ziegeleien), womit zudem das Hinterland ökonomisch tiefer erschlossen wurde. Damit spiegelt die Verkehrs- und Infrastrukturgeschichte der Unterweser auch den wirtschaftlichen Strukturwandel des 19. und 20. Jahrhunderts im Allgemeinen wider. Ähnliches gilt auch für das Hamme-Wümme-Gebiet: Sicherten der Kuhgraben und der Torfhafen in Findorff früher die bremische Brennstoffversorgung, so hat das Flusssystem heutzutage Bedeutung für den Wassersport und den Tourismus.

Mit historischer Wasserbautechnik im Elbe-Weser-Dreieck beschäftigt sich Dirk J. Peters am Beispiel von Schleusen und Sperrwerken. Entstanden ist eine Auswahldokumentation, in der zu jedem ausgewählten Wasserbauwerk ein kurzer geschichtlicher Abriss präsentiert und der heutige Zustand fotografisch dokumentiert wird. Ausführlich widmet sich der Verfasser dem Schleusen- und Sperrwerksystem Bremerhavens, dessen Ausbau eng mit der Stadtentwicklung verknüpft war. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts basierten die ersten Schleusenentwürfe auf Innovationstransfers aus den Niederlanden und Großbritannien, in den folgenden Jahrzehnten wurde die wirtschaftlich-technologische Entwicklung (insbesondere die wachsenden Schiffsgrößen, namentlich des Norddeutschen Lloyds) zum Treiber des Hafen- und Wasserbaus. Im Fischereihafen wurden Schleusen nachgerüstet, da die nachteilige Tidenabhängigkeit einer weiteren fischwirtschaftlichen Entwicklung Geestemündes entgegenstand. Peters beschließt seinen rundum gelungenen

Beitrag mit einer Darstellung der Sturmflut 1962 in Bremerhaven und mit einem Plädoyer für den Denkmalschutz dieser Gebäude. Nur über die (lediglich angedeuteten) zwischen Landwirtschaft und Schifffahrt bestehenden Interessenkonflikte um die Frage des Wasserstands in den regulierten Wasserwegen hätte der Rezensent gerne mehr erfahren (S. 101).

Michael Ehrhardt und Norbert Fischer beschäftigen sich mit Deich- und Wasserbau sowie Sturmfluten im Alten Land bzw. in Cuxhaven; beide Beiträge profitieren von der jahrelangen Befassung der Autoren mit dem Thema sowie der Auswertung des einschlägigen Archivguts. Anschaulich stellt Ehrhardt die Gemengelage von genossenschaftlich-kommunalem und herrschaftlich-staatlichem Handeln dar. Fischers Beitrag zur Entwicklung Cuxhavens lädt zu Vergleichen mit Bremerhaven ein. Lediglich die Erstdatierung der Bremer Schlachte ist missverständlich (S. 45), hier hätten die einschlägigen Veröffentlichungen von Ulrich Weidinger und Friedrich Prüser zu Rate gezogen werden können. In weiteren Beiträgen werden die Geschichte der in Stade gegenwärtig und früher ansässigen Wasserwirtschaftsbehörden samt ihrer Aufgabengebiete (inklusive interessantem Kartenmaterial) sowie die Arbeitsgemeinschaft Maritime Landschaft Unterweser mit ihren Projekten zur Präsentation des maritimen Erbes vorgestellt.

Jörn Brinkhus

Wittheit zu Bremen (Hrsg.): »Heimat und Identität. Der Bremer Heimatpreis – Beiträge und Dokumentation« (Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2018–2020). Bremen: Falkenberg 2021. 184 S.

Das aktuelle Jahrbuch der wissenschaftlichen Gesellschaft Wittheit zu Bremen widmet sich den schwierigen, da kontrovers und vielfach unterschiedlich interpretierten Begriffen, »Heimat« und »Identität«. Einem Vorwort von Gerold Wefer, dem Präsidenten der Wittheit, folgen sechs instruktive Beiträge, die sich mit »Heimat« und »Identität« unter verschiedenen Aspekten beschäftigen. Ein Teil der Beiträge geht auf zwei Veranstaltungen im Jahr 2019 zurück: ein Historisches Kolloquium im Haus der Wissenschaft aus Anlass des 80. Geburtstages von Hans Kloft, dem stellvertretenden Präsidenten der Wittheit, am 7. 6. 2019 und die Verleihung des Heimatpreises 2019 im Staatsarchiv Bremen am 30. 4. 2019.

Der Historiker Hans Kloft setzt sich in seinem kenntnisreichen Aufsatz »Was ist Heimat?« mit dem Heimatbegriff im Allgemeinen auseinander und ergänzt seine Überlegungen um mehrfache Bezüge zu Bremen und zu seinen persönlichen Erinnerungen an seine Anfänge als durch die Berufung an die Universität Zugezogener in der Hansestadt. Auf konkrete heimatliche Identitätsfiguren in Bremen gehen zwei weitere Bremer Historiker, Konrad Elmshäuser und Jörn Brinkhus, ein. Fragt man heute nach solchen Symbolen und Merkmalen in Bremen, bekommt man nicht selten als Antwort: der Roland auf dem Marktplatz und die Bremer Stadtmusikanten. Die beiden Wahrzeichen Bremens sind daher Gegenstand einzelner Beiträge des Bandes. Elmshäuser beschreibt in seinem Aufsatz »Die Bremer Stadtmusikanten – zum Verhältnis von Herkunft, Heimat und Identität in einem Märchenstoff« wie die Stadtmusikanten, deren Erstpublikation 1819 nun ca. 200 Jahre zurückliegt, erst sehr allmählich zu Symbolfiguren einer städtischen Identität Bremens wurden. Jörn Brinkhus dagegen erklärt in seinem Beitrag »Der Bremer Roland – eine Symbolfigur bremischer Identität?«, warum und wann die historische Figur eines frühmittelalterlichen Markgrafen zum Wahrzeichen Bremens

wurde, obwohl dieser – wie die Stadtmusikanten – die Stadt Bremen nie besuchte. Brinkhus schildert die Entstehung der steinernen Roland-Statue und vor allem ihre nachmittelalterliche Bedeutung für Bremen. Der Beitrag vom Schifffahrtshistoriker Lars U. Scholl »Bremerhaven – Drehscheibe zwischen alter und neuer Heimat« beschäftigt sich anhand der Einzelschicksale von Auswanderern mit Migrationsgeschichte in der Seestadt Bremerhaven, einem der größten Auswanderungshäfen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der Medienkünstler Michael Weisser beschreibt in seinem Aufsatz »bremen:AN: sichten« ein intermediales Langzeitprojekt: »rice.de«. Dort werden Ideen entworfen, wie Heimatforschung die neuen Möglichkeiten der digital-vernetzten Gesellschaft nutzen könnte. Sein Beitrag zur Zukunft der Heimatforschung entstand aus der Rede des Autors anlässlich der Verleihung des Preises für Heimatforschung 2019.

Die Wittheit zu Bremen verleiht seit 1999 jährlich zusammen mit zehn weiteren wissenschaftlichen Vereinen den Bremer Preis für Heimatforschung, der ursprünglich 1954 vom Senat der Freien Hansestadt anlässlich des 90-jährigen Bestehens des Naturwissenschaftlichen Vereins als »Senatspreis für naturwissenschaftliche Heimatforschung« gestiftet wurde. Mit dem Preis werden hervorragende Arbeiten zur natur-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Erforschung des nordwestdeutschen Raumes ausgezeichnet. Gefördert werden sollte bei der Stiftung des Preises 1954 die Laienforschung, berücksichtigt werden seit die Wittheit den Preis vergibt, aber auch Profi-, Hochschul- und Schülerarbeiten. Auf die Geschichte des Naturwissenschaftlichen Vereins und seine Rolle für den Bremer Heimatpreis geht daher der Biologe Hans Konrad Nettmann in seinem Beitrag »Natur, Heimat, Forschung, Wandel« ein. Eine Übersicht der zahlreichen Träger des Heimatpreises und der Förderpreise zum Heimatpreis und ihrer Arbeiten im Zeitraum von 1999–2021 schließt die Publikation ab.

Der vorliegende Band zur Heimatforschung bietet zum Thema informative und kurzweilige Beiträge. »Heimat und Identität« unterlagen in der Vergangenheit und unterliegen heute, wie die Beiträge des Sammelbandes zeigen, einem dynamischen Wandel. Der Heimatbegriff wurde vielfach politisch instrumentalisiert, sogar missbraucht und damit stigmatisiert. Dennoch verlor er bis heute nicht im Geringsten an Anziehungskraft. Er wird somit auch in Zukunft ein Bestandteil der städtischen Kultur, der wissenschaftlichen Forschung und auch der lokalen Identität sein.

Anna Czech

Wixforth, Harald: Vernetzt – Verflochten – Vertraut. Das personelle Netzwerk der maritimen Wirtschaft in Bremen (1908–1968) (Schriften des Staatsarchivs Bremen. Bd. 61). Bremen: Staatsarchiv 2020. 172 S.

Harald Wixforth, Senior Expert am Deutschen Schifffahrtsmuseum Bremerhaven und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Unternehmensgeschichte an der Universität Bochum, widmet sich, gestützt auf eine breite Grundlage historischer Quellen, der Verbreitung und Bedeutung personeller Netzwerke der maritimen Wirtschaft in Bremen zwischen 1908 und 1968. Dabei konzentriert sich die Untersuchung auf den Schiffbau (Werften), die Schifffahrt (Reedereien) und Kreditinstitute bzw. Banken als deren Finanziers. Der o. a. Zeitraum wird in fünf Perioden mit entsprechenden Erhebungsstichproben für die Jahre 1908, 1928,

1938, 1958 und 1968 aufgeteilt und analysiert. Als zentrales Anliegen seiner Studie nennt Wixforth die Klärung, »wer in der maritimen Wirtschaft Bremens zu den big linkern, das heißt zu den Netzwerkspezialisten zu rechnen ist, die mehrere Mandate in Verwaltungs- und Aufsichtsräten akkumulierten sowie bei Unternehmen Vorstandsposten besetzten«. Dabei wird u. a. auch der Frage nach den Auswirkungen der Netzwerke auf die maritime Wirtschaft Bremens nachgegangen.

Waren es im Kaiserreich noch im Wesentlichen einheimische, d. h. durch Geburt, Heirat und andere enge Bindungen geprägte Repräsentanten angesehener und wohlhabender bremischer Kaufmannsfamilien, die Schiffbau und Schifffahrt vorantrieben, so wurden in der Zwischenkriegszeit die Bremer Netzwerke mehr und mehr durch externe bzw. auswärtige Fachleute ergänzt und/oder ersetzt. Der Prototyp des »ehrbaren Kaufmanns« trat mehr und mehr in den Hintergrund und machte dem wachsenden Einfluss von regionalen und überregionalen Banken, auswärtigen Investoren und Managern mit speziellem Fachwissen Platz. Besonders hervor traten Persönlichkeiten, die in verschiedenen Netzwerken auch über Bremen hinaus aktiv waren und ihren Einfluss entsprechend vergrößerten. Aktionsfelder der big linker waren über die maritimen Wirtschaftsbeziehungen hinaus lokale Ämter und Funktionen als Präsident (»Präses«) der Handelskammer, als Ratsherren und Senatoren und/oder Mitglieder der Bürgerschaft. Auffallend ist hier bis in die Gegenwart hinein die vergleichsweise geringe Repräsentanz von Frauen.

Summa summarum lässt sich konstatieren, dass im Laufe des Betrachtungszeitraums das typisch Hanseatische an Einfluss, Prägung und Glanz verlor, ein Prozess der Veränderung, der in den nachfolgenden Jahrzehnten bis in die Gegenwart anhielt und die wirtschaftliche Dynamik Bremens bis heute prägt. Schiffbau, Redereien und Banken mit maritimen Geschäftsfeldern büßten an Bedeutung ein. Symptomatisch sind der Rückzug des Norddeutschen Lloyd aus Bremen, die Schließung der Großwerften Bremer Vulkan und A.G. Weser und der Niedergang der Bremer Landesbank. Auch die Nahrungsmittelindustrie, hervorgegangen aus traditionellen Handelshäusern, verlor an Bedeutung. An ihre Stelle rückten vor allem die Expansion des Automobilbaus, der Luft- und Raumfahrt, der Logistik und die Stahlerzeugung, die großenteils ihre Entscheidungszentren außerhalb Bremens haben. Damit entstanden neue Netzwerke, denen jedoch die Aura des typisch Hanseatischen fehlt. Was von den hanseatischen Traditionen blieb, sind u. a. Veranstaltungen wie das alljährlich stattfindende Schaffermahl als angeblich ältestes Brudermahl der Welt, das Stiftungsfest des Ostasiatischen Vereins sowie die Eiswette, mit denen Bremen seine maritime Vergangenheit erfolgreich in den Dienst der Standortwerbung stellt und neue, branchenübergreifende Netzwerke etabliert.

Die Schwerpunkte der Expertise von Harald Wixforth liegen vor allem bei der Würdigung einzelner Repräsentanten der maritimen Wirtschaft Bremens, die wesentlich zur Wirtschaftsblüte Bremens vor dem Ersten Weltkrieg und zum Ansehen der Stadt beigetragen haben und nach denen in Bremen zahlreiche Bauwerke und Straßen benannt wurden. Bemerkenswert viele Kaufleute und Repräsentanten der maritimen Wirtschaft haben sich auch als Gründer von Stiftungen hervorgetan und zur Entstehung eines bunten Teppichs vor allem von kulturellen und sozialen Engagements in Bremen beigetragen.

Besonders erfolgreiche und charismatische Unternehmer tauchen in einer Vielzahl wirtschaftlicher und politischer Aktionsfelder und in deren Netzwerken auf. Vor dem Untersuchungszeitraum war es vor allem der Bremer Kaufmann H. H. Meier (1809–1898), der als Gründer des Norddeutschen Lloyd (1857) sowie als

Reichstagsabgeordneter und schwedisch-norwegischer Konsul Einfluss und Bekanntheit erlangte. Prototyp eines hanseatischen Kaufmanns und big linkers in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit war auch Franz E. Schütte (1838–1911) als Pionier des Petroleumhandels (er galt als deutscher »Petroleum-König«), Gründer der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (DAPG) und Mitgründer renommierter Werften und Schifffahrtgesellschaften. Mit ihm eng verbunden waren die erfolgreichen Bremer Reeder Georg Wilhelm Wätjen und Friedrich Bischoff. Franz E. Schütte war einer der maßgeblichen Großaktionäre der Werft »Bremer Vulkan« und bis zu seinem Tod Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens. Sein Petroleumhandel und der Schiffbau waren eng vernetzt und sicherten ihm eine profitable Existenzgrundlage. Ähnlich der Bremer Senator Johann Mathias Gildemeister (1833–1918): Er entstammte einer weit verzweigten bremischen Unternehmerdynastie, die mit dem Salpeter- und Rohzuckerhandel groß geworden war und die sich aus logistischen Gründen an etlichen Reedereien beteiligte. Ein großer Teil der Erträge der Kaufleute kam kulturellen und sozialen Zwecken zugute.

Mit dem aus Schlesien stammenden Schiffbauingenieur Victor Nawatzki (1855–1940), Generaldirektor des Bremer Vulkan, wurde zeitgleich erstmalig eine externe Persönlichkeit in den Kreis der big linker aufgenommen. Nawatzki vertrat u. a. die Interessen der Familie Thyssen, die im Laufe der Zeit ihren Anteil am Kapital des Bremer Vulkan zu einer beachtlichen Mehrheit ausbaute. Er galt als Prototyp eines modernen Managers, der in erster Linie die Gewinninteressen der Werft-Eigentümer verfolgte. Seine Verdienste um die Expansion des Bremer Vulkan sicherten ihm breite Anerkennung.

Im Laufe der Zeit gewann auch der Einfluss von Kreditinstituten an Bedeutung. Breite Beachtung widmet Wixforth hier vor allem dem Privatbankier Johann Friedrich Schröder (1879–1933), der in der Zwischenkriegszeit in sieben Leitungsgremien maritimer Unternehmen vertreten war und wesentliche Entwicklungen in der bremischen Unternehmenslandschaft maßgeblich mit beeinflusst hat. Die Weltwirtschaftskrise beendete 1931 die Erfolge der »Schröder-Bank« und bewirkte, dass Schröder selbst aus der Geschäftsleitung »seiner« Bank ausscheiden musste. Das Institut setzte seine Aktivitäten nach erfolgreicher Konsolidierung als Norddeutsche Kreditbank fort.

Besondere Beachtung widmet die Untersuchung der maritimen Wirtschaft Bremens während der Zeit des Nationalsozialismus. Sie war geprägt durch den staatlich administrierten Interventionsstaat und die faktische Entmachtung der Privatwirtschaft. Wixforth konstatiert, dass nunmehr die Zeit der »Opportunisten und Profiteure des NS-Regimes« begann, die die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft Bremens übernahmen und den Einfluss der »alten« Familien des Bremer Wirtschaftsbürgertums auf ein Minimum zurückdrängten. Bannerträger der NS-Ideologie in der bremischen Wirtschaft wurde der aus der Kleinstadt Nienburg stammende Kaufmann Karl Bollmeyer (1887–1982). Nach Auffassung von Wixforth vertraten Bollmeyer und andere Repräsentanten ungeachtet ihrer internationalen Erfahrungen nationalsozialistisches Gedankengut bis hin zur Rassenideologie, und zwar aus Überzeugung, während sich andere Netzwerker eher aus Opportunismus und zur Sicherung ihres wirtschaftlichen Einflusses der NSDAP anschlossen. Insgesamt nahm der spezifisch bremische Einfluss auf die maritime Wirtschaft ab und damit auch die Bedeutung der Netzwerke. Bollmeyer war lange Zeit Präsident der Handelskammer Bremen und u. a. auch stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Übergang zur »sozialen Marktwirtschaft« setzte sich der

schwindende Einfluss bremischer Persönlichkeiten und entsprechender Netzwerke fort. Bollmeyer musste sich einem Entnazifizierungsverfahren stellen und wurde schließlich als mehr oder minder harmloser »Mitläufer« eingestuft. Folglich konnte er nach dem Krieg wieder in wichtigen Gremien der bremischen Wirtschaft aktiv werden, wenn auch mit reduziertem Einfluss.

In der Nachkriegszeit wechselten renommierte bremische Unternehmen aus dem Bereich der maritimen Wirtschaft wie die Großwerften A.G. Weser und Bremer Vulkan, bedeutende Reedereien und Industriebetriebe den Eigentümer. Andere Unternehmen verlagerten ihren Standort oder stellten ihre Produktion in Bremen in Gänze ein. Damit nahm auch der bremische Einfluss in den Netzwerken weiter ab. Wixforth spricht von einer »Destabilisierung des Beziehungsgeflechts«, die die wirtschaftshistorische Forschung u. a. mit der Frage konfrontiert, ob der schwindende Einfluss des maritimen Sektors in Bremen symptomatisch ist oder einer bremischen Sonderentwicklung folgt.

Karl Marten Barfuß

Denkmalpflege in Bremen. Schriftenreihe des Landesamtes für Denkmalpflege Bremen
Aus: Bd. 18, 2021 (Gotik)

Georg Skalecki, Die Kirche Unser Lieben Frauen in Bremen – Ein frühgotischer Zentralbau von 1220, S. 8–43. – Achim Todenhöfer, Die ehemalige Franziskanerklosterkirche St. Johann im Schnoor, S. 44–73. – Jessica Hänsel, Verborgene gotische Gewölbe in Bremen, S. 74–91. – Uwe Schwartz, Bürgerhäuser der Gotik in Bremen, S. 92–104. – Dieter Bischop, Archäologie des sogenannten Balleer'schen Hauses am Markt, S. 105–121. – Jürgen Pätzold, Die Verwendung von Naturwerksteinen beim Bau des gotischen Bremer Rathauses, S. 122–136. – Ottmar Struwe, Das unbekannte Kleinod – Zur Umnutzung der ehemaligen Kleingüterabfertigung am Zollamt Hansator, S. 137–139. – Marianne Ricci, Hoch zu Ross – das Bismarck Denkmal in Bremen, S. 139–143. – Ottmar Struwe, »Bauschaum rettet Baudenkmal.« Von der Fassadensanierung eines Wohnblocks in Bremerhaven, S. 143–145. – Jessica Hänsel, Neue Unterschutzstellungen: Drei neue Geschichtszeugnisse der ehemaligen Bremer Wollkämmerei unter Denkmalschutz, S. 146–153.

Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2018–2020
Heimat und Identität. Beiträge und Dokumentation zum Bremer Heimatpreis

s. Rezensionsteil, S. 322–323

Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
Aus: Bd. 106, 2020

Günther Bock, Das frühe Hamburg als Zielort slawisch-paganer Überfälle – Realität oder Fiktion?, S. 1–36. – Julian Lubini, Die verfassungsrechtliche Stellung der Stadt Hamburg im Spiegel der Reichshilfe für den Ungarnkrieg Kaiser Friedrichs III.

Drei Entschuldungsbriefe aus den Jahren 1486/87, S. 37–52. – Stefan Wulf, Tropenkurhaus und Tbc-Kinderklinik – Das Landhaus »Grüneck« als Ort der Hamburger Medizingeschichte 1939 bis 1951, S. 53–81. – Yves Müller, Nur »Sirenendreher«? Der Einsatz der Hamburger SA als »relevant political factor« im Luftkrieg, S. 83–106. – Ortwin Pelc, Als englischer Dolmetscher bei der Hamburger Kapitulation 1945. Lebensweg und Erinnerungen von Ilya Suster, S. 107–129.

Stader Jahrbuch (Stader Archiv NF)
Aus: Band 110, 2020

Elfriede Bachmann, Bremervörde im 17. Jahrhundert. Ausgewählte Quellen, S. 13–86. – Arend Mindermann, Der Verdener Bischof Johann III. von Asel und sein »groß Geld«, S. 119–152. – Anja Seelke, »extra ordinis goedt« – ein Porträt vergegenwärtigt den Orgelbauer Arp Schnitger, S. 153–168. – Ingo Heidbrink, Ein eisiger Konflikt, S. 175–191 [Beitrag zur Konkurrenz in der Herstellung von Kunsteis und Natureis u. a. in der Bremerhavener Fischwirtschaft]. – Judith Washof, »Bitte um 400 Gewehre«. Wie Ängste in Krisen politische Realität gestalten: Die Bürgerwehren in der Landdrostei Stade zur Zeit der Revolution 1848/49, S. 193–227.

Oldenburger Jahrbuch
Aus: Band 120, 2020

Herta Hoffmann, Doppelhochzeit in den Häusern Oldenburg–Delmenhorst und Schleswig-Holstein–Sonderburg 1634/1635, S. 37–50. – Franz-Reinhard Ruppert, Kirche, Schule, Post und Wohnbebauung statt Linoleumfabrik. Stadtmagistrat und Bürger wenden sich 1884 gegen einen stadtkernnahen Standort für eine zweite Linoleumfabrik in Delmenhorst, S. 73–84. – Dietmar von Reeken, Außenseiter in einem konservativen Land? Die politische Linke in Oldenburg in der frühen Weimarer Republik – Forschungsüberblick und Forschungsperspektiven, S. 85–94. – Michael Hirschfeld, Wir Katholiken machen keine Revolution mit, sondern erkennen nur gesetzmäßige Zustände an. Die Zentrumspartei in der Frühphase des Freistaats Oldenburg (1919–1923), S. 95–116. – Albrecht Eckhardt, Ministerialrat Gustav Zimmermann (1881–1957). Demokratischer Politiker und leitender Beamter in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit, S. 117–148. – Martin Schürrer, Beschlagnahmt – umkämpft – umstritten. Das Schicksal der jüdischen Archivalien Oldenburgs im Kontext (west-)deutscher Archivgeschichte, S. 149–173. – Marcus Kenzler, Das »neue deutsche Kunstschaffen«. Die Gauausstellungen Weser-Ems als Spiegel nationalsozialistischer Kunstpolitik, S. 229–246.

Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte
Aus: Band 92, 2020

Henning Steinführer, Vom Ende der Hanse zur Geburt der Hanseaten. Die Jahrestagung der Historischen Kommission 2019 in Bremen, S. 7–8 [Beiträge der Bremer Jahrestagung vom 3.–4. Mai 2019 in der Bremischen Bürgerschaft:]. Henning Steinführer und Angela Huang, Der Hansetag von 1669 und das ›Ende der Hanse‹, S. 9–45. – Alexander Krey, Die juristischen Akteure des letzten Hansetages, S. 47–78. – Michael Schütz, ... nec prope nec procul ... Der Hildesheimer Stadtsyndikus Dr.

Melchior Hoffmeister und der Hansetag von 1669, S. 79–94. – Magnus Ressel, Die Stärke der schwachen Akteure. Die hanseatische Gemeinschaft im europäischen Handelssystem des 18. Jahrhunderts, S. 95–136. – Frank Hatje, Die hidden agenda einer »Hanseatischen Republik«. Hansestädtische Netzwerke und Politik zwischen 1795 und 1815, S. 137–181. – Lu Seegers, Hanseaten und das Hanseatische im 20. Jahrhundert. Deutungen und Praktiken, S. 183–198. – [Weitere Beiträge:] Florian Dirks, Zwischen Hansestädten und Welfenmacht. Die Grafen von Hoya als »kleine« Fürsten im Nordwesten, S. 199–220. – Christine van den Heuvel, Der Friedensschluss zwischen Kurhannover und Schweden im Jahr 1719. Ein ›kleiner‹ Frieden am Ende des Großen Nordischen Krieges, S. 221–265.

Hansische Geschichtsblätter – Hanseatic History Review
Aus: Bd. 138, 2020

Ulla Kypta, Versammeln, besprechen, beschließen. Der Vergleich verschiedener Tagfahrten des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, S. 1–23. – Gabriele Annas, Über das Tagen und Vertagen als politische Handlungsprinzipien: Reichstage, Städtetage und Hansetage des späten Mittelalters im Vergleich, S. 25–74. – Agnieszka Bartoszewicz, Marcin Starzyński, Der Krakauer Bürger Heinrich Smedt und die Rechnungen seiner Flandernreise 1401–1402, S. 75–110. – Valentin Portnykh, Marina Bessudnova, Urkundliches Material zum hansisch-dänischen Krieg 1368–1370 aus dem Bestand »Pfundzollherren« des Archivs der Hansestadt Lübeck in der Staatlichen Universität Tomsk, S. 111–156. – Gert Koppe, Der Ost-West-Handel des Revaler Kaufmannes Steffen Pelser (1475–1500), S. 157–211. – Rudolf Holbach, »Von jenen, die der Hansa Schlachten schlugen« zum »Verkaufsoffenen Hanse-Sonntag«. Städtische Hanseerinnerungen und Widerspiegelungen der Hanse in der Geschichtskultur seit dem 19. Jahrhundert, S. 213–284.

Weitere Neuerscheinungen zur bremischen Geschichte und Landeskunde
(Vollständigkeit im Sinne einer Bibliografie wird nicht angestrebt. Besprechungen bleiben vorgehalten.)

50 Jahre Universität Bremen: offen seit 1971. Herausgegeben vom Rektor der Universität Bremen. Redaktion: Sarah Batelka. Bremen: Referat für Hochschulkommunikation und -marketing der Universität Bremen 2021. 154 S.

Bernsmeier, Uta: Glaskunst aus fünf Jahrhunderten. Fotografie Luther & Fellenberg. Veröffentlichung des Bremer Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, Nr. 120. Bremen: Focke Museum 2020. 216 S.

Blandow, Jürgen: Auf Halte. Die Geschichte des Stadtbremischen Pflegekinderwesens. Von den ältesten Überlieferungen bis in die jüngere Zeit. Ottersberg: Selbstverlag 2020. 385 S.

Bremer Tageszeitungen AG (Hrsg.): Mein Bremen 1945 bis 1967. Menschen und ihre Geschichten: Leben und arbeiten in der Stadt. Starke Frauen in Bremen. Der Schatz des Walter Hanert: Aufbruch in eine neue Zeit. 1. Aufl. Bremen: Weser-Kurier Mediengruppe 2021. 113 S.

Brünjes, Heiner: Woltmershausen. Ein Stadtteil im Aufbruch. 1. Aufl. Bremen: Kellner 2021. 232 S.

Chantelau, Ernst A.: Historische Dokumente zur Präsenz der NSDAP in Farge. Internationale Friedensschule Bremen / Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack. 19. März 2019. Bremen: 2021. 188 ungez. S.

Dahlmann, Dittmar: Ludwig Knoop. Ein russischer Textilbaron aus Bremen. 1821–1894. Herausgegeben vom Förderverein Knoops Park e.V. Bremen. 1. Aufl. Bremen: Schünemann 2021. 192 S.

Dammann, Stefan und Gala, Olga (Hrsg.): »Erst der Hafen, dann die Stadt«. Wilhelm Kaisen, Bremer Bürgermeister 1945–65. Über Rotlichtviertel und Schmuggler. Bremer Urgesteine erzählen. Von Anbiet bis Zuckerklatsche. Bremen: Weser-Kurier Mediengruppe 2021. 114 S.

Dauks, Sigrid und Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.): Staatsschutz – Treuepflicht – Berufsverbot. (K)Ein vergessenes Kapitel der westdeutschen Geschichte. Unter Mitarbeit der Studierenden des Projektes »Aus den Akten auf die Bühne« (Aus den Akten auf die Bühne. Bd. 12). Bremen: Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen 2021. 435 S.

Geschichtskreis Sebaldsbrück (Hrsg.): Die Schloßpark. 90 Jahre 1931–2021. Eine Materialsammlung. Bremen: Geschichtskreis Sebaldsbrück 2021. 52 S.

Herold, Heiko: Paul Friedrich August Wurthmann. Vom Elsflether Schiffskapitän zum Pionier der Dampfhochseefischerei 1837–1898. Eine Biographie (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven. Bd. 26). Bremerhaven: Stadtarchiv 2021. 309 S.

Hesse, Hans: ... wir sehen uns in Bremerhaven wieder ... Die Deportation der Sinti und Roma am 16./20. Mai 1940 aus Nordwestdeutschland. Gedenkbuch zur nationalsozialistischen Verfolgung der Sinti und Roma aus Nordwestdeutschland, Teil 1 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven. Bd. 27). Bremerhaven: Stadtarchiv 2021. 189 S.

Koroscha, Martin: 309 – Ein fotografischer Streifzug durch den Bremer Südosten. Bremen: Temmen 2021. 128 S.

Lohmeier, Sven: Überseestadt im Fluss. Bremen: Schünemann 2021. 112 S.

Neumann-Breeger, Renate: Kattenturm und Kattenesch. Geschichte und Geschichten. Bremen: 2021. 68 ungez. S.

Niehoff, Lydia: Im Schatten der Großen lässt sich gut leben. Chronik der Unternehmensgruppe Diersch & Schröder 1920–2020. Bremen: Eigenverlag 2020. 224 S.

Niehoff, Lydia: Immer auf Kurs. Im Wandel der Zeit: 200 Jahre J. Müller 1821–2021. 1. Aufl. Bremen: Schünemann 2021. 176 S.

Peters, Herbert: Fritz Peters. Ein Leben für Staatsarchiv und Familie: 1903 bis 1970. [Bremen]: [Selbstverlag] [2020]. 251 S.

Schaper, Hans von: Alwin Oppel (1849–1929). Wirken und Werk eines bremischen Geographen. Willich/Niederrhein: [Selbstverlag] 2020. 80 S.

Schlüter, Ulrich (Hrsg.): 100 Jahre Friedhof Osterholz. Natur-, Kultur- und Kriegsdenkmal. 1. Aufl. Bremen: Falkenberg 2020. 276 S.

Schöck-Quinteros, Eva und Rau, Simon (Hrsg.): Erziehen – erzwingen – erniedrigen. Das Arbeitserziehungslager Bremen-Farge 1940–1945. Unter Mitarbeit der Studierenden des Projektes »Aus den Akten auf die Bühne« (Aus den Akten auf die Bühne. 16,1). Bremen: Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen 2020. 429 S.

Schörling, Walter: »Kein anständiger Mensch wollte zu uns gehören«. Zur Geschichte der NSDAP in Blumenthal und Umgebung. Eine Dokumentation der Ereignisse vom Novemberputsch 1923 bis zu den Juliwahlen 1932. 1. Aufl. Bremen: Dokumentationszentrum Bremen-Blumenthal 2020. 137 S.

Staas, Christian und Ullrich, Volker (Hrsg.): Die Hanse. Kaufleute, Könige, Krieger. Europas heimliche Supermacht 1150 bis 1650. Hamburg: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG 2021. 122 S.

Steinführer, Henning und Steinwascher, Gerd (Hrsg.): Geschichte und Erinnerung in Niedersachsen und Bremen. 75 Erinnerungsorte. Aus Anlass der Gründung der beiden Bundesländer vor 75 Jahren im Auftrag der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. 314). Göttingen: Wallstein 2021. 512 S.

Weisser, Michael: Der Riensberger Friedhof in Bremen 1811–2021. Eine intermediale Heimatforschung und Quellensammlung zur Sepulkralkultur: »Die Liebe höret nimmer auf«. Oldenburg: Isensee 2021. 448 S.

HISTORISCHE GESELLSCHAFT BREMEN

157. Jahresbericht (2020)

Mitgliederversammlung

Im Berichtsjahr konnte eine ordentliche Mitgliederversammlung wegen der Versammlungsbeschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht stattfinden.

Grundsätzlich kam das Vereinsleben soweit es gemeinsame Veranstaltungen wie Vorträge, Führungen und Fahrten umfasst, nach Mitte März 2020 fast vollständig zum Erliegen. Dies war den wechselnden pandemiebedingten Auflagen und der erheblichen Planungsunsicherheit geschuldet und sollte sich bis in das Folgejahr fortsetzen. Auch die Geschäftsstelle im Staatsarchiv musste zeitweise für den Publikumsverkehr geschlossen werden.

Vorstand

Im Vorstand der Historischen Gesellschaft gab es im Berichtjahr keine Änderungen. Den Vorstand der Historischen Gesellschaft Bremen bilden folgende Damen und Herren:

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser (Vorsitzer), Dr. Ina Grünjes (stellvertretende Vorsitzerin), Heinz Salzer (Schatzmeister), Dr. Maria Hermes-Wladarsch (Schriftführerin) , Dr. Peter Ulrich (stellvertretender Schriftführer), Dr. Dieter Bischop (Beisitzer), Uwe Bölts (Beisitzer), Dr. Gabriele Hoffmann (Beisitzerin), Prof. Dr. Franklin Kopitzsch (Beisitzer), Prof. Dr. Cordula Nolte (Beisitzerin), Prof. Dr. Georg Skalecki (Beisitzer).

Mitgliederbewegung

Im Jahr 2020 traten 5 Personen der Gesellschaft bei, 15 Austritte meist aus Alters- oder gesundheitlichen Gründen waren zu verzeichnen, 12 Mitglieder sind verstorben. Am 31. Dezember 2020 hatte die Historische Gesellschaft 516 Mitglieder.

Veröffentlichungen

Band 99 des Bremischen Jahrbuchs ist im Dezember 2020 erschienen. Das Jahrbuch sollte wegen der Zugangsbeschränkungen und Abstandsregeln in der Geschäftsstelle und der Benutzerberatung des Staatsarchivs nicht persönlich abgeholt werden und wurde daher an die Mitglieder postalisch versandt.

Vorträge

Auf Einladung der Historischen Gesellschaft Bremen und in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Vereinen und Institutionen fanden im Berichtsjahr 2020 u. a. folgende Veranstaltungen statt:

Dr. Lu Seegers (Hamburg): Hanseaten und das Hanseatische im 20. Jahrhundert: Zu Deutung und Praxis eines Identifikationsbegriffs (26. Februar 2020)

Dr. Hans Hesse (Hürth): Den Schicksalen der Opfer gewidmet – Ein Erinnerungsbuch für die in der NS-Zeit in Bremen verfolgten Sinti und Roma (5. März 2020)

Prof. Dr. Almuth Höfert (Oldenburg): Gott und seine Kaiserreiche: Kaisertum und Kalifat als Erben der Spätantike (10. März 2020)

Dr. Peter Ulrich (Bremen): Die Ulrichs – Eine Bremer Lehrerfamilie und ihr Umfeld (17. März 2020)

Alle weiteren Vorträge der Historischen Gesellschaft und der mit ihr kooperierenden Vereine mussten im Jahr 2020 pandemiebedingt leider entfallen.

Gesprächsabende, Führungen und sonstige Veranstaltungen

Führungen zu Sonderausstellungen konnten im Jahr 2020 nicht angeboten werden. Auch der vorweihnachtliche Gesprächsabend konnte leider nicht stattfinden. Die Vergabe des von der Historischen Gesellschaft mitfinanzierten Bremer Preises für Heimatforschung der Wittheit zu Bremen wurde auf 2021 verschoben.

Tagesfahrten

Am 15. August 2020 führte eine Tagesfahrt an die Mittelweser und in die Grafschaft Hoya. Kirchen und Burganlagen standen im Mittelpunkt der Fahrt, die unter einem Hygieneschutzkonzept durchgeführt wurde. Erste Station war der ehemalige Stiftsort auf dem Heiligenberg bei Bruchhausen-Vilsen. Nach der bedeutenden Kirche von Bücken wurden die Altstadt und Stadtkirche von Nienburg, die Archidiakonatskirche in Marklohe sowie Ort und Hofgut Drakenburg an der Weser besichtigt. Die Fahrt leiteten Prof. Dr. Konrad Elmshäuser und Uwe Bölts.

Mehrtagesfahrten

Mehrtagesfahrten mit Übernachtungen konnten im Sommer 2020 nicht durchgeführt werden. Die geplante Busreise »Hohenloher Land – eine reiche Kulturlandschaft zwischen Tauber und Neckar« mit dem Schwerpunkt ins nördliche Baden-Württemberg musste auf das Jahr 2021 verschoben werden.

Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft zum 31. Dezember 2019

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		51.449,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00
		51.449,07

Passiva		
A. Kapital		
1. Anfangskapital	47.875,20	
2. Jahresfehlbetrag	– 1.180,63	46.694,57
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		952,00
C. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		40,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten		3.762,50
		51.449,07

Erträge und Aufwendungen im Jahr 2019

Erträge	
Beiträge	10.018,00
Spenden	6.143,94
Erlöse Buchverkauf	780,00
Sonstige Erlöse	1.509,00
	18.450,94

Aufwendungen	
Löhne und Gehälter	5.408,04
Sozialabgaben etc.	1.727,80
Abschreibungen	358,90
Sonst. betriebliche Aufwendungen	12.136,83
	19.631,57
Jahresfehlbetrag 2019	– 1.180,63

Gez. Heinz Salzer
Schatzmeister

Geprüft am 5. 5. 2020
Gez. Lars Worgull
Rechnungsprüfer

Rechnungsbericht der Historischen Gesellschaft zum 31. Dezember 2020

Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	Euro	Euro
A. Anlagevermögen		0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		47.927,75
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00
		47.927,75
Passiva		
A. Kapital		
1. Anfangskapital	46.694,57	
2. Jahresfehlbetrag	– 5.285,82	41.408,75

B. Rückstellungen	
1. sonstige Rückstellungen	1.904,00
C. Verbindlichkeiten	
1. sonstige Verbindlichkeiten	450,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.165,00
	47.927,75

Erträge und Aufwendungen im Jahr 2020

Erträge	
Beiträge	7.991,15
Spenden	4.520,32
Erlöse Buchverkauf	750,00
Sonstige Erlöse	142,00
	13.403,47
Aufwendungen	
Löhne und Gehälter	5.407,37
Sozialabgaben etc.	1.743,84
Sonst. betriebliche Aufwendungen	11.538,08
	18.689,29
Jahresfehlbetrag 2020	– 5.285,82

Gez. Heinz Salzer
Schatzmeister

Anschriftenverzeichnis zum Aufsatz- und Rezensionsteil

Prof. Dr. Karl Marten Barfuß, Keplerstraße 25, 28203 Bremen

Dr. Jörn Brinkhus, Dessauer Straße 5a, 28857 Syke

Anna Czech, Nancystraße 6, 28211 Bremen

Eva Determann, Hermann-Prüser-Straße 4, 28237 Bremen

Prof. Dr. Konrad Elmshäuser, Barbarossastraße 20, 28329 Bremen

Dr. Thomas Elsmann, Kiebitzweg 5, 29525 Uelzen

Dr. Maria Hermes-Wladarsch, Johann-Neudörffer-Straße 25, 28355 Bremen

Dr. Adolf E. Hofmeister, Am Gohbach 10a, 27283 Verden

Dr. Manuel Kamenzin, Ruhr-Universität Bochum, Historisches Institut, Universitätsstraße 150, 44801 Bochum

Prof. Dr. Hans Kloft, Charlottenburger Straße 11, 28211 Bremen

Dr. Arne Langer, Lange Brücke 18, 99084 Erfurt

Andreas Lehnertz PhD, Mandel Building, Mount Scopus, Hebrew University of Jerusalem, Jerusalem 91905, Israel

Dr. Alfred Löhr, Altenburger Straße 16, 28205 Bremen

Dr. Hartmut Müller, Neuer Weg 57, 28816 Stuhr

Dr. Brigitta Nimz, Oberneulander Landstraße 204, 28355 Bremen

Dr. Christian Ostersehlte, Julius-Leber-Straße 14, 28329 Bremen

Dr. Bettina Schleier, Kornstraße 193, 28201 Bremen

Dr. Friedrich Seven, Kirchberg 17, 37431 Bad Lauterberg

Bernhard Springfeld, Kröscheweg 4, 28277 Bremen

Dr. Hans Rudolf Wahl, Dammweg 17, 27356 Rotenburg

Dr. Karin Walter, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Schwachhauser Heerstraße 240, 28213 Bremen

Dr. Ulrich Weidinger, Linienstraße 38, 28203 Bremen

Prof. Dr. Markus J. Wenninger, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Geschichte, Universitätsstraße 65–67, A–9020 Klagenfurt

VERÖFFENTLICHUNGEN AUS DEM STAATSARCHIV DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Band 56	Karl H. Schwebel: Salz im alten Bremen. 1988. 104 S.	5,00 €
Band 61	Uwe Weiher: Flüchtlingssituation und Flüchtlingspolitik. Untersuchungen zur Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen 1945–1961. 1998. 272 S.	5,00 €
Band 62	Beiträge zur bremischen Geschichte. Festschrift für Hartmut Müller. Hrsg. von Adolf E. Hofmeister. 1998. 248 S.	5,00 €
Band 63	Karl-Ludwig Sommer: Humanitäre Auslandshilfe als Brücke zu atlantischer Partnerschaft. CARE und CRALOG und die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs. 1999. 400 S.	5,00 €
Band 66	700 Jahre Bremer Recht 1303–2003. Hrsg. von Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2003. 376 S.	38,00 €
Band 68	Karolin Bubke: Die Bremer Stadtmauer. Schriftliche Überlieferung und archäologische Befunde eines mittelalterlichen Befestigungsbauwerks. 2007. 320 S.	20,00 €
Band 69	Nicola Wurthmann: Senatoren, Freunde und Familie. Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848). 2009. 624 S.	20,00 €
Band 70	Anna-Maria Pedron: Amerikaner vor Ort. Besatzer und Besetzte in der Enklave Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. 2010. 404 S.	20,00 €
Band 71	Elke Steinhöfel: Wohnungsfürsorgeanstalt Hashude. Die NS-»Asozialenpolitik« und die Bremer Wohlfahrtspflege. 2014. 339 S.	18,00 €

KLEINE SCHRIFTEN DES STAATSARCHIVS BREMEN

Heft 34	Nachlass Johann Smidt (1773–1857), Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen (Staatsarchiv Bremen Bestand 7,20). Bearb. von Monika M. Schulte und Nicola Wurthmann. 2004. 475 S.	5,00 €
Heft 36	»... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen ...«. »Judendeportationen« von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bearb. von Günther Rohdenburg. 2006. 367 S.	5,00 €
Heft 37	Günther Rohdenburg, Karl-Ludwig Sommer: Erinnerungsbuch für die als Juden verfolgten Einwohner Bremens. [2006]. 399 S.	5,00 €
Heft 39	Occupation – Enclave – State. Die Wiederbegründung des Landes Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. Dokumente zu Politik und Alltag. Hrsg. vom Staatsarchiv Bremen. 2007. 191 S.	5,00 €
Heft 40	Vergessene Opfer. Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerjan Wróbel, Verein Zwangsarbeit e.V. Bremen. Redaktion: Eva Determann u.a. Hrsg.: Walerjan Wróbel, Verein Zwangsarbeit e.V. Bremen 2007. 237 S.	5,00 €
Heft 45	Andree Brumshagen: Das Bremer Stadtmilitär im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Untersuchung zum Militärwesen in einer Hansestadt. 2010. 299 S.	10,00 €
Heft 46	Eva Determann (Hrsg.): Von Mensch zu Mensch. Die Deutsche Bruderhilfe. Eine Bremer Initiative im geteilten Deutschland. 2010. 176 S.	10,00 €
Heft 48	Jörn Brinkhus: Die Novemberpogrome 1938 im Land Bremen. 2013. 82 S.	5,00 €
Heft 49	Die Kundige Rolle von 1489. Bearbeitet von Jan Ulrich Büttner, Konrad Elmshäuser und Adolf E. Hofmeister. 2014. 66 S.	5,00 €
Heft 50	Die NS-Vergangenheit früherer Mitglieder der bremischen Bürgerschaft. Projektstudie und wissenschaftliches Colloquium. 2014. 176 S.	5,00 €
Heft 51	Andreas Fetchenhauer: Sup di full un fret di dick ... un holl dien Mul vun Politik! Politik und Alltag in Huchting 1918–1945. 2015. 172 S.	15,00 €
Heft 53	Gerda Engelbracht: Erinnerungsbuch für die Opfer der NS-Medizinverbrechen in Bremen. Bremen: Edition Falkenberg 2016. 252 S.	19,90 €

SCHRIFTEN DES STAATSARCHIVS BREMEN

Band 54	Jörn Brinkhus (Hrsg.): Kaiser Wilhelm II., Bremen und der Norddeutsche Lloyd – Die »Lebenserinnerungen« des NDL-Direktors Heinrich Wiegand. 2017. 158 S.	13,00 €
Band 56	Konrad Elmshäuser (Hrsg.): Bremen und sein Landgebiet (1748) von Johann Daniel Heinbach (1694–1764). 2017. 16 S. Booklet und Karte.	9,80 €
Band 57	Konrad Elmshäuser und Thomas Elsmann: Glaube und Politik. Grundzüge und Folgen der Reformation in Bremen. 2017. 16 S.	5,00 €
Band 58	Jasper Dräger, Boris Löffler-Holte und Michael Weisser (Hrsg.): bremen:AN:sichten – Das Inventar einer Ästhetischen Feldforschung als Interview über Kunst und Leben in der digitalen Gesellschaft. 2018. 80 S.	5,00 €
Band 59	Jürgen Blandow (Bearb.): Bremer Wohltätigkeit. Band 1: Einleitung, Register, Anhang. Band 2: Vereinsverzeichnis. 2019. 329 S. + 1 CD-ROM (211 S.)	25,00 €
Band 60	Bremische Bürgerschaft, Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19 – Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang. Dokumentation der wissenschaftlichen Fachtagung vom 1.11.2018 in der Bremischen Bürgerschaft. 2019. 166 S.	9,00 €
Band 61	Harald Wixforth: Vernetzt – verflochten – vertraut. Das personelle Netzwerk der maritimen Wirtschaft in Bremen (1908–1968). 2020. 172 S.	19,50 €
Band 62	Anne E. Dünzelmann: »Es galt eiserne Disziplin!« Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands in Bremen, ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus und ihre Verbindungen nach Skandinavien. 2021. 205 S.	17,50 €

Vierter Band: **Bremer Bürgerbuch 1289–1519**.
Bearbeitet von Ulrich Weidinger, in Verbindung mit dem Staatsarchiv Bremen herausgegeben von der Historischen Gesellschaft Bremen. Bremen 2015, 704 S., Ganzleinen. ISBN 978-3-925729-75-1 45,00 €

Fünfter Band: **Das Denkbuch des Bremer Bürgermeisters Daniel von Büren des Älteren 1490–1525**.
Bearbeitet von Adolf E. Hofmeister und Jan van de Kamp, in Verbindung mit der Historischen Gesellschaft Bremen herausgegeben vom Staatsarchiv Bremen. Bremen 2021, 400 S., Ganzleinen. ISBN 978-3-95494-235-0 42,00 €

Sechster Band: **Das Bremer Ratsdenkelbuch 1395–1600**.
Bearbeitet von Ulrich Weidinger, in Verbindung mit der Historischen Gesellschaft Bremen herausgegeben vom Staatsarchiv Bremen.
Erscheint demnächst, Ganzleinen. ISBN 978-3-925729-75-1

Von 1395 bis ca. 1600 wurde in Bremen das sog. Ratsdenkelbuch geführt. In mittelniederdeutscher Sprache mit einigen lateinischen Einsprengseln führt das Buch unmittelbar in die Politik und den Alltag der Hansestadt Bremen: Es werden diplomatische Texte wie Vorlagen zu Reichs- und Hansetagen wiedergegeben, aber auch Listen von Handelsgütern auf Bremer Schiffen. Die Piratenbekämpfung in der Nordsee findet ebenso ausführliche Erwähnung wie die Rechtsprechung in der Stadt. Überhaupt wird der Regelung des Zusammenlebens in Bremen viel Raum eingeräumt. So ist die älteste Kundige Rolle von 1450, die das Alltagsrecht festhielt, nur in einer Abschrift im Ratsdenkelbuch überliefert. Auch das Verhältnis zwischen Stadt und Rat auf der einen sowie Kirche und Erzbischof auf der anderen Seite wird deutlich. Zahlreiche Einträge gelten Fragen der Ratspolitik und Stadtverwaltung und immer wieder dem Alltag der Bürger – wie auch dem Steuer- und Abgabenwesen.
Das Ratsdenkelbuch wurde schon früh in seinem hohen Quellenwert erkannt und auszugsweise veröffentlicht. Weil es im Zweiten Weltkrieg zunächst verschleppt wurde und erst 1990 nach Bremen zurückkam, wurde es nicht vollständig ediert. Der Bearbeiter Dr. Ulrich Weidinger hat diese Aufgabe übernommen. Die Edition wird sich an Forschung und Wissenschaft, aber auch an alle an Bremens Geschichte Interessierten richten.
Das Buch wird vom Staatsarchiv Bremen in bewährter Zusammenarbeit mit der Historischen Gesellschaft Bremen herausgegeben und erscheint in der Edition Falkenberg.
Das Vorhaben wird durch die Stiftung Landesgeschichte der Historischen Gesellschaft gefördert.